

**Ulrike
Hörster-
Philipps**

**Wer war Hitler
wirklich?
Großkapital und
Faschismus
1918-1945
Dokumente**



„Und damit, meine Herrschaften, ist die Revolution beendet!“

**Kleine
Bibliothek**

**Pahl-
Rugenstein**

Ulriche Hörster-Phillips
Wer war Hitler wirklich?
Großkapital und Faschismus 1918-1945
Dokumente

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

1978

Einleitung

Wer war Hitler wirklich?

Auch und gerade heute, mehr als 30 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus und fast ein halbes Jahrhundert nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, ist diese Frage von aktueller politischer Bedeutung. Das Wiederaufleben zahlreicher Hitler-Legenden, die Überflutung des Buch- und Zeitschriftenmarktes mit Erzeugnissen, die Hitler mystifizieren und den Faschismus verherrlichen und sich zu diesem Zweck plumper Geschichtslügen bedienen, hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die Unkenntnis breiter Teile der Jugend über Hitler und den deutschen Faschismus ist groß,¹ die Gefahr, die daher von der sogenannten „Hitler-Welle“ ausgeht, nicht zu unterschätzen. Ihren Lügen und Verdrehungen authentisches Quellenmaterial entgegenzusetzen, ist Aufgabe dieses Bandes.

Die Frage, wer Hitler wirklich war, wird von den Produzenten und Autoren der „Hitler-Welle“ bewußt auf so völlig unerhebliche und uninteressante Bereiche reduziert wie auf den persönlichen Werdegang und die persönlichen Eigenarten Hitlers; sie kann jedoch nur dann wissenschaftlich richtig beantwortet werden und handlungsorientierende Erkenntnisse für die Gegenwart vermitteln, wenn sie die Wurzeln des deutschen Faschismus aufdeckt und sein Wesen erklärt.

Es gilt also, zu fragen:

Welche Partei repräsentierte Hitler, welche Ziele verfolgte diese Partei, wessen Interessen vertrat sie?

Welche gesellschaftlichen Kräfte haben Hitler und die NSDAP unterstützt und weshalb? Auf welchem gesellschaftlichen Hintergrund entwickelte sich der deutsche Faschismus?

Mit welchen Mitteln gelang der NSDAP der Aufstieg zur Massenpartei? Liegt die Verantwortung für den deutschen Faschismus bei den Massen, die die NSDAP wählten?

Was charakterisiert die Politik der NSDAP nach 1933? Was ist der soziale Inhalt ihres Herrschaftssystems, welcher Mittel und Methoden bediente sie sich? Was brachte der deutsche Faschismus der Mehrheit der Bevölkerung?

[10:] Jede dieser Fragen rührt an ein Hauptproblem: an das Verhältnis des deutschen Großkapitals zum Faschismus. Das empirische Material, das zur Klärung dieses Problems zur Verfügung steht – die Dokumente der Nürnberger Kriegsverbrecher- und Nachfolgeprozesse, zahlreiche später erschienene Dokumenteneditionen und Einzelstudien sowie neueste Forschungen – ist umfangreich, die wesentlichsten Fragen sind geklärt.

Der Hitlerfaschismus verdankte seinen Aufstieg zur Macht den führenden Kreisen des Industrie- und Bankkapitals, des Großgrundbesitzes und der Reichswehr. Ihr Streben nach ökonomischer und politischer Expansion, das im ersten Weltkrieg gescheitert war, und ihre Bemühungen um eine Sicherung ihrer Gewinne durch Lohn- und Sozialabbau auch unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise wurden seit 1929 immer drängender. Die Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Ziele im Rahmen des parlamentarischen Systems wurden immer deutlicher; zur Verwirklichung ihrer Pläne bedurften sie eines Herrschaftssystems, das an keinerlei innen- und außenpolitische Einschränkungen gebunden war und das jeden Widerstand gegen eine Politik des Sozialabbaus, der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung brechen konnte.

Hitler, dessen Partei zunächst nur als eine unter vielen reaktionären Organisationen finanziell und politisch unterstützt worden war, wurde für die rechten Kreise der Weimarer Gesellschaft zunehmend interessanter. Mit „antikapitalistischen“ Phrasen und Versprechungen und mit der Verketzerung der Juden und der „Marxisten“ hatten Hitler und seine Propagandisten sich eine Massenbasis vor allem in den kleinbürgerlichen Schichten organisieren können. In Wirklichkeit dachte die nationalsozialistische Führung nicht im entferntesten daran, die „antikapitalistischen“ Parolen einzulösen;

¹ „Was ich über Adolf Hitler gehört habe ...“. Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüler-Aufsätzen von heute, hrsg. von D. Boßmann, Frankfurt/M. 1977.

in Absprache mit den Großindustriellen und Bankiers paßte sie vielmehr ihre wirtschaftspolitische und politische Programmatik und Praxis den Forderungen des Großkapitals an.

Zu dem Zeitpunkt, als die NSDAP an Masseneinfluß zu verlieren drohte und diese Kreise eine Rückkehr zum „Weimarer System“ mit seinen sozialen und demokratischen Rechten befürchteten, forderten sie Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. An die Macht gebracht, verwirklichte Hitler die Hauptinteressen des Großkapitals. Seine ersten Maßnahmen bestanden in dem Verbot der Arbeiterparteien, in der Zerschlagung der Gewerkschaften und in der Vorbereitung eines expansionistischen Krieges. 1933 wurde unverzüglich mit der Rüstungsproduktion begonnen, die den größten Konzernen [11:] immense Gewinne einbrachte. 1936 verkündete Hitler im Vierjahresplan, der Krieg werde in vier Jahren beginnen.

Die Kriegsziele, die Schaffung eines europäischen „Großwirtschaftsraums“ unter deutscher Führung und die Errichtung der Weltherrschaft, waren die jahrzehntealten Expansionspläne deutscher Großindustrieller und Bankiers. Sie wurden im Verlauf des zweiten Weltkrieges weiter präzisiert: Die Selbstverwaltungsorganisationen von Industrie und Banken entwarfen detaillierte Pläne für die „Neuordnung“ Europas und der Welt und zogen den direkten ökonomischen Nutzen aus der Ausbeutung unterworfenen Länder und Völker. Die politische Entrechtung der gesamten Bevölkerung und der Terror gegen alle oppositionellen Strömungen in Deutschland und in den besetzten Gebieten, der auch die Ausrottung und Versklavung ganzer Völkerschaften ins Kalkül zog, waren die grausamen Konsequenzen einer solchen Politik.

Die Wahrheit über Hitler und den deutschen Faschismus, die sich in den hier vorgelegten Dokumenten widerspiegelt, wird von den rechtsten Kreisen in der Bundesrepublik geleugnet. Stellvertretend für alle diejenigen, die ein wahrheitswidriges Bild des Hitlerfaschismus zeichnen, sei auf Joachim Fest, den Mitherausgeber der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Autor des Films „Hitler – eine Karriere“ verwiesen. In seiner Filmversion, die abgestimmt ist auf das historische Faktenwissen und die Bewußtseinslage breiterer Bevölkerungsschichten, erscheint der deutsche Faschismus als ein „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, der in anspruchsloser Erklärungsmanier vor allem dem Genius Hitler und der Dummheit der Bevölkerung angelastet wird. Durch die Zusammenstellung nationalsozialistischen Propagandamaterials, die dem Film als „dokumentarische“ Auseinandersetzung mit der „deutschen Vergangenheit“ Seriosität verleihen soll, wird dem Kinobesucher suggeriert, er wisse nun, wie es zum Faschismus gekommen sei, da ihm die durch die Reden des „genialen Massenagitators“ Hitler, durch Massenaufmärsche und Fackelzüge hervorgerufene Begeisterung bei den Massen plastisch vor Augen geführt und somit scheinbar verständlich gemacht wird.

Die zentrale Aussage des Films versteckt Fest in einem Nebensatz: Hitler „war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital“.

Diese Behauptung ist weder neu noch originell; sie ist so alt wie der Faschismus selbst, der aus durchsichtigen Gründen stets als „unabhängige Bewegung“ auftrat und der – bei Strafe des Unter[12:]gangs – so und nur so vor die Massen treten, diese für sich begeistern und damit an sich binden konnte.

Was diese bewußte Falschaussage bezweckt, liegt auf der Hand: Indem all diejenigen Tatsachen verschwiegen und geleugnet werden, die die Machteinsetzung Hitlers und die Politik der faschistischen Regierung nach 1933 überhaupt erst verständlich machen, soll die Einsicht in die tatsächlichen Ursachen des Faschismus und die Funktion des faschistischen Herrschaftssystems verhindert werden. Das Großkapital, in dessen Namen die grausamsten Verbrechen des Faschismus begangen wurden, wird aus seiner Verantwortung entlassen, die „Schuld“ am Faschismus wird den kleinbürgerlichen Massen, die Hitler wählten, zugeschoben. Das kapitalistische System, auf dessen Grundlage und aus dessen Entwicklungstendenzen heraus der Faschismus erwuchs, soll von jeglichem Makel befreit, der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus dem Blick der Öffentlichkeit entzogen werden.

Fests Geschichtsfälschungen sind nicht der erste Versuch, den Zusammenhang von Großkapital und NSDAP, von Kapitalismus und Faschismus zu leugnen, und sie werden auch nicht der letzte Versuch

sein. Die Auseinandersetzung mit solchen und ähnlichen Falschaussagen wird auch weiterhin geführt werden müssen, denn sie ist grundsätzlicher Natur. Sie wird solange aktuell sein, wie die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse dauern, die stets der Erklärung und Rechtfertigung ihrer extremsten Auswüchse und des Freispruchs ihrer Akteure bedürfen.

Mit der Rehabilitierung des Großkapitals und des Gesellschaftssystems, das den Faschismus hervorbrachte, soll zugleich der Faschismus selbst rehabilitiert werden. Fest steht nicht allein. Eine gezielte und auf Massenwirksamkeit bedachte Kampagne der Massenmedien Film, Buch und Schallplatte macht sich daran, das Hitler- und Faschismus-Bild in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit aufzupolieren, den Faschismus „verständlich“ und das meint: wieder denkbar zu machen und unter dem Deckmantel der „objektiven“ oder „dokumentarischen“ Darstellung das Negativbild des Hitlerfaschismus in einen Positivabzug zu verwandeln. Angesichts von wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit in der Bundesrepublik soll der Faschismus als denkbarer „Ausweg“ propagiert und der Bevölkerung als „Krisenlöser“ verkauft werden.

Nicht zufällig entfaltet sich dieses geschäftige und gewinnbringende Treiben – und das führt einmal mehr die Gefährlichkeit der „Hitler-Welle“ vor Augen – auf dem politischen Hintergrund eines [13:] zunehmend offener zur Schau getragenen und immer aggressiveren Auftretens alt- und neofaschistischer Organisationen und Verbände. Daß dies keineswegs Randerscheinungen sind, wie von offizieller politischer Seite der bundesdeutschen Bevölkerung, vor allem aber dem Ausland glauben gemacht werden soll, belegen zahlreiche Beispiele.¹

Wohin eine solche Entwicklung treiben kann, wenn ihr nicht durch ein einheitliches, geschlossenes und rechtzeitiges Vorgehen aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte Einhalt geboten wird, hat die deutsche Geschichte schon einmal gezeigt. Sie muß sich nicht wiederholen.

¹ Vgl. hierzu die Dokumentationen: Verfassungswidrig? Verbrecherisch? Geduldet? Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesvorstand der Vereinigung demokratischer Juristen und vom Präsidium der VVN- Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1977, sowie: Die Lüge vom IV. Wehrmachtsteil. Die Waffen-SS in Selbstdarstellung. hrsg. vom Präsidium der VVN- Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1977.

[15:]

Erster Teil: Entstehungsbedingungen des Faschismus 1918-1933

Einführung

Die Ursprünge der politischen „Karriere“ Hitlers reichen zurück bis in die Jahre 1918/19. Als Gefreiter aus dem ersten Weltkrieg kommend, trat Hitler 1919 in die Dienste des bayrischen Reichswehrgruppenkommandos, das nach der Niederschlagung der bayrischen Räterepublik eine umfassende Spionageabteilung zur Überwachung und politischen Verfolgung revolutionärer Arbeiterorganisationen aufbaute. Als Reichswehrspitzel in diesem „Nachrichtendienst“ tätig, erhielt Hitler im September 1919 den Auftrag, an einer Versammlung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) teilzunehmen. Er wurde zum Mitglied des leitenden Ausschusses der DAP ernannt. (Dok. 1)

Die DAP war am 5. Januar 1919 von Anton Drexler und Karl Harrer gegründet worden; sie war hervorgegangen aus der „Thule-Gesellschaft“, die enge Kontakte zur Reichswehr und zur bayrischen Großindustrie unterhielt und den Sturz der bayrischen Räterepublik mit vorbereitet hatte. Schon in der DAP finden sich alle diejenigen reaktionären und rassistischen Auffassungen, die Hitler später zum Bestandteil seiner Propaganda machte: Die Kampfansage an die Republik der „Novemberverbrecher“ und an den „Bolschewismus“, gepaart mit dem Versprechen, einen „anderen“ Sozialismus aufbauen zu wollen; der aggressive Antisemitismus, mit dem der „großkapitalistische Jude“ als Ursache von Not und Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit verteuelt wurde, zugleich aber die Forderung, das „deutsche“ Kapital zu schützen; die Verknüpfung von Antibolschewismus und Antisemitismus in dem demagogischen Schlagwort vom „jüdischen Bolschewismus“ und schließlich die Zauberformel, Arbeiterklasse und „produktives Bürgertum“ könnten, so sie sich zusammenschlossen, diesen „Volksfeind“ bezwingen und darauf den Wiederaufstieg Deutschlands gründen. (Dok. 2-3)

Am 24. Februar 1920 konstituierte sich aus der DAP heraus die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP). Ihr am gleichen Tag beschlossenes 25-Punkte-Programm war ein Konglomerat verschiedenster und keineswegs neuer Ideen. Seine chauvinistischen (Punkt 1-3) und antisemitischen (Punkt 4-8) Vorstellungen waren den Leitgedanken der reaktionärsten Strömungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entnommen. Mit seinen diffusen antikapitalistischen Forderungen (Punkt 11-18) griff es die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen auf, postulierte aber zugleich ein fiktives „Gemeinwohl“ aller, das die tatsächlichen Gegensätze in der Gesellschaft verschleiern sollte. (Dok. 4)

Hitlers Dienstvorgesetzter im Bayrischen Reichswehrgruppenkommando war zufrieden, daß „unter dieser Fahne“ schon recht viele Anhänger geworben werden konnten und äußerte zugleich seine Zuversicht, die unklaren Programmpunkte würden von ihm und seinen Leuten schon ergänzt werden. (Dok. 5)

Nach erheblichen innerparteilichen Kontroversen wurde Adolf Hitler am 29. Juli 1921 zum Parteivorsitzenden gewählt. Zu einem seiner wichtigsten Programmatiker avancierte der ebenfalls aus der DAP stammende Gottfried Feder, der in zahlreichen Schriften die politischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NSDAP erläuterte. Seine Ausführungen zum Parteiprogramm der NSDAP lassen zweifelsfrei erkennen, daß die angeblich „antikapitalistischen“ Punkte lediglich ein Mittel darstellten, um Wähler und Mitglieder, für diese Partei zu gewinnen, denn Feder – ebenso wie Hitler – lehnte die Enteignung „deutschen“ Eigentums an Produktionsmitteln ausdrücklich ab und bezog die Punkte 11-18 des Programms ausschließlich auf den jüdischen Kapitalbesitz. (Dok. 6-7)

Hitler seinerseits bemühte sich, wie es der Logik einer solchen Politik entsprach, schon frühzeitig um eine Kontaktaufnahme zum „deutschen“ Großkapital. In einer Rede vor dem „Hamburger Nationalklub“ empfahl er 1922 den anwesenden Großindustriellen und Bankiers seine Partei als Wall gegen den „Bolschewismus“ und begründete damit seine Forderung nach finanzieller Unterstützung für den Ausbau seines Propaganda-Apparates. (Dok. 8) Die Erweiterung des „Völkischen Beobachters“, des Zentralorgans der NSDAP, läßt darauf schließen, daß diese Unterstützung auch tatsächlich gewährt wurde.

Die NSDAP war zu jener Zeit nicht die einzige Organisation, die Zuwendungen aus großkapitalistischen Kreisen erhielt. Zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung in und nach der Novemberrevolution war eine Fülle von paramilitärischen Verbänden und Geheimbünden entstanden, die – wie eine ihrer wichtigsten, die „Antibol-[17:]schewistische Liga“ – immense Summen aus dem Großkapital erhielten. (Dok. 9) Den militärischen Stoßtrupp dieser Verbände bildeten die Freikorps. Sie rekrutierten sich aus den entlassenen Soldaten des alten kaiserlichen Heeres und standen – streng nach dem Führerprinzip ausgerichtet – unter der Leitung ehemaliger Offiziere. Freikorps und Antibolschewistische Liga waren personell und organisatorisch eng verbunden mit den reaktionären Kräften der Reichswehrführung. Terror und Mord gegen die Arbeiterbewegung, aber auch gegen vermeintliche „Verräter“ in den eigenen Reihen, waren ihr politisches Geschäft. (Dok. 10-12) Aus diesen Kreisen gingen die Männer um Hitler hervor. (Dok. 12)

Den ersten Generalangriff auf die Weimarer Republik unternahmen diese Kräfte 1920. In einflußreichen Industrie- und Bankkreisen, in der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) und in der schwerindustriellen „Deutschen Volkspartei“ (DVP) fanden die Akteure des Kapp-Putsches politischen Rückhalt und finanzielle Unterstützung. (Dok. 14-17, 19) Der Umsturzversuch scheiterte jedoch am Generalstreik von 12 Millionen Arbeitern und Angestellten. (Dok. 18)

Entgegen den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien blieben die Kapp-Putschisten – bis auf eine Ausnahme – unbestraft, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen blieben ungebrochen. Aus den Freikorps gingen die Zeitfreiwilligenverbände der „Schwarzen Reichswehr“ hervor, die, personell und organisatorisch noch enger mit der Reichswehrführung verbunden als die Freikorps, offiziell geduldet von den Weimarer Regierungen und finanziell getragen von einflußreichen Kreisen des Großkapitals, an dem Ziel festhielten, den Versailler Vertrag zu revidieren und die Rückeroberung der im ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete vorzubereiten. (Dok. 20-22)

Die Bemühungen dieser Kreise, zur Durchsetzung ihrer Ziele die parlamentarische Staatsform zu beseitigen und durch eine „starke“, an keinerlei innen- und außenpolitische Rücksichten gebundene Staatsgewalt zu ersetzen, fanden 1923 einen neuen Höhepunkt.

Bayern hatte sich zu einem Zentrum der konservativ-monarchistischen Kräfte herausgebildet, die einen Umsturz des parlamentarischen Systems anstrebten. Einer der militärischen Verbände, die aktiv die Errichtung einer Diktatur vorbereiteten, war der „Deutsche Kampfhund“, dessen Leitung Hitler 1923 übertragen wurde. Hitler selbst stand in engstem Kontakt zu General Ludendorff und den Großindustriellen Stinnes und Thyssen. (Dok. 23-24, 26)

[18:] Zwischen den verschiedenen reaktionären Gruppen und Organisationen in Bayern, als deren profiliertester Repräsentant neben den Generalen Lossow und Seisser der bayrische Generalstaatskommissar Kahr in Erscheinung trat, bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den Charakter und über den Weg zur Durchsetzung diktatorischer Herrschaftsformen. Auch im Reich selbst gab es zur gleichen Zeit – maßgeblich mitgetragen von Reichswehrchef Seeckt – starke Bestrebungen zur Errichtung einer Militärdiktatur, denn die Erfahrungen des Kapp-Putsches hatten den rechtsten Kreisen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, der Reichswehr und der paramilitärischen Verbände gezeigt, daß ein gewaltsamer Umsturzversuch nicht gelingen konnte.

Die Kreise um Kahr warteten in Bayern die Entwicklung im Reich ab. Als der „Deutsche Kampfhund“ in der Nacht zum 9. November zum Marsch auf die Feldherrnhalle antrat, schlossen sich die meisten übrigen paramilitärischen Verbände ebenso wenig an wie die Reichswehr; sie setzten auf Seeckt, der noch in der gleichen Nacht zum faktischen Regierungschef ernannt wurde und dem Reich eine Militärdiktatur aufzwang. (Dok. 25, 26)

Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch nach acht Monaten aus der Haft entlassen. (Dok. 27) Gleich nach seiner Entlassung widmete er sich der Reorganisation der mittlerweile stark zersplitterten NSDAP. Seine Kontakte zum Großkapital – insbesondere zur Schwerindustrie und zum Großgrundbesitz – vermochte er seit 1926 erheblich auszuweiten. (Dok. 28-29)

Die Situation Deutschlands war 1924-1928 geprägt durch eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch einen umfangreichen Konzentrationsprozeß im industriellen Sektor; Großkonzerne wie die IG-Farben und die Vereinigten Stahlwerke, die größten ihrer Art in Europa, entstanden. Im Großkapital, in der politischen Führung und in der Reichswehrgeneralität konzentrierte man sich in der Konsolidierungsphase auf die Durchsetzung dreier Nahziele: auf die Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, auf die „Korrektur“ der Ostgrenzen und auf die Remilitarisierung. (Dok. 31-32)

Innenpolitisch waren die führenden Kräfte des Großkapitals bestrebt, die konjunkturelle Aufschwungphase für sich zu nutzen; sie befürworteten – nicht ohne gleichzeitige „Maßhalteappelle“ an die Gewerkschaften (Dok. 30) – eine flexible Politik, um die Integration der Lohnabhängigen zu erreichen und Arbeitskämpfe zu verhindern. Es ging, wie der Braunkohlen-Industrielle Paul Silverberg 1927 [19:] formulierte, vor allem darum, „auf irgendwelchen Wegen die Arbeiterschaft vor unseren Wagen“ zu spannen und zu diesem Zweck eine Politik der Kooperation mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu betreiben. (Dok. 35-37)

Die Forderung nach einer starken Staatsgewalt verstummte allerdings auch in der Konsolidierungsphase nicht. (Dok. 33) Mit der Gründung des „Bundes zur Erneuerung des Deutschen Reiches“ 1928 durch den ehemaligen Reichskanzler und späteren Reichsbankpräsidenten Hans Luther schufen sich die führenden Kreise des Großkapitals und des Großgrundbesitzes eine Organisation zur Koordinierung und Propagierung der Verfassungs„reform“pläne. (Dok. 34)

Will man die Frage beantworten, weshalb seit den späten zwanziger Jahren Hitler und seine Partei wachsende Unterstützung aus der Schwerindustrie, aus dem Bankkapital und aus dem Großgrundbesitz erhielten, darf man auch das Verhältnis dieser Kreise zu den bürgerlichen Parteien und Regierungen nicht unberücksichtigt lassen.

Die Weltwirtschaftskrise, von der Deutschland besonders scharf betroffen wurde (Dok. 38-41), die aber den größten Konzernen immer noch erhebliche Gewinne beließ (Dok. 42-43), vereinigte das großkapitalistische Lager in der Forderung, das „Steuer umzulegen“ und die deutsche Wirtschaft von allen „unwirtschaftlichen Hemmungen“ zu befreien. (Dok. 44, 47, 48) Eine offensive Lösung der Krise auf Kosten der Lohnabhängigen, die ungehemmte Durchsetzung großkapitalistischer Interessen waren – den Worten leitender Industrieller zufolge – nur durch die totale Zerstörung demokratischer Rechte und den Übergang zu diktatorischen Formen der Herrschaftsausübung zu gewährleisten. (Dok. 45)

Die Frage, wie man die Krisenlasten abwälzen sollte, war im Reichsverband der Deutschen Industrie, dem industriellen Dachverband, allerdings strittig. Sein Vorsitzender Carl Duisberg schlug eine Neubelebung der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft“, eines Gremiums von Unternehmer- und Arbeitervertretern zur Beilegung von Arbeitskämpfen, vor, die nichts anderes darstellte als einen Frontalangriff auf gewerkschaftliche Rechte und sozialpolitische Errungenschaften, diesen jedoch als „gemeinsame Aufstiegsarbeit“ von Arbeitern und Unternehmern zu tarnen versuchte. (Dok. 46)

Mit der Ernennung Heinrich Brünings zum Reichskanzler stand ein Mann an der Spitze des Staates; der den Forderungen des Großkapitals weitgehend nachkam und mittels Notverordnungen im [20:] Verlauf seiner Regierungszeit das Parlament völlig ausschaltete. (Dok. 49) Politisch unterstützt vor allem von dem Chemiekonzern IG-Farben, der mit seinen leitenden Managern Paul Moldenhauer, Hermann Warmbold und Hermann Dietrich die Finanz- und Wirtschaftsminister Brünings stellte, fand Brüning zunächst die Zustimmung der Mehrheit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der seine Maßnahmen jedoch nur als „ersten Schritt“ bewertete. (Dok. 51)

Bereits wenige Monate nach Übernahme der Kanzlerschaft bemühte sich Brüning in Verhandlungen mit Hitler um taktische Absprachen mit der NSDAP, die er zur Tolerierung seiner Politik veranlassen und mit der er gemeinsam die Verfassungs„reform“ realisieren wollte. (Dok. 50)

Der Versuch scheiterte; Hitler war nicht bereit, durch eine Tolerierung Brünings eine Beschränkung seiner demagogischen Massenpropaganda hinzunehmen. Das Präsidialkabinett Brüning blieb zeit

seines Bestehens angewiesen auf die Tolerierung durch die Sozialdemokratie, deren Zustimmung zur Regierungspolitik mit geringfügigen Zugeständnissen erkaufte wurde. (Dok. 56) Zwar schienen solche Zugeständnisse notwendig als „Rückversicherungsprämie gegen den Straßenkampf“ – d. h. zur Verhinderung eines gemeinsamen Vorgehens von Sozialdemokraten und Kommunisten (Dok. 57) – sie schränkten andererseits aber auch den Handlungsspielraum für die Durchsetzung rechter Politik ein und veranlaßten daher das Großkapital zu wachsender Kritik, die vor allem in der Schwerindustrie und bei den Großgrundbesitzern, die von Brüning eine Verstärkung der „Osthilfe“ forderten, seit 1931 zur offenen Opposition eskalierte. (Dok. 53)

Das von der NSDAP, der Deutschnationalen Volkspartei und dem Stahlhelm organisierte Harzburger Treffen, dem mehrere Vertreter der Schwerindustrie beiwohnten, war eine Kampfansage an die Weimarer Republik, verbunden mit der Forderung nach einer Regierungsbeteiligung der „nationalen Opposition“. (Dok. 54) Der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der seit 1930 enge Kontakte zu Göring und Hitler unterhielt und in der Folgezeit als Mittelsmann zwischen der NSDAP und den führenden Kreisen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes eine Schlüsselposition einnahm, begründete in seiner Rede das Interesse der rechtesten Kreise des Industrie- und Bankkapitals an der „nationalen Opposition“ und verlangte die „Rettung“ vom Weimarer „System“. (Dok. 55)

[21:] Die Tolerierung Brünings durch die SPD, deren Führung die Duldung der „stillen Diktatur“ als einzig wirksame Abwehrmöglichkeit des Faschismus zu rechtfertigen versuchte und den Wählern der NSDAP die Schuld für ihre rechte Politik zuschob (Dok. 58-59), trug keine Früchte. Im Gegenteil: Die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, die ein Mindestmaß an materiellen Zugeständnissen und demokratischen Rechten erforderte und dadurch die ungehinderte Durchsetzung großkapitalistischer Zielvorstellungen behinderte, führte zur Ersetzung Brünings durch Franz von Papen, dessen Kabinett nicht mehr von der Sozialdemokratie, sondern nunmehr von der NSDAP toleriert wurde (Dok. 60).

Papens Kabinett setzte fast ohne Abstriche die Forderungen der Großkonzerne und der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer durch. Unmittelbar nach seiner Ernennung zum Kanzler hatte eine Abordnung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) Papen die Forderungen der Großindustrie vorgetragen. (Dok. 62)

Am 20. Juli 1932 setzte Papen die demokratisch gewählte, sozialdemokratisch geführte Landesregierung von Preußen durch einen Staatsstreich ab; Preußen wurde der Reichsregierung unterstellt. (Dok. 63-65) Damit erfüllte Papen die langjährige Forderung rechtester Kreise nach einer Verwaltungs- und Verfassungsreform, wie sie der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ seit Jahren propagierte und wie sie auch in der RDI-Denkschrift nochmals erhoben wurde. Durch den Staatsstreich gegen Preußen hatten die rechtesten Kräfte, in Absprache mit der NSDAP (Dok. 66), das größte und ökonomisch bedeutendste Land des Reiches, das über starke, republikfreundliche Polizeikräfte verfügte, in ihre Gewalt gebracht.

Mit den September-Notverordnungen erfüllte Papen die zweite Hauptforderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nach drastischen Lohnsenkungen, Sozialabbau und einer Aufhebung der Tarifautonomie. (Dok. 67)

Seine Maßnahmen stießen auf den Widerstand der organisierten Arbeiter. Bei den Reichstagswahlen im November erhielten die das Papen-Kabinett stützenden Parteien nur eine verschwindende Minderheit an Stimmen. Ohne massenpolitische Abstützung auf zumindest einen Teil der Bevölkerung ließ sich eine diktatorische Herrschaft wie die Papens auf Dauer nicht absichern. Zurück zum „Weimarer System“ mit seinen demokratischen und parlamentarischen Rechten wollten die führenden Kreise im Großkapital, im Großgrundbesitz und in der Reichswehr nicht; sie bereiteten den Übergang zu ganz anderen Formen der Herrschaftsausübung vor.

[22:] Seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise waren Hitler und seine Partei für einflußreiche Kräfte des Großkapitals und des Großgrundbesitzes zunehmend interessanter geworden. (Dok. 68-73) Die NSDAP war – finanziell und politisch unterstützt von einem Teil der Schwerindustrie, der Banken und der Großagrarien – zu einer Massenpartei aufgestiegen, denn viele von Existenzangst

bedrohten oder am Rande des Existenzminimums lebende Menschen (Dok. 74-81) versprachen sich von ihr einen Ausweg aus ihrer Situation.

Der gesamte Propaganda-Apparat der NSDAP war seit ihrer Gründung darauf ausgerichtet, die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen aufzugreifen, an ihre Forderungen nach einer Einschränkung der Macht des privaten Kapitals anzuknüpfen und sie in die gewünschte, für das Großkapital unschädliche Richtung zu lenken. Das Hauptziel der NSDAP, das Hitler bereits 1922 vor Vertretern von Kapital und Großgrundbesitz erläutert hatte (Dok. 8), bestand darin, sich eine Massenbasis in den Reihen der Arbeiterklasse zu organisieren. Nicht zufällig führte die NSDAP daher das Wort „sozialistisch“ in ihrem Namen. Den Arbeitern sollte glauben gemacht werden, die NSDAP sei eine „sozialistische“ Partei, eine Taktik, die Hitler auf den treffenden Begriff brachte, man könne Gift nur durch Gegengift brechen. (Dok. 82)

Zur Irreführung der Massen erfand man einen „Sozialismus“ eigener Prägung, einen „deutschen Sozialismus“, der mit den sozialistischen Zielvorstellungen der Arbeiterbewegung nicht das geringste gemein hatte. (Dok. 83-85) Mit Hilfe dieses Propagandamittels sollten die Arbeiter von den tatsächlichen sozialistischen Organisationen wegorientiert, die Arbeiterbewegung gespalten werden. Anstelle der Erkenntnisse und Erfahrungen der Arbeiterbewegung, daß zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen objektive Interessengegensätze bestünden, die nur durch den politischen Kampf zugunsten der abhängig Beschäftigten ausgetragen werden könnten, versuchte die NSDAP die Lohnabhängigen mit ihrer „Volksgemeinschaftsideologie“ einzufangen, die ihnen angeblich gemeinsame Interessen von Unternehmern und Arbeitern suggerierte und damit vom Kampf um die eigenen Forderungen abhalten sollte.

Ständige Differenzen gab es innerhalb der NSDAP-Führung um die Frage, welche der beiden Namenskomponenten, das „nationale“ oder das „sozialistische“ Element, in der Massenagitation stärker zu betonen sei. (Dok. 83-84) Eine tatsächliche sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft war nicht vorgesehen, denn dies hätte die Enteignung von Großkapital und Großgrundbesitz, die Kontrolle und Leitung der Produktionsmittel durch die Lohnabhängigen und die Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse bedeutet, ein Weg, den die Programmierer der NSDAP nicht nur ausdrücklich ablehnten, sondern den sie in ihrer Agitation gegen die Arbeiterbewegung auch schärfstens bekämpften. (Dok. 6-7, 85)

Das Ziel und die politische Funktion der Parole vom „deutschen Sozialismus“, die Arbeiterbewegung vom Kampf um tatsächliche sozialistische Forderungen abzuhalten, an die NSDAP zu binden und die Lohnabhängigen dadurch zu spalten, wurde von den großindustriellen Presseorganen ausdrücklich begrüßt. (Dok. 86) Die „positiven Möglichkeiten“, die die NSDAP in dieser Hinsicht bot, ließen sie in wachsendem Maße zu der Partei werden, derer man sich zur „Rekonsolidierung“ der eigenen Machtpositionen und zur Durchsetzung seiner expansiven Ziele zu bedienen gedachte. (Dok. 87)

Ein nennenswerter Einbruch in die Industriearbeiterschaft gelang der NSDAP mit ihren „sozialistischen“ Parolen jedoch nicht. Hitler konzentrierte sich daher im Verlauf der Weltwirtschaftskrise bei seinen Auftritten zunehmend auf die Gewinnung kleinbürgerlicher Schichten – mit Erfolg. Bei den Reichstagswahlen von 1930 erhöhte die NSDAP ihre Mandate von 12 auf 107. Ihre Wähler entstammten vor allem den Mittelschichten; Gewerbetreibende, Einzelhandelskaufleute und Kleinunternehmer, aber auch Beamte und Lehrer erwiesen sich als besonders anfällig für die faschistische Propaganda. (Dok. 97-100)

Hitler verstand es, den unspezifischen Haß der gewerblichen Mittelschichten auf „das Kapital“, das ihre ökonomische Existenz unmittelbar bedrohte und das ihnen täglich sichtbar in Form von Kaufhäusern am Ort oder von Großbanken, deren Kredite sie nicht bezahlen konnten, vor Augen stand, demagogisch aufzugreifen und gegen die Juden zu lenken, die aufgrund besonderer historischer Entwicklungen in Deutschland (Juden war jahrhundertlang der Besitz von Land verboten) relativ häufig als Inhaber von Kaufhäusern und Banken anzutreffen waren. Durch „Sinnfällige Beispiele aus der nächsten Umgebung“ die „handgreifliche Berechtigung“ des Antisemitismus zu veranschaulichen, so lautete das Patentrezept, um den „Antikapitalismus“ in den Antisemitismus umzumünzen und

dadurch unschädlich zu machen. (Dok. 88, 90) Der Antisemitismus erfüllte zugleich eine wichtige integrative Funktion, konnte das „jüdische Leihkapital“ doch als gemeinsamer Feind des gesamten [24:] Volkes, des Arbeiters ebenso wie des Großunternehmers, ausgegeben werden.

Durch einen weiteren simplen Trick wurden die angeblich „antikapitalistischen“ und antisemitischen Parolen mit „antibolschewistischen“ oder „antimarxistischen“ Losungen verknüpft, indem der „Marxismus“ – und damit waren alle Strömungen und Organisationen der Arbeiterbewegung gemeint – als Machwerk des internationalen Judentums dargestellt wurde. Dieses absurd anmutende dreigesichtige Feindbild: Jude – Kapitalist – Marxist erfüllte eine durchaus rationale Funktion (Dok. 96), sollte es doch die Aggressionen gegen das Kapital und die kapitalistische Gesellschaftsordnung gegen die Juden kanalisieren und zugleich den. eigentlichen politischen Gegner des Großkapitals, die Arbeiterbewegung, diskriminieren und politisch ausschalten.

Trotz ihrer Propaganda, die sich vor allem in der Weltwirtschaftskrise gezielt an die Bauern und an die Gewerbetreibenden wandte (Dok. 88-89, 91), vermied es die NSDAP auf Anraten Hjalmar Schachts, den Massen ein detailliertes Wirtschaftsprogramm mit präzisen Forderungen zu unterbreiten, um die Zahl der „Interessenten“ nicht einzuschränken. (Dok. 93)

Hitler und die führenden Vertreter der NSDAP dachten entgegen ihrer Propaganda nicht im entferntesten daran, die bei den Massen geweckten antikapitalistischen Hoffnungen zu erfüllen. Sie verachteten die Massen, derer sie sich als Stimmvieh bedienten (Dok. 96) und versicherten den Repräsentanten des Industrie- und Bankkapitals, die fürchteten, die Massen könnten der NSDAP-Führung entgleiten und die Einlösung der „sozialistischen“ Programmpunkte fordern, ihre antikapitalistischen Parolen hätten lediglich eine agitatorische Funktion. (Dok. 94-95)

Weder die Interessen der Arbeiter und Angestellten noch die der Mittelschichten fanden Eingang in die Politik der NSDAP. Hitler und die NSDAP-Führung mühten sich ausschließlich darum, ihre wirtschaftspolitische Programmatik auf die Zielvorstellungen des Großkapitals abzustimmen und unklare Programmpunkte im Sinne großkapitalistischer Interessenvertretung zu präzisieren. (Dok. 101-103) Um Bedenken großindustrieller Kreise (Dok. 104-106) endgültig auszuräumen, wurde der „Keppler-Kreis“ ins Leben gerufen, eine Koordinationsstelle großkapitalistischer und faschistischer Ziele und Interessen. (Dok. 107-108) Er sorgte zunächst für die Unterbindung mißliebiger, den Vorstellungen des Großkapitals zuwiderlaufender Äußerungen (Dok. 109) und setzte sich nach den [25:] Novemberwahlen 1932 für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein.

Unterhalb dieser zentralen Ebene gab es konkrete Absprachen großer Konzerne mit Hitler. Die IG-Farben, die bis Anfang 1932 Brüning unterstützt hatten, versicherten sich im Sommer 1932 der Unterstützung Hitlers für ihre Großproduktion von synthetischen Rohstoffen. (Dok. 110) Wie sehr die Interessen der Großkonzerne und Großbanken insgesamt mit denen der NSDAP übereinstimmten, zeigt ein Blick auf programmatische Äußerungen beider Seiten. (Dok. 111-118)

Die Reichstagswahlen vom November 1932 brachten der NSDAP einen Verlust von zwei Millionen Wählerstimmen und einen Rückgang ihrer Mandate von 230 auf 196. (Dok. 119) Der Höhepunkt ihres Masseneinflusses war – wie von großindustrieller Seite festgestellt wurde – überschritten, ein neuer konjunktureller Aufschwung, der eine Verstärkung gewerkschaftlicher Aktivitäten nach sich ziehen mußte, bahnte sich an, die Rückkehr zu parlamentarischen Regierungsformen war notwendig, da der alle reaktionäre Maßnahmen rechtfertigende Verweis auf die Krise entfiel. In dieser Situation ging es für die rechten Kreise des Großkapitals und des Großgrundbesitzes um die grundsätzliche Alternative: Rückkehr zum „Weimarer System“ oder Errichtung der faschistischen Diktatur. (Dok. 120-121, 128)

Die Machteinsetzung Hitlers zu diesem Zeitpunkt war für diese Kräfte die letzte Möglichkeit, die parlamentarische Demokratie endgültig zu zerstören und mittels der faschistischen Diktatur ihre seit langem verfochtenen Hauptinteressen – Aufrüstung, ökonomische Expansion, „Rückeroberung“ verlorenen Gebiete und Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter deutscher Führung, Entrechtung der Lohnabhängigen – durchzusetzen. In einer Eingabe an den Reichspräsidenten

Hindenburg forderten namhafte Vertreter der Schwerindustrie, der Großbanken und der Großlandwirtschaft die sofortige Machtübergabe an Hitler. (Dok. 122-125)

Noch waren jedoch nicht alle Widersprüche und Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppierungen des Großkapitals gelöst. Zur gleichen Zeit zog man auch andere Möglichkeiten und Formen diktatorischer Herrschaftsausübung in Erwägung. Eine Studie der Reichswehrführung vom November 1932, in der die Möglichkeiten einer Militärdiktatur auch ohne die NSDAP getestet wurden, kam jedoch zu dem Ergebnis, daß die Reichswehr zur militärischen Sicherung einer Diktatur außerstande sei. (Dok. 126)

[26:] Einen anders gearteten Versuch diktatorischer Herrschaft versuchte das letzte Kabinett der Weimarer Republik unter dem ehemaligen Reichswehrminister General Kurt von Schleicher zu realisieren. Gefördert vor allem durch die IG-Farben und den Eisengroßhändler Otto Wolff, wollte Schleicher in Koalition mit dem Nationalsozialisten Gregor Strasser ein System militärfaschistischer Prägung errichten, gestützt auf eine „Gewerkschaftsachse“ quer durch alle Parteien und auf einen Teil der Massenbasis der NSDAP (Dok. 127); dieser Versuch scheiterte jedoch ebenfalls.

Eine Absprache Hitlers mit Papen am 4. Januar 1933 im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder brachte die endgültige Entscheidung. (Dok. 128) Die führenden Kreise des Großkapitals und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, an deren Einigung die beiden Bankiers Hjalmar Schacht und Kurt von Schröder maßgeblichen Anteil hatten, leiteten über den Mittelsmann Papen die Machtübergabe an Hitler ein. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Seine Machteinsetzung wurde von den Repräsentanten der Großindustrie und der Großbanken begeistert begrüßt, die neue Regierung finanziell und politisch voll unterstützt. (Dok. 131-132)

Die Dokumente werden in der Regel mit Originalfundstelle und der Veröffentlichung, in der sie abgedruckt sind, zitiert. Die Zitate, die einzelnen Abschnitten vorangestellt sind, wurden den Dokumenten entnommen.

[27:]

I. Weimarer Republik und reaktionäre Strömungen 1918-1928

1. Gründung und Ziele der NSDAP

„Die Bolschewisierung Deutschlands jedoch bedeutet die Vernichtung der gesamten christlich-abendländischen Kultur überhaupt. In der voraussehbaren Erkenntnis dieser Katastrophe ... wurde ... am 5. Januar 1919 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet. Ihr Ziel heißt ganz kurz: Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung.“

Adolf Hitler im Oktober 1922

1. Hitler über seinen ersten Besuch einer Versammlung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) am 12. September 1919

Eines Tages erhielt ich von der mir vorgesetzten Dienststelle¹ den Befehl, nachzusehen, was es für eine Bewandnis mit einem anscheinend politischen Verein habe, der unter dem Namen „Deutsche Arbeiterpartei“ in den nächsten Tagen eine Versammlung abzuhalten beabsichtige, und in der ebenfalls Gottfried Feder sprechen sollte; ich mußte hingehen und mir den Verband einmal ansehen und dann Bericht erstatten.

Die Neugierde, die von seiten des Heeres damals den politischen Parteien entgegengebracht wurde, war mehr als verständlich. Die Revolution hatte dem Soldaten das Recht der politischen Betätigung gegeben, von dem nun auch gerade die Unerfahrensten den reichlichsten Gebrauch machten.

A. Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Bande, 55. Aufl., München 1933, S. 236.

[28:]

2. Aus den Richtlinien der „Deutschen Arbeiterpartei“

Die DAP ist eine aus allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation, die nur von deutschen Führern geleitet sein darf, welche alle eigennützigen Ziele zur Seite stellen, und nationale Notwendigkeiten als höchsten Programmsatz gelten lassen. [...] Die DAP Will die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zu dem Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, sofern nicht rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein unmöglich macht. Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. [...] Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern die Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen. [...] Die DAP kämpft mit aller Kraft gegen Wucherer und Preistreiberei. Gegen alle diejenigen, die keine Werte schaffen, die ohne jegliche geistige und körperliche Arbeit hohe Gewinne machen.

Dokumente der deutschen Politik, VIII, 1. Teil, 1942, S. 283 ff.. zit. nach: W. Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP. Stuttgart 1973, S. 150.

3. Aus einer Broschüre des Gründers der Deutschen Arbeiterpartei, Anton Drexler, 1919

Ich bin Sozialist wie Ihr und erstrebe die Gleichberechtigung des Handarbeiters als Staatsbürger mit allen anderen schaffenden Ständen, sowie die Vernichtung des Faulenzer- und Drohnentums und die Abschaffung arbeits- und mühelosen Gewinnes.

Ich erhoffe auch heute noch von einem wahrhaften und gerechten Sozialismus die Erlösung des Arbeiterstandes und die Befreiung der schaffenden Menschheit aus den Fesseln eines ausbeuterischen Kapitalismus.

¹ Hitlers vorgesetzte Dienststelle war die Abteilung I b/P, eine nachrichtendienstliche Abteilung im bayerischen Reichswehrgruppenkommando unter der Leitung des Hauptmann Mayr. In dieser Abteilung war Hitler als Spitzel der Reichswehr tätig. Die Versammlung der DAP fand am 12. September 1919 statt.

Aber ich bin der Überzeugung geworden, daß wir zur Erreichung dieses Zieles bisher nicht auf dem rechten Wege waren. [...]

Lernen wir doch endlich die falschen Freunde unserer Bewegung durchschauen. Der großkapitalistische Jude spielt immer den Freund [29:] und Wohltäter gegen uns; er tut es aber nur, um uns vor seinen Triumphwagen zu spannen.

Wir vertrauensselige Arbeiter sollen ihm behilflich sein, die Weltherrschaft des Judentums aufzurichten. [...]

Aber ihre Herrschaft sinkt in nichts zusammen, wenn erst alle ehrlichen Menschen die Sachlage begreifen und sich einmütig gegen den wahren Volksfeind zusammenschließen. [...]

Wir Arbeiter allein werden niemals eine so große Macht bilden, daß wir den Weltkapitalismus bezwingen können. Gehen wir aber mit dem produktiven Bürgertum zusammen, so wird uns keiner widerstehen. Dann bilden wir in allen Ländern eine erdrückende Mehrheit gegen den Wucherkapitalismus. [...]

Genossen macht die Augen auf und erkennt den wahren Feind! Laßt Euch nicht länger an der Nase herumführen! Sagt Euch los von Euren jüdischen und im Dienste Judas stehenden Führern; wählt Führer aus Eurer Mitte und wacht darüber, daß sie nicht Kapitalisten werden! Und noch eins: Erwartet nichts von dem Bolschewismus! Er bringt den Arbeitern die Freiheit nicht! [...]

Der Achtstundentag ist abgeschafft in Rußland. Arbeiterräte gibt es nicht mehr. Alles steht unter der Diktatur einiger hundert Regierungskommissare, die zu neun Zehnteln aus Juden bestehen.

Der Bolschewismus ist jüdischer Betrug!

Undatiertes Flugblatt (1921/22) nach Drexlers Broschüre von 1919 „Mein politisches Erwachen“, BA Koblenz, Sig. Schumacher 373, zit. nach: A. Tyrell, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 20-22.

4. Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 1920

Das Programm der Deutschen Arbeiter-Partei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

[30:] 2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-gesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteige-sichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.
9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.
10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen.
11. Daher fordern wir: Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.
12. Brechung der Zinsknechtschaft. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.
13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.
- [31:] 14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.¹
18. Wir fordern den rücksichtslosesten Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.
19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.
20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.
21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

¹ Zu Punkt 17 des Programms hat Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung abgegeben:
Erklärung.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von Seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig.

[33:] Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.
München, den 13. April 1928 gez. Adolf Hitler

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:
- a) Sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen.
 - b) Nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrückli-[32:]chen Genehmigung des Staats bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.
 - c) Jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderung verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches.

Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

G. Feder, Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1930. (25.-40. Aufl.)
[33:]

5. Aus dem Brief des Dienstvorgesetzten Hitlers im bayrischen Reichswehrgruppenkommando, Hauptmann Mayr, an Wolfgang Kapp vom 24. September 1920 über die NSDAP

Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm [die 25 Punkte der NSDAP vom 24. Februar 1920] ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. Sicher ist nur, daß wir unter dieser Fahne doch schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich [...] die Bewegung zu stärken. [...] Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden; ein Volksredner 1. Ranges. In der Ortsgruppe München haben wir über 2000 Mitglieder, während es im Sommer 1919 noch keine 100 waren.

ZStA Merseburg, NL Kapp, Mayr an Kapp, 24. Sept. 1920, zit. nach: D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII, 1972, S. 413-414.

6. Aus Gottfried Feders Erläuterungen zum Parteiprogramm der NSDAP, Punkt 11: Brechung der Zinsknechtschaft

Trotz allem antikapitalistischen Geschrei der Marxisten, trotz den frommen Sprüchen des Zentrums, trotz dem Gezeter der Wirtschaft über Steuer- und Zinslasten – kein klares Erkennen des *Weltfeindes*: des den Erdkreis überschattenden Großkapitales und seines Trägers, des Juden.

Das Volk in allen seinen Berufsständen bekommt die Zinspeitsche zu schmecken, jeder Bevölkerungsschicht sitzt der Steuereintreiber [34:] im Nacken – aber wer wagt der *Allmacht des Bank- und Börsenkapitals* entgegenzutreten? [...]

Brechung der Zinsknechtschaft heißt hier unser Feldgeschrei. [...] Adolf Hitler hat in seinem grundlegenden Werke „Mein Kampf“ [...] die alles überragende Bedeutung dieser Frage mit folgenden Ausführungen gekennzeichnet: „[...] *Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkte des Kampfes der deutschen Nation um ihre Unabhängigkeit und Freiheit geworden.*“

Alle wirklich ernstesten Nationalsozialisten teilen diese Überzeugung, denn die Lösung dieser Frage bedeutet im Grunde genommen die ins verstandesmäßige übersetzte *Lösung der Judenfrage* [...]

Was versteht man unter „Zinsknechtschaft“?

Den Zustand der Völker, die unter der Geld- oder Zinsherrschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen.

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der *Landwirt*, der [...] Kredite aufnehmen muß, die er so hoch verzinsen muß, daß die Zinsen ihm fast den Ertrag seiner Arbeit auffressen [...]

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der *Arbeiter* [...]

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der gesamte *gewerbliche Mittelstand* [...]

In „*Zinsknechtschaft*“ befinden sich alle, die durch ihre *geistige oder körperliche Arbeit ihr Brot* verdienen müssen [...]

In „*Zinsknechtschaft*“ befindet sich der *Industrielle*, der in zähester Arbeit seinen Betrieb aufgebaut hat, ihn dann dem Zug der Zeit folgend in eine „Aktiengesellschaft“ umgewandelt hat, nun nicht mehr Herr seiner freien Entschließung ist, sondern die unersättliche Profitgier der „Aufsichtsräte und Aktionäre“ befriedigen muß – will er nicht entlassen (!) werden aus seiner eigenen Schöpfung.

Feder, S. 29-31. (Hervorh. im Original)

7. Aus Gottfried Feders Erläuterungen zum Parteiprogramm der NSDAP: Anerkennung des Privateigentums, des „schaffenden Kapitals“

Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an, und stellt es unter staatlichen Schutz, – und zwar das ehrlich erworbene und erarbeitete Eigentum. Eine grundsätzliche Erörterung kann hier nicht gegeben werden, aber wer die „Arbeit“ richtig [35:] erfaßt hat, dem kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die Arbeitserzeugnisse „Eigentum“ des Arbeitenden sein müssen. Weder kann der Schaffende begreifen, daß seine Arbeitserzeugnisse bzw. deren Gegenwerte einer unfassbaren „Allgemeinheit“, „Allen“ gehören sollen, noch will es ihm in den Sinn, daß die Früchte seiner Arbeit einem Einzelnen, dem Kapitalisten gehören sollen. So wächst aus dem richtig verstandenen Arbeitsbegriff notwendigerweise die Anerkennung des Privateigentums heraus.

Feder, S. 48-49. (Hervorh. im Original)

8. Aus einer Denkschrift Adolf Hitlers für Industrielle vom 22. Oktober 1922¹

Die Frage einer Genesung unseres deutschen Volkes ist nicht die der Genesung unserer Wirtschaft, sondern die der Wiedergewinnung jener inneren Einstellung unseres Volkes, die allein staatliche Größe, damit aber auch wirtschaftliche Wohlfahrt zu gewährleisten vermag. [...]

Solange auch nur bei einem Drittel unseres Volkes diese Verneinung des Staates und des eigenen Volkstums vorhanden ist, ist jeder Wiederaufstieg deshalb unmöglich, weil im Augenblick des von einer (angenommenen rechtsstehenden) Regierung an das Volk gerichteten Appells die innere Zerrissenheit sofort wieder zur lebendigsten Gefahr werden würde.

Tatsächlich stellt die Summe der „international-marxistisch“ eingestellten Angehörigen unseres Volkes über 40% unserer Gesamtbevölkerung dar.

¹ Die Denkschrift verfaßte Hitler offenbar im Anschluß an zwei Reden, die er 1922 im Hamburger Nationalklub vor Industriellen, Bankiers und Reichswehroffizieren hielt. (vgl. ebd., S. 46)

Eine entsetzliche Wahrheit besonders deshalb, weil in diesen 40% die aktivsten, tatkräftigsten Elemente der Nation zur Zeit vereinigt sind. [...]

Die Bolschewisierung Deutschlands jedoch bedeutet die Vernichtung der gesamten christlich-abendländischen Kultur überhaupt.

In der voraussehenden Erkenntnis dieser Katastrophe und der Unzulänglichkeit der Mittel zu ihrer Abwehr wurde vor drei Jahren, am 5. Januar 1919, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet. Ihr Ziel heißt ganz kurz: Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung.

Mittel hierzu sollen sein

1. eine unvergleichliche, genial aufgezogene Propaganda- und [36:] Aufklärungsorganisation, alle Möglichkeiten menschlicher Beeinflussung erfassend;
2. eine Organisation rücksichtsloster Kraft und brutalster Entschlossenheit, bereit, jedem Terror des Marxismus einen noch zehnfach größeren entgegenzusetzen, die sogenannte „Sturmabteilung“ der Bewegung. [...]

Soll die Bewegung also in den kommenden Kämpfen mit Aussicht auf Erfolg Volkstum, Staat und damit aber auch Wirtschaft verteidigen, so ist ihre Organisation in den oben bereits gekennzeichneten zwei Richtungen mit äußerster Schnelligkeit auszubauen. Also:

Vervollständigung und Vertiefung der Propagandaorganisation und zweitens, äußerste Verstärkung derjenigen Machtmittel, die da, wo Propaganda versagt, allein in der Lage sind, den kommenden Terror niederzubrechen, die nationale Wirtschaft in Gang zu erhalten. [...]

Was der nationalen Seite heute fehlt, ist aber in erster Linie eine Presse, die nicht nur von Mittelstand und Intelligenz gelesen wird, sondern die in volkstümlichster Auffassung den nationalen Gedanken in die ärmste Hütte hineinzutragen geeignet erscheint. [...]

Der Ausbau des Völkischen Beobachters, der zur Zeit wöchentlich zweimal erscheint, zur Tageszeitung ist eine der wesentlichsten Aufgaben des Augenblicks. [...]

(Es folgt eine detaillierte Kostenaufstellung für: A. den Ausbau des Völkischen Beobachters durch Einrichtung neuer Geschäftsstellen und den allgemeinen Ausbau der Propagandatätigkeit und B. die Ausrüstung der Sturmabteilungen)

Gesamt-Kostenvoranschlag:

A.

1. Geschäftsstelleneinrichtungen	4.000.000 M
2. Gehaltsdepot der Geschäftsführer	3.000.000 M
3. Rotations-, Setzmaschine	3.000.000 M
4. Papiereinkauf	5.500.000 M
5. Betriebsumstellung	600.000 M
6. Wanderredner	2.000.000 M
7. Propagandamaterial	8.000.000 M
	Summe 26.100.000 M

[37:]

B.

1. Neue Geschäftsstelle	6.000.000 M
2. Lastkraftwagen	8.000.000 M
3. Betriebsstoff (Tetralit)	1.940.000 M
Betriebsstoff (Benzin)	600.000 M
4. Ausrüstung der Sturmabteilungen	8.000.000 M
5. Nachrichtendienst	600.000 M
6. Kampfschatz	2.000.000 M
	Summe 27.140.000 M

Es beträgt somit das Gesamterfordernis zu einem augenblicklich durchzuführenden großzügigen Ausbau der Bewegung:

53.240.000 Mark,

das sind in Friedenswährung rund 95.000 Mark,

ein lächerlicher Betrag einer Sache gegenüber, die so oder so von größter Bedeutung für die Zukunft unseres Vaterlandes sein wird. [...]

Vollständiger Wortlaut der Denkschrift bei Tyrell, S. 45-55.

[38:]



„Na, dann prosit, Herr Generaldirektor, auf ein glückliches neues Spiel!“

[39:]

2. Soziales und politisches Umfeld der NSDAP

a) „Antibolschewistische Liga“ und Freikorps

9. Aus den Erinnerungen des Organisators der „Antibolschewistischen Liga“, Eduard Stadtler

Am gleichen Tag fand die nicht minder bedeutsame Sitzung des Führertums der Wirtschaft im Flugverbands- und Handelshaus statt. Als ich Punkt 4 Uhr nachmittags im kleinen Saal erschien [...], waren etwa 50 Herren da: Hugo Stinnes selbst, Albert Vögler, Ernst Borsig, Siemens, Geheimrat Deutsch, Mankiewitz, Salomonsohn, Gen.-Direktor Otto Henrich usw., die ganze „haute volée“ der Industrie-, Handels- und Bankwelt. [...] Als einziger Punkt auf der Tagesordnung stand: Referent Dr. Eduard Stadtler über „Bolschewismus als Weltgefahr“. [...] Ich ließ nun eine Kampf- und Mahnrede auf die 50 Herren niedersausen, wie sie es in dieser Form wohl ihr ganzes Leben hindurch noch nicht vernommen hatten. [...] Alle waren sichtlich betroffen. Da erhob sich in der Ecke rechts hinter mir ein kleiner Mann [...] Ich kannte ihn nicht, aber die Anwesenden zeigten mir sofort durch ihr Verhalten, daß sie ihn nicht nur kannten, sondern respektierten, irgendwie als Autorität empfanden. Es war Hugo Stinnes. In die geheimnisvolle Stille des Saales hinein sagte er mit einem Minimum von rednerischem Aufwand, aber mit einer sehr klaren und bestimmten Stimme: „Ich bin der Meinung, daß nach diesem Vortrag jede Diskussion überflüssig ist. Ich teile in jedem Punkte die Ansicht des Referenten. Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden. [...] Die „historische“ Summe ward auch am gleichen Tag bewilligt. [...] Die Gelder wurden auf dem Wege einer freiwilligen Selbstbesteuerung durch die Industrie-, Handels- und Bankorganisationen auf die gesamten deutschen Unternehmungen umgelegt. [...]

Der sogenannte „Antibolschewistenfonds“ floß nun durch alle möglichen Kanäle in die Anfang Januar 1919 einsetzende gewaltige antibolschewistische Bewegung: „Generalsekretariat zum Studium [40:] und zur Bekämpfung des Bolschewismus“, „Antibolschewistische Liga“, „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“, „Bürgerratsbewegung“, „Werbebüros für die Freikorps“, „Selbstschutzorganisationen“, „Studentenarbeitsstellen“. Bis in die Kassen der aktiven Truppen, ja bis in die Kassen der sozialdemokratischen Partei hinein!

E. Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 46-49.

10. Eduard Stadtler über die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Es war mir klar: Die Einmarschaktion der „Noske-Truppen“ drohte unheilvoll zu werden, da Noske in dem von mir geforderten Sinne als Künstler-Staatsmann versagte. [...] Dies Versagen war deshalb gefährlich, weil auf der spartakistischen Gegenseite Persönlichkeiten von großem politischem Format operierten, Kraft- und Künstlernaturen, vor allem Rosa Luxemburg und Karl Radek. Es mußte etwas geschehen, um die in diesen Persönlichkeiten liegenden Umsturz- und Zusammenbruchsgefahren zu beseitigen.

Siebel war vom Krieg her mit dem Adjutanten Pflugk-Hartung von Major Pabst, dem Stabschef der Gardekavallerie-Schützendivision, bestens bekannt. [...] Ich setzte ihm [Major Pabst] auseinander, daß die militärische Einmarschaktion etwas Halbes sei. Berlin sei zwar für den Augenblick frei, aber das Reich sei in Aufruhr, die Regierung stiere nur auf die Nationalversammlung [...]; das Parlament könne uns Frontsoldaten gestohlen bleiben, auf Männer und Taten käme es an; wenn auf unserer Seite vorerst keine Führer zu sehen seien, dann dürfte wenigstens die Gegenseite auch keine haben. [...] Major Pabsts Augen glänzten.

Das war andere Musik, als er sie täglich zu hören bekam. Er stand auf, drückte mir soldatisch die Hand und sagte nur: „Ich danke Ihnen sehr, auf mich können Sie sich verlassen.“ Ein Mann, ein Wort. Wenige Tage darauf, am 15. Januar, hatten die Mannen Major Pabsts, die Brüder Pflugk-Hartung und der Husar Runge, die beiden führenden Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt.

Stadtler, S. 51-52.

[41:]

11. Aus dem Bericht eines Zeugen über die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919

[...] Beide waren von Angehörigen der Bürgerwehr [...] verhaftet [...] worden. Nach kurzem Verhör war die Überführung nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit angeordnet worden. Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden getrennt abtransportiert. Schon beim Verlassen des Hotels wurde Liebknecht von dem postenstehenden Jäger Otto Runge mit dem Gewehrkolben so über den Kopf geschlagen, daß das Blut lief. Im Tiergarten wurde Liebknecht aufgefordert, das Auto, angeblich wegen einer Panne, zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit soll er versucht haben, zu fliehen. Da er auf Anruf nicht Halt gemacht haben soll, wurde nach militärischer Regel auf ihn geschossen. Von mehreren Schüssen getroffen, fiel er tot nieder. Der die Eskorte führende Kapitänleutnant Pflugk-Hartung meldete den Vorfall amtlich [...]

Noch schlimmer verfuhr die entmenschte Soldateska mit Rosa Luxemburg, die, durch Mißhandlungen bereits ohnmächtig geworden, im Auto durch einen Schuß getötet wurde. Der Oberleutnant Kurt Vogel lieferte die Leiche nicht ab, sondern ließ sie in der Nähe der Corneliusbrücke in den Landwehrkanal versenken, wo sie erst nach Wochen gehoben wurde.

Das ist der Sachverhalt, der aber erst allmählich festgestellt wurde. Die erste amtliche Darstellung, nach der eine über die Spartakisten erbitterte Menge die Hauptschuld an den Mißhandlungen getragen haben sollte, enthielt bewußt falsche Angaben der schuldigen Militärs.

Die angestellte Untersuchung gegen die schuldigen Militärs – Zivilpersonen kamen, wie sich bald ergab, für die Tat nicht in Betracht – fand vor dem Gericht der Gardekavalleriedivision statt. [...]

Als Gerichtsherr fungierte General Hoffmann, als Untersuchungsrichter Kriegsgerichtsrat Jörns. [...] Jörns beantragte gegen die vier Offiziere, die geschossen hatten, die Todesstrafe wegen Mordes. Das Gericht sprach aber die Angeklagten frei. Die Indizien für eine Verabredung zur Ermordung Karl Liebknechts schienen dem Gericht für eine Verurteilung nicht auszureichen. Der Oberjäger Runge, der mit dem Kolben die beiden Opfer mißhandelt hatte, erhielt zwei Jahre Gefängnis, Oberleutnant Vogel wegen Beiseiteschaffung einer Leiche und wissentlich falscher Dienstmeldung zwei [42:] Jahre vier Monate Gefängnis. Vogel gelang es mit Hilfe eines falschen Pass es nach Holland zu entfliehen.

Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken, hrsg. v. J. Hohlfeld, Bd. III: Die Weimarer Republik 1919-1933, Nachdr. Amsterdam 1973, S. 13-14. (Zit.: Hohlfeld, Bd. III)

12. Aus dem autobiographischen Bericht von Rudolf Höß, späterer Kommandant von Auschwitz, über die Freikorps und einen von ihm begangenen Fememord¹

Die Freikorps der Jahre 1918 bis 1921 waren eine eigenartige Zeiterscheinung. Die jeweilige Regierung benötigte sie, wenn es an den Grenzen oder im Reichsinnern wieder einmal brannte und die Polizeikräfte bzw. später die Reichswehr nicht ausreichten oder aus politischen Gründen nicht in Erscheinung treten durften. Sie verleugnete sie, wenn die Gefahr beseitigt war oder Frankreich scharf nachfragte. [...] Die Angehörigen dieser Freikorps setzten sich zusammen aus Offizieren und Soldaten, die, aus dem Weltkrieg zurückgekommen, den Anschluß an das bürgerliche Leben nicht mehr finden konnten, aus Abenteurern, [...], aus Arbeitslosen [...] und aus jungen begeisterten Freiwilligen [...] Sie waren alle, ausnahmslos, auf die Person des Führers ihres Freikorps eingeschworen. [...]

Da die Regierung das Vorhandensein von Freikorps leugnen mußte, konnte sie auch Verbrechen, die in den Reihen dieser Verbände begangen wurden, wie Waffendiebstähle, Verrat militärischer Geheimnisse, Landesverrat usw. nicht verfolgen, nicht ahnden. Es entstand so in den Freikorps und

¹ Ähnlich wie Rudolf Höß begannen auch andere führende Nazi-Funktionäre ihre politische Karriere als Fememörder in den Freikorps und militärischen Geheimbünden, so z. B. Martin Bormann, Leutnant Killinger, der militärische Leiter der „Organisation Consul“ (beteiligt am Mord an Mathias Erzberger) und Hauptmann Stennes; die beiden letzteren wurden 1929 in die zentrale SA-Leitung berufen. (vgl. Tyrell, S. 252)

deren Nachfolgeorganisationen die Selbstjustiz, nach alten deutschen Vorbildern ähnlicher Situationen, das Femegericht. Jeglicher Verrat wurde mit dem Tode bestraft. [...]

So war auch *mein* Fall zustande gekommen: Der Parchimer Fememordprozeß, in dem ich zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, als Rädelsführer und Hauptbeteiligter. – Wir hatten den Verräter Schlageters an die Franzosen totgeschlagen. [...] Ich brauche nicht zu betonen, daß ich mit dem Tod des Verräters einverstanden war [...]

[43:]

Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, hrsg. v. M. Broszat, 2. Aufl. Stuttgart 1964, S. 35-37.

13. Aus der offiziellen Denkschrift der Kriegsmarine „Der Kampf der Marine gegen Versailles“ über die Verbindung zwischen den „Vaterländischen Vereinen“, leitenden Reichswehroffizieren und Wirtschaftskreisen

Die beim Kommando der Marinestation der Ostsee ebenfalls betriebenen Aufbauarbeiten in personeller Hinsicht zielten mehr allgemein auf eine Stärkung des vaterländischen Gedankens im Volke hin. [...]

Die von dem verstorbenen Vizeadmiral a. D. Dominik erfolgte Zusammenfassung der vaterländischen Verbände in Kiel, die zum Teil zu jener Zeit erst aufgezoogen wurden (Ehrhardt, Studentischer Waffenring, Stahlhelm), fand daher die volle Unterstützung des Stationskommandos [...]

Die gleiche Unterstützung erfuhren die vaterländischen Arbeitervereine [...] Hier waren Männer tätig, die unter Einsatz ihrer Person – auch in wirtschaftlicher Beziehung – an die Arbeit gingen und entgegen dem Zeitgeist und den praktischen politischen Strömungen in der deutschen Arbeiterschaft neben dem nationalen und sozialen Gedanken auch den der Wehrhaftigkeit pflegten.

Anfang 1925 gründete K.-Kapt. Schuster, geleitet von dem Gedanken, die Idee der Wehrhaftmachung und der Selbsthilfe auch in möglichst weite Kreise des noch gesund empfindenden Bürgertums hineinzuleiten bzw. sie zu kräftigen, wo sie noch bestand, die sogenannte Nordmarkhilfe. Er wurde dabei unterstützt von Marinepfarrer Müller, dem verstorbenen Handelskammerpräsidenten Andersen und dem Direktor der Kieler Bank, Glahn.

Die Nordmarkhilfe war eine Vereinigung vaterländisch und wehrpolitisch denkender Männer aus allen Städten und Berufskreisen Kiels [...] Durch Werbung der einzelnen Vertreter wuchs die Zahl der Mitglieder in den nächsten Wochen auf rund 200, von denen [44:] jeder sich verpflichtete, monatlich einen bestimmten Beitrag an die Nordmarkhilfe zu zahlen. Auf diese Weise gewann das Stationskommando weitere Mittel zur Durchführung seiner besonderen Aufgaben.

Von der Tatsache des Bestehens dieser Organisation wurden von Schuster sowohl der Chef des Stabes, der verstorbene Korvettenkapitän Meusel, wie auch der Stationschef, Konteradmiral Frhr. von Gagen, in großen Zügen unterrichtet, beide hielten sich jedoch auf seine Bitte frei von irgendeiner genaueren Kenntnis, weil sie bei der damaligen politischen Lage jederzeit imstande sein mußten, offiziell jede Mitarbeit an der unerlaubten politischen Tätigkeit des K.-Kapt. Schuster abzuleugnen.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XXXIV, S. 551-552. (Zit.: IMG)

b) Der Kapp-Putsch 1920: erster Versuch der Zerstörung der Weimarer Republik

*„Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet.“
Hugo Stinnes am 23.1.1920*

14. Schreiben der Mitteldeutschen Creditbank, Filiale Königsberg, an Wolfgang Kapp vom 8. Januar 1920

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Wunschgemäß gebe ich Ihnen nachstehend die dortigen Banken und Bankgeschäfte auf, bei denen ich gelegentlich meines dortigen Besuches vorgesprochen habe, mit dem Ergebnis bezüglich Bereitwilligkeit für unsere Bestrebungen:

1. Disconto-Gesellschaft, Dr. v. Rintelen für Dr. Moser. Die Disconto-Gesellschaft war ziemlich die einzige Bank, die sich verhältnismäßig zurückhaltend verhält.
2. Berliner Handelsgesellschaft. Dr. Jeidels war geneigt, sprach der Handelsgesellschaft jedoch bei der Angelegenheit als Berliner [45:] Lokalbank sehr geringe Bedeutung zu.
3. Dresdner Bank. Direktor Nathan sehr geneigt.
4. Mendelssohn. Sekretariatsprokurist Stach, für seine Person ebenfalls geneigt.
5. Commers- und Discontobank. Direktor Harter ebenso wie bei der
6. Deutsche Bank. Direktor Michalowsky außerordentlich geneigt.
7. Nationalbank Direktor Goldschmidt und
8. Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Reinhart, haben sich zustimmend geäußert.
9. Bei Bleiehröder habe ich niemand sprechen können, mein schriftliches Ersuchen ist bis jetzt nicht beantwortet.
10. Die Bank für Handel und Industrie hat mir schriftlich mitgeteilt, daß sie einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt haben.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgew. u. bearb. v. E. Könnemann, G. Berthold, G. Schulze, Bd. 1, Berlin 1970, S. 55-56.

15. Aus dem Brief des Großindustriellen Hugo Stinnes an den Minister für Wiederaufbau Otto Geßler vom 23. Januar 1920

Nach unserer Unterhaltung am vergangenen Montag habe ich mir sehr reiflich überlegt, ob ich als Deutscher in dieser Zeit das Recht habe, meine Mitwirkung in Paris an den Wiederaufbau-Verhandlungen zu versagen.

Ich bin zu dem Entschluß gekommen abzulehnen [...]

Erst wenn in Deutschland das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Auswärtige Amt, das Arbeitsministerium und das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten resp. die deutschen Eisenbahnen einem einheitlichen festen Willen unterstehen, ist für mich die Möglichkeit gegeben, Aufträge entgegenzunehmen, wie Sie sie mir zugedacht hatten.

Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet. Auch England und Frankreich taten das. Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen.

Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden.

[46:] Es tut mir leid, Ihnen keine andere Entschließung mitteilen zu können, Ihrem Rufe würde ich gerne unter anderen Umständen gefolgt sein.

G. Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. v. K. Sendtner, Stuttgart 1958, S. 62-63.

16. Richtlinie Nr. 9 für die Führer der Einwohnerwehren und sonstigen nationalistischen Verbände zur Vorbereitung des Putsches, o. O., (vermutlich Februar 1920)

Das jegliche Produktivität lähmende System der derzeitigen Regierung läßt mit Sicherheit den katastrophalen Zusammenbruch voraussehen, sowohl auf den Gebieten der Verwaltung, der Kohlenversorgung als auch besonders der Ernährung und damit Hungersnöte, Bürgerkrieg, d. h. Terror des Pöbels und Aufhören jeglicher Ordnung.

Angesichts der Tatsache, daß der Bolschewismus im vorigen Jahre in Rußland an allen Fronten siegreich geblieben ist und daß die jetzige Regierung mit ihren verfehlten Maßnahmen, mit ihrer Schwäche nach innen und außen Rettung nicht bringen kann, muß ein Umschwung durch die Tat kommen. Und es gilt, diesen bis in das kleinste vorzubereiten.

Wenn der Umschwung auch in erster Linie herbeigeführt werden muß durch einheitlich organisierte Obstruktion aller nationalen Kreise, Organisationen und Wirtschaftsverbände, so ist ebenso wesentlich, daß eine neue Regierung sich nur auf eine ausreichende Macht stützen und durch sie halten kann.

Als günstiger Zeitpunkt zum Eingreifen (Gegenstoß) ist ein den Bestand der derzeitigen Regierung gefährdender spartakistischer Putsch anzusehen. Im übrigen ist es erwünscht, den Termin hinauszuschieben bis zu einem Zeitpunkt, in dem die jetzige Regierung durch die wirtschaftliche Lage im Volk noch mehr diskreditiert ist und die Aussicht auf Besserung der Notlage durch die neue Regierung die Hoffnung des Volkes belebt. [...]

Die alleinige Entscheidung über den Zeitpunkt des Handelns wird weder den leitenden Militärs noch dem anerkannten „Diktator“ übertragen, sondern letzterem wurden für diese Entscheidungen und für Anbahnung und Festigung des Einvernehmens mit anderen [47:] maßgeblichen Stellen vier weitere Herren, die besonders erwählt wurden, als mitentscheidende Gehilfen zur Seite gestellt.

ZStA Merseburg, Rep. 92 Kapp E II 4, Bl. 223-226, zit. nach: E. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin 1967, S. 393-395.

17. Besprechung im Reichswehrministerium in der Nacht vom 12. zum 13. März 1920

Im Zimmer des Reichswehrministers Noske versammelten sich kurz nach Mitternacht die leitenden Offiziere des Ministeriums, unter anderem die Generale von Seeckt, Reinhardt, von Oven und von Oldershausen, der Admiral von Trotha, Major von Gilsa als Adjutant Noskes, Major von Schleicher und als Beobachter der Reichskanzlei Ministerialdirektor Rauscher.

Der Minister berichtete über die letzten Bemühungen, mit General von Lüttwitz und Ehrhardt¹ zu einem Ausgleich zu kommen. Da diese leider vergeblich gewesen seien, mußten nunmehr die Waffen sprechen. Noske bat die anwesenden Offiziere, ihre Meinung zu äußern.

Als erster sprach General Reinhardt: „Angesichts der Kollision zwischen Fahneneid und Kameradschaft wird jedem von uns das Handeln schwer fallen. Aber dennoch müssen wir mit der Waffe in der Hand den Aufrührern sofort entgegentreten.“ [...]

Dem widersprach General von Seeckt sehr entschieden: „Es kann doch keine Rede davon sein, daß man Reichswehr gegen Reichswehr kämpfen läßt. Truppe schießt nicht auf Truppe. Haben Sie, Herr Minister, etwa die Absicht, eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor zu dulden zwischen Truppen, die vor 1½ Jahren Schulter an Schulter gegen den Feind gekämpft haben?“

Noske warf erregt ein, Seeckt wolle also die Aufrührer schützen, worauf dieser antwortete: „Keineswegs, aber ich weiß die tragischen Folgen – und vielleicht weiß ich es allein –, die der Kampf mit der Waffe haben würde. Wenn Reichswehr Reichswehr niederschlägt, dann ist alle Kameradschaft im Offizierskorps hin. Wenn das aber einträte, dann wäre die wahre Katastrophe, die mit so unendlicher Mühe am 9. November 1918 vermieden worden ist, erst richtig da.“

O. E. Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover – Frankfurt/M. 1955, S. 103-104.

[48:]

18. Aus dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes zum Generalstreik vom 13. März 1920

Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat ihr Haupt von neuem erhoben und in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Pflichtvergessene Reichswehrtruppen sind hier unter Führung meuternder Offiziere einmarschiert

¹ Vgl. Dok. 13.

und haben sich neben der vom Volke gewählten Regierung eine illegale Gewalt angemäht. Die Reaktionäre haben die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung als aufgelöst erklärt und schicken sich an, auch die Errungenschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr [...]

Lasse sich kein denkender Arbeiter, Angestellter und Beamter durch zweifelhafte Versprechungen der Putschregierung betören. Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sich nicht bis zum Äußersten verteidigen würde.

Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten. Alle Betriebe müssen stillgelegt werden.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 1, S. 118-119.

19. Aus einem Aufruf der Deutschen Volkspartei vom 13. März 1920 anlässlich des Kapp-Putsches

Die bisherige Regierung hat es nicht verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben. Sie hat sich jedem Streben, was Neubildung einer Regierung auf verfassungsmäßigem Wege durch Vornahme von Neuwahlen anlangt, widersetzt, und sie hat darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht erstrebt. Dadurch trägt sie die Verantwortung, daß der Weg der organischen Fortentwicklung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist. Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet. Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, [49:] daß sich der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in ruhiger ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen sich jetzt in der Forderung zusammenfinden, daß die neue Regierung zunächst Bürgschaften gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit. Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Daher fordern wir die schnelle Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 1, S. 124.

c. Die „Schwarze Reichswehr“

*„Die Geldgeber (der „Schwarzen Reichswehr“) gehörten der Industrie und der Landwirtschaft an.“
Major Buchrucker, Organisator der „Schwarzen Reichswehr“ (1928)*

20. Aus den Erinnerungen des ehemaligen Reichwehrmajors Buchrucker über die „Schwarze Reichswehr“¹

Reservetruppen

Der Wehrkreis stellte also Truppen auf über das 100.000-Mann-Heer, die gesetzliche Reichswehr, hinaus. Das war durch den Versailler Vertrag verboten. [...] Die vom Wehrkreise aufgestellten Truppen werden am besten als Reservetruppen bezeichnet. Damals nannte man sie nicht so. Dieser Name wäre zu sehr aufgefallen. Je mehr die Truppen mit der gesetzlichen Reichswehr verschmolzen und je weniger über sie gesprochen wurde, desto besser war es. Die Truppe nannte sich bald selbst „Schwarze Reichswehr“. [...]

Wohl rüstete die Reichsregierung infolge der Unterzeichnung des Versailler Vertrages öffentlich ab [...] Gleichzeitig wurde aber in vielen Gegenden Deutschlands geheim gerüstet [...] Geheimbünde – vaterländische Verbände – hatten sich gebildet und die militärische Erziehung übernommen. [...]

Geldgeber

Mit den Vorbereitungen wuchs der Geldbedarf erheblich. Die Geld-[50:]geber gehörten der Industrie und der Landwirtschaft an. Die meisten Geldgeber rechneten desto mehr mit Unruhen, je schwieriger

¹ Buchrucker wurde am 30. September 1920 aus der Reichswehr entlassen und trat in den Dienst der illegalen paramilitärischen Organisation Escherich (Orgesch). Die Broschüre verfaßte er selbst in der 3. Person.

die wirtschaftliche Lage wurde; sie verloren immer mehr das Vertrauen, daß das Reich und der Staat mit ihren Machtmitteln gegen diese Unruhen schnell genug einschreiten würden, und bauten immer mehr auf die Truppen, für die sie zahlten. Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage. Einige aber faßten die Gesamtlage in das Auge und wollten die Gelegenheit benutzen, die sich zur Errettung Deutschlands aus fremder Knechtschaft bot. [...]

In den Reservetruppen wurde, entsprechend dem Geist der Zeit, immer stärker die Stimmung, die sich in den Worten entlud: „Wir hauen den ganzen Sauladen zusammen.“

Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr“ von ihrem Führer Buchrucker, Kgl.-Preuß. Major a. D., Berlin 1928, S. 6 ff.

21. Aus der Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner (SPD) vom 17. Oktober 1923 über die „Schwarze Reichswehr“¹

Zeigner schilderte, wie diese Schwarze Reichswehr in voller Uniform auf den Truppenübungsplätzen der Reichswehr garnisonierte. „Wer der Wahrheit entsprechende Mitteilungen gab, wurde verboten [...] Die deutsche Öffentlichkeit weiß von diesen Dingen und einem Volk, welches diese Dinge doch zuläßt, ist nicht zu helfen. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, daß auf der einen Seite Organisationen, die sich gegen den Staat einsetzen, aufgelöst und verfolgt werden und daß auf der anderen Seite die Mitglieder dieser Organisationen in die Reichswehr, also in das Instrument zum Schutz der Republik, eingereiht werden. [...]

Diese Organisationen sind ja zum Kampf nach außen überhaupt nicht geeignet und dafür auch gar nicht geschaffen worden. Nur zum Kampf nach innen sind sie geeignet und da bedeuten sie eine ungeheuerliche Macht. Wir haben Unterlagen darüber, wie sich die Mitglieder dieser Organisationen im Falle von inneren Unruhen verhalten wollen. Da ist bis ins kleinste jede Einzelheit dargelegt. [51:] Nur der kleinste Teil dieser Vorschriften bezieht sich auf den Kampf nach außen. Weitaus das meiste bezieht sich auf den Kampf nach innen, auf den Bürgerkrieg.“

Schüddekopf, S. 178.

22. Aus der Anlage zur Denkschrift des Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Ludwig Quidde, an den Reichstag vom 24. Februar 1926

Ende März oder Anfang April [...] fand in Gießen im Verbandshause des Arbeitgeberverbandes für Lahngau und Oberhessen eine Hauptversammlung statt, an der ich² als Vertreter der Firma E. Leitz, Optische Werke, Wetzlar, im Auftrag des Chefs der Firma, Herrn Dr. E. Leitz, teilnahm. Die Versammlung war von etwa 40 Herren besucht. Sie wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Hüttendirektor Humperdinck der Firma Buderus'sche Eisenwerke AG. in Wetzlar geleitet. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten hielt ein Herr Oberst a. D. Cooock einen längeren Vortrag, der bezweckte, die finanzielle Unterstützung der Industrie bzw. der dem Arbeitgeberverbände angehörenden Firmen für die Ausbildung von Zeitfreiwilligen der Reichswehr über den Rahmen der im Friedensvertrag von Versailles festgesetzten Ziffern hinaus zu gewinnen. Herr Oberst a. D. Cooock berief sich in seinen Ausführungen wiederholt darauf, daß er im Einverständnis mit der Heeresleitung handle. Begründet wurde die Forderung mit der Notwendigkeit, das deutsche Volk wehrhaft zu erhalten und für künftige Entscheidungen vorzubereiten, da ein wehrloses Volk sich keine Geltung in der Welt zu verschaffen vermöge. [...]

Die Zahl der ausgebildeten Mannschaften vermindere sich beständig, weshalb für Nachwuchs gesorgt werden müsse. Der Plan der Heeresleitung – Herr Oberst a. D. Cooock berief sich ausdrücklich auf diese – gehe dahin, in sechs- bis achtwöchigen Kursen Freiwillige [52:] durch die Formationen der

¹ Wegen dieser und einer weiteren Rede Zeigners am 24. September 1923 auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD wurde Ende 1923 ein Landesverratsverfahren gegen Zeigner eingeleitet, das erst 1926 eingestellt wurde. Ähnlich wie Zeigner sollten auch führende Pazifisten der Weimarer Zeit (Ludwig Quidde, Hellmut von Gerlach, Emil J. Gumbel), die Fakten über die „Schwarze Reichswehr“ aufdeckten, durch Landesverratsverfahren mundtot gemacht werden.

² Der Zeuge ist Gottlieb Schwarz; er unterzeichnete diese Niederschrift am 30.8.1924.

Reichswehr auszubilden. Die ganze Ausbildungszeit sollte mindestens ein halbes Jahr betragen, da die Anforderungen, die ein künftiger Krieg an den einzelnen Mann stellen werde, noch ungleich größer seien, als im Weltkrieg, eine kürzere Ausbildungszeit somit nicht in Frage kommen könne. Durch diese Ausbildung von Freiwilligen solle Deutschland in die Lage versetzt werden“ in einigen Jahren 35 kriegsmäßig ausgebildete Divisionen im Falle einer Mobilmachung aufzustellen. Auf jedes Wehrkreiskommando kämen, wenn ich nicht irre, fünf Divisionen. Die Kosten für diese Ausbildungskurse könnten selbstverständlich nicht in den Etat der Reichswehr gestellt werden, sondern müßten durch freiwillige Beiträge des deutschen Volkes, der einzelnen Berufsstände aufgebracht werden, mit deren Vertretungen bereits Fühlung genommen worden sei und die zum Teil bereits Zusagen gegeben hätten. Für den Bezirk des Arbeitgeberverbandes für Lahngau und Oberhessen berechnete Herr Oberst a. D. Cooock die Kosten für die ersten beiden Jahre auf etwas über 800.000 Goldmark, wovon etwa 120.000 Goldmark auf den Kreis Wetzlar und davon ungefähr ein Drittel auf die dem Arbeitgeberverband angehörigen Firmen entfallen sollten. Herr Oberst a. D. Cooock legte den Plan und seine Finanzierung in allen Einzelheiten dar und betonte noch, daß die Sache sehr eilig sei, da bereits die ersten Einberufungen zu diesen Ausbildungskursen erfolgt seien. [...]

Das Ergebnis der Aussprache war die Bildung eines Ausschusses, der über die Aufbringung der angeforderten Mittel und ihre Verteilung auf die einzelnen Firmen geeignete Vorschläge machen sollte.

Schüddekopf, S. 209-210.

[53:]

3. Der Hitler-Putsch 1923

„... die deutsche Arbeiterschaft müsse länger und schwerer arbeiten ... Deshalb ... muß ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muß die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein, und so ein Mann steht bereit.“

Hugo Stinnes zum amerikanischen Botschafter Houghton im September 1923

23. Hugo Stinnes über seine Vorstellungen zur Ausbeutung der Arbeiter (Oktober 1922)

1. Sie (die Arbeiter) werden Überstunden machen, ohne besonderen Lohnzuschlag für Überstunden; d. h., einfach als eine Verlängerung des Achtstundentages, und das so lange und in zureichendem Maße, um

a) das deutsche Handelsgleichgewicht wieder aktiv zu gestalten und zu halten, und b) die Zahlung von Zinsen und die Amortisation für eine Goldanleihe sicherzustellen, durch welche der Wiederaufbau von Frankreich und Belgien bewirkt und die Stabilisierung der deutschen Währung vorgenommen werden soll. (Details sind von Sachverständigen auszuarbeiten. Es wird hier angenommen, daß wenigstens die Arbeit von 2 Überstunden für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren gefordert werden muß.)

2. Die Regierungskontrolle über alle Zweige innerer und ausländischer Geschäftsverbindungen wird aufgehoben [...]

3. Die deutsche Mark ist sofort zu stabilisieren [...]

a) Für die Dauer von wenigstens fünf Jahren soll jeder Streik in jedem industriellen Unternehmen, das für die nationale Wirtschaft lebensnotwendig ist, verboten und als strafbare Handlung betrachtet werden. (Sachverständige haben zu entscheiden, welche industrielle Unternehmen unter die Bestimmungen fallen, und worin die Bestrafungen bestehen sollen.) [...]

c) Die deutschen Steuergesetze müssen so geändert werden, daß sie Sparsamkeit (Neigung zum Sparen) der Bevölkerung anregen, die Ansammlung von Kapital fördern, die Achtung vor dem Privateigentum wiederherstellen, während Eigentumsverbrechen außergewöhnlich strenger Bestrafung zu unterwerfen sind. (Detaillierte Vorschläge sind von Sachverständigen zu machen.)

[54:] d) Die Verwaltungskörper aller Ministerien und Regierungsabteilungen müssen auf ein Minimum reduziert werden und alle Gesetze, die seit Kriegsbeginn in Kraft getreten sind, müssen in der

Absicht überprüft werden, um festzustellen, ob. ihre Wirkung der Produktion nicht in einer oder der anderen Weise hinderlich war. (Detaillierte Vorschläge sind durch Sachverständige zu machen.)

Zit. nach: G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, 3. Aufl. Frankfurt /M. 1962, S. 52-55.

24. Aus dem Telegramm des amerikanischen Botschafters in Deutschland, Houghton, an seine Regierung über eine Unterredung mit Hugo Stinnes vom 21. September 1923

Stinnes kam Samstag nachmittag. Er sagte mir, das Ende ist da. Die Ruhr und das Rheinland müssen kapitulieren. Hierauf erörterte er die Wirtschaftslage in Deutschland, die, wie er sagte, ihren Tiefpunkt erreicht hat. Wenn Deutschland leben soll, muß die Erzeugung gesteigert werden. Fabriken und Werkstätten ständen bereit. Jedoch die deutsche Arbeiterschaft müsse länger und schwerer arbeiten. Er sagte, er glaube, daß die deutschen Arbeiter zu niedrig bezahlt wären und daß sie, wie er dächte, ihre Löhne verdoppeln und verdreifachen könnten, wenn ein normaler Zehnstunden-Arbeitstag wieder eingeführt würde. Jedoch ist er überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft auf diese Notwendigkeit nicht eingehen wird und daher hierzu gezwungen werden muß. Deshalb, sagte er, muß ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muß die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein, und so ein Mann steht bereit. Eine große, von Bayern ausgehende Bewegung, entschlossen die alten Monarchien wiederherzustellen, sei nahe. Ich fragte ihn, wie nahe – und er sagte mir, vielleicht zwei bis drei Wochen entfernt. Die Teilnehmer der Bewegung würden gern bis zur Kartoffelreife und bis zur Einbringung der vollen Ernte warten, doch war er nicht sicher, ob so viel Aufschub möglich sei. Der Bewegung, sagte er, würden sich alle Rechtsparteien anschließen und eine ansehnliche Gruppe gemäßigter Männer in der Mitte, und sie würde in erster Linie einen Kampf gegen den Kommunismus bedeuten, da der kommunistische Flügel die Arbeiter zur Opposition treiben würde. Ich fragte ihn, ob die Industriellen sich mit der Bewegung vereinen würden. Stinnes [55:] erwiderte, daß sie das würden. Ich fragte ihn, wie Frankreich die Einsetzung eines Diktators in Deutschland aufnehmen würde. Stinnes erwiderte, daß niemand um Erlaubnis gefragt werden würde. Der von Stinnes entworfene Plan ist in Kürze dieser. Um Mitte Oktober werden drei oder möglicherweise vier Millionen Menschen arbeitslos sein. Die Kommunisten werden versuchen, diese Lage zum Ausbruch einer Revolution auszunutzen. [...] Sobald die Kommunisten ihre Operationen beginnen, wird Ebert im Namen der Republik einen Mann oder, wenn möglich, ein Komitee von drei Männern als Diktator ernennen und wird die ganze militärische Gewalt unter des Diktators Befehl stellen. Von da ab wird die parlamentarische Regierung zu Ende sein. Die Kommunisten werden rücksichtslos zerschmettert werden, und wenn sie zum Generalstreik aufrufen, wird dieser ebenfalls mit Gewalt unterdrückt. Wenn alles gut geht, denkt Stinnes, wird die ganze Lage innerhalb drei Wochen nach Beginn geklärt sein. Der Sozialismus wird nach diesen Erwartungen als eine politische Daseinsform in Deutschland für immer beseitigt und die Gesetze und Verordnungen, die die Produktion hindern und keinem nützlichen Zweck dienen, werden unverzüglich widerrufen werden. Die eine Schwierigkeit, die Stinnes fürchtet, ist die Möglichkeit, daß die Bewegung durch einen Angriffsakt der Rechtsparteien ausgelöst werden könnte. Er möchte, daß die Kommunisten beginnen. Jeder andere Anfang, meint er, wird die Außenwelt gegen Deutschland einnehmen. Er meint, daß die kommunistische Aktion von Frankfurt ausgehen wird, obwohl sie auch von Sachsen oder Thüringen kommen kann, die heute unter kommunistischer Herrschaft stehen.

Stinnes schloß seine Bemerkungen mit der Feststellung, er hoffe, daß, sobald Ordnung und normale Produktion in Deutschland wiederhergestellt seien, es möglich sein werde, jeden notwendigen Kapitalbetrag vom Ausland zu entleihen.

Zit. nach: Hallgarten, S. 65-66.

25. *Aus dem Regierungsprogramm des Reichswehrchefs General Hans v. Seeckt von Mitte Oktober 1923*¹

Außenpolitik:

[...] Grundsätzliche Anerkennung der Reparationspflicht, die an der Selbsterhaltung ihre Grenze findet.

[56:] Keine neue Anerkennung des Versailler Vertrages, Festhaltung der Auffassung seines Zwangscharakters, Bekämpfung seiner Schuldunterlage.

Ablehnung eines Eintritts in den Völkerbund.

Ablehnung jeder neuen Verpflichtung über die Grenzen des Versailler Vertrages hinaus, auch bezüglich des Rheinlandes. [...]

Verschieben jeder österreichischen Anschlußpolitik bis zur gründlichen Änderung der dortigen Verhältnisse. Anstreben der Wiedererlangung von Kolonien auf friedlichem Wege [...] Festhalten an dem Recht militärischer Selbstverteidigung und ihre Vorbereitung [...]

Innenpolitik:

Niederwerfung aller gegen den Bestand des Reiches und gegen die ordnungsgemäße Reichs- und Staatsautorität gerichteten Bestrebungen durch Anwendung der Machtmittel des Reiches. Ausbau der Änderung der Reichsverfassung im föderativen Sinn. Einführung einer Reichsständekammer, in welcher die Berufsvertretung durch Wahl erscheint, neben dem Reichstag. Vereinigung der Ämter des Kanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten [...]

Wirtschaft:

Entschlossene Absage an alle marxistischen Theorien und Maßnahmen, insbesondere Aufgabe aller Sozialisierungsbestrebungen. Aufsichtsrecht des Staates über die lebenswichtige Produktion. [...] Verbot der Kartelle und Syndikate. Aufhebung der Tarifverträge. Ersatz der Gewerkschaften durch Berufskammern.

F. v. Rabenau, Seeckt – aus seinem Leben 1918-1936, Leipzig 1940, S. 360-361.

26. *Aus den Erinnerungen von Fritz Thyssen über den Hitlerputsch vom 9. November 1923*

Im Oktober 1923 [...] machte ich eine Reise nach München. Ich folgte einer Einladung des Generals Erich Ludendorff [...]

[57:] „Es gibt nur eine Hoffnung“, sagte Ludendorff zu mir, „und diese Hoffnung verkörpert sich in den nationalen Gruppen, die unseren Wiederaufstieg erstreben.“ Er empfahl mir besonders den Bund Oberland und vor allem die Nationalsozialistische Partei von Adolf Hitler. [...] Ich besuchte mehrere öffentliche Versammlungen, die von Hitler organisiert waren. [...] Einige Tage später machte ich seine Bekanntschaft im Haus von Dr. Max Erwin von Scheubner-Richter, einem jungen baltischen Adeligen [...]

München war das Zentrum all jener geworden, die Disziplin und Autorität wiederherstellen wollten. In Berlin hatte Gustav Stresemann über Kanzler Cuno gesiegt; er beendete den passiven Widerstand und bemühte sich um eine Übereinkunft mit Frankreich. Seine Politik wurde scharf angegriffen. Die Vaterländischen Verbände hielten sie für verräterisch an der deutschen Sache. [...] Schritt für Schritt nahm eine neue Politik in München Gestalt an. Wenn Deutschland schon in Stücke brach, wurde gesagt, sollte Bayern wenigstens der Hort der Ordnung bleiben [...] Die bayrische Regierung erklärte öffentlich, daß sie den Versailler Vertrag, sofern sie betroffen sei, nicht länger anerkennen werde [...]

¹ Seeckt wurde in der Nacht zum 9. November mit der vollziehenden Gewalt im Reich betraut. Zuvor hatte unter seinem Befehl die Reichswehr Sachsen und Thüringen besetzt und die aus einer Koalition von SPD und KPD bestehenden Länderregierungen abgesetzt. Am 23. Oktober wurde ein Ermächtigungsgesetz beschlossen, das der Reichsregierung die Vollmacht gab, Grundrechte der Reichsverfassung außer Kraft zu setzen; auf dieser Grundlage regierte Seeckt.

Sie verkündete den Notstand für Bayern. Die Armee-Einheiten, die in Bayern unter dem Befehl General Lossows stationiert waren, weigerten sich, die Befehle aus Berlin auszuführen und stellten sich in den Dienst der bayrischen Regierung. Als Antwort auf die Maßnahmen der Berliner Regierung gab Bayern sich eine Art Staatschef in der Person von Gustav von Kahr, der den Titel eines Generalstaatskommissars annahm. Das war fast die offene Rebellion gegen Berlin. [...]

In dieser Atmosphäre fand meine erste Begegnung mit Hitler statt. [...] Ludendorff und Hitler stimmten einer militärischen Expedition gegen Sachsen zu, um die kommunistische Regierung von Dr. Zeigner zu beseitigen.¹ Das letztendliche Ziel der vorgeschlagenen Expedition war es, die Weimarer Demokratie zu stürzen, deren Schwäche Deutschland in die Anarchie führte.

Geldmittel fehlten. [...] Er [Ludendorff] hatte bereits die Hilfe mehrerer Industrieller erbeten und erhalten, vor allem von Herrn Minoux von der Firma Stinnes. Ich für meinen Teil gab ihm ungefähr einhunderttausend Goldmark. Dies war mein erster Beitrag zur Nationalsozialistischen Partei. Diese Mittel überwies ich jedoch nicht an Scheubner-Richter, den Schatzmeister des „Kampfbundes“ (der patriotischen militärischen Organisation unter der politischen Leitung Hitlers) sondern an Ludendorff [...]

[58:] Als Vertrauter des Kronprinzen Rupprecht trat Kahr dafür ein, die Wittelsbacher Dynastie so schnell wie möglich wieder auf den bayrischen Thron zu heben. [...] Die wahren Tatsachen über den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 sind nie ganz aufgedeckt worden. Es schien, daß die führenden Köpfe jener mißglückten Revolution – Ludendorff, Kahr, Hitler und General von Lossow – jeweils unterschiedliche Intentionen verfolgten. [...]

In München wurde eine Expedition der bayrischen Reichswehr und der bewaffneten Geheimbünde beschlossen. Aber Berlin führte die Entscheidung aus. Die Reichswehreinheiten, die in Sachsen stationiert waren, erhielten den Befehl, auf Dresden zu marschieren und die Regierung Zeigner abzusetzen. [...] Nach Sachsen kam Thüringen an die Reihe. [...] Das große politische Projekt, das in München entwickelt worden war, hatte keinen Existenzgrund mehr.

Hitler entschloß sich, dennoch zu marschieren. Kahr und Ludendorff stellten sich gegen seinen Plan. [...] Ludendorff wurde erst in der letzten Minute informiert, aber er stellte sich an die Spitze der Parade, die am folgenden Morgen durch die Straßen Münchens marschierte. Das Abenteuer ging böse aus. [...] Hitler floh nach Uffing in der Nähe von München, wo er zwei Tage später verhaftet wurde.

F. Thyssen, I paid Hitler, London 1941, S. 108-116. (Übersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

27. Adolf Hitler in seinem Hochverratsprozeß 1924² zu den Zielen des Putsches von 1923

Was mir vor Augen stand, das war vom ersten Tage an mehr, als Minister zu werden. Ich wollte der Zerbrecher des Marxismus werden. Ich werde diese Aufgabe lösen, und wenn ich sie löse, dann wäre der Titel eines Ministers für mich eine Lächerlichkeit. [...]

Nicht aus Bescheidenheit wollte ich damals „Trommler“ sein; das ist das Höchste, das andere ist eine Kleinigkeit [...]

Was ich bekämpfe, ist nicht die Staatsform als solche, sondern der schmähliche Inhalt. Wir wollten in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, die allein es möglich machen, daß die eiserne Faust unserer Feinde von uns genommen wird. Wir wollten Ordnung schaffen im Staatshaushalt, die Drohnen ausweisen, den Kampf gegen die internationale Börsenversklavung aufnehmen, gegen die Vertrustung unsrer ganzen Wirtschaft, den Kampf gegen die Politisierung der Gewerkschaften, und vor allem sollte wieder eingeführt werden die höchste Ehrenpflicht, die wir als Deutsche kannten, die Pflicht zur Waffe, die Wehrpflicht.

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Zweiter Teil, München 1924, zit. nach: Tyrell, S. 64-65.

¹ Vgl. Dok. 25.

² Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch bereits nach achtmonatiger Haft am 20. Dezember 1924 vorzeitig entlassen.

[60:]

4. Hitlers Werben um das Großkapital ab 1926

28. *Aus der Rede Adolf Hitlers vor den Mitgliedern des „Hamburger Nationalklubs von 1919“ am 28. Februar 1926*¹

Ewig kann das nicht weitergehen, und die Wahrscheinlichkeit eines Aufstieges kann niemals begründet liegen in der wirtschaftlichen Erhebung, denn das gibt es nicht. Politisch müssen wir uns die prinzipielle Frage vorlegen: an was ist Deutschland zugrunde gegangen? Am Nichterkennen der marxistischen Gefahr. [...]

Deutschland besitzt zur Zeit 30 oder 34 Millionen Menschen, Frauen und Männer, die über das Schicksal der Nation entscheiden, und zwar zunächst durch die Wahl. Diese 30 oder 34 Millionen selbst wieder teilen sich in drei Teile: in einen Teil, der vollkommen gleichgültig allen Dingen gegenübersteht, der sich überhaupt um nichts kümmert, politisch völlig indifferent ist, nirgends hinzuzurechnen ist. Der schadet uns sowohl in positivem wie in negativem Sinne. Dann bleibt noch der zweite Teil über. Das ist ein Teil, der an sich international oder zumindest schwach national eingestellt ist, und ein dritter Teil, der national, zum Teil auch fanatisch national eingestellt ist.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: wie groß ist die eine Hälfte, dann müssen wir sagen, sie besteht nicht nur aus den Sozialdemokraten, sondern auch noch aus der Kommunistischen Partei, umfaßt die pazifistischen Demokraten und reicht bis in das Zentrum hinein oder bis in die sogenannten Rechtsparteien hinein, was an sich nicht bereit ist, für die nationalen Belange rücksichtslos einzutreten, sondern auf internationale pazifistische Unterstützung hofft oder was an sich bewußt international, anti-deutsch eingestellt ist. Das stellt eine bestimmte Gruppe dar, und dieser Gruppe, die 14-15 Millionen umfaßt, steht eine Gruppe von 10, 12 oder 13 Millionen gegenüber, die national sein will, auch dem Temperament, der Energie und der Stärke nach. [...]

Ich möchte das auf eine einfache Formel bringen: Die Frage der deutschen Wiedererhebung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland. Wenn diese Weltanschauung nicht ausgerottet wird, wird Deutschland niemals wieder emporsteigen, sowenig Sie einen Menschen gesund machen können, solange er nicht von der Tuberkulose geheilt ist. [...]

[61:] Aus dieser Erkenntnis heraus wurde einst die Bewegung gegründet, die ich mich bemühe, großzumachen und emporzubringen. Ihre Aufgabe ist sehr eng umschrieben: die Zertrümmerung und Vernichtung der marxistischen Weltanschauung. [...]

Aber wenn heute eine neue Bewegung kommt, die sich um die breite Masse wirklich sorgt – denken Sie nicht, daß sie den Kampf anders führen kann als fanatisch sozial und gerecht eingestellt [...] Das sind die Richtlinien der sozialen Gesetzgebung: Förderung des Wohls des einzelnen in dem Rahmen, der eine Erhaltung einer unabhängigen Wirtschaft gewährleistet, und demgegenüber die Überzeugung: in dem Geschäft, in dem wir Arbeit nehmen, sind wir alle Arbeiter; jede Steigerung der Produktion kommt jedem einzelnen zugute. Der Zweck ist nicht mehr, mehr Lohn zu bekommen, sondern Steigerung der Produktion, weil dies dem einzelnen wieder zugute kommt.

Das ist die eine Voraussetzung, ohne die der Versuch, an die Masse heranzukommen, von vornherein lächerlich ist. Die zweite Voraussetzung ist: Der Masse muß wirklich ein politisches Glaubensbekenntnis geboten werden, ein Programm, das unabänderlich ist, ein politischer Glaube, der unerschütterlich ist.

Vollständiger Wortlaut der Rede bei: W. Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919. Frankfurt/M. 1966, hier Auszüge aus S. 92-93, 101, 102-104, 109.

¹ Im „Hamburger Nationalklub von 1919“ verkehrten einflußreiche Großindustrielle und Bankiers, Reichswehroffiziere, Großgrundbesitzer und Politiker. Hitler bemühte sich besonders intensiv um diesen Kreis (vgl. Dok. 8). Seit 1926 unternahm er auch Reisen ins Ruhrgebiet, bei denen er mit Industriellen und Bankiers zusammenkam.

29. *Aus dem Schreiben von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, an Walter Hewel. NSDAP-Mitglied, vom 30. März 1927 über Hitlers Vorträge vor Industriellen im Jahre 1926*

Interessieren wird Sie wohl vor allem, daß er [Hitler] im letzten Jahre drei Mal vor geladenen rheinisch-westfälisch[en] Industriellen usw. gesprochen hat, zwei Mal in Essen, ein Mal in Königswinter. Jedes Mal mit einem Erfolg wie seinerzeit im Atlantik-Hotel in Hamburg. Da er sich in seiner Rede auf ein ziemlich einheitliches Publikum einstellen konnte, vermochte er eine durchgehende Linie [62:] zu halten. Wie in Hamburg, so war auch hier die Stimmung erst ziemlich kühl, ablehnend, teils saß man mit spöttischem Lächeln dem Volkstribunen gegenüber. Ich hatte große Freude daran beobachten zu können, wie sich die Herren allmählich umstellten, wobei man ihnen ihr innerliches Sträuben anmerkte. Zum Schluß wurde geklatscht, wie diese Herren wohl selten klatschen.

Das Ergebnis war, daß bei der zweiten Essener Industriellen-Versammlung schon etwa 500 Herren der Einladung gefolgt waren. Am 27. April wird Hitler voraussichtlich ein drittes Mal vor Industriellen sprechen; es ist vorgesehen, dabei auch die Damen zu bitten, die, einmal gewonnen, oft wichtiger sind als die Männer und die einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf ihre Männer ausüben. Sollten Sie Wert darauf legen, daß aus Ihrem Bekanntenkreis der oder die eine oder andere geladen wird, bitte ich Sie, mir die Adresse hierher zu senden.

Zit. nach: Tyrell. S. 170.

Vgl. auch Dok. 117.

[63:]

5. Politische Ziele von Großkapital, politischer Führung und Reichswehrführung in der Konsolidierungsphase 1924-1928

*„... ergeben klar, daß es sich für Deutschland in den nächsten Stadien seiner politischen Entwicklung nur um die Wiedererlangung seiner europäischen Stellung und viel später erst um das Wiedererkämpfen seiner Weltstellung handeln wird.“
Geheime Denkschrift des Truppenamtes des Reichswehrministeriums vom März 1926*

30. *Aus der Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1925*

I. Öffentliche Finanzwirtschaft

Die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern von einer gesunden öffentlichen Finanzpolitik, daß sie neben der unbedingten Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in den Haushalten als ihr wichtigstes Ziel betrachtet, die innere Kapitalbildung zu erleichtern und zu fördern [...]

Die zu erhebenden Steuern dürfen insgesamt die Erzielung einer Rente nicht vereiteln. Sie müssen darüber hinaus einen Betrag zur Kapitalneubildung freilassen [...]

III. Die sozialen Abgaben

Die Aufrechterhaltung einer weitgehenden sozialen Fürsorge ist nur möglich, wenn die Beiträge aller Teile der Wirtschaft für soziale Zwecke sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen und wenn die Leistungen an die Empfänger sich in solchen Grenzen halten, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird. [...]

IV. Der Lohn und die Arbeitszeit

Wir vertreten den für Arbeiter und Unternehmer gleichermaßen vorteilhaften Grundsatz, daß der Lohn sich nach der Leistung und der Produktivität der Arbeit richten muß.

Nominelle Lohnerhöhungen bedeuten keine Stärkung der Kaufkraft. Die Stärkung der Kaufkraft muß vielmehr in der durch erhöhte Leistung und rationelle Betriebsführung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden.

[64:] Tarifverträge müssen den besonderen Verhältnissen und auch dem Leistungsprinzip angepaßt werden. Jede Schematisierung ist zu vermeiden. Eine zwangsweise Bestimmung der Löhne durch

den Staat widerspricht den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung und ist daher auszuschalten.

Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundsatz der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1925, Nr. 29, S. 13 ff. (Zit.: Veröffentlichungen des RDI)

31. Aus dem Brief Gustav Stresemanns an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern vom 7. September 1925 über die Ziele der deutschen Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben:

Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.

Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich, obwohl ich mir sehr klar darüber bin, daß dieser Anschluß nicht nur Vorteile für Deutschland bringt, sondern das Problem des Deutschen Reiches sehr kompliziert.

Wollen wir diese Ziele erreichen, so müssen wir uns aber auch auf diese Aufgaben konzentrieren. Daher der Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie, wenn Mussolini mitmacht, Italien als Garanten der deutschen Westgrenzen festlegen soll. Der Sicherheitspakt birgt andererseits in sich den Verzicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich wegen der [65:] Rückgewinnung, Elsaß-Lothringens, einen deutschen Verzicht, der aber insoweit nur theoretischen Charakter hat, als keine Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich besteht. Die Reparationslasten, die uns der Dawes-Plan auferlegt, werden voraussichtlich schon 1927 untragbar sein. Wir müssen dann eine neue Konferenz verlangen zur Neufeststellung der deutschen Leistungsfähigkeit [...]

Das Wichtigste ist für die unter 1 berührte Frage der deutschen Politik das Freiwerden deutschen Landes von fremder Besatzung. Wir müssen den Würger erst vom Halse haben. Deshalb wird die deutsche Politik, wie Metternich von Österreich wohl nach 1809 sagte, in dieser Beziehung zunächst darin bestehen müssen, zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen.

G. Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. v. H. Bernhard, Zweiter Band, Berlin (1932), S. 553-555.

32. Aus der geheimen Denkschrift des Truppenamtes des Reichswehrministeriums „Die Abrüstungsfrage nach realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet“ vom März 1926

Nächste Ziele der allgemeinen deutschen Politik.

Das nächste Ziel deutscher Politik muß die Wiedergewinnung der vollen Souveränität über das Deutschland verbliebene Gebiet, die feste Verschmelzung der ihm z. Z. entzogenen deutschen Gebietsteile und die Wiederangliederung der für das deutsche Wirtschaftsleben unentbehrlichen Teile sein, d. h.

- 1.) Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes,
- 2.) Beseitigung des Korridors und Wiedergewinnung Polnisch-Oberschlesiens,
- 3.) Anschluß Deutsch-Österreichs,
- 4.) Beseitigung der entmilitarisierten Zone. [...]

Die obenstehenden Ausführungen über die politischen Ziele Deutschlands und die sich daraus ergebenden Abrüstungsforderungen für Deutschland ergeben klar, daß es sich für Deutschland in den nächsten Stadien seiner politischen Entwicklung nur um die Wiedergewinnung seiner europäischen Stellung und viel später erst um das Wiedererkämpfen seiner Weltstellung handeln wird. Die Wiedergewinnung seiner europäischen Stellung ist für Deutschland eine Frage, bei der fast ausschließlich die Landstreitkräfte entscheiden werden, denn der Gegner dieser Wiederaufrichtung Deutschlands ist [66:] in erster Linie Frankreich. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß ein wiedererstandenes Deutschland bei seinem späteren Kampfe um die Rohprodukte und Absatzmärkte in Gegensatz zum amerikanisch-englischen Machtkreise kommen und dann über ausreichende maritime Kräfte verfügen müssen. Aber diese Auseinandersetzung wird erst auf der Grundlage einer festgefügt europäischen Stellung nach einer erneuten Lösung der französisch-deutschen Frage auf friedlichem oder kriegerischem Wege in Betracht kommen. Deutschlands nächstes Ziel muß sich daher darauf beschränken, vorerst das schreiende Mißverhältnis seiner Landrüstungen auszugleichen.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie 8, Bd. I/1, S. 343 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, hrsg. v. W. Ruge und W. Schumann, Berlin 1975, S. 66-67.

33. Aus der Aktennotiz über die Ministerbesprechung am 19. Dezember 1924 betr. Verfassungsreform

[Reichswehrminister) Dr. Geßler führte aus: Diese Krisis sei keine Regierungskrisis, sondern, wie schon frühere Krisen, eine Verfassungskrisis. Die Grundquellen der Schwierigkeiten, die wir immer wieder haben, liegen in den mangelhaften Bestimmungen der Reichsverfassung. Wir hätten in unserer Reichsverfassung die unzumutbarsten Bestimmungen anderer Verfassungen zusammengestoppelt, mit denen man auf die Dauer nicht richtig arbeiten kann. [...]

So geht die Sache auf die Dauer nicht weiter, wenn wir den Staat zusammen halten wollen. Gerade in unserem Lande, das mehr wie andere Länder durch religiöse, wirtschaftliche und soziale, partikuläre und föderalistische Gegensätze zersplittert ist, brauchen wir eine starke Staats-Autorität, brauchen wir eine starke Zentrale, die mit solchen Rechten ausgestattet ist, daß derartige Krisen und eine solche Hilflosigkeit, wie wir sie heute sehen, nicht möglich sind. Der eine Weg, der dazu führt, ist die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten nach dem Vorbild des amerikanischen Musters, der andere der der Stärkung einer einmal berufenen Reichsregierung gegenüber dem Parlament. Irgendwie müssen wir aus dieser Schwierigkeit herauskommen, und zwar möglichst bald! Es müsse die Aufgabe gerade der neuen Persönlichkeiten und des neuen Kabinetts [67:] sein, mit starkem Willen hier eine Reform der Verfassung durchzusetzen. Wenn wir das nicht auf legalem Wege fertigbekommen, so machen es die anderen auf illegalem, und je länger wir damit zögern, desto mehr wird die Stimmung für illegale Versuche dieser Art anwachsen. Ich bitte dringend, diese Aufgabe für die nächste Zeit zusammen mit Wahlreform und anderen Dingen ins Auge zu fassen. Mit einem nicht-parlamentarischen Kabinett werden wir die Aufgabe leichter lösen wie mit einem parlamentarischen.

ZStA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 6, Bl. 80 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, S. 30-31.

34. Aus dem Gründungsaufwurf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ vom 6. Januar 1928¹

In hartem Ringen müht sich das deutsche Volk um den Aufstieg aus der Tiefe seines Sturzes. Schwer drücken die Lasten des unglücklichen Krieges und des Versailler Diktats. Nur äußerste Kraftanspannung gewinnt der Nation ihre Stellung im Kreise der Völker zurück. Aber es fehlt an dem unerläßlichen Fundament für jeden Aufstieg: an der inneren Einigkeit. [...]

¹ Der Aufruf wurde u. a. unterzeichnet von: Carl Bergmann (Deutsche Bank), Jakob Goldschmidt (Darmstädter- und Nationalbank), Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Thyssen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Paul Reusch (Gutehoffnungshütte Oberhausen, Haniel-Konzern), Fritz Springorum (Hoesch), Wilhelm Cuno (Hapag), Hermann Röchling, Carl Friedrich von Siemens, Robert Bosch. Als Mitglieder gehörten dem Erneuerungsbund an: Paul Moldenhauer (IG-Farben), Bosch, Vögler, Ernst Brandi (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Springorum, Thyssen, Reusch, Cuno, Ewald Hecker (Ilseeder Hütte), Jakob Wassermann (Deutsche Bank) sowie Vertreter des Großgrundbesitzes und Politiker aus der DVP, der DNVP und der DDP.

Der heiße Wille, endlich die volle Einheit des Reiches zu schaffen, begegnet besorgter Abwehr, die gesunde Eigenart vor vermeintlicher Zerstörung schützen will. Diesen Streit gilt es zu enden! Als Ergebnis der öffentlichen Erörterung steht heute fest, daß wirkliche Beilegung des Kampfes nur in umfassender Lösung zu finden ist. Die Last der Aufgaben droht, gebrechliche Teile des Reichsgebäudes zu erdrücken. Durch eine klare Abgrenzung der strittigen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als geschichtliche Forderung vor uns steht.

In der Stunde der Gefahr kann es keine andere Lösung geben als Stärkung des Reiches. Dem Reich muß in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht gebührt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die deutsche Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind. Ein solches Reich muß die deutsche Staatskraft, die einst das alte Reich gebaut hat, entschlossen in den Dienst des Ganzen stellen. In einem Reich, das die Vormachtstellung für sich allein in [68:] Anspruch nimmt, kann auch bodenständige Eigenart zum Segen Deutschlands sich neu bewähren.

Tritt so an Stelle von Kampf und Reibungen Klarheit und Einigkeit, dann werden für deutsche Gesamtaufgaben politische Kräfte frei, die heute im Innern gebunden sind und aufgezehrt werden. Die auf dieser Grundlage durchführbare Vereinfachung der gesamten Verwaltung ermöglicht wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben der öffentlichen Hand und damit eine Senkung der unerträglichen Steuern. [...]

Aber Eile tut not! [...] Darum rufen wir den Regierungen des Reiches und der Länder zu: Ans Werk! Laßt kraftvoll weiterwirken, was ihr begonnen habt! Fort mit dem Streit über Einzelfragen! Stellt die Einheit des Reiches voran! Sucht die neue Form für das alte Reich, gebt dem Volk Hoffnung für sein schweres Ringen!

Wegbereiter dieses Zieles zu sein, ist die Aufgabe aller Männer und Frauen, die für sich die Pflicht der Mitarbeit am Staate bejahen. Unter ihnen soll sich ein Bund schließen zur Erneuerung des Reiches. Überall im deutschen Volke muß der Wille aufflammen zur Überwindung von Streit und Vielregierelei. Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach dem Worte des Freiherrn von Stein: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!“

Hohlfeld, Bd. III, S. 192.

35. Aus den Vorträgen Albert Vöglers und Karl Dunkmanns auf der Gemeinschaftssitzung der Fachausschüsse des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Bann am 24. Mai 1925

[Albert Vögler:]

Vorbeigegangen sind wir an dem wichtigsten Faktor jedes Produk[tions]prozesses, dem Menschen. [...] Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind. Die große Masse unserer Arbeiter und, ich muß hinzufügen, auch unserer Angestellten steht dem Werk und dem Prozeß im Werke fremd, sogar feindlich gegenüber.

[Karl Dunkmann:]

Die Arbeitermasse ist keineswegs so einheitlich, wie die sozialistische Theorie sie vorstellt. [...] Der „Rationalist“ vereinerleitet auch hier immer wieder das verzwickte Gesamtgebilde. Der Soziologe sieht schärfer. Für ihn gilt der Satz: Divide et impera! Immerhin, der Kern der heutigen Arbeiterkoalition fußt auf der Industriearbeitermasse. Dies hat der „Sozialismus“ erfaßt und sich die Koalition dieser Masse als Ziel gesetzt. [...] Die sozialistischen Ideen haben die bestimmte Aufgabe, daß sie die engere Koalition der Arbeiter herbeiführen sollte, also die Masse in Bewegung versetzen. Der ganze „Marxismus“ als Theorie hat diese engere Koalition zum Zweck. „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch“, das war die Parole und der eigentliche Sinn der Theorie, die ein Karl Marx mit dem ganzen Scharfsinn seiner Überlegung ausgeheckt hatte. Zwei Grundideen sind es vor allem, welche die Arbeitermasse nun mehr ideologisch zusammenballen. Einmal die Idee der Arbeiterklasse und damit zusammenhängend

die des Klassenkampfes. Die lose zersprengte Masse sollte zusammengeballt werden. [...] Sie ist, wie einst das Volk Israel, das auserwählte Volk, die auserwählte Klasse. Ganz offenbar stammt das marxistische Klassenbewußtsein aus dieser jüdischen Quelle. Die zweite Grundidee ist die des Zusammenbruchs des Kapitalismus, des heutigen Erzeugungssystems. [...]

Wir müßten ein Forschungsinstitut einrichten, welches die Massenpsychologie sorgfältig zum Gegenstand nimmt, wie wir Forschungsinstitute haben, welche das chemische und physikalische Verhalten der Elemente, mit denen wir wirtschaften, feststellen und jede neue Idee, die hier entdeckt wird, als einen Fortschritt des Wirtschaftslebens begrüßen. So würde ein arbeitswissenschaftliches Forschungsinstitut auf soziologischer Grundlage sicherlich auch manche Ideen zutage fördern, die von großer Bedeutung sind. Jedenfalls kann der einzelne Unternehmer von sich aus die Grundsätze nicht aus den Fingern saugen, sondern nur die Gesamtheit aller praktischen Beobachtungen und Erfahrungen Hand in Hand mit [70:] ihrer wissenschaftlichen Verarbeitung und Durchdringung kann uns hier weiterbringen.¹

Die menschliche Arbeitskraft im Produktionsvorgang. Drei Vorträge, gehalten auf der Gemeinschaftssitzung der Fachausschüsse des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Bonn am 24. Mai 1925, Düsseldorf 1925, S. 2 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, S. 38-39.

36. Aus der Rede des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 4. September 1926

Wie dem aber auch sei, es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen – ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien –, sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht. [...]

Es hieße sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet. [...] Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben: Es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird [71:] auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt. Dazu ist von unserem Standpunkt aus Voraussetzung, daß die soziale Demokratie auch den Mut hat, die Folgerungen aus den Lehren zu ziehen, die sie in und seit der Revolution erhalten hat. [...]

Wenn eine soziale Demokratie sich so auf den Boden der Tatsachen stellt, den radikalen Doktrinarismus und die immer zerstörende, nie aufbauende Politik der Straße und der Gewalt ablehnt, wird sie zusammen mit dem Unternehmertum und unter seiner Führung Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen.

Ich glaube also, hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt.

Veröffentlichungen des RDI, 1926, Nr. 32, S. 62-65.

¹ Auf der Sitzung wurde die Gründung des „Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung“ (DINTA) beschlossen.

37. *Aus den Ausführungen des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie am 18. November 1927 zum Thema: „Unternehmer und Gewerkschaften“*

[...] denn ich habe die feste Überzeugung, daß wir in der kommenden Zeit die Fragen, die Sie unter dem Komplex „Reparationsfragen“ zusammenfassen, nur [...] in einer Front mit der Arbeiterschaft lösen können, denn dann werden wir auch den Einfluß in der Regierung in Deutschland haben, der uns heute – das ist wiederholt in richtiger Weise festgestellt worden – vollkommen fehlt. [...]

Ich bin im allgemeinen der Auffassung, ich habe lieber mit organisierten Massen als mit unorganisierten Massen zu tun, denn wenn ich mit unorganisierten Massen zu tun habe, dann weiß ich überhaupt nicht, mit wem ich verhandeln kann, und die kann ich nie auf eine Linie bringen und nie in eine Disziplin hereinbringen. [...]

In der großen Linie kann uns aber nur die Aufgabe angesichts der außerordentlichen Gefährdung, in der wir in der deutschen Wirtschaft stehen, nur dahin führen, in der Linie zu arbeiten, die Herr Präsident Brauweiler uns vorgeschlagen hat, d. h., wir müssen [72:] meiner Ansicht nach auf irgendwelchen Wegen die Arbeiterschaft vor unseren Wagen spannen. Das können wir aber nur mit der organisierten Arbeiterschaft; und wir müssen die Organisationen nehmen, wie sie sind. Wir werden es nicht mit den gelben Gewerkschaften und werden es nicht mit den Werksgemeinschaften können, sondern wir müssen schon die zentralen umfassenden Organisationen nehmen, und es muß unsere absolute Aufgabe sein, für die größeren politischen, wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Zwecke uns diese Leute zu Freunden zu machen, statt Gegnern zu machen. [...]

Wir werden aber Wege finden müssen, um die Führer der Arbeiterschaft wieder einmal in ständiger Zusammenarbeit und in Fühlungnahme mit ihnen auf die große Linie zu bringen, um die es sich praktisch handelt, mit Rücksicht auf die großen Gefährdungen und Gefahrenmomente, vor denen die ganze Wirtschaft steht. [...]

Nur auf dem Wege ist auch die Beeinflussung der Regierung zu bekommen, denn, meine Herren, es gibt keine Regierung Deutschlands, die den Mut hätte, in diesen Dingen gegen Unternehmertum und Arbeiterschaft irgendwie in Opposition zu treten. [...] Aber wenn es sich um so ganz große nationale Fragen handelt, die wirklich größer sind als die, ob in einer Industrie gestreikt wird oder ob ein Streik einmal zwei Wochen oder drei Monate dauert, ob es sich um eine Lohndifferenz von 10 oder 20 Pfennigen pro Tag mehr oder weniger handelt – meine Herren, das kommt in der zweiten Linie, das kann lokal ausgepaukt werden. Da kann man auch einen Streik auf sich nehmen. Die große Linie liegt aber darin, wie ich es Ihnen eben dargelegt habe, und da gibt es nur einen Weg. Wir können den Vorstand der Vereinigung, die Geschäftsführung der Vereinigung nur anweisen, zusammen mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie wieder die notwendige Fühlung mit der Arbeiterschaft zu finden nach der Richtung hin.

BA Koblenz, Nachlaß Silverberg/11, Bl. 4-9.

[73:]

II. Großkapital und bürgerliche Parteien in der Weltwirtschaftskrise

1. Betroffenheit Deutschlands von der Weltwirtschaftskrise

38. Bruttosozialprodukt und Index der industriellen Produktion

	Bruttosozialprodukt 1928 RM (in Milliarden)	Index der industriellen Produktion (1928 = 100)
1928	91	100
1929	89	101
1932	72	59

D. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973, S. 381.

39. Industrieproduktion (in 1000 t) 1929-1932,

Jahr	Steinkohlenförderung	Roheisenerzeugung	Stahlerzeugung
1929	163440	13239	16019
1930	142698	9698	11369
1931	118640	6061	8174
1932	104740	3932	5621

40. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Güterproduktion in Industrie und Landwirtschaft (1913 = 100)

Jahr	Industrie	Landwirtschaft	insgesamt
	102	88	98
	102	90	98
	89	92	90
	72	92	78
	59	90	

[74:]

41. Export nach einigen ausgewählten Ländern (in Mill. RM)

Jahr	UdSSR	England	Frankreich	USA
1929	421,0	1403,1	1088,9	1069,6
1930	541,0	1334,7	1305,8	741,8
1931	889,3	1223,5	1013,9	534,7
1932	704,2	448,7	598,8	309,7

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 104.

42. Die Dividendenentwicklung der Aktiengesellschaften mit mindestens 1 Mill. RM Aktienkapital 1924-1933

Jahr	Anzahl der Gesellschaften	Nominalkapital in 1000 RM	Divid.-Summe überhaupt in 1000 RM	in Prozent d. dividendenberech- tigten Aktienkapitals
1924/1925	9685	—	591.618	3,82
1925/1926	3078	16.344.799	719.111	4,75
1926/1927	3021	16.917.034	864.480	5,64
1927/1928	—	—	—	—
1928/1929	3017	20.320.074	1.248.355	6,64
1929/1930	2979	20.834.155	1.256.125	6,52
1930/1931	2905	20.897.552	913.803	4,75
1931/1932	2792	19.653.714	470.355	2,56
1932/1933	2627	17.597.077	468.073	2,88

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2. Berlin 1970, S. 794.

43. Statistik zur wirtschaftlichen Lage des IG-Farben-Konzern in der Weltwirtschaftskrise 1928-1933

Jahr	von der IG ausgeschüttete Dividende der IG Stammaktien
1928	12%
1929	12% + 2% Bonus
1930	12%
1931	7%
1932	7%
1933	7%

ZStA Potsdam. IG Farben. A 2339, Bl. 123.

[75:]

2. Großindustrielle Hauptforderungen in der Krise

„Die deutsche Wirtschaft steht am Scheidewege. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt ... Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden.“

Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1929

„Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung ... Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben, als wieder einmal ... sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben ... Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.“

Direktor Willy Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller in der Diskussion zur Denkschrift des RD/1929

44. Aus der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929

Die deutsche Wirtschaft steht am Scheidewege. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt. [...]

Den hohen Anforderungen, die die neuen Verhältnisse an den Unternehmer und an die gesamte Wirtschaft gestellt haben, kann die Industrie nur gerecht werden, wenn sie von unproduktiven Ausgaben entlastet, der Zinssatz gesenkt und eine angemessene Rente des in den Unternehmungen arbeitenden Eigenkapitals ermöglicht wird. Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden. Sie muß verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozeß hineingetragen werden. [...]

II. Leitsätze für die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik

A. Kapitalbildung

[76:] 1. Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes. [...]

5. Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Vorbelastung der Produktion durch Steuern ist auf das unumgängliche notwendige Maß zurückzudämmen. [...]

C. Sozialpolitik

Die materiellen Ansprüche der Sozialpolitik an die Wirtschaft müssen sich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft halten. [...] Aus dieser Erkenntnis fordern wir in Übereinstimmung mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Reform:

1. der Sozialversicherungsgesetze. Ihre bisherigen Grundlagen sollen erhalten bleiben, aber Ausgaben und Leistungen müssen im Gegensatz zum jetzigen Zustand den Grenzen wirtschaftlicher Tragfähigkeit angepaßt werden. [...]

3. der Schlichtungsordnung und des Zwangslohnsystems. Die staatliche Zwangseinwirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist zu beseitigen. [...]

D. Finanz- und Steuerpolitik [...]

Der Umbau der Finanzwirtschaft hat nach zwei Gesichtspunkten zu erfolgen:

- a) wesentliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern;
- b) Beschaffung der Mittel, stärker als bisher, durch indirekte Besteuerung.

2. Forderungen auf dem Gebiete der Ausgabengestaltung:

- a) energische Senkung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften;
- b) beschleunigte Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform mit dem Ziel einer Verminderung und Abgrenzung der Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden.

3. Beschleunigte Reform des Haushaltsrechts von Reich, Ländern und Gemeinden. [...]

4. Forderungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik:

fühlbare Entlastung von denjenigen Steuern, die die Kapitalbildung hindern oder kapitalzerstörend wirken [...]

Veröffentlichungen des RDI, 1929, Nr. 49, S. 7-8, 11-15.

[77:]

45. Aus einem Diskussionsbeitrag auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929

Herr Direktor [Willy] Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller:

Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist. Fest und beständig sind aber keine Attribute deutscher Staatsgewalt, weil man bei uns Demokratie mit Parteiwirtschaft verwechselt. Von den Parteien, von denen jede angeblich nur die Mehrheit braucht, um die Not des deutschen Volkes zu beheben, kann man allenfalls ein Kompromiß verlangen, d. h. also im besten Sinne des Wortes eine halbe Maßnahme. Mit Halbheiten ist uns aber nicht mehr gedient. Das Kompromiß, das in den nächsten Tagen von diesem Reichstage geschaffen werden wird, reicht nicht aus, um die Not unseres Volkes und unserer Wirtschaft, die heute hier mit Ernst und Deutlichkeit geschildert worden ist, zu beheben.

Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben als wieder einmal, wie es ja bereits 1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben, was im übrigen eine durchaus zulässige, verfassungsmäßige Sache ist. Man muß versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann. – Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.

Veröffentlichungen des RDI, 1930, Nr. 50, S. 37.

46. Auszug aus einem Artikel in der Bergwerks-Zeitung vom 9. Januar 1930 über den Versuch einer Neubelebung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft¹ durch den Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg

Die Worte, die der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, zu diesem Thema [der Zentralen Arbeitsgemeinschaft] [...] fand, haben in weiten Kreisen Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden. [...]

¹ Gemeinsames Gremium von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, zur Festlegung der Arbeitsbedingungen usw. Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) war am 15. November 1918 unter dem Druck der Novemberrevolution ins Leben gerufen worden; von großindustrieller Seite unterzeichnete Hugo Stinnes, von gewerkschaftlicher Seite Carl Legien das Abkommen. Nach der Inflationszeit vollzogen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Geschäftsbund der Angestellten 1924 ihren Austritt aus der ZAG.

[78:] Als gleich nach dem Kriege die Arbeitsgemeinschaft auf Anregung von Hugo *Stinnes* und des Gewerkschaftsführers Karl *Legien* zustande kam, lagen allerdings die Vorbedingungen dafür wesentlich günstiger. Die seitherige Entwicklung der Dinge ist dem Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft nicht gerade förderlich gewesen. Schuld daran ist in erster Linie die *Haltung der Gewerkschaften*, die zu einer monopolartigen Machtstellung im neuen Staate aufgestiegen sind und diese neu erlangte Macht nicht immer richtig zu gebrauchen wußten. Des weiteren auch die fortschreitende Radikalisierung großer Teile der Gewerkschaften, der christlichen wie der freien, und eine immer wirtschaftsfeindlichere, nur auf die Wahrnehmung der Belange ihrer Mitglieder abgestellte Betätigung.

Ein übriges tat nun noch die *neue Gesetzgebung*, die sich die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angelegen sein ließ und die eher dazu beigetragen hat, diese Beziehungen zu verschlechtern als zu verbessern. In erster Linie ist dabei an das neuzeitliche *Schlichtungswesen* zu denken, das, wie jeder Sehende erfahren mußte, durchaus nicht dazu beigetragen hat, eine Ausgleichung der Gegensätze herbeizuführen, das vielmehr in dem staatlichen Machtspruch in Gestalt der Verbindlichkeitserklärung ein Mittel erfand, um die Unzufriedenheit noch zu erhöhen und beide Teile noch weiter auseinander zu bringen. [...]

Weiterhin, im engen Zusammenhang mit dem Schlichtungswesen stehend, hat auch jetzt das bei uns herrschende *Tarifsystem* nicht gerade förderlich auf die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingewirkt. Die freie Verhandlungsmöglichkeit über den Arbeitslohn, die besondere individuelle Gestaltung eines Arbeitsverhältnisses und damit die engere Fühlung und das Interesse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist durch eine uniformierende Tarifsatzung erstarrt und ertötet. [...] Auch hierin liegt eine Gefahrenquelle für die Arbeitsgemeinschaft.

Eine weitere solche Quelle bildet auch das *Betriebsrätegesetz*. Dieses vom Gesetzgeber vielleicht gut gemeinte, aber von der Menge der Arbeitnehmer und den Gewerkschaften *einseitig zu ihren Gunsten* ausgelegte und aufgefaßte Gesetz hat vielfach geradezu einen Keil zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber getrieben. [...]

Am schlimmsten freilich hat die neuere *Sozialpolitik* mit ihrer Unzahl von Gesetzen und Verordnungen die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertieft und den Weg zu einer gedeihlichen Arbeitsgemeinschaft immer gründlicher verbaut. Die Überspannung unserer sozialpolitischen Kräfte, die zu einer erhebli-[79:]chen Schwächung der Wirtschaft [...] geführt hat, mußte naturnotwendig zu scharfen gegensätzlichen Auffassungen führen.

Gerade hier liegt heute wohl das stärkste Hemmnis für den Arbeitsgemeinschaftsgedanken. Die Arbeitnehmerschaft, soweit sie dem Einfluß der Gewerkschaften zugänglich ist, erblickt gerade in den heute so übersetzten sozialpolitischen Errungenschaften ein Gralsgut, das um jeden Preis gehütet werden muß, selbst um den Preis des Niedergangs der Wirtschaft. [...]

Hoffentlich kommt es dazu, daß der Wunsch, den Geheimrat Dr. Duisberg an den Schluß seines Mahnrufes stellt, in Erfüllung geht: „Der Reformwille, der seit kurzer Zeit fühlbar unser Volk erfaßt, sowie die Entscheidung, die heute unser Volk über sein Zukunftsschicksal zu fällen hat, sollten endlich dazu zwingen, das Rüstzeug der Tradition zu überprüfen und rostige Waffen zu verschrotten, um daraus die Werkzeuge für gemeinsame Aufstiegsarbeit zu schmieden.“

Bergwerks-Zeitung v. 9.1.1930. (Hervorh. im Original)

47. Aus dem Jahresbericht des Vorstands der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1929

Aber für Deutschland geht es weit über die Bekämpfung einer trotz aller Schwere doch vorübergehenden Wirtschaftskrise hinaus. Es geht um das auf die Dauer Entscheidende, wenn endlich das Nötige und Mögliche in Angriff genommen wird, um vermeidbare Hindernisse zu beseitigen, die der Entwicklung unseres Außenhandels, wie unserer Wirtschaft überhaupt im Wege stehen.

Zu diesen Hemmnissen gehört insbesondere unser Steuersystem. Daß der Etat des Reiches, der Länder und Kommunen [...] ungebührlich aufgebläht, abgebaut werden muß, darüber besteht [80:] wohl keine Meinungsverschiedenheit mehr. Aber es kann nur schrittweise geschehen, wenn man Vermehrung der

Arbeitslosigkeit vermeiden will. [...] Nötig und rasch durchführbar ist aber eine zweckmäßigere Verteilung der Lasten zwischen Produktion und Konsum [...]

Ebenso hemmend wie das Steuersystem wirkt sich die Lohn- und Gehaltshöhe aus. [...] Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung, auch da, wo es sich nicht um Massenversorgung handelt, für die Billigkeit, also kostensparende, mechanische Arbeit Haupterfordernis ist. Der teure Arbeiter oder Beamte wird durch die Maschine ersetzt nur in der Erwartung, daß Verzinsung und Amortisation der Anschaffungskosten weniger ausmachen als der Lohn. Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt, und täuscht sich über die Auswirkung hinweg, weil sie zunächst noch für das Sägen bezahlt wird.

Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter in Deutschland 10% niedriger – das ist die Steigerung der letzten zwei Jahre, die sich als untragbar erwiesen hat –, so ständen wir nicht so unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Die Produktion könnte gesteigert und damit verbilligt werden, so daß, abgesehen von der Wirkung auf Außenhandel und Zahlungsbilanz, durch sinkende Preise der Reallohn, auf den es doch letztlich ankommt, bald nur wenig vom heutigen abweichen würde.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Jahresbericht 1929, o. O. u. o. J., S. 25 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 16-18.

48. Aus der Eingabe des Reichsverbandes der Automobilindustrie an Reichskanzler Franz von Papen vom 16. August 1932 über die militärische Bedeutung der Kraftwagenindustrie und die Notwendigkeit ihrer staatlichen Förderung

Die Kraftwagenindustrie glaubt schließlich, auch aus nationalen Gründen ein Anrecht auf Berücksichtigung im Arbeitsbeschaffungsprogramm zu haben. Die große militärische Bedeutung des Kraftverkehrs und des Kraftfahrzeugbaues, die bereits im Weltkrieg und später im Ruhrkampf hervortrat, ist in dem Maße gestiegen, wie die Luftwaffe ausgebildet worden ist. Darüber hinaus sind die Kraftfahrzeugfabriken die Träger der Entwicklung des Flugzeugmotorenbaues, und ihnen fällt im Ernstfalle fabrikatorisch und konstruktiv die Hauptlast der Produktion zu. Deshalb steht der Kraftfahrzeugbau zahlreichen Ländern als „nationale Industrie“ unter dem besonderen Schutz des Staates. [...]

Damit die deutsche Kraftfahrzeugindustrie ihre wehrpolitischen Aufgaben erfüllen kann, erscheint es dringend erforderlich, den Fabriken die Überwindung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes zu erleichtern durch eine Förderung des Absatzes in einer Form, die nach dem Vorbild Italiens wehrpolitischen Zwecken dient und die gleichzeitig die Unterhaltung des Landstraßennetzes entlastet.

Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, Deutsche Bank, Nr. 5961, Bd. 28, zit. nach: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. v. D. Eichholtz u. W. Schumann, Berlin 1969, S. 90-91.

[82:]

3. Vom verschleierte[n] zum offenen Verfassungsbruch

a) Präsidialer Notverordnungskurs unter Brüning

„Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die ... lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen.“

Heinrich Brüning in seiner Regierungserklärung vom 1.4.1930

49. Aus der Regierungserklärung des Reichskanzlers Heinrich Brüning vom 1. April 1930

Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. Doch konnten selbstverständlich die politischen Kräfte dieses Hohen Hauses bei seiner Gestaltung nicht unbeachtet bleiben. Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen [...]

Die Notwendigkeit einer planmäßigen, auf Wirtschaftlichkeit und Ersparnisse gerichteten Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schafft die Garantie und die Voraussetzung für

die Weiterverfolgung der Sozialpolitik, die als eine staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt wird.¹ Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden.

Verhandlungen des Reichstages, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Berlin 1930, S. 272 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 20.

[83:]

50. Aus den Memoiren des Reichskanzlers Heinrich Brüning über seine ersten Verhandlungen mit Hitler zwecks Einbeziehung der NSDAP in die Regierung am 6. Oktober 1930

Nach einigen einleitenden kurzen Gesprächen begann ich mit der Darlegung der Lage und der Absichten der Regierung für die Zukunft. Die Krise würde nach unserer Schätzung etwa vier bis fünf Jahre dauern, frühestens im Sommer 1932 sei die erste Besserung möglich. [...] Eine Wiedererreichung des Lebensstandards von 1927/28 sei auch nach Streichung der Reparationen in den nächsten Jahren nicht möglich. Diese Streichung der Reparationen herbeizuführen, unter gleichzeitiger Inangriffnahme der Abrüstungsfrage, würde das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein. Mit beiden Fragen hoffe man im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen.

Der erste Ansatz dazu sei der schwierigste. Man müsse Finanzmaßnahmen treffen, die zunächst eine Atempause für ein halbes Jahr gäben. Dann würden weitere Einschränkungen der Ausgaben auf allen Gebieten notwendig, verbunden mit einer Senkung der Preise und Löhne, um, gestützt auf eine bis dahin zu verwirklichende Autarkie auf allen landwirtschaftlichen Gebieten mit Ausnahme der Fettwirtschaft, Deutschland als erstes Land so zu rüsten, daß es jeden Druck von außen her aushalten könne und dazu noch in der Lage sein würde, seinerseits jederzeit die Weltkrise zu benutzen, um durch sie einen Druck auf alle übrigen Mächte auszuüben. [...]

Die Regierung sei fest entschlossen, den dargelegten Weg bis zum Äußersten zu gehen. Sie könne darüber vor der Öffentlichkeit keine Erklärung abgeben. [...]

Das sei die erste Phase der Politik, für die eine schärfere außenpolitische Opposition seitens der NSDAP das zweckmäßigste wäre. [...] Ich hoffe, in der zweiten Phase zusammen mit der Rechten an die Verfassungsreform herangehen zu können, die nach meinen persönlichen Wünschen in einer monarchischen Restauration enden müsse. [...] Unter der Voraussetzung, daß er, Hitler, mir sein Wort gebe, sich mit mir in jeder Phase über die Form der Opposition zu verständigen, würde ich dafür sorgen, daß seiner Presse abseits jeder persönlichen Verunglimpfung volle Freiheit gegeben würde, auch zur schärfsten Kritik an der Außenpolitik und an meiner Person. [...]

[84:] In dem nunmehr beginnenden, wahrscheinlich zwei bis drei Jahre dauernden großen Weltringen würden sich alle deutschen Parteien mehr oder minder abnutzen, in der zweiten Phase auch die NSDAP. Es komme aber darauf an, zu versuchen, alle für diesen großen Kampf nur irgendwie bereiten Kräfte zu mobilisieren. Das erste Land, das bereit wäre, alle unpopulären Opfer nach innen auf sich zu nehmen, würde an die Spitze kommen. [...]

Wenn Hitler bereit sei, auf der Grundlage dieser Außenpolitik in loyaler Weise, erst versteckt und dann offen, mitzuarbeiten, so würde das deutsche Volk in zwei bis drei Jahren die Fesseln des Versailler Vertrages los sein. [...]

Hitler antwortete in einer einstündigen Rede. [...]

Wir sahen, daß mein Angebot auf den ersten Anhieb gescheitert war. Trotzdem durften die Fäden, mit Rücksicht auf das nunmehr beginnende Wagnis, nicht abreißen. Wir gingen sehr geduldig auf seine phantastischen außenpolitischen Ausführungen ein; wir suchten ihn zu überzeugen, daß ein

¹ Im Oktober 1930 setzte die Regierung Brüning die Dienstbezüge der Beamten und die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger um 6% herab und gab die Empfehlung, innerhalb der privaten Wirtschaft ebenso zu verfahren. Gleichzeitig wurden die Gewerbesteuern um 20%, die Grundsteuern um 10% gesenkt. (Vgl. Hohlfeld, Bd. III, S. 351-357)

frontaler Angriff ohne vorherige, ausreichende Rüstung im Innern zu einem völligen Mißerfolg und einem chaotischen Zustand in Deutschland führen würde. Unter Ignorierung aller von ihm ausgesprochenen Unmöglichkeiten erklärte ich mich bereit, dafür zu sorgen, daß überall in den Länderparlamenten schon in dieser ersten Anlaufzeit, wo es zahlenmäßig möglich sei, NSDAP und Zentrum zusammen eine Regierung bilden konnten, um so die Brücken für die zweite Phase zu bilden. [...]

H. Brüning, Memoiren 1918-1934, Bd. 1, München 1972, S. 203-207.

51. Auszug aus einer Rundfunkrede des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, Ende Oktober 1930 zum Thema „Der Weg aus der Krise“

Das Reichskabinett ist gesonnen, auf finanzpolitischem Gebiet so rasch wie möglich Ordnung zu schaffen. Es will die Quellen der Gefahr, die bisher den Reichsetat erschütterten, ausschalten. Insbesondere wird es auch den teilweise hemmungslosen Ausgaben in den Gemeinden einen Riegel vorschieben. Die die Produktion besonders belastenden Steuern, wie Realsteuern, sollen auf weite Sicht gesenkt werden. Der Plan der Regierung ist natürlich noch kein ideales Reformwerk sondern nur ein erster Schritt, um Ordnung in den [85:] Reichshaushalt und Vernunft in die Wirtschaftspolitik zu bringen. Der Damm wird und kann nur dann halten, wenn es gelingt, die Durchführung des Planes nicht nur im Reich, sondern vor allen Dingen in den Ländern und Gemeinden zu erzwingen. Natürlich muß auch endlich das notwendige Korrelat der Finanzreform, die Verwaltungsreform, aus dem Stadium der Erörterung in die Praxis überführt werden.¹ [...]

Neben den Steuern fallen als fixe Produktionskosten besonders die Lohn- und Gehaltssummen ins Gewicht. Auch ihre Senkung ist nicht zu vermeiden. [...] Die Selbstkostensenkung ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Preisabbau, der heute schon weitgehend durchgeführt ist. [...]

Daneben ist aber auch ein rascher und energischer Wiederaufbau des inneren Marktes durch Sanierung und Modernisierung der Landwirtschaft und eine rasche Hilfe für den Osten nach den Vorschlägen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die sich heute als die einzig brauchbaren erweisen, Voraussetzung für die Überwindung der innerwirtschaftlichen Krise.

Wortlaut der Rundfunkansprache abgedruckt in: Berliner Börsen-Courier v. 1.11.1930, S. 3.

52. Auszug aus einer Rede des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, anlässlich der 100-Jahr-Feier der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf am 23. Juni 1931

Wir müssen das feste Vertrauen in einen Mann haben, der uns aus dieser Krise herausführen wird. Der Kanzler des Deutschen Reiches, Dr. Brüning, hat in der Führung der Innenpolitik ebenso wie bei seinen außenpolitischen Verhandlungen bewiesen, daß er gewillt ist, das deutsche Volk aus der gegenwärtigen Notlage herauszuführen und von den Fesseln, die seine Lebenskraft abschnüren, zu befreien. [...]

Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann wie Brüning, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden.

Ausschnitte aus der Rede abgedruckt in: Berliner Börsen-Courier v. 24. 6. 1931. (Hervorh. im Original)

53. Aus der vertraulichen Aktennotiz von Otto Steinbrinck, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, für Friedrich Flick vom 5. Oktober 1931 über die Umbildung der Brüning-Regierung und die Bildung der Harzburger Front

1. Die der Volkspartei nahestehenden Kreise der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie haben am Sonnabend abend Herrn Dingeldey² ein Ultimatum überreichen lassen, das in kurzen Worten folgende Forderungen für die am 13. Oktober beginnenden Reichstags-Verhandlungen enthält:

¹ Vgl. Dok. 34 u. 44.

² Eduard Dingeldey, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

- a) Aufgabe der bisherigen Stellung zur Regierung und Übertritt in die Opposition.
- b) Schluß mit den einseitigen Notverordnungen.
- c) Beteiligung an dem Mißtrauensvotum gegen die Regierung. [...]

Sollte die Fraktion diese Forderungen am 13.10. nicht erfüllen, so würde die genannte Gruppe aus der Volkspartei austreten. [...]

3. Am 11. Oktober finden in Harzburg Besprechungen zwischen den Deutschnationalen, dem Stahlhelm und der Hitler-Gruppe statt zwecks Schaffung einer einheitlichen nationalen Front. An dieser Besprechung sollen angeblich aus dem Westen auch die Herren Vögler, Knepper und Holt teilnehmen.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3615, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 89-90.

54. Aus der Entschließung der Tagung der nationalen Opposition in Bad Harzburg vom 11. Oktober 1931

Die nationale Opposition hat seit Jahren vergeblich gewarnt vor dem Versagen der Regierungen und des Staatsapparates gegenüber dem [87:] Blutterror des Marxismus, vor dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerreißung der Nation durch den Klassenkampf, vor der planmäßigen Ausschaltung der nationalen Kräfte aus der Leitung des Staates, vor einer Politik, die in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands noch über das Diktat von Versailles hinausgeht. [...] Entschlossen, unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren, unsere Politik durch wirksame Selbsthilfe aus dem Strudel des Wirtschaftsbankrotts zu retten und damit der Welt zum wirklichen Frieden zu verhelfen, erklären wir:

Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. [...] Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen. So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten.

Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen vor allem im Reich und in Preußen. Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen.

Wir verlangen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsausgleich. [...] Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt. [...] Nur der starke nationale Staat kann Wirtschaft und Arbeitskraft schützen. Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen.

Zit. nach: Deutsche Parteiprogramme, hrsg. v. W. Mommsen, München 1960, S. 551.

[88:]

55. Aus der Rede Hjalmar Schachts in Harzburg

Die Tatsache, daß ein Wirtschaftler ohne jede parteimäßige Bindung heute vor Ihnen sprechen darf, ist ein weiterer Beweis dafür, daß diese Tagung weit über den Rahmen einer Parteiveranstaltung hinausgreift. In der Tat hat die deutsche Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse. [...] Was aber unter dem bisherigen Nachkriegssystem an wirtschaftlicher Substanz wie an wirtschaftlichen Möglichkeiten vergeudet worden ist, das läßt jetzt auch die produktiv gerichtete Wirtschaft verzweifelt *nach Rettung von diesem System* verlangen. [...]

Dennoch wiegen schwerer als diese erschütternden Tatsachen die *falschen inneren Grundlagen des bisherigen Systems*. Selbst wenn ein nicht zu erwartender äußerer Glücksfall eine wirtschaftliche Belebung und damit eine äußere Erleichterung bringen sollte, anhaften würde diesem System nach wie vor seine *Unaufrichtigkeit*, seine Rechtsunsicherheit und sein Mangel an Handlungsfähigkeit. Wie oft haben wir in den letzten Jahren von unseren Regierenden Versprechungen entgegen genommen, die sich als Seifenblasen erwiesen. [...]

Ein zweiter grundlegender Fehler dieses Systems ist seine Rechtsunsicherheit. Wer kann heute noch wirtschaften, wenn ihm durch den Federstrich einer der zahllosen Notverordnungen [...] sein Eigentum wegdisponiert wird zugunsten von Verpflichtungen, die er gar nicht hat voraussehen können. [...]

Und ein Drittes ist verurteilt, mit diesem System zugrunde zu gehen. Das ist der *Mangel an Mut zum Handeln*. Nur wenn wir selbst Initiative entwickeln, werden wir Helfer finden. Wir erleben es ja mit einer gewissen Genugtuung, wie in den letzten Monaten ein Land nach dem andern seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten durchmacht, weil Deutschlands Wirtschaft zugrunde geht. Wenn wir aus dieser Erfahrung eines lernen können, so ist es doch dies, daß die anderen nicht um einen Deut klüger sind als wir, und daß die ganze wirtschaftliche Welt geradezu erlöst aufatmen würde, wenn sie von Deutschland eine Initiative sehen würde zur Herbeiführung einer Gesundung. [...]

In jeder Wirtschaft gibt es *Schaffende und Raffende*. Und es wird dafür zu sorgen sein, daß die nur Raffenden in ihre Schranken verwiesen werden. Dem Schaffenden aber kommt es nicht auf das Erraffen an, sondern darauf, daß ein volkswirtschaftlicher Überschuß erzielt wird, der die Gesamtheit des Volkes vorwärts und [89:] aufwärts zu tragen in der Lage ist. Ich überlasse es Ihnen, zu urteilen, wohin ein marxistisches Gewerkschaftssystem zu klassifizieren ist, welches ohne Rücksicht auf den Erfolg der Wirtschaft seine Ansprüche mit politischen Mitteln durchzusetzen sucht.

Es bedarf einer grundsätzlichen Umstellung in unserem Volke dahingehend, daß jeder Einzelne, wo immer im Produktionsprozeß er steht, verantwortlich ist für den Erfolg des Ganzen. Wenn das Wort Demokratie überhaupt noch einen Sinn haben soll, so bedeutet es die Einordnung des Einzelnen, Unternehmers wie Arbeiters, unter die große Forderung des Gemeinnutzes.

[...] Das Programm, das eine nationale Regierung durchzuführen haben wird, beruht auf einigen ganz wenigen Grundgedanken. Es ist das Programm Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Kriege: sich fest auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herauszuholen, was nur irgend herauszuholen ist; und im übrigen sich für eine Generation bescheiden, sparen und arbeiten. [...] Und darum erkennt die deutsche Wirtschaft heute, daß es sich in der politischen Leitung unserer Geschicke nicht mehr um noch ein paar Dutzend Verlegenheitsnotverordnungen handeln kann, sondern daß der nationale Erziehungsprozeß, der in diesen letzten Jahren dank entschlossener Führer einen so gewaltigen Aufschwung genommen hat, zum Siege geführt werden muß, wenn die deutsche Wirtschaft wieder gedeihen soll. [...] Nur durch *geschlossenen nationalen Rückhalt können Freiheit und Arbeit* zurückgewonnen werden. Darum wünsche ich aus heißem Herzen, daß dieser nationale Sturmwind, der durch Deutschland fegt, nicht ermatten möge, bis die Wege zur Selbstbehauptung und zum Wirtschaftserfolg wieder freigemacht sind.

BA Koblenz, Nachlaß Silverberg/235, Bl. 205-208. (Hervorh. im Original)

56. Auszug aus dem „Veltenbrief“ vom 2. Dezember 1930¹ über die Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD

Die gestrigen politischen Ereignisse konnten unsere Leser nicht überraschen. Wir haben die Wahrscheinlichkeit einer neuen *Notverordnung* frühzeitig angekündigt und auf die treibenden Kräfte hingewiesen. Insbesondere erfährt die Zusammenarbeit *Brüning-Braun*² eine neue Bestätigung. Natürlich muß man immer wieder fragen, womit die entscheidende Hilfe der Sozialdemokratie bezahlt

¹ „Veltenbriefe“ und „Führerbriefe“ waren streng vertrauliche Privatkorrespondenzen für die Führungskräfte der Wirtschaft, der Politik und des Militärs. Sie standen unter dem Einfluß der IG-Farben, der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg.

² Otto Braun, preußischer Ministerpräsident (SPD).

[90:] wird. Wir haben im heutigen Führerbrief ausgeführt, daß die Zugeständnisse in den Änderungen der Juli-Notverordnung nicht so erheblich sind. Aber da das ganze Sanierungsprogramm ja nur der Auftakt der großen Reform sein soll, so muß nach wie vor befürchtet werden, daß, wenn das Kabinett Brüning weiter auf die Sozialdemokratie angewiesen bleibt, die Dinge, die in Zukunft mit Notwendigkeit getan werden müssen, darunter leiden.

ZStA Potsdam, Deutsche Reichsbank, Handaktensammlung, Bd. 80/1, zit. nach: W. Müller, J. Stockfisch, Die „Veltenbriefe“. Eine neue Quelle über die Rolle des Monopolkapitals bei der Zerstörung der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17 (1969) S. 1577-1578.

57. Auszug aus einer Niederschrift des Journalisten Karl Brammer über „ein Gespräch mit einer dem Reichskanzler (Brüning) nahestehenden Persönlichkeit“ vom 25. September 1931

Eine Rechtsregierung gegen die Sozialdemokraten könne des parlamentarischen Feigenblattes nicht entbehren, da sonst Kommunisten und Sozialdemokraten in gemeinsamer Front gegen die Rechtsdiktatur Sturm laufen würden. [...] Diese sozialdemokratische Anlehungsmauer müsse naturgemäß dauernd gestützt werden durch Zugeständnisse an die sozialdemokratischen Forderungen, die aber in Kauf genommen werden müßten, als Rückversicherungsprämie gegen den Straßenkampf.

Niederschrift Brammers über ein Gespräch mit einer dem Reichskanzler nahestehenden Persönlichkeit, Informationsbericht vom 25.9.1931, BA Koblenz, Z Sg 101/24, Bl. 96-99.

[91:]

58. Aus einer Rede des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, auf einer Kundgebung des ADGB und der SPD am 16. Dezember 1931

Die Bestimmungen der Notverordnung¹ bedeuten eine weitere zehn- bis fünfzehnprozentige Senkung der gegenwärtigen Lohnhöhe. Und besonders stark betroffen sind die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben und die Bergarbeiter.

Von dem Einbruch in das Tarifrecht ist bereits gesprochen worden. [...]

Ich glaube, ich brauche kaum zu versichern, daß wir unter normalen Verhältnissen den meisten Bestimmungen der Notverordnung im Parlament unsere Zustimmung nicht gegeben haben würden [...] Wenn trotzdem zu Notverordnungen gegriffen wird, wenn trotzdem der gerade Weg der Demokratie und des Parlamentarismus verlassen wird, sind nicht wir schuld, sondern die Wähler vom 14. September 1930! [...]

Lassen Sie mich noch einmal auf die Motive zurückkommen, die uns geleitet haben, als wir nach den Reichstagswahlen das einleiteten, was man nicht ganz richtig „Tolerierungspolitik“ nennt [...] Unsere Motive waren von Anfang an, den Faschismus fernzuhalten [...]

Das ist der Grund gewesen, aus dem wir die Tolerierungspolitik eingeleitet und aus dem wir sie fortgesetzt haben. [...]

Aber dazu kommt die Forderung an die Regierung, daß sie ihrerseits in diesem Abwehrkampf nicht untätig bleibe! [...]

Denn die Massen könnten auf materiellem Gebiet, auf sozialem Gebiet noch mehr ertragen, wenn sie die Überzeugung haben dürften, daß die Reichsregierung mit ganzer Energie und mit ihrem ganzen Willen in dem Kampf gegen den Faschismus hinter ihr stände.

Leipart und Breitscheid über die Notverordnung, Berlin 1931, S. 16 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 48-49.

[92:]

59. Aus einem Artikel in der Gewerkschafts-Zeitung vom Januar 1931

Vor allem aber dient die Duldung der stillen Diktatur Brünings der Abwehr gegen das Umschlagen in die offene Diktatur, geschieht die Minderung des Rechts des Parlaments zum Schutze des

¹ vom 8. Dezember 1931.

Parlamentarismus. Ging es in den politischen Kämpfen zu Beginn des Jahres noch um Einzelforderungen der Arbeiterschaft, so gilt unsere Sorge jetzt dem Gesamtbestande des staatlichen Lebens, der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung des von vielen Punkten her bedrohten politischen und sozialen Lebensraumes der Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse.

Gewerkschafts-Zeitung, Jg. 41.(1931) S. 3, zit. nach: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16, Berlin 1965, S. 113.

60. Auszug aus dem „Veltenbrief“ vom 6. Mai 1932 über Verhandlungen verschiedener Parteien mit der NSDAP und über die geplante Ablösung der Regierung Brüning

Es ist möglich, daß die nächste Reichstagssitzung nicht so glatt und so gefahrlos für das Kabinett Brüning verläuft, wie meist angenommen wird. Nach unseren Informationen haben Angehörige der Fraktionen der „Wirtschaftspartei“ und des Landvolks Verhandlungen geführt mit den Nationalsozialisten wegen einer etwaigen Abstimmung gegen die derzeitige Reichsregierung. [...]

Angeblich sollten [...] die Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum zum Stillstand gekommen sein. [...] Der Kanzler hat noch Anfang der Woche im kleinen Kreise erklärt, er könne, wenn es auch in Preußen zu einer schwarzbraunen Regierung käme, im Reich nicht ohne die indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie arbeiten. Mit dieser Stellungnahme, in der aus persönlichen Gründen schwerlich eine Änderung abzusehen ist, ist der Standpunkt der Reichskanzlei klar umrissen. Aber es kommt letzten Endes auf das Reichspräsidentenpalais an. Hier sind ohne Zweifel die nächsten Berater des alten Herrn, nämlich Oberstleutnant von Hindenburg und Staatssekretär Meißner, heute übereinstimmend der Ansicht, daß eine auf die SPD gestützte Reichsregierung einfach nicht mehr zu halten ist [...]

[93:] Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers [...] sollte der erste Akt sein, als zweiter sollte die Demission des General Groener folgen.¹ Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts wäre eine vorläufige Regierung gefolgt, die in der Hauptsache die Auflösung des Reichstages, gewisse finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen und die Reparationsverhandlungen in Lausanne durchzuführen gehabt hätte.

ZStA Potsdam, Deutsche Reichsbank, Handaktensammlung, Bd. 80/1, zit. nach: Müller/Stockfisch, „Veltenbriefe“, S. 1582-1583.

b) Die Regierung Papen: Preußenstaatsstreich und Septemhernotverordnungen

„Die Regierung wird unabhängig von Parteien den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.“

Franz von Papen am 4.6.1932

„Alles rollt programmgemäß ab. Bracht wird als Reichskommissar eingesetzt ... Die SA steht in Bereitschaft ... Eben rückt die Reichswehr in die Reichshauptstadt ein. Mit Panzerwagen und Maschinengewehren. Ein wundervoller, beglückender Anblick.“

Joseph Goebbels zum Staatsstreich in Preußen am 20.7.1932

61. Aus der Regierungserklärung Franz von Papens vom 4. Juni 1932

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller auf-[94:]bauwilligen und staats-erhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden. [...]

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsstaat zu machen versucht und damit die moralischen

¹ Tatsächlich verlief der Rücktritt des Kabinetts Brüning in den angekündigten Etappen: zunächst demissionierte der Reichswirtschaftsminister Warmboldt, dann der Reichswehrminister Groener.

Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die sittlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. [...]

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird unabhängig von Parteien den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.

Hohlfeld, Bd. III, S. 435-437.

62. Aus dem Aide-mémoire des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur deutschen Wirtschaftspolitik (Grundlage für eine Besprechung mit dem Reichskanzler am 24. Juni 1932)

IV. [...] 1. Besonders verhängnisvoll hat sich die Gestaltung der Lohnpolitik in der Nachkriegszeit erwiesen. Es ist daher die vordringlichste Forderung, daß sich der Staat zukünftig von Eingriffen in die Lohngestaltung freihalten muß. [...]

2. Es würde ferner für Unternehmer und Arbeiter befreiend wirken und zu einer wirksamen Entlastung des Arbeitsmarktes führen, wenn den Arbeitswilligen die Möglichkeit gegeben würde, [95:] ihre Arbeitskraft zu solchen Bedingungen anzubieten, die sie selbst für richtig halten. Das Prinzip der Tarifverträge soll damit nicht abgelehnt werden.

V. Jede Subvention in dem Sinne von Staatseingriffen zur Stützung einzelner Unternehmen ist grundsätzlich abzulehnen.¹ Die deutsche Industrie hat sich in ihrer Gesamtheit immer gegen jede Subventionspolitik gewandt. Die Ablehnung der Subventionspolitik ist die adäquate Forderung zu dem Grundsatz der Wiederherstellung der Wirtschaftsfreiheit. Auf der anderen Seite hat jedoch die Regierung selbstverständlich die Pflicht, mit *allgemeinen* staatlichen Maßnahmen die Wirtschaft zu fördern, und zwar insbesondere

1. mit den Mitteln der staatlichen Steuer- und Zollpolitik [...]

2. mit der Verkehrspolitik. [...]

3. Bei der gegenwärtigen Zerrüttung des Kredites ist es unbedingt notwendig, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeden berechtigten Kredit zur Erzeugung von Waren aufrechtzuerhalten. Hierbei muß auf die Exportbedürfnisse der Wirtschaft besondere Rücksicht genommen werden. [...]

VIII. Die deutsche Wirtschaft kann nicht eher gesunden, als bis die Produktionskosten auf ein erträgliches Maß herabgedrückt sind. [...]

1. Oberste Forderung ist die schleunigste Wiederherstellung einer wirklich sparsamen Wirtschaft in allen Teilen der öffentlichen Hand. Dies gilt nicht nur für die Staatsverwaltung als solche, sondern insbesondere auch für alle Einrichtungen der sozialen Fürsorge. [...]

2. Die bisherige Höhe der steuerlichen und sozialen Lasten ist völlig unerträglich geworden. Sie bedroht in gleicher Weise sowohl den Bestand der Wirtschaft wie die Ordnung der Finanzen des Reiches und der Länder und den Bestand der sozialen Einrichtungen überhaupt. Es kann nur noch durch eine Einschränkung der Ausgaben und durch grundlegende organisatorische Reformen das schlimmste verhütet werden. [...]

¹ Unter „Subventionen“ werden hier staatliche Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmen verstanden. Konkret richtete sich diese Forderung gegen die Teilverstaatlichungen der Dresdner Bank und Danatbank sowie der Vereinigten Stahlwerke.

IX. Zu dem weittragenden Problem der Ordnung der Finanzen des Reiches und der Länder [...] ist vor allem folgendes zu bemerken:

1. Diese Ordnung ist ohne eine Reform der Arbeitslosenfürsorge [...] nicht denkbar. [...]

3. Unabhängig von der Frage, ob dadurch sofort oder erst später erhebliche Ersparnisse zu erzielen sind, muß das Problem der Verwaltungsreform mit größter Beschleunigung angepackt werden. Die [96:] Durchführung dieser Verwaltungsreform¹ ist – von den etwaigen materiellen Auswirkungen ganz abgesehen – heute mehr denn je von größter psychologischer Bedeutung. Die Wirtschaft und das Volk müssen an schnell aufeinanderfolgenden einzelnen Schritten erkennen, daß die Regierung hier zu ernsthaftem Handeln entschlossen ist.

BA Koblenz, Nachlaß Kastl/5.

63. Aus den Erinnerungen des preußischen Innenministers Carl Severing an die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 16. Juli 1932

In einer Besprechung am Morgen dieses Tages, an der neben Otto Wels Breitscheid, Hilferding, Vogel, Crispian und Stampfer teilnahmen, habe ich dem Parteivorstand dargelegt, daß die Indizien sich mehrten, die auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen noch vor den Wahlen hindeuteten. [...] Für die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung und der sie stützenden Parteien komme es maßgebend darauf an, in welchen Formen die Einsetzung erfolgen würde, ob die verfassungsmäßigen Bestimmungen gewahrt blieben oder ob sich Schleicher² stark genug fühlen würde, sich über Verfassungsbestimmungen hinwegzusetzen. Dabei stelle sich die Frage, ob gegen ein ungesetzliches, von der Reichswehr gedecktes Vorgehen ein Einsatz der Polizei, gestützt von den Massen der Eisernen Front³, möglich und geboten sei. Trotz aller Zersetzungsversuche sei die Berliner Polizei in ihrer Mehrheit der republikanischen Regierung treu geblieben. Im Hinblick auf die Gefechtsstärke der Reichswehr und der Polizei sei der Einsatz der Polizei aber nur dann zu vertreten, wenn man ihn auf eine Demonstration von kurzer Dauer beschränken würde. In diesem Augenblick unterbrach mich Friedrich Stampfer mit der Bemerkung, daß ich kein Recht habe, auf Kosten meiner Polizeibeamten tapfer zu sein.

[97:] Das war auch meine Meinung. [...] Die Besprechung kam einmütig zu dem Ergebnis, bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen.

Severing, Mein Lebensweg, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 347.

64. Aus der Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen, vom 20. Juli 1932

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

Reichsgesetzblatt, 1932, T. I, Nr. 48, S. 377.

¹ Vgl. Dok. 34, 44, 51, 63, 64.

² Reichswehrminister

³ Antifaschistische Kampforganisation der SPD

65. *Aufruf gewerkschaftlicher Spitzenkörperschaften vom 20. Juli 1932*

An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, [98:] Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.¹

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben.²

Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet.

Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.³

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Deutscher Beamtenbund.

Vorwärts v. 21.7.1932 (Morgenausgabe), zit. nach: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, Berlin 1966, S. 591.

66. *Aus der Tagebucheintragung von Joseph Goebbels vom 20./21. Juli 1932*

20. Juli 1932.

Alles rollt programmäßig ab. Bracht wird als Reichskommissar eingesetzt. Severing erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Ein [99:] leiser Druck mit dem Handgelenk genügt. Ausnahmezustand über Berlin-Brandenburg. Grzesinski, Weiß und Heimannsberg verhaftet. Sie danken feige ab und werden dann wieder freigelassen. In der Reichshauptstadt bleibt alles ruhig. Man muß den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie. SPD und Gewerkschaften rühren nicht einen Finger. Die Reichswehr steht bereit, aber braucht nicht unmittelbar einzugreifen. [...]

Auf dem Gau gebe ich Anweisungen für alle Eventualitäten. Die SA steht in Bereitschaft. [...]

Um 5 Uhr nachts sind wir in Berlin. Eben rückt die Reichswehr in die Reichshauptstadt ein. Mit Panzerwagen und Maschinengewehren. Ein wundervoller, beglückender Anblick.

Die Lage ist gut. Ruhe und Ordnung gesichert. Eine unmittelbare Gefahr besteht nicht mehr.

21. Juli 1932.

Alles rollt wie am Schnürchen ab. Die Roten sind beseitigt. Ihre Organisationen leisten keinen Widerstand. Das „8-Uhr-Abendblatt“ verboten. Einige Polizei- und Oberpräsidenten abgesetzt. Der Generalstreik unterbunden. Es laufen zwar Gerüchte von einem bevorstehenden Reichsbanneraufstand um, aber das ist ja alles Kinderei.

¹ Die preußischen Minister hatten nach ihrer Amtsenthebung den Staatsgerichtshof angerufen. Dieser entschied am 25. Oktober 1932, das Vorgehen Papens sei mit der Reichsverfassung vereinbar.

² Tag der Reichstagswahlen

³ Mit diesem Appell richteten sich die Gewerkschaften gegen den Generalstreikappell und das Einheitsfrontangebot der KPD vom 20.7.1932.

Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder.

J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934, S. 131-132.

67. Aus einem Artikel der „Internationalen Gewerkschafts-Presse Korrespondenz“ über die Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932

Die Notverordnung setzt sich aus folgenden vier Teilen zusammen:

„Entlastung der Wirtschaft“, „Sozialpolitische Maßnahmen“, „Kreditpolitische Maßnahmen“ und „Sonstige finanzpolitische Maßnahmen“.

Der erste Teil enthält als wichtigsten Punkt die Bestimmungen über die Steuergutscheine, durch welche die Unternehmer eine beträchtliche Steuerermäßigung erhalten. [...] Diese Steuergeschenke an die Kapitalisten machen über 1½ Milliarden Mark aus. [...]

[100:] Der zweite Teil der Notverordnung, „Sozialpolitische Maßnahmen“, stellt den bisher ungeheuerlichsten Angriff auf die werktätigen Massen dar. [...]

Die Regierung kann [...] durch den Erlaß von einfachen Vorschriften sowohl die Unterstützungs- bzw. Rentenleistungen der Sozialversicherung herabsetzen und gleichzeitig die Sozialbeiträge für die Versicherten erhöhen. Sie kann die Wartezeiten verlängern und die Unterstützungsdauer willkürlich begrenzen. [...]

Die Reichsregierung hat [...] am 5. September [...] die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ erlassen. Was bedeutet diese Verordnung? Sie bringt den Kapitalisten ungeheure Geschenke in Form einer „Beschäftigtenprämie“ und den Arbeitern einen unerhört brutalen Lohnabbau. Die Regelung erfolgt in den industriellen Unternehmungen auf folgende Weise:

Bei einer Mehreinstellung von 5 Prozent der Belegschaft beträgt die Lohnkürzung für die 30. bis 40. Stunde 10 Prozent, d. h. für den Wochenlohn des Arbeiters bei 40-stündiger Arbeitszeit 2½ Prozent, bei einer Mehreinstellung von 10 Prozent beträgt der Lohnabbau für die 30. bis 40. Stunde 20 Prozent, d. h. für den Wochenlohn des Arbeiters 5 Prozent; [...]

bei einer Mehreinstellung von 20 Prozent macht der Lohnabbau 40 Prozent, d. h. für den Wochenlohn des Arbeiters 10 Prozent;

bei einer Mehreinstellung von 25 Prozent beträgt der Lohnabbau für die 30. bis 40. Stunde 50 Prozent, d. h. für den Wochenlohn 12½ Prozent [...]

Und da kommt noch eine besondere „Beschäftigungsprämie“ hinzu. Denn ein Unternehmer, der in dem Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeiter beschäftigt, als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeiter, den er über den früheren Bestand hinaus einstellt, und ein Vierteljahr lang beschäftigt, die Entschädigung von 100 Mark, für ein Jahr also 400 Mark [...]

Die Tarife werden also faktisch zum Zweck der Durchführung eines gewaltigen Lohnabbaues außer Kraft gesetzt. Die Unternehmer brauchen nur an einem schwarzen Brett anzugeben, daß sie soundso viele neue Arbeiter eingestellt haben und daß der Tariflohn um so und so viel gesenkt wird, dann tritt der Lohnabbau in Kraft [...]

[101:] Ein zweiter wichtiger Punkt der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ betrifft die „Erhaltung gefährdeter Betriebe“ [...]

Hier handelt es sich also um die zweite Methode der Zerschlagung der Tarife und des unerhörtesten Lohnabbaus [...] Den Arbeitern und Angestellten solcher Betriebe droht eine Lohn- und Gehaltssenkung, die nach der Verfügung bis zu 20 Prozent gehen kann [...]

Fassen wir kurz zusammen, welche Vorteile die Kapitalisten aus Papen-Programm zu erwarten haben, so ergibt sich:

1. durch den Lohnabbau rund	3000 Mill. Mark
2. aus Steuererlaß	1500 Mill. Mark
3. an „Beschäftigungs“prämien	700 Mill. Mark
4. für das Hausbesitzerkapital	50 Mill. Mark

zusammen 5250 Mill. Mark

Internationale Gewerkschafts-Presse-Korrespondenz, 73/1932, S. 893 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 75-77.

[102:]

III. Großkapital und NSDAP 1929-1933

1. Kontakte zwischen Großindustriellen, Bankiers und NSDAP nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

„Hitlerismus, oder – wie wir es nennen – Nationalsozialismus ist ... gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus gerichtet, wie sie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist. Das deutsche Volk ... ist für diese Form der Demokratie nicht reif.“

Carl Friedrich von Siemens am 27.10.1931

68. Aus dem Bericht von George A. Gordon, Botschaftsattaché der USA in Berlin, an Henry L. Stimson, Außenminister der USA, vom 23. September 1930

Wie ich in meinem Bericht No. 489 darstellte, gibt es keinen Zweifel, daß Hitler von bestimmten großen Industriellen wesentliche finanzielle Unterstützung erhielt. [...] Tatsächlich gewinnt man in den letzten Tagen den Eindruck, daß wichtige finanzielle Kreise – wenn auch nicht in dem wie oben gekennzeichneten Umfang – auf den Kanzler und andere Mitglieder der Regierung einen Druck ausgeübt haben und ausüben, um das Experiment zu unternehmen, die Nazis an der Regierung zu beteiligen (mutmaßlich auf Grund der Annahme, daß die Sozialdemokraten für eine aktive Zusammenarbeit mit der Regierung als Preis auf für die Finanziere unliebsamen Bedingungen bestehen würden).

Gerade heute erreichte mich ein Gerücht aus gewöhnlich sehr gut informierter Quelle, daß verschiedene amerikanische Finanzkreise, die hier vertreten sind, in gleicher Richtung sehr aktiv sind.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930, Bd. 3, Washington 1954, S. 84, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 88-89.

[103:]

Aus den Antworten des Generals Hans v. Seeckt, Hjalmar Schachts¹ und Elard v. Oldenburg-Januschau² auf die Weihnachtsumfrage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ 1930 „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?“

[Seeckt:]

Die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei wünschenswert ist, beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie ist mehr als das; sie ist notwendig [...] das, was in dieser Bewegung den echten Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestreben Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft.

Diese Regierung muß die Form eines Keils haben, dessen stählerne Spitze die Vernunft ist, die von der Macht vorwärts getrieben wird gegen die Wand wirtschaftlicher Hemmnisse und äußerer Feindschaft [...] Zur Entfaltung der vollen Stoßkraft bedürfen wir ebenso der Masse der im Grunde ihres Herzens deutschen, gegen russisches Gift gefeierten Arbeiterschaft wie der national begeisterten Jugend aller Stände aus Stadt und Land [...]

Bei dem Stoß dieses Keils werden Späne fliegen, das ist unvermeidlich.

[Schacht:]

Meine Auffassung [...] habe ich bereits in meiner Rede in München niedergelegt [...]: Wenn es unmöglich ist, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, dann ist es auch nicht möglich, gegen die ebenso starke extreme Rechte zu regieren, die am 14. September durchaus nicht für Hitlers Wirtschaftsprogramm gestimmt, sondern nur ihrem Lebenswillen Ausdruck gegeben und so dem Ausland hat bekunden wollen, daß sie nicht eine zugrunde gehende Nation werden wollte.

¹ ehemaliger Reichsbankpräsident

² ostpreußischer Großgrundbesitzer

[Oldenburg-Januschau:]

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat nach meiner Überzeugung das unstreitige Recht, an den Regierungsbildungen der Zukunft beteiligt zu werden [...] ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der nationale Gedanke in ihr stark genug sein und bleiben wird, um die Unklarheiten zu überwinden, welche in ihrem Programm als Hindernisse für die Deutschnationale Volkspartei enthalten sind [...] Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat den Ausspruch getan: „Der Feind steht rechts!“ Da ich den Vorzug habe, auf der rechten Seite des Reichstages meinen Platz in unmittelbarer Nähe des Dr. Frick zu haben, wird niemand es mir verargen können, wenn der Dr. Frick als Reichsminister mir näher stehen würde, als der Dr. Wirth.

DAZ v. 25. Dezember 1930, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 28-29.

70. Aus den Erinnerungen des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht über seine erste Begegnung mit Göring im Dezember 1930 und seine erste Begegnung mit Hitler am 5. Januar 1931

Im Dezember 1930 lud mich mein langjähriger Freund v. Stauss, der seit 1915 dem Vorstand der Deutschen Bank angehörte, zu einem Abendessen ein, zu dem er auch Hermann Göring bat. Selbstverständlich nahm ich die Gelegenheit, einen der ersten Führer der nationalsozialistischen Bewegung kennenzulernen, gerne wahr. Dieses Abendessen zu dritt verlief mit den damals überall brennenden Gesprächen über die Wirtschaftslage, über das Steigen der Arbeitslosenziffern, über die Zaghaftigkeit der deutschen Außenpolitik und alle damit zusammenhängenden Fragen. Göring erwies sich als ein urbaner, angenehmer Gesellschafter [...]

Als ich nicht lange danach eine Einladung zum Abendessen bei Hermann Göring und Frau erhielt, trug ich infolgedessen keine Bedenken, anzunehmen, zumal die Einladung von der Mitteilung begleitet war, daß Adolf Hitler teilnehmen würde.

Das Abendessen bei Göring fand am 5. Januar 1931 statt. Außer meiner Frau und mir waren noch anwesend Fritz Thyssen, der Sohn von Frau Karin Göring aus ihrer ersten Ehe, und Dr. Goebbels. [...] Hitler erschien nach dem Essen. [...]

Unser Gespräch wandte sich sehr rasch den politischen und wirtschaftlichen Problemen zu. [...]

Ich nahm aus dem Erlebnis dieses Abends Veranlassung, in den folgenden Wochen beim deutschen Kanzler und bei anderen Politikern, mit denen ich Verbindung besaß, darauf zu drängen, daß die Nationalsozialisten baldmöglichst in eine Regierungskoalition hineingenommen würden. Nur auf diesem Weg schien mir ein totaler Übergang der Macht in die Hände dieser radikalen Rechtsbewegung [105:] vermeidbar. In einer solchen Koalition wäre der Nationalsozialismus durch die Mitübernahme der Regierungsverantwortung voraussichtlich noch in geordnete Bahnen zu lenken gewesen. Als man ein Jahr später diesen Gedanken endlich aufgriff, war die Gelegenheit schon verpaßt.

H. Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 350-352.

71. Aus der Eingabe der „Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt am Main“¹ vom 27. Juli 1931 an den Reichspräsidenten Paul Hindenburg

Im Anschluß an den Mahnruf der Wirtschaftstagung der DNVP in Stettin an Ew. Excellenz gestattet sich unterzeichnete Vereinigung, der zahlreiche namhafte Führer der hessen-nassauischen und rheinischen Wirtschaft angehören, Ew. Excellenz folgendes dringendst vorzustellen:

Seit 13 Jahren herrscht in Deutschland ein System, das sowohl im Reich als auch in Preußen ausschlaggebend von der Sozialdemokratie beeinflusst ist. Seit 13 Jahren wird das deutsche Volk einen Leidensweg geführt, dessen jede Station die vorhergehende an Not überbietet [...]

¹ Unterzeichnende Mitglieder der Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt a. M. waren u. a.: Walter Dyckerhoff von der Baufirma Dyckerhoff & Söhne; Emil Gutbrod, Inhaber eines Chemieunternehmens; Dr. Geisow von der IG Farbenindustrie AG; Dr. Traupel von den Kruppwerken. Die Eingabe wurde dem Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg vom Präsidenten der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, Rüdiger Gral v. d. Goltz, zugeleitet.

Im Namen des deutschen Schicksals, das sich heute vollzieht: Greifen Sie in das Rad der Geschichte ein! [...] Unvereinbar mit der Verfassung wird die heute weitaus stärkste Partei, die NSDAP, von jedem Einfluß ausgeschaltet, ebenso wie die hinter ihr stehende DNVP und die Frontkämpfer des Stahlhelm. [...]

Ew. Excellenz! Die nationale Opposition ist Deutschlands letzte Reserve. [...]

Und wir deutschen Wirtschaftsführer, die wir politisch sehend geworden sind, stehen hinter ihr. Wir sehen unser Lebenswerk zusammenbrechen. In dem bevorstehenden Chaos drohen Arbeiter und Unternehmer gemeinsam unterzugehen. Wir erkennen, daß es sich nicht um das Schicksal eines Standes, sondern um das Schicksal der gesamten Nation handelt.

L. Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin 1956, S. 188 f., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 40-41.

[106:]

72. Aus dem Vortrag von Carl Friedrich v. Siemens, gehalten auf dem Essen der General Electric Company am 27. Oktober 1931 in New York

Wir halten den Sozialismus in erheblichem Maße für verantwortlich für den augenblicklichen Stand der deutschen Finanzen. Sie finden sozialistische Tendenzen sowohl in einer großen Anzahl von Gesetzen, als auch in den vielen Notverordnungen der augenblicklichen Regierung, und mehr noch, Sie finden sie in der Übertragung von wichtigen Regierungsstellen an die Mitglieder der sozialistischen Parteien und dadurch in der täglichen Arbeit der Verwaltung [...]

In Zeiten großer Depression, wenn die Verzweiflung um sich greift und die Hoffnung schwindet, nehmen die Menschen immer Zuflucht zu extremen Anschauungen [...]

Kommunismus und Hitler-Bewegung wachsen stark, aber zwischen beiden ist folgender grundsätzlicher Unterschied: der erste will seine Ziele durch revolutionäre Maßnahmen, das heißt Barrikaden und Bürgerkrieg, erreichen; wenn es dazu kommt, wird die Entscheidung auf der Straße fallen. Der andere will sein Ziel durch gesetzliche Maßnahmen, das heißt durch den Stimmzettel, verwirklichen. Doch will er sich dagegen sichern, daß die Ereignisse der November-Tage 1918, wo die Revolutionäre keinen Widerstand auf der Straße fanden, nicht wiederkehren. Die militärische Macht des Staates ist zu schwach, um die Feuer zu löschen, wenn sie an vielen Stellen in Deutschland gleichzeitig ausbrechen sollten. [...]

Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus, das heißt gegen den Marxismus. [...]

Hitlerismus, oder – wie wir es nennen – Nationalsozialismus, ist in keiner Beziehung eine monarchistische Bewegung. [...] Aber er ist gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus gerichtet, wie sie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist. Das deutsche Volk [...] ist für diese Form der Demokratie nicht reif.

ZStA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 296, Bl. 147 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 44-45.

[107:]

73. Aus dem Schreiben von Otto Steinbrinck, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke (Flick-Konzern), vom 11. Dezember 1931 an Hitlers Wirtschaftsberater Funk

Herr Baron Kurt von Schröder, der Mitinhaber des Bankhauses I. H. Stein in Köln und Vetter des bekannten Londoner Bankiers, ist heute und morgen in Berlin und hätte sehr gerne Sie kurz gesprochen. Er steht seit mehreren Jahren der ganzen Bewegung nahe und hat infolgedessen besonderes Verständnis dafür gehabt, als ich ihm von Ihren neuen Ideen über die Auslandsaufklärung berichtete. Da Herr Baron von Schröder selber über sehr weitgehende Auslandsverbindungen verfügt und durch die engen freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen mit dem Londoner Welthaus häufig auch mit fremden Bankiers zusammenkommt, beschäftigt ihn naturgemäß die Stellungnahme

der Partei zur Frage der Auslandsverschuldung. Er würde sehr dankbar sein, wenn Sie trotz Ihrer starken Inanspruchnahme in diesen Tagen (v. I. morgen) einige Minuten für ihn Zeit hätten, damit er ein Bild von der maßgebenden Auffassung zu dieser Frage durch Sie bekommen kann.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3218 (F), zit. nach: Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, hrsg. v. K. H. Thieleke u. K. Drobisch, Berlin 1965, S. 294-295.

[108:]



[109:]

2. Der Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei

a) Zur ökonomischen Lage der Bevölkerung in der Weltwirtschaftskrise

74. Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung (umgerechnet in Preise von 1928)

1913	1505	Mark	=	100% von 1913
1925	1285	RM	=	84% von 1913
1926	1318	RM	=	86% von 1913
1927	1413	RM	=	92% von 1913
1928	1453	RM	=	94% von 1913
1929	1436	RM	=	92% von 1913
1930	1372	RM	=	89% von 1913
1931	1201	RM	=	78% von 1913
1932	1094	RM	=	72% von 1913

Zeitgeschichte in Text und Quellen. Die Weimarer Republik, hrsg. v. W. Tormin, Hannover 1962, S. 278.

75. Senkung der Tariflöhne vom 1. Dezember 1931 bis 1. Januar 1932 (in Prozent)

Industrie	Facharbeiter	Hilfsarbeiter
Steinkohlenbergbau	9,7	9,6
Braunkohlenbergbau	13,7	13,0
Metallverarbeitende Industrie	10,2	11,6
Chemische Industrie	14,4	14,5
Baugewerbe	9,0	9,0
Papierzeugende Industrie	8,3	8,8
Papierverarbeitende Industrie	14,1	14,6
Buchdruckgewerbe	12,9	12,3
Holzgewerbe	4,2	3,9
Feinkeramische Industrie	10,3	9,9
Textilindustrie	7,7	7,9
Bekleidungsgewerbe	9,4	–
Schuhindustrie	15,0	–
Braugewerbe	12,3	11,4
Stöß-, Back- und Teigwarenindustrie	10,1	10,0
Reichsbahn	10,0	10,2
Reichspost	9,9	10,0

Kuczynski, Bd. 16, S. 119.

[110:]

76. Nettolöhne und Existenzminimum (in RM)

Jahr	Wochenlohn	Wöchentliches Existenzminimum für Familie mit 2 Kindern
1928	42,70	49,00
1929	42,20	49,65
1930	36,95	47,55
1931	30,10	43,85
1932	21,75	39,05

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 105.

77. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (in Prozent)

Jahr	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1928	9,7	5,7
1929	14,6	7,5
1930	22,7	13,8
1931	34,7	19,7
1932	44,4	22,6

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 104.

78. Durchschnittliche Unterstützungssätze für Arbeitslose 1932 (in RM)

Großstädte	16,44
Mittlere Städte	13,36
Kleine Gemeinden	13,14

14 Prozent der Arbeitslosen, vor allem Frauen und Jugendliche, blieben ohne jede staatliche Unterstützung.

79. Mieten und Preise während der Weltwirtschaftskrise (in RM)

Monatsmiete für Zweizimmerwohnung	etwa 25,50
1 Zentner Kartoffeln	3,30 bis 4,60
1 Vierpfundbrot	0,64 bis 0,08
1 Anzug	30,00 bis 75,00
1 Kleid	8,00 bis 20,00

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, S. 821.

[111:]

80. Konkurse in Deutschland

Jahr	Konkurse insgesamt	Davon mangels Masse abgewiesene Konkursanträge
1928	10.595	2475
1929	13.180	3179
1930	15.468	3980
1931	19.254	5518
1932	14.138	5604

81. Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Betriebe nach Betriebsgrößen 1931 und 1932

Größe des Betriebes (in ha)	Zahl der zwangsversteigerten Betriebe	
	1931	1932
unter 2	2164	2530
2-5	943	1320
5-20	1470	1980
20-50	589	689
50-100	249	239
100-200	175	157
200 und mehr	208	145
Insgesamt	5798	7060

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933. S. 105.

[112:]

b) Die Parole vom „Deutschen Sozialismus“ und ihre politische Funktion

„Der marxistische Sozialismus hat die Klassen gegeneinander gehetzt und damit das organische Gefüge des Volkes aufgeweicht. Der nationalistische Sozialismus dagegen schließt die Klassen zusammen und schmiedet damit das Volk zu einer unlösbaren Blutseinheit aneinander.“

Joseph Goebbels am 22.4.1931

„Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führt. Da ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft ... man kann Gift nur durch Gegengift brechen.“
Adolf Hitler am 28.2.1926

82. Aus der Rede Adolf Hitlers vor dem „Hamburger Nationalklub von 1919“ am 28. Februar 1926

Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Da ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus

selbst kämpft. Eine solche Bewegung kann sich nur an die Mannesfaust wenden, die weiß, man kann Gift nur durch Gegengift brechen. [...]

So muß eine Bewegung, die Gutes erreichen will, die zum Kampf ausholen will, sich selbst der Masse bedienen, die Träger sein kann, und das ist nur die breite Masse. Diese breite sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. Mit nichts anderem würden wir dieser Weltpest Herr werden. Sie allein ist in der Lage, das politische Glaubensbekenntnis in sich aufzunehmen und zu verarbeiten, daß aus rein dogmatischer Handhabung ein fanatischer Glaube wird, wie er heute auf der anderen Seite da ist.

Jochmann, S. 105-106.

[113:]

83. Aus dem Artikel „Nationaler Sozialismus?“ von Alfred Rosenberg vom 1. Februar 1927

Ein ähnliches Symbol bedeutet heute bereits für viele Tausende das Wort „Nationalsozialismus“. In ihm, in diesem einen Wort, liegt jene Zusammenschau der großen Probleme unserer Zeit beschlossen, die das Wesen unserer Bewegung ausmacht: des Nationalismus und des Sozialismus. Der Nationalismus gereinigt von formalen und wirtschaftlichen Zufälligkeiten; der Sozialismus, befreit vom Wahn des Internationalismus in jeder Form. [...] Wir sollten diesen Namen als ein Wort, als ein Hauptwort, deshalb möglichst unzerteilt, als Ganzes gebrauchen.

Es wird nun aber in unseren Kreisen oft vom „Nationalen Sozialismus“ gesprochen. [...] Und doch liegt in dem Gebrauch dieser zwei Worte eine Gefahr. Die Gefahr nämlich, daß bei den noch zuwerbenden Deutschen ein anderer Eindruck entstehen kann, als er beabsichtigt worden ist.

Denn im Gebrauch der Fassung „nationaler Sozialismus“ an Stelle von „Nationalsozialismus“ könnte leicht die Anschauung Ausdruck gewinnen, als sei der Sozialismus Hauptsache, das Nationale nur Beiwort, sozusagen Erläuterung des Hauptwortes. Wobei es sich doch in Wirklichkeit genau umgekehrt verhält: Das Ewige, welches wir durch alle wandelbaren Formen erhalten möchten, ist das Volk. Alles, aber auch alles hat der Stärkung jener rassistischen Grundlagen zu dienen, welche die Blüte der Nation gewährleisten. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der Sozialismus – gereinigt vom Marxismus – als ein staatliches Mittel, im Dienste des einzelnen und des ganzen die Volksheit vor privaten, hemmungslosen Gelüsten zu schützen. Dies nicht, um eine abstrakte Idee, die sich „Sozialismus“ nennt, zu verwirklichen, sondern um dem Konkretesten, der Nation, zu dienen. Deshalb muß das Wort „Nation“ auch als Hauptwort, und zwar mit dem „Sozialismus“ verbunden, dastehen, nicht als kleingeschriebene Beigabe.

Wir sind deshalb, genau gesprochen, nicht „nationale Sozialisten“, sondern Nationalsozialisten.

Völkischer Beobachter v. 1.2.1927, zit. nach Tyrell, S. 278-279.

[114:]

84. Aus der Stellungnahme Gregor Strassers zu Alfred Rosenbergs Artikel vom 15. Februar 1927

Und noch eins möchte ich richtigstellen, damit nicht „bei den noch zuwerbenden Deutschen ein anderer Eindruck entstehen kann, als er beabsichtigt ist“: Wir sind keineswegs deshalb Sozialisten, „um eine abstrakte Idee, die sich Sozialismus nennt, zu verwirklichen“, sondern wir sind „Sozialisten“ aus Gerechtigkeitsliebe und aus Liebe zur Nation. Und hier kommen wir zum tiefsten Unterschied zwischen „Sozialismus“ und „Marxismus“ [...] Unser Sozialismus, der wahre Sozialismus, stellt gerade die Nation, die Not- und Brotgemeinschaft in den Mittelpunkt; er lehnt die liberale Doktrin von der individuellen Freiheit, auf der Kapitalismus und als sein Pendant Marxismus ruhen, restlos ab und setzt an deren Stelle die Gebundenheit des Blutes und den Zusammenhang des Volkes. Gerade daraus aber resultiert, daß Sozialist sein muß, glühender, leidenschaftlicher, vor keinem liberalen „Rechtsanspruch“ zurückschreckender Sozialist, wer sein Volk wahrhaft liebt!! Dieser Sozialismus erkennt gar wohl das Wort an, daß „Eigentum die Grundlage aller Kultur ist“, aber gerade deshalb will er den von einem unsittlichen System, das zwangsläufig die Rücksichtslosesten und Gemeinsten nach oben bringt, enterbten und beraubten Massen Eigentum geben, und es ist selbstverständlich, daß dies nicht ohne Rückgabe des vom kapitalistischen System geraubten Volksgutes möglich ist.

Neben dem Eigentum der Nation aber, an dem jeder schaffende Volksgenosse teilhaben soll – und noch viel wichtiger als dies ist die lebendige Anteilnahme an der Leitung und am Gewinn, wodurch allein auch jene „Eingliederung in den Produktionsprozeß“, jene „Beseelung der Arbeit“ ermöglicht werden wird, von der alle volksliebenden Deutschen heute reden und schreiben, ohne daß sie allerdings immer gewillt wären, diese letzte Konsequenz zu ziehen. Das alles ist Sozialismus. [...]

Ich halte es darum nicht nur für nicht gefährlich, sondern im Gegenteil erklärend und: damit „richtig“, vom „nationalen Sozialismus“ zu sprechen [...] Dabei ist allerdings zuzugeben, daß sich beide Begriffe nicht restlos decken, daß aber der „nationale Sozialismus“ so völlig im „Nationalsozialismus“ enthalten ist wie der gesamte antisemitische bzw. völkische Komplex. Und gerade weil in unserer Literatur, in unseren Reden und unseren Veröffentlichungen diese antisemitischen und völkischen Komplexe so stark hervortreten, darum erscheint es mir gerade günstig für die Gesamtbewertung, wenn an anderer Stelle die sozialistischen Komplexe mehr betont werden! Beide, ich halte das für notwendig nochmals zu betonen, sind unter sich weder gegensätzlich, noch decken sie einzeln den Begriff „Nationalsozialismus“, den ich im Gegenteil als den alle diese Komplexe umfassenden und einschließenden empfinde.

„Wir sind deshalb, genau gesprochen, nicht nur ‚nationale Sozialisten‘, sondern auch ‚Antisemiten‘ – mit einem Wort: ‚Nationalsozialisten‘!“

Nationalsozialistische Briefe Nr. 34 v. 15.2.1927, zit. nach: R. Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke 1925-1930*, Meisenheim am Glan 1966, S. 370-377.

85. Aus einem Artikel von Joseph Goebbels vom 22. April 1931

Unser Sozialismus

Die *sozialistische* Seite unserer Programmatik ist seit dem Augenblick, daß die NSDAP ihre *partei-mäßigen* Schranken gesprengt und *allgemeinpolitische* Bedeutung erlangt hat, von den verschiedensten Gruppen vielfachen *Anfeindungen* ausgesetzt worden. [...]

Sozialismus bedeutet nicht *Gleichmacherei*. Er hat weder mit *Pazifismus* noch mit *Internationalität* das geringste zu tun. [...] Der *marxistische* Sozialismus hat die Klassen gegeneinander gehetzt und damit das organische Gefüge des Volkes aufgeweicht. Der *nationalistische* Sozialismus dagegen schließt die Klassen zusammen und schmiedet damit das Volk zu einer *unlösaren Blutseinheit* aneinander.

Das kann er aber nur, wenn er fernab von aller Phraseologie und doktrinären Theorie sich auf die *naturgemäßen Gegebenheiten des Volksdaseins* stützt und auf ihrer Grundlage die *organische Gemeinschaft der Klassen* aufbaut. [...]

Das *Arbeitertum* hat sich in Marsch gesetzt [...] Es gilt heute nur, dem arbeitenden Volk klarzumachen, daß seine Forderungen durch den *Marxismus* nicht nur nicht erreicht, sondern am Ende endgültig unterbunden werden. Wir bekämpfen nicht den *Marxismus*, weil er die Rechte des Arbeitertums *vertritt*, sondern weil wir die Überzeugung gewonnen haben, daß *das Gegenteil der Fall* ist. Die marxistischen Parteien haben dem Sozialismus nicht die Wege geebnet, ihn aber in eine *ausweglose Sackgasse* hineingeführt. [...]

[116:] Dagegen steht der *deutsche Sozialismus* auf. Er verwahrt sich auf das Entschiedenste dagegen, daß die berechtigten Forderungen des deutschen Arbeitertums am Ende in einer öden und ideallosen *Lohntütenromantik* ausmünden. *Es geht um mehr*, und wir erklären feierlich, daß wir nicht gekommen sind, um den Arbeiter mit kleinen *Behelfsmitteln* abzuspeisen, sondern im Gegenteil, um die *Frage der Befreiung des schaffenden Menschen von Grund auf* zu lösen.

Die *kapitalistische Weltanschauung*, die auf dem *Liberalismus* beruht und darauf hinausläuft, dem *Einzelindividuum* auf Kosten der Volksgesamtheit *Freizügigkeit* zu gewähren, ist *geistig* tot und wird eben *machtpolitisch* niedergedrückt. Die *deutsche Zukunft* wird sich nicht mit einem Zustand abfinden dürfen, in dem es möglich ist, daß die *Inhaber der Produktionsmittel* ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Wohlergehen des ganzen Volkstums ihre profitable Wirtschaftspolitik fortsetzen

können. Wenn wir die *Forderung* aufstellen, daß der *gemein e Nutzen dem Eigennutz voranzustehen habe*, so ist das im tiefsten Grunde der Ausdruck einer *deutschen sozialistischen Gesinnung*, die hier zwar *nur eine Parole* aufstellt, aber gewillt ist, dieser Parole *auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens* Geltung zu verschaffen.

Wir deutschen Sozialisten haben es nicht nötig, uns gegen den Anwurf zu verwahren, wir seien Knechte des Kapitals und Hörige des Geldes. *Nicht dem Kapital*, aber dem *Kapitalismus* haben wir den Kampf geschworen. Daß es Bergwerke, daß es Fabriken, Eisenbahnen, daß es Geld und andere Werte gibt, das ist nicht Ursache unseres sozialen Verfalls, vielmehr die Tatsache, daß es, ohne daß der Staat oder die verantwortlichen Parteien dagegen einschreiten, in Deutschland möglich ist, *die Schätze, die Produktionsmittel, das Geld – kurz gesagt, das Kapital zum Schaden und Verhängnis des Volkes zu mißbrauchen*.

Diesen *Mißbrauch* nennen wir *Kapitalismus*, und ihn wollen wir als Idee mit allen ihren macht- und wirtschaftspolitischen Folgen *beseitigen*.

„Der Angriff“ v. 22.4.1931, zit. nach: D. Stegmann, *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XIII, 1973, S. 442-443. (Hervorh. im Original].

[117:]

86. Aus dem Artikel „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“ in den „Deutschen Führerbefehlen“, September 1932

Die Aufgabe, um die es seit den letzten Monaten und auch über die augenblickliche Zuspitzung hinaus geht, ist die Rekonsolidierung des bürgerlichen Regimes in Deutschland. Die jetzige Regierung von Papen bedeutet diese Rekonsolidierung noch nicht [...]

Das Problem der Konsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher oder letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder „Grenzträger“ der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie. [...]

Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, die in Deutschland seit dem Kriege möglich ist, ist die Spaltung der Arbeiterschaft. Jede geschlossene, von unten hervorwachsende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militärischen Gewalt. Auf der gemeinsamen Basis dieser notwendigen Bedingung unterscheiden sich die verschiedenen Systeme der bürgerlichen Konsolidierung nach den zureichenden Bedingungen, die hinzukommen müssen, um den Staat und das Bürgertum bis in breite Schichten der gespaltenen Arbeiterschaft hinein zu verankern.

In der ersten Rekonsolidierungsära des bürgerlichen Nachkriegsregimes, in der Ära von 1923/24 bis 1929/30 war die Spaltung der Arbeiterschaft fundiert durch die lohn- und sozialpolitischen Errungenschaften in die die Sozialdemokratie den revolutionären Ansturm umgemünzt hatte. Diese nämlich funktionierten als eine Art Schleusenmechanismus, durch den der beschäftigte und fest organisierte Teil der Arbeiterschaft im Arbeitsmarktgefälle einen zwar abgestuften, aber dennoch in sich geschlossenen erheblichen Niveauvorteil gegenüber der arbeitslosen und fluktuierenden Masse der unteren Kategorien genoß [...]

[118:] Der Prozeß dieses Übergangs, in dem wir uns augenblicklich befinden, weil die Wirtschaftskrise jene Errungenschaften zwangsläufig zermalmt hat, durchläuft das akute Gefahrenstadium, daß mit dem Fortfall jener Errungenschaften auch der auf ihnen beruhende Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft zu wirken aufhört, mithin die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät und die bürgerliche Herrschaft sich der Grenze des Notstands einer Militärdiktatur

nähert. Der Eintritt in diesen Notstand aber wäre der Eintritt aus einer Phase notleidender Konsolidierung in die der Unheilbarkeit der bürgerlichen Herrschaft. Die Rettung vor diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft, da jener Schleusenmechanismus in ausreichendem Maße nicht wieder aufzurichten geht, auf andere, und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus.

„Deutsche Führerbriefe“ v. 16. u. 20. September 1932, vollständig abgedruckt in: Kursbuch 21, Berlin-West 1970, S. 17-23. (Alfred Sohn-Rethel)

87. Aus dem Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. März 1932¹

Offen gesagt: Uns imponiert am Nationalsozialismus viel eher sein Nationalismus als sein Sozialismus. Hitlers großes Verdienst besteht darin, die nationale Idee in die Köpfe gehämmert zu haben; wäre ihm das nicht gerade bei den Massen gelungen, so hätte seine Bewegung das Ziel verfehlt. Diese Massen aber hat in der Tat vor ihm im Zeichen des nationalen Gedankens niemand auf die Beine gebracht, weil kein politischer Führer die Vorurteilslosigkeit besaß, der marxistischen Verseuchung einen „deutschen“ Sozialismus entgegenzusetzen, der eine überraschende magnetische Wirkung ausübte. Mit keinem anderen Zaubermittel war dieser Erfolg zu erzielen.

DAZ v. 7. März 1932, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 59-60.

[119:] c) Antikapitalistische, antisemitische und antimarxistische Massenagitation

„Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen ... Daher muß eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefaßt werden, so daß in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird.“ Adolf Hitler in „Mein Kampf“

88. Plakat der NSDAP von 1928

Arbeiter und Bauer, in ihrer großen Masse heute noch verführt, und verleitet von volksfremden Hetzern, sind in ihrem tiefsten Kern gesund. Noch werden sie mißbraucht, noch kennen sie ihre wahren Feinde nicht, aber haben sie die einmal erkannt, wird einmal diese ungeheure Summe von Energie und Lebenswillen zusammengeballt und eingesetzt gegen den einzigen und allen gemeinsamen Feind, das internationale Judentum, dann ist der Tag der Freiheit des deutschen Volkes gekommen.

Das Wort Mittelstand hatte einmal Klang und Farbe, das bezeichnete einmal einen Stand, der das Rückgrat des Staates bildete, da war einmal der Inbegriff aller staatsbürgerlichen Tugenden, da bedeutete einst Fleiß, Tüchtigkeit, Rechtlichkeit, Wohlstand, Kraft, ja Lebenskraft, das bedeutet heute Elend, Niedergang, Armut, Feigheit!

[120:] Es kam der Jude und setzte dem deutschen Kaufmann die Warenhäuser vor die Nase, er vernichtete ihm mit der marktschreierischsten Reklame die Existenz, er nahm dem Handwerker das Brot, er zog jedem Gewerbetreibenden den Hals zu [...]

Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 303.

89. Aus einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 3. November 1932

Mittelständler in Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel!

Erinnert euch an die Ereignisse der Revolution von 1918! Vergeßt es nie, wie galizische Juden und ihre Helfershelfer aus dem roten Verbrechen in Deutschland hausten!

Erinnert euch, wie Bäcker- und Metzgerläden u d Lebensmittelgeschäfte geplündert und ausgeraubt wurden!

¹ Die Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ) gehörte einem Besitzerkonsortium aus Vertretern der Eisenindustrie (Albert Vögler/Vereinigte Stahlwerke, Fritz Springorum/Hoesch, Paul Silverberg/Rheinische Braunkohlenwerke, Ernst Brandt/ Bergbaulicher Verein u. Vereinigte Stahlwerke), der Schiffahrt (Wilhelm Cuno/ Hapag) und [119:] einiger Banken (W. Bernhard/Darmstädter- und Nationalbank, später Dresdner Bank). Die Aktien der DAZ waren aufgeteilt im Verhältnis 70:12:18; den Aufsichtsratsvorsitz führte Wilhelm Cuno. – Vgl. zu diesem Abschnitt auch die Dokumente 8, 28, 29, 35, 117.

Erinnert euch, wie die rote bolschewistische Schutzgarde der Juden die Warenhäuser, jüdischen Großfilialbetriebe und schwarz-rot-goldenen Konsumvereine durch Aufstellung von Doppelposten bewachte, während man euch schutzlos ausraubte!

Erinnert euch, wie euch im Jahre 1923 in der Inflation zur Zeit des jüdischen Finanzministers Hilferding die Früchte eures Sparsinns, ja euer ganzes, durch fleißige und unermüdliche Arbeit erworbenes Vermögen geraubt wurden, während Bankjuden und Finanzkapitalisten ihre Gelder im Ausland sicherstellten! [...]

So sehen sie aus, die Errungenschaften des Novembersystems! [...]

Anstatt im Sinne der Reichsverfassung den gewerbetreibenden Mittelstand zu schützen, wurden seine schlimmsten Feinde Warenhaus-Konzerne und Konsum-Vereine mit Reichsmitteln unterstützt und gefördert. [...]

Für die Sanierung der Großbanken, die dem Reich einen Verlust von nahezu 450 Millionen RM einbrachte, wurden immer neue Riesenbeträge verwendet, während der gewerbliche Mittelstand an den Zinsen für die ihm vom Finanzkapital gewährten geringen Kredite verblutet.

Völkischer Beobachter v. 3.11.1932, zit. nach: H. A. Wink/er, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, Anhang.

[121:]

90. Adolf Hitler über die Funktion des Antisemitismus

„Die Propaganda des Antisemitismus ist in allen Ländern das geradezu unentbehrliche Hilfsmittel für die Verbreitung unseres politischen Kampfes. Sie werden sehen, in wie kurzer Zeit wir die Begriffe und Maßstäbe der ganzen Welt einzig und allein mit dem Kampf gegen das Judentum umstürzen werden. Übrigens unterstützen uns die Juden am meisten dabei. Sie mischen sich trotz der für sie gefährlichen Lage immer in die Reihen der Ordnungsfeinde und Aufwiegler, sofern sie arm sind, und sie sind die weithin sichtbaren Inhaber der Riesenvermögen, die man beneidet. So ist es ein leichtes, dem Kampf gegen das Judentum überall durch populäre und sinnfällige Beispiele aus der nächsten Umgebung seine handgreifliche Berechtigung nachzuweisen. Ist aber erst einmal dem Grundsatz der Rasse durch die besondere Bloßstellung der Juden Einlaß verschafft, dann folgt alles andere sehr schnell. Schritt für Schritt ist man dann gezwungen, die politische und wirtschaftliche Ordnung abzutragen und sich den neuen Ideen der biologischen Politik zu nähern.“ [...]

Das sei alles erst der Anfang eines erbarmungslosen Kampfes um die Weltherrschaft. „Denn nur zwischen uns beiden wird der Kampf um die Weltherrschaft ausgefochten, zwischen Deutschen und Juden. Alles andere ist trügerischer Schein. Hinter England steckt Israel, hinter Frankreich, und hinter USA. Auch wenn wir den Juden aus Deutschland vertrieben haben, bleibt er immer noch unser Weltfeind.“

Ich fragte, ob das etwa bedeute, daß der Jude überhaupt vernichtet werden solle.

„Nein“, erwiderte Hitler. „Dann müßten wir ihn erfinden. Man braucht einen sichtbaren Feind, nicht bloß einen unsichtbaren.“

Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Wien 1973, S. 222-223.

91. Aus einem Aufruf Adolf Hitlers vom 16. Februar 1932 „Die deutsche Ernte 1932 in Gefahr“

Voraussetzung für die Unabhängigkeit des deutschen Staates ist die Möglichkeit, das deutsche Volk aus der deutschen Scholle ernähren zu können. Eine intakte deutsche Landwirtschaft und Gärtnerei sind [122:] in der Lage, die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten.

Das herrschende System hat die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Gartenbau rettungslos dem Verfall preisgegeben. Überschuldet und seelisch verzweifelt, weiß der deutsche Landwirt und Gärtner heute nicht mehr, woher er die Mittel zur Durchführung der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung nehmen soll; weitgehende Einschränkung bei der Aussaat wird bereits erwogen. So entsteht

die Gefahr, daß wir 1932 eine unzureichende Ernte haben werden, und daß damit die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln unterbunden sein wird. [...]

Deutsche Volksgenossen, deutsche Landwirte und Gärtner! [...] es ist eure vaterländische Pflicht, eine Erntekatastrophe zu verhindern.

Daher rufe ich alle Deutschen auf, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. [...]

Ich erkläre für die nationalsozialistische Bewegung, daß eine kommende nationalsozialistische Regierung alle Maßnahmen auch nach der Ernte ganz besonders schützen wird, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen werden um die Frühjahrsbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung wird außerdem eine Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem Tage der Bankenkatastrophe vom 13. Juli 1931 vorgenommen worden sind. [...] Der Nationalsozialismus stellt die Lebensgesetze des Volkes höher als die Interessen des internationalen Finanzkapitals, welche zur Vernichtung aller naturgemäßen Grundlagen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geführt haben.

Ich erwarte von jedem Parteigenossen und Deutschbewußten, insbesondere aber von jedem deutschen Bauern und Gärtner, daß er im Hinblick auf die Sicherung der gefährdeten Ernte jetzt seine Pflicht tut.

M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Bd. 1, Würzburg 1962, S. 93-94.

[123:]

92. Aus einer Rede Adolf Hitlers im Juli 1932¹

Die große Zeit der Entscheidung ist nunmehr gekommen. Über 13 Jahre hat das Schicksal den heutigen Machthabern zu ihrer Erprobung und Bewährung zugemessen. [...]

Sie wollten einst Deutschland für die Zukunft besser regieren als in der Vergangenheit [...] Der deutsche Bauer verelendet, der Mittelstand ruiniert, die sozialen Hoffnungen vieler Millionen Menschen vernichtet, ein Drittel aller im Erwerbsleben stehenden deutschen Männer und Frauen ohne Arbeit und damit ohne Verdienst, das Reich, die Kommunen und Länder überschuldet, sämtliche Finanzen in Unordnung und alle Kassen leer!

Was hätten sie überhaupt noch mehr zerstören können? Das Schlimmste aber ist die Vernichtung des Vertrauens in unserem Volk, die Beseitigung aller Hoffnungen und aller Zuversicht. [...]

Nun, nach 13 Jahren, da sie alles in Deutschland vernichteten, ist endlich die Zeit ihrer eigenen Beseitigung gekommen. Ob die heutigen parlamentarischen Parteien leben, ist nicht wichtig, aber notwendig ist es, daß verhindert wird, daß die deutsche Nation vollkommen zugrunde geht.

Die Überwindung dieser Parteien aber ist deshalb Pflicht, weil sie, um selber zu leben, die Nation immer wieder zerreißen müssen.

Jahrelang haben sie dem deutschen Arbeiter eingeredet, daß *er allein* sich retten könnte. Jahrelang dem Bauer vorgemacht, daß nur *seine* Organisation ihm helfen würde.

Der Mittelstand sollte durch Mittelstandsparteien und die Wirtschaft durch Wirtschaftsparteien dem Verderben entrissen werden. [...] Diese Versuche aber, die Nation in Klassen, Stände, Berufe und Konfessionen zu zerfegen [...] sind heute endgültig gescheitert. [...]

Am Tage der Begründung unserer nationalsozialistischen Bewegung beherrschte uns schon die Überzeugung, daß das Schicksal des deutschen Menschen unzertrennlich verbunden ist mit dem Schicksal der gesamten Nation. [...]

Am Tage der Begründung der nationalsozialistischen Bewegung waren wir uns längst darüber klar, daß nicht das Proletariat der Sieger über das Bürgertum sein wird, und nicht das Bürgertum der Sieger

¹ Diese für das Jahr 1932 typische Rede wurde mit dem Titel „Appell an die Nation“ auf Schallplatte gepreßt.

über das Proletariat, sondern daß dann die internationale Hochfinanz am Ende ausschließlicher Sieger über beide werden muß. [...]

[124:] Vor 13 Jahren wurden wir Nationalsozialisten verspottet und verhöhnt – heute ist unseren Gegnern das Lachen vergangen.

Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen ist entstanden, die langsam die Vorurteile des Klassenwahnsinns und des Standesdünkels überwinden wird. Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen, die entschlossen ist, den Kampf für die Erhaltung unserer Rasse aufzunehmen [...]

In diesem Gefühl unzertrennlicher Verbundenheit ist die gegenseitige Achtung gewachsen [...]

Domarus, S. 115-117.

93. *Aus dem Schreiben Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 29. August 1932 mit dem Rat, kein detailliertes Wirtschaftsprogramm aufzustellen*

Sie wissen, daß ich Ihnen keinerlei taktische Ratschläge geben will, nachdem ich Ihre Überlegenheit darin restlos anerkenne. Aber vielleicht darf ich als Wirtschaftler eines sagen: Bringen Sie möglichst kein detailliertes Wirtschaftsprogramm. Es gibt kein solches, worüber sich 14 Millionen einigen könnten. Wirtschaftspolitik ist keine Partei bildende Kraft sondern sammelt bestenfalls Interessenten. Überdies schwanken Wirtschaftsmaßnahmen nach Zeit und Umständen. Es kommt allein darauf an, aus welchem Geiste sie geboren werden. Diesen Geist lassen Sie maßgebend sein.

Dok. EC-457, IMG, Bd. XXXVI, S. 536-537.

94. *Aus dem Brief eines unbekannten Verfassers, wahrscheinlich des Syndikus der Hannoverschen Industrie, an den Geschäftsführer des Langnamvereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Max Schlenker (Anlage eines Briefes Schlenkers an Paul Reusch vom 7. Januar 1932)*

[...] immerhin geht davon so viel Faszinierendes aus, daß selbst unsereiner im gereiften Alter sich nicht ganz dem Eindruck entziehen kann. Soviel konnte ich aus der gestrigen Rede herauslesen, daß [125:] unter dem „Sozialismus“ der Nationalsozialisten ein anderer gemeint ist als der, den wir gemeinhin als solchen bezeichnen. Aber ausgesprochen hat Dr. Haupt¹ dies natürlich nicht; denn es ist wohl oberstes Gesetz bei den Nationalsozialisten, den Begriff „Sozialismus“ je stehen zu lassen und ihn nicht mit irgendwelchen anderen Inhalten auszufüllen, um die Einwirkung auf die Arbeitermassen nicht zu vermindern. Theoretisch ließe es sich schon unter den Nationalsozialisten leben, vorausgesetzt, daß sie, was ich nicht glaube, ausschließlich einmal Deutschland beherrschen werden. Jedenfalls kann ich Ihnen Herrn Dr. Haupt sehr empfehlen, falls Sie wieder einmal die Absicht haben sollten, sich mit Nationalsozialisten auszusprechen.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 221/11, zit. nach: Stegmann, Großindustrie, S. 449.

95. *Aus dem Schreiben des Aufsichtsratsmitglieds der Fried. Krupp AG, Tilo Frhr. von Wilmowsky an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, vom 27. Juni 1932*

Wir haben dort Herrn Walter Funk, früher bei der Börsen-Zeitung, jetzt, wie er angab, erster wirtschaftlicher Berater des Herrn Hitler [...] sprechen lassen. Es war das alte Lied: soweit er überhaupt positive Ziele irgendwie formulierte, konnte man sich nur in jeder Hinsicht mit ihm einverstanden erklären; ich habe betont, daß diese Ziele sich ja völlig mit den von der gesamten Wirtschaft seit Jahren geforderten Maßnahmen deckten. In der Praxis entfernte sich indes die Haltung der NSDAP immer mehr von diesen Bestrebungen [...] Herr Funk gab dies in vollem Umfange zu, entschuldigte es mit der Notwendigkeit der Agitation und stellte sich für die Wirtschaft als Mittelsmann zur Verfügung. Ich persönlich habe nicht den geringsten Anstand, diese Vermittlung zu benutzen, worüber übrigens bei den maßgebenden Leuten des Wirtschaftsverbandes völlige Einigkeit herrscht.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 290/39, zit. nach: Stegmann, Großindustrie, S. 445-446.

Vgl. hierzu auch die Dokumente 101-103.

¹ Dr. Joachim Haupt, seit 1931 Leiter der Organisationsabteilung II in der Gauleitung Hannover.

[126:]

96. Menschenverachtung als oberstes Gebot faschistischer Propaganda

Die Psyche der breiten Masse ist nicht empfänglich für alles Halbe und Schwache. Gleich dem Weibe, dessen seelisches Empfinden weniger durch Gründe abstrakter Vernunft bestimmt wird als durch solche einer undefinierbaren, gefühlsmäßigen Sehnsucht nach ergänzender Kraft, und das sich deshalb lieber dem Starken beugt als den Schwächling beherrscht, liebt auch die Masse mehr den Herrscher als den Bittenden und fühlt sich im Innern mehr befriedigt durch eine Lehre, die keine andere neben sich duldet, als durch die Genehmigung liberaler Freiheit [...] Die Unverschämtheit ihrer geistigen Terrorisierung kommt ihr ebensowenig zum Bewußtsein wie die empörende Mißhandlung ihrer menschlichen Freiheit, ahnt sie doch den inneren Irrsinn der ganzen Lehre in keiner Weise. So sieht sie nur die rücksichtslose Kraft und Brutalität ihrer zielbewußten Äußerungen, der sie sich endlich immer beugt ...

Nicht minder verständlich wurde mir die Bedeutung des körperlichen Terrors dem einzelnen, der Masse gegenüber [...] Der Terror auf der Arbeitsstätte, in der Fabrik, im Versammlungslokal und anlässlich der Massenkundgebung wird immer von Erfolg begleitet sein [...]

Hitler, S. 44-46.

Propaganda ist jedoch nicht dazu da, blasierten Herrchen laufend interessante Abwechslung zu verschaffen, sondern zu überzeugen, und zwar die Masse zu überzeugen. Diese aber braucht in ihrer Schwerfälligkeit immer eine bestimmte Zeit, ehe sie auch nur von einer Sache Kenntnis zu nehmen bereit ist, und nur einer tausendfachen Wiederholung einfachster Begriffe wird sie endlich ihr Gedächtnis schenken. Jede Abwechslung darf nie den Inhalt des durch die Propaganda zu Bringenden verändern, sondern muß stets zum Schlusse das gleiche besagen. So muß das Schlagwort wohl von verschiedenen Seiten aus beleuchtet werden, allein das Ende jeder Betrachtung hat immer von neuem beim Schlagwort selber zu liegen. Nur so kann und wird die Propaganda einheitlich und geschlossen wirken.

ebd., S. 200 u. 203.

[127:] Was für ein Glück für die Regierenden, daß die Menschen nicht denken! Denken gibt es nur in der Erteilung oder im Vollzug eines Befehls. Wäre es anders, so könnte die menschliche Gesellschaft nicht bestehen.

H. Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Bann 1951, S. 198.

Der Mensch ist von Geburt aus schlecht. Man bändigt ihn nur mit Gewalt. Um ihn zu leiten, sind alle Mittel zulässig. Man muß auch lügen, verraten, ja sogar morden können, wenn es die Politik erfordert.

O. Strasser, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 101.

Überhaupt besteht die Kunst aller wahrhaft großen Volksverführer zu allen Zeiten in erster Linie mit darin, die Aufmerksamkeit eines Volkes nicht zu zersplittern, sondern immer auf einen einzigen Gegner zu konzentrieren. Je einheitlicher dieser Einsatz des Kampfwillens eines Volkes stattfindet, um so größer wird die magnetische Anziehungskraft einer Bewegung sein, und um so gewaltiger die Wucht des Stoßes. Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schwächlichen und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Rechte führt. [...]

Daher muß eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefaßt werden, so daß in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird. Dies stärkt den Glauben an das eigene Recht und steigert die Erbitterung gegen den Angreifer auf dasselbe.

Hitler, S. 129.

[128:]

d. Soziale Zusammensetzung der NSDAP

97. Berufliche Gliederung der 73 Gauleiter der NSDAP 1925-1932/33

abgeschlossenes Hochschulstudium	18	
davon in freien Berufen		9
Schul- und Hochschuldienst		4
Beamte (höhere)		1
Angestellte		4
Lehrer (Volks-, Handelsschulen)	13	
Studenten	3	
ehemalige Berufsoffiziere	3	
ehern. Berufssoldat (ohne näh. Ang.)	1	
Beamte (ohne höhere)	7	
Kaufleute (selbständig u. ohne näh. Ang.)	11	
Angestellte (kaufm. u. Verw.)	10	
Journalisten	3	
Gutsbesitzer	1	
Matrose/Schlossler	1	
Arbeiter	2	
		73

Nach: Tyrell, S. 371-372.

98. Aufschlüsselung der Reichstagsmandate der NSDAP von 1930 nach Berufsgruppen

Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Kaufleute	33
höhere und mittlere Beamte	31
Rechtsanwälte, Ärzte, freie Berufe	19
pensionierte Offiziere	9
Angestellte	8
Arbeiter	7

Nach: Faschismus. Renzo Vespignani, hrsg. v. der neuen Gesellschaft für bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg, Berlin (West) 1976, S. 60.

[129:]

99. Vergleich der Sozialgliederung der NSDAP und der Gesellschaft 1930

Berufsgruppe	NSDAP	Gesellschaft	Gesellschaft = 100
Arbeiter	28,1	45,9	61,2
Angestellte	25,6	12,0	213,5
Selbständige	20,7	9,0	230,0
Beamte	8,3	5,1	162,7
Beamte	6,6	4,2	157,1
Lehrer	1,7	0,9	188,8
Bauern	14,0	10,6	132,0
Sonstige (m-Personen)	3,3	17,4	18,9
	100,0	100,0	

100. Sozialstruktur der NSDAP 1930 und 1933

Berufsgruppe	1930	1933	1930 = 100
Arbeiter	26,3	32,5	123,6
Angestellte	24,4	20,6	84,4
Selbständige	18,9	17,3	91,5
Beamte	7,7	6,5	84,4
Bauern	13,2	12,5	94,7
Sonstige	3,4	3,7	108,9
Rentner	1,9	1,6	84,3
Hausfrauen	3,6	4,1	114,0
Studenten	1,0	1,2	120,0

Nach: W. Hofer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957, S. 23.

[130:]

3. Wirtschaftspolitische Programmatik der NSDAP und Abstimmung mit den Interessen des Großkapitals

„Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt ...“
Hjalmar Schacht am 12.4.1932

101. Aus dem Schreiben des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke, Albert Vögler, an den Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Jacob Herle, von Ende Juni 1930 über die Broschüre Hans Reupkes: „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“

Man hat mir nach hier „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ nachgesandt. Ich muß sagen, daß ich selten ein Buch mit solchem Interesse gelesen habe, wie dieses. Die Arbeit, die Herr Dr. Reupke geleistet hat, ist ganz ausgezeichnet. Wir sollten im Präsidium [des Reichsverbandes der Deutschen Industrie] einmal eine Sitzung ansetzen und uns von Reupke noch einmal kurz die wesentlichsten Sachen vortragen lassen, denn ich fürchte, die wenigsten der Herren nehmen sich die Zeit die Abhandlung durchzulesen. Ich möchte vor allem die Schlußfolgerungen durchaus unterstreichen.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 2024/7, zit. nach: D. Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt/M. 1976, S. 76.

102. Aus der Denkschrift des Leiters der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Gutehoffnungshütte Oberhausen, Scherer, für Generaldirektor Paul Reusch, vom 12. Juli 1930 über Reupkes Broschüre

Vor allem hebt Reupke das Gefährliche hervor, das *an sich*, d. h. wenn nicht – wie heute in Italien – eine überlegene und feste Hand derartige Tendenzen dauernd scharf am Zaum behält, in den starken Eingriffen der Staatsleitung in die Wirtschaft liegt. Aber wie sich in Italien das System bis heute praktisch präsentiert, ist es im ganzen [131:] so, daß der Faschismus sich bemüht, dem Privatkapitalismus eine festere Grundlage zu geben, als sie im vorfaschistischen Italien bestand. Auf dieses Ziel wirkt der Faschismus vor allem dadurch hin, daß er den Klassenkampf scharf bekämpft, die Gemeinwirtschaft im Sinne eigener und unmittelbarer wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand ablehnt und die Leitung des eigentlichen Produktionsprozesses unbedingt dem privaten Unternehmer zuerkennt. Und diesem Versuch, die Privatwirtschaft unter vorsichtiger Benutzung „korporativ- und planwirtschaftlicher Ideen“ noch auf „einige Jahrhunderte“ ... zu sichern, muß auch die deutsche Wirtschaft höchste Bedeutung zugestehen.

[...] Ertragen ließe sich ein derartiges System *vielleicht*, wenn eine starke und geschlossene politische Gewalt über allem stände, die – wie Mussolini – in allen ihren Anordnungen [...] die Stärke der nationalen Erzeugung erstrebte, die gleichzeitig als wichtigste Voraussetzung für das Gedeihen der ganzen nationalen Wirtschaft [...] die private Initiative des Unternehmers ansähe und schließlich und vor allem auch mächtig genug wäre, diese Unternehmer-Initiative gegen alle Angriffe des Sozialismus wirksam zu schützen. [...] Für Deutschland würde man daher bei der Vorstellung einer „organischen“ Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems nicht an ein ausgebautes System des „Staatsinterventionismus“, sondern mehr an eine Entwicklung denken müssen, die [...] auf eine fortschreitende *Selbstverwaltung der Wirtschaft* besonders auf dem Gebiet der gesamten Sozialpolitik einschließlich Arbeitsgesetzgebung und Lohn-Schiedsgerichtsbarkeit hinausliefe.

Im ganzen kann man also auch den „Schlußfolgerungen“ des Verfassers durchaus zustimmen.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 127/2. zit. nach: Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 76-77. (Hervorh. im Original)

103. Auszug aus einem Sonderabdruck in der „Wirtschafts-Zeitung“ vom 13. Februar 1931 zu Reupkes Schrift: „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“

Es ist ein langer Weg von dem ersten nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm des Jahres 1920 bis zu dem Programm, das der Berliner Rechtsanwalt Hans Reupke in seiner Schrift „Der National- [132:]sozialismus und die Wirtschaft“ darstellt und kritisch würdigt. [...]

Einzelne Punkte des alten Programms von 1920 werden von Reupke auf Grund von späteren Erklärungen und Reden der berufenen Vertreter der Partei stark umgeformt. Zu nennen ist die Anerkennung des *Privateigentums*, die auch ausdrücklich von Hitler und von der Partei bestätigt worden sei. Auch hier soll der allgemeine Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ Geltung haben. Anerkannt wird ferner die *Privatinitiative*, wobei die Unternehmerpersönlichkeit als Treuhänder der Gesamtheit, als Ausdruck des „aristokratischen Prinzips“ in der Wirtschaft hervorgehoben wird. Ausdrücklich abgelehnt wird an einer Stelle des Buches die *Sozialisierung* in der ursprünglich gedachten Form, während allerdings an anderer Stelle bei den Trägern des Leihkapitals, also bei den Banken, ein solcher Schritt von der Partei selbst noch in Betracht gezogen wird. Abgelehnt werden ferner *Kollektivwirtschaft* und *zentral geleitete Planwirtschaft*.

Mit der „*Brechung der Zinsknechtschaft*“ in dieser extremen Form braucht man sich nach der Auffassung von Reupke nicht mehr zu befassen. Die antikapitalistische Parole des Nationalsozialismus habe sich heute in eine antimaterialistische verwandelt. [...] Die ursprüngliche „*Gewinnbeteiligung an Großbetrieben*“ ist dahin geändert, daß an einer ertragreichen Wirtschaft die Allgemeinheit durch Preissenkung teilnehmen müsse. Die „*Verstaatlichung aller bisher vergesellschafteten Betriebe (Trusts)*“ wird von Reupke selbst offenbar verworfen, denn er warnt vor Zwangsverwaltungen, die ebenso wie öffentliche Betriebe keineswegs vorbildliche Geschäftsführungen seien. Die Forderung verträgt sich auch schlecht mit der sonst so stark betonten Hervorhebung der Unternehmerpersönlichkeit. Gegen einen weiteren Punkt des Programms, nämlich die allgemeine *Altersversicherung*, macht Reupke die Warnung des Faschismus vor einer Überspannung des Fürsorgeprinzips geltend. [...]

Nach Reupke wird die große tragende Idee sich nach und nach in geläuterter Form durchsetzen. Dabei schwebt der wesentliche Gedankengang vor, der den Klassenkampf verwirft und Arbeitnehmer wie Unternehmer als Träger der Produktion in Schicksalsverbundenheit darstellt.

Wirtschafts-Zeitung (Sonderabdruck) vom 13.2.1931, 3. Beiblatt, Nr. 74, Berliner Lokalanzeiger. (Hervorh. im Original)
[133:]

104. Aus einem Artikel in den „*Deutschen Führerbriefen*“ vom 6. Februar 1931

Die Vorträge Hitlers vor maßgebenden Industrie- und Landwirtschaftskreisen sowie Fricks¹ Vortrag in Düsseldorf haben der Bewegung mancherlei Sympathien, wenn auch noch lange nicht allgemein, verschafft, ohne daß man jedoch im klaren darüber ist, wie die Partei ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele zu verwirklichen gedenkt.

Wirtschaftspolitisch befindet man sich im Stadium der Klärung und Präzisierung der Grundanschauungen. Eine kleine Kommission unter dem Vorsitz von Adolf Hitler, der auch der zwar sachte in den Hintergrund geschobene, keineswegs aber mit Schimpf und Schande davongejagte Feder angehört, ist gerade dabei, die wirtschaftlichen Grundsätze der Partei durchzuarbeiten. Nach unseren Informationen werden diese Arbeiten in einem Manifest² von Hitler ihren Niederschlag finden. [...] Der wirtschaftspolitische Reichsleiter der NSDAP, Major a. D. Dr. h. c. Wagener,³ (München) [...] war übrigens nach Quittierung des Militärdienstes Direktionsassistent und Vorstand einer großen Fabrik der Metallindustrie, ferner Vorstand eines metallindustriellen und eines anderen Industrieverbandes, endlich zeitweise Vorstand einer Sektion in der Berufsgenossenschaft und eines Krankenkassenschutzverbandes. [...]

Außenpolitisch ist in führenden nationalsozialistischen Kreisen in mancher Beziehung eine gewisse Ernüchterung festzustellen. Man will in erster Linie mitteleuropäische Raumpolitik treiben, scheut eine Katastrophenpolitik im Osten und starrt durchaus nicht mehr gebannt nach Italien, dessen Freundschaft unter realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet wird.

Deutsche Führerbriefe v. 6.2.1931, zit. nach: Stegmann, Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 446-448.

¹ Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, nach 1933 Innenminister.

² Dieses Manifest erschien auf Druck der Industrie nie.

³ Otto Wilhelm Wagener, ehemaliger Stabschef der Deutschen Legion im Baltikum, 1929/30 Stabschef der SA, 1931 wirtschaftspolitischer Reichsleiter in der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP.

[134:]

105. Aus dem Schreiben des Vorstandsvorsitzenden des AEG-Konzerns, Hermann Bücher, an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, vom 24. Juni 1931

Die Unterhaltung, die ich mit Ihnen und Herrn Springorum hatte, habe ich mir noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich bin von Ihrer beider Stellungnahme zu der berührten Frage nicht überzeugt worden. Diese Partei muß, da sie aus den mit den gegenwärtigen Zeitumständen unzufriedenen Elementen zusammengesetzt ist, sobald sie zum praktischen Handeln kommt, sich zwangsläufig nach der kommunistischen Seite hin entwickeln, denn nur durch eine Homogenisierung der Lebensbedingungen aller kann die Unzufriedenheit dieser Volkskreise aus sich heraus behoben werden, d. h. aber Kommunismus. Ich bin also ein Gegner des Abwartens und bin auch heute noch der Überzeugung, daß man nur über die Leitung dieser Partei einen Einfluß auf die Gestaltung der Politik gewinnen könnte.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 290/5, zit. nach: Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 79-80.

106. Aus dem Schreiben des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte. Paul Reusch, vom 18. März 1932

Das Wahlresultat vom 13. März¹ wird Sie nicht darüber täuschen, daß die politische Rechtsentwicklung in Deutschland unaufhaltsam fortschreitet und daß die nationalsozialistische Partei bei einer solchen Rechtsentwicklung nicht zu umgehen sein wird. Unser aller Sorge ist dabei die Frage der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Ich habe mich bisher diesem Problem nicht besonders zugewandt, halte es aber doch für notwendig, daß von ernster wirtschaftlicher Seite etwas geschieht, um Unfug zu verhüten. Die Hoffnung, daß Herr Hugenberg einen entsprechenden Einfluß bei den Nazis gewinnt, ist nach der neueren Entwicklung wohl sehr zweifelhaft geworden.

Mir ist deshalb die Idee gekommen, ob nicht von anderer Seite der Versuch unternommen werden sollte, die nationalsozialistischen Wirtschaftsideen im vernünftigen Sinne zu beeinflussen. Kurz gesagt geht mein Vorschlag dahin: Ich möchte auf zunächst etwa [135:] zwei Jahre einen finanz- und wirtschaftspolitisch außerordentlich versierten und von mir erprobten Herrn² einspannen, um durch ihn die Verbindung mit den wirtschaftspolitischen Organisationen Hitlers aufzunehmen und die Probleme mit den Herren so durchzuarbeiten und zu formen, daß daraus sich ein wirtschaftspolitisches Programm für die Nationalsozialistische Partei ergeben kann, welches Industrie und Handel mitmachen können³.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 290/33 a. zit. nach: Stegmann, Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 450-451.

107. Aus dem Schreiben Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 12. April 1932 mit der Ankündigung der Einrichtung einer „Arbeitsstelle“ der Wirtschaft zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus

Nachdem Sie die zweite Schlacht⁴ ruhmvoll geschlagen, erlaube ich mir auf unsere letzte Unterredung zurückzukommen. Wenn es mir auch diesmal noch nicht gelungen ist, die großmächtigen Herren im Westen zum offenen Eintreten für Sie zu veranlassen, so konnte ich doch sehr viel Sympathie konstatieren. Zwei Bedenken finde ich immer wieder vorherrschend: Das eine ist die Furcht, sich mit der Regierung anzulegen, auf deren Wohlwollen man unter Umständen angewiesen ist, und das zweite ist die Unklarheit über das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus. Bezüglich des letzteren Punktes nun habe ich insofern Erfolg gehabt, als eine Reihe von Herren sich bereit erklärt haben, gemeinsam mit mir eine Stelle zu finanzieren, die die wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus auf die Möglichkeit hin studieren sollen, sie mit dem Gedeihen privater Wirtschaft in Einklang zu bringen. Der bloße Kampf gegen das Wort Sozialismus, wie ihn Herr Hugenberg

¹ 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl

² Diese Aufgabe übernahm Dr. Karl Krämer, Mitarbeiter des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes

³ Reusch stimmte ebenso wie andere Großindustrielle dem Vorschlag Schachts zu und beteiligte sich an der Finanzierung dieser Arbeitsstelle.

⁴ 2. Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl.

neuerdings betreibt, ist ja reichlich einfältig. Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus [136:] und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt, da der Gegensatz nicht Sozialismus und Kapitalismus lauten kann, sondern nur Individualismus und Kollektivismus. Der angebliche Gegensatz zwischen Individualismus und Sozialismus muß durch die höhere Forderung des Gesamtwohls, an dem jeder nach Kräften mitzuarbeiten hat, überbrückt werden.

Ich habe mich im Einverständnis mit meinen westlichen Freunden bereit erklärt, die geistige Aufsicht über die Arbeiten der geplanten Stelle zu übernehmen.

F. Klein, Neue Dokumente zur Rolle Schachts bei der Vorbereitung der Hitlerdiktatur, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5 (1957) S. 821.

108. Aus der eidesstattlichen Erklärung von Wilhelm Keppler, wirtschaftspolitischer Berater Hitlers, vom 24. September 1946 über Gründung, Zweck und Mitglieder des „Keppler-Kreises“

1. Der Freundeskreis, zunächst „Freundeskreis Keppler“ und später „Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler“ genannt, war ein Kreis leitender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, die ich selbst auf Veranlassung des Führers zusammengebracht hatte.

2. Während einer Unterhaltung, die ich mit dem Führer im Dezember 1931 hatte, brachte der Führer diesen Wunsch zum Ausdruck. Der Führer sagte: „Schauen Sie, daß Sie ein paar Wirtschaftsführer bekommen – es brauchen keine Parteigenossen zu sein – die uns zur Verfügung stehen, wenn wir an die Macht kommen.“ Der Führer wollte Experten haben, die sich in der praktischen Wirtschaft bewährt hatten.

3. Soweit ich mich erinnere, nannte der Führer keine Namen außer Schacht und vielleicht Vögler und überließ mir die Auswahl. Ich selbst sprach die Mitglieder des Freundeskreises meist in Zusammenhang mit den Reisen an, die ich unternahm. Durch Kranefuß¹, der einen großen Bekanntenkreis hatte, bekam ich Kontakt zu seinen Bekannten. [...]

[137:]

5. Der Zweck des Freundeskreises war, über die Pläne der nationalsozialistischen Führung für die deutsche Volkswirtschaft zu beraten.

6. Im Mai 1932, nachdem ich mich mit den Herren des Freundeskreises mehrmals getroffen hatte, fragte ich den Führer, ob er die Herren nicht einmal empfangen könne. Daraufhin empfing der Führer die Herren am 18. Mai 1932 im kleinen Saal des Hotels Kaiserhof. Soweit ich mich erinnere, waren alle Herren, die zu dieser Zeit Mitglieder des Freundeskreises waren, anwesend.

7. Der Führer hielt eine kurze Rede und enthüllte darin unter anderem als Punkte seines Programms die Abschaffung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Keiner erhob irgendeinen Einwand.

8. Diese Punkte des Programms des Führers fanden die vollste Übereinstimmung der Mitglieder des Freundeskreises, aber sie drückten ihre Besorgnis aus, daß es ihm nicht gelingen werde, diese hervorragenden Ideen in die Tat umzusetzen.

9. 1932 und 1933 traf ich häufig mit den Herren des Freundeskreises zusammen. Wir berieten über die Finanzen, Wirtschaftsfragen und die Währung [...] Die Mitglieder des Freundeskreises waren immer sehr froh, zu den Treffen kommen zu können².

¹ Fritz Kranefuß, ehemaliger Mitarbeiter Keplers in den chemischen Odin-Werken/Eberbach, Mitglied der SS, fungierte als Sekretär des Freundeskreises.

² 1932 gehörten dem Keppler-Kreis an: die Bankiers Kurt. von Schröder (Kölner Bankhaus Stein), Emil Meyer (Dresdner Bank), Fritz Reinhart (Commerzbank); die Schwerindustriellen Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Otto Steinbrinck (Flick) und Ewald Hecker (Ilseder Hütte/Verband Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Deutscher Industrie- und Handelstag); von der Kali-Industrie August Rosterg (Wintershall) und Heinrich Schmidt (Rechtsberater beim Kalisyndikat); von der Landwirtschaft Graf von Bismarck; von der Elektroindustrie Rudolf

Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946-April 1949 (zit.: NMT). Bd. VI, Washington 1952, S. 285-287, Dok. NI-903. (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

[138:]

109. Aus dem Schreiben des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, an den Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Jacob Herle, vom 22. September 1932 zum „Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP“¹

Sie haben in Ihrer Kritik an dem Sofortprogramm der NSDAP wohl fast alles berührt, was grundsätzlich zu diesem verschrobenen Programm zu sagen ist. [...]

Ich habe, nachdem ich das Programm in die Hände bekam, mich durch einen Mittelsmann an Herrn Hitler gewendet. Dieser Mittelsmann schrieb mir vor kurzem wie folgt²:

„Hitler teilte mir mit, daß er das berüchtigte Heft 16 habe einstampfen lassen. Es wird also gar nicht mehr verbreitet. Ich habe wiederum den beruhigenden Eindruck aus der Unterhaltung mitgenommen, daß er seine Bewegung nach wie vor in der Hand hat, und zweitens, daß er keinen wirtschaftlichen Unsinn machen wird.“

Den Namen dieses Mittelsmannes werde ich Ihnen gelegentlich mündlich bekanntgeben. Ich bitte um Mitteilung, ob Sie unter den vorliegenden Umständen den angeregten Gedankenaustausch zwischen Industrie und NSDAP noch weiter verfolgen wollen. Soweit ich unterrichtet bin, ist übrigens Herr Dr. v. Renteln von der NSDAP kaltgestellt worden.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 127/3, zit. nach: Stegmann, Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 466-467.

110. Aus der Broschüre der IG-Farben „25 Jahre bei den Leuna-Werken“ (1943) über die Entwicklung von synthetischem Benzin und das Treffen zwischen den Konzernmanagern Bütetisch und Gattineau mit Adolf Hitler im Sommer 1932

Die Männer, die Leuna-Benzin zwischen 1926 und 1932 entwickelt hatten, handelten, als ob jemand hinter ihnen stände und sie zu größter Eile antriebe. [...] Geheimrat Bosch und Direktor Krauch [139:] schienen wie von einer inneren Ruhelosigkeit besessen. [...] Wir wissen nun, daß diese Hast unter historischen Gesichtspunkten notwendig war. [...]

Ökonomische Überlegungen jedoch waren nicht die allein entscheidenden Faktoren zu dieser Zeit. Im Sommer 1932 herrschte eine große politische Spannung. [...] Daher schien die Zukunft des deutschen Benzins immer noch sehr ungewiß. [...]

In dieser schwierigen Situation entschloß sich Direktor Dr. Bütetisch, die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung zur Frage des deutschen Benzins zu klären [...] Durch Dr. Gattineau bat er beim persönlichen Stab des Führers um einen Termin für eine Diskussion, die ihm bewilligt wurde. [...] Er [Bütetisch] berichtet darüber: „[...] Dann beschrieb der Führer die ökonomischen Ziele klar und überzeugend. Er sagte: ‚Heutzutage ist eine Wirtschaft ohne Öl in einem Deutschland, das politisch unabhängig sein will, unvorstellbar. Deshalb muß das deutsche Motoröl Realität werden, auch wenn es Opfer erfordert. Daher ist es dringend notwendig, daß die Hydrierung von Kohle fortgesetzt wird.‘

Als der Führer seine Stellungnahme beendet hatte, konnte ich nur sagen, daß seinen Worten nichts hinzuzufügen sei. [...] Schließlich verabschiedete uns der Führer mit den Worten: ‚Ich muß die

Bingel (Siemens); für Großschiffahrt und Überseehandel Emil Helfferich (Hapag) sowie Hjalmar Schacht. Nach 1933 erweiterte sich der Kreis auf etwa 40 Mitglieder, unter ihnen Heinrich Bütetisch (IG-Farben), Karl Blessing (Deutsche Bank), Friedrich Flick.

¹ Programmentwurf der NSDAP zur Arbeitsbeschaffung und zur Neuorganisation der Wirtschaft, verfaßt von dem Mitarbeiter in der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsorganisationsleitung, Dr. v. Rente In, offensichtlich in Zusammenarbeit mit Gregor Strasser. Die Broschüre wurde aufgrund der massiven Kritik aus großindustriellen Kreisen eingestampft, von Renteln seines Postens enthoben.

² Dieser Mittelsmann ist Hjalmar Schacht.

technische Ausführung Ihnen überlassen. Das ist Ihr Beruf. Aber unser Weg ist der gleiche, und ich hoffe, daß dieser Weg bald zu einer gewaltigen Stärkung unseres Deutschland führt!‘ [...]

Dieses Resultat der Besprechung mit dem Führer stellte eine große Unterstützung für Leuna zu dieser Zeit dar. Nun konnte das Kohlehydrierverfahren ohne Verzug fortgesetzt werden.“

NMT, Bd. VII, S. 536-540. (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

[140:]

4. Vergleich großkapitalistischer und faschistischer Zielsetzungen

111. Der Reichsverband der Deutschen Industrie zu „Marxismus“, „Bolschewismus“, „Parteiwirtschaft“

Die Widerstandsfähigkeit Deutschlands als Bollwerk gegen den Bolschewismus steht und fällt mit der Sicherung seiner politischen Freiheit und seines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs.

Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie „Revision des Youngplans!“ von Januar 1931. in: Veröffentlichungen des RDI, 1931, Nr. 56. S. 62.

Der Marxismus ist unser Unglück geworden, und an dem Marxismus kranken wir bis auf den heutigen Tag, der Marxismus ist in Wirklichkeit auch heute noch die regierende Kraft, nicht offenkundig, aber wohl im Hintergrunde, und alles was im Reichswirtschaftsrat und Reichstag beraten und beschlossen wird, wird immer zweideutig und unzweideutig zugunsten der Parteiwirtschaft und des Marxismus sein.

Veröffentlichungen des RDI, 1930, Nr. 55, S. 27.

Die Privatwirtschaft, die individualistische, kapitalistische Wirtschaft, kann nicht mit Erfolg betrieben werden, wenn der Staat eine sozialistische, kollektivistische Wirtschaft [...] betreibt. An diesem inneren Widerspruch leidet aber die deutsche Wirtschaftsführung, und dieser Widerspruch hat zu der heutigen Lage geführt, und an diesem Widerspruch gehen Staat und Privatwirtschaft zugrunde, wenn nicht eine grundlegende Änderung eintritt.

P. Silverberg: Steuer- und Finanzpolitik, in: Veröffentlichungen des RDI, 1930, Nr. 50, S. 22.

112. Carl Duisberg zur „Parteiherrschaft“, gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderungen der „unsachverständigen Massen“ und gegen die „Monopolmachtstellung“ der Gewerkschaften

Durch die Revolution wurde an die Stelle der konstitutionellen Regierungsform mit ständigem Vertretercharakter, in der ein gutge-[141:]schulter und sachverständiger Beamtenapparat vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls aus die Staatsaufgaben zu lösen versuchte, der durch eine ausgeprägte Parteiherrschaft charakterisierte Volksstaat gesetzt.

Während vorher, im großen und ganzen, die Wirtschaft eine streng sachliche Behandlung ihrer Angelegenheiten erfuhr und so keinen Anlaß zu eigenem aktiven Eingreifen in die Politik hatte, änderte sich dieser Zustand nach dem Umsturz wesentlich. Die letzte Entscheidung in wirtschaftlichen Dingen wurde, wie bei allen modernen Demokratien der Welt, in die Hände der Masse gelegt, die in Wirtschaftsfragen weder sachverständig war, noch dies sein konnte [...] Der überragende und maßgebliche Einfluß gewerkschaftlich organisierter Arbeitermassen, überwiegend mit sozialistischen Weltanschauungen und absoluter Klassenkampfeinstellung, verschob die wirtschaftlichen Entscheidungen, die vom Staat oder seinen Organen zu vertreten sind, von einer rein sachlichen Beurteilung aus auf die politische Plattform. Die zielbewußt angestrebte und dauernd ausgebaute Monopolmachtstellung der Gegenspieler des wirtschaftlichen Unternehmertums wirkte sich in einer Forcierung des staatlichen Eingreifens in das Wirtschaftsleben auf allen Gebieten, in einer Überspannung des staatlichen Aufgabenkreises und in einer, ohne krisenhafte Erschütterung nicht mehr tragbaren Übersteigerung der steuerlichen und sozialen Pflichtleistung für die einzelnen Unternehmungen aus. Ebenso wurde in der Lohnpolitik [...] an die Stelle wirtschaftlicher Überlegungen das staatliche Lohndiktat gesetzt.

Rede Carl Duisbergs am 23. Mai 1930 „Wirtschaft und Politik“, ZStA Potsdam, IG-Farben, A 1058, Bl. 290.

113. Großindustrielle zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung

Eugen Schnaas 1929:

Wer Gelegenheit gehabt hat, im Laufe der letzten Jahre sich an den Lohnverhandlungen und Manteltarifverhandlungen mit den Gewerkschaften an einen Tisch setzen zu müssen, wird erkannt haben, daß alle Worte von der Gegenseite weit fern vom Gebiet wirtschaftlichen Denkens lagen. [...] Ich bin überzeugt, wenn jede Persönlichkeit häufiger an den Verhandlungen der Funktionäre [142:] teilnehmen würde, dann würde sie wahrscheinlich sich jenen Worten des verstorbenen Herrn Reichspräsidenten Ebert anschließen, die ich kürzlich gelegentlich einer anderen Versammlung hörte, der gesagt haben soll: In Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis 100.000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind. („Bravo!“ und Zuruf: „Mussolini!“)

Protokoll der a. o. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12.12.1929, in: Veröffentlichungen des RDI. 1930. Nr. 50, S. 37.

114. Der Reichsverband der Deutschen Industrie zum Führerprinzip und zur „Autorität der Persönlichkeit“

Der wirkliche Führer eines Volkes ebenso wie der eines Unternehmens geht plan- und zielvoll den schmalen Weg seiner Pflicht und Verantwortung. [...] Es darf von mir [...] einmal offen ausgesprochen werden, daß die bei uns in Deutschland sich vollziehende soziale Neubildung dringend einer großen Anzahl auserlesener Führer bedarf. [...] Solange man in der Geschichte zurückblicken kann, vermag man festzustellen, daß die Schicksale der Völker von großen Persönlichkeiten geformt sind. [...] Diese schöpferische Kraft der Persönlichkeit, die uns leider heute auch im Staate fehlt, können wir in keinem Wirtschaftsbetrieb entbehren. [...] Es geht ein tiefes Sehnen durch ganz Deutschland nach Führerwillen und rettenden Ideen. Die große Bewährungsstunde der deutschen Demokratie ist gekommen. [...] Kehren wir uns ab von dem Glauben, daß Staatshilfe, Demokratie oder Sozialisierung uns in der Wirtschaft helfen können und besinnen wir uns auf unsere eigene Kraft.

A. Weber: Unternehmertum und Kapitalismus, in: Veröffentlichungen des RDI. 1929. Nr. 48, S. 69-70, 72.

Der Mann, in dessen Händen die Leitung der Unternehmung liegt, muß nicht ein Autokrat, sondern ein Aristokrat sein. Aristokrat nicht im Sinne des Mannes mit dem Monokel, sondern Aristokrat im Sinne des griechischen ‚aristos‘, des Besten, des Mannes mit dem Gehirn und menschlichen Tugenden¹. [...] Den Sinn wirklicher Demokratie versteht man nach meinen Erfahrungen vielfach in der Leitung besser, wie in den unteren und untersten Regionen.

[143:]

H. Bücher (AEG): Die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Arbeiterschaft und Unternehmertum, in: Veröffentlichungen des RDI. 1927, Nr. 37, S. 65.

115. Großindustrielle gegen Parlamentarismus und Demokratie, für den „Starken Staat“

Carl Duisberg 1933

Meine auf der ersten großen Tagung des Reichsverbandes [der Deutschen Industrie] unter meinem Vorsitz dargelegte Meinung hat sich heute noch nicht geändert: Das wichtigste für die Industrie ist ein starker Staat, eine machtvolle und energische Regierung. Die Verfassung, über deren Formen zu streiten anderen überlassen sein soll, soll sich den Zeitverhältnissen entwicklungsgemäß anpassen.

C. Duisberg, Meine Lebenserinnerungen, hrsg. auf Grund von Aufzeichnungen, Briefen und Dokumenten v. J. von Puttkamer. Leipzig 1933. S. 138.

Ernst Brandt 1931

Wir werden mit diesen demokratischen Methoden, d. h. Methoden, in denen grundsätzlich alle mitreden und die sogenannte Parität herrscht, immer weiter ins Unglück kommen. Es wird nicht eher

¹ Vgl. die fast wortgetreue Übernahme dieser Terminologie in die NSDAP-Broschüre „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“ vier Jahre später. (Dok. 103)

besser, als bis endlich ein Kerl kommt, der mit rücksichtsloser Energie das als richtig Erkannte durchführt.

Zit. nach F. Klein. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (1953) S. 901.

116. Aus dem Vortrag " Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik " von Max Hahn, Geschäftsführer der deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, am 23. Oktober 1931

Betrachten wir den Kampf um unsere Existenz in den letzten 12 Jahren, so müssen wir feststellen, daß [...] die Plattform unserer physischen Lebensgrundlage sich immer mehr verengert hat. [...] Im gleichen Zeitraum aber erleben wir die Zusammenballung größter Wirtschaftsräume mit riesigen Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven, denen gegenüber das zersplitterte Europa heute nur noch das [144:] Gewicht eines Sandkorns besitzt. [...] Es ist die Aufgabe der deutschen Politik schlechthin, die Zeit der großen Entbehrungen und der Selbstbescheidung (in der Weltwirtschaftskrise-U. H.-P.) auszunutzen, um die Gestaltung neuer, erträglicher Lebensbedingungen vorzubereiten. [...] Wir haben in Mitteleuropa Staaten, in denen mehr als die Hälfte des gesamten Güterverkehrs auf den Absatz in einem Nachbarlande entfällt. Wir sehen auf diesem Teil des europäischen Kontinents, der gebietsmäßig nicht etwa mit Südosteuropa gleichzusetzen ist, sondern als Wirtschaftsbegriff den gesamten Raum zwischen Ostsee und Schwarzen Meer umfassen muß, sich die einzigen Lösungsmöglichkeiten der europäischen Agrarkrise und besonders der deutschen abzeichnen.

Zit. nach: Weltherrschaft im Visier, Berlin 1975, S. 226-228.

Vgl. auch Dok. 212.

117. Aus Hitlers geheimer Broschüre für Industrielle, angefertigt für Emil Kirdorf im August 1927, mit dem Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“

Das deutsche Volk zerfällt immer stärker in zwei sich todfeindlich gegenüberstehende Lager. Diese schließen sich in steigendem Maße gegenseitig ab und verwandeln sich in geschlossene, sich selbst genügende Körper, von denen der eine, der marxistische, als Fremdkörper innerhalb des eigenen Volkes alle Beziehungen zur Nation leugnet, um statt dessen die Verbindung zu analogen Gebilden anderer Nationen aufzunehmen. [...]

Angesichts eines solchen tatsächlichen Zustandes ist aber jede Hoffnung auf politischen Wiederaufstieg reinste Utopie. Denn die Voraussetzung zu einer wirklichen Wiedererhebung der deutschen Nation ist nicht die Erfüllung und Befriedigung von so und soviel Forderungen des Tages, als vielmehr die Wiedergewinnung der inneren Kraft der Nation, die in einer allgemeinen solidarischen Erkenntnis über die Notwendigkeit ihres Bestandes und der daraus sich ergebenden Verbundenheit liegt. Diese aber fehlt. [...]

Jedes Volk braucht zur Entfaltung seines eigenen Ichs den nötigen Raum auf dieser Welt. Die Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, daß einer veränderlichen Zahl der starre Raum stets angepaßt und angeglichen wird. Da ein Volk nur dann als gesund [145:] bezeichnet werden darf, wenn es am allgemeinen Lebenskampf teilnimmt, dieser aber als Voraussetzung die Vermehrung eines Volkes hat, muß die Politik es als ihre höchste Aufgabe betrachten, diesem natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben. Damit ist in höchstem Sinne genommen die Politik die Aufgabe, den Lebenskampf einer Nation zu ermöglichen durch die laufende Anpassung der Ernährungsgrundlage an die Volkszahl. [...]

Um diese Mission zu erfüllen, braucht man aber neben der Größe der Einzelperson die zu einer gemeinsamen Interessengemeinschaft eng zusammengeschlossene Nation. [...]

Die Bewegung geht dabei von der Erkenntnis aus, daß die Zukunft eines Volkes nicht garantiert wird durch die Wirtschaft an sich. Sie sieht in ihr nur eine notwendige Dienerin im Leben eines Volkskörpers und Volkstums. Sie empfindet eine unabhängige nationale Wirtschaft als eine Notwendigkeit, jedoch sie sieht in ihr nicht das Primäre, nicht die Bildnerin eines starken Staates, sondern umgekehrt: Der starke nationalistische Staat allein kann einer solchen Wirtschaft Schutz und die Freiheit des Bestehens und der Entwicklung geben.

Die nationalsozialistische Bewegung erkennt weiter – als wesentlichste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe und für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft. Sie sieht darin nicht ein theoretisches Problem, sondern die Lebensvoraussetzung für unser Volk. Sie wünscht, daß diese Millionenmasse unseres Volksgutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates findet. [...]

Sie formuliert aus den beiden bisher mißverständlich aufgefaßten und daher trennenden Begriffen „Nationalismus“ und „Sozialismus“ einen neuen verbundenen, indem sie feststellt, daß höchster Nationalismus wesensgleich ist mit höchster Volkssorge und höchster Sozialismus gleich ist mit höchster Volks- und Vaterlandsliebe und mithin beides die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht darstellt.

Sie schafft damit jenen Begriff, auf den es möglich wird, die Besten unseres Volkes aus allen Lagern zu vereinigen.

Die nationalsozialistische Bewegung ist keine parlamentarische Partei. Sie erwartet nicht, daß die Schicksalsfragen der deutschen [146:] Nation auf dem Wege der Majoritätsbestimmung gelöst werden könnten. Allein sie ist überzeugt, daß der Geist, den sie predigt, eines Tages auch der Geist jener Institution sein wird, die als letzter Rest und zugleich als Schule für die Zukunft vom alten Heere übrig blieb. Die Organisation der Wehrkraft eines Volkes, mag sie groß oder klein sein, steht immer in innerer Beziehung zu einer Lehre des Wertes der Persönlichkeit, des Kampfes und der Vaterlandsliebe. Ungewollt und unbewußt werden sich Bewegung und Heer einst in demselben Maße nähern, in dem der offizielle Staat völkisch korrupter, persönlich entwertet und pazifistisch feiger wird.

Vollständiger Wortlaut der Denkschrift bei: H. A. Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 47-59.

118. Aus Adolf Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 27. Januar 1932¹

Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrecht erhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen. [...] Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen, die aufrecht erhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistungen der Menschen verschieden sind. Erst dann kann ich feststellen: weil die Leistungen der Menschen verschieden sind, sind auch die Ergebnisse der Leistungen verschieden. Wenn aber die Ergebnisse der Leistungen der Menschen verschieden sind, ist es zweckmäßig, auch die Verwaltung dieser Ergebnisse ungefähr im entsprechenden Verhältnis den Menschen zu überlassen. [...]

Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben. Es muß damit langsam [147:] ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen [...]

Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus. [...]

Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind. [...]

¹ Zahlreiche Industrielle aus dem Ruhrgebiet, unter ihnen mit Sicherheit Fritz Thyssen und Karl Haniel, waren bei der Rede anwesend.

Wir stehen heute vor einer Weltlage, die für die weiße Rasse überhaupt nur dann verständlich ist, wenn man die Vermählung von Herrensinn im politischen Wollen und Herrensinn in der wirtschaftlichen Betätigung als unbedingt anerkennt, eine wunderbare Übereinstimmung, die dem ganzen vergangenen Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt hat und unter deren Folgen die weißen Völker zum Teil eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben. [...] Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrechterhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann. [...]

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß parallel der langsamen Verwirrung des europäischen weißen Denkens eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszuberechnen [...] Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriff steht, sich den ganzen asiatischen Kontinent zu unterwerfen, und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht? [...]

[...] eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und [148:]



Adolf Hitler und Hermann Göring im Düsseldorfer Industrieclub, 27. Januar 1932.
Am Mikrofon Fritz Thyssen.

[149:] zum Einsturz bringen. [...] Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen. [...]

Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr – ja, wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten. [...]

Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muß unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden. [...]

[...] Soll eines Tages der Weg wieder gefunden werden, der aufwärts führt, dann muß zuerst das deutsche Volk wieder zurechtgebogen werden. [...]

Ich höre so manches Mal von unseren Gegnern: „Der heutigen Not werden Sie auch nicht Herr.“ Angenommen, meine Herren, das würde zutreffen. Was aber hieße das dann? Es hieße, daß wir einer entsetzlichen Zeit entgegengingen, der wir gar nichts entgegenzusetzen hätten als eine rein materialistische Auffassung auf beiden Seiten. Die Not aber würde als rein materielle – ohne daß man dem Volk irgendein Ideal wiedergegeben hat – tausendfach stärker empfunden. (Lebhafter Beifall.)

Vollständiger Wortlaut der Rede in: Domarus. Bd. I, S. 68-90.

[150:]

5. „Machtergreifung“ oder „Machtübertragung“? Die Zeit von November 1932 bis März 1933

„Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? ... Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Abfließen des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der „Systemzeit“ wird ... Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies System ... los zu werden.“

„Deutsche Führerbriefe“ vom 4.11.1932

„Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend.“

Kurt von Schröder, Bankier, im Nürnberger Prozeß

119. Wahlen zum Reichstag 1930-1932

Parteien	14.9.1930		1.7.1932		6.11.1932	
	Stimmen (in 1000)	Mandate	Stimmen (in 1000)	Mandate	Stimmen (in 1000)	Mandate
NSDAP	6410	107	13.746	230	11.737	196
DNVP	2458	41	2177	37	2959	52
DVP	1578	30	436	7	662	11
Z	4128	68	4589	75	4231	70
BVP	1059	19	1193	22	1095	20
DStP	1322	20	372	4	336	2
WP	1362	23	147	2	110	1
Landvolkpartei und Volkskonservative	1108	22	91	1	—	—
Christlichsozialer Volksdienst	870	14	365	3	412	5
KPD	4592	77	5283	89	5980	100
SPD	8575	143	7960	133	7248	121

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 97.

[151:]

120. Aus dem Artikel „Jena oder Sedan“ der „Deutschen Führerbriefe“ vom 4. November 1932

Nicht minder mahnend drängt sich die Frage „Jena oder Sedan“ im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. Es besteht jetzt die Chance, das tatsächliche „System“, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, zu ändern. Aber es fehlt an Einheit und Willen in der Wirtschaft. Wir sind heute endlich soweit, ohne Sozialdemokraten zu regieren. [...]

Aber dazu muß man fragen: Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? Und hat man in der Wirtschaft wirklich den Willen zu dieser Änderung, zu einer neuen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit? Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Abfließen des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der „Systemzeit“ wird; denn Apparat und Einstellung sind ja geblieben. Sobald wieder die Konjunktur einsetzt, werden Bürokratie

und Parteien jenen Apparat wieder bedienen. Nur ein Beispiel: Die Lohnsenkungsverordnung bringt keinen Umbruch des sozialpolitischen Systems, sondern im Gegenteil seine Befestigung. Für das Linsengericht einer Lohnsenkung durch Staatsinitiative tauscht die Wirtschaft eine Stärkung des Schlichtereinflusses bis ins Betriebsleben ein. Ein Systemwandel wäre es gewesen, wenn die Regierung die Tarifauflockerung und Lohnsenkung freigegeben und die Wirtschaft dann beides im freien Spiel durchgepaukt und ein der Wirtschaft gemäßes System ausbalanciert hätte. [...]

Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies System, auch mit vorübergehenden Unbequemlichkeiten, los zu werden. [...] In der Konjunkturzeit wird man es nie mehr los werden. Auch die jüngste Heraufsetzung der Sozialleistungen [...] deutet als Vorwegnahme konjunktureller Entwicklung schon an, wie der Apparat in der Konjunktur wieder funktionieren wird.

Sedan oder Jena? [...] Ausschöpfen der Krise und ihrer Kraft zur Reinigung und Neuorientierung oder Fortwursteln von einem Tag zum andern mit der sicheren Gewißheit, daß nach Jahr und Tag wieder das alte Theater losgeht? Das ist auch die epochale Frage an die Wirtschaft.

Deutsche Führerbriefe v. 4. November 1932, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 81-82.

[152:]

121. Aus dem Schreiben von Fritz Thyssen, Aufsichtsratsvorsitzer der Vereinigte Stahlwerke, an Max Schlenker, Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnamverein), vom 11. November 1932

Täuschen wir uns darüber nicht, die Ereignisse sind zu weit vorangeschritten, als ob es noch Möglichkeiten für Kompromisse grundsätzlicher Art gäbe. Das wahre Gedankengut des Nationalsozialismus in die Tat umzusetzen, vermag nur Adolf Hitler. Der letzte Wahlkampf hat bewiesen, welchen Gefahren eine von so hochidealen Motiven getragene Bewegung ausgesetzt ist, wenn die Erörterung der Ziele Gemeingut einer großen Masse wird. Es ist meiner Ansicht nach ganz unverantwortlich, daß man eine solche Bewegung solchen Gefährnissen aussetzt, die dadurch nur, wie es bei der Reformation geschah, aus ihrem geraden, eindeutigen Wege herausgedrängt werden kann.

ZStA Potsdam, Nachlaß Bracht. 2. Nr. 51, Bl. 130, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 92.

122. Aus dem Schreiben Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 12. November 1932

[...] erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zu der festen Haltung, die Sie unmittelbar nach den Wahlen eingenommen haben, meine besonderen Glückwünsche ausspreche. Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann und das ist Ihre Kanzlerschaft. [...]

Ich hoffe, daß in den nächsten Tagen und Wochen die kleinen Unebenheiten, die bei der Propaganda notwendigerweise mit unterlaufen, nicht so stark sein werden, daß sie den Gegnern berechnete Gelegenheit zur Entrüstung geben. Je stärker Ihre Position innerlich ist, um so vornehmer kann die Form des Kampfes sein. Je mehr die Sache in Ihrem Sinne entscheidet, um so mehr können Sie persönliche Kampfweise entbehren.

Ich bin von Zuversicht erfüllt, weil das ganze gegenwärtige System sich mit Sicherheit tot läuft.

Dok. EC-456, IMG, Bd. XXXVI, S. 535.

[153:]

123. Aus dem Schreiben von Wilhelm Keppler, wirtschaftspolitischer Berater Adolf Hitlers, an Kurt von Schröder, Mitinhaber des Bankhauses Stein, vom 13. November 1932

Herr Hecker konnte von seinem Urlaub bei Herrn von P[apen] uns berichten, daß dort der gute Wille vorliege, sich auf eine Regierung unter der Kanzlerschaft Hi[tlers] zu einigen. Herr H[ecker] machte dem Kanzler auch Mitteilung von dem beabsichtigten Brief¹, und er gab Ratschläge, wie man hierbei

¹ Dok. 124.

am besten vorgehe. Andererseits wurde wiederum darauf aufmerksam gemacht, wie schwer es sein werde, dem bestehenden Widerstand an der bekannten Stelle¹ zu begegnen.

Freitag [11. November 1932] fand alsdann eine eingehende Aussprache statt, wobei Hecker, Dr. Schacht und Herr Himmler aus München, der auch bei den früheren Verhandlungen wegen Regierungsbildung beteiligt war, teilnahmen. Herr Hecker legte Herrn v[on] P[apen] nahe, im Kabinett zu bleiben, um dadurch eine gewisse Beruhigung für den alten Herrn zu schaffen. [...].

Es herrschte die Anschauung, daß die beste Wirkung bei dem alten Herrn zu erwarten sei, wenn sich Herr v[on] P[apen] selbst möglichst ernst für eine derartige Lösung einsetze.

Mit den anderen Parteien soll vorerst nicht verhandelt werden. Sollten sie nicht bereit sein mitzumachen, um eine Lösung auf verfassungsmäßigem Wege zu ermöglichen, so denkt man an Neuwahlen unter der Parole: Hindenburg und Hitler; an dem Erfolg einer derartigen Wahl ist nicht zu zweifeln. [...]

Bei dieser Sachlage müssen wir besonderen Wert darauf legen, den bewußten Brief möglichst wirkungsvoll zu gestalten. Da Herr von P[apen] über diesen Schritt orientiert ist (es soll ihm vor Übersendung noch in offizieller Form Mitteilung gemacht werden) und ihn zur Verwirklichung der Absichten begrüßt, werden die Bedenken gegen Unterzeichnung in vielen Kreisen fortfallen.

BA Koblenz, All. Proz. 1, Rep. 501, LVI B, Nr. 220, Bl. 4-6; veröffentlicht auch in: Anatomie des Krieges, S. 93-95.

[154:]

124. Aus der Eingabe führender Großindustrieller, Bankiers und Großlandwirte an Reichspräsident Hindenburg vom 19. November 1932 mit der Forderung nach sofortiger Übertragung der Kanzlerschaft an Adolf Hitler

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn man – wie es geschehen muß – von der staatsverneinenden kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine, des öfteren wiederholte, Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer weiter zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

[155:] Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch

¹ Reichspräsident Hindenburg

Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

Dr. Hjalmar Schacht, Berlin, Kurt Freiherr von Schroeder, Köln, Fritz Thyssen, Mülheim, Eberhard Graf von Kalckreuth, Berlin, Friedrich Reinhart, Berlin, Kurt Woermann, Hamburg, Fritz Beindorff, Hamburg, Kurt von Eichhorn, Breslau, Emil Helfferich, Hamburg, Ewald Hecker, Hannover, Carl Vincent Krogmann, Dr. Erwin Lübbert, Berlin, Erwin Merck, Hamburg, Joachim von Oppen, Dannenwalde, Rudolf Ventzky, Esslingen (Württemberg), Franz Heinrich Witthoefft, Hamburg, August Rosterg, Berlin, Robert Graf von Keyserlingk, Cammerau, von Rohr-Manze, Engelbert Beckmann, Hengstey¹

Original veröffentlicht bei: A. Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (Nov. 1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1956) S. 366-369; s. auch Dok. NI-3901, IMG, Bd. XXXIII, S. 531-533.

125. Aus der Information von Dr. Scholz an Franz Bracht vom 26. November 1932

Vertraulich!

Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung [156:] vorgesehen war, ergab anlässlich der zwanglosen Unterhaltung die überraschende Tatsache, daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht. Während man noch vor wenigen Wochen Papen zugejubelt hat, ist man heute der Auffassung, daß es der größte Fehler sei, wenn Hitler, auch unter Vorbringung ernsthafter Gründe, nicht mit der Regierungsbildung beauftragt würde.

ZStA Potsdam, Nachlaß Bracht 2, Bl. 169, zit. nach: E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, S. 73.

126. Aus der Aufzeichnung des Botschafters a. D. Ott² über die Studie der Reichswehrführung von Ende November 1932

Angesichts der ständigen Verschärfung der innenpolitischen Lage im Reiche hatte die Führung der Wehrmacht zu prüfen, ob die Wehrmacht einem zukünftigen Ausnahmezustand gewachsen sein würde, der gegen den Terror von recht~ und links durchzuführen wäre.

Ich erhielt als Leiter der politischen Abteilung des Reichswehrministeriums die Genehmigung, diese Frage in einer kriegsspielartigen Studie zu klären. [...] In dreitägiger Studie wurde der militärische Ausnahmezustand im gesamten Reichsgebiet untersucht, für jeden Teil des Reiches nach der besonderen Lage, die dort voraussichtlich entstehen würde. [...]

So trat für Ostpreußen die Sicherung der Landesgrenze in den Vordergrund. [...] Die ostpreußische Division – im Konfliktsfalle vom Reichsgebiet abgeschnitten und nur auf die eigenen Kräfte gestellt – war gezwungen, sich auf möglichst große wehrbereite Teile der Bevölkerung zu stützen, um auch nur einen schwachen Grenzschutz aufzustellen. Die überwiegende Mehrzahl solcher Verstärkungen mußte aus den Reihen der NSDAP kommen, denn sie hatte in Ostpreußen die Führung besonders der Jugend beherrschend an sich gebracht. Bei einem Ausnahmezustand gegen den Nationalsozialismus fielen diese Kräfte aus. [...] Es ergab sich also, daß die Truppe nach zwei Fronten mit ganz unzulänglichen

¹ Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Paul Reusch (Gutehoffnungshütte) und Fritz Springorum (Hoesch) erklärten ihr Einverständnis mit der Eingabe, unterschrieben aber nicht das Original, um sich politisch nicht zu exponieren.

² Ott war einer der engsten Mitarbeiter des Generals Kurt von Schleicher.

Kräften einzusetzen wäre und die Disziplin einer gefährlichen Belastung unterworfen würde. Eine Verstärkung aus dem Reiche war undenkbar.

Im Gebiet von Hamburg war mit dem Generalstreik der Hafenarbeiter zu rechnen. Dieser würde lebenswichtige Funktionen des [157:] Hafens stilllegen. [...] Die verfügbaren Kräfte an Polizei, Reichswehr und Reichsmarine waren gering; die Hauptlast in der Bekämpfung dieses Streiks fiel auf die Technische Nothilfe. Deren Leiter erklärte sich außerstande dazu. [...]

Für das Rhein-Ruhrgebiet waren drei Hauptfolgen zu prüfen: die Lahmlegung des Bergbaues und der Schwerindustrie, die Einstellung der Rheinschifffahrt, das Wiederaufleben separatistischer Umtriebe. Die Lage war hier besonders kritisch, weil in der entmilitarisierten Zone jeder Einsatz der Wehrmacht auch bei einem Notstand verboten war. [...] So war auch im Zentrum des deutschen Wirtschaftslebens die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht zu gewährleisten. [...]

Als Ergebnis unserer Studie habe ich dem Reichswehrminister gemeldet, daß alle Vorbereitungen getroffen seien, um einen etwa befohlenen Ausnahmezustand unverzüglich in Gang zu setzen. Es habe sich aber bei sorgfältiger Abwägung gezeigt, daß die Ordnungskräfte des Reiches und der Länder in keiner Weise ausreichen, um die verfassungsmäßige Ordnung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten aufrechtzuerhalten und die Grenzen zu schützen. Es sei daher die Pflicht des Reichswehrministers, die Zuflucht der Reichsregierung zum militärischen Ausnahmezustand zu verhindern.

E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 561-563.

127. Aus dem Schreiben von Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, an Dr. Rudolf Kötter, Hauptschriftleiter des Fränkischen Kurier, vom 8. Januar 1933, mit der Information, Reichskanzler Schleicher wolle Gregor Strasser die Vizekanzlerschaft übertragen

In Ergänzung der Ihnen telephonisch gemachten Mitteilungen gebe ich Ihnen im nachstehenden noch einige Einzelheiten über die gegenwärtig sich in Berlin abspielenden Vorgänge bekannt:

Wie ich Ihnen schon sagte, arbeitet Schleicher darauf hinaus, die Nationalsozialistische Partei zu sprengen und hat infolgedessen [158:] Strasser nicht nur die Vizekanzlerschaft, sondern auch das Reichskommissariat für Preußen und die Preußische Ministerpräsidentschaft angeboten. Strasser hat vorläufig zu dem Anerbieten keine Stellung genommen und scheint nach wie vor doch noch das Bestreben zu haben, sich wenn irgend möglich wieder mit Hitler zu verständigen, was auch wohl möglich wäre, wenn die Herren Goering (sie) und Göbbels (sie) dies nicht immer wieder zu verhindern suchten.

In Beziehung auf die Umwandlung seines Kabinetts hat Schleicher folgende Absichten:

Äußeres: Brüning, der bereits zugesagt haben soll,

Inneres: Frick,

Wirtschaft: Bracht.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 2007/16, zit. nach: Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 89-90.

128. Aus der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über das Treffen Adolf Hitlers mit Franz v. Papen am 4. Januar 1933

Am 4. Januar 1933 trafen Hitler, von Papen, Heß, Himmler und Keppler in meinem Hause in Köln ein. [...]

Weiterhin führte Papen aus, daß er es für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente, die ihn unterstützt hätten, zusammen mit den Nazis vertreten seien. [...] Daraufhin hielt Hitler eine lange Rede, in der er sagte, daß wenn er zum Kanzler ernannt werden würde, Anhänger von Papen als Minister in seiner Regierung teilnehmen könnten, sofern sie gewillt wären, seine Politik [...] zu unterstützen. Er skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung. [...]

Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, [159:] wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov[ember]1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme.

Zur praktischen Durchführung dieses Programmpunktes erwartete man, wie es ja später auch geschah, daß die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert werden würde, und zwar in Verbänden, denen sämtliche wirtschaftliche Unternehmungen, in Gegensatz zu den damals bestehenden Verbänden, beitreten mußten, deren Führung durch Wirtschaftler und Kaufleute selbst erfolgen würde, [...] so daß notgedrungen diese neuen Verbände mehr Einfluß ausüben könnten als früher. Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde.

In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht von 100.000 auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen [...] Aufträge zur Verbesserung des Verkehrswesens, insbesondere der Reichsbahn, und Förderung solcher Industrien wie Automobil- und Flugzeugbau und der damit verbundenen Industrien.

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. [...]

Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.

Abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 604-606.

[160:]

129. Aus dem Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdiktator – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse! Die Betrugsmanöver des „sozialen Generals“ sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvollen revolutionären Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampeln der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus – die KPD will man verbieten! [...]

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik! Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen

Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 441-442.

130. Aus dem Aufruf des Parteivorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933

Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder auferstanden.

[161:] Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten.

Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.

Darum her zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!

Vorwärts v. 31.1.1933, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 442.

131. Aus der Rede Adolf Hitlers vor führenden Industriellen am 20. Februar 1933

Privatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie ist nicht aufrecht zu erhalten; sie ist nur denkbar, wenn das Volk eine tragende Idee von Autorität und Persönlichkeit besitzt. Alles, was in der Welt an Positivem, an Gutem und Wertvollem auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur geschaffen worden ist, beruht ganz allein auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Wird die Verteidigung des Geschaffenen, seine politische Verwaltung, aber einer Majorität überantwortet, so geht es rettungslos unter. Alle Lebensgüter, die wir besitzen, verdanken wir dem Kampfe von Auserlesenen. [...]

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugnet. Solch ein Kampf zerreißt das Volk. Man ringt so [162:] lange gegeneinander, bis ein Teil Sieger bleibt. [...]

Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite zu Boden werfen wollen. So lange man an Kraft zunimmt, soll man den Kampf gegen den Gegner nicht aufnehmen. Erst wenn man weiß, daß man auf dem Höhepunkt der Macht angelangt ist, daß es keine weitere Aufwärtsentwicklung gibt, soll man losschlagen. [...]

Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen. [...]

Für die Wirtschaft habe ich nur den einen Wunsch, daß sie parallel mit dem inneren Aufbau einer ruhigen Zukunft entgegengeht. Die Frage der Herstellung der Wehrmacht wird nicht in Genf, sondern in Deutschland entschieden werden, wenn wir durch innere Ruhe zur inneren Kraft gekommen sind. [...]

Göring ging ziemlich eingehend auf die großen mit diesem Wahlkampf verbundenen Gefahren ein. Er leitete dann sehr geschickt über zu der Notwendigkeit, daß andere nicht im politischen Kampf stehende Kreise wenigstens die nun mal erforderlichen finanziellen Opfer bringen müßten. [...] Das erbetene Opfer würde der Industrie sicherlich um so leichter fallen, wenn sie wüßte, daß die Wahl am 5. März die letzte sicherlich innerhalb 10 Jahren, voraussichtlich aber in 100 Jahren sei.

Dok. D-203, IMG, Bd. XXXV, S. 42-48.

132. Aus dem Schreiben von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Adolf Hitler vom 24. März 1933

Wir beehren uns, davon Kenntnis zu geben, daß das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24. März 1933 unter dem Vorsitz des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Sitzung zusammentrat, in der zu der politischen Entwicklung Stellung genommen wurde. Das Präsidium vertrat einmütig folgenden Standpunkt:

Durch die Wahlen ist die Grundlage für ein stabiles Regierungs-Fundament geschaffen und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit [163:] ergeben, und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie – als die wirtschaftspolitische Vertretung – wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen¹.

Dok. NI-6522. zit. nach: Czichon, S. 83.

¹ Wenige Tage später, am 29. März 1933, gab Krupp die Sammlung der sogenannten „Hitlerspende“ bekannt. Von 1933-1945 spendeten Großindustrie, Banken und Großlandwirtschaft etwa 700 Millionen Reichsmark für die NSDAP.

[165:]

Zweiter Teil: Der Faschismus an der Macht 1933-1938

Einführung

Der unverhüllte, brutale Terror gegen alle oppositionellen Strömungen ist ein Wesensmerkmal des Faschismus, ohne das die Durchsetzung seiner Ziele und die Absicherung seiner Herrschaft nicht gelingen kann. Hitler war zum Kanzler gemacht worden, um die aggressivsten und weitgehendsten Pläne der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militärs zu verwirklichen; was er diesen Kräften in zahlreichen Reden vor 1933 versichert hatte, wurde sein Regierungsprogramm: die krieglerische Eroberung neuen „Lebensraums“ und die Zerschlagung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, denn „wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden“. (Dok. 134)

Die Ausschaltung der parlamentarischen Institutionen und der politischen Hauptgegner stand bereits im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Kabinetts Hitler. Ein Ermächtigungsgesetz sollte den Reichstag und alle parlamentarischen Rechte aufheben und der Regierung uneingeschränkte gesetzgeberische Vollmachten geben, auch wenn die erlassenen Gesetze der Weimarer Reichsverfassung widersprachen. Die Ausschaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, von der man ebenso wie von der Sozialdemokratischen Partei ein Veto gegen das Ermächtigungsgesetz erwartete, war der erste Schritt zur Sicherung der faschistischen Herrschaft, denn noch verfügten die Nazis nicht über eine Mehrheit im Reichstag, mit der sie das Ermächtigungsgesetz hätten durchbringen können. (Dok. 133)

Hitler wagte es allerdings nicht, die KPD – die immerhin bei den letzten Wahlen sechs Millionen Stimmen auf sich vereinigt hatte – ohne jeden Anlaß zu verbieten. Er mußte das Verbot vor der Bevölkerung rechtfertigen und brauchte dazu eine Provokation, die er propagandistisch ausschalten konnte.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar steckte ein gedungener holländischer Provokateur namens van der Lubbe, unterstützt von Sonderkommandos der SA, den Reichstag in Brand; noch in der gleichen Nacht verhafteten Polizei- und SS-Einheiten nach einem lange vorbereiteten und detailliert ausgearbeiteten Plan 4000 Funk-[166:]tionäre der KPD. Am darauffolgenden Tag stellte die NSDAP in einer groß angelegten Hetzkampagne die Behauptung auf, die Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt; selbst die absurde Behauptung, sie habe bei der KPD „hundert Zentner Zersetzungsmaterial“ gefunden, scheute sie nicht. (Dok. 135) Mit der Reichstagsbrandlüge rechtfertigte das Kabinett Hitler den ersten Verfassungsbruch, die Außerkraftsetzung sämtlicher demokratischer Grundrechte, die noch am 28. Februar gesetzlich fixiert wurde. (Dok. 136) Die der Brandstiftung bezichtigten und angeklagten Kommunisten mußten freigesprochen werden (Dok. 137); die Abschaffung der Grundrechte blieb bestehen.

Eine Woche nach der Reichstagsbrandprovokation, am 5. März, verfügte Hitler die Verhaftung sämtlicher gewählter Reichstags- und Landtagsabgeordneter der KPD unmittelbar nach den Wahlen, um den Weg für die Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes endgültig freizumachen. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dem Ermächtigungsgesetz zu, mit dem das parlamentarische System endgültig zerstört und die faschistische Diktatur „legalisiert“ wurde. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte als einzige Partei die SPD. (Dok. 139)

Das Verbot der KPD sollte sich schon bald als der allererste Schritt einer ganzen Kette von Maßnahmen erweisen, die die endgültige Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen zum Ziel hatte. Auch hierbei sollte ein mit riesigem Aufwand inszeniertes Täuschungsmanöver die Masse der Bevölkerung in die Irre führen. Der 1. Mai 1933 wurde von der NSDAP zum „Tag der nationalen Arbeit“ proklamiert, die Bevölkerung wurde für die Maifeierlichkeiten mobilisiert. (Dok. 141, 143) Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt und zerstört, die Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet, das Vermögen der Gewerkschaften eingezogen und die Gewerkschaften verboten. (Dok. 142)

Der Weg zu einer „Neugestaltung“ der Gewerkschaften, wie sie später mit der „Deutschen Arbeitsfront“ verwirklicht wurde und wie sie Roland Brauweiler, geschäftsführendes Präsidialmitglied der deutschen Arbeitgeberverbände, am 31. März 1933 von der Reichsregierung gefordert hatte, war mit der Zerschlagung der „alten Gewerkschaften“ frei. (Dok. 140)

Der Terror gegen alle oppositionellen Strömungen wurde im Verlauf der faschistischen Herrschaft zum System ausgebaut. Der Auflösung der Gewerkschaften folgte die Verhaftung führender Sozialdemokraten und aller aktiven demokratischen, pazifistischen [167:] und antifaschistischen Kräfte. (Dok. 144-148) Unter menschenunwürdigen Bedingungen, Hunger, Mißhandlungen und Folter ausgesetzt, vegetierten Hitlers Gegner in Konzentrationslagern, von denen das erste bereits 1933 gebaut wurde. (Dok. 149-152) Die Juden wurden von den Faschisten als „Volksfeind Nr. 1“ verteufelt. Sie nahmen ihnen den materiellen Besitz, beraubten sie aller Rechte und verschleppten sie in Konzentrationslager. (Dok. 153) Der „Antikapitalismus“ zeigte sein wahres Gesicht.

Die Führungskräfte des Großkapitals gingen nach 1933 unverzüglich daran, ihre eigenen Organisationen zu einer wirksamen Stütze des faschistischen Staatsapparats umzuformen. Der erste Schritt war die Neuorganisation ihres Dachverbandes, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, für dessen Umstrukturierung sie Hitler im April 1933 die ersten Pläne vorlegten. (Dok. 154) Grundlage der Neuorganisation sollte die „industrielle Selbstverwaltung“ sein, die den Konzernen und Banken die Regelung aller innerwirtschaftlichen Angelegenheiten ohne staatliche Eingriffe garantierte; sie wurde mit der Umwandlung des Reichsverbandes in den „Reichsstand der Deutschen Industrie“ von Hitler anerkannt.

Innerkapitalistische Kontroversen gab es über die Frage, wie der Reichsverband zu untergliedern sei. Gegen die Vorstellungen einer korporativ-ständischen Gliederung, wie sie vor allem kleine und mittlere Unternehmen vertraten, siegte das Großkapital auf der ganzen Linie. Der Reichsverband wurde in Reichsgruppen und Wirtschaftsgruppen aufgeteilt, die jeweils von den Managern oder Besitzern der größten Konzerne und Banken geleitet wurden, eben von jenen, die Hitler als „Führer“ ihrer Gruppe geeignet erschienen. Die Reichs- und Wirtschaftsgruppen waren Zwangsorganisationen, denen jeder Betrieb beitreten mußte und ihre Führer verfügten über disziplinarische Maßnahmen gegen die ihnen zwangsunterstellten Betriebe. (Dok. 155-158)

Ebenso wie in den inneren Organisationsstrukturen der Wirtschaft das Großkapital dominierte, profitierte es auch ökonomisch am meisten vom Faschismus. Die größten Rüstungskonzerne, Krupp, Flick und die IG-Farben, nahmen sofort 1933 die Rüstungsproduktion auf (Dok. 160-164); sie konnten ihre Profite in den Jahren 1933 bis 1938/39 um ein Vielfaches steigern, so Krupp um 300, die IG-Farben um 500 Prozent. (Dok. 168-170)

Das Geld für die gigantische Rüstungsproduktion, deren Umfang von 1,5 Milliarden Reichsmark 1933 auf 16 Milliarden Reichsmark 1938 und damit von 2 auf 32 Prozent am Volkseinkommen empor-[168:]schnellte (Dok. S. 165-166), konnte nur durch rigide Einsparungen im Bereich der öffentlichen Hand (Wohnungsbau, Versorgungsbetriebe), Abbau von Sozialleistungen und durch das Einfrieren der Löhne aufgebracht werden. (Dok. 167, 187-188, 190)

Eine solche Politik erforderte nicht nur die Ausschaltung aller aktiven politischen Kräfte, sondern umfassende Maßnahmen zur Entrechtung aller Lohnabhängigen. Als Hauptinstrumentarien hierzu dienten die gesetzliche Sicherung der uneingeschränkten Herrschaft des Unternehmers im Betrieb nach dem „Führerprinzip“ (Dok. 171-174) und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF). Hitler und seine politische Führung propagierten die DAF als „Gewerkschaft“. In Wirklichkeit jedoch war die DAF eine Gliederung der NSDAP und eine Zwangsorganisation, in der Lohnabhängige und Unternehmer zusammengefaßt waren, den Lohnabhängigen also jede Möglichkeit einer eigenständigen Interessenvertretung genommen war. (Dok. 175)

Die DAF stieß bei den Arbeitern auf erheblichen Widerstand. 1935 stellte sie „Vertrauensmänner“ aus ihren Reihen zur Wahl. Einem illegalen Aufruf einer antifaschistischen Gruppe folgend, boykottierten je nach Betrieb zwischen 25 und 75 Prozent der Arbeiter die Wahlen. Die „Vertrauensmänner“-

Wahlen von 1935 waren der letzte Versuch, dem faschistischen Regime in der Arbeiterklasse einen legitimatorischen Schein zu verschaffen; die DAF wagte nie wieder ein ähnliches Manöver. (Dok. 176-178)

Während vor allem in der Arbeiterbewegung vielfältige Formen des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur entwickelt wurden, blieb ein großer Teil der deutschen Bevölkerung politisch passiv oder begeisterte sich für das faschistische System. Nicht allein durch den Terror gegen alle antifaschistischen Kräfte und die politische Entrechtung der Bevölkerung vermochten Hitler und die nationalsozialistische Führung ihre Herrschaft abzusichern. Sie beherrschten meisterhaft die Methode der Versprechungen, Verdrehungen und Lügen, mit der die Bevölkerung über die wahren Ziele der faschistischen Regierung getäuscht wurde, und sie verstanden es, mit propagandistisch wirksamen Mitteln die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrem Staat zu verschleiern.

Die Integration breiter Bevölkerungsschichten zu erreichen, oder, wie Goebbels es formulierte, die „Rückendeckung im Volke selbst“ zu finden (Dok. 195), war das oberste Gebot faschistischer Propagandatätigkeit. Führerkult und Führerprinzip sollten die Bevölkerung zu absolutem Gehorsam und Elitedenken erziehen, dabei möglichst [169:] dumm halten und ihre Identifikation mit dem „Führer“ fördern. (Dok. 195-197) Die spezifische Rolle der Propaganda war es, durch Anwendung aller massenwirksamen und erfolgversprechenden Mittel (Dok. 199-200) die Bevölkerung so zu manipulieren, daß sie gegen ihre eigenen Interessen handelte und der faschistischen Regierungsführung zustimmte; diese Propaganda machte notwendig das Verschweigen der wahren Ziele zum Prinzip. (Dok. 198)

Ein Paradebeispiel für die Verlogenheit der Propaganda war die Friedensdemagogie der NSDAP. Während der zweite Weltkrieg mit größter Intensität vorbereitet wurde, sollte das Volk mit Friedensbeteuerungen beruhigt und die Losung der antifaschistischen Kräfte, Hitler bedeute den Krieg, aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit ausgemerzt werden. (Dok. 201-202) Parolen und Versprechungen allein jedoch reichten nicht aus, um auf Dauer die Integration breiter Bevölkerungsschichten sicherzustellen. Es mußten, für jeden einzelnen sichtbar und propagandistisch verwertbar, auch konkrete „Verbesserungen“ vorgewiesen werden, die zu belegen schienen, daß mit der nationalsozialistischen Herrschaft ein „neues Zeitalter“ begonnen habe. Diese Funktion erfüllte die der DAF angeschlossene NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Mit ihren betrieblichen Verschönerungsaktionen, Festen, Wanderungen und Ferienfahrten – die allesamt als angeblicher Beweis des „Sozialismus“ ausgegeben wurden – sollte sie die Wirklichkeit des betrieblichen Alltags, in dem allein der Betriebs„führer“ bestimmte, und den Betrug an den antikapitalistischen Hoffnungen und Forderungen der Bevölkerung vergessen machen. Um den Schein für die Wirklichkeit auszugeben, um die „Volksgemeinschaft“, in der alle Klassengegensätze überwunden seien; glaubhaft zu machen, wurde ein riesiger Apparat aufgebaut und wurden erhebliche finanzielle Aufwendungen getätigt. (Dok. 203-207)

Zur Integration breiter Bevölkerungsschichten trugen neben den zahlreichen KdF-Propagandaaktionen noch zwei weitere Faktoren bei: die außenpolitischen „Erfolge“ der Hitlerregierung (Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland 1935, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935, Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone 1936 und Annexion Österreichs 1938), die von den Nationalsozialisten als Brechung des Versailler Diktats propagandistisch ausgenutzt werden konnten, sowie der „wirtschaftliche Aufschwung“, den die NSDAP als ihr Werk rühmte.

In Wirklichkeit war der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise bereits 1932 überwunden, die NSDAP profitierte also von der wie-[170:]derauflebenden Konjunktur. Zum zweiten setzte die faschistische Regierung die Politik der Staatsverschuldung verstärkt fort; sie finanzierte den gigantischen Rüstungsboom, der nach 1933 einsetzte, mit Geldmitteln, für die kein faktischer Gegenwert vorhanden war (Mefo-Wechsel).

Für die breite Masse der Bevölkerung allerdings bedeutete die Rüstungskonjunktur, wieder Arbeit zu bekommen, und die Friedensdemagogie Hitlers verschleierte das wahre Ziel der „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, die fast ausschließlich im Dienst der direkten oder indirekten Aufrüstung standen, wie die Produktion militärischen Geräts, der Autobahnbau oder landwirtschaftliche Verbesserungen besonders zur angeblichen Grenzsicherung östlich der Elbe.

Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung war trotz dieser Maßnahmen sehr widersprüchlich. Zwar sank die Arbeitslosenzahl; dennoch verzeichnete die Statistik noch 1936 eine Arbeitslosenquote von eineinhalb Millionen (Dok. 189), obwohl der Arbeitskräftemangel auch in amtlichen Verlautbarungen immer wieder beklagt wurde. Die Tariflöhne wurden 1933 auf das Niveau der Vorkrisenzeit eingefroren, die Reallöhne sanken aufgrund der erheblichen Steigerung der Lebenshaltungskosten (Dok. 185) in der Zeit von 1936-1938 weiter. (Dok. 188). Zahlreiche Klagen und Beschwerden aus allen Teilen des Reiches wandten sich gegen die Lohnpolitik der Regierung. (Dok. 179-183) Der Durchschnittsbürger mußte sich einschränken, die Gesamtaufwendungen, die für den Lebensbedarf ausgegeben werden konnten, sanken. (Dok. 186) Die Textilarbeiter im Regierungsbezirk Münster z. B. verarmten dermaßen, daß sie sich – nach amtlichen Angaben! – nicht einmal Wintervorräte an Kartoffeln und Kohlen leisten konnten. (Dok. 181)

Selbst in der faschistischen Führung wurden angesichts dieser Entwicklung besorgte Stimmen laut, die eine Lockerung der Lohnfestsetzung forderten (Dok. 179-180), sie setzten sich jedoch nicht durch. (Dok. 184)

Ein Zehnstunden-Arbeitstag, gesteigerte Arbeitshetze und ein erhöhtes Unfallrisiko kennzeichnete die wirtschaftliche und soziale Lage der Mehrheit der Lohnabhängigen. (Dok. 182, 191) Überdurchschnittlich gut hingegen ging es den Facharbeitern, die in der Rüstungsindustrie arbeiteten; sie wurden weit über Tarif bezahlt, die Rüstungskonzerne warben sich gegenseitig durch Lohnüberbietungen die qualifiziertesten Fachkräfte ab. (Dok. 182)

Auch die wirtschaftliche Lage der Mittelschichten, deren Interessen Hitler vor 1933 zu vertreten vorgegeben hatte, verbesserte sich [171:] nicht unter der faschistischen Herrschaft. Großbanken, Großkonzerne und Kaufhäuser, die ihre ökonomische Existenzgrundlage bedrohten, wurden nicht enteignet; an die Stelle der jüdischen Besitzer traten allenfalls deutsche Eigentümer. In den Jahren von 1933-1939 gingen mehr als 36.000 kleine und mittlere Unternehmen in Konkurs, 392.000 Handwerksbetriebe mußten schließen, und fast 12.000 Bauernhöfe, die meisten unter 20 Hektar – fast ebensoviel wie in den Krisenjahren 1931/32 – fielen der Zwangsversteigerung zum Opfer. (Dok. 192-194)

Der soziale Inhalt der faschistischen Diktatur tritt angesichts solchen Faktenmaterials offen zutage. Die Nutznießer des Hitlerfaschismus waren die Großkonzerne und Großbanken, die von der Aufrüstung und von den sinkenden Lohn- und Sozialkosten profitierten, und die Großgrundbesitzer, die im Zuge der Kriegsvorbereitung und der „Grenzsicherung im Osten“ erhebliche Subventionen zur Entschuldung ihrer Ländereien erhielten. Der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung brachte der Faschismus eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation, politische Verfolgung und Entrechtung.

[172:]

I. Terror als Grundelement des Faschismus

1. Vom Reichstagsbrand zum Ermächtigungsgesetz

*„Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol(itischen) Macht.
Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt(igen) innenpol(itischen) Zustände in D(eutschland). Keine Duldung der
Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt
werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel ... Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebs-
schadens der Demokratie.*

Nach außen. Kampf gegen Versailles ...

Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol(itischen) Macht ...

Wie soll pol(itische) Macht ... gebraucht werden? ...

*Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmögl(ichkeiten), vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im
Osten u(nd) dessen rücksichtslose Germanisierung ...“*

Adolf Hitler am 3.2.1933

133. Aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Kabinetts Adolf Hitler am 30. Januar 1933

Der Reichskanzler wies darauf hin, daß eine Vertagung des Reichstags ohne Mithilfe des Zentrums nicht möglich sei. Nun könne man vielleicht daran denken, die kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Nach seiner Erfahrung seien jedoch Verbote von Parteien zwecklos. Er befürchte als Folgen eines eventuellen Verbots der KPD schwere innenpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik. Sicherlich gebrauche die Wirtschaft Ruhe. Wenn man jedoch die Frage aufwerfe, was für die Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute, die mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung oder ein Generalstreik, so müsse man nach seiner Ansicht zu dem Ergebnis kommen, daß ein Generalstreik für die Wirtschaft weit gefährlicher sei.

[173:] Es sei schlechterdings unmöglich, die 6 Millionen Menschen zu verbieten, die hinter der KPD ständen. Vielleicht könne man nach Auflösung des Reichstags bei den dann bald vorzunehmenden Neuwahlen doch eine Mehrheit für die jetzige Reichsregierung gewinnen. Am allerbesten werde es sein, wenn der Reichstag sich freiwillig vertage.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft¹ führte aus, daß er gewiß keine Sehnsucht nach einem Generalstreik habe. Nach seiner Überzeugung werde es jedoch nicht möglich sein, um die Unterdrückung der KPD herumzukommen. Anderenfalls werde man keine Mehrheit im Reichstag erreichen, jedenfalls keine Zweidrittelmehrheit.

Nach der Unterdrückung der KPD sei die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag möglich. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob im Falle der Unterdrückung der KPD ein Generalstreik ausbrechen werde. Er ziehe die Unterdrückung der KPD den Neuwahlen vor.

Reichsminister Göring teilte mit, daß die Kommunisten für heute abend [30.1.] eine Demonstration geplant hätten, die er verboten habe. Nach seinen Feststellungen würde die SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen. Die Sozialdemokratie dränge zur Zeit auf eine Aussprache im Reichstag.

Nach seiner Auffassung sei es am besten, möglichst bald den Reichstag aufzulösen und zu Neuwahlen zu kommen. Der Reichskanzler habe sein Wort dahin verpfändet, daß auch nach den Neuwahlen die jetzige Zusammensetzung des Reichskabinetts nicht geändert werde.

Dok. PS – 351. IMG, Bd. XXV, S. 374-376.

134. Aus der Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3. Februar 1933

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!)

¹ Alfred Hugenberg

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesin-[174:]nung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Bewegung. Sie wird wachsen). Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.

3. Wirtschaft! Der Bauer muß gerettet werden! Siedlungspolitik! Künfft. Steigerung d. Ausfuhr zwecklos. Aufnahmefähigkeit d. Welt ist begrenzt u. Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Mögl. Arbeitslosenheer z. T. wieder einzuspannen. Aber braucht Zeit u. radikale Änderung nicht zu erwarten, da Lebensraum für d(utsches) Volk zu klein.

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gifte verfallen.

Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel.

Wehrmacht wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d. Staates. Sie soll unpol. u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen.

G. Förster, H. Helmert, H. Otto, H. Schnitter, Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 260-261.

[175:]

135. Aus der Meldung des amtlichen „Preußischen Pressedienstes“ vom 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand

Am Montag abendbrannte der Deutsche Reichstag [...]

Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Unter den hundert Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster [...]

Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringendem Tatverdacht Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der Kommunistischen Partei werden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen für ganz Preußen verboten. Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen der sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstag in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbar Tatsache geworden. Sie verlangt von dem verantwortlichen Hüter der Sicherheit Preußens ein Durchgreifen, das von seiner Pflicht bestimmt wird, die Staatsautorität in diesem Augenblick der Gefahr aufrechtzuerhalten.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Basel 1933, (Nachdr. 1978), S. 65-66.

136. Aus der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1: Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie [176:] Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. [...]

§ 5: Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. Wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. Wer eine Freiheitsberaubung (§ 239 des Strafgesetzbuchs) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

Reichsgesetzblatt, 1933, Teil 1, Nr. 17, S. 83.

137. Aus der Schlußrede Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß am 16. Dezember 1933¹

Dimitroff: Der Polizeibeamte Heller hat hier ein kommunistisches Gedicht aus einem 1925 erschienenen Buch zitiert, um zu beweisen, daß die Kommunisten 1933 den Reichstag in Brand gesetzt haben. Ich erlaube mir, hier auch ein Gedicht, aber von dem größten deutschen Dichter, Goethe, zu zitieren:

Lerne zeitig klüger sein.
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.

[177:] Ja, wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein! Diese Wahrheit hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit weder 1918 noch 1923, noch am 20. Juli 1932, noch im Januar 1933 verstanden. Die sozialdemokratischen Führer, die Wels, Severing, Braun, Leipart und Graßmann, sind schuld daran. Jetzt werden die deutschen Arbeiter das wohl verstehen können! [...]

Der Herr Oberreichsanwalt hat beantragt, die bulgarischen Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freizusprechen. Damit aber bin ich gar nicht zufrieden. So einfach ist die Sache nicht. Das würde den Verdacht nicht beseitigen. Nein, während des Prozesses wurde bewiesen, daß wir mit der Reichstagsbrandstiftung nichts gemein haben, und deshalb gibt es keinen Platz für irgendeinen Verdacht. Wir Bulgaren sowie Torgler müssen freigesprochen werden nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern weil wir als Kommunisten mit dieser antikommunistischen Tat nichts zu tun haben und nichts zu tun haben konnten.

¹ Die drei bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff und der deutsche Kommunist Torgler mußten freigesprochen werden; der holländische Provokateur van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt.

Ich beantrage folgenden Beschluß:

1. daß das Reichsgericht unsere Unschuld an dieser Tat und die Anklage als unberechtigte Anklage anerkennt; das bezieht sich auf alle, auch auf Torgler, Popoff und Taneff;
2. van der Lubbe als mißbrauchtes Werkzeug der Feinde der Arbeiterklasse zu betrachten;
3. die Schuldigen an der unberechtigten Anklage gegen uns zur Verantwortung zu ziehen;
4. uns auf Rechnung dieser Schuldigen die entsprechende Entschädigung für die verlorene Zeit, für die geschädigte Gesundheit und für die ertragenen Leiden zuzuerkennen. [...]

Im 17. Jahrhundert stand der Begründer der Physik, Galileo Galilei, vor dem strengen Inquisitionsgericht und sollte als Ketzer zum Tode verurteilt werden. Er hat mit tiefster Überzeugung und Entschlossenheit ausgerufen:

„Trotzdem, sie, die Erde – dreht sich doch!“ Und diese wissenschaftliche These wurde später zum Gemeingut der ganzen Menschheit. [...]

Wir Kommunisten können heute nicht weniger entschlossen als der alte Galilei sagen:

Und dennoch dreht sie sich! Das Rad der Geschichte dreht sich vorwärts. – Nach einem Sowjeteuropa, nach einem Weltbund der Sowjetrepubliken!

Und dieses Rad, getrieben durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale, wird durch keine Ausrottungs-[178:]maßnahmen, durch keine Zuchthausstrafen und Todesurteile aufgehalten werden. Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!

G. Dimitroff, Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, Berlin 1960, S. 177-179.

138. Aus der Verordnung vom 21. März 1933 „Zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

[...] § 3 (1) Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

(2) Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder ein Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden.

(3) Wer die Tat grob fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Reichsgesetzblatt, 1933, T. I, Nr. 24, S. 135.

139. Aus dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) beschlossen im Reichstag im 23. März 1933

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

[179:] Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichtags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Reichsgesetzblatt, 1933, Teil I, Nr. 25, S. 141.

[180:]



SA besetzt das Gewerkschaftshaus in Berlin

[81:]

2. Zerschlagung der Gewerkschaften, Verbot der SPD und Verfolgung demokratischer Kräfte

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Martin Niemöller, ehem. Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, 1938-1945 im Konzentrationslager

140. Aus dem Schreiben von Roland Brauweiler, geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, an Vizekanzler Franz v. Papen vom 31. März 1933 und aus der beiliegenden Denkschrift über die Liquidierung der Gewerkschaften

Anliegend überreiche ich ihnen eine kurze Aufzeichnung meiner Auffassung zur Gewerkschaftsfrage. Ich würde sehr dankbar sein; wenn ich in den nächsten Tagen einmal Gelegenheit haben könnte, mit Ihnen – wie Sie es mir neulich im Herrenklub in Aussicht stellten – über diese Frage und damit zusammenhängende Dinge zu sprechen. Es muß hier schnell und durchgreifend gehandelt werden, nicht zuletzt auch im Interesse der Einheitlichkeit der nationalen Front.

Zur Gewerkschaftsfrage

1. Schnelle Klärung notwendig [...]

2. Als Wege der Lösung kommen in Frage:

a) Beseitigung lediglich der privilegierten Stellung der alten

Gewerkschaften und Herstellung der vollen rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung der hinter der Regierung stehenden Gruppen [...]

b) Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaft unter Verschmelzung aller bisherigen Gewerkschaften [...] Entscheidend ist, daß die neue Arbeitnehmerorganisation innerlich homogen und zuverlässig ist.

Daher scheint m. E. am stärksten erwägenswert

[182:] c) Die Schaffung einer innerlich zuverlässigen Gewerkschaft nur aus den hinter der Regierung stehenden Gruppen und deren Privilegierung für den Abschluß von Kollektivvereinbarungen usw. Im Sinn der carta del lavoro¹ also nicht nur Gleichstellung, sondern eindeutige Bevorzugung vor den alten Gewerkschaften [...] Bei solcher Schaltung ist mehr oder minder schnelle Auflösung der alten Gewerkschaften mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten. [...]

3. Für die notwendigerweise bis zu einer Neugestaltung vergehende Übergangszeit empfiehlt sich die Einsetzung von Regierungskommissaren, die nicht zuletzt auch als Treuhänder für die Vermögensbestände und Institute der alten Gewerkschaften zu fungieren hätten.

BA Koblenz, R 53, Nr. 80, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 38.

141. Beschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. April 1933

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschränkung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

¹ Arbeitsgesetzgebung im faschistischen Italien.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Gewerkschafts-Zeitung v. 22.4.1933, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 5, S. 449-450.

[183:]

142. Aus dem Rundschreiben Robert Leys über die Zerschlagung der Gewerkschaften vom 21. April 1933

Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften.

Die Leitung der gesamten Aktion liegt in den Händen des Aktionskomitees. Das Aktionskomitee setzt sich folgendermaßen zusammen:

Dr. Roben Ley, Vorsitzender

Rudolf Schmeer, Stellvertreter,

Schuhmann, Kommissar für den ADGB

Peppler, Kommissar für den AFA-Bund

Muchow, Organisation

Bankdirektor Müller, Komm. Leiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten

Brinckmann, Komm. Hauptkassierer

Biallas, Propaganda und Presse.

Zum erweiterten Aktionskomitee gehören sämtliche kommissarischen Leiter der Verbände.

Im wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AFA-Bund). Was darüber hinaus von den Freien Gewerkschaften abhängig ist, ist dem Ermessen der Gauleiter anheimgestellt.

Verantwortlich für die Durchführung der Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter. Träger der Aktion soll die NSBO sein.

SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.

Der Gauleiter trifft seine Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit dem zuständigen Gaubetriebszellenleiter.

Die Aktion in Berlin wird durch den Aktionsausschuß selbst geleitet.

Im Reich werden besetzt:

Die Leitung der Verbände;

die Gewerkschaftshäuser und Büros der freien Gewerkschaften, die Parteihäuser der SPD, soweit Gewerkschaften dort untergebracht sind; die Filialen und Zahlungsstellen der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.“;

die Bezirksausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes;

[184:] die Ortsausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes.

In Schutzhaft werden genommen:

Alle Verbandsvorsitzenden;

die Bezirkssekretäre und

die Filialleiter der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.“.

Die Ortsausschußvorsitzenden sowie die Angestellten der Verbände sind nicht in Schutzhaft zu nehmen, sondern zur Weiterarbeit zu veranlassen.

Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Gauleiters zulässig.

Dok. PS – 392, IMG, Bd. XX V, S. 534-536.

143. Aus der Rede Adolf Hitlers am 1. Mai 1933

Unseres Volkes Erwachen ist nun gekommen. Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und Haders, es wird sich nunmehr verwandeln zum Symbol der Erhebung, zum Symbol der großen Einigung unseres Volkes. Und deshalb haben wir diesen Tag der erwachenden Natur gewählt für alle kommenden Zeiten als Tag der Wiedergewinnung der Kraft und der Stärke unseres Volkes, Tag im Zeichen der schaffenden Arbeit [...]

Wir haben eines als erste Aufgabe zur Wiedergenesung unseres Volkes erkannt: Das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen. Die Millionen Menschen, die in Berufen zerrissen, in Klassen auseinandergehalten worden sind, die von Ständesdünkel und Klassenwahnsinn befallen einander nicht mehr verstehen lernten, die müssen den Weg wieder zueinander finden.

Das ist der Sinn des 1. Mai [...]

Deutsches Volk! Du bist stark, wenn du eins wirst, du bist gewaltig, wenn du den Geist deines Klassenkampfes und deiner Zwietracht aus dem Herzen reißt, du kannst hinter deine Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn du die Arbeit verbindest mit dem Gefühl deines gesamten Volkstums.

Vollständiger Wortlaut in: W. M. Espe, *Das Buch der N.S.D.A.P. Werden, Kampf und Ziel der N.S.D.A.P.*, Berlin 1934, S. 322-323.

[185:]



[186:]



SA verhöhnt Bernhard Kuhnt, den ehemaligen oldenburgischen Ministerpräsidenten und Reichstagsabgeordneten der SPD, Chemnitz, März 1933.

[187:]

144. Aus dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 17. Mai 1933 über die Einlieferung führender badischer Sozialdemokraten in ein Konzentrationslager

Vor dem Gefängnis hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die die Verhafteten mit Pfeifen, Pfui- und Niederrufen empfangen. Vor dem ersten Polizeikraftwagen, auf dem die Verhafteten unter starker Bedeckung entblößten Hauptes saßen, schritt eine zweireihige SS-Kolonnie untergefaßt zur Freimachung der Straße. Hinter dem ersten Polizeiwagen folgte ein zweiter mit SA-Besetzung. Außerdem war der Zug zu beiden Seiten und am Schlusse von SA-Leuten begleitet. Die Polizeiwagen fuhren ganz langsam im Schritt durch eine dichte, oft acht Glieder tiefe Menschenmauer. Ununterbrochen auf dem ganzen Weg ertönten Pfui- und Niederrufe. Auch wurde überall das Müllerlied gesungen als Anspielung auf Remmele¹ der früher Müllerknecht war. [...] Der Zug ging u. a. am Landtagsgebäude und am Staatsministerium sowie am ehemaligen Gewerkschaftshause vorbei, wo jedesmal kurz Halt gemacht wurde. Auch spielten unterwegs Kapellen das Müllerlied. Der Andrang des Publikums war so stark, daß der gesamte Straßenbahn- und Autoverkehr vollkommen lahmgelegt war. Unterwegs wurden verschiedene Rot-Front-Rufer sofort auf der Stelle verhaftet und auf dem zweiten Polizeiwagen mittransportiert.

Völkischer Beobachter v. 17. Mai 1933 (Ausgabe A/Münchener Ausgabe), zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 46-47.

¹ Adam Remmele (SPD) war ehem. badischer Staatspräsident und Minister und zuletzt Präsident der Deutschen Konsum-Einkaufsgenossenschaft in Hamburg.

145. Aus den Erinnerungen von Max Seydewitz¹ über die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann im Juni 1933

Bald nach unserer Ankunft in Prag hatte ich viele Begegnungen mit Genossen aus der Heimat [...] Rabold² berichtete: Als er an einem sonnigen Tag Anfang Juni 1933 im Garten des Cafés Josty am Potsdamer Platz saß, kam Ernst Heilmann, und da er Rabold kannte, nahm er an dessen Tisch Platz. Diesen Mann, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, nannte man [188:] den ungekrönten König von Preußen, weil nach seiner Pfeife die Minister Preußens tanzen mußten. Heilmann fühlte sich sehr sicher. Überheblich sagte er Rabold, die ganze Aufregung über die Hitlerregierung und die von ihr drohende Gefahr sei maßlos übertrieben. Der böhmische Gefreite werde von Hindenburg und der Reichswehrführung in Schach gehalten. Und überdies habe die Hitlerregierung bald abgewirtschaftet; spätestens in sechs Monaten sei es mit ihrer Herrschaft zu Ende. Heilmann prahlte damit, daß er, der hier im Café Josty in Ruhe und Frieden seinen Mokka trinke, doch ein überzeugender Beweis dafür sei, daß einem bekannten Politiker der Weimarer Republik, der sich gegenüber dem neuen Regime loyal verhalte, nichts geschehe. Kaum hatte er den letzten Satz zu Ende gesprochen, da traten ein paar SA-Männer an ihren Tisch und forderten Heilmann ziemlich unsanft auf, ihnen zu folgen.

Von diesem Augenblick an war Heilmann verschwunden. Er wurde zuerst in die Folterkeller des Columbia-Hauses geschleppt und furchtbar mißhandelt. Dann mußte er eine Höllenfahrt durch die Konzentrationslager Oranienburg, Esterwegen und Dachau machen, bis man ihn schließlich nach Buchenwald brachte. Auf allen seinen Leidensstationen behandelten ihn die SS-Schergen als ein besonderes Schau- und Belustigungsobjekt. Dazu gehörte, daß sie ihn vor versammelter Mannschaft zwangen, wie ein geprügeltes Tier auf allen Vieren zu laufen und seinen eigenen Kot zu essen. In Buchenwald wurde Ernst Heilmann schließlich im Jahre 1940 zu Tode mißhandelt. Die Verhaftung Ernst Heilmanns war wenige Tage vor dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei am 22. Juni 1933 erfolgt.

M. Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976, S. 311-313.

146. Aus dem Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933

§ 1 (1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maß-[189:]gabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen [...]

§ 2 (1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienst zu entlassen. [...]

§ 3 (1) Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen [...]

§ 4 Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden [...]

Hohlfeld, Bd. IV. S. 53-54.

147. Erlaß des Preußisch en Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 9. August 1933 über die Relegation fortschrittlicher Studenten

Im Nachgang zu meinem Erlaß vom 29. Juni 1933 [...] bestimme ich, daß auch alle Studierenden an preußischen Hochschulen, die sich in den letzten Jahren nachweislich in marxistischem (kommunistischem oder sozialdemokratischem) oder sonst antinationalem Sinne aktiv betätigt haben, mit sofortiger Wirkung von dem Universitätsstudium auszuschließen sind [...] Die Zugehörigkeit eines Studierenden zu einer politischen Partei, ausgenommen die Kommunistische Partei, rechtfertigt allein

¹ Max Seydewitz gehörte 1923 als SPD-Mitglied der aus einer Koalition von SPD und KPD gebildeten Regierung in Sachsen an. 1931 zählte er zu den Mitbegründern der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP). Nach der faschistischen Machtübernahme emigrierte er zunächst nach Prag. 1934 schloß er sich der Kommunistischen Partei an.

² Landtagsabgeordneter der KPD in Preußen.

noch nicht die Annahme einer marxistischen oder sonstigen antinationalen Betätigung. Dies gilt auch dann, wenn der Studierende eingeschriebenes Mitglied einer der in Frage kommenden Parteien gewesen ist, an sie Beiträge bezahlt und ihre Versammlungen besucht hat.

Die Voraussetzungen für die Annahme einer marxistischen oder sonstigen antinationalen Betätigung sind aber insbesondere dann erfüllt, wenn ein Studierender in Wort, Schrift oder durch sein sonstiges Verhalten gehässig gegen die nationale Bewegung aufgetreten ist, ihre Führer beschimpft oder national gesinnte Studierende zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen versucht hat. Als besonders belastend ist dabei die Zugehörigkeit zu pazifistischen, [190:] landesverräterischen oder ähnlichen Organisationen (z. B. der „Deutschen Friedensgesellschaft“) anzusehen.

ZStA Merseburg, Rep. 76 Va, Sekt. J, Tit. XII, Nr. 42, Bd. 1, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 56.

148. Aus dem Bericht der Preußischen Geheimen Staatspolizei vom 22. Juni 1936 über die Verhaftung Carl von Ossietzkys 1933

1. von Ossietzky ist am 28. 2. 1933 in Berlin in Schutzhaft genommen worden. Die Gründe für die Schutzhaftverhängung waren folgende:

Von Ossietzky gehörte seit 1912 der Deutschen Friedensgesellschaft an. Er hat sich seit Beendigung des Weltkrieges jahrelang als Schriftsteller in den verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften als übler Hetzer in zersetzender Weise betätigt [...]

Ferner war er maßgebend an der Organisation der „Nie-wieder-Krieg“-Bewegung beteiligt, die alljährlich die berüchtigten „Nie-wieder-Krieg“-Demonstrationen Anfang August jeden Jahres veranstaltete. Seit Ende 1926 leitete er als verantwortlicher Redakteur die pazifistische Zeitschrift die „Weltbühne“. Die Mitarbeiter an dieser Zeitschrift stammten ausschließlich aus Kreisen, die sich an volksfeindlicher Einstellung und grenzenlosem Haß gegenseitig zu überbieten versuchten, wenn es darum ging, lebenswichtige Belange des Reiches zu verraten und die Ehre des deutschen Volkes in den Schmutz zu ziehen. Namen von Leitartiklern der „Weltbühne“ wie Tucholsky, von Gerlach, Förster, Hiller, Sternberg kennzeichnen den Mitarbeiterkreis von Ossietzkys zur Genüge.

Wenn von Ossietzky schon in der Zeit der Weimarer Republik mit dem Gesetz in Konflikt kam, so reicht das hin, um zu erkennen, wie groß und wie übel die Hetze gewesen sein muß, die dieser Mann getrieben hat.

Neben Verurteilungen wegen Vergehens gegen das Pressegesetz und wegen Beleidigung schwebten gegen ihn mehrere Verfahren beim Reichsgericht wegen Landesverrats, von denen ein Verfahren mit einer Verurteilung wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis endete. Auf Grund der Amnestie vom 23.11.1932 wurde er aus dem Strafgefängnis entlassen.

2. Seit Beginn der Schutzhaft ist von ausländischer Seite wiederholt versucht worden, auf alle erdenkliche Weise die Entlassung des [191:] von Ossietzky zu betreiben. Vor allem interessierten sich für von Ossietzky pazifistische Kreise des Auslandes und insbesondere die „Gesellschaft der Freunde (Quäker)“.

Der Schutzhaftfall von Ossietzky hat vor allem anderen von Anbeginn an ein außerordentliches Interesse im Auslande gefunden, das entgegen der in ähnlichen Fällen gemachten Erfahrung im Laufe der Zeit keine Abschwächung, sondern eher eine Verstärkung erfahren hat. So ist von Ossietzky insbesondere von französischen, tschechoslowakischen und schwedischen Friedensvereinigungen für den Friedensnobelpreis mehrfach vorgeschlagen worden. Aber nicht nur in Europa, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht ein großes Interesse.

Vollständiger Wortlaut in: K. R. Grossmann. Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1963, S. 381-383.

149. Aus dem Bericht des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes, Carl Burckhardt, über seine letzte Begegnung mit Carl von Ossietzky im KZ Esterwegen

Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute, die einen kleinen Mann mehr schleppten und trugen als heranführten.

Ein zitterndes, totenbleiches Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht geheiltes Bein. Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er nicht ergriff. „Melden!“ schrie Loritz [der Lagerkommandant – d. V.). Ein unartikulierter, leiser Laut kam aus der Kehle des Gemarterten. [...] „Herr von Ossietzky“, sprach ich ihn an, „ich bringe Ihnen Grüße Ihrer Freunde, ich bin der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns das möglich ist, zu helfen.“

Nichts. Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äußersten Grenze des tragbaren angelangt war. Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch sehende Auge mit Tränen, lispelnd unter Schluchzen sagte er: „Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorüber, bald aus, das ist gut.“ Und dann noch ganz leise: „Danke, ich habe einmal Nachrichten erhalten, meine Frau war einmal hier; ich wollte den Frieden.“ Dann kam [192:]



Nobelpreisträger Carl V; Ossietzky als Häftling, 1933.

wieder das Zittern. Ossietzky verneigte sich leicht in der Mitte des weiten, leeren Lagerplatzes und machte eine Bewegung, als wolle er militärische Stellung annehmen, um sich abzumelden. Dann ging er, das eine Bein nachschleppend, mühsam Schritt vor Schritt zu seiner Baracke zurück.

C. J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, zit. nach: Großmann, S. 285-286.

[193:]

3. Der Aufbau des KZ-Systems

150. Aus der Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 21. März 1933 über die Einrichtung des Konzentrationslagers Dachau

Am Mittwoch¹ wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen für 5000 Menschen errichtet werden. Hier werden die gesamten kommunistischen und, soweit dies notwendig ist, Reichsbanner- und sozialdemokratischen Funktionäre, die die Sicherheit des

¹ 22. März 1933.

Staates gefährden, zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist und den Staatsapparat zu sehr belastet, diese Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen unterzubringen. Es hat sich gezeigt, daß es nicht angängig ist, diese Leute in die Freiheit zu lassen, da sie weiter hetzen und Unruhe stiften. Im Interesse der Sicherheit des Staates müssen wir diese Maßnahme treffen ohne Rücksicht auf kleinliche Bedenken. Polizei und Innenministerium sind überzeugt, daß sie damit zur Beruhigung der gesamten nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinne handeln.

Völkischer Beobachter v. 21. März 1933 (Münchener Ausgabe), zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 34.

151. Aus einem Bericht der Zentralstaatsanwaltschaft im Reichs- und Preussischen Justizministerium an den Staatssekretär im gleichen Ministerium vom 21. Juni 1934 über die Mißhandlung von Häftlingen im Konzentrationslager „Vulkanwerft“¹

Das Lager erhielt keine staatlichen Zuschüsse, sondern wurde aus Spenden unterhalten, die zunächst in großem Umfange von größeren Firmen usw. später auch von Häftlingen gefordert und gewährt wurden. [...]

In dem Lager, das etwa 25-40 Häftlinge führte, wurden von Anfang an erhebliche Mißhandlungen an Gefangenen vorgenommen. Diese Mißhandlungen erfolgten durch Austeilung von sogenannten Windstärken, wobei unter „Windstärke 1“ 50, unter „Windstärke 2“ 100 Hiebe mit Fahrerpeitschen auf das entblößte [194:] Gesäß verstanden wurden. Die Anordnungen auf Erteilung der Windstärken wurden aus dem Polizeipräsidium², und zwar in der Regel durch Dr. Hoffmann an das Lager schriftlich oder fernmündlich gegeben und dann im Lager in einem im Keller befindlichen Bunker vollstreckt, wobei der Lagerführer die Aufsicht führte und die Schläge auszählte.

Daneben kamen namentlich in den letzten Monaten auch noch zahlreiche Mißhandlungen vor, die die immer mehr verrohten Wachmannschaften, insbesondere Fink, über die erhaltenen Befehle hinaus vornahmen. Während die Anordnungen von Windstärken in der ersten Zeit im wesentlichen bei Staatsfeinden und gemeingefährlichen Verbrechern erfolgten, um diese zu wahrheitsgemäßen Aussagen zu veranlassen, wurden später auch sonstige Häftlinge, darunter auch Parteigenossen und SA-Männer, wegen irgendwelcher Beschuldigungen, die sich zum Teil später als haltlos erwiesen oder von vornherein unbegründet waren, mißhandelt. Ebenso wie die Zahl der Mißhandlungen steigerte sich auch allmählich deren Schwere, so daß sich, als das Lager aufgelöst wurde, insgesamt vier Personen, darunter eine Frau, mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus befanden.

ZStA Merseburg. 251. Nr. 14028, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 83-84.

152. Aus einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht für Adolf Hitler vom 3. Mai 1935 über Fragen der Innenpolitik

Kein ernsthafter Politiker wird die Tätigkeit der Gestapo bei der Abwehr kommunistischer und anderer staatsfeindlicher Bestrebungen entbehren wollen. Die Tätigkeit der Gestapo greift aber weit über dieses Gebiet hinaus und es finden zahlreiche Verhaftungen, Überführungen ins Konzentrationslager etc. statt, oftmals ohne daß der Betreffende überhaupt erfährt, warum er verhaftet ist, und leider auch oft, ohne daß überhaupt irgend eine Schuld, sondern vielmehr nur ein Verdacht vorliegt. Der Innenminister erläßt zwar Verordnungen, nach denen solche Verhaftungen nicht vorgenommen werden dürfen, aber er setzt sich damit nur d.er Lächerlichkeit aus, denn die Gestapo macht sich aus solchen Verordnungen nichts. [...]

Das gegenteilige Verfahren der Gestapo trägt uns in der ganzen Welt Verachtung ein. Diese Verachtung steigert sich zur offenen Feindschaft, wenn die Gestapo, wie es geschehen ist, ihren Arm unter Verletzung des internationalen Rechtes nach anderen Ländern ausstreckt.

Bei allen drei vorstehend aufgeführten Punkten erhebt sich immer wieder die Frage: Muß das alles so gemacht werden? Im Kern ist das, was das Dritte Reich wünscht und braucht, unanfechtbar.

¹ Das Lager befand sich in Bredow bei Stettin.

² In Stettin.

Warum muß man also die Durchführung in Formen und Methoden vornehmen, die uns die Feindseligkeit der von uns so dringend benötigten Auslandsmärkte einträgt!

1.) Man fördere, wenn man dies will, die Deutsche Glaubensbewegung. Man stelle Angriffe gegen dieselbe unter gesetzliche Strafe. Aber man erlaube kein gewalttätiges Vorgehen Einzelner gegen Bekenntnisüberzeugungen. Das Christentum brauchte 350 Jahre, um sich durchzusetzen. Die Deutsche Glaubensbewegung oder irgendeine andere religiöse Bewegung, die gewünscht wird, kann gestrost 3 bis 4 Jahre ihren Eifer dämpfen, bis unsere Rüstung durchgeführt ist.

2.) Man stempole die Juden in jedem gewünschten Maße zu Einwohnern minderen Rechtes durch entsprechende Gesetze, aber für die Rechte, die man ihnen lassen will, gewähre man ihnen staatlichen Schutz gegen Fanatiker und Ungebildete.

3.) Man beschränke die Gestapo auf bestimmte, im Interesse des Staatswohles erforderliche Überwachungsarbeiten und räume jedem Verhafteten das Recht ein, binnen 24 Stunden vor einem gesetzlich legitimierten Gericht den Verhaftungsgrund zu hören und die Verteidigungsmöglichkeit zu haben.

Mit allem Vorstehenden würden die Staatsnotwendigkeiten sich ohne weiteres erfüllen lassen und die unserem Export heute so stark entgegenstehende Auslandsstimmung würde sich erheblich bessern.

BA Koblenz, NS 10, Nr. 30, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 108-109.

[196:]

4. Die Judenverfolgung bis zum Beginn der Massenmorde

153. Aus den Tagebuchaufzeichnungen des Dichters Jochen Klepper¹

27.III.33 Das stille Pogrom hat heut in der Legalisierung des Boykotts gegen jüdische Geschäfte, Richter, Anwälte, Ärzte, Künstler einen Höhepunkt erreicht. (S. 45)

21.VIII.33 Juden, die Dissidenten sind, gelten als „des aktiven Marxismus und Kommunismus verdächtig“. Dann ist man mit einem Bein im Konzentrationslager. –

Den Juden ist das Benutzen der Badeanstalt Wannsee verboten worden. Man ist nahe am Ghetto [...] (S. 100)

6.IX.33 Die neuen Kirchengesetze sind heut heraus. Der Arierparagraph in schärfster Form, auch auf mit Nicht-Ariern schon geschlossene Ehen ausgedehnt. Nun fehlt nur noch das Gesetz für Schriftsteller und Journalisten (S. 104)

18./19.VII.35 Antisemitische Ausschreitungen am Kurfürstendamm. Verschärfte Arierparagraphen. In Sachsen und Breslau 21 arische Mädchen in Schutzhaft, die Verhältnisse mit Juden hatten. Die Männer in Konzentrationslagern. – Die Säuberung Berlins von Juden drohend angekündigt. (S. 269)

21.VII.35 Hans Nowak [Freund Kleppers] hat die antisemitischen Exzesse am Kurfürstendamm miterlebt. Sie haben Jüdinnen ins Gesicht geschlagen; die jüdischen Männer haben sich sehr tapfer gewehrt; zu Hilfe kam ihnen niemand, weil jeder die Verhaftung fürchtet. (S. 270).

23.VII.35 Drohungen aber, die sonst oft theoretisch bleiben, werden an den Juden sofort praktisch ausgeführt. Und daß keiner mehr sein eigenes Geld frei bekommt, um nach Palästina gehen zu können! [...]. Existenzverlust und körperliche Mißhandlungen sind den Juden tagtägliche Beängstigung geworden. (S. 271)

5.VIII.35 Die Plakate an den Litfaßsäulen und die Schlagzeilen, denen sich zu entziehen unmöglich ist! Die kurze Sommerpause der Politik [...] ist um – der offen angesagte Kampf gegen die „Außenstehenden“ hat wieder begonnen mit einem „Deutsches Volk, horch auf!“ Darunter: „Eheschließung zwischen Deutschen und Juden werden in Zukunft nicht mehr geduldet“. (S. 273)

¹ Jochen Klepper war mit einer jüdischen Frau verheiratet. Ende 1942 ging er mit seiner Frau und seiner Stieftochter in den Freitod.

[197:] 11.IX.35 Nach einem heut herausgekommenen Erlaß wird es von nun an für Juden nur Judenschulen geben. (S. 285)

24.XI.37 Was aber soll man sagen, wenn der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten in seiner gestrigen programmatischen Rede äußert: Christus habe auch nicht gelehrt, gegen die nationalsozialistische Rassenlehre zu kämpfen. Er habe vielmehr einen unerhörten Kampf gegen das Judentum geführt, das ihn deshalb auch ans Kreuz geschlagen habe. (S. 520)

21.II.38 Nun sind die Juden auch aus Bankwesen und Mode fast alle ausgeschaltet. [...] Wer emigriert, darf nicht zurück. Wer im Lande bleibt, bekommt keinen Paß. So furchtbar werden die jüdischen Familien in Deutschland zerrissen! (S. 560)

27.IV.38 Das neue Gesetz: Bestandsaufnahme jüdischen Vermögens, auch in arisch-nichtarischen Mischehen. Ausnahmen sind nur die persönlichen Gebrauchsgegenstände und der Hausrat. – Dann § 7: Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. (S. 584).

13.VII.38 Die Juden in Deutschland aus den letzten, ihnen belassenen Berufen ausgeschieden: Makler, Reisende [...] (S. 617)

29.VII.38 Nach Holland hat nun auch Griechenland seine Grenzen für alle jüdischen Emigranten gesperrt. (S. 619)

3.VIII.38 Die jüdischen Ärzte müssen ihre Praxis auflösen – mit Frist bis zum 1.10.! Nur für die Behandlung von Juden soll es noch Sondergenehmigung geben. (S. 620)

17.VIII.38 Die Juden werden bei der wachsenden Wohnungsnot [...] durch lauter Einkreisungsmaßnahmen gar die Wohnungen genommen. [...] Land um Land sperrt seine Grenzen für die Emigranten. (S. 627)

19.VIII.38 Und immer erschreckender taucht in den Gesprächen das jüdische Konzentrationslager [Buchenwald] in einem Steinbruch bei Weimar auf [...] (S. 629)

15.X.38 Was nach dem Ärztegesetz zu erwarten war: nun sind auch die jüdischen Anwälte um ihre Existenz gebracht [...] (S. 65).

J. Klepper, Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, hrsg. v. H. Klepper, Stuttgart 1956.

[198:]

II. Großkapital und faschistische Führung

1. Monopolisierung der Wirtschaftsstruktur

„Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium (des Reichsverbandes der Deutschen Industrie) seit langem gehegt habe.“

Hjalmar Schacht am 25.4.1933

„Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichsminister, an die hier vereinten Vertreter der deutschen gewerblichen Wirtschaft gerichtet haben, weisen der Organisation der deutschen Wirtschaft neue, verheißungsvolle Wege ... Der Weg, den Sie ... uns nun für die weitere Entwicklung weisen, schafft die Synthese zwischen der Autorität unseres neuen Staates und der Schaffensfreudigkeit einer ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen wohl bewußten Selbstverwaltung der Wirtschaft.“

Gustav Krupp am 13.3. 1934

154. Aus dem Schreiben Gustav Krupps an Adolf Hitler vom 25. April 1933 und aus der beigegeführten Aufzeichnung Krupps über die Reorganisation des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Die Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu der Frage der Reorganisation der wirtschaftlichen Verbände wird auf der einen Seite vorgezeichnet durch die schon bisher von weitesten Kreisen des Reichsverbandes und nicht zuletzt von mir erstrebte Vereinfachung und Rationalisierung des gesamten industriellen Verbandswesens, auf der anderen Seite durch den Wunsch, unter Übernahme des Führergedankens des neuen deutschen Staates die durch das Gesamtinteresse der Nation bedingten wirtschaftlichen Maßnahmen mit dem politisch Notwendigen abzustimmen. Die wirtschaftlichen industriellen Organisationen sollen unter engster Anknüpfung an das Bestehende und unter Aufrechterhaltung des wertvollen Gutes der freien industriellen Selbstverwaltung so einfach und schlagkräftig wie möglich gestaltet werden. Diese Stellungnahme ist für mich eine staats- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. [...]

[199:] Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt habe. Überzeugt davon, daß unter dem Drucke der Verarmung unseres Volkes der Staatsapparats unbedingt auf das äußerste vereinfacht werden muß, habe ich bereits seit längerem mich nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß auch die Selbstverwaltung der Wirtschaft der Rationalisierung bedarf.

In der Überzeugung, daß die gegenwärtige Stunde nicht versäumt werden darf. um das für die Wirtschaft Beste zu erreichen, bin ich entschlossen, die mir von dem Präsidium übertragene Vollmacht zur Lösung-einer doppelten Aufgabe auszunutzen:

1. In den Verhandlungen mit dem Herrn Reichskanzler und seinem Beauftragten werde ich es mir zum Ziele setzen, auf dem Gebiet der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Vernünftige mit dem politisch Notwendigen abzustimmen.

2. Bei der Reorganisation des Reichsverbandes der deutschen Industrie werde ich mich von dem Gedanken leiten lassen, die neue Organisation in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen und sie zugleich so rationell und schlagkräftig zu machen, daß sie, der Bedeutung der Industrie entsprechend, ein wirksames Instrument des industriellen Unternehmertums sein kann [...]

Dok. D – 157, IMG. Bd. XXXV, S. 23-26.

155. Aus dem Entwurf der Denkschrift des Reichsstandes der deutschen Industrie (Wirtschaftspolitische Abteilung) vom 13. Februar 1934

Das Reorganisationswerk des Jahres 1933:

Der Sieg der nationalen Revolution stellte den Reichsverband der deutschen Industrie (der am 19. Juni 1933 die Bezeichnung „Reichsstand der deutschen Industrie“ annahm) vor die Aufgabe seiner Eingliederung in den neuen Staat. Die Arbeiten auf diesem Gebiete erfolgten bisher in folgenden Etappen:

Die erste Maßnahme im April des letzten Jahres bezweckte die sogenannte Gleichschaltung. Diese Gleichschaltung vollzog sich innerhalb der wirtschaftspolitischen Verbände der Industrie dadurch,

daß die Aktion der Partei bei der Spitze der industriellen Organisa-[200:]tion sich überleitete in die Einrichtung der Reichskommissare. Mit diesen zusammen führte der Präsident des Reichsstandes der deutschen Industrie, Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, diejenigen Maßnahmen durch, die erforderlich waren, um die Gesamtorganisation den staatspolitischen Notwendigkeiten anzupassen. Hand in Hand mit dieser Aufgabe ging die Inangriffnahme zweier weiterer Aufgaben, und zwar 1.) der Vorbereitung des ständischen Aufbaues und 2.) der Durchführung eines internen Reorganisationswerkes. Die Vorarbeiten für den späteren ständischen Aufbau der Industrie wurden auf Aufforderung des Reichswirtschaftsministeriums am 7. Juli 1933 im Zusammenhang mit der Abberufung der Wirtschaftskommissare eingestellt. Die weiteren Arbeiten konzentrierten sich damit auf das innere Reorganisationswerk, dessen Ziel es war, den großen Apparat der industriellen Organisation zu vereinfachen und klarer zu gliedern. Seit langem schon hatte es sich gezeigt, daß auf der einen Seite Doppelarbeit und Überschneidungen vorlagen, in anderen Fällen wieder auch erhebliche Lücken in der Gesamtorganisation bestanden. Die von dem Präsidenten des Reichsstandes der deutschen Industrie bereits seit längerer Zeit gehegten Pläne einer Reorganisation konnten mit Erfolg erst in dem Augenblick in die Tat umgesetzt werden, als dem Reichsstand der deutschen Industrie im Frühjahr 1933 in gewissem Umfange die notwendigen Vollmachten gegeben wurden.

Für die Reorganisation wurden im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium am 24. Juli 1933 Richtlinien herausgegeben. Für die Gleichschaltung der Verbände waren folgende Gesichtspunkte maßgebend:

- 1.) Durchführung des Führerprinzips bei der Neuorganisation der Verbände.
- 2.) Die Zusammensetzung des Vorstandes und der anderen Gremien, vor allem aber die Auswahl der Vorsitzenden, hat den politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.
- 3.) Die Führer und stellvertretenden Führer sollen aktive Industrielle, d. h. selbständige Unternehmer oder Vorstandsmitglieder von industriellen Firmen sein.
- 4.) Weiterhin soll stärker als bisher auf die Heranziehung mittlerer und kleinerer Industrieller in die maßgebenden Gremien Bedacht genommen werden.
- 5.) Eine Verkleinerung und Verjüngung aller Gremien ist anzustreben ebenso wie eine Vereinfachung und Verbilligung des Verbandswesens.

[201:] 6.) Für den Vorstand und die ausschlaggebenden Gremien gilt grundsätzlich das Arierprinzip. [...].

2. Industrielle Zwangsorganisation oder Beibehaltung des freiwilligen Zusammenschlusses Gewisse Entwicklungstendenzen steuern auf die öffentliche Zwangsorganisation im wirtschaftlichen Verbandsleben hin, um zu einer totalen verbandsmäßigen Erfassung aller Angehörigen eines Wirtschaftszweiges zu gelangen und den Gefahren einer möglichen einseitigen Interessenpolitik zu begegnen. Dies ist auch unser Ziel, das wir jedoch unter Vermeidung der mit jedem Zwang verbundenen Nachteile zu erreichen suchen. [...]

Die Übertragung von staatlichen Aufgaben fällt in das Gebiet der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Bei einem gesunden Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaftsvertretung und bei einer möglichst engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den zuständigen Zentralbehörden wird die Entwicklung von selbst ergeben, welche Aufgabengebiete den Verbänden in eigene Verwaltung übergeben werden können. Gerade in dieser Hinsicht bieten die Besonderheiten des freien Verbandswesens eine um so wertvollere Ergänzung der Tätigkeit der Behörden, als für die Zukunft in steigendem Maße die experimentelle Einrichtung und Erprobung neuartiger Aufgaben in Frage kommen wird. [...]

5. Der Reichsstand der deutschen Industrie würde es begrüßen, wenn auf dem Wege eines Gesetzes oder einer Verordnung dem Reichswirtschaftsminister und im Wege der Delegation dem Führer der deutschen Industrie die Ermächtigung zur Umgestaltung des industriellen Verbandswesens im Sinne unserer Vorschläge erteilt würde.

Krupp-Prozeß. Dok. NIK – 12366, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 123-128.

156. Aus dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“ vom 27. Februar 1934

§ 1 Der Reichswirtschaftsminister wird zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft ermächtigt,

1. Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen;

2. Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen;

[202:] 3. Satzungen und Gesellschaftsverträge von Wirtschaftsverbänden zu ändern und zu ergänzen, insbesondere den Führergrundsatz einzuführen;

4. Die Führer von Wirtschaftsverbänden zu bestellen und abzuberaufen;

5. Unternehmer und Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anzuschließen.

Wirtschaftsverbände sind solche Verbände und Vereinigungen von Verbänden, denen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange von Unternehmern und Unternehmungen obliegt.

Reichsgesetzblatt, 1934, Teil I. Nr. 185, S. 185.

157. Aus dem Entwurf Gustav Krupps für seine Ansprache am 13. März 1934 vor Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt und Vertretern der Industrie anlässlich der Annahme des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft

Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichsminister, an die hier vereinten Vertreter der deutschen gewerblichen Wirtschaft gerichtet haben, weisen der Organisation der deutschen Wirtschaft neue, verheißungsvolle Wege. Sie stellen einen Abschluß der vorläufigen Arbeiten der Reorganisation des wirtschaftlichen Verbandswesens in Deutschland dar und umreißen den Rahmen für die endgültige Form. So wird der heutige Tag zum Markstein in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

Ihnen, Herr Reichsminister, gebührt in dieser Stunde unser Dank dafür, daß Sie heute den Bund der Einheit der gewerblichen Wirtschaft besiegelt haben. [...] Ich selbst habe für das Gebiet des Reichsstandes der deutschen Industrie mir immer zwei Notwendigkeiten vor Augen gehalten: erstens, auf dem Gesamtgebiet der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Gegebene mit dem politisch Notwendigen abzustimmen und zweitens, unsere Organisation in voller Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung so klar zu gliedern, daß sie ein wirksames Instrument der Wirtschaft wie auch der Reichsregierung im Rahmen des nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands sein kann.

Der Weg, den Sie, Herr Reichsminister, uns nun für die weitere Entwicklung weisen, schafft die Synthese zwischen der Autorität [203:] unseres neuen Staates und der Schaffensfreudigkeit einer ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen wohl bewußten Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft.

Krupp-Prozeß, Dok., NIK – 12206, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 128-129.

158. Aus der „Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. November 1934

§ 1 Die gewerbliche Wirtschaft wird fachlich und bezirklich zusammen gefaßt und gegliedert. Die Organisation und die öffentlich-rechtlichen Vertretungen der gewerblichen Wirtschaft werden organisch verbunden.

§ 2 Fachlich wird die gewerbliche Wirtschaft in einer Reichsgruppe Industrie in Hauptgruppen und in den Reichsgruppen Handwerk. Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft zusammengefaßt.

In den Hauptgruppen der Industrie und in den Reichsgruppen der übrigen gewerblichen Wirtschaft werden Wirtschaftsgruppen gebildet, die sich nach Bedarf in Fachgruppen und Fachuntergruppen gliedern.

§ 3 Bezirklich wird die gewerbliche Wirtschaft in Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt.

Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Fachuntergruppen können sich bezirklich untergliedern, wenn ein zwingendes wirtschaftliches Bedürfnis besteht, einen bestimmten Wirtschaftszweig für einen Wirtschaftsbezirk oder innerhalb eines solchen zusammenzufassen. Wenn die Erfassung der Mitglieder es erfordert, kann eine Bezirksorganisation in der Weise gebildet werden, daß Bezirksgruppen für Wirtschaftsbezirke und Bezirksuntergruppen für die Bezirke der Industrie- und Handelskammern errichtet werden. [...].

§ 6 Die bestehenden Wirtschaftsverbände sind soweit tunlich in die fachliche oder bezirkliche Gliederung zu überführen und erhalten damit die neue Rechtsform (§ 5). Die Überführung wird durch den Reichswirtschaftsminister angeordnet, soweit sie nicht von den Verbänden durchgeführt wird. [...]

§ 16 Die Gruppe der gewerblichen Wirtschaft hat ihre Mitglieder auf dem Fachgebiet zu beraten und zu betreuen.

[204:]



Hitler mit den Industriellen Generaldirektor Vögler, Fritz Thyssen, Dr. Borbat, Schaule.

[205:] Der Leiter hat die Gruppe im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen und die Angelegenheiten der Gruppe und ihrer Mitglieder unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung des Staatsinteresses zu fördern. Der Leiter ist der Gruppe und den Leitern der übergeordneten Gruppen für die ordnungsmäßige Führung der Gruppe verantwortlich.

Weisungen des Leiters, die durch den Zweck der Gruppe oder durch den Zusammenschluß der gewerblichen Wirtschaft bedingt sind, haben die Mitglieder zu folgen.

Reichsgesetzblatt, 1934, Teil I, Nr. 131, S. 1194-1196.

159. Alls den Memoiren Hjalmar Schachts über seine Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister

Hitler ließ mir in meiner Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister die gleiche Freiheit und Selbständigkeit, die ich als Reichsbankpräsident besaß. Er verstand von Wirtschaft gar nichts. Solange ich ihm die Handelsbilanz in Ordnung hielt und die nötigen Devisen verschaffte, kümmerte er sich nicht

darum, wie ich das zustande brachte. Hitler hat bis zum Herbst 1936 keinerlei Maßnahmen geduldet, die in meine Tätigkeit eingriffen.

Schacht, 76 Jahre, S. 414.

[206:]

2. Aufrüstung und Konzernprofite

„Kriegsmaterial ist lebenssparend für das eigene Volk, und stolz darf sein, wer auch immer in dieser Sphäre werkt und wirkt: das Unternehmertum zumal findet hier seine höchste Bewährung.“

Gustav Krupp, Ende 1943

160. Aus dem Entwurf einer Rede Krupps, die er Ende 1943 oder Anfang 1944 vor der Deutschen Akademie in Berlin halten wollte

Ich sehe also nicht ein – dieser Gedanke spukt noch gelegentlich in einigen Köpfen – wieso die Fabrikation von Kriegsmaterial ein finsternes Gewerbe sein soll! Nein: Kriegsmaterial ist lebenssparend für das eigene Volk und stolz darf sein, wer auch immer in dieser Sphäre werkt und wirkt; das Unternehmertum zumal findet hier seine höchste Bewährung. Diese Bewährung – ich darf das hier einflechten – erhartete sich besonders auch in jener Zeit des „Interregnums“, in den Jahren zwischen 1919 und 1933, als Deutschland entwaffnet darniederlag. [...] Es ist ein einmaliges Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen bösen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte ihre Wirksamkeit auch aus erklärlichen Gründen dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für des Reiches Wehrmacht bereitzustehen. [...] So wie damals ein 100.000-Mann-Heer die Tradition der alten ruhmreichen Armee wahrte, so gab es, bildlich gesprochen, auch ein 100.000-Mann-Heer der Wirtschaft, das die Überlieferung der Rüstungsindustrie aufrechterhielt. [...] Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums, aber auch auf Grund der mit dem Friedensmaterial inzwischen gewonnenen Erfahrungen, konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht [...] werden [...] Da galt es, neue Rohstoffe zu erschließen, zu forschen und zu experimentieren, Kapitalien zu investieren, um die deutsche Wirtschaft unabhängig und stark, kurz gesagt: kriegsstark zu machen. Und das darf ich auf Grund vielfacher Äußerungen von Außenstehenden, die von hoher Warte aus die [207:] Gesamtlage zu übersehen vermögen, wohl hier sagen, wiederum bewährte sich hier deutsches Unternehmertum, das die neuen Probleme mit jenem Schwung, jener – ich möchte sagen: Begeisterung aufgriff und bewältigte, mit der es je und je an geschichtliche Aufgaben herangetreten war.

Dok. D – 317, IMG, Bd. XXXV, S. 67-69.

161. Aus der eidesstattlichen Erklärung Georg von Schnitzlers über die Zusammenarbeit zwischen IG-Farben und Wehrmacht und die Rüstungsgewinne der IG-Farben

[...] die IG zog daraus sehr bald Nutzen, und während 1933 die Gesamtausgaben der IG für neue Betriebe und Maschinerien, glaube ich, nur 10 bis 12 Millionen Mark betrugen, erhöhten sie sich in den Jahren 1934 bis 1936 sprunghaft und stiegen von da ab stürmisch. [...] Die ganze Entwicklung der IG in den Jahren von 1934 an und im verstärkten Maße seit Ende 1936 ist voll und ganz auf die enge Zusammenarbeit mit Regierung und Wehrmacht zurückzuführen [...].

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI – 5196, zit. nach: Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, hrsg. u. eingel. H. Radandt, Berlin 1970, S. 82-84.

162. Eidesstattliche Erklärung von Ernst Struss vom 29.5.1947

a) Buna

Die IG Farben war die einzige Firma in Deutschland, welche die Erzeugung von synthetischem Kautschuk entwickeln konnte und welche half, die Schwierigkeiten in der Herstellung zu überwinden. Im Jahre 1936, dem Beginn des ersten Vierjahresplanes, hatte die technische Entwicklung einen Punkt

erreicht, der die Erzeugung von Buna S im größeren Maßstabe gewährleistete. „Ohne IGs Buna wäre es nicht möglich gewesen, den Krieg mehrere Jahre fortzuführen.“

b) Synthetisches Benzin

Nach sechsjähriger Bemühung löste die IG im Frühling des Jahres 1933 das Problem der Großproduktion von synthetischem Benzin aus Braunkohle im großen Maßstabe. Zwei oder drei Jahre später wurde das Problem der Erzeugung von synthetischem Benzin aus [208:] Anthrazit ebenfalls gelöst. Da es kaum natürliches Petroleum in Deutschland gibt und das Fischer-Tropsch-Verfahren nur ein minderwertiges Benzin lieferte, waren die Erfahrungen, die die IG auf diesem Gebiet gesammelt hatte, unbedingt notwendig für die Führung eines Krieges von längerer Dauer. Dasselbe bezieht sich auf die hochklopfesten Treibstoffe, worin die IG-Farben die einzige Firma war, die bei Kriegsbeginn genügend Erfahrung hatte.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI – 8318, zit. nach: Fall 6, S. 102.

163. Aus der streng vertraulichen Aktennotiz von Otto Steinbrinck für Friedrich Flick vom 20. August 1934 über die Vergabe von Rüstungsaufträgen an die Mitteldeutsche Stahlwerke AG

General Liese teilte mir bei einer heutigen Besprechung mit, daß die Mitteldeutschen Stahlwerke sich unbedenklich für eine Reihe von Jahren für laufende erhebliche Aufträge einstellen könnten. Er fragte, ob wir seit Juli größere Aufträge erhalten hätten. Ich erwiderte, daß m. W. wohl 50-60.000 Stück Hohlkörper neu vergeben seien und weitere gebohrte Röhren in Aussicht gestellt worden wären. Unser Gesamtauftragsbestand einschließlich der in Aussicht gestellten Aufträge beliefe sich schätzungsweise auf 3 bis höchstens 3,5 Millionen, während für die Schaffung von Einrichtungen investiert seien oder investiert werden sollten 7 Millionen. Der Auftragsbestand von 3,5 Millionen – abzuwickeln bis zum Frühjahr nächsten Jahres – sei also nicht besonders hoch.

General Liese stimmte dieser Auffassung zu und wies den anwesenden Major Warlimont an, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Mittelstahl noch mehr berücksichtigt werde. [...]

Er betonte schließlich nochmals, wir könnten also bestimmt mit größeren Aufträgen bis 1938 rechnen und empfahl uns, auch aus eigenen Mitteln uns darauf einzurichten, daß die Lieferungen möglichst schnell ausgeführt werden können.

Flick-Prozeß, Dok. NI – 3466, zit. nach: Fall 5, S. 112.

[209:]

164. Aus der geheimen Aktennotiz über die Besprechung zwischen Oberst Kühn, Vertreter des Reichswehrministeriums, und Vertretern der Daimler-Benz AG, Henschel & Sohn GmbH, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG und Rheinmetall Borsig AG am 7. Juli 1933 über den Bau von Panzern

Oberst Kühn machte eingangs darauf aufmerksam, daß die Besprechung streng geheim gehalten werden muß und nur ein ganz enger Kreis über die Absichten des R[eichs]w[ehr]m[inisteriums] Aufschluß erhalten darf. Er führte aus: Das R[eichs]w[ehr]m[inisterium] schreitet jetzt zur Beschaffung von Kampfwagen. Es hat seit einigen Jahren Versuche mit einem Carden-Lloyd (Fabrikat Vickers-Armstrong) laufen und auf Grund der Erfahrungen gemeinsam mit Krupp eine eigene Konstruktion entwickelt. Diese ist in einem Exemplar von Krupp gebaut und vom R[eichs]w[ehr]m[inisterium] erprobt worden. 5 weitere Exemplare liefert Krupp z. Zt. und 100 Stück bis Ende März 1934. Darüber hinaus sollen große laufende Bestellungen im April 1934 erteilt werden und es sei beabsichtigt, diese auf Daimler-Benz, Henschel und MAN zu verteilen. Die 3 Firmen sollen zunächst einen Probeauftrag auf 3-5 Stück erhalten, von deren Prüfung die spätere Bestellung abhängt. Der Probeauftrag muß bis 31.1.1934 erledigt werden. Das Aggregat läuft unter der Bezeichnung: Landwirtschaftlicher Schlepper (LaS).

Krupp-Prozeß, Dok. NI – 1476, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 115.

165. Rüstungsausgaben des Reiches 1933-1939 (in Mrd. RM)

Jahr	Mrd. RM
1933 (Febr.-Dez.)	1,5
1934	2,8
1935	5,5
1936	11,0
1937	14,1
1938	16,6
1939 (Jan.-Aug.)	16,3
Rüstungsausgaben der zivilen Ressorts	4,0
Gesamt	71,8

Nach: D. Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941*, Berlin 1969, S. 31.

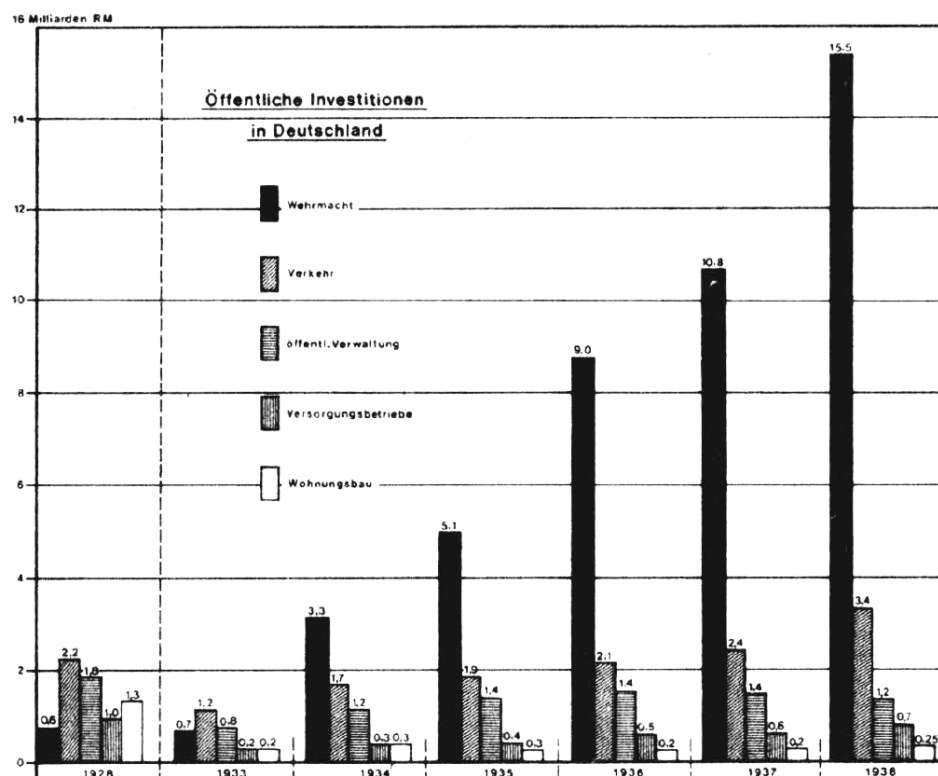
[210:]

166. Rüstungsausgaben im Vergleich zum Volkseinkommen 1932-1938

	Volkseinkommen	Rüstungs- und Wehr- machtsausgaben	Anteil am Volkseinkommen
Jahr	in Mrd. RM		in Prozent
1932	45,2	1	2
1933	46,5	3,5	7
1934	52,8	5,5	10
1935	59,1	9,5	16
1936	65,8	13,5	21
1937	73,8	16,5	22
1938	82,1	26	32

Nach: Kuczynski, Bd. 16, S. 135.

167. Schaubild: Rüstungsausgaben im Verhältnis zu anderen wichtigen öffentlichen Ausgaben 1928-1938



Wiedergegeben nach: *Faschismus/Vespignani*, S. 13.

[211:]



Gesang der Ewig-Gestrigen: Wir beten an die Macht der Bomben

[212:]

168. Bruttogewinne deutscher Rüstungskonzerne 1936-1941 (in Mill. RM)

Jahr	Klöckner	Hoesch	Gutehoffnungshütte
1936/37	107	120	123
1938/39	136	140	148
1940/41	164	164	156

Nach: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, Köln 1974, S. 93.

169. Nettoprofit und Umsatz deutscher Rüstungskonzerne 1933-1939 (in Mill. RM)

Geschäftsjahr	Nettoprofit des Krupp-Konzerns	Umsatz des Sie- mens-Konzerns	Geschäftsjahr	Nettoprofit des IG-Farben-Kon- zerns	Umsatz des Zeiss-Konzerns
1933/34	7	411	1932	47	20
1934/35	10		1933	74	29
1935/36	14		1934	68	45
1936/37	17	854	1935	71	68
1937/38		907	1936	140	85
1938/39	21	1092	1937	188	98
			1938	191	115
			1939	240	142

Nach: Ebd. u. Kuczynski, Bd. 16, S. 137.

170. Bruttogewinne der IG Farbenindustrie AG und der Vereinigten Stahlwerke AG 1932-1939 (in Mill. RM)

Jahr	IG Farbenindustrie AG -	Vereinigte Stahlwerke AG
1932	71,5	
1933	122,1	
1934	125,6	120,5
1935	153,4	225,8
1936	250,8	248,6
1937	295,7	257,1
1938	274,2	
1939	376,7	

Nach: Kuczynski, Bd. 16, S. 139.

[213:]

III. Die politische und ökonomische Lage der Bevölkerung

1. Politische Entrechtung und Widerstand in den Betrieben

„Was kann zur Förderung des Umsatzes weiter geschehen? Nichts, als daß besonders die Wirtschaft von den Fesseln sinnloser Tarifverträge ... frei gemacht wird ... Ich schlage also vor, die Verordnung über das Tarifvertragswesen ... zu ändern. Der einzelne Unternehmer erhält freie Hand, mit seiner Belegschaft die Arbeitsbedingungen festzusetzen ...“
Carl Goerdeler. Reichskommissar für die Preisüberwachung, am 7. September 1933

„Die nationalsozialistische Umwälzung stellte kaum einen anderen Berufsstand vor eine so vielfach neue, mitunter glückhaft bestürzend neue Lage, wie den Unternehmer. Er wurde nun der Führer seiner Gefolgschaft.“
Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1944)

171. Aus dem Memorandum von Carl Goerdeler, Reichskommissar für die Preisüberwachung und Oberbürgermeister von Leipzig, für das Reichswirtschaftsministerium vom 7. September 1933

Was kann zur Förderung des Umsatzes weiter geschehen?

Nichts, als daß besonders die Wirtschaft von den Fesseln sinnloser Tarifverträge ebenso frei gemacht wird wie von den Einbildungen aller möglichen Stellen, man könne die Wirtschaft gängeln. Das kann man nicht, man kann ihr nur einen großen Wirkungsraum und gesunde Rechtsgrundlagen verschaffen. Dann muß jeder einzelne nach seinen Fähigkeiten in diesem Raume arbeiten. Die schwerste Fessel für eine natürliche Wiederbelebung der Wirtschaft sehe ich in der Wahnsinnsvorstellung, daß zu allen Zeiten unter allen Umständen mehr als 8 Stunden nicht gearbeitet zu werden braucht, um existieren zu können. Die notwendige Arbeitsleistung des einzelnen und des Volkes richtet sich nach den natürlichen Verhältnissen, in denen es lebt. Diese sind augenblicklich für Deutschland, was [214:] Absatzmöglichkeit nach dem Ausland und was erarbeitetes Kapital betrifft, außerordentlich schmal, also muß viel gearbeitet werden [...]

Man kann auch gleich zupacken, indem man an das Tarifvertragswesen grundsätzlich herangeht. [...]

Aus psychologischen und wirtschaftsorganischen Gründen erscheint mir eine vollkommene Abkehr von dem Bisherigen erforderlich. Je rücksichtsloser und je entschlossener die Abkehr erfolgt, um so wunderbarer wird die Wirkung sein. So ist es nicht, daß im Volk dafür kein Verständnis ist, im Gegenteil, das einfache Volksempfinden ist viel stärker als alle Überlegung, und der einzelne empfindet sehr wohl, daß letzten Endes das Arbeiten und die Leistung in der Arbeit entscheidend ist und nichts anderes. Ich schlage also vor, die Verordnung über das Tarifvertragswesen laut Anlage zu ändern. Der einzelne Unternehmer erhält freie Hand, mit seiner Belegschaft die Arbeitsbedingungen festzusetzen. Schon dadurch wird er gezwungen, den nationalsozialistischen Gedanken zu verwirklichen und seiner Belegschaft vollkommenen Einblick in Zweck, Stand und Möglichkeiten des Unternehmens zu gewähren. Hier beginnt die gleichzeitige Erziehungsarbeit der Deutschen Arbeitsfront. Der einzelne Mensch soll sich wieder als lebendiges Glied seines Unternehmens fühlen.

ZStA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 9931, Bl. 127 ff., zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 118-120.

172. Aus dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934

§ 1 Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2 (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. [...]

§ 6 (1) Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.

[215:] (2) Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere

der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bußen. auf Grund der Betriebsordnung zu hören [...]

§ 9 (1) Der Führer des Betriebes stellt im Einvernehmen mit dem Obmann der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation im März jeden Jahres eine Liste der Vertrauensmänner und deren Stellvertreter auf. Die Gefolgschaft hat zu der Liste alsbald durch geheime Abstimmung Stellung zu nehmen [...]¹

§ 26 In jedem Betriebe, in dem in der Regel mindestens zwanzig Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, ist vom Führer des Betriebes eine Betriebsordnung für die Gefolgschaft des Betriebes (§ 1) schriftlich zu erlassen.

§ 27 (1) In die Betriebsordnung sind folgende Arbeitsbedingungen aufzunehmen:

1. Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Pausen;
2. Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts;
3. die Grundsätze für die Berechnung der Akkord- oder Gedingearbeit, soweit im Betriebe im Akkord oder Gedinge gearbeitet wird;
4. Bestimmungen über die Art, Höhe und Einziehung von Bußen, wenn solche vorgesehen werden;
5. die Gründe, aus denen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgen darf, soweit es nicht bei den gesetzlichen Gründen bewenden soll.

Reichsgesetzblatt, 1934, Teil I, Nr. 7, S. 45-48.

[216:]

173. Aus den „Geschäftlichen Mitteilungen“ des Reichsstandes der Deutschen Industrie für seine Mitglieder vom 26. Januar 1934 über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“

Der 1. Abschnitt des Gesetzes enthält die Vorschriften über „Führer des Betriebes und Vertrauensrat“. Der § 1 enthält die für die Grundidee der neuen Sozialordnung programmatische Bestimmung: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.“

Damit ist im Gegensatz zu der Grundidee des bisherigen deutschen Sozialrechts und im Gegensatz zu den einleitenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (Interessenwahrnehmungen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber, § 1 BRG) die Idee der Betriebsgemeinschaft an Stelle des wirtschaftlichen und sozialen Interessengegensatzes zum Ausdruck gebracht.

Ebenso programmatisch ist der § 2 des Gesetzes:

- (1) „Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetzes geregelt werden.
- (2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.“

Das hierdurch auch für den Betrieb gesetzlich festgelegte Führerprinzip findet durch den Absatz 2 seine notwendige Ergänzung in der Verpflichtung des Führers, „für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen“, und in der Treuepflicht der Gefolgschaft, die durch die Betriebsgemeinschaft begründet ist.

Mit diesen beiden Programmsätzen mußte das bisherige Betriebsrätegesetz vom 4.2.1920 gegenstandslos werden. [...] An Stelle des bisherigen Betriebsrates tritt gemäß § 5 des neuen Gesetzes der Vertrauensrat und zwar in allen Betrieben mit in der Regel 20 Beschäftigten. Der Vertrauensrat besteht aus dem Führer des Betriebes und aus den Vertrauensmännern. Leiter des Vertrauensrates ist der Führer des Betriebes. [...] Gemäß der grundsätzlichen Bestimmungen der §§ 1 und 2 hat der

¹ Diese Vertrauensmännerwahlen fanden nur 1934 und 1935 statt; vgl. Dok. 176-178.

Vertrauensrat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen, und die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebs-[217:]schutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken (§ 6).

Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsstandes der Deutschen Industrie, Sondernummer vom 26. Januar 1934, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 121-122.

174. Aus dem Entwurf einer Rede Krupps, die er Ende 1943 oder im Januar 1944 vor der Deutschen Akademie in Berlin halten wollte

Solche historischen Aufgaben größten Umfangs und größter Bedeutung hatte der deutsche Unternehmer nach 1933 aber nicht nur in organisatorischer, technischer und kaufmännischer Beziehung übernommen. Die nationalsozialistische Umwälzung stellte kaum einen anderen Berufsstand vor eine so vielfach neue, mitunter glücklich bestürzend neue Lage, wie den Unternehmer. Er wurde nun der Führer seiner Gefolgschaft.

Es wäre natürlich höchst ungerecht zu behaupten, vor 1933 hätten die Unternehmer keinen Sinn gehabt auch für diese Seite ihres Berufs, die Menschenführung und-Betreuung – wie hätten sie denn sonst auch überhaupt wirtschaftliche Erfolge auf die Dauer erzielen können? Ist es doch gerade der Stolz vieler großer Unternehmungen, daß sie auf eine reiche und alte sozialpolitische Tradition zurückblicken können. Aber man hat es weiß Gott doch manches Mal vor 1933 dem Unternehmer recht schwer gemacht, sich als tief innerlich verantwortlich bewußten Leiter seines Betriebs zu zeigen und zu geben. Diese seit 1933 geradezu mit elementarer Plötzlichkeit eingetretene Wandlung in der Auffassung über die innerlich begründete Gemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – ich benutze hier noch einmal bewußt diese alte Formel – ist nur dem einzigartigen Genie des Führers und seiner revolutionären Bewegung zu danken [...] Es ist klar, daß durch sie, daß durch die gesetzliche Bestellung des Unternehmers zum Gefolgschaftsführer, diesem ein viel breiteres und schöneres wirklich vollen Erfolg verheißenderes Wirkungsfeld, gerade auch nach der menschlichen Seite hin, abgesteckt wurde als bisher, und ich darf wohl feststellen, daß die deutschen Unternehmer aus vollem Herzen die neuen Wege gingen, daß sie in edlem Wettstreit und in bewußter Dankbarkeit [218:] sich die großen Intentionen des Führers zu eigen machten und seine treuen Gefolgsmänner wurden.

Dok. D – 317, IMG. Bd. XXXV, S. 69-70.

175. Aus der Verordnung über die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) vom 24. Oktober 1934

§ 1 Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und Faust.

In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmervereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen. [...]

§ 2 Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen.

Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.

§ 3 Die Deutsche Arbeitsfront ist eine Gliederung der NSDAP im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933.

§ 4 Die Führung der Deutschen Arbeitsfront hat die NSDAP. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP führt die Deutsche Arbeitshont.

Er wird vom Führer und Reichskanzler ernannt.

Er ernennt und enthebt die übrigen Führer der Deutschen Arbeitsfront. [...]

§ 6 Die Kassenführung der Deutschen Arbeitsfront untersteht im Sinne der ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz der Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 23. März 1934 der Kontrolle des Schatzmeisters der NSDAP.

§ 7 Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird. [...]

Die für diesen Ausgleich notwendige Vertretung aller Beteiligten ist ausschließlich Sache der Deutschen Arbeitsfront. Die Bildung [219:] anderer Organisationen oder ihrer Betätigung auf diesem Gebiet ist unzulässig.

§ 9 Das Vermögen der im § 1 dieser Verordnung genannten früheren Organisationen einschließlich ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen Vermögensverwaltungen und Unternehmungen bildet das Vermögen der Deutschen Arbeitsfront. Dieses Vermögen ist der Grundstock für die Selbsthilfe-Einrichtung der Deutschen Arbeitsfront.

Hohlfeld, Rd. IV, S. 187-199.

176. Illegaler Aufruf zu „Mißtrauenswahlen“ für die Vertrauensmänner-Wahlen am 3. und 4. April 1935 mit der Aufforderung, die Kandidaten der DAF nicht zu wählen

Die Vertrauensmänner, die am 3. und 4. April „gewählt“ werden sollen, sind nicht unsere Vertrauensleute. Der „Herr Betriebsführer“ stellt nur die Kandidaten auf, die ihm und dem Pg. Treuhänder passen! Deshalb müssen wir streichen!

Laßt Euch nicht übers Ohr hauen. Laßt Euch nicht durch falsche Parolen verwirren, ganz gleich, woher sie kommen. Auch wenn der „Herr Betriebsführer“ einen guten Kollegen auf die Liste setzt, streicht die Liste durch. Selbst der beste Kollege kann im „Vertrauensrat“ nichts durchsetzen. Er wird nur als Lockvogel mißbraucht, damit möglichst viele „Ja-Stimmen“ zusammenkommen. Jeder „Ja-Zettel“ gilt als Zustimmung zu den niedrigen Löhnen, zur braunen Antreiberei, zu den steigenden Preisen, zum braunen Hunger und zum Giftgaskrieg.

Ihr sollt für „Erz“ gegen „Fett“ stimmen, für Giftgastod und Hungersnot. Die Autobonzen der D.A.F. möchten melden: Die Betriebe wollen hungern, die Betriebe wollen Krieg! Deshalb sagt Nein!

Streicht die ganze Liste durch!

Auf jeden Fall aber den Repräsentanten des Systems, den Mann der N.S.B.O. und den Walter der D.A.F.

Sie sollen wissen: wir wollen höhere Löhne, wir wollen Teuerungsausgleich. Wir wollen keine Vertrauensmänner der Unternehmer! Für dieses System der Entrechtung, der Unterdrückung und Ausbeutung nimmt keiner freiwillig die Knarre in die Hand! Wir wollen Freiheit, Frieden und Brot!

[220:] Gebt als Flüsterparole weiter, schreibt an die Mauern und Zäune, schreibt in die Waschräume und die Toiletten: Mißtrauenswahlen! Streichen!!

Abgedruckt bei: P. Altmann u. a.. Der deutsche antifaschistische Widerstandskampf 1933-1945 in Bildern und Dokumenten, Frankfurt/M. 1975, S. 75.

177. Aus einem geheimen Bericht der DAF über die Vertrauensmänner-Wahlen vom 24. April 1935 (Oexle-Bericht)

Es haben von 3125 Angestellten und Arbeitern ca. 2900 abgestimmt. Von diesen 2900 waren 1700 Stimmen ungültig, so daß nur 1200 gültige Stimmen herauskamen. Die 1200 gültigen Stimmen erscheinen nun in der Presse als 84,5 Prozent Ja-Stimmen. Damit wird das wahre Bild der Abstimmung verfälscht und wirkt in der ganzen Arbeiterschaft geradezu lächerlich.

ebd.

[221:]

178. Aus illegalen antifaschistischen Arbeiter-Zeitungen: Ergebnisse der Vertrauensmänner-Wahlen

	Belegschaft	Opposition
Elektrizitätswerk Zschornowitz	1200	41%
Daimler-Benz (Berlin, Auto- und Flugzeugbau)	1470	40%
AEG-Turbinenwerk (Berlin)	2013	28%
Deutscher Versicherungskonzern (Berlin)	360	41%
Ufa, Berlin	1951	33%
Scherl, Berlin	3505	27%
„Germania“-Verlag, Berlin		48%
Branntwein-Monopolverwaltung, Berlin		49%
Büssing NAG, Braunschweig	588	30%
Vogtländer, Braunschweig	2879	42%
Donnerwerke, Eisenach	346	35%
Metallwerk Schwarz, Eisenach	500	68%
Schott, Jena	2000	49%
Woolworth, Jena		50%
Papierfabrik, Porstendorf	200	über 50%
Oranienburger Chem. Fabr., Berlin	100	40%
Henschel u. Sohn, Kassel.	5300	35%
Städtische Straßenbahn, Frankfurt		75%
Monus A. G., Frankfurt	599	25%
Friedr.-Wilhelm-Hütte, Troisdorf	2000	25%
Berninghaus, Köln	151	25%
Allianzkonzern, Berlin	4100	55%
Klöcknerkonzern	21000	41%
Hapag	5100	59%
Ullstein	8000	48%
Aschinger, Berlin	3500	60%
Dernag, Duisburg	12000	51%
Deutsche Werft	8150	43%
Standard Oil	2200	54%
Hell u. Stammer, Hamburg	2500	49%
Erzgeb. Steinkohlen Akt. Verein	4435	61%

Ebd., S. 76.

[222:]

2. Wirtschaftliche Lage der Lohnabhängigen und der „Mittelschichten“

179. Aus der Niederschrift über eine Chefbesprechung unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Franz Seldte am 2. Mai 1935 über Lohnpolitik

Der Reichsarbeitsminister erläutert die Notwendigkeit einer Aussprache über die künftig zu verfolgende Lohnpolitik.

Er habe die Lohnpolitik bisher nach dem Grundsatz geführt, den Lohnstand des Jahres 1933 zu halten. Die Aufrechterhaltung dieses von der Reichsregierung gebilligten Grundsatzes begegne aber steigenden Schwierigkeiten, zumal nun auch von der Leitung der Deutschen Arbeitsfront die Lohnfrage aufgerollt und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt worden sei. Seit 1933 habe sich die wirtschaftliche Lage mancher Industriezweige günstiger gestaltet. [...]

Der Reichswirtschaftsminister¹ hält den Zeitpunkt für eine Aufrollung der Lohnfrage für denkbar ungeeignet. Jede Lohnerhöhung sei untragbar, da sie eine Verteuerung der Produktion bewirken müsse. Die Sicherheit der Nation erfordere die alsbaldige Vollendung der Aufrüstung, die ohne ausländische Rohstoffe nicht durchgeführt werden könne. Auf die deshalb entscheidende Devisenfrage müsse auch die Lohnpolitik eingestellt sein. [...] Selbst eine elastische Lohnpolitik, d. h. ein Ausgleich

¹ Hjalmar Schacht

unter Aufrechterhaltung des allgemeinen Lohnstandes sei bedenklich, da sie zu schwer absehbaren Rückwirkungen auf das Rüstungsprogramm führe und stets die Richtung der Löhne nach oben stärke. Auch der Reichswehrminister erhebt starke Bedenken gegen jede Veränderung der geltenden Löhne. Die Aufrüstung werde sonst ernstlich gefährdet.

Der Reichsarbeitsminister hält, nachdem sich alle Ressortchefs gegen jede Änderung des Lohnstandes (einschl. der sonstigen Arbeitsbedingungen) ausgesprochen haben, zum mindesten eine gewisse Elastizität bei der amtlichen Lohnregelung für geboten [...] In der Aussprache darüber, in der sich der Stellvertreter des Führers¹ und der Reichskommissar für Preisüberwachung² für ein ganz starres Festhalten an den z. Zt. geltenden Lohnsätzen einsetzten, wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß der bisherige Lohnstand mit der größtmöglichen Starrheit aufrechterhalten werden müsse. Den Erfordernissen der Preisgestaltung, der Aufrüstung und des Exports müsse alles andere untergeordnet werden.

[223:] Koblenz, R 41, Nr. 24, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 107.

180. Schreiben Robert Leys, Reichsleiter der DAF, an Adolf Hitler vom 15. August 1935 über die inflationäre Preisentwicklung

Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die stärkste Unruhe hervorgerufen hat. Von allen Seiten und aus allen Teilen des Reichs häufen sich die Klagen gerade über ein Emporschnellen der Lebensmittelpreise zu einer für den Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe [...]

Zwingt schon die Preispolitik des Reichsnährstands mit ihrer nivellierenden Tendenz und der dadurch bedingten Verschiebung der Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land ohnedies in absehbarer Zeit zu Folgerungen in der Lohngestaltung, so ist eine unmittelbare Auswirkung auf die Löhne unvermeidbar, wenn der hier kurz angedeuteten Preisentwicklung nicht schnellstens Einhalt geboten wird.

BA Koblenz, NS 10, Nr. 59, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 115.

181. Aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten in Münster i. W. an den Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister vom 21. Oktober 1935 über die soziale Lage der Textilarbeiter

Allgemein herrscht jedoch in der Textilarbeiterschaft des Regierungsbezirks eine äußerst gedrückte Stimmung, die auf das ganz unzureichende Einkommen eines großen Teils der Arbeiterschaft zurückzuführen ist [...]

In den Webereien ist durch die Faserstoffverordnung die Arbeitsstundenzahl der Arbeiter an Hauptproduktionsmaschinen beschränkt. Ausnahmen gibt es fast nur für den sehr schwierigen und in manchen Fällen unmöglichen Export und für die Verarbeitung von nicht öffentlich bewirtschafteten Rohstoffen. Die Verarbeitung [224:] von nicht öffentlich bewirtschafteten Rohstoffen kommt für die hiesigen Betriebe zum Teil nur in nicht erheblichem Umfange in Betracht, da die hier hergestellten billigen Gewebe die Verteuerung des Garns durch die teure Kunstspinnfaser nicht tragen. Der Arbeiter ist also in der Regel auf die 36stündige Wochenarbeitszeit, jedenfalls in zahlreichen Betrieben des Bezirks, angewiesen.³ Sein Akkordüberverdienst ist in fast allen Fällen durch die schlechtere Garnqualität gesunken, so daß dadurch eine weitere Einkommensverminderung eintrat. Einen gewissen Ausgleich schaffte sich der Arbeiter durch die größere Arbeitsintensität bei der 36-Stundenwoche gegenüber der bei der 48-Stundenwoche. Es wird nach übereinstimmenden Angaben der Betriebsleiter heute von den Arbeitern in 36 Wochenstunden mehr herausgeholt als früher in der gleichen Zeit. Der Arbeiter macht heute keine Pausen, er kürzt nach Möglichkeit die Benutzung der Aborte ab und „hält sich mehr dran“, wie man sagt. Immerhin sind das nur Minuten, die er aufholen kann. Man kann nach Berücksichtigung dieser Faktoren sagen, daß der Arbeiter heute höchstens noch den Verdienst erreicht, der der gekürzten Stundenzahl im Vergleich zu der Arbeitszeit vor der Faserstoffverordnung

¹ Rudolf Heß

² Carl Goerdeler

³ Ausreichende, Verdienstmöglichkeiten ließen sich nur erzielen, wenn die 40-Stunden-Woche weit überschritten und zusätzliche Überstunden und Sonderschichten abgeleistet wurden.

entspricht. Die Regel ist jedoch, daß heute nur noch der niedriger liegende tarifliche Mindestlohn erreicht wird. Das wird auch dadurch bewiesen, daß es eine ganze Reihe von Betrieben gibt, die wegen Nichterreichens des tariflichen Mindestsatzes die Differenzen nachzahlen mußten [...]

Die Arbeiterschaft sieht vor allen Dingen dem kommenden Winter sorgenvoll entgegen. Im vorigen Jahre hatte man noch Vorräte aus der Zeit vor der Faserstoffverordnung. Vor allen Dingen war die Ausstattung mit Kleidung und Wäsche in Ordnung. Heute ist eine Ersatzbeschaffung für die Arbeiterschaft in Wäsche und Kleidung zum Teil unmöglich. Außerdem ist die Arbeiterschaft nicht in der Lage, sich Wintervorräte an Kartoffeln und Kohlen hinzulegen.

ZStA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 27079/34, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 123-124.

[225:]

182. Aus den Monatsberichten des Reichstreuhänders der Arbeit für die Monate April und Mai 1937

[April] *1. Bergbau*

a) *Westfalen*: In der Ausgabe vom 1. Mai 1937 S. 2 Folge 18, im „SA-Mann“ ist ein Artikel mit der Überschrift „So ist das nicht gemeint“ erschienen. Hier wird festgestellt, daß „mit dem Aufschwung der Produktion seit Verkündung des neuen Planes¹ in den Kohlenbergwerken eine Antreiberei begann, die man als unnational-sozialistisch und menschenunwürdig bezeichnen müsse.“ In dem gleichen Artikel wird behauptet, daß durch die starke Antreiberei der Kumpel nicht mehr dazu komme, die Stempel richtig zu setzen und die Kohlengänge richtig auszubauen, wodurch viele Unfälle verursacht würden.² Es ist erforderlich, die Presse zu veranlassen, Stimmungsberichte zunächst den zuständigen staatlichen Behörden, insbesondere dem Reichstreuhänder der Arbeit, zuzuleiten [...]

b) *Sachsen*: Die Stimmung der Bergarbeiter ist eine gleichgültige resignierende und deshalb nicht erwünschte. Bei erhöhtem Arbeitstempo und trotz Mehrarbeitsstunden sei die Lebenshaltung der Bergarbeiter nicht besser geworden. Die Löhne seien ungenügend. Die hohen sozialen Abzüge führten zu einer kargen Ernährungsweise. [...]

3. Landwirtschaft

Sachsen: Die Stimmung unter den Landarbeitern ist schlecht. Geklagt wird über zu niedrige Löhne bei erheblich längerer Arbeitszeit und anstrengenderer Tätigkeit. Die durch gesetzlichen Zwang der Landwirtschaft zugeführten Arbeiter, die in der Industrie mehr zu verdienen hofften, tragen nicht zur Besserung der Stimmung bei.

[Mai] *Sozialpolitisches Geschehen, sozialpolitische Lage ...*

3. Bau, Steine und Erden.

a) *Niedersachsen*: Facharbeitermangel. Lohnüberbietungen. Die Reichsbahndirektion Hannover teilt mit, daß ihre Überbauarbeiten dadurch gefährdet würden, daß Arbeiter, die der Unternehmer auf seine Kosten von weit her habe kommen lassen, nach kurzer Beschäftigung ihren Arbeitsplatz verließen, um bei besser zahlenden Firmen zu arbeiten. – Bei dem außerordentlichen Arbeitermangel ist eine Beseitigung der aufgetretenen Schwierigkeiten allein durch eine umgehende Verminderung der öffentlichen Bauten zu erreichen.

b) *Mitteldeutschland*: Die Lohnbewegung nach oben ist noch in vollem Gange. Viele Klagen über Wegengagieren und Lohnüberbietungen. Steinsetzer sind nur noch zu übertariflichen Löhnen zu [226:] haben. Lohnerhöhungen. verteuern Bauvorhaben erheblich. [...]

5. Landwirtschaft. [...]

f) *Mitteldeutschland*: Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften gibt insbesondere im Gebiet der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt zu ernster Besorgnis Anlaß. Vorhandene Arbeitskräfte reichen

¹ Gemeint ist der Vierjahresplan

² Vgl. hierzu Dok. 191.

nicht aus, ordnungsmäßige Pflege der Rüben zu gewährleisten. Einsatz des Arbeitsdienstes hat sich bisher nicht ermöglichen lassen. Arbeitsdienst wird nur bei dem Spitzenbedarf in der Erntezeit gewisse Entlastung bringen. Die bisherige Form des ausschließlich gruppenweisen Einsatzes des Arbeitsdienstes führt zu einer Benachteiligung der kleinen Bauern. Auswärtige Wanderarbeiter haben sich offenbar häufig nur deshalb nach Mitteldeutschland vermitteln lassen, um auf billige Weise dort hinzukommen und in die Industrie überzuwechseln. Die Anordnung über den Arbeitseinsatz von Arbeitern der chemischen Industrie und des Baugewerbes in den Bezirken der Arbeitsämter Bitterfeld, Halle und Wittenberg, wonach jede Einstellung in diesen Gewerbebranchen der Zustimmung des Arbeitsamts bedarf, hat sich günstig ausgewirkt. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft und der Klein-Industrie erfolgt bisher überwiegend in die chemische Industrie und das Baugewerbe. Bei der allgemeinen Unzufriedenheit unter den Landarbeitern kommt es wegen Kleinigkeiten zu ernsthaften Streitigkeiten. Mehrfach konnte nur durch das Eingreifen des Reichstreuhänders der Arbeit Arbeitsniederlegung verhindert werden. In den Kreisen der Industrie herrscht eine erstaunliche Unkenntnis über die Lage in der Landwirtschaft. Man ist der Meinung, daß es der Landwirtschaft recht gut gehe. Es erscheint notwendig, daß in Zukunft bei Presseberichten über Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft eine stärkere Zurückhaltung geübt wird.

BA Koblenz, R 43 II, Bd. 528, zit. noch: T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939. Opladen 1975, S. 326, 335-338.

[227:]

183. Aus den Monatsberichten des Reichstreuhänders der Arbeit die Monate November und Dezember 1937

b) Ostpreußen: Bei Unterhaltungen mit einzelnen Gefolgschaftsmitgliedern, besonders mit ungelernten Arbeitern, die Familienväter sind, wird immer wieder gefragt, warum der sehr niedrige *Stundenlohn* nicht aufge bessert werden könne.¹ Wenn auch anerkannt wird, daß durch die Tarifordnungen die allgemeine Lage des Gefolgschaftsmitgliedes sich gebessert hat, so müßten doch in erster Linie die Stundenlöhne unter 0,50 RM gesteigert werden, da der Wochenverdienst von 20 bis 25 RM nicht ausreichend sei. Das Existenzminimum könne nur durch Mitarbeit der Ehefrauen erreicht werden. Angesichts der Verteuerung von Nahrungsmitteln und Textilsachen sind diese Wünsche besonders dringend.

ebd., S. 435.

184. Aus der Anordnung des Stellvertreters des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, vom 1. Oktober 1937 mit dem Verbot, Lohnerhöhungen zu fordern

Der Führer hat verschiedentlich geäußert, daß Lohnerhöhungen unter den vorläufig gegebenen Verhältnissen nur zu Preiserhöhungen, damit zu der dem deutschen Volk aus der Inflationszeit sattsam bekannten Schraube ohne Ende führen müßten, der Allgemeinheit und damit dem Einzelnen nur Schaden statt Nutzen bringen könnten und deshalb unbedingt vermieden werden müßten.

Eine allgemeine Hebung des Lebensstandards könne erst dann schrittweise erfolgen, wenn der Teil der nationalen Produktion, der noch auf Jahre durch die Behebung früher entstandener Schäden und durch die im Interesse der Sicherung des deutschen Lebensraumes erforderlichen Maßnahmen gebunden sei und zu einem bestimmten Teil immer gebunden bleiben werde, kleiner als zur Zeit geworden wäre und wenn dann der Teil der Produktion, der direkt oder indirekt zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards ausgewertet werden könnte, entsprechend vergrößert worden wäre.

[228:] Daraus ergibt sich für alle Stellen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände die bindende Verpflichtung, unter Verzicht auf billige Popularitätshascherei auf jede Propagierung und öffentliche Vertretung von Lohnforderungen und auf jeden irgendwie gearteten Versuch, derartige Forderungen mit mehr oder weniger Gewalt durchzusetzen, zu verzichten.

ZStA Potsdam. RWM, Bd. 10322, Bl. 178 f., zit. nach: Mason, S. 463.

¹ Die *Stundenlöhne*, vor allem für ungelernte Arbeiter, lagen größtenteils unter dem Existenzminimum; die *Wochenlöhne* stiegen vor allem aufgrund der verlängerten Arbeitszeit und aufgrund von Überstunden.

185. Index der Lebenshaltungskosten 1932-1938 (1913/14 = 100)

Jahr	Index
1932	120,6
1933	118,0
1934	121,1
1935	123,0
1936	124,5
1937	125,0
1938	125,6

Nach: Ch. Bettelheim, *Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus*, München 1974, S. 246.

186. Gesamtaufwendungen in Deutschland für den Lebensbedarf in Mrd. RM (Auswahl)

Lebensaufwendungen	1929	1932	1935	1936
Nahrungs- und Genußmittel	32,3	21,4	24,7	26,0
Wohnung	7,5	6,6	7,1	7,3
Bekleidung	11,2	6,5	7,6	8,3
Hausrat	11,8	6,7	7,4	8,5
Dienstleistungen	11,1	7,6	8,8	9,5
insgesamt	73,9	48,8	55,6	59,6

[229:]

187. Nettoeinkommen der werktätigen Bevölkerung in Deutschland in Mrd. RM

Werkstätige	1929	1932	1935	1936
Arbeiter	17,6	10,9	15,6	17,2
Angestellte	8,1	6,9	7,8	8,7
Beamte	5,1	5,0	5,1	5,3
sonstige unselbständige Werkstätige	1,4	1,6	1,5	1,6
insgesamt	73,9	48,8	55,6	59,6

Koblenz, R 43 II/310; *Einkommen, Verbrauch und Sparung in Deutschland 1932-1936. Untersuchungen der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung bei der Reichswirtschaftskammer. Berlin, Mai 1937, S. 14 u. 17; zit. nach: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 94.*

188. Index der Reallöhne 1933-1938 (1936 = 100)

Jahr	Index
1933	105,1
1937	100,1
1938	99,3

Nach: E. Henning, *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933-1938*, Frankfurt/M. 1973, S. 210.

189. Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Grenzen von 1937 (Jahresdurchschnitt),

Jahr	Index
1933	4.804.428
1934	2.718.309
1935	2.151.039
1936	1.592.655
1937	912.312
1938	429.461
1939	118.900

Nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 140.

[230:]

190. Übersicht über die Sozialausgaben 1932-1937 (in Mrd.RM)

Jahr	Mrd. RM
1932	2,8
1933	2,3
1934	1,4
1935	1,3
1936	0,9
1937	0,4

191. Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen 1933-1939

Jahr	Index
1933	929.592
1934	1.173.594
1935	1.354.315
1936	1.527.344
1937	1.799.512
1938	2.006.574
1939	2.253.749

Nach: H. Laschitz, S. Vietzke, *Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945*, Berlin 1964, S. 228.

192. Konkursbewegung 1932-1939

Jahr	insgesamt mangels	Masse abgewiesene Konkursanträge
1932	14.138	5604
1933	7954	4073
1934	6219	3472
1935	5955	3019
1936	5266	2686
1937	4514	2266
1938	3740	1798
1939	2440	1235

Nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 140.

[231:]

193. Neueröffnete und ausgeschiedene Handwerksbetriebe 1936-1938

Jahr	Zuwachs	Abgang	Rückgang (netto)
1936	104.234	132.109	27.875
1937	75.153	137.726	62.573
1938	59.700	122.642	62.942
	239.087	392.477	153.390

Nach: A. Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970, S. 130.

194. Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke 1933-1939

Jahr	Versteigerungen insgesamt	bis 2	2-5	5-20	20-50	50-100	100-200	200 u. mehr
1932	7060	2530	1320	1980	689	239	157	145
1933	1662	622	321	433	143	46 33	24	
1934	1518	834	346	214	46	17	14	47
1935	2270	1261	457	407	68	24	15	38
1936	1972	1075	395	377	71	12	12	27
1937	1882	1033	388	379	53	7		10
1938	1711	968	283	367	60		ab 50 ha insges. 33	
1939	827	428	160	190	32		ab 50 ha insges. 17	

Nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 140.

[232:]

IV. Integrationsfaktoren faschistischer Herrschaft

1. Führerkult und Führerprinzip

195. Joseph Goebbels zur Funktion des Führerprinzips

Nur dann wird ein Regime von Bestand sein, wenn es seine Rückendeckung im Volke selbst findet. Und nur dann wird es dies können, wenn es eben die Politik des Volkes betreibt. Das bedeutet: der Faschismus ist, wie der Nationalsozialismus, das stolze Vorrecht einer Minderheit. Diese Minderheit aber stellt nicht eine dünne Oberschicht dar, die, in der Hauptstadt sitzend, das Geschick des Staates bestimmt, sondern diese Minderheit ist hierarchisch in das ganze Volk hineingebaut. Der erste bildet die Spitze.

J. Goebbels, Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse, Berlin 1934, S. 19-20.

196. Die Führer als „politische Elite“

Die „Partei“ im nationalsozialistischen Staate hat eine einheitsbildende Aufgabe. Sie ist *die* politische „Bewegung“, der unter dem Führer die Verantwortung für den Aufbau, Bestand und die Sicherung der politischen Gestaltung des deutschen Volkes obliegt. [...] Sie hat den Anspruch darauf, als politische Elite zu gelten, weil ihre Träger schon im liberalen Staate die neue politische Weltanschauung des Führers in ihrer Größe erkannt, mit ihm erkämpft und sie dem Volk aufgeprägt haben. In der Bewegung entstand so zuerst der neue Typus des „politischen“ Menschen, der vor allem in der jungen Generation den deutschen Führerstaat tragen muß.

Otto Koellreutter, Der Deutsche Führerstaat, Tübingen 1934, S. 13-15, zit. nach: Hofer, S. 83.

197. Adolf Hitler zum Führerprinzip

Es ist dabei nicht nötig, daß jeder einzelne, der für diese Weltanschauung kämpft, vollen Einblick und genaue Kenntnis in die letzten [233:] Ideen und Gedankengänge der Führer der Bewegung erhält. Notwendig ist vielmehr, daß ihm einige wenige, ganz große Gesichtspunkte klargemacht werden und die wesentlichen Grundlinien sich ihm unauslöschlich einbrennen, so daß er von der Notwendigkeit des Sieges seiner Bewegung und ihrer Lehre restlos durchdrungen ist. Es wird auch der einzelne Soldat nicht in die Gedankengänge höherer Strategie eingeweiht. So wie er vielmehr in straffer Disziplin und zur fanatischen Überzeugung von dem Recht und der Kraft seiner Sache und zu restloser Einstellung auf sie erzogen wird, so muß dies auch beim einzelnen Anhänger einer Bewegung von großem Ausmaß und großer Zukunft und größtem Willen geschehen. [...] Es liegt im Wesen einer Organisation, daß sie nur bestehen kann, wenn einer höchsten geistigen Führung eine breite, mehr gefühlsmäßig eingestellte Masse dient.

Hitler, S. 508-509.

[234:]

2. Faschistische Propagandamethoden

198. Aus dem Protokoll der Goebbels-Konferenz vom 21. Januar 1943 über die Propagandamethoden vor 1933

Der Minister Goebbels verweist auf das Beispiel der nationalsozialistischen Kampfzeit und sagt, daß, wenn wir vor der Machtübernahme von dem Wotanglauben oder der Auflösung der Deutschnationalen Partei, der Kassierung der Sozialdemokraten und der Einsperrung der Kommunisten gesprochen hätten und von dem Kampf gegen die Kirchen, sicherlich uns niemand gewählt hätte.

„Wollt Ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943, hrsg. v. W. A. Boelcke, München 1969, S. 424.

199. Joseph Goebbels zur Funktion der Propaganda¹

Die Idee bleibt unveränderlich. Propaganda aber ist immer labil, anpassungsfähig an die jeweiligen Verhältnisse und Erfordernisse. Sie wendet sich an die breiten Millionenmassen des schaffenden Volkes und muß darum vor allem volkstümlich sein. Sie darf es nicht verschmähen, sich jener Mittel zu bedienen, die zwar den Intellekt enttäuschen, doch um so mehr das Herz des Volkes packen. Ein guter Propagandist redet immer in der Sprache der Menschen, an die er sich wendet. [...] Der Propagandist muß sich deshalb dem anpassen, dem er Erkenntnisse vermitteln will. Er wird in seinen Reden, seinen Plakaten zu den Bauern anders sprechen als zu Arbeitern. [...]

Die Zeitung soll ein Straßenagitator sein. Unsere Presse ist fast ausschließlich von dieser Tendenz bestimmt. Ihr Ziel ist nicht, zu informieren, klare objektive Tatbestände zu vermitteln, sondern anzu-spornen, anzufeuern, anzutreiben. Für uns ist die Presse Propaganda mit den Mitteln der Publizistik. Für uns hat die Presse die Aufgabe, die breiten Volksmassen für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Sie zieht aus ihren Informationen politische Konsequenzen, aber sie überläßt es nicht dem Leser, sich diese nach eigenem Geschmack zu bilden. Sie betreibt vorsätzlich und bewußt seine politische Beeinflussung. Sein ganzes Denken und Empfinden soll mit ihren Mitteln in eine bestimmte weltanschauliche Richtung hineingezwungen werden. [...]

[235:] Es ist nicht der Sinn einer Propaganda, geistreich zu sein. Ihre Aufgabe ist, zum Erfolge zu führen. Ob eine Propaganda gut gewesen ist, das zeigt sich, wenn sie geraume Zeit auf die Menschen einwirken konnte, die sie erobern will. Ob sie schlecht war, erweist sich dann auch. Hat ihre Wesensart den Menschenkreis erfaßt, den sie gewinnen wollte, dann war sie vermutlich gut; wenn nicht, so ist sie schlecht gewesen. Keiner kann deshalb von ihr sagen, daß sie zu roh, zu gemein sei, oder nicht anständig genug wäre. Sie soll dies auch gar nicht. Sie soll nichts, als zum Erfolge führen.

J. Goebbels, Der Kampf und seine Mittel (1934), zit. nach: Faschismus/Vespignani, S. 90.

200. Aus einer zeitgenössischen Kritik an den Propagandamethoden der NSDAP von Willi Münzenberg, ehem. Reichstagsabgeordneter der KPD

Als Goebbels den „Angriff“ gründete, verlangte er eine Zeitung, die „für das Volk geschrieben war und sich seiner Sprache bedienen“ sollte. Czech-Jochberg gesteht, daß man nach dem Vorbild der sozialistischen Parteien „die Parole des Kampfes um die Straße“ ausgegeben habe und die Aufmärsche, Demonstrationzüge, Fahrten bewußt nach sozialistischem Vorbild organisierte. Später kopierte man skrupellos Einrichtungen der Sowjetunion und Werbemethoden wie organisatorische Einrichtungen der KPD, sobald man sah, daß sie eine große Anziehungskraft für die Massen besaßen, dabei handelte es sich für die Hitlerpropaganda immer nur um die bloße Übernahme der Form, während man den Inhalt frech fälschte. [...]

Es gibt kaum eine Bewegung, die so viele Methoden und Mittel vom Gegner übernahm wie die Hitlerpartei. Diese Taktik beschränkte sich keineswegs nur auf die Übernahme von Einrichtungen verschiedenster Art, sondern die Hitlerpropaganda entsandte zahlreiche Agenten und Spitzel in die Reihen des Gegners. Die Form des organisatorischen Aufbaus der Partei, abgesehen von den militärischen Gliederungen der SA und SS, übernahm Hitler zum größten Teil von den Arbeiterparteien, wie die Gliederung in Zentrale, Bezirks- und Ortsleitungen; nach ihrem Muster schuf man besondere Abteilungen, wie die Betriebszellen. Der „Roten Hilfe“ wurde [236:] die nationalsozialistische Gefangenenhilfe nachgebildet, die „Winterhilfe“ ist eine Kopie der „Internationalen Arbeiterhilfe“, die im Jahre 1923 in mehreren hundert deutschen Städten und Gemeinden ihre Küchen, Lebensmittelausgaben und Hilfsstellen eingerichtet hatte [...] Nachgeahmt wurden kulturelle Organisationen verschiedenster Art, wiederholt machte man immer kläglich scheiternde Versuche, Piscator zu kopieren, nach der Machtüberlassung organisierte man den Besuch von Theatervorstellungen nach dem Vorbild der Sowjetunion. Die Welt lehnte die Filmproduktion des Dritten Reiches ab, und Goebbels erlitt Bankerott, als er einen „Panzerkreuzer Potemkin“ im nationalsozialistischen Sinne zu schaffen suchte.

¹ Vgl. hierzu auch Dok. 96.

Die vielgepriesene Organisation „Kraft durch Freude“ nahm sich die Arbeiterfeierstunden zum Vorbild, die von den Arbeiterorganisationen geschaffen waren.

W. Münzenberg, *Propaganda als Waffe*, Paris 1937, S. 172-173, zit. nach: *Faschismus/Vespignani*, S. 99.

[237:]

3. Die Friedensbewegung als bewußtes Täuschungsmanöver

201. Aus der Rede Adolf Hitlers vor dem Deutschen Reichstag am 21. Mai 1935

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche, noch aus Feigheit. Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. [...]

Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen [...]

Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht! Deutschland braucht den Frieden und es will den Frieden! [...]

Unsere Friedensliebe ist vielleicht größer als die anderer Völker, denn wir haben am meisten unter diesem unseligen Krieg gelitten. Niemand von uns hat die Absicht, jemanden zu bedrohen. Allein jeder ist entschlossen, dem deutschen Volk die Gleichheit zu sichern und zu erhalten. [...]

Wir wollen von unserer Seite aus alles tun, um mit dem französischen Volk zu einem wahren Frieden, zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen. Wir anerkennen den polnischen Staat als die Heimstätte eines großen, national fühlenden Volkes, mit dem Verständnis und der herzlichen Freundschaft aufrichtiger Nationalisten. [...]

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. [...]

Ich kann die heutige Rede vor ihnen, meine Mitkämpfer und Vertrauensmänner der Nation, nicht besser schließen als durch die Wiederholung unseres Bekenntnisses zum Frieden. Die Art unserer neuen Verfassung gibt uns die Möglichkeit, in Deutschland den Kriegshetzern das Handwerk zu legen. Möge es auch den anderen Völkern gelingen, der wahren Sehnsucht ihres Inneren mutigen Ausdruck zu verleihen! Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen.

Völkischer Beobachter v. 22. Mai 1935 (Berliner Ausgabe), zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 109-110.

[238:]

202. Aus der Rede Adolf Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938

Wir haben uns dabei einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda – und hier darf ich die gegenwärtige Presse mit an die Spitze der Instrumente stellen – erreichen wollen. Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen: daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich

umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten [239:] Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.

Wortlaut der Rede nach einem Tonbandprotokoll in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 1958, Heft 2, S. 182-183.

[240:]

4. Freizeitgestaltung und sozialpolitische Maßnahmen als Integrationsmittel: die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

203. Aufgabenstellung der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

Es ist schon des öfteren die große Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront umrissen worden: Ausmerzung der verbliebenen Reste des Klassenhasses und Standesdünkels. Überall, wo die Menschen der Arbeit, seien es Arbeiter, Angestellte, Mittelständler oder Unternehmer, noch nicht begriffen haben, daß es die vornehmste Aufgabe des neuen Deutschland ist, den Beweis zu erbringen, daß Klassenhaß und Standesdünkel nur noch die kümmerlichen Reste einer machtpolitisch längst überwundenen Zeit sind, hat die Deutsche Arbeitsfront propagandistisch einzuwirken. [...]

Wo die schaffenden Menschen, mögen sie am Schraubstock arbeiten, am Zeichenpult stehen oder am Schreibtisch sitzen, noch nicht glauben wollen, daß sie im neuen Deutschland eine Heimstätte gefunden haben, müssen die Männer der Deutschen Arbeitsfront den Beweis erbringen, daß die Volksgemeinschaft nicht nur in den Spalten der Zeitungen zu finden ist, sondern im nationalsozialistischen Deutschland zum ersten Male in der Geschichte Tatsache geworden ist.

Darum ging und geht auch weiterhin der Führer der Deutschen, Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, selbst unter das schaffende Volk, hinein in die Betriebe, um den Arbeitsmenschen an ihren Arbeitsstätten die Hand zu reichen und innerhalb der Reichsgrenzen jene Gleichberechtigung aller aufbauwilligen Kräfte zur Tat werden zu lassen, die wir auch nach außen im Zusammenarbeiten mit den anderen Völkern als ehrliebendes Volk als eine Selbstverständlichkeit voraussetzen müssen.

Dieses Aufleben der Volksgemeinschaft dem gesamten schaffenden Volke klarzumachen, die Botschaft des Evangeliums des deutschen Sozialismus auch allen denen zu predigen, die marxistischer Haß oder bürgerlicher Unverstand bisher dafür unempfänglich bleiben ließen, hat sich der Führer der Deutschen Arbeitsfront auf seinen Fahrten durch Deutschlands Betriebe zur Aufgabe gestellt.

Ein herrliches Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, das war das Gefühl, das jeder hatte, der Dr. Ley auf einer seiner Reisen begleitete. [...]

[241:] Es war überall das gleiche Bild. Ob Dr. Ley in Königsberg davon sprach, daß das Schicksal des Arbeiters und Angestellten ebenso abhängig ist vom Schicksal der Nation wie das des Unternehmers, und daß schon deswegen alle einmütig zusammenstehen müßten, oder in Jena den Satz in die Massen schleuderte, „der deutsche Arbeiter, ganz gleich welcher Partei er angehört hat, war zu neunundneunzig Prozent ein anständiger Kerl“ – immer die gleiche Zustimmung und Begeisterung. [...]

Es war eben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten das Schicksal unseres Volkes, daß wir uns gegenseitig als Menschen überhaupt nicht kannten. Wir sahen immer nur den kleinen Kreis um uns, kannten vielleicht noch nicht einmal den, der unsere Arbeit vollendete, der das, was der geistige Arbeiter z. B. am Zeichenbrett ersonnen, in die Tat umsetzte. So begrenzt war unser aller Blick.

Das alles ist nun für immer anders geworden.

Ein neuer Glaube hat die deutschen Arbeitsmenschen erfaßt. Der Angestellte weiß, daß er nicht mehr schief angesehen wird, wenn er sich in die Gesellschaft von Akademikern „verirrt“, der Arbeiter hat erkannt, daß er wieder mit Recht von einem Vaterlande sprechen kann, in dem er ein gleichberechtigter Volksgenosse ist, und der Unternehmer hat aus den vergangenen Jahren der Zwietracht gelernt, daß eine knechtselige Arbeiter- und Angestelltenschaft nichts leistet, und er also das größte Interesse hat, eine stolze Angestellten- und Arbeiterschaft in seinem Betriebe zu haben, die sich ihres Wertes bewußt ist, von der er aber auch etwas an Leistung verlangen kann.

„Wir gehen in die Betriebe“, das war die Parole, unter der die bewährte NSBO¹ den Kampf gegen die marxistischen und reaktionären Arbeiterfeinde aufgenommen hatte. Heute setzt die Deutsche Arbeitsfront die bewährte kämpferische Tradition der nationalsozialistischen Bewegung fort und wird ihrerseits alles daransetzen, das schaffende Deutschland in die Nation zurückzuführen gemäß dem Willen des Führers, der da sagte:

„Und wir haben uns vor allem eine Riesenaufgabe gestellt, den deutschen Arbeiter in die deutsche Nation zurückzuführen. Wenn in Zukunft die Frage an uns gestellt wird: Was schätzt ihr denn als eure größte Leistung ein?, kann ich nur sagen, daß es uns gelungen ist, den deutschen Arbeiter wieder in die Nation hineinzustellen und ihm klarzumachen: Die Nation ist nicht ein Begriff, an dem du keinen Anteil hast, sondern du selbst bist Träger der Nation, du gehörst zu ihr, du kannst dich nicht von ihr trennen.“

[242:] Dieses Wort des Führers wahr zu machen, ist auch eine der Aufgaben, die die Deutsche Arbeitsfront und die NSBO gerade durch das gewaltige Werk der nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ lösen werden.

G. Starcke. NSBO und Deutsche Arbeitsfront, 2. veränderte Aufl., Berlin 1934, S. 259-264.

204. Das Amt „Schönheit der Arbeit“

Es war vor fünf Jahren [1933] nicht leicht, aus der politisch erkämpften Machtstellung heraus, aus der Erkenntnis des allein gültigen Adels der Arbeit die sozialpolitische Forderung nach der Schönheit der Arbeit in die Tat umzusetzen. [...]

Über eines muß man sich bei einem Rückblick klar sein: Im Mittelpunkt der Arbeit steht der Mensch – nicht die Produktion, der Gewinn, die Dividende, der Preis. Der Mensch muß sich mit eigener Arbeit sein Leben besser gestalten, schöner machen. Er muß, um dies zu erreichen, die Leistung steigern. Die Mitarbeit der Schaffenden an der Steigerung des Arbeitserfolges kann aber nur im Betrieb geschehen. So wird der Betrieb zu einer Kampfstätte der Arbeit. Hier setzte deshalb vor fünf Jahren zuerst die Arbeit des Amtes „Schönheit der Arbeit“ ein: Der erste Kampfabschnitt hieß: Schöne Arbeitsplätze. Aber es blieb nicht bei den Arbeitsplätzen. Grünflächen sollten in den Betrieben entstehen, Lärm als fachliches Hemmnis zur Arbeitshöchstleistung bekämpft werden, diesen Zielen galt 1935 die Arbeit. Den Arbeitsverhältnissen in den Gerbereien, in den Hotels galt 1936 das Augenmerk.

Mit dem Sprung auf das Land wurde die Dorfverschönerungsaktion eingeleitet Ostbevern als erstes Musterdorf des Gaues galt den Dörfern als Vorbild, die sich in diesem Jahr an dem Leistungskampf „Das schöne Dorf“ beteiligten.² 1936 wurden fast sämtliche Schuhfabriken durchgekämmt und eine große Presseaktion in Gelsenkirchen warb für eine systematische Aufklärung. Diese Linie wurde im Februar des nächsten Jahres durch eine Großveranstaltung „Schönheit der Arbeit im Rahmen des Vierjahresplanes“ [...] und im März mit der Reichsausstellung „Schönheit der Arbeit im Bergbau“³ fortgesetzt. [...]

[243:] Schlagartig setzte im Anfang des Jahres 1938 die Aktion „Warmes im Betrieb“ ein. Der Schaffende soll in schön gestalteten Küchen-, Eß- oder Kantinenräumen sein warmes Mittagessen haben.

¹ Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation

² Vgl. Dok. 203.

³ Vgl. Dok. 182.

Wie weit die Arbeit des Amtes „Schönheit der Arbeit“ geht, sieht man z. B. daran, daß diese Kanti-
nenräume mit Geschirr ausgerüstet werden, das nach Modellen des Amtes hergestellt wurde.

1938 trat auch die Aktion „Gutes Licht – gute Arbeit“ in ein besonderes Stadium ein. Während seit
vier Jahren in den Betriebskontrollen lediglich gemahnt und Vorschläge zur Änderung getroffen wer-
den konnten, sind jetzt Beratungsstellen „Gutes Licht“ eingerichtet worden, die jedem kostenlos Rat
und Auskunft geben. Drei konnten in Münster, Bielefeld und Minden bisher eröffnet werden.

Als neues Aufgabengebiet trat die Schaffung von Freizeitstätten hinzu. Feierabendhäuser in den In-
dustriegebieten, die betriebseigen sind und Dorfgemeinschaftshäuser auf dem Lande sollen betrieb-
liche und dörfliche Kulturzentren werden. Ihre bauliche Gestaltung überwacht das Amt „Schönheit
der Arbeit“ durch seine Vertrauensarchitekten. [...]

Es wurden seitens der Betriebe für Verbesserungen und Verschönerungen im Sinne „Schönheit der
Arbeit“ im Gau Westfalen-Nord aufgewandt: 1934: RM 3.500.000, 1938: RM 8.200.000, seit 1934
insgesamt: RM 31.200.000.

[...] Von der Arbeit früh am Morgen bis zum Feierabend sorgt „Schönheit der Arbeit“ für den Schaf-
fenden in Deutschland, und diese Arbeit findet ihren sichtbaren, symbolhaften Ausdruck in hellen
und sauberen Arbeitsplätzen, den aufrechten Bauten der Arbeit und den frohen Gesichtern der Ar-
beitskameraden. Freude der Arbeit – Adel der Arbeit – Schönheit der Arbeit – das ist der Dreiklang
unserer Zeit!

*Fünf Jahre „Kraft durch Freude“, hrsg. vom Gauamt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Westfalen-Nord,
Münster 1938, S. 10-11.*

[244:]

205. Förderung von „Volkstum und Brauchtum“

Unser Volk ist heute in schönstem Sinne lebendig geworden, es besinnt sich auf seine überkommene
Kultur und schafft aus wachsender Kraft an neuen Werten und Dingen. Die NS-Gemeinschaft „Kraft
durch Freude“, die volkstümlichste Gemeinschaft aller Zeiten und Völker, ist in Erkenntnis dieser
Entwicklung die Betreuerin des überlieferten Volksgutes und die Erweckerin der Kräfte des Volkes
geworden. [...]

47 Dorfgemeinschaftsabende wurden von 12.500 Volksgenossen besucht; hierzu kommen 27 Hei-
mat- und Dichterabende mit 6800 Besuchern; an 49 Märchen- und Marionettenspielen erfreuten sich
20.700 Junge und Alte; Volkssingen und Volksmusik kamen in 114 volkstümlichen Konzerten und
Musikabenden vor 68.000 Menschen zu Gehör; während die Volkstanzgruppen an 17 Abenden 5500
Besucher erfreuten; unsere Volksspielscharen spielten 139 Stücke, meist in mehreren Aufführungen
vor 33.000 Zuschauern [...] Die Zahl der Gemeinschaftsabende und Feierstunden in den Betrieben
beträgt etwa 800 mit fast 200.000 Besuchern.

All diese Feste und Feiern wurden aus eigenen Kräften gestaltet, die in 25 Singgemeinschaften, 42
Musikgemeinschaften, 49 Volkstanzgruppen und 121 Laienspielscharen mit insgesamt 5000 Mitglie-
dern zusammengefaßt sind und einheitlich geführt werden.

In der Gründung und Schulung dieser Volkstumsgemeinschaften sieht die NS-Gemeinschaft „Kraft
durch Freude“ eine ihrer wichtigsten Aufgaben, insbesondere erwächst ihr aus der großen Aktion
„Das schöne Dorf“ die Verpflichtung, in allen Dörfern die gestaltenden Kräfte in Gruppen zusam-
menzufassen; damit diese die Feste und Feiern der Dorfgemeinschaft gestalten können. [...] Die NS-
Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ wird auf diesem Wege eine verständnisvolle und zielsichere Füh-
rerin sein.

ebd., S. 8.

206. Reisen und Wandern mit „Kraft durch Freude“

Wir dürfen mit Stolz darauf hinweisen, daß unser Amt heute für jeden deutschen Volksgenossen in
unserem Gau nicht nur zu einem besonderen Begriff geworden ist, sondern darüber hinaus auch fast

jeder Volksgenosse bereits durch unser Amt ein oder mehrere Male [245:] worden ist. Reisen, Wandern, Urlaub hat ihm in einer in der einzig dastehenden Art nicht nur die Schönheiten seiner erschlossen, [...] es zeigt auch dem schaffenden Menschen große Teile des Auslandes.¹ [...]

Wenn in diesem Sommer und Herbst für viele Kameraden aus unserem Gau die langersehnte Urlaubsfahrt nicht stattfinden konnte oder wenn mancher ein anderes Gebiet aufsuchen mußte – wir alle wissen, daß diese Einschränkung nötig wurde für unsere unterdrückten Brüder in der Ostmark und in den Sudetenländern.² Sie kehrten heim ins Reich und es ist nun unsere schönste Aufgabe, diesen herrlichsten Kranz deutscher Lande, der sich von den schroffen Gipfeln der Alpenländer bis zu den romantischen Laubwäldern der Sudeten erstreckt, einzufügen in unsere Fahrten.

ebd., S. 12.

207. Der „Volkswagen“-Schwindel

Der Wille des Führers gibt dem deutschen Volk den KdF.-Wagen. Erprobt bei stärkstem Frost und glühendster Hitze, auf den steilsten Pässen der Alpen und auf den Reichsautobahnen, hat der KdF-Wagen seine Widerstandsfähigkeit und Unempfindlichkeit ebenso bewiesen wie seine Sparsamkeit.

Der in seiner Linienführung wie in seiner Innenausstattung formvollendete Wagen ist nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftspolitisch eine Großtat des Nationalsozialismus. [...]

Mit der Einführung des KdF.-Wagens wird sich auf verkehrspolitischem Gebiet eine beispiellose Umwälzung vollziehen. Stellt dieser Wagen allein als Verkehrsmittel bereits eine wertvolle Hilfe dar, so wird er darüber hinaus abertausenden Volksgenossen die Möglichkeit geben, nach der Tagesarbeit auf ein paar Stunden fern der Großstadt schönste Stunden der Erholung und Ausspannung erleben zu können.

[246:] Bekanntlich ist ab 1. August 1938 bei der Gaudienststelle der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ die Abteilung „Volkswagen“ eingerichtet worden. Vom ersten Tage an setzten die Bestellungen in gewaltiger Zahl ein. Aus allen Berufskreisen wurden die Anträge gestellt. Das ist der Beweis für das große Vertrauen, das in dieses neue Werk des Führers gesetzt wird.³

ebd., S. 10.

¹ Längere Urlaubsfahrten konnten sich allerdings nur die gutbezahlten Facharbeiter, Angestellten und Beamten in gehobenen Positionen leisten. Der Preis für eine 14tägige, Urlaubsfahrt nach Salzburg lag Anfang 1939 bei 65,- RM (*ebd.*, S. 28); die Masse der nichtqualifizierten Arbeitskräfte in den Betrieben verfügte aber nur über einen Wochenlohn von 25,- RM. (Vgl. Dok. 179-184) Durch Wanderungen und Tagesausflüge wurden allerdings von der KdF Millionen erfaßt.

² Gemeint ist die Annexion der Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen 1938.

³ Die Volkswagen-Aktion begann 1938, also zu einem Zeitpunkt, als die faschistische Führung zielbewußt den zweiten Weltkrieg vorbereitete. (Vgl. Dok. 214-219) Um einen Volkswagen zu erwerben, sollten wöchentlich mindestens 5 RM gespart werden; nach 3 Jahren, also mit einem Sparguthaben von 780 RM, sollten die Sparer den Wagen (der insgesamt 990 RM kosten sollte) erhalten. 336.668 Sparer zahlten bis zum Ausbruch des Krieges 236 Millionen RM ein. [Zahlen nach: Faschismus/Vespignani, S. 105]. Kein einziger Volkswagen wurde an die Sparer ausgeliefert. Das VW-Werk stellte fast ausschließlich Militärfahrzeuge her. Die Sparguthaben der Bevölkerung wurden für die Rüstung mißbraucht. Auch nach 1940 warb die DAF für den Volkswagen: „Gerade der KdF-Wagen wird auch die letzten Zweifler [...] davon überzeugen, daß der Nationalsozialismus nicht nur zu predigen versteht, sondern seinen Worten immer die Tat folgen läßt. [...] Schaffender Deutscher! Der Führer hat deinem Fahrzeug den verpflichtenden Namen KdF-Fahrzeug gegeben. Hilf mit! Werde KdF-Wagen-Sparer!“

[247:]

Dritter Teil: Kriegsvorbereitung und Krieg 1936-1945

Einführung

Mit der Machtübertragung an Hitler waren die Weichen für die Vorbereitung eines Eroberungskrieges gestellt. Die Rüstungsproduktion, die 1933 unverzüglich angekurbelt wurde, diente einem einigen Ziel: Rückeroberung der im ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete, Sicherung der Vormachtstellung Deutschlands in Europa durch Annexionen vor allem im Osten, und schließlich der Errichtung der Weltherrschaft. (Dok. 220, 223, 225)

Die Kriegsziele der Nazis entsprangen den Interessen des deutschen Großkapitals, das sich aufgrund der in Deutschland verspätet einsetzenden Industrialisierung bei der „Aufteilung der Welt“ zu kurz gekommen sah und bereits im ersten Weltkrieg eine „Neuaufteilung“ gewaltsam erzwingen wollte. (Dok. 208-209) Auch im Verlauf der Weimarer Republik wurde dieses Ziel nicht aufgegeben. (Dok. 210-212) Eine stufenweise Ausweitung des deutschen Außenhandels und eine wirtschaftliche Verflechtung vor allem mit den Ländern Südosteuropas waren die ersten Schritte, die eine Veränderung der Machtverhältnisse in Europa bewirken sollten. (Dok. 211)

Um längerfristig einen „europäischen Großwirtschaftsraum“ unter deutscher Führung schaffen zu können, wie es der „Mitteleuropäische Wirtschaftstag“ – die zu diesem Zweck 1929 neugegründete zentrale Institution – sich zum Ziel gesetzt hatte, bedurfte es jedoch einer mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Regierung, die alle innenpolitischen Widerstände gegen eine solche Politik niederhalten und kriegerische Mittel zur Realisierung dieses Plans einsetzen konnte. So begrüßte denn auch die deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 1933 ausdrücklich die Machtübertragung an Hitler, weil sie in seiner Politik eine „gewisse Gewähr“ für die „Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes“ erkannte. (Dok. 213)

Mit der Verkündung des Vierjahresplans 1936 (Dok. 215) wurde die Kriegsvorbereitung auf eine neue Stufe gehoben, der Kriegsbeginn für 1940 vorgesehen. Nicht Hitler selbst oder seine Führungskader hatten diesen Plan entwickelt, sondern der Chemiekonzern IG-[248:]Farben. (Dok. 216) 1935 hatten die IG-Farben dem Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums eine Denkschrift vorgelegt, in der zum Zwecke der Kriegsvorbereitung eine zentral gelenkte Wehrwirtschaftsorganisation gefordert wurde. (Dok. 214) Diese Organisation wurde mit der Göring unterstellten Vierjahresplanbehörde geschaffen, in der die IG-Farben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Machtposition und ihres politischen Einflusses die wichtigsten Positionen besetzten. (Dok. 216) Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG-Farben, wurde zum Leiter des „Amtes für Roh- und Werkstoffe“ im Vierjahresplanamt ernannt; ihm unterstand die gesamte Planung der Erzeugung synthetischer Rohstoffe. Solchermaßen mit staatlichen Vollmachten ausgestattet und institutionell verwachsen mit dem Staatsapparat, wirkten die IG-Farben-Vertreter unmittelbar an der Kriegsplanung mit. Die Produktionssteigerung synthetischer Rohstoffe, über die sich die IG-Farben 1932 mit Hitler verständigt hatten, wurde als eine der wesentlichsten Hauptaufgaben zur Kriegsvorbereitung angesehen und brachte den IG-Farben immense Gewinne. (Dok. 161-162, 169-170)

Das Drängen der IG-Farben auf eine forcierte Rüstung und ihre Vormachtstellung im Vierjahresplanamt stießen auf den Widerstand der Schwerindustrie, die, repräsentiert durch den Reichswirtschaftsminister Schacht, ein langsames Rüstungstempo und eine konventionelle, von synthetischen Rohstoffen weitgehend unabhängige „Tiefenrüstung“ durchsetzen wollte. (Dok. 216) Die IG-Farben konnten diese innerkapitalistische Kontroverse für sich entscheiden und ihre Position im Vierjahresplanamt weiter festigen: 1938 wurde der von Krauch entwickelte „Schnellplan“, der eine noch größere Forcierung der Rüstung vorsah, von Göring verkündet. (Dok. 218-219) Im System der faschistischen Kriegswirtschaft nahmen von staatlicher Seite Göring, von großindustrieller Seite Krauch Schlüsselpositionen ein. Göring als Beauftragter des Vierjahresplanes konzentrierte die größte Machtfülle in seiner Hand, denn er stand an der Spitze der wehrwirtschaftlich bedeutsamsten Institution, die sämtliche Kriegsvorbereitungen auf wirtschaftlichem Gebiet steuerte. Krauch, der schon als

Leiter des „Amtes für Roh- und Werkstoffe“ und der aus ihm hervorgegangenen „Reichsstelle für Wirtschaftsausbau“ mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet war, wurde 1939 von Göring zum „Generalbevollmächtigten für Fragen der chemischen Erzeugung“ („Gebechem“) ernannt und damit zum wichtigsten Mann für die Kriegsproduktion, nämlich für die Herstellung chemischer Waffen und Ersatzstoffe (Benzin, Gummi).

[249:] Nicht Hitlers maßlose Eroberungspläne waren folglich die Ursache des zweiten Weltkrieges. An den Schalthebeln der Macht saßen die führenden Vertreter der deutschen Großkonzerne und Banken. Sie wollten ihre Pläne eines europäischen Großwirtschaftsraumes verwirklichen, sie selbst entwickelten konkrete Planungen zur wirtschaftlichen Vorbereitung auf den Krieg wie den Vierjahresplan und den Schnellplan, sie lenkten, personell und institutionell mit den wichtigsten wehrwirtschaftlichen Institutionen des Staatsapparates verknüpft, die gesamte Rüstungsproduktion.

Ähnlich wie bei vielen anderen „Aktionen“ der Nazis brauchte man zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges jedoch einen propagandistischen Anlaß; diesen Anlaß gab Hitler. Deutsche SS-Angehörige wurden in polnische Uniformen gesteckt und fingierten einen angeblich polnischen Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz. Mit dieser Lüge gab Hitler am 1. September 1939 dem deutschen Volk den Beginn des Krieges bekannt. (Dok. 221-222)

Der Prozeß des Zusammenwachsens der wichtigsten wehrwirtschaftlichen Behörden des Staatsapparates mit den größten Rüstungskonzernen beschleunigte und intensivte sich im Verlauf des zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig mit der Ernennung Krauchs zum „Gebechem“ wurde 1939 die „Reichsstelle“ in das „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“ umgewandelt, dessen Präsident wiederum Carl Krauch wurde (Dok. 226); damit hatten die IG-Farben die Auseinandersetzung mit der Schwerindustrie endgültig für sich entschieden. (Dok. 232)

Ein Jahr später wurde das Reichsamt – den erneuten Forderungen der Großkonzerne nach einer weiteren Zentralisierung der staatlichen Entscheidungsbefugnisse folgend (Dok. 227) – in das „Reichsministerium für Bewaffnung und Munition“ umgewandelt, in dem Krauch die Leitung der gesamten chemischen Erzeugung übernahm.

Auch unterhalb der ministeriellen Ebene kam es zu weiteren Zusammenschlüssen großkapitalistischer Organe mit Teilen des Staatsapparates. Die Reichsvereinigung Kohle, entstanden auf Initiative der Kohleproduzenten und geleitet von den Vertretern der größten Konzerne, übernahm im Rahmen des Vierjahresplanes wirtschaftslenkende Aufgaben wie u. a. die Steigerung der Kohleförderung und die Regulierung des Absatzes und beteiligte sich direkt an der Präzisierung der Kriegsziele: sie plante zentral die Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende. (Dok. 228-229)

Die sich auf die immensen Rüstungsgewinne gründende wirtschaftliche Vormachtstellung der Großkonzerne und das immer [250:] enger geknüpfte Netz großkapitalistischer und staatlicher Verflechtung bedrohte zunehmend die ökonomische und soziale Existenzgrundlage der kleinen und mittleren Betriebe. Selbst Göring sah sich Anfang 1943 mehrmals zu beschwichtigenden Äußerungen veranlaßt, diese Entwicklung beabsichtige nicht eine „Stillegung des Mittelstandes“, der Mittelstand werde vielmehr nach dem Krieg „sofort wieder in größtem Umfang wirtschaftlich und sozial hergestellt.“ (Dok. 230-231)

Schon vor Kriegsausbruch hatten führende Großkonzerne und Großbanken detaillierte Pläne darüber erarbeitet, welche Betriebe sie sich in den noch zu erobernden Gebieten einzuverleiben gedachten. (Dok. 233-234) Der „Blitzkrieg“ im Westen führte zu einer wahren Flut großkapitalistischer Planungen über die Verteilung der „Beute“ und über die Gestaltung Europas nach dem Kriege. Ein „großdeutscher Wirtschaftsraum“, gestützt auf ein Kolonialreich, schien in greifbare Nähe gerückt. (Dok. 235)

Auf welcher Grundlage und mit welchen Mitteln die „Neugestaltung Europas“ erfolgen sollte, veranschaulicht ein Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Konzerne, in denen diese aufgefordert wurden, konkrete „Wünsche“ nach Gruben, Fabriken, Verkehrsmitteln und Bodenschätzen anzumelden. (Dok. 236)

Zur Steuerung und längerfristigen Planung der Ausplünderung der besetzten Gebiete wurden von den Reichs- und Wirtschaftsgruppen sogenannte „Industrieanalysen“ angefertigt, in denen empirisches Material über die Volkswirtschaften der eroberten Länder zusammengetragen wurde. Insbesondere die IG-Farben entwickelten weitreichende und detaillierte Planungen über die Neuordnung Europas und der Welt, die ihr die beherrschende Weltstellung für alle chemischen Erzeugnisse sichern sollten. (Dok. 238)

Mit dem Raub von Produktionsmitteln in den besetzten Gebieten sollte nach großkapitalistischen Plänen die rücksichtslose Ausbeutung der unterjochten Völker einhergehen. Eine Denkschrift der Reichsgruppe Industrie bezeichnete sie als „Hilfsvölker“ die für die schwersten und primitivsten Arbeiten eingesetzt werden sollten. Doch auch das deutsche Volk sollte verstärkter Ausbeutung unterworfen werden; die gleiche Denkschrift forderte eine Erhöhung der Arbeitszeit und einen weiteren Ausbau der beherrschenden Stellung des Unternehmers im Betrieb. (Dok. 237)

Dem Krieg im Westen folgte 1941 der Überfall auf die Sowjetunion (Dok. 239), ein seit langem verfolgtes Ziel der reaktionärsten Kräfte in der Wirtschaft und im Militär. Schon bei der Planung des [251:] Überfalls wurden „Zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne“ hinzugezogen und dem „Wirtschaftsstab Ost“ eingegliedert, dessen Aufgabe in der Erfassung von Rohstoffen und Betrieben und später in der Verwaltung der besetzten Gebiete bestand. (Dok. 240, 242)

Die unvorstellbare Brutalität der Ausplünderungspolitik, die „zig Millionen“ verhungerte Menschen ins Kalkül zog (Dok. 241-243, 248), wurde mit der Gründung von „Monopolgesellschaften“ oder „Ostgesellschaften“ zum System erhoben. Diese zur Effektivierung der Ausplünderung geschaffenen Monopolgesellschaften planten und lenkten, mit allen staatlichen Vollmachten versehen und unter der Leitung von Großindustriellen und Bankiers, die gesamte Wirtschaft in den unterworfenen Territorien. (Dok. 244-245)

Eine Raub- und Eroberungspolitik solchen Ausmaßes hat die brutale Unterdrückung der Völker in den eroberten Gebieten und des eigenen Volkes zur Voraussetzung. Die Sicherung der Macht in den „Ostgebieten“ war – wie es die Reichsgruppe Industrie gefordert hatte – nur möglich durch die Behandlung der unterworfenen Völker als „Hilfsvölker“, deren Situation sich vom Sklavendasein nicht unterschied (Dok. 237, 249-251) und durch die physische Vernichtung von Millionen Menschen, wie sie der „Generalplan Ost“ vorsah. (Dok. 252) Die Niederschlagung des Widerstandes der um ihre Freiheit kämpfenden Menschen, Terror und Massenmord an der Zivilbevölkerung gehörten zu den grausamen Konsequenzen einer solchen Politik (Dok. 253-254), auf deren Hintergrund erst auch scheinbar sinnlose Massaker wie Lidice und Oradour begreiflich werden. (Dok. 255, 258)

Nach der Niederlage bei Stalingrad 1943 zeichnete sich ein Kurswechsel in der faschistischen Propaganda ab. Hatte Goebbels vor 1943 die Ostvölker noch als „Untermenschen“ verteufelt, stellte er nun seinen Propagandaapparat darauf ein, die unterjochten Völker für den Sieg Adolf Hitlers zu begeistern. (Dok. 256) An der Brutalität faschistischer Raub- und Plünderungspolitik änderte dies nichts. (Dok. 257)

Millionenfach wurden die Völker der besetzten Gebiete als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie eingesetzt und nach Deutschland verschleppt, um den sich ständig steigenden Arbeitskräftemangel zu beheben. Offensichtlich auf Initiative der Reichsvereinigung Kohle (Dok. 259-260) wurde mit der Ernennung Fritz Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Dok. 261) die Voraussetzung für ein umfassendes Zwangsarbeitssystem [252:] geschaffen. Selbst Frauen, Kinder und Greise wurden deportiert und mußten sich unter unmenschlichen Bedingungen in den deutschen Betrieben zu Tode arbeiten. (Dok. 263-264).

Verschärfte Terrormaßnahmen in Deutschland sollten jeden Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die Politik der Ausbeutung, der Ausplünderung und Massenvernichtung brechen. Allein im ersten Halbjahr 1944 wurden etwa 300.000 Personen verhaftet. (Dok. 273) Die Konzernführer hatten das Recht, jeden ihrer Angestellten oder Arbeiter bei der Gestapo zu denunzieren und Haftstrafen oder KZ zu beantragen; ihren Anträgen wurde uneingeschränkt entsprochen. (Dok. 271)

Der organisierte und planmäßig durchgeführte Massenmord an sechs Millionen Juden gehört zu den wohl grausamsten Verbrechen der Nazis. Eine von den Nazis organisierte „Volkswut“ leitete am 9. November 1938 den Pogrom gegen jüdische Bürger ein. (Dok. 275) Großkapital und Faschisten zogen aus der am 12. November erlassenen „Verordnung über die Sühneleistung der Juden“ (Dok. 276) zunächst den materiellen Vorteil: Göring gedachte durch die den Juden auferlegte Buße von einer Milliarde Reichsmark und durch die Reichsgewinne bei der Arierisierung jüdischer Unternehmen die durch die Rüstung in die roten Zahlen geratene Reichskasse aufzufüllen (Dok. 277-278), Großkonzerne und Großbanken waren – untereinander scharf konkurrierend – die Profiteure der Arierisierungen jüdischer Betriebe. (Dok 274, 279).

Die sogenannte Wannsee-Konferenz leitete die Phase der Massenvernichtung ein. Elf Millionen Juden sollten nach den Plänen der faschistischen Machthaber im Zuge der „Endlösung der europäischen Judenfrage“ ermordet werden. (Dok. 280-281)

Hunderttausende Juden waren zu dieser Zeit bereits in die Konzentrationslager eingeliefert worden oder in ihnen umgekommen. Die Konzentrationslager, ursprünglich zur Ausschaltung und Vernichtung politischer Gegner eingerichtet, gewannen im zweiten Weltkrieg aufgrund des Arbeitskräftemangels wachsende Bedeutung. (Dok. 286-287) Komplette Fabriken wie das Buna-Werk der IG-Farben in Auschwitz wurden von Häftlingen erbaut. (Dok. 284-285)

Die „Rentabilität“ des Häftlingseinsatzes wurde von der SS, die die Häftlinge an die Betriebe „vermietete“, präzise berechnet: Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von neun Monaten betrug der Gewinn pro Häftling 1631 RM. (Dok. 288) Massenvernichtungslager für die „arbeitsunfähigen“ Häftlinge, für Frauen, Kinder, alte Menschen und Kranke gehören ebenso zum deutschen Faschismus wie [253:] der brutale Terror gegen alle politischen Gegner und die unterworfenen Völker. (Dok. 293)

Die Frage der Behandlung von Juden, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen weist eine Fülle von Widersprüchen auf, die in den Interessen, die Großkapital und faschistische Führung verfolgten, selbst begründet liegen. Die Durchsetzung ihrer maßlosen Eroberungs- und Weltherrschaftspläne erforderte einerseits die Terrorisierung ihrer Gegner und die physische Ausrottung der Völkerschaften in den besetzten Gebieten, die „germanisiert“, d. h. mit deutschen Siedlern bevölkert werden sollten. Andererseits zwang der empfindliche Arbeitskräftemangel dazu, zumindest die qualifizierten Fachkräfte unter den KZ-Häftlingen, Juden und unterjochten Völkern zu schonen, ließ sich doch ohne deren Arbeit in der Rüstungsindustrie der Krieg nicht weiterführen.

Um diese beiden Pole kreiste die gesamte Okkupations- und Arbeitskräftebeschaffungspolitik. Ständige Differenzen zwischen Konzernen und staatlichen Stellen und zwischen verschiedenen Behörden um die Frage, wie man den effektivsten Einsatz der „Arbeitssklaven“ gewährleisten und wieviel man physisch vernichten könne, ohne die Rüstungsproduktion zu gefährden, waren an der Tagesordnung. Staatlicherseits erwog man z. B., die arbeitsfähigen Juden von der Vermehrung – zumindest vorläufig – auszunehmen. (Dok. 282) Auch in den Großkonzernen gab es Kräfte, die sich Gedanken über eine mögliche Arbeitssteigerung der Häftlinge machten und zu diesem Zweck eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und eine bessere Behandlung forderten (Dok. 265, 290), aber ebenfalls auch solche, die verschärfte Strafbestimmungen und Mißhandlungen für besser geeignet hielten, um die Menschen zur Arbeit anzutreiben. (Dok. 266, 291)

Von den „Verbesserungsvorschlägen“ gelangten allerdings die wenigsten zur Ausführung. In den Arbeitslagern der Großkonzerne herrschten Zustände, die sich von denen der Konzentrationslager nicht unterschieden. (Dok. 263, 264, 285) Eine kritische Studie einer staatlichen Untersuchungskommission nennt den Grund: man betrachte den „Ostarbeiter“ (und Gleiches gilt für die KZ-Häftlinge) als „leicht zu ergänzendes Produktionsmittel“. (Dok. 267) Die weitreichenden „Neuordnungsplanungen“, die die Vernichtung von zig Millionen Menschen nicht nur einschlossen, sondern sogar zur Voraussetzung hatten, sind die Wurzel für die Perfektionierung eines Terrorsystems, in dem vernichtet wurde, wer nicht mehr arbeitsfähig war.

[254:] Nach der Schlacht bei Stalingrad begannen die realistischsten Kreise in der politischen Führung, im Militär und im Großkapital, sich auf die Möglichkeit einer Niederlage vorzubereiten. Der

„Europa-Ausschuß“ unter Leitung des Außenministers Ribbentrop widmete sich seit dem Frühjahr 1943 der Frage, wie eine europäische Neuordnung auch nach einem verlorenen Krieg verwirklicht werden könne. Zur Isolierung der UdSSR sollte im eigenen Volk und bei den Völkern der Anti-Hitler-Koalition die „Furcht vor dem Bolschewismus“ erzeugt und die Gründung eines antisozialistischen europäischen Staatenbundes in Angriff genommen werden. (Dok. 294-295)

Die deutschen Großkonzerne, die nach einer Niederlage ihre Enteignung befürchteten, knüpften Verbindungen zu industriellen Kreisen des westlichen Auslandes, vor allem zu den USA. (Dok. 297)

Ein letzter Zerstörungsbefehl Hitlers offenbarte noch einmal die ganze Brutalität der faschistischen Diktatur und ihre Mißachtung der Lebensinteressen des deutschen Volkes. (Dok. 299) Doch die Niederlage der Hitlerfaschisten ließ sich nicht mehr aufhalten. Am 30. März beging Hitler Selbstmord. Wenige Tage später, am 8. Mai 1945, kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus war Wirklichkeit geworden. Die Personen und Kräfte allerdings, die den Faschisten zur Macht verhalfen, die über Hitler und die faschistische Regierung ihre Ziele und Interessen durchsetzten, wurden nicht entmachtet. Sie bestimmen noch immer maßgeblich die politische Entwicklung der Bundesrepublik.

[255:]

I. Kriegsvorbereitung und Kriegsziele

1. Expansions- und Europastrategien des deutschen Kapitals seit dem ersten Weltkrieg

„Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.“

Carl Duisberg. Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24.3.1931

„Von der Geschäftsführung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages ... sind eine Reihe von Verhandlungen mit maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Funktionären der NSDAP durchgeführt worden ... Wir konnten feststellen, daß nunmehr die Richtung der offiziellen Handels- und Außenpolitik sich vollkommen deckt mit den allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zielen der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages.“

Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10.4.1933

208. Aus der Kriegszielenkunde des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 9. September 1914

Das allgemeine Ziel des Krieges:

Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.

Die Ziele des Krieges im einzelnen:

1. *Frankreich.* Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhangs der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß [256:] so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten 15-20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden. Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und uns ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten. [...]

2. *Belgien.* Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg an Luxemburg. Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist. Gleichviel, jedenfalls muß ganz Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken [...]

3. *Luxemburg* wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft. [...]

6. *Holland*. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reiche gebracht werden kann. Dies engere Verhältnis müßte bei der Eigenart der Holländer von jedem Gefühl des Zwanges für sie frei sein [...], Holland also äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen.

ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 2476, Bl. 54 ff., zit. nach: Weltherrschaft im Visier: S. 86-88.

209. *Aus der Kriegszieldenkschrift Emil Kirdorfs vom 15. Juni 1915*

Frankreich muß durch Wegnahme eroberter Gebiete, die uns eine gesicherte besser zu verteidigende Grenze schafft, politisch und [257:] wirtschaftlich so geschwächt werden, daß es sich nicht wieder zur Großmacht erholen kann. Deshalb müssen in diese Gebiete, welche naturgemäß schon für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie unentbehrliche Erz-Backen von Briey einschließen, auch die nördlichen Kohlenbecken eingeschlossen werden. [...]

Rußland müssen wir so weit als möglich nach Osten zurückdrängen, damit es dahin seine Machterweiterung sucht; wir müssen uns damit nach Osten zugleich gesicherte Grenzen schaffen und Besiedelungsland erwerben. Nur wenn wir gegenüber der zunehmenden industriellen Entwicklung Deutschlands, die leider die Volksvermehrung und Volkskraft ungünstig beeinflusst, eine gleichmäßige Entwicklung der Landwirtschaft und damit Vermehrung der bäuerlichen Bevölkerung schaffen, wofür solches Land unentbehrlich ist, können wir uns die erforderliche Wehrkraft erhalten und die Ernährung unserer Bevölkerung in neuen Kriegen sicherstellen.

Daß mit den eroberten und dadurch zu erwerbenden Gebieten die Eingliederung von Fremdvölkern möglichst zu vermeiden ist, keinesfalls diesen, wenn sie aufgenommen werden müssen, ein Mitbestimmungsrecht über das Geschick Deutschlands eingeräumt werden darf, soll hier nur kurz gestreift werden. [...]

Auch die Notwendigkeit der Wiedergewinnung von Kolonialland, 1 aber in geschlossenerer und verteidigungsfähigerer Gestalt, die Schaffung von Flottenstützpunkten und die Erstrebung hoher Kriegskosten soll hier nur kurz gestreift werden.

Nicht nur meine Ansicht habe ich hier niedergelegt, sondern aller der Kreise, die sich überhaupt mit diesen Fragen beschäftigen und mit denen ich seit Beginn des Krieges in Berührung gekommen bin.

ZStA Potsdam, Reichskanzlei 2442/12, Bl. 219, Anlage 17 u. 18, zit. nach: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, hrsg. v. R. Opitz, Köln 1977, S. 334-335. (Hervorh. im Original)

210. *Aus der Denkschrift des „Deutschen Schutzbundes“ vom 17. März 1928*

II. Die Deutsche Zielsetzung.

Sicherung der dem deutschen Volk mit Rücksicht auf dessen Zahl und dessen Bedeutung gebührenden Stellung und des ihm gebührenden Einflusses bei der zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas im Sinne seiner europäischen Zielsetzung.

[258:] Zur Erreichung dieses Zieles ist die weitgehendste inner- und außenpolitische Stärkung des Deutschen Reiches als Mutterland des deutschen Volkes anzustreben. [...]

III. Staats- und rechtspolitische Aufgaben.

1.) Ein russisches Vordringen nach Mitteleuropa liegt nicht im Interesse der deutschen Gesamtpolitik. Bei den baltischen Völkern ist die Erkenntnis zu fördern, daß ihre staatliche Selbständigkeit gegenüber

den russischen Expansionsbestrebungen in dem Maße gesichert werden kann, als es ihnen gelingt, das Deutsche Reich an ihrer Selbständigkeit zu interessieren. [...]

IV. Wirtschaftspolitische Aufgaben. [...]

1.) Es sind alle Bestrebungen zu fördern, welche den engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten unter Einschließung des gesamten Siedlungsgebietes der Deutschen von Nord- und Ostsee bis zum Adriatischen und Schwarzen Meer erstreben. *Die Beseitigung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Staaten und Völkern dieses Raumes ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die dauernde Befriedigung des Raumes und für das geordnete Zusammenleben der von der Geschichte in diesem Raum verteilten Völker.* [...]

2.) Im Rahmen der europäischen Wirtschaftsvereinheitlichung darf *das Hauptziel (Wiederzusammenschluß des Reiches mit Österreich) nicht in den Hintergrund rücken.* [...]

3.) Wie zwischen dem Deutschen Reich und Österreich ist die *Wirtschaftsverflechtung mit den übrigen Teilen des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes* schon heute so eng wie möglich zu halten, bzw. für alle ehemals Österreichischen Gebiete neu zu gestalten als Schrittmacher zur europäischen Wirtschaftsvereinheitlichung, dies gilt im besonderen für den sudetendeutschen Raum.

ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung 1143, vollständiger Wortlaut bei: Opitz, S. 544-554. (Hervorh. im Original)

[259:]

211. Aus dem Geschäftsbericht von Tilo von Wilmowsky, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT), auf der Mitgliederversammlung des MWT am 22. November 1938 über die Südosteuropa-Pläne des deutschen Großkapitals 1929-1931

In den Jahren 1929 und 1930 begannen weiterblickende Kreise der deutschen Industrie, insbesondere der Ruhrindustrie, der chemischen und der Elektroindustrie, ihre Aufmerksamkeit stärker auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu richten, die eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Südosteuropa unter Umständen ergeben könne. Man plante eine privatwirtschaftlich aufgezogene Zentralstelle, die, mit möglichster Selbständigkeit und Schlagkraft ausgestattet, Beziehungen persönlicher und wirtschaftlicher Natur zu den Ländern des Donaumaumes herstellen und neue Wege zur Erweiterung des bislang vernachlässigten Südost-Geschäfts weisen sollte. [...]

Verhandlungen mit der deutschen Gruppe [des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages] in Berlin führten 1930/31 zu dem Ergebnis, daß die Organisation völlig umgestellt und der deutschen Industrie ein ausschlaggebender Einfluß eingeräumt wurde. [...]

Die Gesellschaft wird heute im wesentlichen von den gleichen industriellen Kreisen getragen, die sich im Jahre 1931 für ihre Entwicklung eingesetzt haben, also die Ruhrindustrie, die chemische und die Elektroindustrie. Daneben hat sie 60 Firmen und Einzelpersonen als Mitglieder. [...]

Sehr frühzeitig hat der MWT die überragende Bedeutung des Rohstoff-Problems für die deutsche Wirtschaft erkannt. [...]

Aus dieser Reihe von Tatsachen ist zu ersehen, daß die Arbeit des MWT reiche Früchte getragen hat. In unzähligen Fällen konnten wir durch den persönlichen Einfluß, den wir in den Ländern des Südostens im Laufe der Jahre gewonnen haben, das Zustandekommen von ganz großen Lieferungsgeeschäften ermöglichen bzw. erleichtern. Das bezieht sich insbesondere auf Kriegsmaterialgeschäfte, deren Abschluß in Rumänien z. B. ohne sorgfältige, im Stillen geleistete Vorarbeit überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin. Deutsche Bank, Nr. 6443. Bd. I, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 86-87.

[260:]

212. *Aus der Rede Carl Duisbergs über „Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie“ auf der vom Bayerischen Industriellen-Verband veranstalteten Tagung „Wirtschaft in Not“ am 24. März 1931*

Auch in Europa scheint dieses Ziel des regionalen Wirtschaftsraumes allmählich festere Formen anzunehmen. Für die südosteuropäischen Staaten, wie Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, wird die Absatzfrage für ihre landwirtschaftlichen Produkte nachgerade zu einer Existenzangelegenheit. Den notwendigen Absatz finden sie zum überwiegenden Teil in Deutschland. Was liegt für diese Staaten näher, als mit Deutschland, dem kräftigsten Partner, eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen? Deutschland auf der anderen Seite hat mit Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes für industrielle Produkte. [...] Handelspolitisch wird letzten Endes eine Verständigung zwischen Deutschland, Österreich und den südosteuropäischen Staaten die Form einer Zollunion finden müssen, da durch Vereinbarungen auf diesem Gebiete der übrige deutsche Export nicht gefährdet werden darf. [...]

Durch diese regionale Wirtschaftskombination kann das europäische Problem von der Südostecke aus aufgerollt werden. Selbst wenn es gelingt, im Südosten zu einer tragbaren Regelung zu kommen, bleibt doch für eine endgültige Regelung des europäischen Problems die Frage einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich zu lösen. Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia¹ wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Denn während überall in der Welt neue Wirtschaftsräume zur Aktivierung schreiten, während sich ein panamerikanischer, ein indischer, ein chinesischer Wirtschaftsraum vorbereitet, droht Europa durch seinen inneren Zwist immer mehr an Bedeutung zu verlieren, zumal Rußland als mächtiger Wirtschaftsraum aus dem europäischen Gefüge ausgebrochen ist und England seine Interessen in seinem überseeischen Imperium gebunden sieht. Eine Konsolidierung und eine neue Blüte Europas kann nur von der gezeichneten Linie aus erfolgen.

Carl Duisberg, Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933, S. 172 f. zit. nach: Weltherrschaft im Visier. S. 219-220.

[261:]

213. *Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10. April 1933*

Von der Geschäftsführung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Deutsche Gruppe, sind eine Reihe von Verhandlungen mit maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Funktionären der NSDAP durchgeführt worden, deren Ergebnis für die Weiterentwicklung unserer Arbeit von größter Bedeutung sein dürfte. Wir konnten feststellen, daß nunmehr die Richtung der offiziellen Handels- und Außenpolitik sich vollkommen deckt mit den allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zielen der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. Bei sämtlichen Herren, auch den der Landwirtschaft nahestehenden Persönlichkeiten wurde anerkannt, daß die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraums, insbesondere aber die Beseitigung der handelspolitischen Isolierung, in der sich Deutschland befindet, auf dem von uns beschrittenen und empfohlenen Wege eine unbedingte Notwendigkeit ist. Unsererseits wurde in den Verhandlungen Wert darauf gelegt, daß seitens der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages wertvolle Vorarbeiten in dieser Richtung geleistet sind und insbesondere ein Instrument geschaffen worden ist, mit dem die erstrebten Ziele, erreicht bzw. vorbereitet werden können. Wir glauben, das mit besonderer Genugtuung deshalb feststellen zu sollen, weil jetzt eine gewisse Gewähr für eine einheitliche und langfristige Verfolgung großer politischer und handelspolitischer Gesichtspunkte gegeben sein dürfte.

ZStA Potsdam, Deutsche Bank AG, Nr. 21838. Bl. 23, zit. nach: Weltherrschaft im Visier, S. 232-233.

¹ Anm. der Hg. von Weltherrschaft im Visier: Hier handelt es sich um eine spätere Korrektur. Wie der unmittelbar nach der Tagung in der Presse (vgl. „Berliner Börsen-Zeitung“ und „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. März 1931) veröffentlichte Text ausweist, sprach Duisberg von einem „Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa“.

[262:]

2. Der Vierjahresplan 1936-1938

„Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. ... Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! ... Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

Adolf Hitler, Vierjahresplandenkschrift

„Tatsächlich war der Vierjahresplan ein IG-Plan.“

Max Kügler, Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, im Nürnberger Prozeß 1941

214. Aus der Denkschrift der IG Farbenindustrie AG für den Rüstungsbeirat¹ des Reichswehrministeriums vom März 1935 über die Militarisierung der Wirtschaft und zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg

Der Gedanke, die Außenorganisation des RWM unter Einschluß des RLM zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg zu erweitern, bedeutet letzten Endes, sich mit den Problemen über den Aufbau einer alle Kräfte des Volkes zusammenschließenden Wirtschaftsorganisation zu befassen.

Wenn man sich nicht nur an die im Kriege² unter dem Zwange der Not entstandene Organisationsform anlehnen will, sondern wenn man darauf ausgeht, die gesamten produktiven Kräfte auf weite Sicht vorbereitend einem einheitlichen Zweck unterzuordnen, so heißt dies – naturgemäß unter Benutzung der im Kriege gesammelten Erfahrungen – eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einem straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert. Die gesamte Erzeugung der Industrie, des Handwerks und des Gewerbes sowie der Landwirtschaft gilt in diesem Sinne als kriegswichtig und muß daher in den Rahmen einer umfassenden Wehrwirtschaft einbezogen werden. [...]

[263:] Die Planung der Wehrwirtschaft bzw. die Aufstellung der wehrwirtschaftlichen Mobilisierungspläne muß unter Berücksichtigung vorhandenen Friedenswirtschaft, d. h. unter Mitarbeit der bestehenden Fachorganisationen der Wirtschaft bzw. der Unternehmer selbst, erfolgen, um die Initiative, Anregung und Mitarbeit der freien Wirtschaft in den Dienst der Sache zu stellen. Diese gesamte Planung, sowohl was die Produktion kriegswichtiger Güter anlangt als auch die gesamte Planung über Rohstoff-Fragen, muß dabei unter einheitlicher zentraler wehrwirtschaftlicher Leitung stehen.

Archiv des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Nr. 1087, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 130-132.

215. Aus der gelleimen Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan

Deutschland wird wie immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber den bolschewistischen Angriffen anzusehen sein. Ich fasse dies nicht als eine erfreuliche Mission auf, sondern als eine leider durch unsere unglückliche Lage in Europa bedingte Erschwerung und Belastung unseres völkischen Lebens. Wir können uns aber diesem Schicksal nicht entziehen.

Unsere politische Lage ergibt sich aus folgendem:

Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. Die anderen Länder sind entweder durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen oder von autoritären Regierungen beherrscht, deren einzige Stärke die militärischen Machtmittel sind, d. h.

¹ In diesem Gremium zur Beratung des Reichswehrministeriums, das meistens unter dem Vorsitz des Reichswehrministers Werner von Blomberg tagte, saßen als ständige Vertreter der Reichswehr die Generale Walther von Reichenau und Wilhelm Keitel. Die wichtigsten Konzerne waren durch Robert Bosch, Konrad von Borsig, Wilhelm Keppler, Carl Krauch, Paul Reusch, Hermann Röchling, Carl Friedrich von Siemens, Fritz Springorum, Fritz Thyssen und Albert Vögler vertreten.

² Hier ist der erste Weltkrieg gemeint.

aber: sie sind infolge der Notwendigkeit, die Existenz ihrer Führung den eigenen Völkern gegenüber durch die Brachialmittel der Exekutive zu sichern, unfähig, diese Brachialgewalt zur Erhal-[264:]tung der Staaten nach außen anzusetzen. Alle diese Länder wären unfähig, jemals einen aussichtsvollen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen. [...]

Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! [...]

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist aber, in kürzesten Umrissen gekennzeichnet, folgende:

1) Wir sind übervölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren [...]

5) Es ist aber gänzlich belanglos, [...] immer wieder festzustellen, daß uns Lebensmittel oder Rohstoffe fehlen, sondern es ist entscheidend, jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung, für den Übergang eine vorübergehende Entlastung bringen können.

6) Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen. [...]

Und ich stelle daher zu einer endgültigen Lösung unserer Lebensnot folgendes Programm auf:

I. Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen, und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und, wenn nötig, auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit.

II. Zu diesem Zwecke sind auf all den Gebieten, auf denen eine eigene Befriedigung auf deutsche Produktionen zu erreichen ist, Devisen einzusparen, um sie jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung nur durch Import erfahren können. [...]

III. In diesem Sinne ist die deutsche Brennstoffherzeugung nunmehr im schnellsten Tempo vorwärtzutreiben und binnen 18 Monaten zum restlosen Abschluß zu bringen. [...]

IV. Es ist ebenso augenblicklich die Massenfäbrication von synthetischem Gummi zu organisieren und sicherzustellen. Die Behauptung, daß die Verfahren vielleicht noch nicht gänzlich geklärt wären, und ähnliche Ausflüchte haben von jetzt ab zu schweigen. [...] Es ist vor allem nicht die Aufgabe staatlich-wirtschaftlicher Einrichtungen, sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen. Dies geht das Wirtschaftsministerium gar nichts an. Entweder wir besitzen heute eine Privatwirtschaft, dann ist es deren [265:] Aufgabe, sich den Kopf über die Produktionsmethoden zu zerbrechen, oder wir glauben, daß die Klärung der Produktionsmethoden Aufgabe des Staates sei, dann benötigen wir keine Privatwirtschaft mehr. [...]

Es ist weiter notwendig, die deutsche Eisenproduktion auf das Außerordentlichste zu steigern. [...]

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.

Vollständiger Wortlaut in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1955, H. 2.

216. Aus der eidesstattlichen Erklärung von Dr. Max Kugler, 1934-1942 Ministerialrat im Reichwirtschaftsministerium, über die Stellung der IG-Farben im Vierjahresplanamt (1947)

Bei der Struktur der deutschen Wirtschaft hätte ein Rohstoffplan, wie es der Vierjahresplan war, auf drei Wirtschaftszweigen aufgebaut sein müssen: Kohle, Eisen und Chemie.

Tatsächlich war der Vierjahresplan ein IG-Plan. Die Kohle- und Eisenindustrie sowie die Chemische Industrie außerhalb der IG beteiligten sich nicht am Vierjahresplan. [...]

Wie der Reichsbankpräsident Schacht mir im Jahre 1936 wiederholt erzählt hat, hat er die IG, und zwar Geheimrat Schmitz sowohl wie auch v. Schnitzler immer wieder gewarnt, an den Vierjahresplanvorhaben teilzunehmen. Die IG hat sich jedoch mit ganzer Einsatzkraft in den Dienst des

Vierjahresplanes gestellt. Sie hat darüber hinaus erreicht, daß das Amt des Vierjahresplanes fast ausschließlich mit IG-Leuten oder mit von der IG abhängigen Leuten besetzt wurde, und man erzählte sich, daß die IG diesen Leuten hohe Gehälter zahlte, um ihre IG-Treue zu sichern. Ob dies tatsächlich zutreffend war, ist mir nicht bekannt. Aus Gesprächen mit Schacht im Jahre 1936 ist mir bekannt, daß Schacht seinen ganzen Einfluß bei Göring geltend machte, um die absolute Vormachtstellung der IG im Amt des Vierjahresplanes einzuschränken, und daß Schacht, nachdem Göring keinerlei Konzessionen zu ungunsten der IG machen würde, sich schriftlich an Hitler zum Zwecke der Intervention wandte. Schachts Bemühungen bei Hitler blieben ebenfalls erfolglos.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-9945, zit. nach: Kuczynski, Bd. 16, S. 181-182.

[266:]

217. *Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 15. Dezember 1937 über „Aufgaben und Zweck des Wehrwirtschaftsführer-Korps“*

Der Führer und Reichskanzler hat im Jahre 1936 die Bildung eines Wehrwirtschaftsführer-Korps angeordnet. Der Reichskriegsminister und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile können deutsche Staatsbürger, die sich um den materiellen Aufbau der Wehrmacht besondere Verdienste erworben haben oder erwerben, zu Wehrwirtschaftsführern ernennen. In dieser Ernennung kommt gleichzeitig die freiwillige Mitarbeit der Wirtschaft an allen Aufgaben der Landesverteidigung zum Ausdruck, entsprungen aus der wehrwirtschaftlichen Gesinnung und aus der Verpflichtung jedes einzelnen an die Wehrmacht.

Mit der Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer verpflichten sich diese Persönlichkeiten im besonderen Maße zu einem Treueverhältnis zum Staat und zur Wehrmacht. [...]

Im Jahre 1937 sind durch den Reichskriegsminister und durch den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine bereits eine Anzahl von Wirtschaftsführern zu Wehrwirtschaftsführern ernannt worden.

Völkischer Beobachter v. 15.11.1937, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-1939, S. 66.

218. *Aus dem „Schnellplan“ der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau für Pulver, Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe vom 13. August 1938¹*

Mit dem Schnellplan ist nach Ansicht der beteiligten Stellen sowie der durchführenden Industrie die maximale Steigerungsmöglichkeit bis Herbst 1939 erschöpft.

Der Schnellplan ist im einzelnen abgeglichen und volle Übereinstimmung erzielt zwischen OKW (Wstb), OKH (WaA), Dr. Krauch.²

Der vorliegende Schnellplan ist ab jetzt die gemeinsame Grundlage des weiteren Vorgehens aller beteiligten Stellen.

Bis Ende 1939 wird nach dem Schnellplan die Kapazität so weit erhöht, daß auf allen Gebieten praktisch die größte im Weltkrieg noch erzielte deutsche Erzeugungsmöglichkeit erreicht wird. [...]

[267:]

Die Durchführung des Schnellplanes ist nur möglich, wenn ganz besondere (kriegsmäßige) Vollmachten der für die Durchführung verantwortlichen Stelle gegeben werden.

ZStA Potsdam, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413/600, Dok. NI-8797, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 188-189.

¹ Der Schnellplan wurde unter der Leitung von Carl Krauch (Leiter der Wirtschaftsstelle und Vorstandsmitglied der IG-Farben) ausgearbeitet. Gegenüber den Plänen vom 10. Juni und vom 30. Juni 1938 beinhaltete dieser Plan die äußerste Beschleunigung des Ausbauprogramms, das ursprünglich bis 1942/43 bzw. 1941 befristet war. Der Schnellplan war ein Hauptbestandteil des „Wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes“, auch „Krauchplan“ oder „Karinhallplan“ genannt.

² Oberkommando der Wehrmacht (Wehrwirtschaftsstab), Oberkommando des Heere (Heereswaffenamt).

219. Hermann Görings „Befehl zur Durchführung des wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes“ vom 22. August 1938¹

1) Die Gesamtleitung der Durchführung des für den Ausbau von Pulver-, Sprengstoff- und K-Stofffabriken sowie ihrer Vorprodukte befohlenen wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes wird Herrn Dr. Krauch übertragen. Er trägt somit die volle Verantwortung für die zeitgerechte Durchführung des Programms und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel (Geld, Stahl, Baustoffe, Arbeitskräfte usw.).

2) Die Durchführung des Erzeugungsplanes hat in engstem Einvernehmen mit der Wehrmacht [...] zu erfolgen.

ZStA Potsdam, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413/600, Dok. NI-8917, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, S. 189-190.

[268:]

3. Der zweite Weltkrieg: ein Eroberungskrieg

„Die Kämpfe sind anders geworden als vor 100 Jahren ... Heute kämpfen wir um Ölfelder, Gummi, Erdschätze usw.“
Adolf Hitler am 23.11.1939

„Ich habe den Eindruck, daß augenblicklich die Welt neu verteilt wird, und zwar in einer anderen Weise, in der sie bisher verteilt gewesen ist. Und da wir bei den bisherigen Verteilungen zu kurz gekommen sind, kann für uns die Parole nur lauten, anstellen und vordrängen ... Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann wollen wir die Herren über Europa sein ...“
Joseph Goebbels am 26.10.1940

220. Aus Berichten von Wilhelm Keppler, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Generaldirektor Vogl über die Rede Adolf Hitlers am 8. März 1939² vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität

Zuerst wurden gewisse wirtschaftliche und Arbeiter-Probleme besprochen. Dann sprach der Führer. Zunächst erklärte er, daß der Vierjahresplan der letzte Ausweg wäre. Das wahre Problem für das deutsche Volk wäre, sich der Quellen zu versichern, von denen die Rohmaterialien, so notwendig für seine Wohlfahrt, erlangt werden könnten. Außerdem, um diesen Zustand zu genießen, müssen die Feinde des deutschen Volkes radikal vernichtet werden: Juden, Demokratien und „internationale Mächte“.

Solange diese Feinde irgendwo in der Welt noch die geringste Spur einer Macht besäßen, würden sie eine Bedrohung des Friedens des deutschen Volkes bleiben.

In diesem Zusammenhang werde die Lage in Prag unertragbar. Außerdem werde Prag benötigt als Ausgangsort für den Gewinn dieser Rohmaterialien. Infolgedessen wären Befehle gegeben worden, dahingehend, daß innerhalb etlicher Tage, nicht später als am 15. März, die Tschechoslowakei militärisch zu besetzen sei. Polen wird folgen. Wir brauchen nicht auf einen starken Widerstand von dieser Seite zu rechnen. Deutsche Herrschaft über Polen ist notwendig, um polnische Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Kohle für Deutschland zu sichern.

[269:] Was Ungarn und Rumänien anbetrifft, so gehören sie ohne Frage in das lebenswichtige Gebiet Deutschlands. Der Fall Polens sowie auch angemessener Druck wird sie unzweifelhaft dazu bringen, klein beizugeben. Dann werden wir uneingeschränkte Kontrolle über ihre unermeßlichen landwirtschaftlichen Quellen und ihre Petroleum-Schätze haben. Dasselbe kann von Jugoslawien gesagt werden.

¹ Das gleiche Datum wie Görings Befehl trug sein Ernennungsschreiben für Carl Krauch zum „Bevollmächtigten für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schieß- und Sprengstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln“ (bald: „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“).

² Diese Berichte sind drei Telegrammen entnommen, die der amerikanische Botschafter in Frankreich, William Christian Bullitt, am 19. September 1939 aus Paris an das State Department in Washington für Präsident F. D. Roosevelt sandte. Die Berichte werden hier in der deutschen Übersetzung des Nürnberger Dokuments wiedergegeben.

Dies ist der Plan, der bis 1940 vollbracht werden soll. Selbst dann wird Deutschland unbesiegbar sein. Deutschland wird in 1940 und 1941 ein für allemal mit seinem Erbfeinde Frankreich abrechnen. Dieses Land wird von der Karte Europas verschwinden. England ist ein altes Land, geschwächt durch Demokratie, Deutschland wird England leicht beherrschen und wird über Englands Reichtümer und Gebiete in der ganzen Welt verfügen, wenn Frankreich einmal besiegt ist.

Nachdem in dieser Weise der europäische Kontinent zum erstenmal im Sinne einer neuen Auffassung vereinigt ist, wird Deutschland das größte Unternehmen der Geschichte beginnen: Mit englischen und französischen Besitzungen in Amerika als Grundlage werden wir dann mit den „Dollar-Juden“ der Vereinigten Staaten abrechnen. Wir werden diese jüdische Demokratie vernichten, und jüdisches Blut wird sich mit dem Dollar vermischen. Selbst heute noch können die Amerikaner unser Volk beleidigen, aber der Tag wird kommen, wenn sie bitterlich, aber zu spät, jedes Wort, das sie gegen uns sprachen, bereuen werden.

Einige der Anwesenden waren sehr enthusiastisch, während andere weniger interessiert schienen.

ZStA Potsdam, Wilhelmstraßenprozeß, Nr. 467, Bl. 5 f., Dok. NID-15673, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 204-205.

221. Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht vom 22. August 1939

Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht [270:] danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.

Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Mill. Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.

Schnelligkeit der Entscheidung notwendig. Festen Glauben an den deutschen Soldaten. Krisen sind nur auf Versagen der Nerven der Führer zurückzuführen.

Erste Forderung: Vordringen bis zur Weichsel und bis zum Narew. Unsere technische Überlegenheit wird die Nerven der Polen zerbrechen. Jede sich neu bildende lebendige polnische Kraft ist sofort wieder zu vernichten. Fortgesetzte Zermürbung.

Neue deutsche Grenzführung nach gesunden Gesichtspunkten evtl. Protektorat als Vorgelände. Mil. Operationen nehmen auf diese Überlegungen keine Rücksicht. Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel. Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung.

Überzeugung, daß die deutsche Wehrmacht den Anforderungen gewachsen ist. Auslösung wird noch befohlen, wahrscheinlich Samstag morgen.

Dok. PS-1014, IMG, Bd. XXVI, S. 523-524.

222. Aus Adolf Hitlers Weisung Nr. 1 für die Kriegführung vom 31. August 1939

1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.39

Angriffszeit: 4.45 Uhr

Diese Zeit gilt auch für die Unternehmungen Gdingen – Danziger Bucht und Brücke Dirschau.

[271:] 3. Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein

örtlich entgegenzutreten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten. Die deutsche Westgrenze ist zu Lande an keiner Stelle ohne meine ausdrückliche Genehmigung zu überschreiten. [...]

4. Eröffnen England und Frankreich die Feindseligkeiten gegen Deutschland, so ist es Aufgabe der im Westen operierenden Teile der Wehrmacht, unter möglicher Schonung der Kräfte die Voraussetzungen für den siegreichen Abschluß der Operationen gegen Polen zu erhalten.

Dok. C-126, IMG. Bd. XXXIV, S. 456-458.

223. Aus der geheimen Ansprache Adolf Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939

Zweck der Zusammenkunft ist es, Ihnen Einblick zu geben in die Gedankenwelt, die mich angesichts der bevorstehenden Ereignisse beherrscht, und Ihnen meine Entschlüsse zu sagen. [...]

Ein Jahr später kam Österreich [...] Der nächste Schritt war Böhmen, Mähren und Polen. Aber dieser Schritt war nicht in einem Zuge zu tun. Zunächst mußte im Westen der Westwall fertiggestellt werden. [...] Vom ersten Augenblick an war mir klar, daß ich mich mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen könnte. – Es war nur eine Teil-Lösung. Der Entschluß zum Einmarsch in Böhmen war gefaßt. Dann kam die Errichtung des Protektorats, und damit war die Grundlage für die Eroberung Polens gelegt, aber ich war mir zu dem Zeitpunkt noch nicht im klaren, ob ich erst gegen den Osten und dann gegen den Westen oder umgekehrt vorgehen sollte. [...] Es ist ein ewiges Problem, die Zahl der Deutschen in Verhältnis zu bringen zum Boden. Sicherung des notwendigen Raumes. Keine geklügelte Gescheitheit hilft hier, Lösung mit dem Schwert. Ein Volk, das die Kraft nicht aufbringt zum Kampf, muß abtreten.

Die Kämpfe sind anders geworden als vor 100 Jahren [...] Heute kämpfen wir um Ölfelder, Gummi, Erdschätze usw. [...]

Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluß zum Schlagen war immer in mir. Früher [272:] oder später wollte ich das Problem lösen. Zwangsläufig wurde entschieden, daß der Osten zunächst zum Ausfall gebracht wurde. [...]

Ich werde angreifen und nicht kapitulieren [...] Jede Hoffnung auf Kompromisse ist kindisch: Sieg oder Niederlage! Dabei geht es nicht um ein nationalsozialistisches Deutschland, sondern darum, wer künftig in Europa dominiert. Diese Frage ist des höchsten Einsatzes wert [...] Mein Entschluß ist unabänderlich. Ich werde Frankreich und England angreifen zum günstigsten und schnellsten Zeitpunkt. Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben.

Dok. PS-789, IMG, Bd. XXVI, S. 327-336.

224. Aus der geheimen Erklärung des Reichsministers Dr. Goebbels am 5. April 1940 vor geladenen Vertretern der deutschen Presse

Der Nationalsozialismus hat niemals eine Lehre gehabt in dem Sinne, daß er Einzelheiten oder Probleme erörterte. Er wollte an die Macht. Danach erst war ein Programm zu erfüllen oder auch aufzubauen. Wenn uns einer fragte, wie wir uns denn die Lösung dieser oder jener Frage dächten, so haben wir geantwortet, das wüßten wir noch nicht. Wir hatten schon unsere Pläne, aber wir unterbreiteten sie nicht der öffentlichen Kritik. Wenn heute einer fragt, wie denkt ihr euch das neue Europa, so müssen wir sagen, wir wissen es nicht. Gewiß haben wir eine Vorstellung. Aber wenn wir sie in Worte kleiden, bringt uns das sofort Feinde und vermehrt die Widerstände. Haben wir erst die Macht, so wird man schon sehen, und auch wir werden schon sehen, was wir daraus machen können. [...]

1914 glaubte man, dem Volke sagen zu können, daß die Kohlenbecken von Nordfrankreich erstrebenswerte Kriegsziele sind. Kein Mensch im einfachen Volk interessiert sich für diese Kohlenbecken. Heute sagen wir: „Lebensraum“. Jeder kann sich vorstellen, was er will. Was wir wollen, werden wir zur rechten Zeit schon wissen.

H.-A. Jacobsen, Der zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt/M. 1966, S. 180-181.

[273:]

225. *Aus der Rede von Joseph Goebbels vor Führern der NSDAP in Wien am 26. Oktober 1940*

Ich habe den Eindruck, daß augenblicklich die Welt neu verteilt wird, und zwar in einer anderen Weise, in der sie bisher verteilt gewesen ist. Und da wir bei den bisherigen Verteilungen zu kurz gekommen sind, kann für uns die Parole nur lauten, anstellen und vordrängen. Wenn einer mich fragt, was wollt Ihr denn nun eigentlich, so kann ich ihm darauf eine ganz präzise Antwort nicht geben. Das hängt von den Umständen ab. Je nachdem, wieviel wir wollen und können. Wir wollen Lebensraum. Ja, was bedeutet das denn? Die Definition geben wir nach dem Kriege [...] Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann wollen wir die Herren über Europa sein [...] Dann werden wir endlich wieder einmal zu den besitzenden Nationen gehören, dann werden wir Rohstoffe besitzen und Hilfsquellen, und dann wird ein großes Kolonialreich unser Eigen sein [...]

Wir Nationalsozialisten haben immer den Standpunkt vertreten, 1918 war der Krieg nicht aus. Das war nur ein Abschluß, und dann kam die große Pause. Der Schlußakt wird jetzt durchgespielt. Dieses Drama endet mit dem deutschen Sieg und wird kein Trauerspiel.

K. Scheel, Die Goebbels-Rede vom 26.10.1940 – ein Dokument zur faschistischen Kriegszielpropaganda, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1969, Nr. 3, S. 39 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942, S. 54-55.

[274:]

II. Großkonzerne und Staat im System der Kriegswirtschaft

„Wir haben auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Lehren aus dem verlorenen (ersten) Weltkrieg gezogen. Nicht nur in seiner politischen Ausrichtung und Einigkeit und in der Ausschöpfung seiner militärischen Machtquellen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht steht das deutsche Volk heute anders da als 1914. Heute haben wir den wirtschaftlichen Generalstab, der uns 1914 fehlte. Wir wissen, daß wir militärisch keinen Krieg gewinnen können, wenn wir ihn wirtschaftlich verlieren.“

Friedrich Landfried, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, am 5.9.1939 in der Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ Nr. 17 (1939), S. 1009.

226. Aus dem Erlaß von Hermann Göring vom 5.12.1939 über Bildung und Kompetenzen des Reichsamts für Wirtschaftsausbau

Die besonderen Verhältnisse des Krieges machen eine Neuordnung der bisherigen Reichsstelle für Wirtschaftsausbau erforderlich, über die inzwischen mehrfache Besprechungen stattgefunden haben. Das Ergebnis fasse ich unter Abänderung meines Erlasses vom 5. Februar 1938 [...] folgendermaßen zusammen:

1. Die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau erhält unter Beibehaltung ihres Charakters als eine dem Reichswirtschaftsminister nachgeordnete höhere Reichsbehörde die Bezeichnung „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“.¹

2. Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau hat folgende Aufgaben:

a) Förderung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Industriellen Rohstofferzeugung und -Verarbeitung durch alle geeigneten Maßnahmen [...]

b) Beobachtung der Bedarfslage und Vorbereitung der vom Reichswirtschaftsministerium endgültig festzustellenden Planung auf dem Gebiet der industriellen Erzeugung.

c) Einleitung, Betreuung und Überwachung der auf Grund der Planung genehmigten Bauten, Rohstoffsteuerung hierfür, Führung der Finanzierungsverhandlungen. [...]

6. Ich bin damit einverstanden, daß die Leitung des Reichsamts meinem Generalbevollmächtigten für Sonderfragen, Professor Dr. Krauch, kommissarisch übertragen wird. Er wird sich auch für die Erledigung der ihm von mir gestellten Sonderaufgaben des Reichs-[275:]amts bedienen, so daß die Bestellung eines besonderen Apparates sich erübrigt.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-7132, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 234-235.

227. Aus der Aktennotiz des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW über die Besprechung am 18. Dezember 1939 mit führenden Vertretern des deutschen Großkapitals über die Schaffung einer zentralen Leitung in der Kriegswirtschaft

General Thomas²: Der Zweck der heutigen Besprechung ist, den Anwesenden ein Bild der wehrwirtschaftlichen Lage zu geben. Nach dem Vortrag soll darüber eine Aussprache stattfinden [...]

Aussprache: [...]

Geheimrat Bücher³: Notwendig ist vor allem eine einheitliche Führung der Wirtschaft und eine denkbar einfache Organisation. Dann wird sich aus der Industrie, die ein sehr williges Organ ist, eine optimale Leistung herausholen lassen. Eine Stelle muß den Gesamtbedarf der Wehrmacht kennen, die Übersicht über die gesamten vorhandenen Rohstoffe haben und enggültig über deren Verwendung entscheiden, eine Stelle muß nach einheitlichen Gesichtspunkten klar und unzweideutig die Größenordnung und Dringlichkeit des Bedarfes verfügen.

Notwendig ist ferner eine Stetigkeit in der Auftragserteilung. [...]

¹ Vgl. Dok. 218 u. 219.

² General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes

³ Hermann Bücher, AEG-Konzern

Dr. Binge¹: Die Elektro-Industrie nimmt in der Kriegsfertigung, eine Schlüsselstellung ein. Störungen und Verzögerungen in der Fertigung der Elektro-Industrie wirken sich deshalb auch in anderen Kriegsindustrien aus. Aus diesem Grunde ist Einheitlichkeit in der Führung und Stetigkeit der Auftragserteilung für die Elektro-Industrie besonders wichtig. [...]

General Thomas: Zusammenfassend ist festzustellen, daß im Verlauf der Aussprache in der Hauptsache der Wunsch nach einer einheitlichen und klaren Führung gestellt worden ist, weil sonst die Forderungen des Staates nicht oder zumindest nicht termingemäß erfüllbar sind. Diese Forderung ist von mir immer vertreten worden und wird auch in Zukunft stets vertreten werden.

ZStA Potsdam. Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW, Film Nr. 1758, zit. nach: Anatomie des Krieges. S. 235-239.

[276:]

228. Aus der Aktennotiz von Bernhard Weiß. Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick vom Februar 1941 über die Vorbereitungen zur Bildung der Reichsvereinigung Kohle (RVK)

Herr Brockhüs² berichtete heute über die Vorschläge, die er zusammen mit Herrn Wisselmann³ ausgearbeitet hat und die heute abend mit Herrn Delius⁴ besprochen werden sollen, wie folgt:

Gedacht ist an die Gründung eines Komitees in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes. [...]

Dieses Komitee solle nach dem Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Mineralöl gewisse Aufgaben im Rahmen des Vierjahresplanes übernehmen. Man denke hierbei in erster Linie an die Durchführung der Aufgabe der Leistungssteigerung im Bergbau. Dem Komitee sollen außerdem einige Funktionen der Wirtschaftsgruppe Bergbau übertragen werden. Zusammengefaßt würde sich das Arbeitsprogramm des Komitees auf folgende Fragen erstrecken:

1. Leistungssteigerung des Bergbaues.
2. Planung der Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende. (Herr Brockhüs wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Herr Walter⁵ hierfür bereits Vorschläge ausgearbeitet und dem OKW zugeleitet hat.)
3. Regelung des Absatzes in der Weise, daß der Reichskohlenkommissar den Bedarf feststellt und seine Wünsche an das Komitee weitergibt. Das Komitee prüft, inwieweit diese Wünsche erfüllbar sind, und erteilt entsprechende Weisungen an die Syndikate.
4. Arbeiter-, Transport-, Rohstoff-Fragen etc.
5. Ausbaupläne der Kohlenwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Bergbau-Abteilung des RWiM.
6. Bearbeitung großer neuer Projekte der Kohlenwirtschaft, z. B. Schwelung, Hydrierung etc.
7. Herr Wisselmann legt Wert darauf, daß das Komitee ein gewisses Ordnungsstrafrecht erhält, damit der Kohlenwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, in ihrem eigenen Kreis disziplinarisch gegen Verstöße gegen Bestimmungen der Syndikate und des Komitees vorzugehen. Das Ordnungsstrafrecht würde zweckmäßig durch [277:] die Syndikate ausgeübt, die entsprechende Anweisungen vom Komitee erhalten würden. [...] Herr Brockhüs [...] empfiehlt Ausarbeitung dieser Geschäftsordnung im kleinen Kreis⁶ und Präsentation des ganzen Programms gegenüber dem Reichsmarschall. Wenn der Reichsmarschall die Genehmigung gegeben hat, soll dann die Zustimmung der Syndikate eingeholt werden.

Flick-Prozeß, Dok. NI-4155, zit. nach: Fall 5, S. 130-132.

¹ Rudolf Bingel, Siemens-Konzern

² stellvertr. Vorstandsvors. der Niederlausitzer Kohlenbergwerke

³ Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Vorstandsvors. der Preuß. Bergwerks- und Hütten AG

⁴ stellvertr. Vorstandsmitgl. der staatlichen „Reichswerke AG Hermann Göring“

⁵ Paul Walter, Reichskohlenkommissar

⁶ „Kleiner Kreis“ oder „Siebener Kreis“: Gremium der größten Ruhr-Montankonzerne Mannesmann, Krupp, Flick, Vereinigte Stahlwerke, Klöckner, Hoesch, Gutehoffnungshütte.

229. *Genehmigung Görings für die Gründung der RVK vom 3.3.1941*

Ich genehmige die Gründung der „Reichsvereinigung Kohle“

mit den in der anliegenden Niederschrift festgelegten Aufgaben und bestätige als Mitglieder die Herren

Paul Pleiger	Vorsitzer
Heinrich Wisselmann	1. stellv. Vorsitz.,
Franz Hayler	2. stellv. Vorsitz.,
Otto Berve	
Alfried v. Bohlen-Halbach	(Vertreter Hermann Winkhaus)
Gustav Brecht	
Friedrich Flick	(Vertreter Ernst Buskühl)
Gustav Knepper	(Vertreter Otto Steinbrinck)
Rudolf Stahl	
Ernst Tengermann	(Vertreter Wilhelm Tengermann)
Edmund Tobies	
zwei Vertreter des Handels (ein Vertreter des Werkshandels, ein Vertreter des freien Handels)	

Die Reichsvereinigung Kohle und ihre Mitglieder sind mir für die Durchführung der kohlenwirtschaftlichen Aufgaben im Großdeutschen Reich verantwortlich. Ich beauftrage gleichzeitig den Herrn Reichswirtschaftsminister, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Flick-Prozeß, Dok. NI-4151, zit. nach: Fall 5, S. 135-136.

[278:]

230. *Aus der Rede von Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 über die Bedrohung des Mittelstandes durch die Monopolisierung der Wirtschaft und ihre Verflechtung mit staatlichen Organen*

Daneben vollziehen sich großzügige Zusammenlegungen in unserer allgemeinen Wirtschaft. [...] Ich wende mich in diesem Zusammenhang eindringlich gegen die Behauptung, daß mit unseren Maßnahmen eine Stilllegung des Mittelstandes oder eine Monopolisierung unserer Wirtschaft bezweckt würde. Nach dem Krieg wird der Mittelstand sofort wieder in größtem Umfange wirtschaftlich und sozial wiederhergestellt. Die augenblicklichen Maßnahmen sind ausschließlich Notmaßnahmen für die Kriegszwecke und Kriegsbedürfnisse.

J. Goebbels, Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1941/43, München 1944, S. 195. zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 419-420.

231. *Aus dem Protokoll der Abteilungsleiterkonferenz im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter der Leitung von Joseph Goebbels vom 27. März 1943 betr. Presseregulierung*

Der Minister bespricht sodann eingehend das von Reichswirtschaftsminister Funk in seiner letzten Rede in bezug auf die Schließung der Geschäfte gebrauchte Argument, daß der Krieg eine harte und erbarmungslose Auslese sei, und daß nur das, was widerstandsfähig ist und eine große innere Kraft besitzt, übrig bleiben werde. Dieses Argument, das heute in der „D[utschen] A[llgemeinen] Z[eitung]“ wieder auftauchte, sei psychologisch verfehlt. [...]

Die DAZ soll schon morgen zu diesem Thema Stellung nehmen. Der Minister beauftragt Dr. Gast, einen entsprechenden Artikel zu schreiben, der als Zwangsaufgabe von der gesamten Wirtschaftspresse übernommen werden soll. Schacht wird beauftragt, alle Geschäftsinhaber zusammenzubeordern und sie in dem vorgenannten Sinne über die Gründe unserer Maßnahmen und unseren Standpunkt in diesen Dingen zu unterrichten. Darüber hinaus soll eine entsprechende Propagandaparole an die Gauleiter herausgegeben werden, in der betont wird, daß wir keine strukturelle Veränderung der Wirtschaft anstreben, daß Ausdrücke wie „Flurbereinigung“ und „Branchenbereinigung“ durchaus unerwünscht und

dem Zweck der [279:] totalen Kriegführung absolut entgegengesetzt sind. Außerdem soll eine maßgebende Persönlichkeit aus der Wirtschaft im Rundfunk in der Zeit zwischen 19.45 und 20.00 Uhr ein Interview geben und darin in geeigneter Weise zu diesem ganzen Fragenkomplex Stellung nehmen.

ZStA Potsdam, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr. 1 g 2, Bl. 19 ff., zit. nach: *Anatomie des Krieges*, S. 413.

232. *Aus einem Schreiben des Chefs der Reichskanzlei an Reichswirtschaftsminister Funk vom 14. August 1942 über die Stellung der IG-Farben im Staatsapparat*

Ein anonym er Einsender behandelt in einer an den Führer gerichteten Eingabe die angeblich unumschränkte Machtposition, die sich die IG Farbenindustrie AG während des Krieges durch angeblich plutokratische Wirtschaftsmethoden auf dem Gebiete der Chemie geschaffen habe. Den amtlichen Rahmen bilde das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, dessen Leiter auch der Führer der Geschicke der IG sei, und dessen Stellen zu etwa 70 Prozent durch Angestellte der IG besetzt seien. Durch die pseudoamtliche Stellung des Reichsamtes habe die IG sich die Verbindung zu allen anderen Befehlstellen geschaffen und diese in ihrem Sinne besetzt. Alle noch unabhängigen Kreise der Chemie sollten in das Netz der Abhängigkeit in irgendeiner Form hineingezwungen werden. Eine weitverbreitete Verbitterung der betroffenen Wirtschaftsführer sei die Folge. Schon beginne man zu resignieren, da es ihrer Meinung nach niemand wagen könne, die Machtpositionen der IG anzugreifen. Das Schreiben schließt mit der Bitte an den Führer, eine verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit der Überprüfung der geschilderten Verhältnisse zu beauftragen und auch den Apparat der IG in den Dienst der Volksgesamtheit zu stellen, wie es bei der Rüstungsindustrie der Fall sei.

[handschriftlicher Zusatz]:

Der Einsender ist offenbar unterrichtet. Er übertreibt freilich, wenn er auch den Kern der Sache trifft. Auch sonst sind Stimmen in der Richtung bemerkbar gewesen.

IG-Farben-Prozeß. Dok. NI-10500, zit. nach: Kuczyński. Bd. 16. S. 178-179.

[280:]



Auszeichnung von Rüstungsindustriellen mit dem Kriegsverdienstkreuz am 5. Juni 1943. 1. Reihe links: Albin Sawatzki (leitender Ingenieur in den Henschelwerken), 2. Reihe 3. v. l.: Walter Roland (Leiter des Hauptausschusses Panzererzeugung für die Rüstungsproduktion, stellvertretender Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen und des Industrierates beim Oberkommando des Heeres, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG), 3. Reihe v. l. n. r.: Carl Krauch (Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farbenindustrie AG, Generalbevollmächtigter für Chemie und Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau), Wilhelm Werner (Direktor, stellvertretender Vorsitzender des Industrierates, Leiter des Industrierates für Luftwaffengeräte, Vorstandsmitglied der Auto-Union AG, Leiter des Hauptausschusses Triebwerke im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Mitglied im Rüstungsrat), Karl Otto Saur (Chef des technischen Amtes im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition).

III. Großkapital und Staat bei der faschistischen „Neuordnung“ Europas

1. „Neuordnungspläne“ der Großkonzerne und Banken

„Jetzt zeichnet sich für die Zukunft die Möglichkeit eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung ab. Diesem Raum gehören an: 1. Großdeutschland ... 2. Ihm sind einzugliedern Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen ... 3. Dem Großwirtschaftsraum sind bereits angegliedert ... die Länder im Donauraum ... 4. Die übrigen Staaten im nordischen Raum: Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland sind ... stärker anzugliedern ... Ein Kolonialreich ... kann ... den Bedarf an ... Rohstoffen und Genußmitteln weitgehend decken.“

Karl Ritter, Botschafter im Auswärtigen Amt, am 1.6.1940

233. Aus dem Protokoll der Österreich-Besprechung der IG Farbenindustrie AG vom 21. März 1938

Herr Dr. Ilgner berichtet zunächst kurz über die Bemerkung, die Herr Ministerpräsident Göring kürzlich Herrn Geheimrat Schmitz¹ gegenüber gemacht hat: er hoffe, daß die großen reichsdeutschen Konzerne nicht nach Vollzug des Anschlusses über Deutsch-Österreich herfallen und die dortige Industrie aufsaugen würden. Soweit Beteiligungspläne der I. G. in Österreich bestehen, ist dazu zu bemerken, daß die I. G. bereits seit Jahren bemüht ist, den Anschluß wirtschaftlich durch Zusammenarbeit und Einflußnahme auf Österreichs chemische Industrie zu untermauern. Insbesondere sind wegen der Skoda-Werke Wetzler A.G. (SWW) seit etwa 2 Jahren laufend Verhandlungen über eine Beteiligung der I. G. geführt worden [...]

Die Situation hat sich durch die letzten Ereignisse insofern verändert, als Generaldirektor Pollak von SWW in Schutzhaft genommen worden und von österreichischer Seite die Idee aufgekommen ist, die kommissarische Leitung der Gesellschaft der I. G. zu übertragen, um zu verhindern, daß das führerlos gewordene Unternehmen Rückschläge erleidet. [...] Herr Dr. Ilgner ist der Ansicht, daß es unlogisch wäre, wenn wir die seit 2 Jahren im Hinblick auf künftigen [282:] Anschluß geführten Verhandlungen jetzt, wo der Anschluß Wirklichkeit geworden ist, plötzlich aufgeben würden und ist der Meinung, daß auch die Bemerkung des Ministerpräsidenten kein Anlaß ist, die in Aussicht genommenen Pläne fallenzulassen. [...]

Die Aussprache wendet sich daraufhin der Frage zu, welches Ziel sich die I. G. für die weiteren Verhandlungen in Österreich stellen muß. Die Aussprache ergibt Übereinstimmung darüber, daß es das Ziel der I. G. sein müsse, die bisher schon in Aussicht genommene Fusion von SWW mit den österreichischen DAG-Firmen in der Weise durchzuführen, daß die I. G. dabei eine Majorität von 75% (gegebenenfalls von 51% mit einer Option auf die restlichen 24%) erhält.

ZStA Potsdam, IG NW 7, Aktennr. DAW 11, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 502-503.

234. Aktennotiz von Anton Kiesewetter, Direktor der Kreditanstalt der Deutschen, über die Besprechung im Handelsministerium in Prag am 21. März 1939 über die Aufteilung der tschechoslowakischen Banken unter die deutschen Interessenten²

Zur Beratung stand die Interessenabgrenzung der beiden deutschen Großbanken: Deutsche Bank, Dresdner Bank sowie der Kreditanstalt der Deutschen.

Dr. Köster führt kurz aus, daß die heutige Besprechung den Zweck hat, die interessierten Institute auf eine einheitliche Linie zu bringen, ferner einen Antrag auszuarbeiten, der geeignet ist, dem Präsidenten Kehr³ vorgelegt zu werden, damit er endgültig entscheiden kann.

¹ Hermann Schmitz, Finanzdirektor der IG-Farben, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank; Max Ilgner, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben, Neffe von Hermann Schmitz.

² Teilnehmer der Besprechung waren u. a. vom Reichswirtschaftsministerium: Regierungsrat Arnold Köster; vom Reichskommissariat Reichenberg: Rudolf Schicketanz; von der Dresdner Bank: Vorstandsmitglied Karl Rasche und Direktor Reinhold von Lüdinghausen; von der Deutschen Bank: Vorstandsmitglied Oswald Rösler; für die Kreditanstalt der Deutschen: Oberdirektor Anton Kiesewetter.

³ Hans Kehr. Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium.

Als Interessenten haben sich gemeldet: Die Deutsche Bank für die Union-Bank, die Dresdner Bank für die Becca.¹ Die Dresdner Bank zeigt auch Interesse für die Länderbank. Ferner bleiben noch im tschechischen Sektor: die Živno-Bank, die Česká banka, die Legiobank und die Anglobank sowie die Industrialbank und die Moravská banka sowie die Agrární banka. [...]

[283:] Herr Dr. Schicketanz faßt das Ergebnis der Unterredung dahin zusammen, daß sämtliche hier vertretenen Anstalten dahin übereingekommen sind:

1. die Böhmische Union-Bank wird von der Deutschen Bank übernommen, falls gegenüber der BUB so verfahren wird wie gegenüber der Becca.
2. die Dresdner Bank übernimmt die Becca,
3. die Kreditanstalt der Deutschen hat ihr besonderes Interesse für die Länderbank angemeldet.

Dieses Ergebnis wird Herrn Präsidenten Kehrl zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

ZStA Potsdam, Wilhelmstraßenprozeß, Nr. 432, Bl. 80 ff., Dok. NID-13394, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 208-209.

235. Aus der geheimen Aufzeichnung von Karl Ritter, Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt, vorn 1. Juni 1940 über die Schaffung eines „Großwirtschaftsraumes“

I. Großwirtschaftsraum.

Jetzt zeichnet sich für die Zukunft die Möglichkeit eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung ab.

Diesem Raum gehören an:

1. Großdeutschland (mit Böhmen und Mähren und Polen) als wirtschaftliches und politisches Zentrum.
2. Ihm sind einzugliedern Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen in einer wirtschaftspolitischen Form, die noch zu entscheiden ist. [...]
3. Dem Großwirtschaftsraum sind bereits angegliedert, wenn auch nicht in einer besonderen wirtschaftspolitischen Form, so doch tatsächlich, die Länder im Donaauraum. [...]

[284:] 4. Die übrigen Staaten im nordischen Raum: Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland sind in einer ähnlichen tatsächlichen Weise wie der Donaauraum stärker anzugliedern. [...]

Ein solcher Großwirtschaftsraum umfaßt rund 200 Millionen Menschen. Diese Menschen haben zum großen Teil eine überdurchschnittliche Konsum- und Produktionskraft.

Dieser Großwirtschaftsraum wird sich im großen und ganzen selbst ernähren [...]

III. Kolonialreich

Ein Kolonialreich, bestehend aus den deutschen Kolonien in Afrika, Belgisch-Kongo, Französisch-Äquatorialafrika (vielleicht auch Britisch-Nigeria), kann nach einer längeren Periode intensiver Entwicklung den Bedarf Großdeutschlands und des Großwirtschaftsraumes an tropischen und subtropischen pflanzlichen Rohstoffen und Genußmitteln weitgehend decken. Darüber hinaus auch zu einem großen Teil den Bedarf an Kupfer. Vielleicht werden auch noch andere mineralische Rohstoffe gefunden.

BA Koblenz, R 7 II/615, Bl. 16 ff., zit. nach: Jacobsen. Zweiter Weltkrieg, S. 73-7.1.

236. Aus dem Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppen vom 4. Juli 1940 über die Vorbereitungen für die faschistische „Neuordnung Europas“

1. Die Industrieanalyse kann zunächst auf folgende Länder beschränkt werden: Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich.
2. Es ist noch einmal ausdrücklich festgestellt worden, daß die Grundlage für die Arbeiten der Wirtschaftsgruppen die Berichte über die industriellen Verhältnisse in den einzelnen Ländern bilden

¹ Böhmische Escompte-Bank und Credit-Anstalt, Prag.

müssen. Genauso notwendig ist aber eine scharfe Herausstellung der Interessenwünsche der Industrie. Es ist nicht erforderlich, daß bei der Vorbringung dieser Wünsche irgendwelche Rücksicht genommen wird auf die politische Entwicklung, möglicherweise eintretende Grenzverschiebungen usw. Es genügt, wenn die bisherige Lage als Ausgangspunkt genommen und angegeben wird, in welcher Beziehung Änderungen angestrebt werden müssen. Bedeutungsvoller als die Schilderung des Status selbst sind also die Schlußfolgerungen, die die Wirtschaftsgruppen ziehen und die die jeweiligen Wünsche deutlich erkennen lassen. Die wichtigsten Punkte in der Industrie-[285:]analyse werden daher die Bewertung der ausländischen Industrie und die Konkurrenzverhältnisse sein [...], aus denen in erster Linie die Wünsche der deutschen Industrie abzuleiten sein werden. [...]

4. Soweit es im Augenblick noch nicht möglich ist, die vorgebrachten Wünsche ganz konkret zu äußern und zu begründen, genügt es, daß uns die Wünsche zunächst als Voranmeldungen unterbreitet werden und wir sie als solche dem Reichswirtschaftsministerium übermitteln. Das Reichswirtschaftsministerium kann später von sich aus direkt oder über die Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppen herantreten und die Wünsche gegebenenfalls im einzelnen überprüfen.

5. Neuer Termin für die Ablieferung der Industrieanalysen nebst ausdrücklichen Interessentenwünschen, die noch eine spätere Berichtigung bzw. Ergänzung erfahren können, an die Reichsgruppe Industrie: 20. Juli 1940.

Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss Jena, Nr. W 54, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 261-262.

237. Aus der streng vertraulichen Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1. August 1940 über Grundfragen der künftigen Stellung des deutschen Unternehmers und über die Lohnpolitik im Rahmen der faschistischen „Neuordnung Europas“

Die nach dem siegreichen Kriege zu erwartende europäische Großraumwirtschaft unter Führung des Großdeutschen Reiches in Zusammenhang mit der künftigen Orientierung der Weltwirtschaft wirft schwerwiegende Probleme politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art auf, deren Lösung alsbald in Angriff zu nehmen ist. [...]

A. Grundfragen

I. Künftige Stellung des Unternehmers

Bei der zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung, die zweifellos von der Politik bestimmt werden muß, wird die Stellung des Unternehmers von Bedeutung sein; auch für die Zukunft ist es unerlässlich, den großen Strom der Privatinitiative entscheidend in den Aufbau- und Ausbauwillen des Nationalsozialismus einzuspannen. Aufgabe des Unternehmers ist es, den Güterbedarf zu decken, d. h. den Konsum des Einzelnen im Volke wie auch den Gemeinschaftsbedarf des Volkes. Wie die Ergebnisse der Wehr-[286:]wirtschaft, des Vierjahresplanes und der Kriegswirtschaft beweisen, ist es dem deutschen Unternehmertum in gemeinschaftlicher Betriebsarbeit mit seinen Gefolgschaften gelungen, diesen gigantischen Produktionsaufgaben gerecht zu werden. [...]

Gerade für die Zukunft gilt es, die kommenden großen Aufgaben tatkräftig und zielklar als Dienst am Volke und am Staat, d. h. ohne jeden inneren Vorbehalt, im nationalsozialistischen Sinne in Angriff zu nehmen. Der Staat kann auf die Führung nicht verzichten. Er wird aber um so weniger in die Wirtschaft selbst eingreifen zu brauchen, je besser die Unternehmer wie auch die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Bedürfnisse der nationalsozialistischen Staatsführung erkennen und erfüllen. [...]

IV. Arbeitspolitische Grundfragen

Der Wirtschaft im kommenden europäischen Großraum wird, wie schon einleitend betont, von der politischen Führung eine große Fülle von Aufgaben gestellt werden, die u. E. nur durch eine entsprechend große Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen ist. Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, für die Vielzahl der einfachen, untergeordneten und primitiv erscheinenden Arbeiten nicht-volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, vielmehr sollen solche Arbeiten ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvölker (vorwiegend Slawen usw.) ausgeführt werden. Dem volksdeutschen Arbeiter soll eine gehobenere, qualitativ wertvollere Arbeitsleistung vorbehalten bleiben. [...]

V. Angestellter – Arbeiter

Bei Überprüfung der sozialen Neuordnung spielt auch die Frage der Beibehaltung der Zweiteilung der Gefolgschaftsmitglieder in Angestellte und Arbeiter eine Rolle. Bestrebungen, diese Zweiteilung aufzuheben und einen einheitlichen Typus des Gefolgschaftsmannes zu schaffen, sollte nicht Folge geleistet werden. Eine völlige rechtliche Gleichstellung ist unmöglich. Wir behalten uns vor, auf dieses Thema noch besonders zurückzukommen. [...]

C. Arbeitszeit

Die Dauer der künftigen Arbeitszeit wird gleichfalls abhängen von den Aufgaben, die der Führer in Zukunft stellen wird, und von der Zahl der hierfür benötigten und verfügbaren Arbeitskräfte. [...] Bei der Dauer der Arbeitszeit wird daher auf die unterschiedlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen sein, was für eine möglichst elastische Gestaltung der Arbeitszeitvorschriften, wie sie schon durch die Kriegserfordernisse angebahnt ist, spricht. Der Achtstundentag ist heute bei uns keine weltanschauliche Frage [287:] mehr. Arbeitstempo und Intensität haben sich in den letzten 20 Jahren geändert, aber auch Arbeitserleichterungen mit sich gebracht. [...] Die Tatsache, daß je nach seiner geistigen oder körperlichen Inanspruchnahme in dem einen Beruf eine Arbeitszeit von 9 Stunden keine größere Leistung bedeutet als im anderen Beruf eine solche von 8 Stunden, ist nicht wegzuwischen und bei der Arbeitszeitgestaltung zu berücksichtigen. Dies nicht zuletzt in Hinsicht auf die lange Arbeitszeit des Landarbeiters. Das bedeutet, daß der allgemeine Achtstundentag nicht unbedingt Berechtigung zu haben braucht.

Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss Jena. Nr. 9493, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 271-211.

238. Aus dem Schreiben von Georg von Schnitzler, Mitglied des Vorstands und des Zentralausschusses der IG Farbenindustrie AG, und von Kurt Krüger, Direktor der IG Farbenindustrie AG, an Ministerialdirigent Gustav Schlotterer, stellvertretenden Hauptabteilungsleiter und Leiter der Sonderabteilung „Vorbereitung und Ordnung“ im Reichswirtschaftsministerium, vom 3. August 1940 und aus der beigelegten Denkschrift des IG-Farben-Konzerns über die „Neuordnung Europas“ und der Welt („Allgemeiner Teil“)

1. Es wird davon ausgegangen, daß im Zuge der Gestaltung einer europäischen Großraumwirtschaft eine Planung auch für das Chemiegebiet notwendig ist. Ziel dieser Planung ist:

- a) die wirtschaftliche Eigenständigkeit dieses Raumes im Sinne weitgehender Sicherung seiner Versorgung zu gewährleisten,
- b) die Produktionskräfte dieses Raumes dementsprechend planvoll durch rationelle Ausnutzung der vorhandenen Produktionseinrichtungen zu ordnen.

2. Diesem kontinentalen Großraum wird nach Abschluß des Krieges die Aufgabe gestellt sein, den Güteraustausch mit anderen Großräumen zu organisieren und mit den Produktionskräften anderer Großräume auf konkurrierenden Marktgebieten in Wettbewerb zu treten – eine Aufgabenstellung, die insbesondere auch die Rückgewinnung und Sicherung der Weltgeltung der deutschen Chemiewirtschaft in sich schließt. [...]

Die unter diesen Grundgedanken angestellten Arbeiten werden sich in einen „Allgemeinen Teil“ und einen nach Ländern geordneten Teil gliedern.

[288:] Der „Allgemeine Teil“ besteht in einer Betrachtung der Lage auf dem internationalen Chemiemarkt vor dem Weltkrieg, der Lage, wie sie sich unter den Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages in den Jahren nach dem Weltkrieg herausgebildet hat, und in einer kurzen Darstellung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse, mit denen bei der Neuordnung des internationalen Chemiemarktes zu rechnen sein dürfte.

Der nach Ländern geordnete Teil umfaßt zunächst diejenigen Länder, für die im Zuge der militärischen und politischen Ereignisse in absehbarer Zeit im Rahmen von Waffenstillstands- bzw. Friedensbestimmungen wirtschaftspolitische Verhandlungen über eine grundsätzliche Neuordnung zu erwarten sind, nämlich a) Frankreich, b) Holland, c) Belgien/Luxemburg, d) Norwegen, e) Dänemark, f) England und Empire. [...]

Allgemeiner Teil [...]

Zweifelloos wird man nicht an die Verhältnisse, wie sie beim Ausbruch des Weltkrieges bestanden, wieder anknüpfen und nicht die wirtschaftliche Entwicklung, die sich in den einzelnen Ländern bzw. Gebieten in den letzten 20 Jahren zu Lasten Deutschlands vollzogen hat, auf den ursprünglichen Zustand zurückführen können. In gewissem Umfang wird nun einmal die Verschlechterung der deutschen Positionen gegenüber 1914 als nicht mehr gutzumachen hingenommen werden müssen. Um so berechtigter mag es erscheinen, bei der Planung einer europäischen Großraumwirtschaft der deutschen Chemie wieder eine führende und eine Stellung zuzudenken, die ihrem technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rang entspricht. Von entscheidendem Einfluß auf alle Planungen für den europäischen Raum wird aber die Notwendigkeit sein, eine zielbewußte und schlagkräftige Führung der zwangsläufigen Auseinandersetzung mit den sich heute schon abzeichnenden außereuropäischen Großraumwirtschaften zu sichern.

Um eine erfolgreiche Behauptung der großdeutschen bzw. europäisch-kontinentalen Chemie in dieser Auseinandersetzung zu gewährleisten, ist es ein dringendes Erfordernis, die Kräfte klar zu erkennen, die auf dem Weltmarkt nach dem Krieg ausschlaggebend sein werden. Ihre Bedeutung ist im folgenden kurz skizziert:

1. Das Schwergewicht der Auseinandersetzung um eine Neuordnung des Weltmarktes wird im Verhältnis zu den nordamerikanischen Konzernen ruhen. [...] Im Vordergrund steht dabei der lateinamerikanische Markt, dessen Bedeutung nicht nur an dem Wertvolumen des Vorkriegsabsatzes gemessen, sondern unter [289:] Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und -tendenzen beurteilt werden muß, die dieser Teil des amerikanischen Kontinents für die Zukunft in sich birgt. [...]

2. Die Auseinandersetzung mit den Amerikanern im Fernen Osten wird ihre besondere Note dadurch erhalten, daß sich auf gleichem Raum die Entscheidung um die Frage abspielen wird, inwieweit sich die europäische Position im Fernen Osten gegenüber Japan aufrechterhalten läßt. [...]

Auf längere Sicht hin gesehen muß aber wohl damit gerechnet werden, daß der stärkere Druck auf die europäischen Wirtschaftsinteressen im Fernen Osten von Japan – vielleicht auch in Verbindung mit den Auswirkungen einer neuen Industrialisierungsepoche in China – und weniger von den USA herkommen wird. [...]

3. Zu dem Problem der italienischen Chemiewirtschaft kann im Augenblick noch nicht eingehender Stellung genommen werden. [...]

4. Eine ähnliche Sonderdarstellung ist auch für Rußland ins Auge gefaßt, welches in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß als ein Faktor, der unter gleichbleibenden politischen Verhältnissen die Auseinandersetzung der europäischen Chemie mit den übrigen Großräumen zu beeinflussen und zu stören geeignet ist.

Vollständiger Wortlaut der Denkschrift, einschließlich des Teils „Frankreich“ in: Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 248-293.

[290:]

2. Überfall auf die Sowjetunion und Ausplünderung der besetzten „Ostgebiete“

„Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“

Adolf Hitler am 16.7.1941

„Wir wollen uns endlich einmal als Volk an den Fettnapf der Welt setzen ... Diesmal geht es um ... Dinge, die uns alle angehen, um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen ... Wenn wir ... den Stoß in den Kaukasus fortsetzen, dann haben wir die reichsten Ölgebiete Europas in unserer Hand.“

Joseph Goebbels am 18.10.1942

239. Aus Adolf Hitlers „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa“ vom 18. Dezember 1940

Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben [...]

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres frei zu machen, daß mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.5.41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird.

Dok. PS-446, IMG, Bd. XXVI, S. 47-49.

[291:]

Antifaschistische Klebezettel



[292:]

240. Aus der Aktennotiz über die Besprechung bei General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts des OKW, am 28. Februar 1941 über wirtschaftsorganisatorische Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion und die Konstituierung des Wirtschaftsstabes Ost

Der General befahl, einen erweiterten Organisationsentwurf für den Reichsmarschall aufzustellen.

Wesentlicher Inhalt:

1. Unterstellung der gesamten Organisation unter dem Reichsmarschall. Zweck: Stützung und Erweiterung der Maßnahmen des Vierjahresplans.
2. Organisation muß alles umfassen, was Wehrwirtschaft betrifft. Ausgenommen nur Ernährung, auf deren Gebiet bereits Sonderauftrag an Staatssekretär Backe erteilt sein soll.
3. Eindeutige Feststellung, daß die Organisation unabhängig zu sein hat, von der Militär- bzw. Zivilverwaltung.

Wohl enge Zusammenarbeit, aber Weisungen direkt von der Zentralstelle in Berlin.

4. Teilung der Arbeitsgebiete in zwei Sektoren:

- a) Begleitung des Vormarsches unmittelbar hinter der vordersten Front, um die Zerstörung von Vorräten zu vermeiden und den Abtransport wichtiger Güter sicherzustellen.
- b) Verwaltung der besetzten Industriebezirke und Auswertung in sich zusammengehöriger Wirtschaftsbezirke.

5. Angesichts des erweiterten Aufgabenkreises Bezeichnung Wehrwirtschaftsinspektion statt Rüstungsinspektion vorzuziehen.

6. Angesichts des großen Aufgabenkreises großzügige Ausgestaltung der Organisation mit entsprechend zahlreichen Kräften erforderlich. Hauptaufgabe der Organisation werde in der Erfassung von Rohstoffen und in der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Für die letztere Aufgabe würden zweckmäßiger Weise von Anfang an zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne. (z. B. Braunkohle, Erz, Chemie, Erdöl.).

Nach Erörterung weiterer Einzelfragen wurde Oberstleutnant Luther beauftragt, innerhalb von acht Tagen einen ersten derartigen Organisationsentwurf aufzustellen.¹

Dok. PS-1317, Bd. XXVII, S. 160-171.

[293:]

241. Aus der Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre am 2. Mai 1941 über „Barbarossa“

1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird.
2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.
3. Am wichtigsten ist die Bergung und der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.
4. Die Beschäftigung der Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden, z. B. die Werke für Verkehrsmittel, die Werke für allgemeine Versorgungsanlagen (Eisen), die Werke für Textilien, von Rüstungsbetrieben nur solche, bei denen in Deutschland Engpässe bestehen.

Dok. PS-2718, IMG, Bd. XXXI, S. 84.

242. Aus den geheimen Richtlinien von Hermann Göring vom Juni 1941 über die wirtschaftliche Ausplünderung der zu besetzenden Gebiete der Sowjetunion („Grüne Mappe“)

Die wirtschaftlichen Hauptaufgaben

[...] I. Nach den vom Führer gegebenen Befehlen sind alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Dagegen sind alle Maßnahmen zu unterlassen oder zurückzustellen, die dieses Ziel gefährden könnten.

¹ Am 29. April 1941 bestätigte Hitler die Gründung des „Wirtschaftsstabes z. b. V. Oldenburg“ („Oldenburg“ als Tarnname für die Sowjetunion), auch genannt „Wirtschaftsstab Ost“ unter der Leitung von Generalleutnant Schubert; der Stab war Reichsmarschall Göring unterstellt.

[294:] II. Die Ausnutzung der neu zu besetzenden Gebiete hat sich in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion. Daneben müssen sonstige Rohstoffe aus den besetzten Gebieten der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt werden [...]

Völlig abwegig wäre die Auffassung, daß es darauf ankomme, in den besetzten Gebieten einheitlich die Linie zu verfolgen, daß sie baldigst wieder in Ordnung gebracht und tunlichst wieder aufgebaut werden müßten. Die Behandlung der einzelnen Landstriche wird im Gegenteil durchaus verschiedenartig sein müssen: Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert und vordringlich in Ordnung gehalten werden müssen, in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können. In anderen Landesteilen, die sich nicht selbst ernähren können – also in großen Teilen Nord- und Mittelrußlands – muß sich die Wirtschaftsführung auf die Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte beschränken.

Die Wirtschaftsorganisation

[...] Der Reichsmarschall hat zur einheitlichen Leitung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet und in den später einzurichtenden politischen Verwaltungsgebieten den „Wirtschaftsführungsstab Ost“ gebildet, der ihm unmittelbar untersteht und in seiner Vertretung von Staatssekretär Körner geleitet wird. Zur Vertretung der militärischen Belange hat für die Vorbereitung und für die Dauer der militärischen Operationen der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, General der Infanterie Thomas, die Federführung, die er als Mitglied des Wirtschaftsführungsstabes Ost ausübt. [...]

Die Anordnungen des „Wirtschaftsführungsstabes Ost“ werden durch Chef WiRü Amt dem ins besetzte Gebiet vorgeschobenen „Wirtschaftsstab Ost“ zur Durchführung übermittelt.

Dok. PS-1743, IMG, Bd. XXVIII, S. 3-10.

[295:]

243. Aus dem Protokoll der Besprechung bei Adolf Hitler am 16. Juli 1941 über die Okkupationsziele gegenüber der Sowjetunion¹

Wesentlich sei es nun, daß wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, daß wir selbst wüßten, was wir wollten. Keinesfalls solle durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun [...]

Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun.

Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen. Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. Uns muß aber dabei klar sein, daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.

Demgemäß handelt es sich darum: 1. Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten; 2. wir betonen, daß wir die Bringer der Freiheit wären. [...]

Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können. [...]

¹ Verfaßt von Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP. Weitere Teilnehmer waren: Hermann Göring, Wilhelm Keitel, Chef des OKW, Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, und Alfred Rosenberg, am nächsten Tag zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt.

Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: die Sicherheit des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural, kein fremdes Militär existiere; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutschland. Eiserner Grundsatz muß sein und bleiben: Nie darf erlaubt werden, daß ein anderer Waffen trägt, als der Deutsche! [...]

Aus den neugewonnenen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig; Kolonien spielen dagegen eine ganz untergeordnete Rolle.

Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941 bis 1944), Moskau 1963, S. 59-61.

[296:]

244. Aus einer Notiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick über Görings „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ vom 27. Juli 1941 und über die Gründung von „Ostgesellschaften“

Herr Tengelmann¹ zeigte mir einen Erlaß des Reichsmarschalls, datiert vom 27.7.41, in dem die grundlegenden Richtlinien der wirtschaftlichen Organisation, in Rußland niedergelegt sind. In dem Erlaß sind zunächst als wichtigste Produktionen herausgestellt Getreide, Ölsaaten, Erdöl und Leichtmetall. Diese 4 Sparten haben in jeder Beziehung zunächst den Vorrang. Gleichzeitig wird angeordnet, daß die gesamte landwirtschaftliche Bewirtschaftung in Absatz und Bedarf der Landwirtschaft sowie die Bewirtschaftung des Erdöls ausschließlich durch besonders zu gründende Gesellschaften (Monopol-Gesellschaften) durchgeführt wird.

Ferner ist angeordnet, daß die russische Kohlen- und Eisenwirtschaft einer besonderen Verwaltungsgesellschaft übertragen wird, ebenso auch die gesamte Textilwirtschaft einer besonderen Verwaltungsgesellschaft.

Im übrigen wird Hinweis gegeben, daß in vielen Industrien, u. a. ist besonders hervorgehoben die chemische Industrie, eine zusammenfassende Bewirtschaftung nicht ohne weiteres möglich ist und deshalb die Übertragung von Einzelunternehmungen an Treuhänder empfohlen wird.

Besonders interessant an dem Erlaß ist der Hinweis, daß die Monopol-Verwaltung bzw. die einstweilen ausschließliche Übertragung an Verwaltungsgesellschaften nur aus dem Grunde geschieht, weil mangels am Ort bestehender Organisationen und mit Rücksicht auf die gewaltigen Aufgaben und gebotene Eile die Einschaltung von Monopol-Gesellschaften bzw. Gesamt-Verwaltungsgesellschaften erforderlich ist – daß es sich dabei aber in keiner Weise um ein Endstadium, sondern nur um eine vorübergehend notwendige Maßnahme handeln kann. Grundsatz ist, daß ein dauerhafter und durchgreifender positiver Erfolg nur von der staatlich gelenkten Privat-[297:]wirtschaft erwartet werden kann – und daß deshalb angestrebt werden muß, die Betriebe sukzessive später in die Privat-Initiative zu überführen.

Flick-Prozeß, Dok. NI-5284, zit. nach: Fall 5, S. 257-258.

245. Aus dem Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 21. August 1941 über die Gründung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost (BHO)

Am 20. d. Mts. ist im Reichswirtschaftsministerium die vom Herrn Reichsmarschall² für den Bereich des Kohlen- und Erzbergbaues sowie der Eisenschaffenden Industrie und Gießerei-Industrie in den besetzten Ostgebieten der Sowjetunion angeordnete Monopol-Gesellschaft gegründet worden. Diese Gesellschaft soll dem Ziel dienen, die dort vorhandenen und in den deutschen Machtbereich gebrachten Werksanlagen der genannten Industriezweige durch die Gesellschaft nutzen und betreiben zu lassen. Die Gesellschaft soll insbesondere berechtigt sein, von ihr verwaltete Betriebe oder Betriebsteile

¹ Walter Tengelmann, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke AG.

² Hermann Göring

stillzulegen oder zu schließen, sie zu verpachten oder durch Weitergabe an andere Unternehmen zu verwerten.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt RM 60.000,-. Die Gesellschaft ist gegründet durch folgende Gesellschafter:

- 1.) Das Reich, vertreten durch den Herrn Reichswirtschaftsminister,
- 2.) Die Wirtschaftsgruppe Bergbau,
- 3.) Die Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie,
- 4.) Die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel.

Die Organe der Gesellschaft, nämlich die Geschäftsführer, der Verwaltungsrat und die Gesellschafterversammlung unterstehen der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Die Geschäftsführer werden vom Reichswirtschaftsministerium bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung ist Herrn Gen.-Dir. P. Pleiger¹ übertragen worden.

Die Gesellschaft hat nach den Weisungen des Beauftragten für den Vierjahresplan² zu arbeiten.

[298:] Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern, die vom Beauftragten für den Vierjahresplan auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Reichsbehörden, zur Hälfte auf Vorschlag der beteiligten Reichs- und Wirtschaftsgruppen aus Vertretern der privaten Wirtschaft bestellt werden³.

Flick-Prozeß, Dok. NI-5581, zit. nach: Fall 5, S. 272-273.

246. Aus dem Schreiben des Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin v. Krosigk an Hermann Göring vom 4. September 1942 über Probleme der Okkupationspolitik

Tatsächlich ist es nicht bei der ursprünglich gewollten Einheit der Verwaltung und Wirtschaft geblieben. Es ist mir wohl verständlich, daß die Zustände in einigen Gebieten von hervorragender Wichtigkeit eine noch straffere Lenkung und Zusammenfassung geboten sein ließen. Ernste Bedenken muß es aber hervorrufen, wenn nun seit einiger Zeit Organisationen, Gesellschaften und Gebilde aller Art wie Pilze aus dem Boden schießen [...]

Die notwendige Einheit der Befehlsgewalt ist jedenfalls in den östlichen Stellen schon weitgehend verloren. Es ist der alte, Menschen und Mittel verschwendende Fehler der Überorganisation, der gerade bei den Verhältnissen des Ostraumes hätte vermieden werden müssen. „Wir selbst wissen nicht mehr, was Behörde ist und was nicht, was zu einer Behörde gehört, zu einer behördenähnlichen Gesellschaft oder zu der großen Gruppe eigennütziger Hyänen des Schlachtfeldes“, so wird mir von berufener Stelle mitgeteilt [...]

Diese Erscheinungen sind um so unerfreulicher, als auf einigen wichtigen Gebieten, und zwar insbesondere auf solchen, deren Verwaltung von der Spitze bis zum letzten Angestellten einheitlich und geschlossen war, Großes für die Versorgung der Truppe erreicht worden ist. Auch dieses Große wird gefährdet durch das Auseinanderstreben der Teile, die Aufspaltung in zahllose Organisationsformen, die Versuche, sich der Finanz- und Verwaltungskontrolle zu entziehen, den Einbruch eines ungebundenen wirtschaftlichen Egoismus statt einer hoch zu stellenden, aber politisch und finanziell [299:] gebundenen Unternehmerinitiative, kurz das Auseinanderklaffen der politischen und wirtschaftlichen Faktoren.

ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 11, Bd. 455, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942, S. 123-124.

247. Aus der Rede von Joseph Goebbels am 18. Oktober 1942 über faschistische Kriegsziele

Es geht diesmal nicht um blasse Ideale, auch nicht um Thron und Altar, es geht heute um unser Lebensrecht, aber auch um unsere Lebensmöglichkeit.

¹ Paul Pleiger, Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke

² Bis Januar 1942 wurden insgesamt 17 Monopolgesellschaften gegründet.

³ Hermann Göring

Wir wollen uns endlich einmal als Volk an den Fettnapf der Welt setzen. Bisher haben wir nur um blasse Ideale gekämpft, um die Frage Proletariat oder Bürgertum oder Sozialismus oder Nationalsozialismus oder Preußen oder Bayern oder ob man das Abendmahl in einfacher oder in zweifacher Gestalt reichen solle. Diesmal geht es um wichtigere Dinge, und zwar um Dinge, die uns alle angehen, um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen, damit wir das tägliche Brot auf dem Tische haben.

Wenn wir über kurz oder lang den Stoß in den Kaukasus fortsetzen, dann haben wir die reichsten Ölgebiete Europas in unserer Hand. Wer das Öl, das Eisen und die Kohle besitzt, der wird den Krieg gewinnen¹.

Dokumentararchiv des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Nr. NM 40, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 407-408.

248. Aus dem Tätigkeitsbericht der Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf mbH vom 17. Oktober 1944 über die Ausplünderung der sowjetischen Landwirtschaft

Die tatsächliche Bedeutung der ZO und der Umfang ihrer Geschäfte ergibt sich aus folgendem:

1. Unter je einer Hauptgeschäftsstelle für das Ostland, das Gebiet Mitte und die Ukraine bestanden 30 Geschäftsstellen mit 200 Außenstellen.

[300:] 2. In der Ukraine waren 11 ernährungswirtschaftliche Tochtergesellschaften mit 130 Filialen gegründet worden.

3. Die ZO hat einschl. ihrer Tochtergesellschaften z. Zt. des größten Geschäftsanfalls-Sommer 1943 – rd. 7000 reichsdeutsche Gefolgschaftsmitglieder beschäftigt und darüber hinaus rd. 250 reichsdeutsche Firmen zum Einsatz gebracht.

4. Der Gesamtumsatz der ZO hat seit ihrer Gründung bis zum 31.3.1944 rd. 5,6 Milliarden Reichsmark betragen.

5. In dieser Zeit hat die ZO mit ihren Gliederungen erfaßt:

Getreide	9.200.000 to
Fleisch und Fleischwaren	622.000 to
Ölsaaten	950.000 to
Butter	208.000 to
Zucker	400.000 to
Rauhfutter	2.500.000 to
Kartoffeln	3.200.000 to
Saaten	141.000 to
sonst. landwirtsch. Erzeugnisse	1.200.000 to
Eier	1075 Mill. Stck.

Für den Transport wurden benötigt:

1.418.000 Eisenbahnwaggons und
472.000 to Schiffsraum.

6. An Räumungsgütern hat die ZO insgesamt 32 900 Waggons zurückgeführt, hiervon:

Getreide, Ölsaaten, sonstige Saaten usw.	22.400
Landmaschinen, sonstige Maschinen usw.	9000
Versorgungswaren und Bedarfsartikel	1500

Dok. PS-327, IMG, Bd. XXV, S. 536-537.

¹ Diese Stellen wurden in den gesammelten Reden und Aufsätzen Goebbels' nicht abgedruckt.

IV. Terror und Massenmord im Dienste der „Neuordnung“

1. Versklavung und Ausrottung von Völkerschaften in den besetzten Gebieten

„Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht.“

Aus dem Brief eines deutschen Offiziers vom 31.10.1939

„Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft.“

Generaloberst Halder am 30. 3. 1941

249. Notiz über eine Besprechung des Führers mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, über die künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse am 17. Oktober 1939

[...] 3. Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. Es muß verhindert werden, daß eine polnische Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht. In dem Lande soll ein niedriger Lebensstandard bleiben; wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen. [...]

4. Die Verwaltung muß mit eigenen klaren Befehlskompetenzen arbeiten und darf nicht von Berlin abhängig sein. Wir wollen dort nichts machen, was wir im Reiche tun. Die Verantwortung tragen nicht Berliner Ministerien, da es sich nicht um eine deutsche Verwaltungseinheit handelt. Die Durchführung bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Die Methoden werden mit unseren sonstigen Prinzipien unvereinbar sein. Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten. [...]

6. Unsere Interessen bestehen in Folgendem: Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet als vorge-schobenes Glacis für uns militärische [302:] Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. Dazu müssen die Bahnen, Straßen und Nachrichtenverbindungen für unsere Zwecke in Ordnung gehalten und ausgenutzt werden. Alle Ansätze einer Konsolidierung der Verhältnisse in Polen müssen beseitigt werden. Die „polnische Wirtschaft“ muß zur Blüte kommen: Die Führung des Gebietes muß es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. Zusammenarbeit mit neuen Reichsgauen (Posen und Westpreußen) nur für Umsiedlungen (vergl. Auftrag Himmler). Zweck: Klugheit und Härte in diesem Volkstumskampf müssen es uns ersparen, dieses Landes wegen noch einmal auf das Schlachtfeld zu müssen.

Dok. PS-864, IMG, Bd. XXVI, S. 378-379.

250. Aus dem Briefe eines deutschen Offiziers vom 31. Oktober 1939 aus Ost-Polen

Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit verschränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht. Da kann man nicht mehr von ‚berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangene Verbrechen‘ sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient.

Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen.

Jacobsen, S. 42-43.

251. Aus der Denkschrift von Heinrich Himmler „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremd-völkischen im Osten“ vom Mai 1940

Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrai-[303:]ner, die Weißrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch irgendwo

Volkssplitter zu finden sind, auch diese. Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern. [...]

Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, dem Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. [...]

Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig nach einer konsequenten Durchführung dieser Maßnahmen im Laufe der nächsten 10 Jahre aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des Deutschen Reiches, die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile, z. B. der Sorben und Wenden), zusammen. Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen¹.

Jacobsen, S. 182-184.

252. Aus der Niederschrift des Dezernenten im Ostministerium, Erhard Wetzel, vom 27. April 1942 zum Generalplan Ost

Bereits im November 1941 wurde mir bekannt, daß das Reichssicherheitshauptamt an einer Generalplanung für den Osten arbeitete. Der zuständige Sachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt, Standartenführer Ehlich, nannte mir damals schon die im Plan erwähnte Ziffer von 31 Mill. auszusiedelnder Fremdvölkischer [...]

In seiner Zielsetzung, nämlich der beabsichtigten Eindeutschung der in Betracht kommenden Ostgebiete, ist der Plan zu billigen [...]

Aus dem Plan ergibt sich, daß es sich nicht um ein Sofortprogramm handelt, daß vielmehr die Besiedlung des Raumes mit Deut-[304:]schen etwa 30 Jahre nach dem Kriege erreicht sein soll. Wie aus dem Plan hervorgeht, sollen 14 Mill. Fremdvölkische in dem Raum verbleiben. [...]

Der Plan sieht nun die Aussiedlung von 80 bis 85% Polen [vor], d. h., es kommen, je ob man von 20 oder 24 Millionen Polen ausgeht, 16 bis 20,4 Millionen Polen zur Aussiedlung, während 3 bis 4,8 Millionen Polen im deutschen Siedlungsraum verbleiben sollen. [...]

Es kommt darauf an, im russischen Raum eine Bevölkerung zu haben, die sich in ihrer großen Masse aus den oben beschriebenen, primitiv europiden Typen zusammensetzt. Sie wird einer deutschen Führung die geringsten Schwierigkeiten machen. Diese rassenmäßig bedingte stumpfe Masse bedarf vielmehr, wie die jahrhundertealte Geschichte dieses Raumes ergeben hat, einer Führung. Wenn es den deutschen Führungsschichten gelingt, den erforderlichen Abstand von der Bevölkerung zu halten und wenn vermieden wird, durch außereheliche Verbindungen deutsches Blut in das Russentum aufgehen zu lassen, kann die Möglichkeit einer längeren deutschen Herrschaft in diesem Raum, durchaus bestehen; vorausgesetzt, daß wir mit der biologischen Gefahr, die nun einmal die ungeheure Vermehrungskraft dieser Primitiven darstellt, fertig werden. [...]

Das Ziel einer deutschen Bevölkerungspolitik im russischen Raum wird sein müssen, die Geburtenziffern auf ein Maß zu bringen, das unter der deutschen Geburtenziffer liegt. [...] Für uns Deutsche kommt es nur darauf an, das Russentum derart zu schwächen, daß es nicht mehr in der Lage ist, den deutschen Führungsanspruch im europäischen Raum zu gefährden. Diesem Ziel bringen uns die oben aufgezeigten Wege näher.

Vollständiger Wortlaut in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1958, H. 3, S. 297-324.

¹ Vgl. hierzu und zu den folgenden Dokumenten Dok. 237.

253. Fernschreiben des Höheren Kommandos LXV an die 718. Infanterie-Division vom 13. Oktober 1941¹

Künftig sind für jeden gefallenen oder ermordeten Soldaten hundert, für jeden verwundeten fünfzig Gefangene oder Geiseln zu erschießen. Hierzu aus jedem Standortbereich sofort so viele Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden festzunehmen, als ohne Gefährdung der Kampfkraft bewacht werden können. Bekanntgabe [305:] des Zwecks öffentlich sowie an Festgenommene und deren Angehörige. Als Meldung über Erschießungen und Festnahmen in den Tagesmeldungen.

Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 335, Fall 7 (Südostgeneralprozeß), Nr. 146, Bl. 41, Nürnberger Dokument NOKW-967, zit. nach: Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. W. Schumann, Berlin 1973, S. 148.

254. Aus dem Bericht der Einsatzgruppe A bis zum 15. Oktober 1941 über faschistischen Terror und Massenmord in den okkupierten sowjetischen Gebieten

Im Vordergrund der sicherheitspolizeilichen Arbeit in allen Teilen

des Einsatzraumes stand die Bekämpfung des Kommunismus und des Judentums. [...]

Anlage 8

Übersicht über die Zahl der bisher durchgeführten Exekutionen

	Juden	Kommunisten	zusammen
Litauen	80.311	860	81.171
Lettland 30.025	1843	31.868	
Estland	474	684	1158
Weißruthenien ²	7620	–	7620
	118,430	3387	121.817

Dazu kommen:

In Litauen u[nd] Lettl[an]d durch Pogrome beseitigte Juden	5500
Im altruss[ischen] Raum exekutierte Juden, Kommunisten u[nd] Partisanen	2000
Geisteskranke	748
	130.065 ³
Von Stapo u[nd] SO-Abschnitt Tilsit im · Grenzstreifen liquidierte Kommunisten und Juden	5502
	135.567

Dok. L-180, IMG, Bd. XXXVII, S. 683 u. 702.

[306:]

255. Aus der Meldung der Gestapoleitstelle Prag vom 24. Juni 1942 über die Ermordung der Einwohner und die Zerstörung von Lidice am 10. Juni 1942

Auf Befehl des Führers wurden gegen die Ortschaft Liditz in Böhmen Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt, weil flüchtige tschechische Fallschirmagenten nach ihrem Absprung aus englischen Flugzeugen in dieser Ortschaft angelaufen sind und von Verwandten ebenfalls bei der tschechischen Legion in England stehender Dorfeinwohner und einem großen Teil der Ortsbewohner unterstützt werden⁴.

Die Ortschaft, die aus 95 Häusern besteht, wurde vollständig niedergebrannt, 199 männliche Einwohner über 15 Jahren wurden an Ort und Stelle erschossen. 184 Frauen in das Konzentrationslager

¹ Das Fernschreiben gründete sich auf den am 16. September 1941 von Generalfeldmarschall Keitel erlassenen sogenannten „Geiselmordbefehl“.

² Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik.

³ Korrektur eines Rechenfehlers in der Vorlage.

⁴ Dies stimmt nicht; Anlaß für die Vergeltungsaktion war vielmehr die Ermordung von Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Reichsprotektor der annektierten tschechischen Länder.

Ravensbrück, 7 Frauen in das Polizeigefängnis Theresienstadt, 4 schwangere Frauen in das Krankenhaus in Prag, 88 Kinder nach Litzmannstadt¹ überführt, während 7 Kinder unter einem Jahr in ein Heim nach Prag gebracht wurden. 3 Kinder werden zur Eindeutschung in das Altreichsgebiet gebracht.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1960, S. 460.

[307:]

256. Aus der Anweisung von Joseph Goebbels an Reichsleiter, Gauleiter und Gaupropagandaleiter vom 15. Februar 1943 über die Haltung zu den Völkern in den okkupierten Gebieten Osteuropas nach der Niederlage bei Stalingrad

1. Es müssen für den Sieg nicht nur alle noch irgendwie vorhandenen und verfügbaren Kräfte des deutschen Volkes mobilisiert werden, sondern auch die jener Völker, welche die bisher im Verlauf des Krieges von uns besetzten und eroberten Länder bewohnen. Jede Kraft des europäischen Kontinents, also auch vor allem der Ostvölker, muß in den Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus eingesetzt werden.

2. Die gesamte Propagandaaarbeit der NSDAP und des nationalsozialistischen Staates muß daher darauf ausgerichtet werden, nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch den übrigen europäischen Völkern einschließlich der Völker in den besetzten Ostgebieten und den noch bolschewistischer Herrschaft unterstehenden Ländern, den Sieg Adolf Hitlers und der deutschen Waffen als in ihrem ureigensten Interesse liegend klarzumachen.

3. Es verträgt sich hiermit nicht, diese Völker, insbesondere die Angehörigen der Ostvölker, direkt oder indirekt, vor allem in öffentlichen Reden oder Aufsätzen herabzusetzen und in ihrem inneren Wertbewußtsein zu kränken.

Man kann diese Menschen der Ostvölker, die von uns ihre Befreiung erhoffen, nicht als Bestien, Barbaren usw. bezeichnen und dann von ihnen Interesse am deutschen Sieg erwarten. [...]

4. Ebenso unangebracht ist eine Darstellung der künftigen Neuordnung Europas, aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige.

Äußerungen, daß Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik treiben werde, das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsobjekt betrachte, sind völlig verfehlt. [...]

5. Ebenso abwegig ist es, von neuen deutschen Siedlungen oder gar Großsiedlungen und Landenteignung zu sprechen oder theoretische Aufsätze über die Frage zu verfassen, ob man die Völker oder den Boden germanisieren müsse.

ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 2379, Bl. 478 ff., zit. nach: Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. G. Hass u. W. Schumann, Berlin 1972, S. 179-181.

[308:]

257. Aus dem Protokoll einer Beratung Hermann Görings mit Vertretern der Okkupationsbehörden vom 28. April 1943 über die verstärkte Ausplünderung der besetzten Gebiete

1.) Es ist ein fundamentaler Irrtum, anzunehmen, wir vermöchten die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch milde Behandlung für uns zu gewinnen. Für die Ziele der europäischen Neuordnung kann diese Bevölkerung erst nach Beendigung des Krieges gewonnen werden.

2.) Die „Optik des totalen Krieges“ verlangt eine Reihe von Maßnahmen, die einen Nutzeffekt für die Gewinnung von militärischen Einsatz- oder zivilen Arbeitskräften nicht oder nur ganz wenig haben, wie z. B. die Schließung von Luxusgeschäften, Schlemmerlokalen usw. In den besetzten

¹ Łódź

Gebieten liegt ein Anlaß hierfür nicht vor. Die dort zu treffenden Maßnahmen sind daher lediglich nach dem zu erwartenden Nutzeffekt zu treffen. [...]

7.) Der Beitrag der besetzten, besser gesagt „eroberten“, Gebiete für den totalen Krieg ist in anderer Weise, und zwar durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:

a) Arbeitskräfte sind durch jahrgangsweisen Aufruf der arbeitsfähigen Bevölkerung zum Zwecke der Dienst- und Arbeitsverpflichtung zu beschaffen.

b) Die Naturallieferungen aus den besetzten Gebieten müssen so hoch bemessen werden, daß der Lebensstandard in ihnen unter demjenigen im Reich liegt, womit zugleich ein Anreizen für die Arbeitsaufnahme im Reich geschaffen wird.

c) Die finanzielle Belastung der Bevölkerung der besetzten Gebiete für die Kriegsführung darf nicht wie bisher weit unter der Durchschnittsbelastung auf den Kopf der Bevölkerung im Reich liegen.

ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 11. Nr. 291, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1942-1945, S. 33.

[309:]

258. Aus der Note von General Eugène Bridoux, Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Vichy-Regierung, an Generalmajor Alexander Frhr. v. Neubronn, Deutscher General des Oberbefehlshabers West in Vichy, vom 10. Juli 1944 über das Massaker in Oradour

Das Dorf Oradour-sur-Glane, 22 Kilometer von Ligomes, war am 10. und 11. Juni 1944 Schauplatz eines furchtbaren Dramas, das ich Ihnen vortragen muß auf der Grundlage der Zeugenaussagen der drei noch Überlebenden bzw. der Bewohner der benachbarten Dörfer. Am Samstag, dem 10. Juni, brach eine Abteilung der SS, die wahrscheinlich der in der Gegend anwesenden Division „Das Reich“ angehörte, in den vorher gänzlich umstellten Ort ein und befahl der Bevölkerung, sich auf dem Marktplatz zu sammeln. Es wurde ihr mitgeteilt, daß einer Denunziation gemäß Sprengstoffe im Ort versteckt sein sollten, und daß Haussuchungen sowie Identitätsfeststellungen vorgenommen würden.

Die Männer wurden aufgefordert, sich in vier oder fünf Gruppen aufzustellen, von denen alsdann jede in einer Scheune eingesperrt wurde. Die Frauen und Kinder wurden in die Kirche geführt und dort eingeschlossen. Es war ungefähr zwei Uhr nachmittags.

Bald darauf krachten MG-Salven und das ganze Dorf sowie die umliegenden Bauernhöfe wurden in Brand gesteckt. [...]

Um 17 Uhr drangen deutsche Soldaten in die Kirche ein und stellten auf der Kommunionbank ein Erstickungsgerät auf, das aus einer Art Kiste bestand, aus der brennende Zündschnüre hervorragten. In kurzer Zeit wurde die Luft nicht mehr atembar, jemandem gelang es jedoch, die Sakristeitür aufzureißen, wodurch es möglich wurde, die von der Erstickung betroffenen Frauen und Kinder wieder zu beleben.

Die deutschen Soldaten begannen dann durch die Kirchenfenster zu schießen, sie drangen daraufhin in die Kirche ein, um die letzten Überlebenden durch Maschinenpistolenschüsse zu erledigen, und schütteten dann einen leicht entzündbaren Stoff auf den Boden. Eine einzige Frau konnte sich retten. Sie war an einem Kirchenfenster emporgeklettert, um zu fliehen, als die Rufe einer Mutter, die dieser Frau ihr Kind anvertrauen wollte, die Aufmerksamkeit eines Postens auf sie lenkten. Er gab Feuer und verletzte sie schwer. Sie konnte ihr Leben nur dadurch retten, daß sie sich tot stellte und wurde nachher in einem Spital von Ligomes gepflegt. Gegen 18. Uhr hielten die deutschen Soldaten die in der Nähe vorbeifahrende Lokalbahn an [310:] und ließen die nach Oradour fahrenden Reisenden aussteigen. Sie streckten sie durch Maschinenpistolenschüsse nieder und warfen ihre Leichen in die Feuersbrunst. Am Ende des Tages sowie am folgenden Sonntagmorgen versuchten die Einwohner der umliegenden Weiler, die durch das Feuer und wegen der Abwesenheit ihrer Kinder, die nach Oradour in die Schule gegangen waren, verängstigt waren, sich zu nähern, wurden aber von den deutschen Posten, die alle Ausgänge des Dorfes bewachten, entweder mit Maschinenpistolen beschossen oder mit Gewalt zurückgedrängt.

Am Sonntagnachmittag jedoch konnten einige Personen in die Ruinen eindringen, und bezeugten, daß die Kirche mit zusammengekrümmten und verkohlten Frauen- und Kinderleichen angefüllt war. Ein absolut zuverlässiger Zeuge konnte am Eingang der Kirche den Leichnam einer Mutter sehen, die ihr Kind in den Armen hielt, sowie vor dem Altar die Leiche eines knieenden Kindleins und bei dem Beichtstuhl die zweier Kinder, die sich noch umschlungen hielten. In der Nacht vom Sonntag auf Montag kamen die deutschen Truppen zurück und versuchten, die Spuren dadurch zu verwischen, daß sie die Frauen und Kinder an der Außenseite der Chornische der Kirche oberflächlich begruben. [...]

Obschon es unmöglich ist, die genaue Anzahl der Opfer anzugeben, kann sie annähernd auf 800 bis 1000 Tote geschätzt werden, unter denen sich zahlreiche, aus luftgefährdeten Gebieten geflüchtete Kinder befanden. Von den zu Beginn des Nachmittags des 10. Juni anwesenden Personen scheinen nicht mehr als 10 noch am Leben zu sein. Das sind die Tatsachen.

Dok. F-673, IMG, Bd. XXXVII, S. 338-341. (Übersetzung aus dem Französischen)

[311:]

2. Zwangsarbeit und Deportationen

„... wird der Ostarbeiter seinem Schicksal überlassen, weil man ihn lediglich als aus dem werten Ostraum leicht zu ergänzendes Produktionsmittel betrachtet.“

Untersuchungskommissionsbericht, 10.3.1943

259. Aus der vertraulichen „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle vom 1. November 1941 über die Deportation sowjetischer Bergarbeiter

Auf Anregung der Reichsvereinigung Kohle befaßten sich in den letzten Wochen die verantwortlichen Stellen mit der Frage des Einsatzes von Bergarbeitern aus dem Erzgebiet von Kriwoj-Rog im Ruhrbergbau. Der Durchführung dieser Maßnahme standen nicht unerhebliche Bedenken in politischer Hinsicht und bezüglich der Überwachung dieser Arbeitskräfte entgegen.

Nunmehr hat der Reichsmarschall dem Antrag der Reichsvereinigung Kohle zum Einsatz von 10.000 bis 12.000 ukrainischen Bergarbeitern unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen zugestimmt. Er hat den Vorsitz der Reichsvereinigung Kohle beauftragt, im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, dem OKW, dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsarbeitsministerium umgehend das zum Einsatz dieser Arbeitskräfte Erforderliche in die Wege zu leiten. Da aus besonderen Gründen Eile geboten ist, kann mit der baldigen Überführung der ukrainischen Arbeiter gerechnet werden. Die näheren Einsatzbedingungen werden zur Zeit mit den vorerwähnten Stellen festgelegt [...]

Flick-Prozeß, Dok. NI-4140, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 359.

260. Aus der „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle vom 1. Dezember 1941 über die Zwangsverschleppung sowjetischer Bergarbeiter für den Ruhrbergbau

Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der interessierten Stellen des OKW, des RFSS¹, der Behörden, der Partei und der Reichs-[312:]vereinigung Kohle, weilte in der Zeit vom 8.11. bis 10.11.1941 in Kriwoj-Rog, um die zur Umsetzung von Bergarbeitern zum Ruhrbergbau erforderlichen Maßnahmen auf Grund des Erlasses des Reichsmarschalls vom 24.10.1941 zu treffen. Es kommen hierfür zunächst etwa 6000 von den vorgesehenen 10.000 bis 12.000 Bergarbeitern in Frage.

Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsvereinigung Kohle werden mit den zuständigen Wehrmachtsstellen gemeinsam die örtlicherseits erforderlichen Maßnahmen veranlassen. [...]

Sämtliche Arbeiter werden im Ruhrbergbau zunächst als Schlepper angelegt. Die Entlohnung richtet sich nach den vom Reichsmarschall angeordneten Bedingungen. Dasselbe gilt auch bzgl. der Unterhaltung der Angehörigen.

¹ Reichsführer SS

Arbeitskräfte mit völlig abgerissener Kleidung werden vorerst von der Umsetzung ausgeschlossen. Zwecks Versorgung mit Arbeitskleidung wird überdies den Arbeitern vom Lohn ein angemessener Betrag einbehalten.

Der Abtransport erfolgt in geschlossenen Transportzügen unter Bewachung: Überwachungspersonal wird voraussichtlich durch den RFSS gestellt. Die Transportverpflegung erfolgt durch Heeresverpflegungsstellen. [...]

Der Reichsmarschall hat durch Erlaß vom 14.11.1941 angeordnet, daß neben der Umsetzung von Bergarbeitern aus Kriwoj-Rog im weitgehenden Umfange Sowjet-Russen (Kriegsgefangene und Arbeiter) im Verkehr, in der Industrie und der Landwirtschaft einzusetzen sind.

Flick-Prozeß, Dok. NI-4102, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 364-365.

261. Aus dem Programm von Fritz Sauckel, Gauleiter der NSDAP in Thüringen und Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, vom 20. April 1942¹

Trotz der Tatsache, daß die meisten deutschen arbeitsfähigen Menschen in der anerkanntesten Weise ihre Kräfte für die Kriegs-[313:]wirtschaft bereits eingesetzt haben, müssen unter allen Umständen noch erhebliche Reserven gefunden und freigemacht werden.

Die entscheidende Maßnahme, dies zu verwirklichen, ist der einheitlich geregelte und gesteuerte Arbeitseinsatz der Nation im Kriege. [...]

Die Rüstungs- und Ernährungsaufgaben machen nun aber neben der totalen Erfassung aller deutschen Arbeitskräfte die Hereinnahme fremder Arbeitskräfte zur dringendsten Notwendigkeit. [...] Das größte Reservoir hierfür sind die besetzten Gebiete des Ostens.

Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden.

Neben den schon vorhandenen, noch in den besetzten Gebieten befindlichen Kriegsgefangenen gilt es also vor allem, Zivil- und Facharbeiter und -arbeiterinnen aus den Sowjetgebieten vom 15. Lebensjahr ab für den deutschen Arbeitseinsatz zu mobilisieren.

Nach den vorhandenen Möglichkeiten kann dagegen aus den im Westen von Deutschland besetzten Gebieten Europas ein Viertel des Gesamtbedarfs an fremdländischen Arbeitskräften hereingenommen werden. [...]

Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen. [...] Die Arbeitskraft dieser Leute muß in größtem Maße ausgenutzt werden. [...]

Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wieviel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen [...] Nur so wird es möglich sein, ohne alle falsche Sentimentalität auch aus diesem Einsatz den höchsten Nutzen für die Rüstung der kämpfenden Front und für die Kriegsernährungswirtschaft zu gewährleisten.

Staatsarchiv Weimar, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, Nr. 491, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 393-395.

¹ Sauckel wurde am 21. März 1942 zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ ernannt.

[314:]

262. *Aus dem Protokoll über die Führerbesprechung vom 10. bis 12. August 1942 über den Einsatz von „Ostarbeitern“ in der Rüstungsindustrie*¹

Die zur Erfüllung des Eisen- und Kohleprogrammes erforderliche Bereitstellung russischer Arbeitskräfte in der angeforderten Höhe sichert Gauleiter Sauckel zu und teilt mit, daß er – falls erforderlich – eine weitere Million russischer Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungswirtschaft bis einschl. Oktober 1942 zur Verfügung stellen will, nachdem jetzt mehr als 700.000 Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und 1 Million Arbeitskräfte für die Wirtschaft durch ihn bereitgestellt werden konnten.

Der Führer erklärt dabei, daß die Frage der Arbeitskräftebeschaffung in jedem Fall und in jedem Umfang gelöst werden könne, und daß er Gauleiter Sauckel ermächtige, die dazu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Er wäre mit jeder Zwangsmaßnahme einverstanden, falls diese Frage auf freiwilliger Basis nicht durchzuführen sei und zwar nicht nur für den Osten, sondern auch für die besetzten westlichen Gebiete.

Dok. R-124, IMG, Bd. XXXVIII, S. 359-360.

263. *Aus der eidesstattlichen Erklärung des Arztes Dr. Jäger vom 15. Oktober 1945 über die Zustände in den Lagern für ausländische Arbeitskräfte bei der Firma Krupp in Essen*

Sämtliche Lager waren von Stacheldraht umgeben und waren streng bewacht.

Die Zustände in allen diesen Lagern waren äußerst schlecht. Die Lager waren überfüllt. In einigen Lagern waren mehr als zweimal soviel Personen untergebracht, als gesunde Verhältnisse es erlauben. [...]

Das Essen für die Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Die Ostarbeiter erhielten 1000 Kalorien pro Tag weniger als das Minimum für deutsche. Während deutsche Arbeiter, die Schwerstarbeit [315:] leisteten, 5000 Kalorien pro Tag bekamen, erhielten die Ostarbeiter, die dieselben Arbeiten machten, nur 2000 Kalorien pro Tag. Die Ostarbeiter bekamen nur 2 Mahlzeiten pro Tag und ihre Brotration. Eine der zwei Mahlzeiten bestand nur aus einer dünnen, wäßrigen Suppe. Ich war mir nicht sicher, ob die Ostarbeiter das für sie vorgeschriebene Minimum auch tatsächlich erhielten. Später, 1943, als ich die Nahrung, die von den Küchen zubereitet wurde, prüfte, stellte sich in verschiedenen Fällen heraus, daß den Ostarbeitern Nahrungsmittel enthalten worden waren.

Der Versorgungsplan schrieb eine kleine Menge Fleisch pro Woche vor. Dafür durfte nur Freibankfleisch verwendet werden, welches entweder Pferde-, tuberkulöses oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch war. Gewöhnlich wurde dieses Fleisch in einer Suppe gekocht.

Die Bekleidung der Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Sie schliefen und arbeiteten in derselben Kleidung, mit der sie aus dem Osten gekommen waren. Fast alle von ihnen hatten keine Mäntel und waren daher gezwungen, ihre Decken als Mäntel in kaltem und regnerischem Wetter zu tragen.

Die Schuhknappheit zwang viele Arbeiter, auch im Winter barfuß zur Arbeit zu gehen. [...]

Das Kriegsgefangenenlager in der Nöggerathstraße befand sich in einem schauderhaften Zustand. Die Leute wohn[t]en in Aschenbehältern, Hundeställen, alten Backöfen und selbstgemachten Hütten. Die Verpflegung war nur gerade ausreichend. Für Unterbringung und Verpflegung zeichnet[e] Krupp verantwortlich. Die Belieferung mit Medikamenten und Verbandsstoffen war so außerordentlich schlecht, daß eine geordnete ärztliche Behandlung in vielen Fällen überhaupt nicht möglich war.

Dok. D-288, IMG, Bd. XXXV, S. 58-62.

¹ An den Besprechungen nahmen teil: Krupp, Pleiger, Röchling und Rohland als Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie, Hitler, Sauckel, Speer und Staatssekretär Milch.

264. Aus der eidesstattlichen Erklärung eines polnischen Arztes vom 13. Oktober 1945 über die unmenschliche Behandlung der für Krupp arbeitenden russischen Kriegsgefangenen in dem Lager in der Raumastraße in Essen

In diesem Lager waren in einem großen Saal, der normalerweise 200 Mann beherbergen konnte, etwa 300-400 Menschen zusammengewürfelt untergebracht, dazu in einer katastrophalen Art, so daß [316:] keine sanitäre Behandlung möglich war. Der Boden bestand aus Zement, die Strohsäcke, die zum Schlafen dienten, waren verwanzt und verlaust. Auch an kalten Tagen waren die Räume nie geheizt, und es erschien mir als Arzt menschenunwürdig, in welcher Lage die Leute sich befanden. Es war auch unmöglich, diese Räume sauber zu halten, weil bei dieser Überfüllung die Menschen kaum Platz fanden, sich in normaler Art zu bewegen. Täglich wurden mir bis zu 10 Personen vorgeführt, die den Körper mit blauen Flecken überdeckt hatten auf Grund des dauernden Schlagens mit Gummischläuchen, Stahlruten oder Stöcken. Die Leute wälzten sich oft vor Schmerzen, ohne daß ich die Möglichkeit hatte, auch nur eine kleine medizinische Hilfe den Leuten zuteil werden zu lassen. [...]

Die Kost bestand aus einer Wassersuppe, welche schmutzig und sandig war, und oft mußten die Kriegsgefangenen auch Kohl, welcher faul war und schon stank, zu sich nehmen. Ich konnte täglich Leute bemerken, die infolge Hunger oder Mißhandlungen dahinkrepierten. Oft lagen Tote zwei bis drei Tage auf ihren Strohsäcken, bis ihre Körper derart gestunken haben, daß Mitgefangene sie nach draußen brachten und irgendwo an einer Stelle verscharrten. Die Schüsseln, aus denen die Leute aßen, benutzten sie auch als Toilette, weil sie zu müde waren und vor Hunger zu ermattet, um überhaupt von ihren Pritschen aufstehen zu können und zu laufen. Um 3 Uhr morgens wurden sie geweckt. Die gleiche Schüssel wurde auch zum Waschen gebraucht und später wieder zum Essen. Die Art und Weise war allgemein bekannt. Trotzdem war es mir unmöglich, irgendwelche auch nur elementare Hilfe oder Erleichterung zu schaffen, um diese Epidemien, Krankheiten und Verhungertenfälle aus dem Wege zu räumen.

Dok. D-313. IMG. Bd. XXXV, S. 63-66.

265. Aus dem Schreiben der Abteilung Maschinenbau der Firma Krupp vom 14. März 1942 an den Verantwortlicher der Firma für den „Russeneinsatz“

Wir stellen in den letzten Tagen fest, daß die Beköstigung der hier eingesetzten Russen derart miserabel ist, daß die Leute von Tag zu Tag mehr geschwächt sind.

Feststellungen haben ergeben, daß die einzelnen Russen nicht in der Lage sind, beispielsweise einen Drehstuhl einwandfrei anzuziehen [317:] wegen fehlender körperlicher Kräfte. Genauso verhält es sich an allen anderen Arbeitsplätzen, an denen Russen beschäftigt sind.

Wenn nicht dafür Sorge getragen wird, daß die Verpflegung soweit geändert wird, daß von diesen Leuten eine normale Arbeitsleistung verlangt werden kann, so ist damit der Einsatz dieser Leute mit dem ganzen damit erforderlichen Aufwand umsonst gewesen. Ebenfalls lege ich gar keinen Wert darauf, weitere Russen hereinzunehmen, wenn sie mir als Produktiv-Arbeiter angerechnet werden, von denen ich aber keine Produktiv-Leistung erwarten kann.

Ich nehme an, daß innerhalb der übrigen Betriebe die gleichen Verhältnisse herrschen. Es dürfte demnach richtig sein, wenn von Ihnen aus über die Firma entsprechende Schritte unternommen werden, um diese Angelegenheit zu klären.

Dok. D-316, IMG, Bd. XXXV, S. 66-67.

266. Aus einem Schreiben der Direktoren der zum Flick-Konzern gehörigen Maximilianshütte vom 26. Januar 1943 mit der Aufforderung nach verschärften Maßnahmen gegen ausländische Zivilarbeiter

Über die Leistungen und Arbeitsdisziplin der ausländischen Zivilarbeiter ist bekanntlich gerade in den letzten Wochen sehr viel geklagt worden.

Hierzu ist festzustellen, daß außergewöhnlich wenig Anträge auf Erteilung von Verwarnungen, Verhängung von Bußen oder Anzeige bei den Staatspolizeistellen (für die ausländischen Zivilarbeiter

einschließlich der fremdvölkischen, innerhalb des Reiches beheimateten Arbeitskräfte, die nicht die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, z. B. Polen, Protektoratsangehörige, ist nicht der Reichstreuhänder, sondern die Staatspolizei zuständig) eingehen. Die gegebenen Möglichkeiten, die Leistungen der Ausländer zu steigern und pflichtwidriges Fernbleiben vom Arbeitsplatz, pflichtwidrige Arbeitsverweigerung und pflichtwidriges Zurückhalten von der Arbeit auszuschließen, müssen unter allen Umständen voll und ganz ausgeschöpft werden. Wir bitten daher, in Zukunft hiernach zu verfahren.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3150, zit. nach: Fall 5, S. 194-195.

[318:]

267. Aus dem kritischen Bericht einer Untersuchungskommission beim Wirtschaftsstab Ost über den Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter vom 10. März 1943

Daß die Betreuung der Ostarbeiter sich nicht allein auf das notwendigste Essen und Unterbringung, sondern z. B. auch vordringlich auf die Freizeitgestaltung u. a. erstrecken muß, ist bekannt. In den bereisten Gauen wird aber ganz im allgemeinen, abgesehen von wenigen Musterbetrieben, der Ostarbeiter seinem Schicksal überlassen, weil man ihn lediglich als aus dem weiten Ostraum leicht zu ergänzendes Produktionsmittel betrachtet. Die Betriebsführer haben fast durchgängig keinerlei Verständnis für das Wesen der Ostarbeiterfrage und wollen auch kein Interesse daran nehmen. Infolgedessen lassen selbst die notwendigsten Dinge wie Essen und Unterkunft oft außerordentlich zu wünschen übrig, sind ungenügend, lieblos hergerichtet, schmutzig und zum Teil sogar über jedes Maß hinausgehend schlecht. Bei den Unterkünften herrscht zum Teil sogar Dunkelheit und mangelnde Lüftung. Die Lagerführer sind im allgemeinen ihrer Aufgabe nicht gewachsen, es fehlt auch hier jede Ausrichtung auf die Erkenntnis der Bedeutung des Ostarbeiters für die Kriegswirtschaft. [...]

Bei der Frage der Strafen wurde der Auffassung begegnet, daß Prügel im Bergbau zwangsläufig dazugehören.

Ebenso wie bei den Fluchten werden hier beim Krankheitsstande Zahlen bewußt fortgelassen, denn die Abordnung mußte feststellen, daß bei den schlechtesten Betrieben teilweise der Krankenstand sehr gering war [...] Aufschlußreich war aber die Bemerkung: „Der Ostarbeiter sei sehr zäh. Er arbeite, bis er an dem Arbeitsplatz mit dem Gesicht in den Dreck falle und der Arzt nur noch den Totenschein ausstellen könne.“

Flick-Prozeß, Dok. NI-3013, zit. nach: Fall 5, S. 197-200.

[319:]

268. Aus der Zusammenstellung des Chefs der deutschen Militärverwaltung in Frankreich über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft vom Herbst 1943

Zahl in Tausend						
Männer					Frauen ¹	
aus	Zivilarbeiter	Kriegsgefangene	Zusammen			
			Zahl	vH	Zahl	vH
Frankreich	605	736	1341	26,3	44	2,6
Sowjetunion	817	496	1313	25,8	899	52,4
Polen	1094	29	1123	22,0	527	30,7
Belgien	195	53	248	4,9	33	1,9
Protektorat	244	—	244	4,8	42	2,5
Holland	236	—	236	4,6		20
Serbien	34	94	128	2,5	11	0,7
Italien	103	—	103	2,0	14	0,8
Sonstige	303	54	357	7,1	124	7,2
Zusammen	3631	1462	5093	100,0	1714	100,0

Dok. D-524, IMG, Bd. XXXV, S. 150.

¹ Einschließlich der in Zivilarbeiter umgewandelten Kriegsgefangenen, der Nichtbeschäftigten und der Personen ungeklärten Verbleibs.

[320:]

3. Politische Unterdrückung und faschistischer Terror in Deutschland

269. Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1939 bis 1941 (Grenzen von 1937 einseht. Ausländer in diesem Gebiet)

verurteilt wegen	1939	1940	1941	insgesamt
Hochverrat	1128	1112	1917	4157
Landesverrat	663	697	782	2142
Widerstand gegen die Staatsgewalt	4343	2674	2617	9634
Wehrmittelbeschädigung	20	14	27	61
Verrat militärischer Geheimnisse	46	71	116	233

ZStA Potsdam, Statistisches Reichsamt, *Die Entwicklung der Kriminalität im Deutschen Reich von Kriegsbeginn bis Mitte 1943 (vertraulich)*, Berlin 1944, Tabelle I, zit. nach: *Deutschland im zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, S. 375.

270. Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1941 (Grenzen von 1937)

Anklagepunkt der Nazi-Justiz	Verurteilte Personen	Im Verhältnis zu 1940 (in Prozent)
Hochverrat	1917	172
Landesverrat	782	112
Widerstand gegen die Staatsgewalt	2617	99
Wehrmittelbeschädigung	27	193
Verrat militärischer Geheimnisse	116	163
Verstoß gegen die Arbeitsdisziplin	3504	121
Verstoß gegen die KWVO	3063	412
Abhören ausländischer Sender	721	87
Wehrkraftzersetzung	4597	228
(davon Umgang mit Kriegsgefangenen)	(4345)	(228)
Insgesamt	17.344	158

ebd., zit. nach: ebd., S. 376.

[321:]

271. Aus der vertraulichen „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle vom 1. November 1941 über Strafmaßnahmen der Konzerne gegen deutsche Bergarbeiter

Im Anschluß an die Mitteilung der „Sozialpolitischen Information“ Nr. 2 bringen wir nachstehend die Zusammenstellung der in der Zeit vom Januar bis September 1941 durch den Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein gegen disziplinelose Bergmänner angeordnete Maßnahmen. (Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf alle Gewerbegruppen für das gesamte Wirtschaftsgebiet):

1. Im Bergbau wurden Verwarnungen ausgesprochen	2105	(18.689)
2. Schutzhaftanträge wurden gestellt	252	(1438)
3. Anträge auf Unterbringung im Arbeitserziehungslager wurden gestellt	423	(1193)
4. Anträge auf Unterbringung in einem Konzentrationslager wurden gestellt	13	(38)
5. Strafanträge bei der Staatsanwaltschaft wurden gestellt	116	(1193)

Vollstreckt wurden im Bergbau bisher in der obengenannten Zeit:

Schutzhaftanträge	248
Im Arbeitserziehungslager untergebracht	329
Anträge auf Überführung ins Konzentrationslager	13
Gerichtliche Strafen	61

Flick-Prozeß, Dok. NI-4104, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, S. 359-360.

272. *Aus der Anordnung von Fritz Sauckel vom 1. November 1943 über die Verschärfung der Strafbestimmungen in den Betrieben*

Um der kämpfenden Front das erforderliche Rüstungsmaterial zu schaffen, ist in den Betrieben die unbedingte Einhaltung der Arbeitsdisziplin erforderlich. Für diese zu sorgen und sie notfalls wiederherzustellen, ist in erster Linie Pflicht der Betriebsführer [...]

§ 2 Der Betriebsführer kann Verstöße der Gefolgschaftsmitglieder gegen die Ordnung (Arbeitsdisziplin) oder Sicherheit des Betriebes mit Verwarnungen oder Geldbußen nach Maßgabe der folgenden [322:] Bestimmungen ahnden, auch wenn eine solche Maßnahme bisher weder in gesetzlichen Vorschriften noch in Bestimmungen der Betriebsordnungen oder arbeitsvertraglichen Regelungen vorgesehen ist, und zwar:

1. leichte Verstöße, z. B. einmalige Unpünktlichkeit, mit mündlicher oder schriftlicher Verwarnung;
2. schwerere Verstöße, z. B. unentschuldigtes oder grundloses Fehlen, wiederholte Unpünktlichkeit oder eigenmächtiges oder vorzeitiges Verlassen der Arbeitsstelle sowie Wiederholung leichter Verstöße, mit einer Geldbuße bis zum Höchstbetrag eines durchschnittlichen Tagesverdienstes;
3. erhebliche Verstöße, z. B. wiederholte Verstöße nach Ziffer 2 oder bewußte Widerspenstigkeiten gegen Anordnungen des Betriebsführers oder seines Beauftragten, mit einer Geldbuße bis zum Höchstbetrage eines durchschnittlichen Wochenverdienstes.

§ 3 Die Erteilung der Verwarnung sowie die Verhängung der Geldbußen erfolgt durch den Betriebsführer oder durch eine von ihm beauftragte leitende Person; die Verhängung von Geldbußen nach Beratung im Vertrauensrat, wenn ein solcher besteht [...]

§ 5 Hält der Betriebsführer eine betriebliche oder nebenbetriebliche Maßnahme nicht für ausreichend oder sind diese erschöpft, so hat er unverzüglich – bei Inländern beim Leiter des zuständigen Arbeitsamts als Beauftragten des Reichstreuhanders der Arbeit, bei Ausländern (einschließlich Protektorsatsangehörigen und Schutzangehörigen des Deutschen Reichs) sowie bei Ostarbeitern bei der zuständigen Polizeistelle – Anzeige zu erstatten.

Handbuch des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Bd. 1. Berlin 1944, S. 167 f., zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 440-441.

[323:]

Verhaftungen im ersten Halbjahr 1944

	Januar	Februar	März
Kommunismus, Marxismus	1340	1877	1283
Reaktion, Opposition	2079	2154	2322
Widerstandsbewegung (Ausland)	2128	2470	2371
Katholische Kirchenbewegung	27	54	76
Evangelische Kirchenbewegung	7	12	9
Sekten	118	178	68
Juden	1711	436	402
Wirtschaftsangelegenheiten	549	568	582
Arbeitsniederlegungen:			
a) Deutsche	2060	2085	2294
b) Ausländer	27.048	27.966	30.221
Verbotener Umgang mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen	1796	2236	2207
Sonstige Verhaftungen	3717	5008	4467
	40.590	45.044	46.303
			Gesamt: 133.926

	April		Mai		Juni	
	Insg.	Ausl.	Insg.	Ausl.	Insg.	Ausl.
Kommunismus, Marxismus	1387	906	2188	1558	1478	865
Reaktion, Opposition	529	235	567	246	723	324
Kath. Kirchenbewegung	71	42	41	17	37	17
Ev. Kirchenbewegung	5	–	6	1	7	–
Sekten	147	49	63	9	78	27
Juden	453	137	331	92	533	148
Widerst.-Bew. (Ausl.)	1781	1781	3166	3166	3593	3593
Heimtück. Angel.	1665	628	1913	709	2498	913
Wirtschafts-Angel.	618	489	1218	956	826	566
Arbeitsniederlegungen:						
a) Deutsche	2047	–	2159	–	2280	–
b) Ausländer	–	34157	–	32407	–	41225
Kriminelle Delikte	8454	7767	10.593	9808	11.011	10.114
Verbotener Umgang m. ausl. Arbeitern u. Kriegsgefangenen	1169	924	1820	1373	2248	1768
Sonstige Delikte	456	254	354	207	454	269
	52.939	56.830	66991			
					Gesamt:	176.760
						310.686

Nach: G. Weisenborn, *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945*, 4. verb. Aufl. Frankfurt/M. 1974, S. 175-176.

[324:]

4. Judenverfolgung und „Arisierungen“

274. Aus der Aktennotiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick vom 24. März 1938 über seine Besprechung mit Regierungsrat Müller, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, über die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns

Herr Dr. Müller machte dann vertraulich noch folgende Bemerkungen:

Die außenpolitische Entwicklung in bezug auf Wien¹ habe einige Stellen ermutigt, in bezug auf die Lösung der Probleme, die mit Prag² zusammenhängen, die Dinge etwas anders zu betrachten, als es noch vor etlichen Wochen und Monaten notwendig gewesen wäre. Es bestünde der Eindruck, daß man vielleicht in einem halben Jahre schon eine andere Lösung der Probleme, insbesondere auch in bezug auf das P-Problem³, sehen würde. [...]

In den oberen Kreisen des RWM ist man der Meinung, daß, wenn man mit Veränderungen in der angedeuteten Art würde rechnen können, sich das Bild in bezug auf die devisenmäßige Behandlung des P-Problems wesentlich günstiger gestalten würde, da man die Besitzer dann doch praktisch als Inländer zu behandeln hätte. Es wäre dann lediglich noch ein Auswanderer-Problem bzw. ein Problem entsprechend der Arisierung anderer deutscher Unternehmungen [...]

Eins wäre unsererseits allerdings zu bedenken, und zwar ob man nicht in geschickter Weise der P-Gruppe zu verstehen geben kann, daß sie sich heute bei einer privatwirtschaftlichen Lösung besser stehen würde, als wenn sie weitergehende Ereignisse abwartet. Zweifellos würde der Druck auf die P-Gruppe (auch wenn sie amerikanisch getarnt sein sollte) ein wesentlich größerer sein, wenn Veränderungen der angedeuteten Art eintreten sollten. Vielleicht würde ein diesbezüglicher freundschaftlicher Rat die P-Gruppe und evtl. auch die Amerikaner⁴ veranlassen, heute nachgiebiger zu werden.

¹ „Anschluß“ Österreichs

² geplante Eingliederung der Tschechoslowakei

³ Petschek-Problem: Arisierung des Petschek-Braunkohlenkonzerns, für den sich Flick stark interessierte

⁴ Ein Teil der Aktien des Petschek-Konzerns gehörte zwei Brüdern der Petscheks mit amerikanischer Staatsbürgerschaft.

Andererseits müßten wir uns überlegen, ob wir im Vertrauen auf evtl. Veränderungen außenpolitischer Art vielleicht später etwas [325:] billiger an die Sache kommen könnten, als es heute unter den heute möglichen Druckmitteln der Fall ist.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3238, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 169-170.

275. Aus dem Bericht Reinhard Heydrichs, Chef der Sicherheitspolizei, vom 11. November an Hermann Göring über die „Kristallnacht“ am 9. November 1938

In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. Es wurde, um weitere Plünderungen zu vermeiden, in allen Fällen scharf durchgegriffen. Wegen Plünderungen wurden dabei 174 Personen festgenommen.

Der Umfang der Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Ziffern: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. Wegen der Dringlichkeit der Berichterstattung mußten sich die bisher eingegangenen Meldungen lediglich auf allgemeinere Angaben, wie „zahlreiche“ oder „die meisten Geschäfte zerstört“ beschränken. Die angegebenen Ziffern dürften daher um ein Vielfaches überstiegen werden.

An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört.

Festgenommen wurden rund 20.000 Juden, ferner 7 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen.

An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Verletzten sind Juden. Ein Jude wird noch vermißt. Unter den getöteten Juden befindet sich ein, unter den Verletzten 2 polnische Staatsangehörige.

Dok. PS-3058, IMG, Bd. XXXII, S. 1-2.

[326:]

276. Aus den antijüdischen Verordnungen Hermann Görings vom 12. November 1938

Aus der Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit:

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) das Folgende:

§ 1. Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1.000.000.000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

Aus der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben:

§ 1. (1) Juden [...] ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe [...], die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2. (1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 [...] sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle

Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3. (1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum

31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

[327:]

Aus der Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben:

§ 1. Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2. (1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

Reichsgesetzblatt, 1938, T. I. Nr. 189, S. 1579-1581.

277. Aus dem Vortrag Görings bei einer Sitzung des Reichsverteidigungsrats am 18. November 1938

II. 3. Finanzen

Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne bei Arisierung jüdischer Unternehmungen.

Dok. PS-3575, IMG, Bd. XXXII, S. 415.

278. Aus der geheimen Anordnung Görings vom 10. Dezember 1938 an die obersten Reichs- und Parteistellen und andere Behörden

III. Der Nutzen aus der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben kommt allein dem Reiche zu. Personen und Stellen, die aus der Überleitung jüdischer Betriebe oder sonstiger Vermögenswerte aus jüdischem Besitz einen ungerechtfertigten Vorteil gezogen haben, können daher zu einer Ausgleichsabgabe zu Gunsten des Reichs herangezogen werden.

Dok. PS-1208, IMG, Bd. XX VII, S. 71.

[328:]

279. Aus dem Entwurf eines vertraulichen Rundschreibens der Zentrale der Deutschen Bank, vermutlich an die Wirtschaftsgruppen, über die Beschleunigung der „Arisierung“, November oder Dezember 1938

Man sollte sich [...] in den einzelnen Wirtschaftsgruppen eine eigene Initiative überlegen, die in den Grenzen der gegebenen Möglichkeiten einerseits entsprechend den Wünschen der Regierung den Arisierungsprozeß wesentlich beschleunigt, andererseits zu den volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich günstigsten Ergebnissen führt.

Vielleicht kann das Vorgehen der Adefa sich für eine allgemeinere Anwendung empfehlen. Danach würde sich, wenn die Wirtschaftsgruppen oder Fachgruppen als solche – sich an der Übernahme der nichtarischen Betriebe nicht zu beteiligen wünschen, ein größerer Kreis von Firmen aus jeder von dem Arisierungsproblem berührten Branche zusammenschließen und Bewerbern, die für die Übernahme eines jüdischen Unternehmens für geeignet gehalten werden, aber nicht selbst über die hierzu erforderliche Kapitalkraft verfügen, den Erwerb durch Garantieleistungen ermöglichen. [...] Für die Wirtschaftsgruppen ergibt sich aus diesem Verfahren der große Vorteil, daß sie den Gang der Arisierung in der Hand behalten und insbesondere ein staatliches Eingreifen vermeiden [kann], das, der

Regierung an sich selbst unerwünscht, störende Einwirkungen von nicht absehbarer Tragweite haben kann. Es liegt ferner auf der Hand, daß auf diese Weise, indem anstelle brancheunkundiger Einflüsse eine fachkundige Leitung tritt, Verluste und auch Marktstörungen vermieden werden, mit denen sonst zu rechnen wäre. Dieser Erfolg darf um so mehr erwartet werden, als die an der Garantie beteiligten Firmen ein eigenes Interesse daran haben, ihr Risiko durch sachgemäße Entscheidung und Kontrolle auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, Deutsche Bank, Nr. A 11, Bd. 9, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 198.

[329:]

280. Aus einer Rede des Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank, auf einer Regierungssitzung am 16. Dezember 1941 in Krakau über den Plan der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung

Mit den Juden – das will ich Ihnen ganz offen sagen – muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europasein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird – das geht aus den Stimmungsberichten hervor – immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten, einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiter spreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volk haben; sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zweck angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen [...] Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat¹ auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber. Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die [330:] anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben nicht im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genauso judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.

Wortlaut in: Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, Frankfurt /M. 1960, S. 262-263.

¹ Gemeint ist die besetzte Ukraine.

281. *Aus den Äußerungen von Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, am 20. Januar 1942 auf der sogenannten Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“.*¹

An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht [...]

[331:] Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Vollständiger Wortlaut in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 323.

282. *Aus dem Schreiben von Viktor Brack, Oberdienstleiter in Hitlers Parteikanzlei, an Heinrich Himmler vom 23. Juni 1942 mit dem Vorschlag, 2 bis 3 Millionen arbeitsfähiger Juden im Interesse der Industrie nicht zu liquidieren.*

Bei ca. 10. Millionen europäischer Juden sind nach meinem Gefühl mindestens 2-3 Millionen sehr gut arbeitsfähiger Männer und Frauen enthalten. Ich stehe in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten, die uns die Arbeiterfrage bereitet, auf dem Standpunkt, diese 2-3 Millionen auf jeden Fall heranzuziehen und zu erhalten. Allerdings geht das nur, wenn man sie gleichzeitig fortpflanzungsfähig macht. Ich habe Ihnen vor ca. 1 Jahr bereits berichtet, daß Beauftragte von mir die notwendigen Versuche für diesen Zweck abschließend bearbeitet haben. Ich möchte diese Tatsachen nochmals in Erinnerung bringen. Eine Sterilisation, wie sie normalerweise bei Erbkranken durchgeführt wird, kommt in diesem Fall nicht in Frage, da sie zu zeitraubend und kostspielig ist. Eine Röntgenkastration jedoch ist nicht nur relativ billig, sondern läßt sich bei vielen Tausenden in kürzester Zeit durchführen. Ich glaube, daß es auch im Augenblick schon unerheblich geworden ist, ob die Betroffenen dann nach einigen Wochen bzw. Monaten an den Auswirkungen merken, daß sie kastriert sind.

Vollständiger Wortlaut in: Faschismus-Getto-Massenmord, S. 295.

[332:]

283. *Aus der Aussage des polnischen Schriftstellers J. Perle über die Deportation von 200 Kindern aus dem Janusz-Korczak-Waisenhaus im Warschauer Getto Ende 1942*²

Ich muß hier noch einmal die banalen Worte wiederholen, daß es keine Feder gibt, mit der dieses furchtbare Bild beschrieben werden könnte. Die faschistischen Kindermörder waren von einer wilden Wut erfaßt, sie schossen unaufhörlich. 200 Kinder standen zu Tode erschrocken da. Gleich würden sie bis auf das letzte erschossen werden. Und dann geschah etwas Außergewöhnliches: Diese 200 Kinder schrieten nicht, 200 unschuldige Wesen weinten nicht, keines von ihnen lief davon, keines verbarg sich. Sie schmiegt sich nur wie kranke Schwalben an ihren Lehrer und Erzieher, ihren Vater und Bruder, an Janusz Korczak, damit er sie behüte und beschütze.

Er stand in der ersten Reihe. Er deckte die Kinder mit seinem schwachen, ausgemergelten Körper. Die Hitlerbestien nahmen keine Rücksicht. Die Pistole in der einen, die Peitsche in der anderen Hand, bellten sie:

¹ Protokolliert von Adolf Eichmann

² Janusz Korczak war ein bedeutender polnischer Pädagoge und Schriftsteller, der im Warschauer Getto ein Waisenhaus für jüdische Kinder leitete.

„Marsch!“

Wehe den Augen, die dieses furchtbare Bild mit ansehen mußten.

Janusz Korczak, barhäuptig, mit einem Lederriemen um den Mantel, mit hohen Stiefeln, gebeugt, hielt das jüngste Kind an der Hand und ging voraus. Ihm folgten einige Schwestern in weißen Schürzen, und dann kamen die 200 frisch gekämmten Kinder.

Die Kinder waren von allen Seiten von deutschen, ukrainischen und jüdischen Polizisten umgeben.

Im Judenrat hatte man inzwischen erfahren, was auf der Siennastraße 16 vor sich ging. Man begann zu telefonieren, hin und her zu laufen, wollte retten.

Aber wen wollte der Judenrat retten? Nicht die 200 Kinder, er wollte nur Janusz Korczak retten.

Er dankte den Herren vom Judenrat, die alle Juden Warschaus geopfert hatten, und schritt an der Spitze seiner Kinder zum Verladeplatz.

Die Steine weinten, als sie diese Prozession sahen, doch die faschistischen Mörder trieben die Kinder mit Peitschen weiter und schossen immer wieder.

Bis zum heutigen Tage fehlt jede Spur, wo Janusz Korczak mit den 200 Kindern geblieben ist. Allen Anzeichen nach ist von ihnen nichts übriggeblieben.¹

[333:] Wortlaut in: *Faschismus-Getto-Massenmord*, S. 313-314.

[334:]

5. Das KZ-System: politische Funktion und wirtschaftlicher Nutzen

284. *Aus dem geheimen Schreiben von Carl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und Aufsichtsratsvorsitzer der IG-Farben, an Otto Ambros, Vorstandsmitglied der IG-Farben, vom 4. März 1941 über den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des Bunawerkes IV in Auschwitz*

Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet:

1. Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind frei zu machen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen.
2. Aus der Gegend von Auschwitz dürfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter für das Bunawerk in Frage kommende Polen ausgewiesen werden.
3. Der Inspekteur der Konzentrationslager und der Chef des V- und W-Hauptamtes ist angewiesen, an Ort und Stelle sofort mit dem Bauleiter des Bunawerkes in Verbindung zu treten und das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-11086, zit. nach: IG-Farben, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG-Farben, Berlin, o. J., S. 13.

285. *Aus der eidesstattlichen Erklärung des tschechischen Arztes Dr. Rudolf Vitek über die Behandlung der Häftlinge in Auschwitz-Monowitz*

2. In Monowitz wurde ich zum Block 2 eingeteilt. Ich leistete auf Außenkommandos schwerste körperliche Arbeit, z. B. den Transport von schweren Eisen-Weichen. Später arbeitete ich an verschiedenen anderen Außenkommandos, darunter das befürchtete Kommando 1, wo ich 50 kg schwere Zementsäcke von der Abladestelle der Kleinbahn ins Zementdepot ungefähr 300 Meter entfernt tragen mußte. Vier Vorarbeiter standen auf einem Stapel und der gerade tragende [335:] Häftling mußte sich den Zementsack auf die Schulter werfen lassen. Ein Ausrasten auf dem Rückweg ohne Last war

¹ Die Kinder kamen im Vernichtungslager Treblinka ums Leben.

unmöglich, da jede 5 bis 10 Schritte ein Vorarbeiter oder Kapo¹ stand, der durch Schlagen mit einem Knüttel die Häftlinge zum Laufschrift antrieb. Stets war ein Aufseher in Zivil, Vorarbeiter oder Werkführer, zuweilen auch ein Betriebsingenieur der IG-Farben anwesend.

Konnte einer der Häftlinge nicht mehr weiter und fiel zu Boden, so wurde er mit Fußtritten und Stiefelabsätzen so lange traktiert, bis er entweder doch weiterarbeitete oder starb.

Die Häftlinge wurden von den Kapos und von den Vorarbeitern und Meistern der IG in einer unmenschlichen Weise zur Arbeit getrieben. Es gab kein Pardon. Prügel, Mißhandlungen ärgster Art, ja sogar direkter Totschlag waren an der Tagesordnung. Das mörderische Arbeitstempo bewirkte, daß zahlreiche Häftlinge sich kurzerhand während der Arbeit hinstreckten, blau wurden, nach Luft schnappten und wie ein Stück Vieh verreckten.

Es war uns anderen Häftlingen, und unter uns waren zahlreiche Ärzte, verboten, irgendeinem anderen Häftling zu Hilfe zu kommen.

Es war durchaus keine Seltenheit, daß Kommandos von einer Stärke von 400 bis 500 Mann am Abend 5-20 Tote mit sich transportierten. Diese Toten wurden mit auf den Appellplatz geschleppt und wurden mit in den Stand gezählt.

Unter den uns mißhandelnden Zivilisten befand sich auch ein Ingenieur der IG-Farben (leider kenne ich seinen Namen nicht), der prinzipiell jeden jüdisch aussehenden oder den Judenstern tragenden Häftling mit Moses titulierte. Dieser Herr hat sich ebenfalls persönlich häufig an Häftlingen vergriffen, öfter jedoch hetzte er einen Kapo oder Vorarbeiter auf den Häftling, welcher nicht selten unter diesen Umständen den Heimweg nicht mehr lebend mitmachen konnte.

3. Die *hygienischen* Zustände in Monowitz waren vollkommen ungenügend. Es gab nur zwei Latrinen, die ca. in der Mitte des Lagers waren, so daß Menschen, die an Durchfall litten, während der Nacht unzähligemale durch den knöcheltiefen Schlamm zur Latrine waten mußten. Während der Nacht warestrotz des damals großen Frostes (Minimaltemperatur – 26°) nicht erlaubt, sich anzukleiden (Fluchtversuchs-Verhinderung). Man mußte in der Unterwäsche zur Latrine gehen.

[336:]



Himmler in Auschwitz mit Industriellen bei der Besprechung über den Aufbau des Buna-Werkes der IG-Farben.

¹ Nach italienisch „il capo“: das Haupt; Bezeichnung in den Konzentrationslagern für Vorarbeiter aus den Reihen der Häftlinge.

[337:] *Baden*. Dieses wurde zwangsweise alle 8-10 Tage durchgeführt. Die Häftlinge wurden mit kochendem Wasser geduscht und mußten meist splinternackt durch den Frost zurück in den Block. Handtücher gab es 1-2 pro 180 Mann. [...]

4. Wenn man Glück hatte, bekam man morgens einen Viertel Liter Kaffee oder besser gesagt eine schwarze ungesüßte Abkochung irgendeiner Ersatzmasse. Diese Portion war für zwei Leute gemeinsam (Mangel an Schüsseln). Mittags wurden auf die IG-Arbeitsstellen von einem Lastauto eine Anzahl Kochgefäße mit Buna-Suppe gebracht. Von dieser, meist aus Abkochung von Brennesseln oder anderem Grünzeug, manchmal mit einem einzelnen Stückchen Kartoffel gekochten Suppe erhielt jeder Häftling knapp einen Liter. Abends gab es als Zuteilung $\frac{1}{4}$ Laib Brot mit einem sehr beträchtlichen Zusatz von feinst gemahlenem Holzmehl, dazu gab es eine Scheibe Wurst oder einen Löffel Weißkäse oder 1 Kaffeelöffel Sirup. Das Wasser war ungenießbar und gesundheitsschädlich. Es enthielt nach Angaben der SS-Ärzte Stickstoffderivate (Zeichen von Verwesung). Auch auf der Arbeitsstelle war das Wasser ungenießbar und die Häftlinge tranken das Kondenswasser aus der Fernleitung. Wurden sie dabei ertappt, gab es fürchterliche Prügel.

Mein Normalgewicht betr.ug stets 96 bis 97 kg. Als ich aus Buna fortging, wog ich bei der Aufnahme in den Häftlingskrankenbau in Auschwitz 57 kg. [...]

5. Es war allgemein bekannt, daß der Krankenbau in Monowitz nur den Häftlingen die Arbeitsfähigkeit zurückzugeben habe. War ein Häftling ernstlich krank, und bestand nicht die Aussicht, daß er innerhalb 14 Tagen wieder arbeitsfähig sei (die Zeit, welche die IG-Farben als Maximai-Krankenzeit bezahlte), wurde der Häftling entweder in den Krankenbau nach dem Stammlager Auschwitz überwiesen oder direkt nach Birkenau abtransportiert.

6. Selektionen fanden etwa alle 14 Tage statt. Morgens beim Ausmarsch aus dem Lager mußten die Häftlinge langsam in Fünferreihen vor einer Selektionskommission vorbeimarschieren. Die Kommission bestand meistens aus dem Lagerkommandanten, Lagerführer, Lager-Arbeitsführer, Lagerarzt und immer mehreren Zivilisten, die dem Arbeitsstab der IG-Farben angehörten. Die Häftlinge rissen sich zusammen, wenn sie vorbeimarschierten, da sie alle wußten, daß das Herausholen aus der Fünferreihe der sichere Tod durch Vergasung in Birkenau bedeutete.

7. Die durchaus ungenügende und auch in ihrer Qualität und Zusammensetzung für körperliche Schwerarbeiter nicht ausrei-[338:]chende Ernährung, die furchtbare Behandlung, die elenden hygienischen Verhältnisse, die ungenügende Kleidung und mangelhafte Sauberkeit führten unweigerlich dazu, daß früher oder später jeder einzelne Häftling erkrankte und dann meistens an Durchfall. Dies bedeutete ein Todesurteil; da zahlreiche Häftlinge bereits im Krankenbau in Monowitz verstarben, andere nach dem Stammlager Auschwitz oder Birkenau abtransportiert wurden, wo sie entweder der Krankheit selbst oder der unmenschlichen Behandlung erlagen. Oder wo sie, wie mein eigener 19jähriger Sohn, der in Buna an Durchfall erkrankt war und nach dem Stammlager Auschwitz transportiert wurde, der mörderischen Selektion durch die SS-Ärzte (in diesem Falle SS-Obersturmführer Dr. Endres) zum Opfer fielen.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-4830, zit. nach: Fall 6, S. 153-155.

286. *Aus dem Bericht von Oswald Pohl, Chef des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes der SS, an Heinrich Himmler vom 30. April 1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen*

I. 1. Bei Kriegsausbruch waren folgende Konzentrationslager vorhanden:

a) Dachau	1939	4000	heute	8000 Häftlinge
b) Sachsenhausen	1939	6500	heute	10.000 Häftlinge
c) Buchenwald	1939	5300	heute	9000 Häftlinge
d) Mauthausen	1939	1500	heute	5500 Häftlinge
e) Flossenbürg	1939	1600	heute	4700 Häftlinge
f) Ravensbrück	1939	2500	heute	7500 Häftlinge

2. In den Jahren 1940-1942 wurden neun weitere Lager errichtet und zwar: a) Auschwitz, b) Neuengamme, c) Gusen, d) Natzweiler, e) Groß-Rosen, f) Lublin, g) Niederhagen, h) Stutthof, i) Arbeitsdorf.

[...]

II. 1. Der Krieg hat eine sichtbare Strukturveränderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend verändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.

2. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich die notwendigen Maßnahmen, welche eine allmähliche Überführung der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.

Dok. R-129, IMG, Bd. XXXVIII, S. 363-365.

287. Aus den eidesstattlichen Erklärungen von Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, im Nürnberger Pohl-Prozeß (1946, 1947) über die Massenmorde in Auschwitz und über den Einsatz von Häftlingen in der Industrie

Ich befahlte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2.500.000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden: mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3.000.000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80% aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden, die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien im und um das Konzentrationslager verwendet. [...]

Massenhinrichtungen durch Vergasung begannen im Laufe des Sommers 1941 und dauerten bis zum Herbst 1944. Ich beaufsichtigte persönlich die Hinrichtungen in Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943. Nachdem ich das Vernichtungsgebäude in Auschwitz errichtet hatte, verwandte ich Zyklon B, eine kristallisierte Blausäure, das durch eine kleine Öffnung in die Todeskammern eingeworfen wurde. [...]

Nach meiner Kenntnis begann die massenhafte Verwendung von KZ-Häftlingen in der deutschen Privatindustrie im Jahre 1940/41. Diese Verwendung steigerte sich fortlaufend bis zum Ende des Krieges. Gegen Ende 1944 waren ungefähr 400.000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie und rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt. Wie viele Häftlinge schon vorher oder nachher eingesetzt waren, kann ich nicht sagen. Nach meiner Schätzung sind in den Betrieben mit besonders schweren Arbeitsbedingungen, z. B. Bergwerken, jeden Monat ein Fünftel gestorben oder [340:] wurden wegen Arbeitsunfähigkeit zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt.

Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten. In den Anforderungsschreiben mußten die Unternehmungen auch genau angeben, welche Vorkehrungen für die Sicherung, Unterbringung usw. der angeforderten Häftlinge von den Betrieben getroffen worden waren, noch bevor die Häftlinge anlangten. Ich habe dienstlich viele solcher Betriebe besucht, um diese Angaben zu überprüfen, immer bevor die Häftlinge entsandt wurden.

Die Betriebe mußten keine Berichte über Todesursachen usw. abgeben. Auf Grund der Berichte, die wir in den Lagern von der SS-Wachmannschaft und den Arbeitskommandoführern über Verminderung der Zahl der in den betreffenden Betrieben arbeitenden Häftlinge erhielten, wurden die Zahlen der Todesfälle und der Arbeitsunfähigen mitgeteilt, und sodann wurden fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt.

Während meiner Dienstreisen wurde mir fortgesetzt von leitenden Persönlichkeiten der Betriebe gesagt, daß sie mehr Häftlinge haben wollen.

Anfangs des Krieges bezahlten die Unternehmungen wenig für diese Arbeitskräfte – etwa Mk. 1,–, Mk. 1,20. Später zahlten sie bis zu Mk. 5,00 für gelernte Arbeiter. Unter den zum Arbeitseinsatz gesandten Häftlingen befanden sich

1. nicht-jüdische Häftlinge, die auf Grund ihrer Berufsschulung ausgesucht wurden, und
2. Juden, die nur auf Grund ihrer Arbeitsfähigkeit ausgesucht wurden.

Das Alter der zum Arbeitseinsatz verwendeten Häftlinge war von ungefähr 13 Jahren aufwärts. Häftlinge über 50 Jahre wurden nur selten zum Arbeitseinsatz verwendet, wenn sie besonders kräftig oder besonders geschult waren; sonst wurden sie sofort vernichtet.

Pohl-Prozeß, Dok. NI-034 u. NI-4434, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 477-479.

[341:]

288. Rentabilitätsberechnung der SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an Industriebetriebe

Täglicher Verleihlohn durchschnittlich	RM6,–
abzüglich Bekl. Amort.	RM 0,10
abzüglich Ernährung	<u>RM 0,60</u> <u>RM 0,70</u>
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt.	= 270 × RM
	5,30 = RM 134,–
	1,–

Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen:

1. Zahngold	
2. Kleidung	
3. Wertsachen	
4. Geld	
abzüglich Verbrennungskosten	RM 2,–
durchschnittlicher Nettogewinn	<u>RM 200,–</u>
Gesamtgewinn nach 9 Monaten	<u>RM 1631,–</u>
zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung	

Abgedruckt in: E. Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1974, S. 357-358.

289. Aus dem Schreiben des Abwehrbeauftragten der Ammoniakwerk Merseburg GmbH an die Filmfabrik Wolfen vom 29. Juni 1942 über die Errichtung eines Arbeitserziehungslagers

Auf Anregung des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung¹ errichten wir zur Zeit im Einvernehmen mit der Staatspolizeistelle Halle ein Arbeitserziehungslager, in dem aus dem gesamten Regierungsbezirk Merseburg und darüber hinaus aus dem gesamten Wehrkreis IV arbeitsunwillige Elemente aus den verschiedenen kriegswichtigen Betrieben aufgenommen und zur Arbeit erzogen werden sollen. Das Arbeitserziehungslager, das zur Unterbringung von etwa 160 arbeitsunwilligen Elementen eingerichtet wird, wird in der Nähe unseres Werkes in Spergau zur Zeit gebaut und voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juli in Betrieb genommen.

¹ Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben

[342:]



Oberingenieur Max Faust von der IG Farbindustrie zeigt dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, Industrieanlagen seines Konzerns in Auschwitz-Monowitz.

[343:] *Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Nr. A 5168, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 403.*

290. *Aus dem Protokoll von Walter Dürrfeld, Direktor des Werkes Auschwitz der IG-Farbenindustrie AG, über die Besprechung mit SS-Sturmbannführer Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, am 14. Mai 1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen*¹

Der Kommandant betont seinen Auftrag, den er von dem Reichsführer SS bekommen hat, uns unter allen Umständen Häftlinge bis zur Zahl von 4500 Mann zur Verfügung zu stellen. [...]

In einer eingehenden Unterhaltung über die Qualität der Häftlinge entwickelte ich folgende Bedingungen:

1. Kräftige und arbeitsfähige Häftlinge.
2. Täglich die gleichen Häftlinge zum gleichen Arbeitsplatz.
3. Größere Freizügigkeit im Einsatz der Häftlinge.
4. Ansporn der Häftlinge zu größerer Leistung.

Zu 1. versprach der Kommandant, für eine gute Auswahl der Leute Sorge zu tragen. [...]

Zu 2. versprach er ebenfalls, sein Personal anzuweisen, bei der Einteilung darauf zu achten, daß durch Krankmeldungen, die oft bei schlechtem Wetter außerordentlich zahlreich seien, nicht allzu große Verschiebungen in der Einteilung der Häftlinge entstehen.

Zu 3. Unsere Vorschläge, den gesamten Zaun durch eine Postenkette zu besetzen und die Häftlinge innerhalb des Werkzaunes freizügig arbeiten zu lassen, hält er nur für durchführbar, wenn an den Toren eine scharfe Kontrolle durchgeführt wird. [...]

Zu 4. wurde dem Kommandanten ein Primitiv-Akkordsystem (das scherzhaft genannte FFF-System² vorgeschlagen und um Unterstützung in der Durchführung gebeten.

Archiv des VEB Chemische Werke Buna, Sonderakte Auschwitz, zit. nach: JG-Farben, Auschwitz, Massenmord, S. 42.

¹ Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben

² „Freiheit, Fressen, Frauen“. Das hieß: Bewegungsmöglichkeit innerhalb einer Postenkette auf der Arbeitsstelle und Vortäuschen von Entlassungsmöglichkeiten, geringfügige Verpflegungszulagen für hohe Arbeitsleistungen, Bordellbesuch für gute Antreiberdienste der Kapos.

[344:]

291. *Aus dem Wochenbericht von Max Faust, Oberingenieur des Werkes Auschwitz der IG-Farben-industrie.AG, für die Zeit vom 18. Oktober bis zum 31. Oktober 1943 über die Behandlung der KZ-Häftlinge und der anderen Arbeitskräfte*

Eine Sorge, die von Woche zu Woche brennender wird, bildet die ständig abnehmende Arbeitsmoral auf der Baustelle. [...]

Bedauerlich hierbei ist, daß die Gestapo bei der Behandlung von Fragen der Arbeitsbummelei nicht so prompt arbeitet, wie dies von uns gewünscht wird. So werden z. B. Reklamationen bei der Gestapo wegen Behandlung von uns gemeldeter Arbeitsbummelanten mit dem einfachen Hinweis beantwortet, daß sich die Gestapo nicht drängeln ließe. Diese Tatsache allein zeigt, daß man dort noch nicht erkannt hat, um was es geht.

Bezüglich der Behandlung der Häftlinge habe ich zwar stets dagegen opponiert, daß Häftlinge auf der Baustelle erschossen oder halbtot geschlagen werden. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Züchtigung in gemäßigten Formen unbedingt notwendig ist, um die nötige Disziplin unter den Häftlingen zu wahren. Es geht nicht an, daß ein Häftling einem Meister nachruft: „Dich werden wir auch noch von Deinem Fahrrad herunterholen.“

Dasselbe gilt auch für einen Teil Polen und Ukrainer. Es war von jeher üblich, daß ein energischer und tatkräftiger deutscher Polier auf der Baustelle auch einmal handgreiflich wurde, und es hat Zeiten gegeben, in denen es der jugendliche Geselle dem Meister durchaus nicht übelnahm, wenn er für eine Dummheit, die er gemacht hatte, eine Backpfeife bekam.

Archiv des VEB Chemische Werke Buna, Schkopau, Sonderakte Auschwitz, zit. nach: IG-Farben, Auschwitz, Massensmord, S. 30.

292. *Aus dem Bericht des ehemaligen KZ-Häftlings M. Moulis über die Solidarität der Häftlinge im KZ Buchenwald*

Schon in den Wochen und Monaten, als das Lager in einem höllischen Tempo aufgebaut wurde, empfangen wir die ersten Zeichen kameradschaftlicher Solidarität. Wenn ein Stärkerer beobachtete, daß ein Kamerad vor Erschöpfung zusammenzubrechen drohte, versuchte er sofort, zumindest für eine Weile, seine Arbeit zu übernehmen. Oft kam es vor, daß die Menschen an den Wagen der [345:] Feldbahn nicht den ununterbrochenen Laufschrift aushalten konnten. Zusammenbrechen bedeutete gewöhnlich Tod. Auf die niedersinkenden Häftlinge stürzten sich sofort die SS-Männer und schlugen sie zusammen. In solchen kritischen Augenblicken ließen die Kühnsten gewandt den Wagen entgleisen. Sie mußten ihn zwar unter Flüchen und Schlägen wieder auf die Gleise bekommen und aufladen, jedoch der Transport war auf 10 Minuten unterbrochen und 50 oder 100 Häftlinge konnten aufatmen. Der SS-Aufseher konnte nicht überall sein, besonders nicht, wenn sich z. B. unendliche Karawanen mit Tragen, auf denen Steine oder Lehm transportiert wurden, auf kilometerlangen Entfernungen bewegten. Dort, wo sich Aufseher zeigten, herrschte „Tempo“. Sobald sie sich verzogen, wurde „mit den Augen“ gearbeitet. Die Kolonne oder einzelne Häftlinge richteten sich auf, standen und schauten aufmerksam in der Gegend herum. Erklang irgendwoher das Wort „Achtzehn“¹, entstand wieder „Bewegung“.

Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, Berlin 1961, S. 339.

293. *Aus der Aussage eines ehemaligen KZ-Häftlings im 2. Treblinka-Prozeß über seine Erlebnisse bei der Ankunft im Massenvernichtungslager Treblinka*

(Als der Zug) in Treblinka ankam, erinnere ich mich, große Haufen aufgestapelter Kleider gesehen zu haben. Nunmehr mußten wir befürchten, daß die Gerüchte wirklich wahr waren. [...]

Der Transport fand in Güterwagen statt. Die Güterwagen waren sehr überfüllt. Wir hatten etwas zum Essen mitnehmen können, aber wir bekamen nichts zu trinken und das war das Schlimme. Als der

¹ Tarnwort für „Achtung“

Zug in Treblinka ankam, waren eine ganze Reihe von Menschen bereits vor Erschöpfung gestorben., [...] Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Schlimme bei diesem Transport ja auch der Mangel an Luft war. Es gab nur ein kleines, vergittertes Fenster und es gab keine sanitären Einrichtungen. Jeder wird sich vorstellen können, was das bedeutete.

Ich erinnere mich dann an das schreckliche Durcheinander, als in Treblinka die Türen aufgerissen wurden. Von den Ukrainern und Deutschen wurde gerufen, „aussteigen, raus“. Auch die Angehörigen [346:] der sogenannten Roten Jüdischen Kommandos¹ riefen und schrien. Dann fingen auch die ankommenden Menschen an zu schreien und zu klagen. Ich erinnere mich dann noch, daß mit Peitschen auf uns eingeschlagen wurde. Dann hieß es „Männer rechts und Frauen links und ausziehen“. Meine kleine Tochter war bei mir und lief dann zu der Mutter, als wir getrennt wurden. Ich habe beide nicht wieder gesehen und konnte mich nicht einmal von ihnen verabschieden. [...]

Um bei den Angekommenen den Eindruck zu bestärken, daß es sich bei Treblinka lediglich um einen Umsteigebahnhof für den Weitertransport zur Arbeit im Osten handele, waren auf dem Bahnsteig oder in dessen unmittelbarer Nähe große Schilder in deutscher und polnischer Sprache aufgestellt, auf denen es sinngemäß hieß:

Achtung Warschauer Juden!

Ihr befindet Euch hier in einem Durchgangslager, von dem aus der Weitertransport in Arbeitslager erfolgen wird.

Zur Verhütung von Seuchen sind sowohl Kleider als auch Gepäckstücke zum Desinfizieren abzugeben.

Gold, Geld, Devisen und Schmuck sind gegen Quittung der Kasse zu übergeben. Sie werden später gegen Vorlage der Quittungen wieder ausgehändigt.

Zur Körperreinigung haben sich alle Ankommenden vor dem Weitertransport zu baden.

Außerdem hielt – zumindest in der ersten Zeit der Massentötungen – oftmals ein Angehöriger des deutschen Lagerpersonals eine Ansprache an die auf dem Bahnhofsvorplatz versammelten Menschen, in der er sinngemäß das gleiche ausführte, was auf den Schildern stand. Darüber hinaus forderte er alte, kranke, gebrechliche oder aus sonstigen Gründen nicht mehr gehfähige Personen auf, sich notfalls mit Hilfe von Angehörigen des jüdischen Arbeitskommandos zum Lazarett zu begeben, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil werden würde. Im Vertrauen auf diese Erklärung meldeten sich nach der Ankunft jeden Transportes zahlreiche Personen für eine Behandlung im Lazarett. Sobald diese Menschen jedoch dort angekommen waren, mußten sie sich nackt ausziehen. Sie wurden entweder nebeneinander auf den sich an der Längsseite der Grube entlang ziehenden Erdwall gesetzt oder aber an den Rand der Grube gelegt und dann durch die im Lazarett dienstuenden Wachmannschaften erschossen. [...] Die auf dem Erdwall nebeneinander sitzenden Opfer hatten ihr Gesicht der Grube zugewandt und mußten so noch [347:] vor ihrer Tötung mit ansehen, wie die Leichen der vorangegangenen Opfer in der Grube brannten und schwelten. Die Erschießungen im Lazarett wurden durchweg von den deutschen Unterführern vorgenommen.

Abgedruckt in: NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo, hrsg. v. A. Rückert, München 1977, S. 218-219.

¹ Arbeitskommandos

[348:]

V. Nachkriegsplanungen des deutschen Großkapitals

„Ein sehr wirksames Mittel, die europäischen Völker auf die Notwendigkeiten der künftigen Neuordnung vorzubereiten, besteht jetzt schon in der entsprechenden Auswertung der Besorgnisse, die in allen Ländern der Gedanke an ein Vordringen des Bolschewismus nach Europa hinein auslöst.“

Außenminister Joachim Ribbentrop am 5.4.1943

„Von nun an müsse die deutsche Industrie erkennen, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne ... Jeder Industrielle müsse Kontakte und Verbindungen zu ausländischen Firmen aufnehmen ...“

Bericht über ein Industriellentreffen am 7.11.1944

294. Aus den Richtlinien des Außenministers Joachim von Ribbentrop vom 5. April 1943 für die Arbeit des „Europa-Ausschusses“

1. Hauptaufgabe des Ausschusses ist in der gegenwärtigen Phase des Krieges die Sammlung von Material und die Vorbereitung von Unterlagen für die bei Kriegsende zu treffenden Regelungen der europäischen Neuordnung. [...]

Es ist davon auszugehen, daß in Zukunft zwischen dem Großdeutschen Reich und den einzelnen europäischen Ländern Bindungen teils engerer, teils loserer Art herzustellen sein werden, die sich einer schematischen Formel entziehen. Für jedes einzelne Land und Volk wird hier zu gegebener Zeit eine besondere Entscheidung zu treffen sein. Feststehend ist jedoch schon heute, daß das künftige Europa nur bei einer voll durchgesetzter Vormachtstellung des Großdeutschen Reiches Bestand haben kann. Die Sicherung dieser Vormachtstellung ist demnach als der Kern der künftigen Neuordnung anzusehen. [...]

2. Für die propagandistische Behandlung der Europa-Frage muß es vorerst noch sein Bewenden dabei haben, daß wir in allgemeiner Formulierung bei sich bietenden Anlässen zum Ausdruck bringen, unser Ziel sei die Schaffung einer gerechten Neuordnung, die den europäischen Völkern eine gesicherte Existenz in enger wirtschaftlicher und kultureller Verbundenheit und unter Ausschaltung fremder Bevormundung ermöglichen werde. [...]

[349:] 3. Ein sehr wirksames Mittel, die europäischen Völker auf die Notwendigkeiten der künftigen Neuordnung vorzubereiten, besteht jetzt schon in der entsprechenden Auswertung der Besorgnisse, die in allen Ländern der Gedanke an ein Vordringen des Bolschewismus nach Europa hinein auslöst. Je deutlicher sich die sowjetrussische Absicht abzeichnet, im Falle eines Sieges der Alliierten in Europa nur noch Regierungen zuzulassen, die Moskau genehm und mithin bolschewistisch sind, und je mehr die Erkenntnis sich durchsetzt, daß nur die deutsche Wehrmacht diese Gefahr abwenden kann, um so rascher wird in allen Ländern das Verständnis für die Erfordernisse einer europäischen Neuordnung wachsen, die vor allem bestimmt sein muß, auch für die Zukunft, der Wiederkehr einer solchen Gefahrenlage vorzubeugen.

ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5842, Bl. 689 f. zit. nach: Anatomie der Aggression, S. 183-184.

295. Aus der Notiz des Gesandten Cecil von Renthe-Fink vom 16. November 1943

Am 25. November jährt sich zum siebenten Mal der Gründungstag des Antikominternpaktes, in dem sich die Mehrzahl der europäischen Nationen zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Bolschewismus zusammengeschlossen hat. [...]

Ich gestatte mir, einige Anregungen zu geben, die hierbei Verwendung finden könnten:

1. Anknüpfend an die Feststellung, daß Europa von den Angelsachsen nichts zu erwarten und von den Bolschewisten alles zu befürchten hat, könnte erklärt werden, daß Deutschland nicht nur die Beseitigung der bolschewistischen Gefahr, sondern auch die Einigung Europas, die den Völkern des Kontinents ihre freie Entfaltung, Sicherheit und Wohlfahrt gewährleistet, auf seine Fahnen geschrieben hat.

2. Es würde auszuführen sein, daß Europa inmitten einer Welt von Großreichen und kontinentalen Zusammenschlüssen in seiner Eigenart und Eigenkraft [sich] nicht behaupten könne, wenn es in

antagonistische und in sich abschließende Nationen zerspalten bliebe. [...] Deutschlands Gegner wollten Europa balkanisieren und schwach halten, um ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen, Deutschland wünsche ein befriedetes und starkes Europa. Wenn der [350:] Sieg errungen sei, müßten sich die europäischen Staaten zu einer festen Gemeinschaft zusammenschließen. [...]

3. Die von Deutschland angestrebte Gemeinschaft der europäischen Völker unterscheide sich wesentlich von der von England und Amerika geplanten Weltorganisation. In letzterer würden die kleineren europäischen Staaten der Willkür der außereuropäischen Großmächte schutzlos preisgegeben sein. Die Moskauer Konferenz zeige ja, wie England und Amerika sich anmaßen, die Geschicke des Kontinents über den Kopf der europäischen Nationen hinweg zusammen mit der Sowjetunion, dem Todfeind Europas, zu entscheiden. Deutschland stehe auf dem Standpunkt, daß die europäischen Angelegenheiten von den europäischen Völkern selbst zu regeln seien [...]

4. Es sei verfrüht, ein Programm in allen Einzelheiten zu entwerfen, aber man könne doch schon so viel sagen, daß die Zielsetzung der europäischen Staatengemeinschaft folgende Aufgaben umfassen müsse:

- a) Verteidigung Europas gegen Angriffe von außen,
- b) Kampf gegen den Kommunismus und Abwehr der Versuche raumfremder Mächte, sich in innereuropäische Angelegenheiten einzumischen,
- c) enger wirtschaftlicher Zusammenschluß.

5. Auf wirtschaftlichem Gebiet könnten die Völker Europas niemals auf eine uneigennützigte Hilfe Englands und Amerikas rechnen. In beiden Ländern würden in steigendem Maße Pläne und Resolutionen veröffentlicht, die sich mit der wirtschaftlichen Organisation der Welt nach dem Krieg befassen. Dabei werde ohne jede Mitwirkung der europäischen Völker stets insbesondere die wirtschaftliche Neuordnung Europas behandelt (Keynes-Plan, Morgenthau-White-Plan, Landwirtschaftskonferenz in Hot Springs, Hilfskomitee der Vereinten Nationen). [...] Europa müsse [sich] in Erkenntnis dieser Absicht von raumfremden wirtschaftlichen Einflüssen freimachen und alle seine Hilfsquellen durch gemeinschaftliche Wirtschafts- und Energieplanung pflegen und entwickeln. Eines der wichtigsten Ziele sei die Herstellung der wirtschaftlichen Freiheit, d. h. die Fähigkeit, sich aus eigenem Gebiet und mit allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Kriegsfall selbst zu versorgen.

ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5582, Bl. D 514424 ff., zit. nach: *Anatomie der Aggression*, S. 219-221.

[351:]

296. Aus dem Bericht eines amerikanischen Geheimagenten an das State Department vom 7. November 1944 über das Treffen deutscher Industrieller in Strasbourg

1. Ein Treffen der wichtigsten deutschen Industriellen, die in Frankreich Interessen haben, fand am 10. August 1944 im Hotel Rotes Haus in Strasbourg (Frankreich) statt. Anwesend waren unter anderem:

Dr. Scheid, der den Vorsitz führte, SS-Obergruppenführer und Direktor der Hese (Hermansdorff & Sehenburg Gesellschaft)

Dr. Kaspar, der Krupp vertrat,

Dr. Tolle, der Röchling vertrat,

Dr. Ellenmayer und Kandos, die die Volkswagenwerke vertraten,

Dr. Sinceren, der Messerschmitt vertrat,

Dr. Kopp, Vier und Berwanger, die Rheinmetall vertraten,

Hauptmann Haberkorn und Dr. Ruhe, die Büssing vertraten,

die Ingenieure Drose, Yanchew und Koppshiem, die verschiedene Fabriken in Posen (Polen) vertraten (Drose, Yanchew & Co, Brown-Boveri, Herkuleswerke, Boschwerke und Stadtwerke),

Hauptmann Dornbusch, Leiter der Rüstungsinspektion Posen,

Dr. Meyer, Vertreter der deutschen Seekriegsleitung in Paris,

Dr. Strassner, Vertreter des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion in Paris.

2. Dr. Scheid stellte fest, daß das gesamte Industriematerial sofort nach Deutschland verlagert werden müsse. Die Schlacht um Frankreich sei für Deutschland verloren gegangen. Die Verteidigung des Westwalls sei jetzt das Hauptproblem. Von nun an müsse die deutsche Industrie erkennen, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne und daß Schritte für die Vorbereitung einer Nachkriegskampagne unternommen werden müssen. Jeder Industrielle müsse Kontakte und Verbindungen zu ausländischen Firmen aufnehmen, doch müsse das individuell geschehen, ohne Verdacht zu erregen. Außerdem müsse der Boden finanziell vorbereitet werden, um nach dem Kriege beträchtliche Summen aus dem Ausland zu entleihen. Als Beispiele für die Art der Durchdringung, die sich in der Vergangenheit als sehr nützlich erwiesen hat, wertete Dr. Scheid die Tatsache, daß Patente für nicht-rostenden Stahl gemeinsam der Chemical Foundation Inc., New York, und dem deutschen Krupp-Konzern gehören, daß die United States Steel Corp., Carnegie Illinois, American Steel & Wire, National Tube usw. dadurch verpflichtet wären, mit dem Krupp-Konzern zusammenzuarbeiten. Er [352:] erwähnte auch Zeiss, Leica und die Harnburg-Amerika-Linie als Firmen, die besonders wirksam deutsche Interessen im Ausland vertreten hätten [...]

3. Nach dieser Sitzung fand eine zweite statt, die von Dr. Bosse vom Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion geleitet wurde und an der nur Vertreter von Heco, Krupp und Röchling teilnahmen. In der zweiten Sitzung wurde festgestellt, daß der Krieg praktisch verloren sei, aber daß er fortgesetzt werden solle, bis eine Garantie der Einheit Deutschlands erlangt werde, Deutschlands Industrielle, so wurde gesagt, müßten durch ihre Exporte die Stärke Deutschlands vergrößern.

Sie müßten sich ebenfalls darauf vorbereiten, die Naziartei zu finanzieren, wenn sie in Gebirgsverteidigungsstellungen gehen müsse. Von nun an werde die Regierung den Industriellen große Summen zuweisen, so daß jeder sich eine sichere Nachkriegsbasis im Ausland schaffen könne. Die bestehenden Finanzreserven im Ausland müßten zur Verfügung der Partei gehalten werden, so daß ein starkes deutsches Reich nach der Niederlage geschaffen werden könne. [...]

4. Die Sitzungen scheinen anzudeuten, daß das Verbot, Kapital zu exportieren, das bisher strikt befolgt worden war, nun völlig zurückgezogen worden ist und an seine Stelle eine neue Nazipolitik getreten ist, die die Industriellen mit Regierungsunterstützung so viel Kapital als möglich ins Ausland exportieren läßt. Bisher wurde Kapital deutscher Industrieller ins neutrale Ausland heimlich und durch besondere Beziehungen exportiert. Nun stellt sich die Naziartei hinter die Industriellen und drängt sie, damit sie sich selbst retten, ihr Kapital im Ausland anzulegen, womit die Partei gleichzeitig ihre Pläne für ihre Nachkriegsoperationen fördert. Die Freiheit, die den Industriellen gegeben worden ist, zementiert ihre Beziehungen zur Partei weiter, indem sie ihr eine Art Schutz gewährt.

Wiedergegeben nach: Der zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgew. u. eingel. v. G. Förster u. O. Groehler, Berlin 1972, S. 283-285.

297. Aus dem Bulletin des USA-Außenministeriums vom 30. März 1945 über Nachkriegspläne des deutschen Großkapitals

Zuverlässige Informationen, von den Alliierten Regierungen zusammengetragen, weisen deutlich darauf hin, daß die deutsche Nazi-[353:]Regierung wohldurchdachte Nachkriegspläne für das Weiterbestehen der nazistischen Ideologie und Herrschaft entwickelt hat. [...] Das Verbot, Kapital aus Deutschland zu exportieren, wurde vor einigen Monaten zurückgezogen und hat zu einem beträchtlichen Kapitalstrom ins Ausland geführt.

Mitglieder der Nazi-Partei, deutsche Industrielle und deutsche Militärs, die erkannt haben, daß ein Sieg unerreichbar geworden ist, entwickeln jetzt geschäftliche Pläne für die Nachkriegszeit, bemühen

sich, Freundschaften mit ausländischen Geschäftskreisen zu erneuern und zu festigen und arbeiten auf die Erneuerung der Vorkriegskartellvereinbarungen hin. Bald nach Kriegsende werden Stroh-
männer bei den Gerichtshöfen verschiedener Länder gegen die „ungesetzliche“ Beschlagnahme von
Industriebetrieben und anderem von den Alliierten Regierungen bei Ausbruch des Krieges übernom-
menen Eigentum Berufung einlegen. Wo diese Methode versagt, wird die deutsche Seite sich um
Rückkäufe über Tarnunternehmungen bemühen, die den notwendigen staatsbürgerlichen Anforde-
rungen genügen. Das Ziel wird in jedem einzelnen Fall die Wiederherstellung der deutschen Ober-
aufsicht zum frühestmöglichen Zeitpunkt sein. [...]

Deutsche Techniker, Kulturexperten und Geheimagenten besitzen gutausgearbeitete Pläne, in fremde
Länder einzudringen, um wirtschaftliche, kulturelle und politische Verbindungen zu entwickeln.
Deutsche Techniker und wissenschaftliche Forschungsexperten werden Industriefirmen und techni-
sche Schulen im Ausland preisgünstig zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Regierung befindet sich im Besitz mehrerer Bände, angefüllt mit deutschen Plänen zu diesem
Thema. Das deutsche Propagandaprogramm soll einen Bestandteil des umfassenden Nachkriegsprog-
ramms bilden. Die unmittelbare Absicht des Propagandaprogramms wird in der Beseitigung allii-
ter Kontrollmaßnahmen bestehen, indem die Alliierten geschickt um eine „gerechte Behandlung“ der
Deutschen ersucht und so „aufgeweicht“ werden sollen; das Programm wird später erweitert und
verschärft werden mit dem Ziel, den Nazilehren zur Wiedergeburt zu verhelfen und das deutsche
Streben nach der Weltherrschaft zu fördern. Wenn diesen Plänen nicht Einhalt geboten wird, werden
sie eine dauernde Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Nachkriegswelt darstellen.

Bulletin des Departement of State, Washington D. C, 30. März 1945, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 490-491.

[354:]

298. Bilanz des 2. Weltkrieges

Kriegsausgaben und Kriegsschäden ca. 1350 Mrd. Dollar.

Die Kriegsausgaben in Deutschland betrugen fast so viel wie das gesamte Volkseinkommen in den
letzten 11 Jahren vor dem Krieg. Der ehemalige Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk be-
zifferte die deutschen Kriegsausgaben auf 683 Mrd. RM.

21.000.000 Menschen verloren durch Bombardements ihr Heim und ihr Gut

45.000.000 Menschen wurden evakuiert, eingesperrt, deportiert und aus ihrem Geburtsort entfernt

2.429.475 t Bomben wurden auf Europa abgeworfen

Menschenverluste insgesamt	54.800.000
davon Tote an den Fronten	27.000.000
d. h. 24 Prozent aller zum Kriegsdienst einberufenen Soldaten wurden getötet	

getötete Zivilpersonen	24.500.000

Verwundete	90.000.000

In den einzelnen Ländern sind an Toten zu beklagen:

Sowjetunion	20.300.000

Asiatische Staaten (insbesondere Japan)	13.600.000

Polen und Balkanländer	9.010.000

Deutschland	6.600.000

Westliche Länder	1.300.000

Italien und Österreich	750.000

USA	229.000

VermiBte	<u>3.000.000</u>

Menschenverluste insgesamt	54.789.000

Nach: Laschitza/Vietzke, S. 232.

299. Befehl Adolf Hitlers vom 19. März 1945 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes

Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern. Alle Möglichkeiten, der Schlagkraft des Feindes unmittelbar oder mittelbar den nachhaltigsten Schaden zuzufügen, müssen ausge-[355:]nutzt werden. Es ist ein Irrtum zu glauben, nicht zerstörte oder kurzfristig gelähmte Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen bei der Rückgewinnung verlorener Gebiete für eigene Zwecke wieder in Betrieb nehmen zu können. Der Feind wird bei seinem Rückzug uns nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen. Ich befehle daher:

1) Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.

2) Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörung sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte einschl[ießlich] der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen, die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstige Sachwerte; den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten.

3) Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben, entgegenstehende Weisungen sind ungültig.

Dok. Speer – 25, IMG, Bd. XLI, S. 430-431.

300. Ansprache und Schwur in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache auf der Trauerkundgebung des Lagers Buchenwald am 19. April 1945

Kameraden!

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazibestie und ihren Helfershelfern ermordeten

51.000 Gefangenen!

51.000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt –

51.000 Väter – Brüder – Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das antifaschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an!

Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialität, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.

[356:] Wenn uns einsam Leben hielt, dann war es der Gedanke:

Es kommt der Tag der Rache!

Heute sind wir frei!

Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpften.

Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiatoren des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt

F. D. Roosevelt.¹

Ehre seinem Andenken!,

¹ Präsident Roosevelt verstarb wenige Tage zuvor, am 14. April 1945.

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und · Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht –

Der Sieg muß unser sein!

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen!

Noch leben die Mörder unserer Kameraden!

Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: Wir schwören!

Abgedruckt in: Buchenwald, S. 587-588.

[357:]



[358:]

Verzeichnis der Dokumente (in Stichworten)

- 1 Hitlers erster Besuch bei der DAP am 12.9.1919
- 2 Richtlinien der DAP
- 3 Broschüre des Gründers ~er DAP, Drexler, von 1919
- 4 Programm der NSDAP
- 5 Brief von Hauptmann Mayr an Kapp vom 24. 9. 1920 über die NSDAP
- 6 Feders Erläuterungen zum Punkt 11 des NSDAP-Programms: Brechung der Zinsknechtschaft
- 7 Feders Erläuterungen zum NSDAP-Programm: Anerkennung des Privateigentums
- 8 Denkschrift Hitlers vom 22.10.1922 für Industrielle
- 9 Erinnerungen von Eduard Stadtler, Organisator der „Antibolschewistischen Liga“
- 10 Eduard Stadtler über die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
- 11 Zeugenbericht über die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts
- 12 Autobiographischer Bericht von Rudolf Höß über die Freikorps und die Fememorde
- 13 Denkschrift der Kriegsmarine über die Verbindung zwischen den „Vaterländischen Vereinen“, leitenden Reichswehroffizieren und Wirtschaftskreisen
- 14 Schreiben der Mitteldt. Creditbank an Kapp vom 8.1.1920
- 15 Brief von Hugo Stinnes an Otto Geßler vom 23.1.1920
- 16 Richtlinie Nr. 9 für die Führer der Einwohnerwehren und sonstigen nationalistischen Verbände zur Vorbereitung des Kapp-Putsches (Febr. 1920).
- 17 Besprechung im Reichswehrministerium 12./13.3.1920
- 18 Aufruf des ADGB und AfA-Bundes zum Generalstreik vom 13.3.1920
- 19 Aufruf der DVP vom 13.3.1920
- 20 Erinnerungen Buchruckers über die „Schwarze Reichswehr“
- 21 Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner (SPD) vom 17.10.1923 über die „Schwarze Reichswehr“

[359:]

- 22 Quidde-Denkschrift zur Finanzierung der „Schwarzen Reichswehr“ durch die Industrie
- 23 Hugo Stinnes über seine Vorstellungen zur Ausbeutung der Arbeiter (Okt. 1922)
- 24 Telegramm des amerikanischen Botschafters an seine Regierung über eine Unterredung mit Hugo Stinnes vom 21.9.1923
- 25 Regierungsprogramm des Reichswehrchefs General von Seeckt Mitte Okt. 1923
- 26 Erinnerungen von Fritz Thyssen über den Hitlerputsch 1923
- 27 Hitler 1924 über die Ziele des Putsches von 1923
- 28 Rede Hitlers vor den Mitgliedern des „Hamburger Nationalklubs von 1919“ am 28.2.1926
- 29 Schreiben von Rudolf Heß vom 30.3.1927 über Hitlers Vorträge vor Industriellen 1926
- 30 Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dez. 1925

- 31 Brief Stresemanns vom 7.9.1925 über die Ziele der deutschen Außenpolitik
- 32 Geheime Denkschrift des Truppenamtes vom März 1926
- 33 Aktennotiz über die Ministerbesprechung am 19.12.1924 betr. Verfassungsreform
- 34 Gründungsauf Ruf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ vom 6.1.1928
- 35 Vorträge von Albert Vögler und Karl Dunkmann am 24.5.1925 über die Notwendigkeit der Spaltung der Arbeiterbewegung
- 36 Rede des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg am 4.9.1926
- 37 Ausführungen Silverbergs am 18.11.1927 zum Thema: „Unternehmer und Gewerkschaften“
- 38 Bruttosozialprodukt und Index der industriellen Produktion 1928-1932
- 39 Industrieproduktion 1929-1932
- 40 Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Güterproduktion in Industrie und Landwirtschaft
- 41 Export 1929-1932
- [360:]
- 42 Dividendenentwicklung großer Aktiengesellschaften 1924 bis 1933
- 43 Statistik zur wirtschaftlichen Lage der IG-Farben 1928-1933
- 44 Denkschrift. des RDI „Aufstieg oder Niedergang“ vom 7.12.1929
- 45 Diskussionsbeitrag des sächsischen Industriellen Willy Wittke auf der Mitgliederversammlung des RDI am 12.12.1929
- 46 Artikel in der Bergwerks-Zeitung vom 9.1.1930 über den Versuch Duisbergs zur Neubelebung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft
- 47 Jahresbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1929
- 48 Eingabe des Reichsverbandes der Automobilindustrie an Papen vom 16.8.1932 über die militärische Bedeutung der Kraftwagenindustrie
- 49 Regierungserklärung Brünings vom 1.4.1930
- 50 Memoiren Brünings über seine Verhandlungen mit Hitler am 6.10.1930
- 51 Rundfunkrede Duisbergs Ende Oktober 1930 zum Thema „Der Weg aus der Krise“
- 52 Rede Duisbergs am 23.6.1931
- 53 Vertrauliche Aktennotiz von Otto Steinbrinck für Friedrich Flick vom 5.10.1931 über die Bildung der Harzburger Front
- 54 Entschließung der Harzburger Front vom 11.10.1931
- 55 Rede Schachts in Harzburg
- 56 „Veltenbrief“ vom 2.12.1930 über die Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD
- 57 Niederschrift des Journalisten Karl Brammer über ein „Gespräch mit einer dem Reichskanzler nahestehenden Persönlichkeit“ vom 25.9.1931
- 58 Rede von Rudolf Breitscheid am 16.12.1931
- 59 Artikel in der Gewerkschafts-Zeitung vom Januar 1931 über die Tolerierungspolitik der SPD
- 60 „Veltenbrief“ vom 6.5.1932 über die geplante Auflösung der Regierung Brüning
- 61 Regierungserklärung Papens vom 4.6.1932

[361:]

62 Aide-memoire des RDI zur deutschen Wirtschaftspolitik für eine Besprechung mit dem Reichskanzler am 24.6.1932

63 Erinnerungen Carl Severings an die Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 16.7.1932 (vor dem Preußen-Staatsstreich)

64 Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20.7.1932

65 Aufruf gewerkschaftlicher Spitzenkörperschaften vom 20. Juli 1932

66 Tagebucheintragung von Goebbels vom 20./21.7.1932

67 Artikel in der „Internationalen Gewerkschafts-Presse-Korrespondenz“ über die Septembernotverordnungen Papens

68 Bericht George Gordons vom 23.9.1930 über die Finanzierung Hitlers durch Industrielle

69 Antworten von Seeckt, Schacht und Oldenburg-Januschau auf die Weihnachtsumfrage der DAZ 1930: „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?“

70 Erinnerungen Schachts an seine erste Begegnung mit Göring und Hitler 1930/31

71 Eingabe der „Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt am Main“ vom 27.7.1931 an den Reichspräsidenten

72 Vortrag von Karl Friedrich von Siemens in den USA am 27.10.1931 über Hitler und die NSDAP

73 Schreiben Otto Steinbrincks an Hitlers Wirtschaftsberater Funk vom 11.12.1931

74 Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung 1913-1932

75 Senkung der Tariflöhne vom 1.12.1931 bis 1.1.1932

76 Nettolöhne und Existenzminimum 1928-1932

77 Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 1928-1932

78 Durchschnittliche Unterstützungssätze für Arbeitslose 1932

79 Mieten und Preise während der Weltwirtschaftskrise

80 Konkurse in Deutschland 1928-1932

81 Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe 1931 und 1932

82 Rede Hitlers vor dem „Hamburger Nationalklub von 1919“ am 28. 2. 1926 (zum „Deutschen Sozialismus“)

83 Artikel Rosenbergs „Nationaler Sozialismus?“ vom 1.2.1927

[362:]

84 Stellungnahme Gregor Strassers zu Rosenbergs Artikel vom 15.2.1927

85 Artikel von Joseph Goebbels „Unser Sozialismus“ vom 22.4.1931

86 Artikel „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“ in den „Deutschen Führerbriefen“, September 1932

87 Leitartikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7.3.1932

88 Plakat der NSDAP von 1928 für den Mittelstand

89 Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 3.11.1932

90 Hitler über die Funktion des Antisemitismus

- 91 Aufruf Hitlers 1932 „Die deutsche Ernte in Gefahr“
- 92 Rede Hitlers vom Juli 1932
- 93 Schreiben Schachts an Hitler vom 29. 8. 1932 mit dem Rat, kein detailliertes Wirtschaftsprogramm zu bringen
- 94 Brief eines unbekannten Verfassers vom 7.1.1932 über die Funktion des Sozialismus-Begriffes für die NSDAP
- 95 Schreiben Tilo von Wilmowskys an Paul Reusch vom 27.6.1932
- 96 Menschenverachtung als oberstes Gebot faschistischer Propaganda
- 97 Berufliche Gliederung der 73 Gauleiter der NSDAP 1925-1932/33
- 98 Aufschlüsselung der Reichstagsmandate der NSDAP von 1930 nach Berufsgruppen
- 99 Vergleich der Sozialgliederung der NSDAP und der Gesellschaft 1930
- 100 Sozialstruktur der NSDAP 1930 u. 1933
- 101 Schreiben Albert Vöglers an Jacob Herle von Ende Juni 1930 über die Broschüre Hans Reupkes: „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“
- 102 Denkschrift für Paul Reusch vom 12.7.1930 über Reupkes Broschüre
- 103 Sonderabdruck in der „Wirtschaftszeitung“ vom 13.2.1931 über Reupkes Schrift „Nationalsozialismus und Wirtschaft“
- 104 Artikel in den „Deutschen Führerbriefen“ vom 6.2.1931
- 105 Schreiben Hermann Büchers an Paul Reusch vom 24.6.1931
- [363:]
- 106 Schreiben Schachts an Paul Reusch vom 18.3.1932 mit dem Vorschlag der Konstituierung einer „Arbeitsstelle“
- 107 Schreiben Schachts an Hitler vom 12.4.1932 mit der Ankündigung der Einrichtung einer „Arbeitsstelle“
- 108 Eidesstattliche Erklärung Wilhelm Keppers über Gründung, Zweck und Mitglieder des „Kepper-Kreises“
- 109 Schreiben von Paul Reusch an Jacob Herle vom 22.9.1932 zum „Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP“
- 110 Broschüre der IG-Farben „25 Jahre bei den Leuna-Werken“ über die Entwicklung von synthetischem Benzin und das Treffen zwischen den Konzernmanagern Bütetisch und Gattineau mit Hitler im Sommer 1932
- 111 Der Reichsverband der Deutschen Industrie zu „Marxismus“, „Bolschewismus“, „Parteiwirtschaft“
- 112 Carl Duisberg zur „Parteiherrschaft“, gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderungen und gegen die „Monopolmachtstellung“ der Gewerkschaften
- 113 Großindustrielle zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung
- 114 Der RDI zum Führerprinzip und zur „Autorität der Persönlichkeit“
- 115 Großindustrielle gegen Parlamentarismus und Demokratie, für den „Starken Staat“
- 116 Vortrag „Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik“ von Max Hahn vom 23.10.1931
- 117 Hitlers geheime Broschüre für Industrielle 1927

- 118 Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 27.1.1932
- 119 Wahlen zum Reichstag 1930-1932
- 120 Artikel „Jena oder Sedan“ in den „Deutschen Führerbriefen“ vom 4.11.1932
- 121 Schreiben von Fritz Thyssen an Max Schlenker vom 11.11.1932 über Hitlers Einsetzung als Reichskanzler
- 122 Schreiben Schachts an Hitler vom 12.11.1932
- 123 Schreiben Wilhelm Kepplers an Kurt von Schröder vom 13.11.1932
- 124 Eingabe führender Großindustrieller, Bankiers und Großlandwirte an den Reichspräsidenten vom 19.11.1932 mit der [364:] Forderung nach sofortiger Übertragung der Kanzlerschaft an Hitler
- 125 Information vom 26.11.1932 über die Tagung des Langnamvereins
- 126 Aufzeichnung des Botschafters a. D. Ott über die Studie der Reichswehrführung von Ende November 1932
- 127 Schreiben von Paul Reusch an Rudolf Körner vom 8.1.1933 mit der Information, Schleicher wolle Gregor Strasser die Vizekanzlerschaft übertragen
- 128 Eidesstattliche Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über das Treffen Hitlers mit Papen am 4.1.1933
- 129 Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30.1.1933
- 130 Aufruf des Parteivorstandes der SPD vom 31.1.1933
- 131 Rede Hitlers vor Industriellen am 20.2.1933
- 132 Schreiben Krupps an Hitler vom 24.3.1933
- 133 Protokoll der 1. Kabinettsitzung am 30.1.1933
- 134 Ansprache Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3.2.1933
- 135 Meldung des „Preußischen Pressedienstes“ vom 28.2.1933 über den Reichstagsbrand
- 136 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933
- 137 Schlußrede Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß am 16.12.1933
- 138 Verordnung vom 21.3.1933 „Zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“
- 139 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 23.3.1933
- 140 Schreiben von Roland Brauweiler vom 31.3.1933 über die Liquidierung der Gewerkschaften
- 141 Beschluß des Bundesausschusses des ADGB vom 19.4.1933
- 142 Rundschreiben Robert Leys über die Zerschlagung der Gewerkschaften vom 21.4.1933
- 143 Rede Hitlers am 1. Mai 1933
- 144 Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 17.5.1933 über die Einlieferung führender badischer Sozialdemokraten in ein Konzentrationslager
- [365:]
- 145 Erinnerungen von Max Seydewitz über die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann im Juni 1933
- 146 Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933

- 147 Erlaß des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 9.8.1933 über die Relegation fortschrittlicher Studenten
- 148 Bericht der Preußischen Gestapo vom 22.6.1936 über die Verhaftung Carl von Ossietzkys 1933
- 149 Bericht des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes über seine letzte Begegnung mit Carl von Ossietzky im KZ Esterwegen
- 150 Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 21.3.1933 über die Einrichtung des ersten Konzentrationslagers
- 151 Bericht der Zentralstaatsanwaltschaft vom 21.6.1934 über die Mißhandlung von Häftlingen im KZ „Vulkanwerft“
- 152 Denkschrift des Reichswirtschaftsministers Schacht für Hitler vom 3.5.1935 über Fragen der Innenpolitik
- 153 Tagebuchaufzeichnungen des Dichters Jochen Klepper über die Judenverfolgung 1933-1938
- 154 Schreiben Krupps an Hitler vom 25.4.1933 und Aufzeichnungen über die Reorganisation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie
- 155 Entwurf einer Denkschrift des Reichsstandes der Deutschen Industrie vom 13.2.1934
- 156 Gesetz zur Vorbereitung des organischen Neuaufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27.2.1934
- 157 Entwurf Krupps für eine Ansprache am 13.3.1934 über die Reorganisation des industriellen Dachverbandes
- 158 Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27.11.1934
- 159 Memoiren Schachts über seine Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister
- 160 Entwurf einer Rede Krupps über die Aufrüstung seit 1933
- [366:]
- 161 Eidesstattliche Erklärung Georg von Schnitzlers über die Zusammenarbeit zwischen IG-Farben und Wehrmacht und die Rüstungsgewinne der IG-Farben
- 162 Eidesstattliche Erklärung von Ernst Struss über die Synthese-Produktion der IG-Farben seit 1933
- 163 Vertrauliche Aktennotiz Otto Steinbrincks für Friedrich Flick vom 20.8.1934 über die Vergabe von Rüstungsaufträgen
- 164 Geheime Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichswehrministeriums und einigen Rüstungskonzernen über den Bau von Panzern am 7.7.1933
- 165 Rüstungsausgaben des Reiches 1933-1939
- 166 Rüstungsausgaben im Vergleich zum Volkseinkommen 1932-1938
- 167 Schaubild: Rüstungsausgaben im Verhältnis zu anderen wichtigen öffentlichen Ausgaben 1928-1938
- 168 Bruttoprofite deutscher Rüstungskonzerne 1936-1941
- 169 Nettoprofit und Umsatz deutscher Rüstungskonzerne 1933-1939
- 170 Bruttoprofite der IG-Farben und der Vereinigten Stahlwerke 1932-1939
- 171 Memorandum des Preiskommissars Carl Goerdeler vom 7.9.1933 über die Stellung des Unternehmers im Betrieb
- 172 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.1.1934

- 173 „Geschäftliche Mitteilungen“ des Reichsstandes der Deutschen Industrie vom 26.1.1934 über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
- 174 Entwurf einer Rede Krupps über die Stellung des Unternehmers im Betrieb
- 175 Verordnung über die „Deutsche Arbeitsfront“ vom 24.10.1934
- 176 Illegaler Aufruf zu „Mißtrauenswahlen“ für die Vertrauensmänner-Wahlen am 3. u. 4.4.1935
- 177 Geheimer Bericht der DAF über die Vertrauensmänner-Wahlen vom 24.4.1935
- 178 Illegale antifaschistische Arbeiterzeitungen über die Ergebnisse der Vertrauensmänner-Wahlen [367:]
- 179 Chefbesprechung im Reichsarbeitsministerium über die Lohnpolitik am 2.5.1935
- 180 Schreiben Leys an Hitler vom 15.8.1935 über die inflationäre Preisentwicklung
- 181 Schreiben des Regierungspräsidenten in Münster an den Wirtschaftsminister vom 21.10.1935 über die soziale Lage der Textilarbeiter
- 182 Monatsberichte des Reichstreuhänders der Arbeit für die Monate April und Mai 1937 mit Stimmungsberichten über die Situation der abhängig Beschäftigten in Industrie und Landwirtschaft
- 183 Monatsberichte des Reichstreuhänders der Arbeit für die Monate November und Dezember 1937
- 184 Anordnung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, vom 1.10.1937 mit dem Verbot, Lohn-erhöhungen zu fordern
- 185 Index der Lebenshaltungskosten 1932-1938
- 186 Gesamtaufwendungen in Deutschland für den Lebensbedarf 1929-1936
- 187 Nettoeinkommen der werktätigen Bevölkerung in Deutschland 1929-1936
- 188 Index der Reallöhne 1933-1938
- 189 Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1933-1939
- 190 Sozialausgaben 1932-1937
- 191 Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen 1933-1939
- 192 Konkursbewegung 1932-1939
- 193 Neueröffnete und ausgeschiedene. Handwerksbetriebe 1936-1938
- 194 Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke 1933-1939
- 195 Goebbels zu Funktion des Führerprinzips
- 196 Die Führer als „politische Elite“
- 197 Hitler zum Führerprinzip
- 198 Protokoll der Goebbels-Konferenz vom 21.1.1943 über die Propagandamethoden vor 1933
- 199 Goebbels zur Funktion der Propaganda
- 200 Zeitgenössische Kritik an den Propagandamethoden der NSDAP [368:]
- 201 Rede Hitlers vor dem Reichstag am 21.5.1935
- 202 Rede Hitlers vor der Presse am 10.11.1938
- 203 Aufgabenstellung der DAF und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“
- 204 Das Amt „Schönheit der Arbeit“

- 205 Förderung von „Volkstum und Brauchtum“
- 206 Reisen und Wandern mit „Kraft durch Freude“
- 207 Der „Volkswagen“-Schwindel
- 208 Kriegszielenkschrift des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 9.9.1914
- 209 Kriegszielenkschrift Emil Kirdorfs vom 15.6.1915
- 210 Denkschrift des „Deutschen Schutzbundes“ vom 17.3.1928
- 211 Tilo von Wilmowsky, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, am 22.11.1938 zu den Südosteuropa-Plänen des deutschen Großkapitals 1929-1931
- 212 Rede Duisbergs am 24.3.1931 über den europäischen Großwirtschaftsraum
- 213 Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10.4.1933 zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler
- 214 Denkschrift der IG-Farben für den Rüstungsbeirat vom März 1935 über die Militarisierung der Wirtschaft
- 215 Vierjahresplandenkschrift
- 216 Eidesstattliche Erklärung von Max Kügler über die Stellung der IG-Farben im Vierjahresplanamt
- 217 Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 15.12.1937 über „Aufgaben und Zweck des Wehrwirtschaftsführer-Korps“
- 218 1 „Schnellplan“ der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau
- 219 Görings Befehl zur Durchführung des Schnellplans
- 120 Bericht über eine Rede Hitlers vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität am 8.3.1939
- 221 Niederschrift der Ansprache Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht vom 22.8.1939
- 222 Hitlers Weisung Nr. 21 für die Kriegsführung vom 31.8.1939
- 223 Geheime Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 23.11.1939
- [369:]
- 224 Geheime Erklärung von Goebbels am 5.4.1940 vor Vertretern der deutschen Presse
- 225 Rede von Goebbels vor Führern der NSDAP in Wien am 26.10.1940 über die Weltherrschaftspläne der Faschisten
- 226 Erlaß Görings vom 5.12.1939 über Bildung und Kompetenzen des Reichsamts für Wirtschaftsausbau
- 227 Aktennotiz des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW über die. Besprechung am 18.12.1939 mit führenden Vertretern des deutschen Großkapitals über die Schaffung einer zentralen Leitung in der Kriegswirtschaft
- 228 Aktennotiz von Bernhard Weiß für Friedrich Flick vom Febr. 1941 über die Vorbereitungen zur Bildung der Reichsvereinigung Kohle (RVK)
- 229 Genehmigung Görings für die Gründung der RVK vom 3.3.1941
- 230 Rede von Goebbels am 18.2.1943 über die Bedrohung des Mittelstandes durch die Monopolisierung der Wirtschaft und ihre Verflechtung mit staatlichen Organen
- 231 Presseregulierung von Goebbels vom 27.3.1943 zu diesem Thema
- 232 Schreiben an Funk vom 14.8.1942 über die Stellung der IG-Farben im Staatsapparat

- 233 Protokoll der Österreich-Besprechung der IG-Farben vom 21.3.1938
- 234 Aktennotiz vom 21.3.1939 über die Aufteilung der tschechoslowakischen Banken unter die deutschen Interessenten
- 235 Geheime Aufzeichnung von Karl Ritter vom 1.6.1940 über die Schaffung eines europäischen „Großwirtschaftsraumes“
- 236 Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppen vom 4.7.1940 über die Vorbereitungen für die faschistische „Neuordnung Europas“
- 237 Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1.8.1940 über Grundfragen der künftigen Stellung des deutschen Unternehmers und über die Lohnpolitik im Rahmen der „Neuordnung“
- 238 Schreiben Georg von Schnitzlers an Gustav Schlotterer vom 3.8.1940 und Denkschrift der IG-Farben über die „Neuordnung Europas“ und der Welt
- 239 Hitlers „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa“ vom 18.12.1940
- [370:]
- 240 Aktennotiz über eine Besprechung bei General Thomas am 28.2.1941 über wirtschaftsorganisatorische Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion und die Konstituierung des Wirtschaftsstabes Ost
- 241 Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre am 2.5.1941 über „Barbarossa“
- 242 Geheime Richtlinien Görings vom Juni 1941 über die wirtschaftliche Ausplünderung der zu besetzenden Gebiete der UdSSR („Grüne Mappe“)
- 243 Protokoll der Besprechung bei Hitler am 16.7.1941 über die Okkupationsziele gegenüber der Sowjetunion
- 244 Notiz von Konrad Kaletsch für Friedrich Flick über Görings „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ vom 27.7.1941 und über die Gründung von „Ostgesellschaften“
- 245 Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 21.8.1941 über die Gründung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost (BHO)
- 246 Schreiben des Finanzministers an Göring vom 4.9.1942 über Probleme der Okkupationspolitik
- 247 Rede von Goebbels am 18.10.1942 über faschistische Kriegsziele
- 248 Tätigkeitsbericht der Zentralhandelsgesellschaft Ost vom 17.10.1944 über die Ausplünderung der sowjetischen Landwirtschaft
- 249 Besprechung Hitlers mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht über die künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse am 17.10.1939
- 250 Brief eines deutschen Offiziers vom 31.10.1939 aus Ost-Polen
- 251 Denkschrift von Himmler „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ vom Mai 1940
- 252 Niederschrift über den „Generalplan Ost“ vom 27.4.1942
- 253 Fernschreiben des Höheren Kommandos LXV an die 718. Infanterie-Division vom 13.10.1941
- 254 Bericht der Einsatzgruppe A bis zum 15.10.1941 über faschistischen Terror und Massenmord in den okkupierten sowjetischen Gebieten
- [371:]
- 255 Meldung der Gestapoleitstelle Prag vom 24.6.1942 über die Zerstörung von Lidice

- 256 Anweisung von Goebbels vom 15.2.1943 über die Haltung zu den Völkern in den okkupierten Gebieten Osteuropas nach der Niederlage bei Stalingrad
- 257 Beratung Görings mit Vertretern der Okkupationsbehörden am 28.4.1943 über die verstärkte Ausplünderung der besetzten Gebiete
- 258 Bericht über das Massaker von Oradour-sur-Glane
- 259 „Sozialpolitische Information“ der RVK vom 1.11.1941 über die Deportation sowjetischer Bergarbeiter
- 260 „Sozialpolitische Information“ der RVK vom 1.12.1941 über die Zwangsverschleppung sowjetischer Bergarbeiter für den Ruhrbergbau
- 261 Programm des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 20.4.1942
- 262 Protokoll über die Führerbesprechung vom 10.-12.8.1942 über den Einsatz von „Ostarbeitern“ in der Rüstungsindustrie
- 263 Eidesstattliche Erklärung von Dr. Jäger über die Zustände in den Lagern für ausländische Arbeitskräfte bei der Fa. Krupp in Essen
- 264 Eidesstattliche Erklärung eines polnischen Arztes über die Behandlung der für Krupp arbeitenden sowjetischen Kriegsgefangenen
- 265 Schreiben der Abteilung Maschinenbau der Fa. Krupp vom 14.3.1942 an den Verantwortlichen der Firma für den „Russeneinsatz“
- 266 Schreiben der Direktoren der zum Flick-Konzern gehörenden Maxhütte vom 26.1.1943 mit der Aufforderung nach verschärften Maßnahmen gegen ausländische Zivilarbeiter
- 267 Bericht einer Untersuchungskommission beim Wirtschaftsstab Ost über den Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter vom 10.3.1943
- 268 Zusammenstellung über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte vom Herbst 1943
- 269 Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1939-1941
- 270 Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1941
- [372:]
- 271 „Sozialpolitische Information“ der RVK vom 1.11.1941 über Strafmaßnahmen der Konzerne gegen deutsche Bergarbeiter
- 272 Anordnung von Fritz Sauckel vom 1.11.1943 über die Verschärfung der Strafbestimmungen in den Betrieben
- 273 Verhaftungen im ersten Halbjahr 1944
- 274 Aktennotiz von Konrad Kaletsch für Friedrich Flick vom 24.3.1938 über die geplante „Arisierung“ des Petschek-Konzerns
- 275 Bericht Reinhard Heydrichs über die „Kristallnacht“ am 9.11.1938
- 276 Antijüdische Verordnungen Görings vom 12.11.1938
- 277 Vortrag Görings bei einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 18.11.1938
- 278 Geheime Anordnung Görings vom 10.12.1938
- 279 Entwurf eines vertraulichen Rundschreibens der Zentrale der Deutschen Bank über die Beschleunigung der „Arisierung“, Nov. oder Dez. 1938
- 280 Rede des Generalgouverneurs für Polen am 16.12.1941 über den Plan der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung

- 281 Protokollauszug der Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942
- 282 Schreiben des Oberdienstleiters in Hitlers Parteikanzlei an Himmler vom 23.6.1942 mit dem Vorschlag, 2 bis 3 Millionen arbeitsfähige Juden im Interesse der Industrie nicht zu liquidieren
- 283 Aussage eines polnischen Schriftstellers über die Deportation 1 von 200 Kindern aus dem Warschauer Getto Ende 1942
- 284 Geheimes Schreiben von Carl Krauch vom 4. 3. 1941 über den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des Buna-Werkes IV in Auschwitz
- 285 Eidesstattliche Erklärung eines tschechischen Arztes über die Behandlung der Häftlinge in Auschwitz-Monowitz
- 286 Bericht von Oswald Pohl vom 30.4.1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen
- 287 Eidesstattliche Erklärungen von Rudolf Höß über die Massenmorde in Auschwitz und über den Einsatz von Häftlingen in der Industrie
- 288 Rentabilitätsberechnung der SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an Industriebetriebe
[373:]
- 289 Großindustrielle Vorschläge für Arbeitserziehungslager vom 29.6.1942
- 290 Protokoll einer Beratung am 14.5.1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen
- 291 Wochenbericht von Max Faust (IG-Werk Auschwitz) für die Zeit vom 18.10.-31.10.1943 über die Behandlung der KZ-Häftlinge
- 292 Bericht eines ehemaligen KZ-Häftlings über die Solidarität der Häftlinge im KZ Buchenwald
- 293 Aussage über das Massenvernichtungslager Treblinka
- 294 Richtlinien des Außenministers vom 5.4.1943 für die Arbeit des „Europa-Ausschusses“
- 295 Notiz des Gesandten Renthe-Fink vom 16.11.1943
- 296 Bericht eines amerikanischen Geheimagenten vom 7.11.1944 über ein Treffen deutscher Industrieller in Strasbourg
- 297 Bulletin des USA-Außenministeriums vom 30.3.1945 über Nachkriegspläne des deutschen Großkapitals
- 298 Bilanz des Zweiten Weltkrieges
- 299 Zerstörungsbefehl Hitlers vom 19.3.1945
- 300 Ansprache und Schwur von Buchenwald, 19.4.1945

[374:]

Literaturverzeichnis

I. Quellensammlungen

Altmann, P., Brüdigam, H., Mausbach-Bromberger, B., Oppenheimer, M., Der deutsche antifaschistische Widerstandskampf 1933-1945 in Bildern und Dokumenten, hrsg. im Auftrag des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1975.

Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. G. Hass u. W. Schumann, Berlin 1972.

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. v. D. Eichholtz u. W. Schumann, Berlin 1969.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgew. und bearb. v. E. Könnemann, B. Berthold u. G. Schulze, Berlin 1971.

Boelcke, W. A. (Hrsg.), „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943, München 1969.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Nachdr. Frankfurt/M. 1978.

Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, 3. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1961.

Calic, E., Ohne Maske. Hitler-Breiting, Geheimgespräche 1931, Frankfurt/M. 1968.

Deuerlein, E., Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.

Dokumente der deutschen Politik. Bd. 1: Die nationalsozialistische Revolution, hrsg. v. P. Meier-Benneckenstein, Berlin 1935.

Dokumente zur deutschen Geschichte, hrsg. v. W. Ruge u. W. Schumann, 1917-1945, Frankfurt/M. 1975-1977.

Domarus, M. (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, 2 Bde., Würzburg 1962 u. 1963.

Das Dritte Reich im Kreuzverhör. Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers Roben M. W. Kempner, München-Esslingen 1969.

Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgew. u. eingel. v. E. Moritz, Berlin 1970.

Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, hrsg. v. Autor der Studie K.-H. Thieleke, eingel. v. K. Drobisch, Berlin 1965.

Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, hrsg. u. eingel. v. H. Radandt, Berlin 1970.

Fall 9. Das Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß, gefällt am 10. April 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof II der Vereinigten Staaten von Amerika, hrsg. v. K. Leszczynski, mit einer Einleitung v. S. Quilitzsch, Berlin 1963.

[375:]

Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hrsg. v. jüdischen Institut Warschau, Frankfurt/M. 1960.

Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, hrsg. v. Verlag des Ministeriums für nationale Verteidigung in Zusammenarbeit mit K. Haferkorn, G. Nitzsche u. H. Otto, 2. Aufl. Berlin 1958.

- Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. W. Schumann, Berlin 1973.
- Hofer, W. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957.
- Hohlfeld, J. (Hrsg.), Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken. Bd. III: Die Weimarer Republik 1919-1933, Nachdr. Amsterdam 1973. Bd. IV: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-1945, Berlin-München 1953.
- Hubatsch, W. (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, München 1962.
- ders., (Hrsg.), Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.
- Huber, E. R. (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966.
- I. G. Farben, Au schwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der I.G. Farben. Dokumentation zum Auschwitz-Prozeß, hrsg. v. der Arbeitsgruppe ehemaliger Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, o. O., o. J.
- Jacobsen, H.-A., Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1935, 2 Bde., Bielefeld 1961 u. 1967.
- ders., Der zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt/M. 1966.
- Jochmann, W., Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/ M. 1960.
- Kühnl, R., Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975.
- Langbein, H. (Hrsg.), Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt/M. 1965.
- Mason, T. W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
- NS.I. Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, hrsg. V. A. Rückerl, München 1977.
- Opitz, R. (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900}-1945, Köln 1977.
- Picker, H., Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, eingel., kommentiert u. hrsg. v. A. Hillgruber, München 1968.
- Poliakov, L., Wulf, J., Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente (zu: Auswärtiges Amt, Justiz, Wehrmacht), Berlin (West) 1956, Neuaufl. Berlin 1975.
- [376:]
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Amtlicher Text. 42 Bde., Nürnberg 1947-1949. (IMG)
- Rauschning, H., Gespräche mit Hitler, Wien 1973. (1. Aufl. Zürich 1940)
- Reichsführer! Briefe an und von Himmler, hrsg. v. H. Heiber, 2. Aufl. München 1970.
- Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, Berlin 1977.
- Schnabel, R., Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/M. 1957.

Schüddekopf, O. E., Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover-Frankfurt/ M. 1955.

Seeckt – Aus seinem Leben 1918-1936. Unter Verwendung des schriftlichen Nachlasses im Auftr. v. Frau Dorothee von Seeckt hrsg. v. F. von Rabenau, Leipzig 1940.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hrsg. v. Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, 8. verb. Aufl. Berlin 1967.

Stresemann, G., Vermächtnis. Der Nachlaß in 3 Bänden, Berlin 1932.

Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946-April 1949. Bd. VI: The Flick Case, Washington 1952, Bd. VII-VIII: The IG-Farben Case, Washington 1953 u. 1952, Bd. IX: The Krupp Case, Washington 1950. (NMT)

Tyrell, A., Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. v. H. Michaelis u. E. Schraepfer, Berlin 1958 ff.

Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschland auf dem Territorium der UdSSR (1941-1944), Moskau 1963.

Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Nazio-kkupanten in der Tschechoslowakei, hrsg. v. V. Král, Prag 1960.

Zeigeschichte in Text und Quellen. Die Weimarer Republik, hrsg. v. W. Tormin, Hannover 1962.

Der zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgew. u. eingel. v. G. Förster u. O. Groehler, 2. Aufl. Berlin 1974.

II. Memoiren, Reden, Selbstdarstellungen der NSDAP, zeitgenössische Veröffentlichungen

Braun, O., Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949.

Brüning, H., Memoiren 1918-1934, 2 Bde., München 1972.

Buchrucker, B. E., Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr“ von ihrem Führer Buchrucker, Kgl. Preuß. Major außer Dienst mit der Uniform des Generalstabes der Armee, Berlin 1928.

Burckhardt, C. J., Meine Danziger Mission 1937-1939, 2. durchges. Aufl. München 1960.

[377:]

Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, hrsg. u. eingel. v. W. Treue, Düsseldorf 1967.

Duisberg, C., Meine Lebenserinnerungen, hrsg. auf Grund von Aufzeichnungen, Briefen und Dokumenten v. J. von Puttkamer, Leipzig 1933.

ders., Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin-Leipzig 1933.

Espe, W. M., Das Buch der NSDAP. Werden, Kampf und Ziel der NSDAP, Berlin 1934.

Feder, G., Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1930.

Fünf Jahre „Kraft durch Freude“, hrsg. v. Gauamt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Westfalen-Nord, Münster/Westf. 1938.

Goebbels, J., Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934. (6. Aufl.)

Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, hrsg. v. H. Heiber, Stuttgart 1961.

Goebbels-Reden. Bd. I: 1932-1939, hrsg. v. H. Heiber, Düsseldorf 1971.

Hitler A., Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. Erster Band: Eine Abrechnung. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1933. (55. Aufl.)

Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss, hrsg. v. M. Broszat, 2. Aufl. München 1964.

Pünder, H., Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, hrsg. v. Th. Vogelsang, Stuttgart 1961.

Schacht, H., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

Starcke, G., NSBO und Deutsche Arbeitsfront, 2. veränd. Aufl. Berlin 1934.

ders., Die Deutsche Arbeitsfront. Eine Darstellung über Zweck, Leistungen und Ziele, Berlin 1940.

Thyssen, F., I paid Hitler, New York 1941.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 1-60, Berlin 1919-1932.

III. Darstellungen

Aleff, E. (Hrsg.), Das Dritte Reich. Mit Beiträgen von W. Tormin, E. Aleff, F. Zipfel, Hannover 1970.

Anatomie des SS-Staates. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., München 1967.

Besymenski, L., Sonderakte Barbarossa. Dokumentarbericht zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – aus sowjetischer Sicht, Reinbek 1973. (Mit Dokumenten)

Birkenfeld, W., Der synthetische Treibstoff 1933-1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen 1964.

Bleyer, W., Drechsler, K., Förster, G., Hass, G., Deutschland von 1939-1945 (Deutschland während des 2. Weltkrieges), Berlin 1969. (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 12)

[378:]

Böing, A., Auschwitz. Unterrichtseinheit für den Schulgebrauch, Frankfurt/M. 1976.

Bracher, K. D., Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Aufl. Villingen 1971.

ders., Die deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus, 4. Aufl. Köln 1972.

ders., Sauer, W., Schulz, G., Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln-Opladen 1960.

Carlebach, E., Von Brüning zu Hitler. Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung, Frankfurt/M. 1971.

Czichon, E., Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 3. Aufl. Köln 1972.

Czollek, R., Eichholtz, D., Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941. Dokumente zu Kriegszielen und Kriegsplanung führender Konzerne beim Überfall auf die Sowjetunion, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 15 (1967) S. 64-76.

Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Historiker der DDR und der UdSSR zum Thema „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ vom 14.-19. Dezember 1959 in Berlin, hrsg. v. der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, 5 Bde., Berlin 1960-1962.

Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann u. G. Hass, Bd. 1 u. 2, Köln 1974 u. 1975.

Dimitroff, G., Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Frankfurt/M. 1975, S. 91-164.

Döhn, L., Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970.

Eichholtz, D., Die IG-Farben-„Friedensplanung“. Schlüsseldokumente der faschistischen „Neuordnung des europäischen Großraums“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, T. 3, S. 271-332.

ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969.

ders., Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, in: Jahrbuch für Geschichte 9, 1973, S. 339-383. (Mit Dokumenten) ders., Gossweiler, K., Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument 47, 10. Jg., Juli 1968, H. 3, S. 210-227.

Faschismus. Renzo Vespignani. Hrsg. v. der neuen Gesellschaft für bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg, 4. Aufl. Berlin (West)-Hamburg 1977.

Fest, J., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1973.

Fischer, W., Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968.

Gertzen, O., Antifaschistischer Widerstand. Unterrichtseinheit für zwölf Stunden, Frankfurt/M. 1977.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2-5, Berlin 1966. (Mit Dokumenten).

Gossweiler, K., Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Diss. Berlin 1963. (Ms.).

[379:]

ders., Großbanken – Industriemonopole – Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971.

ders., Faschismus und antifaschistischer Kampf. Mit einem Aufsatz v. H. Stuckmann: Rechtsentwicklung und Neofaschismus in der BRD, Frankfurt/M. 1978.

ders., Fischer, W., Markus, P., Paterna, E., Deutschland von 1933 bis 1939 (Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969. (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 11)

ders., Kühnl, R., Opitz, R., Faschismus: Entstehung und Verhinderung. Material zur Faschismus-Diskussion, Frankfurt/M. 1972.

Grossmann, K., Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1973. (Mit Dokumenten)

Gumbel, E. J., Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.

ders., Vom Fememord zur Reichskanzlei. Mit einem Vorwort v. W. Fabian, Heidelberg 1962.

Halfmann, D., Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik, Köln 1974.

Hallgarten, G. F. W., Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt/M. 1955. (Mit Dokumenten)

ders., Radkau, J., Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M. 1974.

Hebel-Kunze, B., SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-1935, Frankfurt/M. 1977. (Mit Dokumenten)

Hennig, E., Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt/ M. 1973.

Hillgruber, A., Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940 bis 1941, Frankfurt/M. 1965.

ders., Probleme des zweiten Weltkrieges, Köln-Berlin 1967.

Hinrichs, P., Peter, L., Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1977.

Hitler und die Industrie. Eine Dokumentation aus Anlaß des 30. Jahrestages der „Machtergreifung“, hrsg. v. der Bundespressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bonn 1933. (Als Anhang zu: Für die Demokratie – Informationen, Kommentare, Presseschau IV [XII])

Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod, Düsseldorf 1974.

Jacobsen, H.-A., Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt/M. 1965.

Jahnke, K. H., Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus, Dortmund 1977.

Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945. Mit Beiträgen von K. Drobisch, R. Goguel, W. Müller, Frankfurt/M. 1973.

Kaul, F. K., Nazimordaktion T 4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin 1973.

Kogon, E., Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1965.

Kraus, O., Kulka, E., Massenmord und Profit. Die faschistische Ausrottungspolitik und ihre ökonomischen Hintergründe, Berlin 1963.

[380:]

Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963.

Kühnl, R., Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim 1966.

ders., Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918, München 1969.

ders., Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 1971.

ders., Hardach, G., Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977.

Laschitzka, H., Vietzke, S., Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin 1964. (Mit Dokumenten)

Mammach, K., Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, Berlin 1974.

Maser, W., Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973.

(Revidierte Neuausg. von: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M.-Bonn 1965)

Mason, T. W., Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 41, 8. Jg., 1966, H. 6, S. 473-494.

Mausbach-Bromberger, B., Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933-1945, Frankfurt/M. 1976.

Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966.

Nuß, K., Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977.

Opitz, R., Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument 87, 16. Jg., Nov. 1974, H. 7-9, S. 543-603.

- Ossietzky, C. von, Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913-1933, hrsg. v. B. Frei, Berlin-Weimar o. J.
- Peukert, D., Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt/M. 1976.
- Petzina, D., Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
- Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
- Radandt, H., Europa-Patent. Das IG-Farben-Projekt zur Neuordnung Europas, Welfen 1967.
- Ruge, W., Deutschland von 1917 bis 1933 (Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik), Berlin 1967. (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 10)
- Sasuly, R., IG-Farben, Berlin 1952.
- Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde., Berlin 1969-1970.
- Scheurig, B., Deutscher Widerstand 1938-1944. Fortschritt oder Reaktion? München 1969.
- Schmelzer, J., Europa-Patent. Das IG-Farben-Projekt zur Neuordnung Europas, Welfen 1967.
- Schmokol, W. W., Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus zwischen 1919 und 1945, Gütersloh 1967.
- [381:]
- Schumann, H.-G., Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Frankfurt/M.-Hannover 1958.
- Schweitzer, A., Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970.
- Sörgel, W., Metallindustrie und Nationalsozialismus. Eine Untersuchung über Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland 1929 bis 1939, Frankfurt/M. 1965.
- Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, hrsg. v. W. Conze u. H. Raupach, Stuttgart 1967.
- Stegmann, D., Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399-482. (Mit Dokumenten)
- ders., Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt 1976, S. 19-75. (Mit Dokumenten)
- Turner, H. A. jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.
- Varga, E., Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, hrsg. u. eingel. v. E. Altvater, 2. Aufl. Frankfurt/ M. 1974.
- Vietzke, S., Wohlgemuth, H., Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, Berlin 1966. (Mit Dokumenten)
- Vogelsang, R., Der Freundeskreis Himmler, Göttingen 1972.
- Vogelsang, Th., Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.
- „Was ich über Adolf Hitler gehört habe ...“ Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüleraufsätzen von heute, hrsg. v. D. Boßmann, Frankfurt/M. 1977.

Weber, A., Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen, Diss. Freiburg 1969.

Von Weimar zu Hitler 1930-1933, hrsg. v. G. Jasper, Köln-Berlin 1968.

Weisenborn, G., Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, 4. Aufl. Frankfurt/M. 1974.

Weißbecker, M., Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1919-1945, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II, Leipzig 1970, S. 384-437.

Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945, hrsg. v. Landesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes Nordrhein-Westfalen, verfaßt v. K. Schabrod, Herne 1969.

Winkler, H. A., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

[382:]

Personenregister

(Namen, die in den Dokumenten nur einmal auftauchen und von keinem besonderen Interesse sind, wurden in das Personenregister nicht aufgenommen. – Die Zahlen beziehen sich auf die Dokumentennummern.)

Ambros, Otto, Vorstandsmitglied der IG-Farben 284, 290

Bergmann, Carl, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 34

Bethmann Hollweg, Reichskanzler 1909-1917 208

Bingel, Rudolf, Siemens-Konzern 108, 227

Blessing, Carl, Deutsche Bank 108

Bormann, Martin, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP 243

Borsig, Ernst von, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 9

Bosch, Carl, Vorstandsvorsitzender der IG-Farben 110

Bosch, Robert, Siemens-Konzern 34

Bracht, Oberbürgermeister von Essen, 1932 Reichskommissar von Preußen 66, 125, 127

Brandi, Ernst, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, Vorsitzender der Gruppe Nordwest der Deutschen Arbeitgeberverbände 34, 115

Braun, Otto, preußischer Ministerpräsident (SPD) 56, 137

Brauweiler, Roland, geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 37, 140

Breitscheid, Rudolf, Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 58, 63

Brockhüs, Friedrich, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Niederlausitzer Kohlenbergwerke (Flick-Konzern) 228

Brüning, Heinrich, Reichskanzler 1930-1932 49, 50, 52, 53, 56, 57, 59, 60, 127

Buchrucker, Bruno Ernst, Major, Organisator der „Schwarzen Reichswehr“ 20

Bücher, Hermann, Vorstandsvorsitzender des AEG-Konzerns 105, 114, 227

Bütefisch, Heinrich, Vorstandsmitglied der IG-Farben 108, 110

Cuno, Wilhelm, 1922-1923 Reichskanzler, Vorstandsvorsitzender der Hapag 26, 34

Delius, Hans-Conrad, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Reichswerke „Hermann Göring“ 228

Dimitroff, Georgi, Angeklagter im Reichstagsbrandprozeß (KPD) 137

Dingeldey, Eduard, Vorsitzender der DVP 53

Drexler, Anton, Mitbegründer der DAP 3

Dürrfeld, Walter, Direktor des Bunawerkes der IG-Farben in Auschwitz 290

Duisberg, Carl, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1925-1933, Vorstandsmitglied der IG-Farben 46, 51, 52, 111, 115, 212

Erhardt, Hermann, General, Leiter des Freikorps Erhardt 13, 17

Faust, Max, Oberingenieur der IG-Farben im Werk Auschwitz 291

Feder, Gottfried, Wirtschaftsberater Hitlers 1, 6, 7, 104

Flick, Friedrich, Besitzer des Flick-Konzerns 53, 73, 108, 163, 228, 229, 244, 274

Frank, Hans, Generalgouverneur im besetzten Polen 280

Frick, Wilhelm, Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, nach 1933 Innenminister 104, 127, 129

Funk, Walter, Wirtschaftsberater Hitlers 73, 95, 231, 232

[383:]

Gattineau, Heinrich, IG-Farben 110

Gerlach,. Helmuth von, leitendes Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft 148

Geßler, Otto, Reichswehrminister 15, 33

Goebbels, Joseph, Reichspropagandaleiter und -minister der NSDAP 66, 85, 127, 195, 198-200, 224, 225, 230, 231, 247, 256

Goerdeler, Carl, Oberbürgermeister von Leipzig 1930, Preiskommissar seit 1934 171, 179

Göring, Hermann, erster SA-Führer der NSDAP, 1932 Präsident des Reichstages, Innenminister und Ministerpräsident von Preußen 1933-45, 1933 Luftfahrtminister, 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, 1941 Leiter des Wirtschaftsführungsstabes Ost 70, 127, 129, 131, 133, 216, 219, 226, 229, 233, 240, 242-246, 257, 259, 275-278

Goldschmidt, Jakob, Direktor der Darmstädter- und Nationalbank 14, 34

Goltz, Rüdiger Graf von der, Präsident der Vereinigten Vaterländischen Verbände 71

Gordon, George A., Attaché der amerikanischen Botschaft 68

Hahn, Max, Geschäftsführer der deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 116

Haniel, Kar), Aufsichtsratsvorsitzender des Haniel-Konzerns 118

Hecker, Ewald, Ilseder Hütte, Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 34, 108, 123, 124

Heilmann, Ernst, Reichstagsabgeordneter der SPD 145

Helfferrich, Emil, Vorstandsmitglied der Hapag 108, 124

Herle, Jacob, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 101, 109

Heß, Rudolf, Stellvertreter des Führers 29, 128, 179, 184

Heydrich, Reinhard, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reichsprotektor in den besetzten tschechischen Ländern 255, 275, 280, 281

Hilferding, Rudolf, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter 63

Himmler, Heinrich, Reichsführer der SS 123, 128, 249, 251, 282, 286

Hindenburg, Oskar von, Sohn des Reichspräsidenten 60

Hindenburg, Paul von, Reichspräsident 54, 71, 123, 124, 145

Hitler, Adolf I, 4-6, 8, 26-29, 50, 53, 68-70, 72, 82, 87, 90-93, 95, 96, 103, 104, 106-110, 117, 118, 121-123, 127-134, 143, 145, 152, 154, 159, 180, 197, 201, 202, 215, 216, 220-223, 239, 243, 299

Höß, Rudolf, Kommandant von Auschwitz 12, 287, 290

Houghton, Alanson B., amerikanischer Botschafter in Deutschland 24

Hugenberg, Alfred, Besitzer des größten Pressekonzerns in Deutschland, Vorsitzender der DNVP 106, 107, 129, 130, 133

Ilgner, Max, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben 233
Kahr, Gustav Ritter von, bayrischer Generalstaatskommissar 1923 26
Kalckreuth, Eberhard Graf von, Großgrundbesitzer 124
Kaletsch, Konrad, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns 244, 274
Kapp, Wolfgang, Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen 5, 14
Keitel, Wilhelm, Generalfeldmarschall, Chef des OKW 243, 249, 253
Keppler, Wilhelm, wirtschaftspolitischer Berater Hitlers 108, 123, 128, 220
Keyserlingk, Robert Graf von, Großgrundbesitzer 124
Kirdorf, Emil, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. 117, 209
Kranefuß, Fritz, Sekretär des Freundeskreises Keppler 108
 [384:]
Krauch, Carl, Vorstandsmitglied der IG-Farben, 1936 Leiter des Amtes für Roh- und Werkstoffe im Vierjahresplanamt, 1939 Generalbevollmächtigter für Fragen der chemischen Erzeugung 110, 218, 219, 226, 284, 289
Krüger, Kurt, Direktor der IG-Farben 238
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 34, 95, 132, 154, 157, 160, 164, 174, 229, 263-265, 296
Leipart, Theodor, Vorsitzender des ADGB 137
Ley, Robert, Führer der DAF 142, 180, 203
Liebknecht, Karl, Mitbegründer der KPD 10, 11
Lubbe, van der, Provokateur des Reichstagsbrandes 137
Ludendorff, Erich, General 17
Luxemburg, Rosa, Mitbegründerin der KPD 10, 11
Mayr, Hauptmann, Leiter der nachrichtendienstlichen Abteilung im bayrischen Reichswehrgruppenkommando 1, 5
Meißner, Otto, Staatssekretär und Leiter der Reichskanzlei unter Ebert, Hindenburg und Hitler 60
Meyer, Emil, Direktor der Dresdner Bank 108
Moldenhauer, Paul, Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben, Finanzminister der Regierung Hermann Müller und des 1. Kabinetts Brüning 34
Müller, Hermann, Reichskanzler 1928-1930 (SPD) 144
Münzenberg, Willi, Reichstagsabgeordneter der KPD 200
Mussolini 113
Noske, Gustav, Reichswehrminister der Regierungen Scheidemann und Noske 10, 17
Oldenburg-Januschau, Elard von, ostpreußischer Rittergutsbesitzer 69
Ossietzky, Carl von, Friedensnobelpreisträger 148, 149
Papen, Franz von, Reichskanzler 1932 48, 61, 62, 123, 125, 128-130, 140
Pleiger, Paul, Vorstandsvorsitzender der Reichswerke Hermann Göring 229, 245
Pohl, Oswald, Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der 55 286
Rasche Carl, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank 234

Reinhart, Fritz, Direktor der Commerz- und Privatbank 14, 108, 124

Renteln, Dr. von, Verfasser des „Wirtschaftlichen Sofortprogramms“ der NSDAP 109

Renthe-Fink, Cecil von, deutscher Gesandter 295

Reupke, Hans, Rechtsanwalt, Verfasser der NSDAP-Broschüre „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ 101-103

Reusch, Paul, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen 34, 94, 95, 102, 105, 106, 109, 124, 127

Ribbentrop, Joachim von, Außenminister 294

Ritter, Karl, Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt 235

Röchling, Hermann, Generaldirektor der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke 34, 296

Rosenberg, Alfred, 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete 83, 243

Rosterg, August, Vorstandsmitglied des Kalikonzerns Wintershall 108, 124

Sauckel, Fritz, NSDAP-Gauleiter von Thüringen, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz 261, 262, 272

[385:]

Schacht, Hjalmar, Reichsbankpräsident 1923-1930 und 1933-1939, Reichswirtschaftsminister 1934-1937, Generalbevollmächtigter für die Wehrwirtschaft 1935-1937 55, 69, 70, 93, 106-109, 122-124, 152, 159, 179, 216

Schleicher, Kurt von, General, Reichswehrminister Juni bis Dezember 1932, Reichskanzler Dezember 1932 bis Januar 1933 17, 63, 127

Schlenker, Max, Geschäftsführer des Langnamvereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 94, 121

Schlotterer, Gustav, stellvertretender Hauptabteilungsleiter und Leiter der Sonderabteilung „Vorbereitung und Ordnung“ im Reichswirtschaftsministerium 238

Schmitt, Kurt, Reichswirtschaftsminister 1933-1934 157

Schmitz, Hermann, Finanzdirektor der JG, Farben, Finanzberater Brünings 216, 233

Schnitzler, Georg von, Vorstandsmitglied der IG-Farben 161, 216, 238

Schröder, Baron Kurt von, Mitinhaber des Kölner Bankhauses Stein 73, 108, 123, 124, 128

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf, Reichsfinanzminister 246, 298

Seeckt, Hans von, General 17, 25, 69

Seldte, Franz, Reichsarbeitsminister 129, 179

Severing, Carl, preußischer Innenminister (SPD) 63, 66, 137

Siemens, Carl Friedrich von, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens und Halske AG und der Siemens-Schuckertwerke 9, 34, 72

Silverberg, Paul, Generaldirektor der Rheinbraun AG 36, 37, 111

Springorum, Fritz, Generaldirektor des Hoesch-Konzerns 34, 105, 124

Stadtler, Eduard, Gründer der „Antibolschewistischen Liga“ 9, 10

Stauß, Emil Georg von, Direktor der Deutschen Bank 70

Steinbrinck, Otto, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke AG und Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns 53, 73, 108, 163, 229

Stinnes, Hugo, Besitzer der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG 9, 15, 23, 24, 26

Strasser, Gregor, Leiter der Reichsorganisationsleitung der NSDAP 1932 84, 127

Stresemann, Gustav, 1923 Reichskanzler und Außenminister, 1924-1928 Reichsaußenminister 26, 31

Tengelmann, Walter, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke AG 244

Thomas, Georg, General, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW 227, 240, 242

Thyssen, Fritz, Besitzer des Thyssen-Konzerns 26, 34, 70, 118, 121, 124

Tucholsky, Kurt 148

Vögler, Albert, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke 9, 34, 35, 53, 101, 108, 124

Wagener, Otto Wilhelm, ehemaliger Stabschef der deutschen Legion im Baltikum, 1929/30 Stabschef der SA, 1931 wirtschaftspolitischer Reichsleiter in der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP 104

Wassermann, Jakob, Direktor der Deutschen Bank 34

Weiß, Bernhard, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns 228

Wels, Otto, Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 63, 137

Wilmowsky, Tilo Freiherr von, Aufsichtsratsmitglied der Friedrich-Krupp AG, Schwager Krupps, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 95, 211

[386:]

Wisselmann, Heinrich, Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Vorstandsvorsitzender der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG 228, 229

Wittke, Willy, Vorsitzender des Verbandes sächsischer Industrieller 45

Zeigner, Erich, Ministerpräsident von Sachsen 1923 (SPD) 21, 26

[387:]

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
BA Koblenz	Bundesarchiv Koblenz
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GHH	Gutehoffnungshütte Oberhausen
Hapag.	Harnburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft Hamburg-Amerika-Linie)
IG	Interessengemeinschaft
KdF	Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MWT	Mitteuropäischer Wirtschaftstag
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei
SS	Schutzstaffel
ZStA	Potsdam Zentrales Staatsarchiv Potsdam

[388:]

Verzeichnis der Abbildungen

Seite 38 aus: Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 26

Seite 108 Fotomontage von John Heartfield (1932) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 153

Seite 148 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, Seite 27

Seite 180 aus: ebd. S. 51

Seite 185 Fotomontage von John Heartfield (1933) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 158

Seite 186 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 47

Seite 192 aus: R. Schnabel, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt 1957, S. 62

Seite 204 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 117

Seite 211 Fotomontage von John Heartfield (1934) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 180

Seite 280 aus: Faschismus. Renzo Vespi gnani, Berlin-West/Hamburg 1977, S. 28

Seite 291 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 231

Seite 336 aus: R. Schnabel, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt 1957, S. 228

Seite 342 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 230

Seite 357 Fotomontage von John Heartfield (1960) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 235.

Einleitung

Wer war Hitler wirklich?

Auch und gerade heute, mehr als 30 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus und fast ein halbes Jahrhundert nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, ist diese Frage von aktueller politischer Bedeutung. Das Wiederaufleben zahlreicher Hitler-Legenden, die Überflutung des Buch- und Zeitschriftenmarktes mit Erzeugnissen, die Hitler mystifizieren und den Faschismus verherrlichen und sich zu diesem Zweck plumper Geschichtslügen bedienen, hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die Unkenntnis breiter Teile der Jugend über Hitler und den deutschen Faschismus ist groß,¹ die Gefahr, die daher von der sogenannten „Hitler-Welle“ ausgeht, nicht zu unterschätzen. Ihren Lügen und Verdrehungen authentisches Quellenmaterial entgegenzusetzen, ist Aufgabe dieses Bandes.

Die Frage, wer Hitler wirklich war, wird von den Produzenten und Autoren der „Hitler-Welle“ bewußt auf so völlig unerhebliche und uninteressante Bereiche reduziert wie auf den persönlichen Werdegang und die persönlichen Eigenarten Hitlers; sie kann jedoch nur dann wissenschaftlich richtig beantwortet werden und handlungsorientierende Erkenntnisse für die Gegenwart vermitteln, wenn sie die Wurzeln des deutschen Faschismus aufdeckt und sein Wesen erklärt.

Es gilt also, zu fragen:

Welche Partei repräsentierte Hitler, welche Ziele verfolgte diese Partei, wessen Interessen vertrat sie?

Welche gesellschaftlichen Kräfte haben Hitler und die NSDAP unterstützt und weshalb? Auf welchem gesellschaftlichen Hintergrund entwickelte sich der deutsche Faschismus?

Mit welchen Mitteln gelang der NSDAP der Aufstieg zur Massenpartei? Liegt die Verantwortung für den deutschen Faschismus bei den Massen, die die NSDAP wählten?

Was charakterisiert die Politik der NSDAP nach 1933? Was ist der soziale Inhalt ihres Herrschaftssystems, welcher Mittel und Methoden bediente sie sich? Was brachte der deutsche Faschismus der Mehrheit der Bevölkerung?

[10:] Jede dieser Fragen rührt an ein Hauptproblem: an das Verhältnis des deutschen Großkapitals zum Faschismus. Das empirische Material, das zur Klärung dieses Problems zur Verfügung steht – die Dokumente der Nürnberger Kriegsverbrecher- und Nachfolgeprozesse, zahlreiche später erschienene Dokumenteneditionen und Einzelstudien sowie neueste Forschungen – ist umfangreich, die wesentlichsten Fragen sind geklärt.

Der Hitlerfaschismus verdankte seinen Aufstieg zur Macht den führenden Kreisen des Industrie- und Bankkapitals, des Großgrundbesitzes und der Reichswehr. Ihr Streben nach ökonomischer und politischer Expansion, das im ersten Weltkrieg gescheitert war, und ihre Bemühungen um eine Sicherung ihrer Gewinne durch Lohn- und Sozialabbau auch unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise wurden seit 1929 immer drängender. Die Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Ziele im Rahmen des parlamentarischen Systems wurden immer deutlicher; zur Verwirklichung ihrer Pläne bedurften sie eines Herrschaftssystems, das an keinerlei innen- und außenpolitische Einschränkungen gebunden war und das jeden Widerstand gegen eine Politik des Sozialabbaus, der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung brechen konnte.

Hitler, dessen Partei zunächst nur als eine unter vielen reaktionären Organisationen finanziell und politisch unterstützt worden war, wurde für die rechten Kreise der Weimarer Gesellschaft zunehmend interessanter. Mit „antikapitalistischen“ Phrasen und Versprechungen und mit der Verketzerung der Juden und der „Marxisten“ hatten Hitler und seine Propagandisten sich eine Massenbasis vor allem in den kleinbürgerlichen Schichten organisieren können. In Wirklichkeit dachte die nationalsozialistische Führung nicht im entferntesten daran, die „antikapitalistischen“ Parolen einzulösen;

¹ „Was ich über Adolf Hitler gehört habe ...“. Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüler-Aufsätzen von heute, hrsg. von D. Boßmann, Frankfurt/M. 1977.

in Absprache mit den Großindustriellen und Bankiers paßte sie vielmehr ihre wirtschaftspolitische und politische Programmatik und Praxis den Forderungen des Großkapitals an.

Zu dem Zeitpunkt, als die NSDAP an Masseneinfluß zu verlieren drohte und diese Kreise eine Rückkehr zum „Weimarer System“ mit seinen sozialen und demokratischen Rechten befürchteten, forderten sie Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. An die Macht gebracht, verwirklichte Hitler die Hauptinteressen des Großkapitals. Seine ersten Maßnahmen bestanden in dem Verbot der Arbeiterparteien, in der Zerschlagung der Gewerkschaften und in der Vorbereitung eines expansionistischen Krieges. 1933 wurde unverzüglich mit der Rüstungsproduktion begonnen, die den größten Konzernen [11:] immense Gewinne einbrachte. 1936 verkündete Hitler im Vierjahresplan, der Krieg werde in vier Jahren beginnen.

Die Kriegsziele, die Schaffung eines europäischen „Großwirtschaftsraums“ unter deutscher Führung und die Errichtung der Weltherrschaft, waren die jahrzehntealten Expansionspläne deutscher Großindustrieller und Bankiers. Sie wurden im Verlauf des zweiten Weltkrieges weiter präzisiert: Die Selbstverwaltungsorganisationen von Industrie und Banken entwarfen detaillierte Pläne für die „Neuordnung“ Europas und der Welt und zogen den direkten ökonomischen Nutzen aus der Ausbeutung unterworfenen Länder und Völker. Die politische Entrechtung der gesamten Bevölkerung und der Terror gegen alle oppositionellen Strömungen in Deutschland und in den besetzten Gebieten, der auch die Ausrottung und Versklavung ganzer Völkerschaften ins Kalkül zog, waren die grausamen Konsequenzen einer solchen Politik.

Die Wahrheit über Hitler und den deutschen Faschismus, die sich in den hier vorgelegten Dokumenten widerspiegelt, wird von den rechtsten Kreisen in der Bundesrepublik geleugnet. Stellvertretend für alle diejenigen, die ein wahrheitswidriges Bild des Hitlerfaschismus zeichnen, sei auf Joachim Fest, den Mitherausgeber der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Autor des Films „Hitler – eine Karriere“ verwiesen. In seiner Filmversion, die abgestimmt ist auf das historische Faktenwissen und die Bewußtseinslage breiterer Bevölkerungsschichten, erscheint der deutsche Faschismus als ein „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, der in anspruchsloser Erklärungsmanier vor allem dem Genius Hitler und der Dummheit der Bevölkerung angelastet wird. Durch die Zusammenstellung nationalsozialistischen Propagandamaterials, die dem Film als „dokumentarische“ Auseinandersetzung mit der „deutschen Vergangenheit“ Seriosität verleihen soll, wird dem Kinobesucher suggeriert, er wisse nun, wie es zum Faschismus gekommen sei, da ihm die durch die Reden des „genialen Massenagitators“ Hitler, durch Massenaufmärsche und Fackelzüge hervorgerufene Begeisterung bei den Massen plastisch vor Augen geführt und somit scheinbar verständlich gemacht wird.

Die zentrale Aussage des Films versteckt Fest in einem Nebensatz: Hitler „war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital“.

Diese Behauptung ist weder neu noch originell; sie ist so alt wie der Faschismus selbst, der aus durchsichtigen Gründen stets als „unabhängige Bewegung“ auftrat und der – bei Strafe des Unter-[12:]gangs – so und nur so vor die Massen treten, diese für sich begeistern und damit an sich binden konnte.

Was diese bewußte Falschaussage bezweckt, liegt auf der Hand: Indem all diejenigen Tatsachen verschwiegen und geleugnet werden, die die Machteinsetzung Hitlers und die Politik der faschistischen Regierung nach 1933 überhaupt erst verständlich machen, soll die Einsicht in die tatsächlichen Ursachen des Faschismus und die Funktion des faschistischen Herrschaftssystems verhindert werden. Das Großkapital, in dessen Namen die grausamsten Verbrechen des Faschismus begangen wurden, wird aus seiner Verantwortung entlassen, die „Schuld“ am Faschismus wird den kleinbürgerlichen Massen, die Hitler wählten, zugeschoben. Das kapitalistische System, auf dessen Grundlage und aus dessen Entwicklungstendenzen heraus der Faschismus erwuchs, soll von jeglichem Makel befreit, der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus dem Blick der Öffentlichkeit entzogen werden.

Fests Geschichtsfälschungen sind nicht der erste Versuch, den Zusammenhang von Großkapital und NSDAP, von Kapitalismus und Faschismus zu leugnen, und sie werden auch nicht der letzte Versuch

sein. Die Auseinandersetzung mit solchen und ähnlichen Falschaussagen wird auch weiterhin geführt werden müssen, denn sie ist grundsätzlicher Natur. Sie wird solange aktuell sein, wie die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse dauern, die stets der Erklärung und Rechtfertigung ihrer extremsten Auswüchse und des Freispruchs ihrer Akteure bedürfen.

Mit der Rehabilitierung des Großkapitals und des Gesellschaftssystems, das den Faschismus hervorbrachte, soll zugleich der Faschismus selbst rehabilitiert werden. Fest steht nicht allein. Eine gezielte und auf Massenwirksamkeit bedachte Kampagne der Massenmedien Film, Buch und Schallplatte macht sich daran, das Hitler- und Faschismus-Bild in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit aufzupolieren, den Faschismus „verständlich“ und das meint: wieder denkbar zu machen und unter dem Deckmantel der „objektiven“ oder „dokumentarischen“ Darstellung das Negativbild des Hitlerfaschismus in einen Positivabzug zu verwandeln. Angesichts von wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit in der Bundesrepublik soll der Faschismus als denkbarer „Ausweg“ propagiert und der Bevölkerung als „Krisenlöser“ verkauft werden.

Nicht zufällig entfaltet sich dieses geschäftige und gewinnbringende Treiben – und das führt einmal mehr die Gefährlichkeit der „Hitler-Welle“ vor Augen – auf dem politischen Hintergrund eines [13:] zunehmend offener zur Schau getragenen und immer aggressiveren Auftretens alt- und neofaschistischer Organisationen und Verbände. Daß dies keineswegs Randerscheinungen sind, wie von offizieller politischer Seite der bundesdeutschen Bevölkerung, vor allem aber dem Ausland glauben gemacht werden soll, belegen zahlreiche Beispiele.¹

Wohin eine solche Entwicklung treiben kann, wenn ihr nicht durch ein einheitliches, geschlossenes und rechtzeitiges Vorgehen aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte Einhalt geboten wird, hat die deutsche Geschichte schon einmal gezeigt. Sie muß sich nicht wiederholen.

¹ Vgl. hierzu die Dokumentationen: Verfassungswidrig? Verbrecherisch? Geduldet? Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesvorstand der Vereinigung demokratischer Juristen und vom Präsidium der VVN- Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1977, sowie: Die Lüge vom IV. Wehrmachtsteil. Die Waffen-SS in Selbstdarstellung. hrsg. vom Präsidium der VVN- Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1977.

[15:]

Erster Teil: Entstehungsbedingungen des Faschismus 1918-1933

Einführung

Die Ursprünge der politischen „Karriere“ Hitlers reichen zurück bis in die Jahre 1918/19. Als Gefreiter aus dem ersten Weltkrieg kommend, trat Hitler 1919 in die Dienste des bayrischen Reichswehrgruppenkommandos, das nach der Niederschlagung der bayrischen Räterepublik eine umfassende Spionageabteilung zur Überwachung und politischen Verfolgung revolutionärer Arbeiterorganisationen aufbaute. Als Reichswehrspitzel in diesem „Nachrichtendienst“ tätig, erhielt Hitler im September 1919 den Auftrag, an einer Versammlung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) teilzunehmen. Er wurde zum Mitglied des leitenden Ausschusses der DAP ernannt. (Dok. 1)

Die DAP war am 5. Januar 1919 von Anton Drexler und Karl Harrer gegründet worden; sie war hervorgegangen aus der „Thule-Gesellschaft“, die enge Kontakte zur Reichswehr und zur bayrischen Großindustrie unterhielt und den Sturz der bayrischen Räterepublik mit vorbereitet hatte. Schon in der DAP finden sich alle diejenigen reaktionären und rassistischen Auffassungen, die Hitler später zum Bestandteil seiner Propaganda machte: Die Kampfansage an die Republik der „Novemberverbrecher“ und an den „Bolschewismus“, gepaart mit dem Versprechen, einen „anderen“ Sozialismus aufbauen zu wollen; der aggressive Antisemitismus, mit dem der „großkapitalistische Jude“ als Ursache von Not und Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit verteuelt wurde, zugleich aber die Forderung, das „deutsche“ Kapital zu schützen; die Verknüpfung von Antibolschewismus und Antisemitismus in dem demagogischen Schlagwort vom „jüdischen Bolschewismus“ und schließlich die Zauberformel, Arbeiterklasse und „produktives Bürgertum“ könnten, so sie sich zusammenschlossen, diesen „Volksfeind“ bezwingen und darauf den Wiederaufstieg Deutschlands gründen. (Dok. 2-3)

Am 24. Februar 1920 konstituierte sich aus der DAP heraus die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP). Ihr am gleichen Tag beschlossenes 25-Punkte-Programm war ein Konglomerat verschiedenster und keineswegs neuer Ideen. Seine chauvinistischen (Punkt 1-3) und antisemitischen (Punkt 4-8) Vorstellungen waren den Leitgedanken der reaktionärsten Strömungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entnommen. Mit seinen diffusen antikapitalistischen Forderungen (Punkt 11-18) griff es die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen auf, postulierte aber zugleich ein fiktives „Gemeinwohl“ aller, das die tatsächlichen Gegensätze in der Gesellschaft verschleiern sollte. (Dok. 4)

Hitlers Dienstvorgesetzter im Bayrischen Reichswehrgruppenkommando war zufrieden, daß „unter dieser Fahne“ schon recht viele Anhänger geworben werden konnten und äußerte zugleich seine Zuversicht, die unklaren Programmpunkte würden von ihm und seinen Leuten schon ergänzt werden. (Dok. 5)

Nach erheblichen innerparteilichen Kontroversen wurde Adolf Hitler am 29. Juli 1921 zum Parteivorsitzenden gewählt. Zu einem seiner wichtigsten Programmatiker avancierte der ebenfalls aus der DAP stammende Gottfried Feder, der in zahlreichen Schriften die politischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NSDAP erläuterte. Seine Ausführungen zum Parteiprogramm der NSDAP lassen zweifelsfrei erkennen, daß die angeblich „antikapitalistischen“ Punkte lediglich ein Mittel darstellten, um Wähler und Mitglieder, für diese Partei zu gewinnen, denn Feder – ebenso wie Hitler – lehnte die Enteignung „deutschen“ Eigentums an Produktionsmitteln ausdrücklich ab und bezog die Punkte 11-18 des Programms ausschließlich auf den jüdischen Kapitalbesitz. (Dok. 6-7)

Hitler seinerseits bemühte sich, wie es der Logik einer solchen Politik entsprach, schon frühzeitig um eine Kontaktaufnahme zum „deutschen“ Großkapital. In einer Rede vor dem „Hamburger Nationalklub“ empfahl er 1922 den anwesenden Großindustriellen und Bankiers seine Partei als Wall gegen den „Bolschewismus“ und begründete damit seine Forderung nach finanzieller Unterstützung für den Ausbau seines Propaganda-Apparates. (Dok. 8) Die Erweiterung des „Völkischen Beobachters“, des Zentralorgans der NSDAP, läßt darauf schließen, daß diese Unterstützung auch tatsächlich gewährt wurde.

Die NSDAP war zu jener Zeit nicht die einzige Organisation, die Zuwendungen aus großkapitalistischen Kreisen erhielt. Zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung in und nach der Novemberrevolution war eine Fülle von paramilitärischen Verbänden und Geheimbünden entstanden, die – wie eine ihrer wichtigsten, die „Antibol-[17:]schewistische Liga“ – immense Summen aus dem Großkapital erhielten. (Dok. 9) Den militärischen Stoßtrupp dieser Verbände bildeten die Freikorps. Sie rekrutierten sich aus den entlassenen Soldaten des alten kaiserlichen Heeres und standen – streng nach dem Führerprinzip ausgerichtet – unter der Leitung ehemaliger Offiziere. Freikorps und Antibolschewistische Liga waren personell und organisatorisch eng verbunden mit den reaktionären Kräften der Reichswehrführung. Terror und Mord gegen die Arbeiterbewegung, aber auch gegen vermeintliche „Verräter“ in den eigenen Reihen, waren ihr politisches Geschäft. (Dok. 10-12) Aus diesen Kreisen gingen die Männer um Hitler hervor. (Dok. 12)

Den ersten Generalangriff auf die Weimarer Republik unternahmen diese Kräfte 1920. In einflußreichen Industrie- und Bankkreisen, in der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) und in der schwerindustriellen „Deutschen Volkspartei“ (DVP) fanden die Akteure des Kapp-Putsches politischen Rückhalt und finanzielle Unterstützung. (Dok. 14-17, 19) Der Umsturzversuch scheiterte jedoch am Generalstreik von 12 Millionen Arbeitern und Angestellten. (Dok. 18)

Entgegen den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien blieben die Kapp-Putschisten – bis auf eine Ausnahme – unbestraft, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen blieben ungebrochen. Aus den Freikorps gingen die Zeitfreiwilligenverbände der „Schwarzen Reichswehr“ hervor, die, personell und organisatorisch noch enger mit der Reichswehrführung verbunden als die Freikorps, offiziell geduldet von den Weimarer Regierungen und finanziell getragen von einflußreichen Kreisen des Großkapitals, an dem Ziel festhielten, den Versailler Vertrag zu revidieren und die Rückeroberung der im ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete vorzubereiten. (Dok. 20-22)

Die Bemühungen dieser Kreise, zur Durchsetzung ihrer Ziele die parlamentarische Staatsform zu beseitigen und durch eine „starke“, an keinerlei innen- und außenpolitische Rücksichten gebundene Staatsgewalt zu ersetzen, fanden 1923 einen neuen Höhepunkt.

Bayern hatte sich zu einem Zentrum der konservativ-monarchistischen Kräfte herausgebildet, die einen Umsturz des parlamentarischen Systems anstrebten. Einer der militärischen Verbände, die aktiv die Errichtung einer Diktatur vorbereiteten, war der „Deutsche Kampfhund“, dessen Leitung Hitler 1923 übertragen wurde. Hitler selbst stand in engstem Kontakt zu General Ludendorff und den Großindustriellen Stinnes und Thyssen. (Dok. 23-24, 26)

[18:] Zwischen den verschiedenen reaktionären Gruppen und Organisationen in Bayern, als deren profiliertester Repräsentant neben den Generalen Lossow und Seisser der bayrische Generalstaatskommissar Kahr in Erscheinung trat, bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den Charakter und über den Weg zur Durchsetzung diktatorischer Herrschaftsformen. Auch im Reich selbst gab es zur gleichen Zeit – maßgeblich mitgetragen von Reichswehrchef Seeckt – starke Bestrebungen zur Errichtung einer Militärdiktatur, denn die Erfahrungen des Kapp-Putsches hatten den rechtsten Kreisen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, der Reichswehr und der paramilitärischen Verbände gezeigt, daß ein gewaltsamer Umsturzversuch nicht gelingen konnte.

Die Kreise um Kahr warteten in Bayern die Entwicklung im Reich ab. Als der „Deutsche Kampfhund“ in der Nacht zum 9. November zum Marsch auf die Feldherrnhalle antrat, schlossen sich die meisten übrigen paramilitärischen Verbände ebenso wenig an wie die Reichswehr; sie setzten auf Seeckt, der noch in der gleichen Nacht zum faktischen Regierungschef ernannt wurde und dem Reich eine Militärdiktatur aufzwang. (Dok. 25, 26)

Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch nach acht Monaten aus der Haft entlassen. (Dok. 27) Gleich nach seiner Entlassung widmete er sich der Reorganisation der mittlerweile stark zersplitterten NSDAP. Seine Kontakte zum Großkapital – insbesondere zur Schwerindustrie und zum Großgrundbesitz – vermochte er seit 1926 erheblich auszuweiten. (Dok. 28-29)

Die Situation Deutschlands war 1924-1928 geprägt durch eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch einen umfangreichen Konzentrationsprozeß im industriellen Sektor; Großkonzerne wie die IG-Farben und die Vereinigten Stahlwerke, die größten ihrer Art in Europa, entstanden. Im Großkapital, in der politischen Führung und in der Reichswehrgeneralität konzentrierte man sich in der Konsolidierungsphase auf die Durchsetzung dreier Nahziele: auf die Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, auf die „Korrektur“ der Ostgrenzen und auf die Remilitarisierung. (Dok. 31-32)

Innenpolitisch waren die führenden Kräfte des Großkapitals bestrebt, die konjunkturelle Aufschwungphase für sich zu nutzen; sie befürworteten – nicht ohne gleichzeitige „Maßhalteappelle“ an die Gewerkschaften (Dok. 30) – eine flexible Politik, um die Integration der Lohnabhängigen zu erreichen und Arbeitskämpfe zu verhindern. Es ging, wie der Braunkohlen-Industrielle Paul Silverberg 1927 [19:] formulierte, vor allem darum, „auf irgendwelchen Wegen die Arbeiterschaft vor unseren Wagen“ zu spannen und zu diesem Zweck eine Politik der Kooperation mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu betreiben. (Dok. 35-37)

Die Forderung nach einer starken Staatsgewalt verstummte allerdings auch in der Konsolidierungsphase nicht. (Dok. 33) Mit der Gründung des „Bundes zur Erneuerung des Deutschen Reiches“ 1928 durch den ehemaligen Reichskanzler und späteren Reichsbankpräsidenten Hans Luther schufen sich die führenden Kreise des Großkapitals und des Großgrundbesitzes eine Organisation zur Koordinierung und Propagierung der Verfassungs„reform“pläne. (Dok. 34)

Will man die Frage beantworten, weshalb seit den späten zwanziger Jahren Hitler und seine Partei wachsende Unterstützung aus der Schwerindustrie, aus dem Bankkapital und aus dem Großgrundbesitz erhielten, darf man auch das Verhältnis dieser Kreise zu den bürgerlichen Parteien und Regierungen nicht unberücksichtigt lassen.

Die Weltwirtschaftskrise, von der Deutschland besonders scharf betroffen wurde (Dok. 38-41), die aber den größten Konzernen immer noch erhebliche Gewinne beließ (Dok. 42-43), vereinigte das großkapitalistische Lager in der Forderung, das „Steuer umzulegen“ und die deutsche Wirtschaft von allen „unwirtschaftlichen Hemmungen“ zu befreien. (Dok. 44, 47, 48) Eine offensive Lösung der Krise auf Kosten der Lohnabhängigen, die ungehemmte Durchsetzung großkapitalistischer Interessen waren – den Worten leitender Industrieller zufolge – nur durch die totale Zerstörung demokratischer Rechte und den Übergang zu diktatorischen Formen der Herrschaftsausübung zu gewährleisten. (Dok. 45)

Die Frage, wie man die Krisenlasten abwälzen sollte, war im Reichsverband der Deutschen Industrie, dem industriellen Dachverband, allerdings strittig. Sein Vorsitzender Carl Duisberg schlug eine Neubelebung der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft“, eines Gremiums von Unternehmer- und Arbeitervertretern zur Beilegung von Arbeitskämpfen, vor, die nichts anderes darstellte als einen Frontalangriff auf gewerkschaftliche Rechte und sozialpolitische Errungenschaften, diesen jedoch als „gemeinsame Aufstiegsarbeit“ von Arbeitern und Unternehmern zu tarnen versuchte. (Dok. 46)

Mit der Ernennung Heinrich Brünings zum Reichskanzler stand ein Mann an der Spitze des Staates; der den Forderungen des Großkapitals weitgehend nachkam und mittels Notverordnungen im [20:] Verlauf seiner Regierungszeit das Parlament völlig ausschaltete. (Dok. 49) Politisch unterstützt vor allem von dem Chemiekonzern IG-Farben, der mit seinen leitenden Managern Paul Moldenhauer, Hermann Warmbold und Hermann Dietrich die Finanz- und Wirtschaftsminister Brünings stellte, fand Brüning zunächst die Zustimmung der Mehrheit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der seine Maßnahmen jedoch nur als „ersten Schritt“ bewertete. (Dok. 51)

Bereits wenige Monate nach Übernahme der Kanzlerschaft bemühte sich Brüning in Verhandlungen mit Hitler um taktische Absprachen mit der NSDAP, die er zur Tolerierung seiner Politik veranlassen und mit der er gemeinsam die Verfassungs„reform“ realisieren wollte. (Dok. 50)

Der Versuch scheiterte; Hitler war nicht bereit, durch eine Tolerierung Brünings eine Beschränkung seiner demagogischen Massenpropaganda hinzunehmen. Das Präsidialkabinett Brüning blieb zeit

seines Bestehens angewiesen auf die Tolerierung durch die Sozialdemokratie, deren Zustimmung zur Regierungspolitik mit geringfügigen Zugeständnissen erkaufte wurde. (Dok. 56) Zwar schienen solche Zugeständnisse notwendig als „Rückversicherungsprämie gegen den Straßenkampf“ – d. h. zur Verhinderung eines gemeinsamen Vorgehens von Sozialdemokraten und Kommunisten (Dok. 57) – sie schränkten andererseits aber auch den Handlungsspielraum für die Durchsetzung rechter Politik ein und veranlaßten daher das Großkapital zu wachsender Kritik, die vor allem in der Schwerindustrie und bei den Großgrundbesitzern, die von Brüning eine Verstärkung der „Osthilfe“ forderten, seit 1931 zur offenen Opposition eskalierte. (Dok. 53)

Das von der NSDAP, der Deutschnationalen Volkspartei und dem Stahlhelm organisierte Harzburger Treffen, dem mehrere Vertreter der Schwerindustrie beiwohnten, war eine Kampfansage an die Weimarer Republik, verbunden mit der Forderung nach einer Regierungsbeteiligung der „nationalen Opposition“. (Dok. 54) Der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der seit 1930 enge Kontakte zu Göring und Hitler unterhielt und in der Folgezeit als Mittelsmann zwischen der NSDAP und den führenden Kreisen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes eine Schlüsselposition einnahm, begründete in seiner Rede das Interesse der rechten Kreise des Industrie- und Bankkapitals an der „nationalen Opposition“ und verlangte die „Rettung“ vom Weimarer „System“. (Dok. 55)

[21:] Die Tolerierung Brünings durch die SPD, deren Führung die Duldung der „stillen Diktatur“ als einzig wirksame Abwehrmöglichkeit des Faschismus zu rechtfertigen versuchte und den Wählern der NSDAP die Schuld für ihre rechte Politik zuschob (Dok. 58-59), trug keine Früchte. Im Gegenteil: Die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, die ein Mindestmaß an materiellen Zugeständnissen und demokratischen Rechten erforderte und dadurch die ungehinderte Durchsetzung großkapitalistischer Zielvorstellungen behinderte, führte zur Ersetzung Brünings durch Franz von Papen, dessen Kabinett nicht mehr von der Sozialdemokratie, sondern nunmehr von der NSDAP toleriert wurde (Dok. 60).

Papens Kabinett setzte fast ohne Abstriche die Forderungen der Großkonzerne und der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer durch. Unmittelbar nach seiner Ernennung zum Kanzler hatte eine Abordnung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) Papen die Forderungen der Großindustrie vorgetragen. (Dok. 62)

Am 20. Juli 1932 setzte Papen die demokratisch gewählte, sozialdemokratisch geführte Landesregierung von Preußen durch einen Staatsstreich ab; Preußen wurde der Reichsregierung unterstellt. (Dok. 63-65) Damit erfüllte Papen die langjährige Forderung rechter Kreise nach einer Verwaltungs- und Verfassungsreform, wie sie der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ seit Jahren propagierte und wie sie auch in der RDI-Denkschrift nochmals erhoben wurde. Durch den Staatsstreich gegen Preußen hatten die rechten Kräfte, in Absprache mit der NSDAP (Dok. 66), das größte und ökonomisch bedeutendste Land des Reiches, das über starke, republikfreundliche Polizeikräfte verfügte, in ihre Gewalt gebracht.

Mit den September-Notverordnungen erfüllte Papen die zweite Hauptforderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nach drastischen Lohnsenkungen, Sozialabbau und einer Aufhebung der Tarifautonomie. (Dok. 67)

Seine Maßnahmen stießen auf den Widerstand der organisierten Arbeiter. Bei den Reichstagswahlen im November erhielten die das Papen-Kabinett stützenden Parteien nur eine verschwindende Minderheit an Stimmen. Ohne massenpolitische Abstützung auf zumindest einen Teil der Bevölkerung ließ sich eine diktatorische Herrschaft wie die Papens auf Dauer nicht absichern. Zurück zum „Weimarer System“ mit seinen demokratischen und parlamentarischen Rechten wollten die führenden Kreise im Großkapital, im Großgrundbesitz und in der Reichswehr nicht; sie bereiteten den Übergang zu ganz anderen Formen der Herrschaftsausübung vor.

[22:] Seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise waren Hitler und seine Partei für einflußreiche Kräfte des Großkapitals und des Großgrundbesitzes zunehmend interessanter geworden. (Dok. 68-73) Die NSDAP war – finanziell und politisch unterstützt von einem Teil der Schwerindustrie, der Banken und der Großagrarien – zu einer Massenpartei aufgestiegen, denn viele von Existenzangst

bedrohten oder am Rande des Existenzminimums lebende Menschen (Dok. 74-81) versprachen sich von ihr einen Ausweg aus ihrer Situation.

Der gesamte Propaganda-Apparat der NSDAP war seit ihrer Gründung darauf ausgerichtet, die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen aufzugreifen, an ihre Forderungen nach einer Einschränkung der Macht des privaten Kapitals anzuknüpfen und sie in die gewünschte, für das Großkapital unschädliche Richtung zu lenken. Das Hauptziel der NSDAP, das Hitler bereits 1922 vor Vertretern von Kapital und Großgrundbesitz erläutert hatte (Dok. 8), bestand darin, sich eine Massenbasis in den Reihen der Arbeiterklasse zu organisieren. Nicht zufällig führte die NSDAP daher das Wort „sozialistisch“ in ihrem Namen. Den Arbeitern sollte glauben gemacht werden, die NSDAP sei eine „sozialistische“ Partei, eine Taktik, die Hitler auf den treffenden Begriff brachte, man könne Gift nur durch Gegengift brechen. (Dok. 82)

Zur Irreführung der Massen erfand man einen „Sozialismus“ eigener Prägung, einen „deutschen Sozialismus“, der mit den sozialistischen Zielvorstellungen der Arbeiterbewegung nicht das geringste gemein hatte. (Dok. 83-85) Mit Hilfe dieses Propagandamittels sollten die Arbeiter von den tatsächlichen sozialistischen Organisationen wegorientiert, die Arbeiterbewegung gespalten werden. Anstelle der Erkenntnisse und Erfahrungen der Arbeiterbewegung, daß zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen objektive Interessengegensätze bestünden, die nur durch den politischen Kampf zugunsten der abhängig Beschäftigten ausgetragen werden könnten, versuchte die NSDAP die Lohnabhängigen mit ihrer „Volksgemeinschaftsideologie“ einzufangen, die ihnen angeblich gemeinsame Interessen von Unternehmern und Arbeitern suggerierte und damit vom Kampf um die eigenen Forderungen abhalten sollte.

Ständige Differenzen gab es innerhalb der NSDAP-Führung um die Frage, welche der beiden Namenskomponenten, das „nationale“ oder das „sozialistische“ Element, in der Massenagitation stärker zu betonen sei. (Dok. 83-84) Eine tatsächliche sozialistische Umgestal-[23:]tung der Gesellschaft war nicht vorgesehen, denn dies hätte die Enteignung von Großkapital und Großgrundbesitz, die Kontrolle und Leitung der Produktionsmittel durch die Lohnabhängigen und die Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse bedeutet, ein Weg, den die Programmatiker der NSDAP nicht nur ausdrücklich ablehnten, sondern den sie in ihrer Agitation gegen die Arbeiterbewegung auch schärfstens bekämpften. (Dok. 6-7, 85)

Das Ziel und die politische Funktion der Parole vom „deutschen Sozialismus“, die Arbeiterbewegung vom Kampf um tatsächliche sozialistische Forderungen abzuhalten, an die NSDAP zu binden und die Lohnabhängigen dadurch zu spalten, wurde von den großindustriellen Presseorganen ausdrücklich begrüßt. (Dok. 86) Die „positiven Möglichkeiten“, die die NSDAP in dieser Hinsicht bot, ließen sie in wachsendem Maße zu der Partei werden, derer man sich zur „Rekonsolidierung“ der eigenen Machtpositionen und zur Durchsetzung seiner expansiven Ziele zu bedienen gedachte. (Dok. 87)

Ein nennenswerter Einbruch in die Industriearbeiterschaft gelang der NSDAP mit ihren „sozialistischen“ Parolen jedoch nicht. Hitler konzentrierte sich daher im Verlauf der Weltwirtschaftskrise bei seinen Auftritten zunehmend auf die Gewinnung kleinbürgerlicher Schichten – mit Erfolg. Bei den Reichstagswahlen von 1930 erhöhte die NSDAP ihre Mandate von 12 auf 107. Ihre Wähler entstammten vor allem den Mittelschichten; Gewerbetreibende, Einzelhandelskaufleute und Kleinunternehmer, aber auch Beamte und Lehrer erwiesen sich als besonders anfällig für die faschistische Propaganda. (Dok. 97-100)

Hitler verstand es, den unspezifischen Haß der gewerblichen Mittelschichten auf „das Kapital“, das ihre ökonomische Existenz unmittelbar bedrohte und das ihnen täglich sichtbar in Form von Kaufhäusern am Ort oder von Großbanken, deren Kredite sie nicht bezahlen konnten, vor Augen stand, demagogisch aufzugreifen und gegen die Juden zu lenken, die aufgrund besonderer historischer Entwicklungen in Deutschland (Juden war jahrhundertlang der Besitz von Land verboten) relativ häufig als Inhaber von Kaufhäusern und Banken anzutreffen waren. Durch „Sinnfällige Beispiele aus der nächsten Umgebung“ die „handgreifliche Berechtigung“ des Antisemitismus zu veranschaulichen, so lautete das Patentrezept, um den „Antikapitalismus“ in den Antisemitismus umzumünzen und

dadurch unschädlich zu machen. (Dok. 88, 90) Der Antisemitismus erfüllte zugleich eine wichtige integrative Funktion, konnte das „jüdische Leihkapital“ doch als gemeinsamer Feind des gesamten [24:] Volkes, des Arbeiters ebenso wie des Großunternehmers, ausgegeben werden.

Durch einen weiteren simplen Trick wurden die angeblich „antikapitalistischen“ und antisemitischen Parolen mit „antibolschewistischen“ oder „antimarxistischen“ Losungen verknüpft, indem der „Marxismus“ – und damit waren alle Strömungen und Organisationen der Arbeiterbewegung gemeint – als Machwerk des internationalen Judentums dargestellt wurde. Dieses absurd anmutende dreigesichtige Feindbild: Jude – Kapitalist – Marxist erfüllte eine durchaus rationale Funktion (Dok. 96), sollte es doch die Aggressionen gegen das Kapital und die kapitalistische Gesellschaftsordnung gegen die Juden kanalisieren und zugleich den. eigentlichen politischen Gegner des Großkapitals, die Arbeiterbewegung, diskriminieren und politisch ausschalten.

Trotz ihrer Propaganda, die sich vor allem in der Weltwirtschaftskrise gezielt an die Bauern und an die Gewerbetreibenden wandte (Dok. 88-89, 91), vermied es die NSDAP auf Anraten Hjalmar Schachts, den Massen ein detailliertes Wirtschaftsprogramm mit präzisen Forderungen zu unterbreiten, um die Zahl der „Interessenten“ nicht einzuschränken. (Dok. 93)

Hitler und die führenden Vertreter der NSDAP dachten entgegen ihrer Propaganda nicht im entferntesten daran, die bei den Massen geweckten antikapitalistischen Hoffnungen zu erfüllen. Sie verachteten die Massen, derer sie sich als Stimmvieh bedienten (Dok. 96) und versicherten den Repräsentanten des Industrie- und Bankkapitals, die fürchteten, die Massen könnten der NSDAP-Führung entgleiten und die Einlösung der „sozialistischen“ Programmpunkte fordern, ihre antikapitalistischen Parolen hätten lediglich eine agitatorische Funktion. (Dok. 94-95)

Weder die Interessen der Arbeiter und Angestellten noch die der Mittelschichten fanden Eingang in die Politik der NSDAP. Hitler und die NSDAP-Führung mühten sich ausschließlich darum, ihre wirtschaftspolitische Programmatik auf die Zielvorstellungen des Großkapitals abzustimmen und unklare Programmpunkte im Sinne großkapitalistischer Interessenvertretung zu präzisieren. (Dok. 101-103) Um Bedenken großindustrieller Kreise (Dok. 104-106) endgültig auszuräumen, wurde der „Keppler-Kreis“ ins Leben gerufen, eine Koordinationsstelle großkapitalistischer und faschistischer Ziele und Interessen. (Dok. 107-108) Er sorgte zunächst für die Unterbindung mißliebiger, den Vorstellungen des Großkapitals zuwiderlaufender Äußerungen (Dok. 109) und setzte sich nach den [25:] Novemberwahlen 1932 für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein.

Unterhalb dieser zentralen Ebene gab es konkrete Absprachen großer Konzerne mit Hitler. Die IG-Farben, die bis Anfang 1932 Brüning unterstützt hatten, versicherten sich im Sommer 1932 der Unterstützung Hitlers für ihre Großproduktion von synthetischen Rohstoffen. (Dok. 110) Wie sehr die Interessen der Großkonzerne und Großbanken insgesamt mit denen der NSDAP übereinstimmten, zeigt ein Blick auf programmatische Äußerungen beider Seiten. (Dok. 111-118)

Die Reichstagswahlen vom November 1932 brachten der NSDAP einen Verlust von zwei Millionen Wählerstimmen und einen Rückgang ihrer Mandate von 230 auf 196. (Dok. 119) Der Höhepunkt ihres Masseneinflusses war – wie von großindustrieller Seite festgestellt wurde – überschritten, ein neuer konjunktureller Aufschwung, der eine Verstärkung gewerkschaftlicher Aktivitäten nach sich ziehen mußte, bahnte sich an, die Rückkehr zu parlamentarischen Regierungsformen war notwendig, da der alle reaktionäre Maßnahmen rechtfertigende Verweis auf die Krise entfiel. In dieser Situation ging es für die rechten Kreise des Großkapitals und des Großgrundbesitzes um die grundsätzliche Alternative: Rückkehr zum „Weimarer System“ oder Errichtung der faschistischen Diktatur. (Dok. 120-121, 128)

Die Machteinsetzung Hitlers zu diesem Zeitpunkt war für diese Kräfte die letzte Möglichkeit, die parlamentarische Demokratie endgültig zu zerstören und mittels der faschistischen Diktatur ihre seit langem verfochtenen Hauptinteressen – Aufrüstung, ökonomische Expansion, „Rückeroberung“ verlorenen Gebiete und Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter deutscher Führung, Entrechtung der Lohnabhängigen – durchzusetzen. In einer Eingabe an den Reichspräsidenten

Hindenburg forderten namhafte Vertreter der Schwerindustrie, der Großbanken und der Großlandwirtschaft die sofortige Machtübergabe an Hitler. (Dok. 122-125)

Noch waren jedoch nicht alle Widersprüche und Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppierungen des Großkapitals gelöst. Zur gleichen Zeit zog man auch andere Möglichkeiten und Formen diktatorischer Herrschaftsausübung in Erwägung. Eine Studie der Reichswehrführung vom November 1932, in der die Möglichkeiten einer Militärdiktatur auch ohne die NSDAP getestet wurden, kam jedoch zu dem Ergebnis, daß die Reichswehr zur militärischen Sicherung einer Diktatur außerstande sei. (Dok. 126)

[26:] Einen anders gearteten Versuch diktatorischer Herrschaft versuchte das letzte Kabinett der Weimarer Republik unter dem ehemaligen Reichswehrminister General Kurt von Schleicher zu realisieren. Gefördert vor allem durch die IG-Farben und den Eisengroßhändler Otto Wolff, wollte Schleicher in Koalition mit dem Nationalsozialisten Gregor Strasser ein System militärfaschistischer Prägung errichten, gestützt auf eine „Gewerkschaftsachse“ quer durch alle Parteien und auf einen Teil der Massenbasis der NSDAP (Dok. 127); dieser Versuch scheiterte jedoch ebenfalls.

Eine Absprache Hitlers mit Papen am 4. Januar 1933 im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder brachte die endgültige Entscheidung. (Dok. 128) Die führenden Kreise des Großkapitals und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, an deren Einigung die beiden Bankiers Hjalmar Schacht und Kurt von Schröder maßgeblichen Anteil hatten, leiteten über den Mittelsmann Papen die Machtübergabe an Hitler ein. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Seine Machteinsetzung wurde von den Repräsentanten der Großindustrie und der Großbanken begeistert begrüßt, die neue Regierung finanziell und politisch voll unterstützt. (Dok. 131-132)

Die Dokumente werden in der Regel mit Originalfundstelle und der Veröffentlichung, in der sie abgedruckt sind, zitiert. Die Zitate, die einzelnen Abschnitten vorangestellt sind, wurden den Dokumenten entnommen.

[27:]

I. Weimarer Republik und reaktionäre Strömungen 1918-1928

1. Gründung und Ziele der NSDAP

„Die Bolschewisierung Deutschlands jedoch bedeutet die Vernichtung der gesamten christlich-abendländischen Kultur überhaupt. In der voraussehbaren Erkenntnis dieser Katastrophe ... wurde ... am 5. Januar 1919 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet. Ihr Ziel heißt ganz kurz: Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung.“

Adolf Hitler im Oktober 1922

1. Hitler über seinen ersten Besuch einer Versammlung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) am 12. September 1919

Eines Tages erhielt ich von der mir vorgesetzten Dienststelle¹ den Befehl, nachzusehen, was es für eine Bewandnis mit einem anscheinend politischen Verein habe, der unter dem Namen „Deutsche Arbeiterpartei“ in den nächsten Tagen eine Versammlung abzuhalten beabsichtige, und in der ebenfalls Gottfried Feder sprechen sollte; ich mußte hingehen und mir den Verband einmal ansehen und dann Bericht erstatten.

Die Neugierde, die von seiten des Heeres damals den politischen Parteien entgegengebracht wurde, war mehr als verständlich. Die Revolution hatte dem Soldaten das Recht der politischen Betätigung gegeben, von dem nun auch gerade die Unerfahrensten den reichlichsten Gebrauch machten.

A. Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Bande, 55. Aufl., München 1933, S. 236.

[28:]

2. Aus den Richtlinien der „Deutschen Arbeiterpartei“

Die DAP ist eine aus allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation, die nur von deutschen Führern geleitet sein darf, welche alle eigennützigen Ziele zur Seite stellen, und nationale Notwendigkeiten als höchsten Programmsatz gelten lassen. [...] Die DAP Will die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zu dem Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, sofern nicht rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein unmöglich macht. Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. [...] Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern die Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen. [...] Die DAP kämpft mit aller Kraft gegen Wucherer und Preistreiberei. Gegen alle diejenigen, die keine Werte schaffen, die ohne jegliche geistige und körperliche Arbeit hohe Gewinne machen.

Dokumente der deutschen Politik, VIII, 1. Teil, 1942, S. 283 ff.. zit. nach: W. Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP. Stuttgart 1973, S. 150.

3. Aus einer Broschüre des Gründers der Deutschen Arbeiterpartei, Anton Drexler, 1919

Ich bin Sozialist wie Ihr und erstrebe die Gleichberechtigung des Handarbeiters als Staatsbürger mit allen anderen schaffenden Ständen, sowie die Vernichtung des Faulenzer- und Drohnentums und die Abschaffung arbeits- und mühelosen Gewinnes.

Ich erhoffe auch heute noch von einem wahrhaften und gerechten Sozialismus die Erlösung des Arbeiterstandes und die Befreiung der schaffenden Menschheit aus den Fesseln eines ausbeuterischen Kapitalismus.

¹ Hitlers vorgesetzte Dienststelle war die Abteilung I b/P, eine nachrichtendienstliche Abteilung im bayerischen Reichswehrgruppenkommando unter der Leitung des Hauptmann Mayr. In dieser Abteilung war Hitler als Spitzel der Reichswehr tätig. Die Versammlung der DAP fand am 12. September 1919 statt.

Aber ich bin der Überzeugung geworden, daß wir zur Erreichung dieses Zieles bisher nicht auf dem rechten Wege waren. [...]

Lernen wir doch endlich die falschen Freunde unserer Bewegung durchschauen. Der großkapitalistische Jude spielt immer den Freund [29:] und Wohltäter gegen uns; er tut es aber nur, um uns vor seinen Triumphwagen zu spannen.

Wir vertrauensselige Arbeiter sollen ihm behilflich sein, die Weltherrschaft des Judentums aufzurichten. [...]

Aber ihre Herrschaft sinkt in nichts zusammen, wenn erst alle ehrlichen Menschen die Sachlage begreifen und sich einmütig gegen den wahren Volksfeind zusammenschließen. [...]

Wir Arbeiter allein werden niemals eine so große Macht bilden, daß wir den Weltkapitalismus bezwingen können. Gehen wir aber mit dem produktiven Bürgertum zusammen, so wird uns keiner widerstehen. Dann bilden wir in allen Ländern eine erdrückende Mehrheit gegen den Wucherkapitalismus. [...]

Genossen macht die Augen auf und erkennt den wahren Feind! Laßt Euch nicht länger an der Nase herumführen! Sagt Euch los von Euren jüdischen und im Dienste Judas stehenden Führern; wählt Führer aus Eurer Mitte und wacht darüber, daß sie nicht Kapitalisten werden! Und noch eins: Erwartet nichts von dem Bolschewismus! Er bringt den Arbeitern die Freiheit nicht! [...]

Der Achtstundentag ist abgeschafft in Rußland. Arbeiterräte gibt es nicht mehr. Alles steht unter der Diktatur einiger hundert Regierungskommissare, die zu neun Zehnteln aus Juden bestehen.

Der Bolschewismus ist jüdischer Betrug!

Undatiertes Flugblatt (1921/22) nach Drexlers Broschüre von 1919 „Mein politisches Erwachen“, BA Koblenz, Sig. Schumacher 373, zit. nach: A. Tyrell, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 20-22.

4. Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 1920

Das Programm der Deutschen Arbeiter-Partei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

[30:] 2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-gesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteige-sichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.
9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.
10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen.
11. Daher fordern wir: Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.
12. Brechung der Zinsknechtschaft. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.
13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.
- [31:] 14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.¹
18. Wir fordern den rücksichtslosesten Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.
19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.
20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.
21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

¹ Zu Punkt 17 des Programms hat Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung abgegeben:
Erklärung.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von Seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig.

[33:] Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.
München, den 13. April 1928 gez. Adolf Hitler

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:
- a) Sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen.
 - b) Nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrückli-[32:]chen Genehmigung des Staats bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.
 - c) Jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.
- Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderung verstoßen.
24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.
- Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

G. Feder, Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1930. (25.-40. Aufl.) [33:]

5. Aus dem Brief des Dienstvorgesetzten Hitlers im bayrischen Reichswehrgruppenkommando, Hauptmann Mayr, an Wolfgang Kapp vom 24. September 1920 über die NSDAP

Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm [die 25 Punkte der NSDAP vom 24. Februar 1920] ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. Sicher ist nur, daß wir unter dieser Fahne doch schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich [...] die Bewegung zu stärken. [...] Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden; ein Volksredner 1. Ranges. In der Ortsgruppe München haben wir über 2000 Mitglieder, während es im Sommer 1919 noch keine 100 waren.

ZStA Merseburg, NL Kapp, Mayr an Kapp, 24. Sept. 1920, zit. nach: D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII, 1972, S. 413-414.

6. Aus Gottfried Feders Erläuterungen zum Parteiprogramm der NSDAP, Punkt 11: Brechung der Zinsknechtschaft

Trotz allem antikapitalistischen Geschrei der Marxisten, trotz den frommen Sprüchen des Zentrums, trotz dem Gezeter der Wirtschaft über Steuer- und Zinslasten – kein klares Erkennen des *Weltfeindes: des den Erdkreis überschattenden Großkapitales und seines Trägers, des Juden.*

Das Volk in allen seinen Berufsständen bekommt die Zinspeitsche zu schmecken, jeder Bevölkerungsschicht sitzt der Steuereintreiber [34:] im Nacken – aber wer wagt der *Allmacht des Bank- und Börsenkapitals* entgegenzutreten? [...]

Brechung der Zinsknechtschaft heißt hier unser Feldgeschrei. [...] Adolf Hitler hat in seinem grundlegenden Werke „Mein Kampf“ [...] die alles überragende Bedeutung dieser Frage mit folgenden Ausführungen gekennzeichnet: „[...] *Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkte des Kampfes der deutschen Nation um ihre Unabhängigkeit und Freiheit geworden.*“

Alle wirklich ernstesten Nationalsozialisten teilen diese Überzeugung, denn die Lösung dieser Frage bedeutet im Grunde genommen die ins verstandesmäßige übersetzte *Lösung der Judenfrage* [...]

Was versteht man unter „Zinsknechtschaft“?

Den Zustand der Völker, die unter der Geld- oder Zinsherrschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen.

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der *Landwirt*, der [...] Kredite aufnehmen muß, die er so hoch verzinsen muß, daß die Zinsen ihm fast den Ertrag seiner Arbeit auffressen [...]

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der *Arbeiter* [...]

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der gesamte *gewerbliche Mittelstand* [...]

In „*Zinsknechtschaft*“ befinden sich alle, die durch ihre *geistige oder körperliche Arbeit ihr Brot* verdienen müssen [...]

In „*Zinsknechtschaft*“ befindet sich der *Industrielle*, der in zähester Arbeit seinen Betrieb aufgebaut hat, ihn dann dem Zug der Zeit folgend in eine „Aktiengesellschaft“ umgewandelt hat, nun nicht mehr Herr seiner freien Entschließung ist, sondern die unersättliche Profitgier der „Aufsichtsräte und Aktionäre“ befriedigen muß – will er nicht entlassen (!) werden aus seiner eigenen Schöpfung.

Feder, S. 29-31. (Hervorh. im Original)

7. Aus Gottfried Feders Erläuterungen zum Parteiprogramm der NSDAP: Anerkennung des Privateigentums, des „schaffenden Kapitals“

Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an, und stellt es unter staatlichen Schutz, – und zwar das ehrlich erworbene und erarbeitete Eigentum. Eine grundsätzliche Erörterung kann hier nicht gegeben werden, aber wer die „Arbeit“ richtig [35:] erfaßt hat, dem kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die Arbeitserzeugnisse „Eigentum“ des Arbeitenden sein müssen. Weder kann der Schaffende begreifen, daß seine Arbeitserzeugnisse bzw. deren Gegenwerte einer unfassbaren „Allgemeinheit“, „Allen“ gehören sollen, noch will es ihm in den Sinn, daß die Früchte seiner Arbeit einem Einzelnen, dem Kapitalisten gehören sollen. So wächst aus dem richtig verstandenen Arbeitsbegriff notwendigerweise die Anerkennung des Privateigentums heraus.

Feder, S. 48-49. (Hervorh. im Original)

8. Aus einer Denkschrift Adolf Hitlers für Industrielle vom 22. Oktober 1922¹

Die Frage einer Genesung unseres deutschen Volkes ist nicht die der Genesung unserer Wirtschaft, sondern die der Wiedergewinnung jener inneren Einstellung unseres Volkes, die allein staatliche Größe, damit aber auch wirtschaftliche Wohlfahrt zu gewährleisten vermag. [...]

Solange auch nur bei einem Drittel unseres Volkes diese Verneinung des Staates und des eigenen Volkstums vorhanden ist, ist jeder Wiederaufstieg deshalb unmöglich, weil im Augenblick des von einer (angenommenen rechtsstehenden) Regierung an das Volk gerichteten Appells die innere Zerrissenheit sofort wieder zur lebendigsten Gefahr werden würde.

Tatsächlich stellt die Summe der „international-marxistisch“ eingestellten Angehörigen unseres Volkes über 40% unserer Gesamtbevölkerung dar.

¹ Die Denkschrift verfaßte Hitler offenbar im Anschluß an zwei Reden, die er 1922 im Hamburger Nationalklub vor Industriellen, Bankiers und Reichswehroffizieren hielt. (vgl. ebd., S. 46)

Eine entsetzliche Wahrheit besonders deshalb, weil in diesen 40% die aktivsten, tatkräftigsten Elemente der Nation zur Zeit vereinigt sind. [...]

Die Bolschewisierung Deutschlands jedoch bedeutet die Vernichtung der gesamten christlich-abendländischen Kultur überhaupt.

In der voraussehenden Erkenntnis dieser Katastrophe und der Unzulänglichkeit der Mittel zu ihrer Abwehr wurde vor drei Jahren, am 5. Januar 1919, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet. Ihr Ziel heißt ganz kurz: Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung.

Mittel hierzu sollen sein

1. eine unvergleichliche, genial aufgezogene Propaganda- und [36:] Aufklärungsorganisation, alle Möglichkeiten menschlicher Beeinflussung erfassend;
2. eine Organisation rücksichtsloster Kraft und brutalster Entschlossenheit, bereit, jedem Terror des Marxismus einen noch zehnfach größeren entgegenzusetzen, die sogenannte „Sturmabteilung“ der Bewegung. [...]

Soll die Bewegung also in den kommenden Kämpfen mit Aussicht auf Erfolg Volkstum, Staat und damit aber auch Wirtschaft verteidigen, so ist ihre Organisation in den oben bereits gekennzeichneten zwei Richtungen mit äußerster Schnelligkeit auszubauen. Also:

Vervollständigung und Vertiefung der Propagandaorganisation und zweitens, äußerste Verstärkung derjenigen Machtmittel, die da, wo Propaganda versagt, allein in der Lage sind, den kommenden Terror niederzubrechen, die nationale Wirtschaft in Gang zu erhalten. [...]

Was der nationalen Seite heute fehlt, ist aber in erster Linie eine Presse, die nicht nur von Mittelstand und Intelligenz gelesen wird, sondern die in volkstümlichster Auffassung den nationalen Gedanken in die ärmste Hütte hineinzutragen geeignet erscheint. [...]

Der Ausbau des Völkischen Beobachters, der zur Zeit wöchentlich zweimal erscheint, zur Tageszeitung ist eine der wesentlichsten Aufgaben des Augenblicks. [...]

(Es folgt eine detaillierte Kostenaufstellung für: A. den Ausbau des Völkischen Beobachters durch Einrichtung neuer Geschäftsstellen und den allgemeinen Ausbau der Propagandatätigkeit und B. die Ausrüstung der Sturmabteilungen)

Gesamt-Kostenvoranschlag:

A.

1. Geschäftsstelleneinrichtungen	4.000.000 M
2. Gehaltsdepot der Geschäftsführer	3.000.000 M
3. Rotations-, Setzmaschine	3.000.000 M
4. Papiereinkauf	5.500.000 M
5. Betriebsumstellung	600.000 M
6. Wanderredner	2.000.000 M
7. Propagandamaterial	8.000.000 M
	Summe 26.100.000 M

[37:]

B.

1. Neue Geschäftsstelle	6.000.000 M
2. Lastkraftwagen	8.000.000 M
3. Betriebsstoff (Tetralit)	1.940.000 M
Betriebsstoff (Benzin)	600.000 M
4. Ausrüstung der Sturmabteilungen	8.000.000 M
5. Nachrichtendienst	600.000 M
6. Kampfschatz	2.000.000 M
	Summe 27.140.000 M

Es beträgt somit das Gesamterfordernis zu einem augenblicklich durchzuführenden großzügigen Ausbau der Bewegung:

53.240.000 Mark,

das sind in Friedenswährung rund 95.000 Mark,

ein lächerlicher Betrag einer Sache gegenüber, die so oder so von größter Bedeutung für die Zukunft unseres Vaterlandes sein wird. [...]

Vollständiger Wortlaut der Denkschrift bei Tyrell, S. 45-55.

[38:]



„Na, dann prosit, Herr Generaldirektor, auf ein glückliches neues Spiel!“

[39:]

2. Soziales und politisches Umfeld der NSDAP

a) „Antibolschewistische Liga“ und Freikorps

9. Aus den Erinnerungen des Organisators der „Antibolschewistischen Liga“, Eduard Stadtler

Am gleichen Tag fand die nicht minder bedeutsame Sitzung des Führertums der Wirtschaft im Flugverbandshaus statt. Als ich Punkt 4 Uhr nachmittags im kleinen Saal erschien [...], waren etwa 50 Herren da: Hugo Stinnes selbst, Albert Vögler, Ernst Borsig, Siemens, Geheimrat Deutsch, Mankiewitz, Salomonsohn, Gen.-Direktor Otto Henrich usw., die ganze „haute volée“ der Industrie-, Handels- und Bankwelt. [...] Als einziger Punkt auf der Tagesordnung stand: Referent Dr. Eduard Stadtler über „Bolschewismus als Weltgefahr“. [...] Ich ließ nun eine Kampf- und Mahnrede auf die 50 Herren niedersausen, wie sie es in dieser Form wohl ihr ganzes Leben hindurch noch nicht vernommen hatten. [...] Alle waren sichtlich betroffen. Da erhob sich in der Ecke rechts hinter mir ein kleiner Mann [...] Ich kannte ihn nicht, aber die Anwesenden zeigten mir sofort durch ihr Verhalten, daß sie ihn nicht nur kannten, sondern respektierten, irgendwie als Autorität empfanden. Es war Hugo Stinnes. In die geheimnisvolle Stille des Saales hinein sagte er mit einem Minimum von rednerischem Aufwand, aber mit einer sehr klaren und bestimmten Stimme: „Ich bin der Meinung, daß nach diesem Vortrag jede Diskussion überflüssig ist. Ich teile in jedem Punkte die Ansicht des Referenten. Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden. [...] Die „historische“ Summe ward auch am gleichen Tag bewilligt. [...] Die Gelder wurden auf dem Wege einer freiwilligen Selbstbesteuerung durch die Industrie-, Handels- und Bankorganisationen auf die gesamten deutschen Unternehmungen umgelegt. [...]

Der sogenannte „Antibolschewistenfonds“ floß nun durch alle möglichen Kanäle in die Anfang Januar 1919 einsetzende gewaltige antibolschewistische Bewegung: „Generalsekretariat zum Studium [40:] und zur Bekämpfung des Bolschewismus“, „Antibolschewistische Liga“, „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“, „Bürgerratsbewegung“, „Werbebüros für die Freikorps“, „Selbstschutzorganisationen“, „Studentenarbeitsstellen“. Bis in die Kassen der aktiven Truppen, ja bis in die Kassen der sozialdemokratischen Partei hinein!

E. Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 46-49.

10. Eduard Stadtler über die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Es war mir klar: Die Einmarschaktion der „Noske-Truppen“ drohte unheilvoll zu werden, da Noske in dem von mir geforderten Sinne als Künstler-Staatsmann versagte. [...] Dies Versagen war deshalb gefährlich, weil auf der spartakistischen Gegenseite Persönlichkeiten von großem politischem Format operierten, Kraft- und Künstlernaturen, vor allem Rosa Luxemburg und Karl Radek. Es mußte etwas geschehen, um die in diesen Persönlichkeiten liegenden Umsturz- und Zusammenbruchsgefahren zu beseitigen.

Siebel war vom Krieg her mit dem Adjutanten Pflugk-Hartung von Major Pabst, dem Stabschef der Gardekavallerie-Schützendivision, bestens bekannt. [...] Ich setzte ihm [Major Pabst] auseinander, daß die militärische Einmarschaktion etwas Halbes sei. Berlin sei zwar für den Augenblick frei, aber das Reich sei in Aufruhr, die Regierung stiere nur auf die Nationalversammlung [...]; das Parlament könne uns Frontsoldaten gestohlen bleiben, auf Männer und Taten käme es an; wenn auf unserer Seite vorerst keine Führer zu sehen seien, dann dürfte wenigstens die Gegenseite auch keine haben. [...] Major Pabsts Augen glänzten.

Das war andere Musik, als er sie täglich zu hören bekam. Er stand auf, drückte mir soldatisch die Hand und sagte nur: „Ich danke Ihnen sehr, auf mich können Sie sich verlassen.“ Ein Mann, ein Wort. Wenige Tage darauf, am 15. Januar, hatten die Mannen Major Pabsts, die Brüder Pflugk-Hartung und der Husar Runge, die beiden führenden Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt.

Stadtler, S. 51-52.

[41:]

11. Aus dem Bericht eines Zeugen über die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919

[...] Beide waren von Angehörigen der Bürgerwehr [...] verhaftet [...] worden. Nach kurzem Verhör war die Überführung nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit angeordnet worden. Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden getrennt abtransportiert. Schon beim Verlassen des Hotels wurde Liebknecht von dem postenstehenden Jäger Otto Runge mit dem Gewehrkolben so über den Kopf geschlagen, daß das Blut lief. Im Tiergarten wurde Liebknecht aufgefordert, das Auto, angeblich wegen einer Panne, zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit soll er versucht haben, zu fliehen. Da er auf Anruf nicht Halt gemacht haben soll, wurde nach militärischer Regel auf ihn geschossen. Von mehreren Schüssen getroffen, fiel er tot nieder. Der die Eskorte führende Kapitänleutnant Pflugk-Hartung meldete den Vorfall amtlich [...]

Noch schlimmer verfuhr die entmenschte Soldateska mit Rosa Luxemburg, die, durch Mißhandlungen bereits ohnmächtig geworden, im Auto durch einen Schuß getötet wurde. Der Oberleutnant Kurt Vogel lieferte die Leiche nicht ab, sondern ließ sie in der Nähe der Corneliusbrücke in den Landwehrkanal versenken, wo sie erst nach Wochen gehoben wurde.

Das ist der Sachverhalt, der aber erst allmählich festgestellt wurde. Die erste amtliche Darstellung, nach der eine über die Spartakisten erbitterte Menge die Hauptschuld an den Mißhandlungen getragen haben sollte, enthielt bewußt falsche Angaben der schuldigen Militärs.

Die angestellte Untersuchung gegen die schuldigen Militärs – Zivilpersonen kamen, wie sich bald ergab, für die Tat nicht in Betracht – fand vor dem Gericht der Gardekavalleriedivision statt. [...]

Als Gerichtsherr fungierte General Hoffmann, als Untersuchungsrichter Kriegsgerichtsrat Jörns. [...] Jörns beantragte gegen die vier Offiziere, die geschossen hatten, die Todesstrafe wegen Mordes. Das Gericht sprach aber die Angeklagten frei. Die Indizien für eine Verabredung zur Ermordung Karl Liebknechts schienen dem Gericht für eine Verurteilung nicht auszureichen. Der Oberjäger Runge, der mit dem Kolben die beiden Opfer mißhandelt hatte, erhielt zwei Jahre Gefängnis, Oberleutnant Vogel wegen Beiseiteschaffung einer Leiche und wissentlich falscher Dienstmeldung zwei [42:] Jahre vier Monate Gefängnis. Vogel gelang es mit Hilfe eines falschen Passes nach Holland zu entfliehen.

Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken, hrsg. v. J. Hohlfeld, Bd. III: Die Weimarer Republik 1919-1933, Nachdr. Amsterdam 1973, S. 13-14. (Zit.: Hohlfeld, Bd. III)

12. Aus dem autobiographischen Bericht von Rudolf Höß, späterer Kommandant von Auschwitz, über die Freikorps und einen von ihm begangenen Fememord¹

Die Freikorps der Jahre 1918 bis 1921 waren eine eigenartige Zeiterscheinung. Die jeweilige Regierung benötigte sie, wenn es an den Grenzen oder im Reichsinnern wieder einmal brannte und die Polizeikräfte bzw. später die Reichswehr nicht ausreichten oder aus politischen Gründen nicht in Erscheinung treten durften. Sie verleugnete sie, wenn die Gefahr beseitigt war oder Frankreich scharf nachfragte. [...] Die Angehörigen dieser Freikorps setzten sich zusammen aus Offizieren und Soldaten, die, aus dem Weltkrieg zurückgekommen, den Anschluß an das bürgerliche Leben nicht mehr finden konnten, aus Abenteurern, [...], aus Arbeitslosen [...] und aus jungen begeisterten Freiwilligen [...] Sie waren alle, ausnahmslos, auf die Person des Führers ihres Freikorps eingeschworen. [...]

Da die Regierung das Vorhandensein von Freikorps leugnen mußte, konnte sie auch Verbrechen, die in den Reihen dieser Verbände begangen wurden, wie Waffendiebstähle, Verrat militärischer Geheimnisse, Landesverrat usw. nicht verfolgen, nicht ahnden. Es entstand so in den Freikorps und

¹ Ähnlich wie Rudolf Höß begannen auch andere führende Nazi-Funktionäre ihre politische Karriere als Fememörder in den Freikorps und militärischen Geheimbünden, so z. B. Martin Bormann, Leutnant Killinger, der militärische Leiter der „Organisation Consul“ (beteiligt am Mord an Mathias Erzberger) und Hauptmann Stennes; die beiden letzteren wurden 1929 in die zentrale SA-Leitung berufen. (vgl. Tyrell, S. 252)

deren Nachfolgeorganisationen die Selbstjustiz, nach alten deutschen Vorbildern ähnlicher Situationen, das Femegericht. Jeglicher Verrat wurde mit dem Tode bestraft. [...]

So war auch *mein* Fall zustande gekommen: Der Parchimer Fememordprozeß, in dem ich zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, als Rädelsführer und Hauptbeteiligter. – Wir hatten den Verräter Schlageters an die Franzosen totgeschlagen. [...] Ich brauche nicht zu betonen, daß ich mit dem Tod des Verräters einverstanden war [...]

[43:]

Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, hrsg. v. M. Broszat, 2. Aufl. Stuttgart 1964, S. 35-37.

13. Aus der offiziellen Denkschrift der Kriegsmarine „Der Kampf der Marine gegen Versailles“ über die Verbindung zwischen den „Vaterländischen Vereinen“, leitenden Reichswehroffizieren und Wirtschaftskreisen

Die beim Kommando der Marinestation der Ostsee ebenfalls betriebenen Aufbauarbeiten in personeller Hinsicht zielten mehr allgemein auf eine Stärkung des vaterländischen Gedankens im Volke hin. [...]

Die von dem verstorbenen Vizeadmiral a. D. Dominik erfolgte Zusammenfassung der vaterländischen Verbände in Kiel, die zum Teil zu jener Zeit erst aufgezogen wurden (Ehrhardt, Studentischer Waffenring, Stahlhelm), fand daher die volle Unterstützung des Stationskommandos [...]

Die gleiche Unterstützung erfuhren die vaterländischen Arbeitervereine [...] Hier waren Männer tätig, die unter Einsatz ihrer Person – auch in wirtschaftlicher Beziehung – an die Arbeit gingen und entgegen dem Zeitgeist und den praktischen politischen Strömungen in der deutschen Arbeiterschaft neben dem nationalen und sozialen Gedanken auch den der Wehrhaftigkeit pflegten.

Anfang 1925 gründete K.-Kapt. Schuster, geleitet von dem Gedanken, die Idee der Wehrhaftmachung und der Selbsthilfe auch in möglichst weite Kreise des noch gesund empfindenden Bürgertums hineinzuleiten bzw. sie zu kräftigen, wo sie noch bestand, die sogenannte Nordmarkhilfe. Er wurde dabei unterstützt von Marinepfarrer Müller, dem verstorbenen Handelskammerpräsidenten Andersen und dem Direktor der Kieler Bank, Glahn.

Die Nordmarkhilfe war eine Vereinigung vaterländisch und wehrpolitisch denkender Männer aus allen Städten und Berufskreisen Kiels [...] Durch Werbung der einzelnen Vertreter wuchs die Zahl der Mitglieder in den nächsten Wochen auf rund 200, von denen [44:] jeder sich verpflichtete, monatlich einen bestimmten Beitrag an die Nordmarkhilfe zu zahlen. Auf diese Weise gewann das Stationskommando weitere Mittel zur Durchführung seiner besonderen Aufgaben.

Von der Tatsache des Bestehens dieser Organisation wurden von Schuster sowohl der Chef des Stabes, der verstorbene Korvettenkapitän Meusel, wie auch der Stationschef, Konteradmiral Frhr. von Gagen, in großen Zügen unterrichtet, beide hielten sich jedoch auf seine Bitte frei von irgendeiner genaueren Kenntnis, weil sie bei der damaligen politischen Lage jederzeit imstande sein mußten, offiziell jede Mitarbeit an der unerlaubten politischen Tätigkeit des K.-Kapt. Schuster abzuleugnen.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XXXIV, S. 551-552. (Zit.: IMG)

b) Der Kapp-Putsch 1920: erster Versuch der Zerstörung der Weimarer Republik

*„Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet.“
Hugo Stinnes am 23.1.1920*

14. Schreiben der Mitteldeutschen Creditbank, Filiale Königsberg, an Wolfgang Kapp vom 8. Januar 1920

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Wunschgemäß gebe ich Ihnen nachstehend die dortigen Banken und Bankgeschäfte auf, bei denen ich gelegentlich meines dortigen Besuches vorgesprochen habe, mit dem Ergebnis bezüglich Bereitswilligkeit für unsere Bestrebungen:

1. Disconto-Gesellschaft, Dr. v. Rintelen für Dr. Moser. Die Disconto-Gesellschaft war ziemlich die einzige Bank, die sich verhältnismäßig zurückhaltend verhält.
2. Berliner Handelsgesellschaft. Dr. Jeidels war geneigt, sprach der Handelsgesellschaft jedoch bei der Angelegenheit als Berliner [45:] Lokalkbank sehr geringe Bedeutung zu.
3. Dresdner Bank. Direktor Nathan sehr geneigt.
4. Mendelssohn. Sekretariatsprokurist Stach, für seine Person ebenfalls geneigt.
5. Commers- und Discontobank. Direktor Harter ebenso wie bei der
6. Deutsche Bank. Direktor Michalowsky außerordentlich geneigt.
7. Nationalbank Direktor Goldschmidt und
8. Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Reinhart, haben sich zustimmend geäußert.
9. Bei Bleiehröder habe ich niemand sprechen können, mein schriftliches Ersuchen ist bis jetzt nicht beantwortet.
10. Die Bank für Handel und Industrie hat mir schriftlich mitgeteilt, daß sie einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt haben.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgew. u. bearb. v. E. Könnemann, G. Berthold, G. Schulze, Bd. 1, Berlin 1970, S. 55-56.

15. Aus dem Brief des Großindustriellen Hugo Stinnes an den Minister für Wiederaufbau Otto Geßler vom 23. Januar 1920

Nach unserer Unterhaltung am vergangenen Montag habe ich mir sehr reiflich überlegt, ob ich als Deutscher in dieser Zeit das Recht habe, meine Mitwirkung in Paris an den Wiederaufbau-Verhandlungen zu versagen.

Ich bin zu dem Entschluß gekommen abzulehnen [...]

Erst wenn in Deutschland das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Auswärtige Amt, das Arbeitsministerium und das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten resp. die deutschen Eisenbahnen einem einheitlichen festen Willen unterstehen, ist für mich die Möglichkeit gegeben, Aufträge entgegenzunehmen, wie Sie sie mir zugedacht hatten.

Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet. Auch England und Frankreich taten das. Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen.

Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden.

[46:] Es tut mir leid, Ihnen keine andere Entschließung mitteilen zu können, Ihrem Rufe würde ich gerne unter anderen Umständen gefolgt sein.

G. Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. v. K. Sendtner, Stuttgart 1958, S. 62-63.

16. Richtlinie Nr. 9 für die Führer der Einwohnerwehren und sonstigen nationalistischen Verbände zur Vorbereitung des Putsches, o. O., (vermutlich Februar 1920)

Das jegliche Produktivität lähmende System der derzeitigen Regierung läßt mit Sicherheit den katastrophalen Zusammenbruch voraussehen, sowohl auf den Gebieten der Verwaltung, der Kohlenversorgung als auch besonders der Ernährung und damit Hungersnöte, Bürgerkrieg, d. h. Terror des Pöbels und Aufhören jeglicher Ordnung.

Angesichts der Tatsache, daß der Bolschewismus im vorigen Jahre in Rußland an allen Fronten siegreich geblieben ist und daß die jetzige Regierung mit ihren verfehlten Maßnahmen, mit ihrer Schwäche nach innen und außen Rettung nicht bringen kann, muß ein Umschwung durch die Tat kommen. Und es gilt, diesen bis in das kleinste vorzubereiten.

Wenn der Umschwung auch in erster Linie herbeigeführt werden muß durch einheitlich organisierte Obstruktion aller nationalen Kreise, Organisationen und Wirtschaftsverbände, so ist ebenso wesentlich, daß eine neue Regierung sich nur auf eine ausreichende Macht stützen und durch sie halten kann.

Als günstiger Zeitpunkt zum Eingreifen (Gegenstoß) ist ein den Bestand der derzeitigen Regierung gefährdender spartakistischer Putsch anzusehen. Im übrigen ist es erwünscht, den Termin hinauszuschieben bis zu einem Zeitpunkt, in dem die jetzige Regierung durch die wirtschaftliche Lage im Volk noch mehr diskreditiert ist und die Aussicht auf Besserung der Notlage durch die neue Regierung die Hoffnung des Volkes belebt. [...]

Die alleinige Entscheidung über den Zeitpunkt des Handelns wird weder den leitenden Militärs noch dem anerkannten „Diktator“ übertragen, sondern letzterem wurden für diese Entscheidungen und für Anbahnung und Festigung des Einvernehmens mit anderen [47:] maßgeblichen Stellen vier weitere Herren, die besonders erwählt wurden, als mitentscheidende Gehilfen zur Seite gestellt.

ZStA Merseburg, Rep. 92 Kapp E II 4, Bl. 223-226, zit. nach: E. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin 1967, S. 393-395.

17. Besprechung im Reichswehrministerium in der Nacht vom 12. zum 13. März 1920

Im Zimmer des Reichswehrministers Noske versammelten sich kurz nach Mitternacht die leitenden Offiziere des Ministeriums, unter anderem die Generale von Seeckt, Reinhardt, von Oven und von Oldershausen, der Admiral von Trotha, Major von Gilsa als Adjutant Noskes, Major von Schleicher und als Beobachter der Reichskanzlei Ministerialdirektor Rauscher.

Der Minister berichtete über die letzten Bemühungen, mit General von Lüttwitz und Ehrhardt¹ zu einem Ausgleich zu kommen. Da diese leider vergeblich gewesen seien, mußten nunmehr die Waffen sprechen. Noske bat die anwesenden Offiziere, ihre Meinung zu äußern.

Als erster sprach General Reinhardt: „Angesichts der Kollision zwischen Fahneneid und Kameradschaft wird jedem von uns das Handeln schwer fallen. Aber dennoch müssen wir mit der Waffe in der Hand den Aufrührern sofort entgegentreten.“ [...]

Dem widersprach General von Seeckt sehr entschieden: „Es kann doch keine Rede davon sein, daß man Reichswehr gegen Reichswehr kämpfen läßt. Truppe schießt nicht auf Truppe. Haben Sie, Herr Minister, etwa die Absicht, eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor zu dulden zwischen Truppen, die vor 1½ Jahren Schulter an Schulter gegen den Feind gekämpft haben?“

Noske warf erregt ein, Seeckt wolle also die Aufrührer schützen, worauf dieser antwortete: „Keineswegs, aber ich weiß die tragischen Folgen – und vielleicht weiß ich es allein –, die der Kampf mit der Waffe haben würde. Wenn Reichswehr Reichswehr niederschlägt, dann ist alle Kameradschaft im Offizierskorps hin. Wenn das aber einträte, dann wäre die wahre Katastrophe, die mit so unendlicher Mühe am 9. November 1918 vermieden worden ist, erst richtig da.“

O. E. Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover – Frankfurt/M. 1955, S. 103-104.

[48:]

18. Aus dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes zum Generalstreik vom 13. März 1920

Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat ihr Haupt von neuem erhoben und in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Pflichtvergessene Reichswehrtruppen sind hier unter Führung meuternder Offiziere einmarschiert

¹ Vgl. Dok. 13.

und haben sich neben der vom Volke gewählten Regierung eine illegale Gewalt angemäht. Die Reaktionäre haben die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung als aufgelöst erklärt und schicken sich an, auch die Errungenschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr [...]

Lasse sich kein denkender Arbeiter, Angestellter und Beamter durch zweifelhafte Versprechungen der Putschregierung betören. Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sich nicht bis zum Äußersten verteidigen würde.

Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten. Alle Betriebe müssen stillgelegt werden.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 1, S. 118-119.

19. Aus einem Aufruf der Deutschen Volkspartei vom 13. März 1920 anlässlich des Kapp-Putsches

Die bisherige Regierung hat es nicht verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben. Sie hat sich jedem Streben, was Neubildung einer Regierung auf verfassungsmäßigem Wege durch Vornahme von Neuwahlen anlangt, widersetzt, und sie hat darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sicherung ihrer Parteimacht erstrebt. Dadurch trägt sie die Verantwortung, daß der Weg der organischen Fortentwicklung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist. Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet. Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, [49:] daß sich der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in ruhiger ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen sich jetzt in der Forderung zusammenfinden, daß die neue Regierung zunächst Bürgschaften gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit. Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Daher fordern wir die schnelle Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 1, S. 124.

c. Die „Schwarze Reichswehr“

*„Die Geldgeber (der „Schwarzen Reichswehr“) gehörten der Industrie und der Landwirtschaft an.“
Major Buchrucker, Organisator der „Schwarzen Reichswehr“ (1928)*

20. Aus den Erinnerungen des ehemaligen Reichwehrmajors Buchrucker über die „Schwarze Reichswehr“¹

Reservetruppen

Der Wehrkreis stellte also Truppen auf über das 100.000-Mann-Heer, die gesetzliche Reichswehr, hinaus. Das war durch den Versailler Vertrag verboten. [...] Die vom Wehrkreise aufgestellten Truppen werden am besten als Reservetruppen bezeichnet. Damals nannte man sie nicht so. Dieser Name wäre zu sehr aufgefallen. Je mehr die Truppen mit der gesetzlichen Reichswehr verschmolzen und je weniger über sie gesprochen wurde, desto besser war es. Die Truppe nannte sich bald selbst „Schwarze Reichswehr“. [...]

Wohl rüstete die Reichsregierung infolge der Unterzeichnung des Versailler Vertrages öffentlich ab [...] Gleichzeitig wurde aber in vielen Gegenden Deutschlands geheim gerüstet [...] Geheimbünde – vaterländische Verbände – hatten sich gebildet und die militärische Erziehung übernommen. [...]

Geldgeber

Mit den Vorbereitungen wuchs der Geldbedarf erheblich. Die Geld-[50:]geber gehörten der Industrie und der Landwirtschaft an. Die meisten Geldgeber rechneten desto mehr mit Unruhen, je schwieriger

¹ Buchrucker wurde am 30. September 1920 aus der Reichswehr entlassen und trat in den Dienst der illegalen paramilitärischen Organisation Escherich (Orgesch). Die Broschüre verfaßte er selbst in der 3. Person.

die wirtschaftliche Lage wurde; sie verloren immer mehr das Vertrauen, daß das Reich und der Staat mit ihren Machtmitteln gegen diese Unruhen schnell genug einschreiten würden, und bauten immer mehr auf die Truppen, für die sie zahlten. Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage. Einige aber faßten die Gesamtlage in das Auge und wollten die Gelegenheit benutzen, die sich zur Errettung Deutschlands aus fremder Knechtschaft bot. [...]

In den Reservetruppen wurde, entsprechend dem Geist der Zeit, immer stärker die Stimmung, die sich in den Worten entlud: „Wir hauen den ganzen Sauladen zusammen.“

Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr“ von ihrem Führer Buchrucker, Kgl.-Preuß. Major a. D., Berlin 1928, S. 6 ff.

21. Aus der Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner (SPD) vom 17. Oktober 1923 über die „Schwarze Reichswehr“¹

Zeigner schilderte, wie diese Schwarze Reichswehr in voller Uniform auf den Truppenübungsplätzen der Reichswehr garnisonierte. „Wer der Wahrheit entsprechende Mitteilungen gab, wurde verboten [...] Die deutsche Öffentlichkeit weiß von diesen Dingen und einem Volk, welches diese Dinge doch zuläßt, ist nicht zu helfen. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, daß auf der einen Seite Organisationen, die sich gegen den Staat einsetzen, aufgelöst und verfolgt werden und daß auf der anderen Seite die Mitglieder dieser Organisationen in die Reichswehr, also in das Instrument zum Schutz der Republik, eingereiht werden. [...]

Diese Organisationen sind ja zum Kampf nach außen überhaupt nicht geeignet und dafür auch gar nicht geschaffen worden. Nur zum Kampf nach innen sind sie geeignet und da bedeuten sie eine ungeheuerliche Macht. Wir haben Unterlagen darüber, wie sich die Mitglieder dieser Organisationen im Falle von inneren Unruhen verhalten wollen. Da ist bis ins kleinste jede Einzelheit dargelegt. [51:] Nur der kleinste Teil dieser Vorschriften bezieht sich auf den Kampf nach außen. Weitaus das meiste bezieht sich auf den Kampf nach innen, auf den Bürgerkrieg.“

Schüddekopf, S. 178.

22. Aus der Anlage zur Denkschrift des Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Ludwig Quidde, an den Reichstag vom 24. Februar 1926

Ende März oder Anfang April [...] fand in Gießen im Verbandshause des Arbeitgeberverbandes für Lahngau und Oberhessen eine Hauptversammlung statt, an der ich² als Vertreter der Firma E. Leitz, Optische Werke, Wetzlar, im Auftrag des Chefs der Firma, Herrn Dr. E. Leitz, teilnahm. Die Versammlung war von etwa 40 Herren besucht. Sie wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Hüttendirektor Humperdinck der Firma Buderus'sche Eisenwerke AG. in Wetzlar geleitet. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten hielt ein Herr Oberst a. D. Cooock einen längeren Vortrag, der bezweckte, die finanzielle Unterstützung der Industrie bzw. der dem Arbeitgeberverbände angehörenden Firmen für die Ausbildung von Zeitfreiwilligen der Reichswehr über den Rahmen der im Friedensvertrag von Versailles festgesetzten Ziffern hinaus zu gewinnen. Herr Oberst a. D. Cooock berief sich in seinen Ausführungen wiederholt darauf, daß er im Einverständnis mit der Heeresleitung handle. Begründet wurde die Forderung mit der Notwendigkeit, das deutsche Volk wehrhaft zu erhalten und für künftige Entscheidungen vorzubereiten, da ein wehrloses Volk sich keine Geltung in der Welt zu verschaffen vermöge. [...]

Die Zahl der ausgebildeten Mannschaften vermindere sich beständig, weshalb für Nachwuchs gesorgt werden müsse. Der Plan der Heeresleitung – Herr Oberst a. D. Cooock berief sich ausdrücklich auf diese – gehe dahin, in sechs- bis achtwöchigen Kursen Freiwillige [52:] durch die Formationen der

¹ Wegen dieser und einer weiteren Rede Zeigners am 24. September 1923 auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD wurde Ende 1923 ein Landesverratsverfahren gegen Zeigner eingeleitet, das erst 1926 eingestellt wurde. Ähnlich wie Zeigner sollten auch führende Pazifisten der Weimarer Zeit (Ludwig Quidde, Hellmut von Gerlach, Emil J. Gumbel), die Fakten über die „Schwarze Reichswehr“ aufdeckten, durch Landesverratsverfahren mundtot gemacht werden.

² Der Zeuge ist Gottlieb Schwarz; er unterzeichnete diese Niederschrift am 30.8.1924.

Reichswehr auszubilden. Die ganze Ausbildungszeit sollte mindestens ein halbes Jahr betragen, da die Anforderungen, die ein künftiger Krieg an den einzelnen Mann stellen werde, noch ungleich größer seien, als im Weltkrieg, eine kürzere Ausbildungszeit somit nicht in Frage kommen könne. Durch diese Ausbildung von Freiwilligen solle Deutschland in die Lage versetzt werden“ in einigen Jahren 35 kriegsmäßig ausgebildete Divisionen im Falle einer Mobilmachung aufzustellen. Auf jedes Wehrkreiskommando kämen, wenn ich nicht irre, fünf Divisionen. Die Kosten für diese Ausbildungskurse könnten selbstverständlich nicht in den Etat der Reichswehr gestellt werden, sondern müßten durch freiwillige Beiträge des deutschen Volkes, der einzelnen Berufsstände aufgebracht werden, mit deren Vertretungen bereits Fühlung genommen worden sei und die zum Teil bereits Zusagen gegeben hätten. Für den Bezirk des Arbeitgeberverbandes für Lahngau und Oberhessen berechnete Herr Oberst a. D. Cooock die Kosten für die ersten beiden Jahre auf etwas über 800.000 Goldmark, wovon etwa 120.000 Goldmark auf den Kreis Wetzlar und davon ungefähr ein Drittel auf die dem Arbeitgeberverband angehörigen Firmen entfallen sollten. Herr Oberst a. D. Cooock legte den Plan und seine Finanzierung in allen Einzelheiten dar und betonte noch, daß die Sache sehr eilig sei, da bereits die ersten Einberufungen zu diesen Ausbildungskursen erfolgt seien. [...]

Das Ergebnis der Aussprache war die Bildung eines Ausschusses, der über die Aufbringung der angeforderten Mittel und ihre Verteilung auf die einzelnen Firmen geeignete Vorschläge machen sollte.

Schüddekopf, S. 209-210.

[53:]

3. Der Hitler-Putsch 1923

„... die deutsche Arbeiterschaft müsse länger und schwerer arbeiten ... Deshalb ... muß ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muß die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein, und so ein Mann steht bereit.“

Hugo Stinnes zum amerikanischen Botschafter Houghton im September 1923

23. Hugo Stinnes über seine Vorstellungen zur Ausbeutung der Arbeiter (Oktober 1922)

1. Sie (die Arbeiter) werden Überstunden machen, ohne besonderen Lohnzuschlag für Überstunden; d. h., einfach als eine Verlängerung des Achtstundentages, und das so lange und in zureichendem Maße, um

a) das deutsche Handelsgleichgewicht wieder aktiv zu gestalten und zu halten, und b) die Zahlung von Zinsen und die Amortisation für eine Goldanleihe sicherzustellen, durch welche der Wiederaufbau von Frankreich und Belgien bewirkt und die Stabilisierung der deutschen Währung vorgenommen werden soll. (Details sind von Sachverständigen auszuarbeiten. Es wird hier angenommen, daß wenigstens die Arbeit von 2 Überstunden für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren gefordert werden muß.)

2. Die Regierungskontrolle über alle Zweige innerer und ausländischer Geschäftsverbindungen wird aufgehoben [...]

3. Die deutsche Mark ist sofort zu stabilisieren [...]

a) Für die Dauer von wenigstens fünf Jahren soll jeder Streik in jedem industriellen Unternehmen, das für die nationale Wirtschaft lebensnotwendig ist, verboten und als strafbare Handlung betrachtet werden. (Sachverständige haben zu entscheiden, welche industrielle Unternehmen unter die Bestimmungen fallen, und worin die Bestrafungen bestehen sollen.) [...]

c) Die deutschen Steuergesetze müssen so geändert werden, daß sie Sparsamkeit (Neigung zum Sparen) der Bevölkerung anregen, die Ansammlung von Kapital fördern, die Achtung vor dem Privateigentum wiederherstellen, während Eigentumsverbrechen außergewöhnlich strenger Bestrafung zu unterwerfen sind. (Detaillierte Vorschläge sind von Sachverständigen zu machen.)

[54:] d) Die Verwaltungskörper aller Ministerien und Regierungsabteilungen müssen auf ein Minimum reduziert werden und alle Gesetze, die seit Kriegsbeginn in Kraft getreten sind, müssen in der

Absicht überprüft werden, um festzustellen, ob. ihre Wirkung der Produktion nicht in einer oder der anderen Weise hinderlich war. (Detaillierte Vorschläge sind durch Sachverständige zu machen.)

Zit. nach: G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, 3. Aufl. Frankfurt /M. 1962, S. 52-55.

24. Aus dem Telegramm des amerikanischen Botschafters in Deutschland, Houghton, an seine Regierung über eine Unterredung mit Hugo Stinnes vom 21. September 1923

Stinnes kam Samstag nachmittag. Er sagte mir, das Ende ist da. Die Ruhr und das Rheinland müssen kapitulieren. Hierauf erörterte er die Wirtschaftslage in Deutschland, die, wie er sagte, ihren Tiefpunkt erreicht hat. Wenn Deutschland leben soll, muß die Erzeugung gesteigert werden. Fabriken und Werkstätten ständen bereit. Jedoch die deutsche Arbeiterschaft müsse länger und schwerer arbeiten. Er sagte, er glaube, daß die deutschen Arbeiter zu niedrig bezahlt wären und daß sie, wie er dächte, ihre Löhne verdoppeln und verdreifachen könnten, wenn ein normaler Zehnstunden-Arbeitstag wieder eingeführt würde. Jedoch ist er überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft auf diese Notwendigkeit nicht eingehen wird und daher hierzu gezwungen werden muß. Deshalb, sagte er, muß ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muß die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein, und so ein Mann steht bereit. Eine große, von Bayern ausgehende Bewegung, entschlossen die alten Monarchien wiederherzustellen, sei nahe. Ich fragte ihn, wie nahe – und er sagte mir, vielleicht zwei bis drei Wochen entfernt. Die Teilnehmer der Bewegung würden gern bis zur Kartoffelreife und bis zur Einbringung der vollen Ernte warten, doch war er nicht sicher, ob so viel Aufschub möglich sei. Der Bewegung, sagte er, würden sich alle Rechtsparteien anschließen und eine ansehnliche Gruppe gemäßigter Männer in der Mitte, und sie würde in erster Linie einen Kampf gegen den Kommunismus bedeuten, da der kommunistische Flügel die Arbeiter zur Opposition treiben würde. Ich fragte ihn, ob die Industriellen sich mit der Bewegung vereinen würden. Stinnes [55:] erwiderte, daß sie das würden. Ich fragte ihn, wie Frankreich die Einsetzung eines Diktators in Deutschland aufnehmen würde. Stinnes erwiderte, daß niemand um Erlaubnis gefragt werden würde. Der von Stinnes entworfene Plan ist in Kürze dieser. Um Mitte Oktober werden drei oder möglicherweise vier Millionen Menschen arbeitslos sein. Die Kommunisten werden versuchen, diese Lage zum Ausbruch einer Revolution auszunutzen. [...] Sobald die Kommunisten ihre Operationen beginnen, wird Ebert im Namen der Republik einen Mann oder, wenn möglich, ein Komitee von drei Männern als Diktator ernennen und wird die ganze militärische Gewalt unter des Diktators Befehl stellen. Von da ab wird die parlamentarische Regierung zu Ende sein. Die Kommunisten werden rücksichtslos zerschmettert werden, und wenn sie zum Generalstreik aufrufen, wird dieser ebenfalls mit Gewalt unterdrückt. Wenn alles gut geht, denkt Stinnes, wird die ganze Lage innerhalb drei Wochen nach Beginn geklärt sein. Der Sozialismus wird nach diesen Erwartungen als eine politische Daseinsform in Deutschland für immer beseitigt und die Gesetze und Verordnungen, die die Produktion hindern und keinem nützlichen Zweck dienen, werden unverzüglich widerrufen werden. Die eine Schwierigkeit, die Stinnes fürchtet, ist die Möglichkeit, daß die Bewegung durch einen Angriffsakt der Rechtsparteien ausgelöst werden könnte. Er möchte, daß die Kommunisten beginnen. Jeder andere Anfang, meint er, wird die Außenwelt gegen Deutschland einnehmen. Er meint, daß die kommunistische Aktion von Frankfurt ausgehen wird, obwohl sie auch von Sachsen oder Thüringen kommen kann, die heute unter kommunistischer Herrschaft stehen.

Stinnes schloß seine Bemerkungen mit der Feststellung, er hoffe, daß, sobald Ordnung und normale Produktion in Deutschland wiederhergestellt seien, es möglich sein werde, jeden notwendigen Kapitalbetrag vom Ausland zu entleihen.

Zit. nach: Hallgarten, S. 65-66.

25. *Aus dem Regierungsprogramm des Reichswehrchefs General Hans v. Seeckt von Mitte Oktober 1923*¹

Außenpolitik:

[...] Grundsätzliche Anerkennung der Reparationspflicht, die an der Selbsterhaltung ihre Grenze findet.

[56:] Keine neue Anerkennung des Versailler Vertrages, Festhaltung der Auffassung seines Zwangscharakters, Bekämpfung seiner Schuldunterlage.

Ablehnung eines Eintritts in den Völkerbund.

Ablehnung jeder neuen Verpflichtung über die Grenzen des Versailler Vertrages hinaus, auch bezüglich des Rheinlandes. [...]

Verschieben jeder österreichischen Anschlußpolitik bis zur gründlichen Änderung der dortigen Verhältnisse. Anstreben der Wiedererlangung von Kolonien auf friedlichem Wege [...] Festhalten an dem Recht militärischer Selbstverteidigung und ihre Vorbereitung [...]

Innenpolitik:

Niederwerfung aller gegen den Bestand des Reiches und gegen die ordnungsgemäße Reichs- und Staatsautorität gerichteten Bestrebungen durch Anwendung der Machtmittel des Reiches. Ausbau der Änderung der Reichsverfassung im föderativen Sinn. Einführung einer Reichsständekammer, in welcher die Berufsvertretung durch Wahl erscheint, neben dem Reichstag. Vereinigung der Ämter des Kanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten [...]

Wirtschaft:

Entschlossene Absage an alle marxistischen Theorien und Maßnahmen, insbesondere Aufgabe aller Sozialisierungsbestrebungen. Aufsichtsrecht des Staates über die lebenswichtige Produktion. [...] Verbot der Kartelle und Syndikate. Aufhebung der Tarifverträge. Ersatz der Gewerkschaften durch Berufskammern.

F. v. Rabenau, Seeckt – aus seinem Leben 1918-1936, Leipzig 1940, S. 360-361.

26. *Aus den Erinnerungen von Fritz Thyssen über den Hitlerputsch vom 9. November 1923*

Im Oktober 1923 [...] machte ich eine Reise nach München. Ich folgte einer Einladung des Generals Erich Ludendorff [...]

[57:] „Es gibt nur eine Hoffnung“, sagte Ludendorff zu mir, „und diese Hoffnung verkörpert sich in den nationalen Gruppen, die unseren Wiederaufstieg erstreben.“ Er empfahl mir besonders den Bund Oberland und vor allem die Nationalsozialistische Partei von Adolf Hitler. [...] Ich besuchte mehrere öffentliche Versammlungen, die von Hitler organisiert waren. [...] Einige Tage später machte ich seine Bekanntschaft im Haus von Dr. Max Erwin von Scheubner-Richter, einem jungen baltischen Adeligen [...]

München war das Zentrum all jener geworden, die Disziplin und Autorität wiederherstellen wollten. In Berlin hatte Gustav Stresemann über Kanzler Cuno gesiegt; er beendete den passiven Widerstand und bemühte sich um eine Übereinkunft mit Frankreich. Seine Politik wurde scharf angegriffen. Die Vaterländischen Verbände hielten sie für verräterisch an der deutschen Sache. [...] Schritt für Schritt nahm eine neue Politik in München Gestalt an. Wenn Deutschland schon in Stücke brach, wurde gesagt, sollte Bayern wenigstens der Hort der Ordnung bleiben [...] Die bayrische Regierung erklärte öffentlich, daß sie den Versailler Vertrag, sofern sie betroffen sei, nicht länger anerkennen werde [...]

¹ Seeckt wurde in der Nacht zum 9. November mit der vollziehenden Gewalt im Reich betraut. Zuvor hatte unter seinem Befehl die Reichswehr Sachsen und Thüringen besetzt und die aus einer Koalition von SPD und KPD bestehenden Länderregierungen abgesetzt. Am 23. Oktober wurde ein Ermächtigungsgesetz beschlossen, das der Reichsregierung die Vollmacht gab, Grundrechte der Reichsverfassung außer Kraft zu setzen; auf dieser Grundlage regierte Seeckt.

Sie verkündete den Notstand für Bayern. Die Armee-Einheiten, die in Bayern unter dem Befehl General Lossows stationiert waren, weigerten sich, die Befehle aus Berlin auszuführen und stellten sich in den Dienst der bayrischen Regierung. Als Antwort auf die Maßnahmen der Berliner Regierung gab Bayern sich eine Art Staatschef in der Person von Gustav von Kahr, der den Titel eines Generalstaatskommissars annahm. Das war fast die offene Rebellion gegen Berlin. [...]

In dieser Atmosphäre fand meine erste Begegnung mit Hitler statt. [...] Ludendorff und Hitler stimmten einer militärischen Expedition gegen Sachsen zu, um die kommunistische Regierung von Dr. Zeigner zu beseitigen.¹ Das letztendliche Ziel der vorgeschlagenen Expedition war es, die Weimarer Demokratie zu stürzen, deren Schwäche Deutschland in die Anarchie führte.

Geldmittel fehlten. [...] Er [Ludendorff] hatte bereits die Hilfe mehrerer Industrieller erbeten und erhalten, vor allem von Herrn Minoux von der Firma Stinnes. Ich für meinen Teil gab ihm ungefähr einhunderttausend Goldmark. Dies war mein erster Beitrag zur Nationalsozialistischen Partei. Diese Mittel überwies ich jedoch nicht an Scheubner-Richter, den Schatzmeister des „Kampfbundes“ (der patriotischen militärischen Organisation unter der politischen Leitung Hitlers) sondern an Ludendorff [...]

[58:] Als Vertrauter des Kronprinzen Rupprecht trat Kahr dafür ein, die Wittelsbacher Dynastie so schnell wie möglich wieder auf den bayrischen Thron zu heben. [...] Die wahren Tatsachen über den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 sind nie ganz aufgedeckt worden. Es schien, daß die führenden Köpfe jener mißglückten Revolution – Ludendorff, Kahr, Hitler und General von Lossow – jeweils unterschiedliche Intentionen verfolgten. [...]

In München wurde eine Expedition der bayrischen Reichswehr und der bewaffneten Geheimbünde beschlossen. Aber Berlin führte die Entscheidung aus. Die Reichswehreinheiten, die in Sachsen stationiert waren, erhielten den Befehl, auf Dresden zu marschieren und die Regierung Zeigner abzusetzen. [...] Nach Sachsen kam Thüringen an die Reihe. [...] Das große politische Projekt, das in München entwickelt worden war, hatte keinen Existenzgrund mehr.

Hitler entschloß sich, dennoch zu marschieren. Kahr und Ludendorff stellten sich gegen seinen Plan. [...] Ludendorff wurde erst in der letzten Minute informiert, aber er stellte sich an die Spitze der Parade, die am folgenden Morgen durch die Straßen Münchens marschierte. Das Abenteuer ging böse aus. [...] Hitler floh nach Uffing in der Nähe von München, wo er zwei Tage später verhaftet wurde.

F. Thyssen, I paid Hitler, London 1941, S. 108-116. (Übersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

27. Adolf Hitler in seinem Hochverratsprozeß 1924² zu den Zielen des Putsches von 1923

Was mir vor Augen stand, das war vom ersten Tage an mehr, als Minister zu werden. Ich wollte der Zerschneider des Marxismus werden. Ich werde diese Aufgabe lösen, und wenn ich sie löse, dann wäre der Titel eines Ministers für mich eine Lächerlichkeit. [...]

Nicht aus Bescheidenheit wollte ich damals „Trommler“ sein; das ist das Höchste, das andere ist eine Kleinigkeit [...]

Was ich bekämpfe, ist nicht die Staatsform als solche, sondern der schmähliche Inhalt. Wir wollten in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, die allein es möglich machen, daß die eiserne Faust unserer Feinde von uns genommen wird. Wir wollten Ordnung schaffen im Staatshaushalt, die Drohnen ausweisen, den Kampf gegen die internationale Börsenversklavung aufnehmen, gegen die Vertrustung unsrer ganzen Wirtschaft, den Kampf gegen die Politisierung der Gewerkschaften, und vor allem sollte wieder eingeführt werden die höchste Ehrenpflicht, die wir als Deutsche kannten, die Pflicht zur Waffe, die Wehrpflicht.

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Zweiter Teil, München 1924, zit. nach: Tyrell, S. 64-65.

¹ Vgl. Dok. 25.

² Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch bereits nach achtmonatiger Haft am 20. Dezember 1924 vorzeitig entlassen.

[60:]

4. Hitlers Werben um das Großkapital ab 1926

28. *Aus der Rede Adolf Hitlers vor den Mitgliedern des „Hamburger Nationalklubs von 1919“ am 28. Februar 1926*¹

Ewig kann das nicht weitergehen, und die Wahrscheinlichkeit eines Aufstieges kann niemals begründet liegen in der wirtschaftlichen Erhebung, denn das gibt es nicht. Politisch müssen wir uns die prinzipielle Frage vorlegen: an was ist Deutschland zugrunde gegangen? Am Nichterkennen der marxistischen Gefahr. [...]

Deutschland besitzt zur Zeit 30 oder 34 Millionen Menschen, Frauen und Männer, die über das Schicksal der Nation entscheiden, und zwar zunächst durch die Wahl. Diese 30 oder 34 Millionen selbst wieder teilen sich in drei Teile: in einen Teil, der vollkommen gleichgültig allen Dingen gegenübersteht, der sich überhaupt um nichts kümmert, politisch völlig indifferent ist, nirgends hinzuzurechnen ist. Der schadet uns sowohl in positivem wie in negativem Sinne. Dann bleibt noch der zweite Teil über. Das ist ein Teil, der an sich international oder zumindest schwach national eingestellt ist, und ein dritter Teil, der national, zum Teil auch fanatisch national eingestellt ist.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: wie groß ist die eine Hälfte, dann müssen wir sagen, sie besteht nicht nur aus den Sozialdemokraten, sondern auch noch aus der Kommunistischen Partei, umfaßt die pazifistischen Demokraten und reicht bis in das Zentrum hinein oder bis in die sogenannten Rechtsparteien hinein, was an sich nicht bereit ist, für die nationalen Belange rücksichtslos einzutreten, sondern auf internationale pazifistische Unterstützung hofft oder was an sich bewußt international, anti-deutsch eingestellt ist. Das stellt eine bestimmte Gruppe dar, und dieser Gruppe, die 14-15 Millionen umfaßt, steht eine Gruppe von 10, 12 oder 13 Millionen gegenüber, die national sein will, auch dem Temperament, der Energie und der Stärke nach. [...]

Ich möchte das auf eine einfache Formel bringen: Die Frage der deutschen Wiedererhebung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland. Wenn diese Weltanschauung nicht ausgerottet wird, wird Deutschland niemals wieder emporsteigen, sowenig Sie einen Menschen gesund machen können, solange er nicht von der Tuberkulose geheilt ist. [...]

[61:] Aus dieser Erkenntnis heraus wurde einst die Bewegung gegründet, die ich mich bemühe, großzumachen und emporzubringen. Ihre Aufgabe ist sehr eng umschrieben: die Zertrümmerung und Vernichtung der marxistischen Weltanschauung. [...]

Aber wenn heute eine neue Bewegung kommt, die sich um die breite Masse wirklich sorgt – denken Sie nicht, daß sie den Kampf anders führen kann als fanatisch sozial und gerecht eingestellt [...] Das sind die Richtlinien der sozialen Gesetzgebung: Förderung des Wohls des einzelnen in dem Rahmen, der eine Erhaltung einer unabhängigen Wirtschaft gewährleistet, und demgegenüber die Überzeugung: in dem Geschäft, in dem wir Arbeit nehmen, sind wir alle Arbeiter; jede Steigerung der Produktion kommt jedem einzelnen zugute. Der Zweck ist nicht mehr, mehr Lohn zu bekommen, sondern Steigerung der Produktion, weil dies dem einzelnen wieder zugute kommt.

Das ist die eine Voraussetzung, ohne die der Versuch, an die Masse heranzukommen, von vornherein lächerlich ist. Die zweite Voraussetzung ist: Der Masse muß wirklich ein politisches Glaubensbekenntnis geboten werden, ein Programm, das unabänderlich ist, ein politischer Glaube, der unerschütterlich ist.

Vollständiger Wortlaut der Rede bei: W. Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919. Frankfurt/M. 1966, hier Auszüge aus S. 92-93, 101, 102-104, 109.

¹ Im „Hamburger Nationalklub von 1919“ verkehrten einflußreiche Großindustrielle und Bankiers, Reichswehroffiziere, Großgrundbesitzer und Politiker. Hitler bemühte sich besonders intensiv um diesen Kreis (vgl. Dok. 8). Seit 1926 unternahm er auch Reisen ins Ruhrgebiet, bei denen er mit Industriellen und Bankiers zusammenkam.

29. *Aus dem Schreiben von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, an Walter Hewel. NSDAP-Mitglied, vom 30. März 1927 über Hitlers Vorträge vor Industriellen im Jahre 1926*

Interessieren wird Sie wohl vor allem, daß er [Hitler] im letzten Jahre drei Mal vor geladenen rheinisch-westfälisch[en] Industriellen usw. gesprochen hat, zwei Mal in Essen, ein Mal in Königswinter. Jedes Mal mit einem Erfolg wie seinerzeit im Atlantik-Hotel in Hamburg. Da er sich in seiner Rede auf ein ziemlich einheitliches Publikum einstellen konnte, vermochte er eine durchgehende Linie [62:] zu halten. Wie in Hamburg, so war auch hier die Stimmung erst ziemlich kühl, ablehnend, teils saß man mit spöttischem Lächeln dem Volkstribunen gegenüber. Ich hatte große Freude daran beobachten zu können, wie sich die Herren allmählich umstellten, wobei man ihnen ihr innerliches Sträuben anmerkte. Zum Schluß wurde geklatscht, wie diese Herren wohl selten klatschen.

Das Ergebnis war, daß bei der zweiten Essener Industriellen-Versammlung schon etwa 500 Herren der Einladung gefolgt waren. Am 27. April wird Hitler voraussichtlich ein drittes Mal vor Industriellen sprechen; es ist vorgesehen, dabei auch die Damen zu bitten, die, einmal gewonnen, oft wichtiger sind als die Männer und die einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf ihre Männer ausüben. Sollten Sie Wert darauf legen, daß aus Ihrem Bekanntenkreis der oder die eine oder andere geladen wird, bitte ich Sie, mir die Adresse hierher zu senden.

Zit. nach: Tyrell. S. 170.

Vgl. auch Dok. 117.

[63:]

5. Politische Ziele von Großkapital, politischer Führung und Reichswehrführung in der Konsolidierungsphase 1924-1928

*„... ergeben klar, daß es sich für Deutschland in den nächsten Stadien seiner politischen Entwicklung nur um die Wiedererlangung seiner europäischen Stellung und viel später erst um das Wiedererkämpfen seiner Weltstellung handeln wird.“
Geheime Denkschrift des Truppenamtes des Reichswehrministeriums vom März 1926*

30. *Aus der Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1925*

I. Öffentliche Finanzwirtschaft

Die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern von einer gesunden öffentlichen Finanzpolitik, daß sie neben der unbedingten Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in den Haushalten als ihr wichtigstes Ziel betrachtet, die innere Kapitalbildung zu erleichtern und zu fördern [...]

Die zu erhebenden Steuern dürfen insgesamt die Erzielung einer Rente nicht vereiteln. Sie müssen darüber hinaus einen Betrag zur Kapitalneubildung freilassen [...]

III. Die sozialen Abgaben

Die Aufrechterhaltung einer weitgehenden sozialen Fürsorge ist nur möglich, wenn die Beiträge aller Teile der Wirtschaft für soziale Zwecke sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen und wenn die Leistungen an die Empfänger sich in solchen Grenzen halten, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird. [...]

IV. Der Lohn und die Arbeitszeit

Wir vertreten den für Arbeiter und Unternehmer gleichermaßen vorteilhaften Grundsatz, daß der Lohn sich nach der Leistung und der Produktivität der Arbeit richten muß.

Nominelle Lohnerhöhungen bedeuten keine Stärkung der Kaufkraft. Die Stärkung der Kaufkraft muß vielmehr in der durch erhöhte Leistung und rationelle Betriebsführung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden.

[64:] Tarifverträge müssen den besonderen Verhältnissen und auch dem Leistungsprinzip angepaßt werden. Jede Schematisierung ist zu vermeiden. Eine zwangsweise Bestimmung der Löhne durch

den Staat widerspricht den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung und ist daher auszuschalten.

Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundsatz der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1925, Nr. 29, S. 13 ff. (Zit.: Veröffentlichungen des RDI)

31. Aus dem Brief Gustav Stresemanns an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern vom 7. September 1925 über die Ziele der deutschen Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben:

Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.

Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich, obwohl ich mir sehr klar darüber bin, daß dieser Anschluß nicht nur Vorteile für Deutschland bringt, sondern das Problem des Deutschen Reiches sehr kompliziert.

Wollen wir diese Ziele erreichen, so müssen wir uns aber auch auf diese Aufgaben konzentrieren. Daher der Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie, wenn Mussolini mitmacht, Italien als Garanten der deutschen Westgrenzen festlegen soll. Der Sicherheitspakt birgt andererseits in sich den Verzicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich wegen der [65:] Rückgewinnung, Elsaß-Lothringens, einen deutschen Verzicht, der aber insoweit nur theoretischen Charakter hat, als keine Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich besteht. Die Reparationslasten, die uns der Dawes-Plan auferlegt, werden voraussichtlich schon 1927 untragbar sein. Wir müssen dann eine neue Konferenz verlangen zur Neufeststellung der deutschen Leistungsfähigkeit [...]

Das Wichtigste ist für die unter 1 berührte Frage der deutschen Politik das Freiwerden deutschen Landes von fremder Besatzung. Wir müssen den Würger erst vom Halse haben. Deshalb wird die deutsche Politik, wie Metternich von Österreich wohl nach 1809 sagte, in dieser Beziehung zunächst darin bestehen müssen, zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen.

G. Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. v. H. Bernhard, Zweiter Band, Berlin (1932), S. 553-555.

32. Aus der geheimen Denkschrift des Truppenamtes des Reichswehrministeriums „Die Abrüstungsfrage nach realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet“ vom März 1926

Nächste Ziele der allgemeinen deutschen Politik.

Das nächste Ziel deutscher Politik muß die Wiedergewinnung der vollen Souveränität über das Deutschland verbliebene Gebiet, die feste Verschmelzung der ihm z. Z. entzogenen deutschen Gebietsteile und die Wiederangliederung der für das deutsche Wirtschaftsleben unentbehrlichen Teile sein, d. h.

- 1.) Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes,
- 2.) Beseitigung des Korridors und Wiedergewinnung Polnisch-Oberschlesiens,
- 3.) Anschluß Deutsch-Österreichs,
- 4.) Beseitigung der entmilitarisierten Zone. [...]

Die obenstehenden Ausführungen über die politischen Ziele Deutschlands und die sich daraus ergebenden Abrüstungsforderungen für Deutschland ergeben klar, daß es sich für Deutschland in den nächsten Stadien seiner politischen Entwicklung nur um die Wiedergewinnung seiner europäischen Stellung und viel später erst um das Wiedererkämpfen seiner Weltstellung handeln wird. Die Wiedergewinnung seiner europäischen Stellung ist für Deutschland eine Frage, bei der fast ausschließlich die Landstreitkräfte entscheiden werden, denn der Gegner dieser Wiederaufrichtung Deutschlands ist [66:] in erster Linie Frankreich. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß ein wiedererstandenes Deutschland bei seinem späteren Kampfe um die Rohprodukte und Absatzmärkte in Gegensatz zum amerikanisch-englischen Machtkreise kommen und dann über ausreichende maritime Kräfte verfügen müssen. Aber diese Auseinandersetzung wird erst auf der Grundlage einer festgefügt europäischen Stellung nach einer erneuten Lösung der französisch-deutschen Frage auf friedlichem oder kriegerischem Wege in Betracht kommen. Deutschlands nächstes Ziel muß sich daher darauf beschränken, vorerst das schreiende Mißverhältnis seiner Landrüstungen auszugleichen.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie 8, Bd. I/1, S. 343 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, hrsg. v. W. Ruge und W. Schumann, Berlin 1975, S. 66-67.

33. Aus der Aktennotiz über die Ministerbesprechung am 19. Dezember 1924 betr. Verfassungsreform

[Reichswehrminister) Dr. Geßler führte aus: Diese Krisis sei keine Regierungskrisis, sondern, wie schon frühere Krisen, eine Verfassungskrisis. Die Grundquellen der Schwierigkeiten, die wir immer wieder haben, liegen in den mangelhaften Bestimmungen der Reichsverfassung. Wir hätten in unserer Reichsverfassung die unzumutbarsten Bestimmungen anderer Verfassungen zusammengestoppelt, mit denen man auf die Dauer nicht richtig arbeiten kann. [...]

So geht die Sache auf die Dauer nicht weiter, wenn wir den Staat zusammen halten wollen. Gerade in unserem Lande, das mehr wie andere Länder durch religiöse, wirtschaftliche und soziale, partikuläre und föderalistische Gegensätze zersplittert ist, brauchen wir eine starke Staats-Autorität, brauchen wir eine starke Zentrale, die mit solchen Rechten ausgestattet ist, daß derartige Krisen und eine solche Hilflosigkeit, wie wir sie heute sehen, nicht möglich sind. Der eine Weg, der dazu führt, ist die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten nach dem Vorbild des amerikanischen Musters, der andere der der Stärkung einer einmal berufenen Reichsregierung gegenüber dem Parlament. Irgendwie müssen wir aus dieser Schwierigkeit herauskommen, und zwar möglichst bald! Es müsse die Aufgabe gerade der neuen Persönlichkeiten und des neuen Kabinetts [67:] sein, mit starkem Willen hier eine Reform der Verfassung durchzusetzen. Wenn wir das nicht auf legalem Wege fertigbekommen, so machen es die anderen auf illegalem, und je länger wir damit zögern, desto mehr wird die Stimmung für illegale Versuche dieser Art anwachsen. Ich bitte dringend, diese Aufgabe für die nächste Zeit zusammen mit Wahlreform und anderen Dingen ins Auge zu fassen. Mit einem nicht-parlamentarischen Kabinett werden wir die Aufgabe leichter lösen wie mit einem parlamentarischen.

ZStA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 6, Bl. 80 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, S. 30-31.

34. Aus dem Gründungsaufwurf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ vom 6. Januar 1928¹

In hartem Ringen müht sich das deutsche Volk um den Aufstieg aus der Tiefe seines Sturzes. Schwer drücken die Lasten des unglücklichen Krieges und des Versailler Diktats. Nur äußerste Kraftanspannung gewinnt der Nation ihre Stellung im Kreise der Völker zurück. Aber es fehlt an dem unerläßlichen Fundament für jeden Aufstieg: an der inneren Einigkeit. [...]

¹ Der Aufruf wurde u. a. unterzeichnet von: Carl Bergmann (Deutsche Bank), Jakob Goldschmidt (Darmstädter- und Nationalbank), Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Thyssen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Paul Reusch (Gutehoffnungshütte Oberhausen, Haniel-Konzern), Fritz Springorum (Hoesch), Wilhelm Cuno (Hapag), Hermann Röchling, Carl Friedrich von Siemens, Robert Bosch. Als Mitglieder gehörten dem Erneuerungsbund an: Paul Moldenhauer (IG-Farben), Bosch, Vögler, Ernst Brandi (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Springorum, Thyssen, Reusch, Cuno, Ewald Hecker (Ilse-Hütte), Jakob Wassermann (Deutsche Bank) sowie Vertreter des Großgrundbesitzes und Politiker aus der DVP, der DNVP und der DDP.

Der heiße Wille, endlich die volle Einheit des Reiches zu schaffen, begegnet besorgter Abwehr, die gesunde Eigenart vor vermeintlicher Zerstörung schützen will. Diesen Streit gilt es zu enden! Als Ergebnis der öffentlichen Erörterung steht heute fest, daß wirkliche Beilegung des Kampfes nur in umfassender Lösung zu finden ist. Die Last der Aufgaben droht, gebrechliche Teile des Reichsgebäudes zu erdrücken. Durch eine klare Abgrenzung der strittigen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als geschichtliche Forderung vor uns steht.

In der Stunde der Gefahr kann es keine andere Lösung geben als Stärkung des Reiches. Dem Reich muß in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht gebührt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die deutsche Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind. Ein solches Reich muß die deutsche Staatskraft, die einst das alte Reich gebaut hat, entschlossen in den Dienst des Ganzen stellen. In einem Reich, das die Vormachtstellung für sich allein in [68:] Anspruch nimmt, kann auch bodenständige Eigenart zum Segen Deutschlands sich neu bewähren.

Tritt so an Stelle von Kampf und Reibungen Klarheit und Einigkeit, dann werden für deutsche Gesamtaufgaben politische Kräfte frei, die heute im Innern gebunden sind und aufgezehrt werden. Die auf dieser Grundlage durchführbare Vereinfachung der gesamten Verwaltung ermöglicht wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben der öffentlichen Hand und damit eine Senkung der unerträglichen Steuern. [...]

Aber Eile tut not! [...] Darum rufen wir den Regierungen des Reiches und der Länder zu: Ans Werk! Laßt kraftvoll weiterwirken, was ihr begonnen habt! Fort mit dem Streit über Einzelfragen! Stellt die Einheit des Reiches voran! Sucht die neue Form für das alte Reich, gebt dem Volk Hoffnung für sein schweres Ringen!

Wegbereiter dieses Zieles zu sein, ist die Aufgabe aller Männer und Frauen, die für sich die Pflicht der Mitarbeit am Staate bejahen. Unter ihnen soll sich ein Bund schließen zur Erneuerung des Reiches. Überall im deutschen Volke muß der Wille aufflammen zur Überwindung von Streit und Vielregierei. Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach dem Worte des Freiherrn von Stein: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!“

Hohlfeld, Bd. III, S. 192.

35. Aus den Vorträgen Albert Vöglers und Karl Dunkmanns auf der Gemeinschaftssitzung der Fachausschüsse des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Bann am 24. Mai 1925

[Albert Vögler:]

Vorbeigegangen sind wir an dem wichtigsten Faktor jedes Produk[tions]prozesses, dem Menschen. [...] Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind. Die große Masse unserer Arbeiter und, ich muß hinzufügen, auch unserer Angestellten steht dem Werk und dem Prozeß im Werke fremd, sogar feindlich gegenüber.

[Karl Dunkmann:]

Die Arbeitermasse ist keineswegs so einheitlich, wie die sozialistische Theorie sie vorstellt. [...] Der „Rationalist“ vereinerleitet auch hier immer wieder das verzwickte Gesamtgebilde. Der Soziologe sieht schärfer. Für ihn gilt der Satz: Divide et impera! Immerhin, der Kern der heutigen Arbeiterkoalition fußt auf der Industriearbeitermasse. Dies hat der „Sozialismus“ erfaßt und sich die Koalition dieser Masse als Ziel gesetzt. [...] Die sozialistischen Ideen haben die bestimmte Aufgabe, daß sie die engere Koalition der Arbeiter herbeiführen sollte, also die Masse in Bewegung versetzen. Der ganze „Marxismus“ als Theorie hat diese engere Koalition zum Zweck. „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch“, das war die Parole und der eigentliche Sinn der Theorie, die ein Karl Marx mit dem ganzen Scharfsinn seiner Überlegung ausgeheckt hatte. Zwei Grundideen sind es vor allem, welche die Arbeitermasse nun mehr ideologisch zusammenballen. Einmal die Idee der Arbeiterklasse und damit zusammenhängend

die des Klassenkampfes. Die lose zersprengte Masse sollte zusammengeballt werden. [...] Sie ist, wie einst das Volk Israel, das auserwählte Volk, die auserwählte Klasse. Ganz offenbar stammt das marxistische Klassenbewußtsein aus dieser jüdischen Quelle. Die zweite Grundidee ist die des Zusammenbruchs des Kapitalismus, des heutigen Erzeugungssystems. [...]

Wir müßten ein Forschungsinstitut einrichten, welches die Massenpsychologie sorgfältig zum Gegenstand nimmt, wie wir Forschungsinstitute haben, welche das chemische und physikalische Verhalten der Elemente, mit denen wir wirtschaften, feststellen und jede neue Idee, die hier entdeckt wird, als einen Fortschritt des Wirtschaftslebens begrüßen. So würde ein arbeitswissenschaftliches Forschungsinstitut auf soziologischer Grundlage sicherlich auch manche Ideen zutage fördern, die von großer Bedeutung sind. Jedenfalls kann der einzelne Unternehmer von sich aus die Grundsätze nicht aus den Fingern saugen, sondern nur die Gesamtheit aller praktischen Beobachtungen und Erfahrungen Hand in Hand mit [70:] ihrer wissenschaftlichen Verarbeitung und Durchdringung kann uns hier weiterbringen.¹

Die menschliche Arbeitskraft im Produktionsvorgang. Drei Vorträge, gehalten auf der Gemeinschaftssitzung der Fachausschüsse des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Bonn am 24. Mai 1925, Düsseldorf 1925, S. 2 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, S. 38-39.

36. Aus der Rede des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 4. September 1926

Wie dem aber auch sei, es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen – ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien –, sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht. [...]

Es hieße sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet. [...] Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben: Es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird [71:] auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt. Dazu ist von unserem Standpunkt aus Voraussetzung, daß die soziale Demokratie auch den Mut hat, die Folgerungen aus den Lehren zu ziehen, die sie in und seit der Revolution erhalten hat. [...]

Wenn eine soziale Demokratie sich so auf den Boden der Tatsachen stellt, den radikalen Doktrinarismus und die immer zerstörende, nie aufbauende Politik der Straße und der Gewalt ablehnt, wird sie zusammen mit dem Unternehmertum und unter seiner Führung Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen.

Ich glaube also, hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt.

Veröffentlichungen des RDI, 1926, Nr. 32, S. 62-65.

¹ Auf der Sitzung wurde die Gründung des „Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung“ (DINTA) beschlossen.

37. *Aus den Ausführungen des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie am 18. November 1927 zum Thema: „Unternehmer und Gewerkschaften“*

[...] denn ich habe die feste Überzeugung, daß wir in der kommenden Zeit die Fragen, die Sie unter dem Komplex „Reparationsfragen“ zusammenfassen, nur [...] in einer Front mit der Arbeiterschaft lösen können, denn dann werden wir auch den Einfluß in der Regierung in Deutschland haben, der uns heute – das ist wiederholt in richtiger Weise festgestellt worden – vollkommen fehlt. [...]

Ich bin im allgemeinen der Auffassung, ich habe lieber mit organisierten Massen als mit unorganisierten Massen zu tun, denn wenn ich mit unorganisierten Massen zu tun habe, dann weiß ich überhaupt nicht, mit wem ich verhandeln kann, und die kann ich nie auf eine Linie bringen und nie in eine Disziplin hereinbringen. [...]

In der großen Linie kann uns aber nur die Aufgabe angesichts der außerordentlichen Gefährdung, in der wir in der deutschen Wirtschaft stehen, nur dahin führen, in der Linie zu arbeiten, die Herr Präsident Brauweiler uns vorgeschlagen hat, d. h., wir müssen [72:] meiner Ansicht nach auf irgendwelchen Wegen die Arbeiterschaft vor unseren Wagen spannen. Das können wir aber nur mit der organisierten Arbeiterschaft; und wir müssen die Organisationen nehmen, wie sie sind. Wir werden es nicht mit den gelben Gewerkschaften und werden es nicht mit den Werksgemeinschaften können, sondern wir müssen schon die zentralen umfassenden Organisationen nehmen, und es muß unsere absolute Aufgabe sein, für die größeren politischen, wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Zwecke uns diese Leute zu Freunden zu machen, statt Gegnern zu machen. [...]

Wir werden aber Wege finden müssen, um die Führer der Arbeiterschaft wieder einmal in ständiger Zusammenarbeit und in Fühlungnahme mit ihnen auf die große Linie zu bringen, um die es sich praktisch handelt, mit Rücksicht auf die großen Gefährdungen und Gefahrenmomente, vor denen die ganze Wirtschaft steht. [...]

Nur auf dem Wege ist auch die Beeinflussung der Regierung zu bekommen, denn, meine Herren, es gibt keine Regierung Deutschlands, die den Mut hätte, in diesen Dingen gegen Unternehmertum und Arbeiterschaft irgendwie in Opposition zu treten. [...] Aber wenn es sich um so ganz große nationale Fragen handelt, die wirklich größer sind als die, ob in einer Industrie gestreikt wird oder ob ein Streik einmal zwei Wochen oder drei Monate dauert, ob es sich um eine Lohndifferenz von 10 oder 20 Pfennigen pro Tag mehr oder weniger handelt – meine Herren, das kommt in der zweiten Linie, das kann lokal ausgepaukt werden. Da kann man auch einen Streik auf sich nehmen. Die große Linie liegt aber darin, wie ich es Ihnen eben dargelegt habe, und da gibt es nur einen Weg. Wir können den Vorstand der Vereinigung, die Geschäftsführung der Vereinigung nur anweisen, zusammen mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie wieder die notwendige Fühlung mit der Arbeiterschaft zu finden nach der Richtung hin.

BA Koblenz, Nachlaß Silverberg/11, Bl. 4-9.

[73:]

II. Großkapital und bürgerliche Parteien in der Weltwirtschaftskrise

1. Betroffenheit Deutschlands von der Weltwirtschaftskrise

38. Bruttosozialprodukt und Index der industriellen Produktion

	Bruttosozialprodukt 1928 RM (in Milliarden)	Index der industriellen Produktion (1928 = 100)
1928	91	100
1929	89	101
1932	72	59

D. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973, S. 381.

39. Industrieproduktion (in 1000 t) 1929-1932,

Jahr	Steinkohlenförderung	Roheisenerzeugung	Stahlerzeugung
1929	163440	13239	16019
1930	142698	9698	11369
1931	118640	6061	8174
1932	104740	3932	5621

40. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Güterproduktion in Industrie und Landwirtschaft (1913 = 100)

Jahr	Industrie	Landwirtschaft	insgesamt
	102	88	98
	102	90	98
	89	92	90
	72	92	78
	59	90	

[74:]

41. Export nach einigen ausgewählten Ländern (in Mill. RM)

Jahr	UdSSR	England	Frankreich	USA
1929	421,0	1403,1	1088,9	1069,6
1930	541,0	1334,7	1305,8	741,8
1931	889,3	1223,5	1013,9	534,7
1932	704,2	448,7	598,8	309,7

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 104.

42. Die Dividendenentwicklung der Aktiengesellschaften mit mindestens 1 Mill. RM Aktienkapital 1924-1933

Jahr	Anzahl der Gesellschaften	Nominalkapital in 1000 RM	Divid.-Summe überhaupt in 1000 RM	in Prozent d. dividendenberech- tigten Aktienkapitals
1924/1925	9685	—	591.618	3,82
1925/1926	3078	16.344.799	719.111	4,75
1926/1927	3021	16.917.034	864.480	5,64
1927/1928	—	—	—	—
1928/1929	3017	20.320.074	1.248.355	6,64
1929/1930	2979	20.834.155	1.256.125	6,52
1930/1931	2905	20.897.552	913.803	4,75
1931/1932	2792	19.653.714	470.355	2,56
1932/1933	2627	17.597.077	468.073	2,88

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2. Berlin 1970, S. 794.

43. Statistik zur wirtschaftlichen Lage des IG-Farben-Konzern in der Weltwirtschaftskrise 1928-1933

Jahr	von der IG ausgeschüttete Dividende der IG Stammaktien
1928	12%
1929	12% + 2% Bonus
1930	12%
1931	7%
1932	7%
1933	7%

ZStA Potsdam. IG Farben. A 2339, Bl. 123.

[75:]

2. Großindustrielle Hauptforderungen in der Krise

„Die deutsche Wirtschaft steht am Scheidewege. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt ... Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden.“

Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1929

„Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung ... Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben, als wieder einmal ... sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben ... Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.“

Direktor Willy Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller in der Diskussion zur Denkschrift des RD/1929

44. Aus der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929

Die deutsche Wirtschaft steht am Scheidewege. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt. [...]

Den hohen Anforderungen, die die neuen Verhältnisse an den Unternehmer und an die gesamte Wirtschaft gestellt haben, kann die Industrie nur gerecht werden, wenn sie von unproduktiven Ausgaben entlastet, der Zinssatz gesenkt und eine angemessene Rente des in den Unternehmungen arbeitenden Eigenkapitals ermöglicht wird. Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden. Sie muß verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozeß hineingetragen werden. [...]

II. Leitsätze für die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik

A. Kapitalbildung

[76:] 1. Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes. [...]

5. Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Vorbelastung der Produktion durch Steuern ist auf das unumgängliche notwendige Maß zurückzudämmen. [...]

C. Sozialpolitik

Die materiellen Ansprüche der Sozialpolitik an die Wirtschaft müssen sich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft halten. [...] Aus dieser Erkenntnis fordern wir in Übereinstimmung mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Reform:

1. der Sozialversicherungsgesetze. Ihre bisherigen Grundlagen sollen erhalten bleiben, aber Ausgaben und Leistungen müssen im Gegensatz zum jetzigen Zustand den Grenzen wirtschaftlicher Tragfähigkeit angepaßt werden. [...]

3. der Schlichtungsordnung und des Zwangslohnsystems. Die staatliche Zwangseinwirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist zu beseitigen. [...]

D. Finanz- und Steuerpolitik [...]

Der Umbau der Finanzwirtschaft hat nach zwei Gesichtspunkten zu erfolgen:

- a) wesentliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern;
- b) Beschaffung der Mittel, stärker als bisher, durch indirekte Besteuerung.

2. Forderungen auf dem Gebiete der Ausgabengestaltung:

- a) energische Senkung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften;
- b) beschleunigte Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform mit dem Ziel einer Verminderung und Abgrenzung der Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden.

3. Beschleunigte Reform des Haushaltsrechts von Reich, Ländern und Gemeinden. [...]

4. Forderungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik:

fühlbare Entlastung von denjenigen Steuern, die die Kapitalbildung hindern oder kapitalzerstörend wirken [...]

Veröffentlichungen des RDI, 1929, Nr. 49, S. 7-8, 11-15.

[77:]

45. Aus einem Diskussionsbeitrag auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929

Herr Direktor [Willy] Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller:

Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist. Fest und beständig sind aber keine Attribute deutscher Staatsgewalt, weil man bei uns Demokratie mit Parteiwirtschaft verwechselt. Von den Parteien, von denen jede angeblich nur die Mehrheit braucht, um die Not des deutschen Volkes zu beheben, kann man allenfalls ein Kompromiß verlangen, d. h. also im besten Sinne des Wortes eine halbe Maßnahme. Mit Halbheiten ist uns aber nicht mehr gedient. Das Kompromiß, das in den nächsten Tagen von diesem Reichstage geschaffen werden wird, reicht nicht aus, um die Not unseres Volkes und unserer Wirtschaft, die heute hier mit Ernst und Deutlichkeit geschildert worden ist, zu beheben.

Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben als wieder einmal, wie es ja bereits 1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben, was im übrigen eine durchaus zulässige, verfassungsmäßige Sache ist. Man muß versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann. – Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.

Veröffentlichungen des RDI, 1930, Nr. 50, S. 37.

46. Auszug aus einem Artikel in der Bergwerks-Zeitung vom 9. Januar 1930 über den Versuch einer Neubelebung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft¹ durch den Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg

Die Worte, die der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, zu diesem Thema [der Zentralen Arbeitsgemeinschaft] [...] fand, haben in weiten Kreisen Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden. [...]

¹ Gemeinsames Gremium von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, zur Festlegung der Arbeitsbedingungen usw. Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) war am 15. November 1918 unter dem Druck der Novemberrevolution ins Leben gerufen worden; von großindustrieller Seite unterzeichnete Hugo Stinnes, von gewerkschaftlicher Seite Carl Legien das Abkommen. Nach der Inflationszeit vollzogen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Geschäftsbund der Angestellten 1924 ihren Austritt aus der ZAG.

[78:] Als gleich nach dem Kriege die Arbeitsgemeinschaft auf Anregung von Hugo *Stinnes* und des Gewerkschaftsführers Karl *Legien* zustande kam, lagen allerdings die Vorbedingungen dafür wesentlich günstiger. Die seitherige Entwicklung der Dinge ist dem Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft nicht gerade förderlich gewesen. Schuld daran ist in erster Linie die *Haltung der Gewerkschaften*, die zu einer monopolartigen Machtstellung im neuen Staate aufgestiegen sind und diese neu erlangte Macht nicht immer richtig zu gebrauchen wußten. Des weiteren auch die fortschreitende Radikalisierung großer Teile der Gewerkschaften, der christlichen wie der freien, und eine immer wirtschaftsfeindlichere, nur auf die Wahrnehmung der Belange ihrer Mitglieder abgestellte Betätigung.

Ein übriges tat nun noch die *neue Gesetzgebung*, die sich die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angelegen sein ließ und die eher dazu beigetragen hat, diese Beziehungen zu verschlechtern als zu verbessern. In erster Linie ist dabei an das neuzeitliche *Schlichtungswesen* zu denken, das, wie jeder Sehende erfahren mußte, durchaus nicht dazu beigetragen hat, eine Ausgleichung der Gegensätze herbeizuführen, das vielmehr in dem staatlichen Machtspruch in Gestalt der Verbindlichkeitserklärung ein Mittel erfand, um die Unzufriedenheit noch zu erhöhen und beide Teile noch weiter auseinander zu bringen. [...]

Weiterhin, im engen Zusammenhang mit dem Schlichtungswesen stehend, hat auch jetzt das bei uns herrschende *Tarifsystem* nicht gerade förderlich auf die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingewirkt. Die freie Verhandlungsmöglichkeit über den Arbeitslohn, die besondere individuelle Gestaltung eines Arbeitsverhältnisses und damit die engere Fühlung und das Interesse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist durch eine uniformierende Tarifsatzung erstarrt und ertötet. [...] Auch hierin liegt eine Gefahrenquelle für die Arbeitsgemeinschaft.

Eine weitere solche Quelle bildet auch das *Betriebsrätegesetz*. Dieses vom Gesetzgeber vielleicht gut gemeinte, aber von der Menge der Arbeitnehmer und den Gewerkschaften *einseitig zu ihren Gunsten* ausgelegte und aufgefaßte Gesetz hat vielfach geradezu einen Keil zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber getrieben. [...]

Am schlimmsten freilich hat die neuere *Sozialpolitik* mit ihrer Unzahl von Gesetzen und Verordnungen die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertieft und den Weg zu einer gedeihlichen Arbeitsgemeinschaft immer gründlicher verbaut. Die Überspannung unserer sozialpolitischen Kräfte, die zu einer erhebli-[79:]chen Schwächung der Wirtschaft [...] geführt hat, mußte naturnotwendig zu scharfen gegensätzlichen Auffassungen führen.

Gerade hier liegt heute wohl das stärkste Hemmnis für den Arbeitsgemeinschaftsgedanken. Die Arbeitnehmerschaft, soweit sie dem Einfluß der Gewerkschaften zugänglich ist, erblickt gerade in den heute so übersetzten sozialpolitischen Errungenschaften ein Gralsgut, das um jeden Preis gehütet werden muß, selbst um den Preis des Niedergangs der Wirtschaft. [...]

Hoffentlich kommt es dazu, daß der Wunsch, den Geheimrat Dr. Duisberg an den Schluß seines Mahnrufes stellt, in Erfüllung geht: „Der Reformwille, der seit kurzer Zeit fühlbar unser Volk erfaßt, sowie die Entscheidung, die heute unser Volk über sein Zukunftsschicksal zu fällen hat, sollten endlich dazu zwingen, das Rüstzeug der Tradition zu überprüfen und rostige Waffen zu verschrotten, um daraus die Werkzeuge für gemeinsame Aufstiegsarbeit zu schmieden.“

Bergwerks-Zeitung v. 9.1.1930. (Hervorh. im Original)

47. Aus dem Jahresbericht des Vorstands der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1929

Aber für Deutschland geht es weit über die Bekämpfung einer trotz aller Schwere doch vorübergehenden Wirtschaftskrise hinaus. Es geht um das auf die Dauer Entscheidende, wenn endlich das Nötige und Mögliche in Angriff genommen wird, um vermeidbare Hindernisse zu beseitigen, die der Entwicklung unseres Außenhandels, wie unserer Wirtschaft überhaupt im Wege stehen.

Zu diesen Hemmnissen gehört insbesondere unser Steuersystem. Daß der Etat des Reiches, der Länder und Kommunen [...] ungebührlich aufgebläht, abgebaut werden muß, darüber besteht [80:] wohl keine Meinungsverschiedenheit mehr. Aber es kann nur schrittweise geschehen, wenn man Vermehrung der

Arbeitslosigkeit vermeiden will. [...] Nötig und rasch durchführbar ist aber eine zweckmäßigere Verteilung der Lasten zwischen Produktion und Konsum [...]

Ebenso hemmend wie das Steuersystem wirkt sich die Lohn- und Gehaltshöhe aus. [...] Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung, auch da, wo es sich nicht um Massenversorgung handelt, für die Billigkeit, also kostensparende, mechanische Arbeit Haupterfordernis ist. Der teure Arbeiter oder Beamte wird durch die Maschine ersetzt nur in der Erwartung, daß Verzinsung und Amortisation der Anschaffungskosten weniger ausmachen als der Lohn. Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt, und täuscht sich über die Auswirkung hinweg, weil sie zunächst noch für das Sägen bezahlt wird.

Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter in Deutschland 10% niedriger – das ist die Steigerung der letzten zwei Jahre, die sich als untragbar erwiesen hat –, so ständen wir nicht so unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Die Produktion könnte gesteigert und damit verbilligt werden, so daß, abgesehen von der Wirkung auf Außenhandel und Zahlungsbilanz, durch sinkende Preise der Reallohn, auf den es doch letztlich ankommt, bald nur wenig vom heutigen abweichen würde.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Jahresbericht 1929, o. O. u. o. J., S. 25 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 16-18.

48. Aus der Eingabe des Reichsverbandes der Automobilindustrie an Reichskanzler Franz von Papen vom 16. August 1932 über die militärische Bedeutung der Kraftwagenindustrie und die Notwendigkeit ihrer staatlichen Förderung

Die Kraftwagenindustrie glaubt schließlich, auch aus nationalen Gründen ein Anrecht auf Berücksichtigung im Arbeitsbeschaffungsprogramm zu haben. Die große militärische Bedeutung des Kraftverkehrs und des Kraftfahrzeugbaues, die bereits im Weltkrieg und später im Ruhrkampf hervortrat, ist in dem Maße gestiegen, wie die Luftwaffe ausgebildet worden ist. Darüber hinaus sind die Kraftfahrzeugfabriken die Träger der Entwicklung des Flugzeugmotorenbaues, und ihnen fällt im Ernstfalle fabrikatorisch und konstruktiv die Hauptlast der Produktion zu. Deshalb steht der Kraftfahrzeugbau zahlreichen Ländern als „nationale Industrie“ unter dem besonderen Schutz des Staates. [...]

Damit die deutsche Kraftfahrzeugindustrie ihre wehrpolitischen Aufgaben erfüllen kann, erscheint es dringend erforderlich, den Fabriken die Überwindung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes zu erleichtern durch eine Förderung des Absatzes in einer Form, die nach dem Vorbild Italiens wehrpolitischen Zwecken dient und die gleichzeitig die Unterhaltung des Landstraßennetzes entlastet.

Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, Deutsche Bank, Nr. 5961, Bd. 28, zit. nach: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. v. D. Eichholtz u. W. Schumann, Berlin 1969, S. 90-91.

[82:]

3. Vom verschleierte[n] zum offenen Verfassungsbruch

a) Präsidialer Notverordnungskurs unter Brüning

„Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die ... lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen.“

Heinrich Brüning in seiner Regierungserklärung vom 1.4.1930

49. Aus der Regierungserklärung des Reichskanzlers Heinrich Brüning vom 1. April 1930

Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. Doch konnten selbstverständlich die politischen Kräfte dieses Hohen Hauses bei seiner Gestaltung nicht unbeachtet bleiben. Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen [...]

Die Notwendigkeit einer planmäßigen, auf Wirtschaftlichkeit und Ersparnisse gerichteten Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schafft die Garantie und die Voraussetzung für

die Weiterverfolgung der Sozialpolitik, die als eine staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt wird.¹ Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden.

Verhandlungen des Reichstages, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Berlin 1930, S. 272 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 20.

[83:]

50. Aus den Memoiren des Reichskanzlers Heinrich Brüning über seine ersten Verhandlungen mit Hitler zwecks Einbeziehung der NSDAP in die Regierung am 6. Oktober 1930

Nach einigen einleitenden kurzen Gesprächen begann ich mit der Darlegung der Lage und der Absichten der Regierung für die Zukunft. Die Krise würde nach unserer Schätzung etwa vier bis fünf Jahre dauern, frühestens im Sommer 1932 sei die erste Besserung möglich. [...] Eine Wiedererreichung des Lebensstandards von 1927/28 sei auch nach Streichung der Reparationen in den nächsten Jahren nicht möglich. Diese Streichung der Reparationen herbeizuführen, unter gleichzeitiger Inangriffnahme der Abrüstungsfrage, würde das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein. Mit beiden Fragen hoffe man im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen.

Der erste Ansatz dazu sei der schwierigste. Man müsse Finanzmaßnahmen treffen, die zunächst eine Atempause für ein halbes Jahr gäben. Dann würden weitere Einschränkungen der Ausgaben auf allen Gebieten notwendig, verbunden mit einer Senkung der Preise und Löhne, um, gestützt auf eine bis dahin zu verwirklichende Autarkie auf allen landwirtschaftlichen Gebieten mit Ausnahme der Fettwirtschaft, Deutschland als erstes Land so zu rüsten, daß es jeden Druck von außen her aushalten könne und dazu noch in der Lage sein würde, seinerseits jederzeit die Weltkrise zu benutzen, um durch sie einen Druck auf alle übrigen Mächte auszuüben. [...]

Die Regierung sei fest entschlossen, den dargelegten Weg bis zum Äußersten zu gehen. Sie könne darüber vor der Öffentlichkeit keine Erklärung abgeben. [...]

Das sei die erste Phase der Politik, für die eine schärfere außenpolitische Opposition seitens der NSDAP das zweckmäßigste wäre. [...] Ich hoffe, in der zweiten Phase zusammen mit der Rechten an die Verfassungsreform herangehen zu können, die nach meinen persönlichen Wünschen in einer monarchischen Restauration enden müsse. [...] Unter der Voraussetzung, daß er, Hitler, mir sein Wort gebe, sich mit mir in jeder Phase über die Form der Opposition zu verständigen, würde ich dafür sorgen, daß seiner Presse abseits jeder persönlichen Verunglimpfung volle Freiheit gegeben würde, auch zur schärfsten Kritik an der Außenpolitik und an meiner Person. [...]

[84:] In dem nunmehr beginnenden, wahrscheinlich zwei bis drei Jahre dauernden großen Weltringen würden sich alle deutschen Parteien mehr oder minder abnutzen, in der zweiten Phase auch die NSDAP. Es komme aber darauf an, zu versuchen, alle für diesen großen Kampf nur irgendwie bereiten Kräfte zu mobilisieren. Das erste Land, das bereit wäre, alle unpopulären Opfer nach innen auf sich zu nehmen, würde an die Spitze kommen. [...]

Wenn Hitler bereit sei, auf der Grundlage dieser Außenpolitik in loyaler Weise, erst versteckt und dann offen, mitzuarbeiten, so würde das deutsche Volk in zwei bis drei Jahren die Fesseln des Versailler Vertrages los sein. [...]

Hitler antwortete in einer einstündigen Rede. [...]

Wir sahen, daß mein Angebot auf den ersten Anhieb gescheitert war. Trotzdem durften die Fäden, mit Rücksicht auf das nunmehr beginnende Wagnis, nicht abreißen. Wir gingen sehr geduldig auf seine phantastischen außenpolitischen Ausführungen ein; wir suchten ihn zu überzeugen, daß ein

¹ Im Oktober 1930 setzte die Regierung Brüning die Dienstbezüge der Beamten und die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger um 6% herab und gab die Empfehlung, innerhalb der privaten Wirtschaft ebenso zu verfahren. Gleichzeitig wurden die Gewerbesteuern um 20%, die Grundsteuern um 10% gesenkt. (Vgl. Hohlfeld, Bd. III, S. 351-357)

frontaler Angriff ohne vorherige, ausreichende Rüstung im Innern zu einem völligen Mißerfolg und einem chaotischen Zustand in Deutschland führen würde. Unter Ignorierung aller von ihm ausgesprochenen Unmöglichkeiten erklärte ich mich bereit, dafür zu sorgen, daß überall in den Länderparlamenten schon in dieser ersten Anlaufzeit, wo es zahlenmäßig möglich sei, NSDAP und Zentrum zusammen eine Regierung bilden konnten, um so die Brücken für die zweite Phase zu bilden. [...]

H. Brüning, Memoiren 1918-1934, Bd. 1, München 1972, S. 203-207.

51. Auszug aus einer Rundfunkrede des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, Ende Oktober 1930 zum Thema „Der Weg aus der Krise“

Das Reichskabinett ist gesonnen, auf finanzpolitischem Gebiet so rasch wie möglich Ordnung zu schaffen. Es will die Quellen der Gefahr, die bisher den Reichsetat erschütterten, ausschalten. Insbesondere wird es auch den teilweise hemmungslosen Ausgaben in den Gemeinden einen Riegel vorschieben. Die die Produktion besonders belastenden Steuern, wie Realsteuern, sollen auf weite Sicht gesenkt werden. Der Plan der Regierung ist natürlich noch kein ideales Reformwerk sondern nur ein erster Schritt, um Ordnung in den [85:] Reichshaushalt und Vernunft in die Wirtschaftspolitik zu bringen. Der Damm wird und kann nur dann halten, wenn es gelingt, die Durchführung des Planes nicht nur im Reich, sondern vor allen Dingen in den Ländern und Gemeinden zu erzwingen. Natürlich muß auch endlich das notwendige Korrelat der Finanzreform, die Verwaltungsreform, aus dem Stadium der Erörterung in die Praxis überführt werden.¹ [...]

Neben den Steuern fallen als fixe Produktionskosten besonders die Lohn- und Gehaltssummen ins Gewicht. Auch ihre Senkung ist nicht zu vermeiden. [...] Die Selbstkostensenkung ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Preisabbau, der heute schon weitgehend durchgeführt ist. [...]

Daneben ist aber auch ein rascher und energischer Wiederaufbau des inneren Marktes durch Sanierung und Modernisierung der Landwirtschaft und eine rasche Hilfe für den Osten nach den Vorschlägen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die sich heute als die einzig brauchbaren erweisen, Voraussetzung für die Überwindung der innerwirtschaftlichen Krise.

Wortlaut der Rundfunkansprache abgedruckt in: Berliner Börsen-Courier v. 1.11.1930, S. 3.

52. Auszug aus einer Rede des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, anlässlich der 100-Jahr-Feier der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf am 23. Juni 1931

Wir müssen das feste Vertrauen in einen Mann haben, der uns aus dieser Krise herausführen wird. Der Kanzler des Deutschen Reiches, Dr. Brüning, hat in der Führung der Innenpolitik ebenso wie bei seinen außenpolitischen Verhandlungen bewiesen, daß er gewillt ist, das deutsche Volk aus der gegenwärtigen Notlage herauszuführen und von den Fesseln, die seine Lebenskraft abschnüren, zu befreien. [...]

Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann wie Brüning, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden.

Ausschnitte aus der Rede abgedruckt in: Berliner Börsen-Courier v. 24. 6. 1931. (Hervorh. im Original)

53. Aus der vertraulichen Aktennotiz von Otto Steinbrinck, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, für Friedrich Flick vom 5. Oktober 1931 über die Umbildung der Brüning-Regierung und die Bildung der Harzburger Front

1. Die der Volkspartei nahestehenden Kreise der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie haben am Sonnabend abend Herrn Dingeldey² ein Ultimatum überreichen lassen, das in kurzen Worten folgende Forderungen für die am 13. Oktober beginnenden Reichstags-Verhandlungen enthält:

¹ Vgl. Dok. 34 u. 44.

² Eduard Dingeldey, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

- a) Aufgabe der bisherigen Stellung zur Regierung und Übertritt in die Opposition.
- b) Schluß mit den einseitigen Notverordnungen.
- c) Beteiligung an dem Mißtrauensvotum gegen die Regierung. [...]

Sollte die Fraktion diese Forderungen am 13.10. nicht erfüllen, so würde die genannte Gruppe aus der Volkspartei austreten. [...]

3. Am 11. Oktober finden in Harzburg Besprechungen zwischen den Deutschnationalen, dem Stahlhelm und der Hitler-Gruppe statt zwecks Schaffung einer einheitlichen nationalen Front. An dieser Besprechung sollen angeblich aus dem Westen auch die Herren Vögler, Knepper und Holt teilnehmen.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3615, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 89-90.

54. Aus der Entschließung der Tagung der nationalen Opposition in Bad Harzburg vom 11. Oktober 1931

Die nationale Opposition hat seit Jahren vergeblich gewarnt vor dem Versagen der Regierungen und des Staatsapparates gegenüber dem [87:] Blutterror des Marxismus, vor dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerreißung der Nation durch den Klassenkampf, vor der planmäßigen Ausschaltung der nationalen Kräfte aus der Leitung des Staates, vor einer Politik, die in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands noch über das Diktat von Versailles hinausgeht. [...] Entschlossen, unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren, unsere Politik durch wirksame Selbsthilfe aus dem Strudel des Wirtschaftsbankrotts zu retten und damit der Welt zum wirklichen Frieden zu verhelfen, erklären wir:

Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. [...] Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen. So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten.

Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen vor allem im Reich und in Preußen. Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen.

Wir verlangen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rstungsausgleich. [...] Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt. [...] Nur der starke nationale Staat kann Wirtschaft und Arbeitskraft schützen. Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen.

Zit. nach: Deutsche Parteiprogramme, hrsg. v. W. Mommsen, München 1960, S. 551.

[88:]

55. Aus der Rede Hjalmar Schachts in Harzburg

Die Tatsache, daß ein Wirtschaftler ohne jede parteimige Bindung heute vor Ihnen sprechen darf, ist ein weiterer Beweis dafür, daß diese Tagung weit über den Rahmen einer Parteiveranstaltung hinausgreift. In der Tat hat die deutsche Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse. [...] Was aber unter dem bisherigen Nachkriegssystem an wirtschaftlicher Substanz wie an wirtschaftlichen Möglichkeiten vergeudet worden ist, das läßt jetzt auch die produktiv gerichtete Wirtschaft verzweifelt *nach Rettung von diesem System* verlangen. [...]

Dennoch wiegen schwerer als diese erschütternden Tatsachen die *falschen inneren Grundlagen des bisherigen Systems*. Selbst wenn ein nicht zu erwartender äußerer Glücksfall eine wirtschaftliche Belebung und damit eine äußere Erleichterung bringen sollte, anhaften würde diesem System nach wie vor seine *Unaufrichtigkeit*, seine Rechtsunsicherheit und sein Mangel an Handlungsfähigkeit. Wie oft haben wir in den letzten Jahren von unseren Regierenden Versprechungen entgegen genommen, die sich als Seifenblasen erwiesen. [...]

Ein zweiter grundlegender Fehler dieses Systems ist seine Rechtsunsicherheit. Wer kann heute noch wirtschaften, wenn ihm durch den Federstrich einer der zahllosen Notverordnungen [...] sein Eigentum wegdisponiert wird zugunsten von Verpflichtungen, die er gar nicht hat voraussehen können. [...]

Und ein Drittes ist verurteilt, mit diesem System zugrunde zu gehen. Das ist der *Mangel an Mut zum Handeln*. Nur wenn wir selbst Initiative entwickeln, werden wir Helfer finden. Wir erleben es ja mit einer gewissen Genugtuung, wie in den letzten Monaten ein Land nach dem andern seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten durchmacht, weil Deutschlands Wirtschaft zugrunde geht. Wenn wir aus dieser Erfahrung eines lernen können, so ist es doch dies, daß die anderen nicht um einen Deut klüger sind als wir, und daß die ganze wirtschaftliche Welt geradezu erlöst aufatmen würde, wenn sie von Deutschland eine Initiative sehen würde zur Herbeiführung einer Gesundung. [...]

In jeder Wirtschaft gibt es *Schaffende und Raffende*. Und es wird dafür zu sorgen sein, daß die nur Raffenden in ihre Schranken verwiesen werden. Dem Schaffenden aber kommt es nicht auf das Erraffen an, sondern darauf, daß ein volkswirtschaftlicher Überschuß erzielt wird, der die Gesamtheit des Volkes vorwärts und [89:] aufwärts zu tragen in der Lage ist. Ich überlasse es Ihnen, zu urteilen, wohin ein marxistisches Gewerkschaftssystem zu klassifizieren ist, welches ohne Rücksicht auf den Erfolg der Wirtschaft seine Ansprüche mit politischen Mitteln durchzusetzen sucht.

Es bedarf einer grundsätzlichen Umstellung in unserem Volke dahingehend, daß jeder Einzelne, wo immer im Produktionsprozeß er steht, verantwortlich ist für den Erfolg des Ganzen. Wenn das Wort Demokratie überhaupt noch einen Sinn haben soll, so bedeutet es die Einordnung des Einzelnen, Unternehmers wie Arbeiters, unter die große Forderung des Gemeinnutzes.

[...] Das Programm, das eine nationale Regierung durchzuführen haben wird, beruht auf einigen ganz wenigen Grundgedanken. Es ist das Programm Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Kriege: sich fest auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herauszuholen, was nur irgend herauszuholen ist; und im übrigen sich für eine Generation bescheiden, sparen und arbeiten. [...] Und darum erkennt die deutsche Wirtschaft heute, daß es sich in der politischen Leitung unserer Geschicke nicht mehr um noch ein paar Dutzend Verlegenheitsnotverordnungen handeln kann, sondern daß der nationale Erziehungsprozeß, der in diesen letzten Jahren dank entschlossener Führer einen so gewaltigen Aufschwung genommen hat, zum Siege geführt werden muß, wenn die deutsche Wirtschaft wieder gedeihen soll. [...] Nur durch *geschlossenen nationalen Rückhalt können Freiheit und Arbeit* zurückgewonnen werden. Darum wünsche ich aus heißem Herzen, daß dieser nationale Sturmwind, der durch Deutschland fegt, nicht ermatten möge, bis die Wege zur Selbstbehauptung und zum Wirtschaftserfolg wieder freigemacht sind.

BA Koblenz, Nachlaß Silverberg/235, Bl. 205-208. (Hervorh. im Original)

56. Auszug aus dem „Veltenbrief“ vom 2. Dezember 1930¹ über die Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD

Die gestrigen politischen Ereignisse konnten unsere Leser nicht überraschen. Wir haben die Wahrscheinlichkeit einer neuen *Notverordnung* frühzeitig angekündigt und auf die treibenden Kräfte hingewiesen. Insbesondere erfährt die Zusammenarbeit *Brüning-Braun*² eine neue Bestätigung. Natürlich muß man immer wieder fragen, womit die entscheidende Hilfe der Sozialdemokratie bezahlt

¹ „Veltenbriefe“ und „Führerbriefe“ waren streng vertrauliche Privatkorrespondenzen für die Führungskräfte der Wirtschaft, der Politik und des Militärs. Sie standen unter dem Einfluß der IG-Farben, der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg.

² Otto Braun, preußischer Ministerpräsident (SPD).

[90:] wird. Wir haben im heutigen Führerbrief ausgeführt, daß die Zugeständnisse in den Änderungen der Juli-Notverordnung nicht so erheblich sind. Aber da das ganze Sanierungsprogramm ja nur der Auftakt der großen Reform sein soll, so muß nach wie vor befürchtet werden, daß, wenn das Kabinett Brüning weiter auf die Sozialdemokratie angewiesen bleibt, die Dinge, die in Zukunft mit Notwendigkeit getan werden müssen, darunter leiden.

ZStA Potsdam, Deutsche Reichsbank, Handaktensammlung, Bd. 80/1, zit. nach: W. Müller, J. Stockfisch, Die „Veltenbriefe“. Eine neue Quelle über die Rolle des Monopolkapitals bei der Zerstörung der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17 (1969) S. 1577-1578.

57. Auszug aus einer Niederschrift des Journalisten Karl Brammer über „ein Gespräch mit einer dem Reichskanzler (Brüning) nahestehenden Persönlichkeit“ vom 25. September 1931

Eine Rechtsregierung gegen die Sozialdemokraten könne des parlamentarischen Feigenblattes nicht entbehren, da sonst Kommunisten und Sozialdemokraten in gemeinsamer Front gegen die Rechtsdiktatur Sturm laufen würden. [...] Diese sozialdemokratische Anlehungsmauer müsse naturgemäß dauernd gestützt werden durch Zugeständnisse an die sozialdemokratischen Forderungen, die aber in Kauf genommen werden müßten, als Rückversicherungsprämie gegen den Straßenkampf.

Niederschrift Brammers über ein Gespräch mit einer dem Reichskanzler nahestehenden Persönlichkeit, Informationsbericht vom 25.9.1931, BA Koblenz, Z Sg 101/24, Bl. 96-99.

[91:]

58. Aus einer Rede des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, auf einer Kundgebung des ADGB und der SPD am 16. Dezember 1931

Die Bestimmungen der Notverordnung¹ bedeuten eine weitere zehn- bis fünfzehnprozentige Senkung der gegenwärtigen Lohnhöhe. Und besonders stark betroffen sind die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben und die Bergarbeiter.

Von dem Einbruch in das Tarifrecht ist bereits gesprochen worden. [...]

Ich glaube, ich brauche kaum zu versichern, daß wir unter normalen Verhältnissen den meisten Bestimmungen der Notverordnung im Parlament unsere Zustimmung nicht gegeben haben würden [...] Wenn trotzdem zu Notverordnungen gegriffen wird, wenn trotzdem der gerade Weg der Demokratie und des Parlamentarismus verlassen wird, sind nicht wir schuld, sondern die Wähler vom 14. September 1930! [...]

Lassen Sie mich noch einmal auf die Motive zurückkommen, die uns geleitet haben, als wir nach den Reichstagswahlen das einleiteten, was man nicht ganz richtig „Tolerierungspolitik“ nennt [...] Unsere Motive waren von Anfang an, den Faschismus fernzuhalten [...]

Das ist der Grund gewesen, aus dem wir die Tolerierungspolitik eingeleitet und aus dem wir sie fortgesetzt haben. [...]

Aber dazu kommt die Forderung an die Regierung, daß sie ihrerseits in diesem Abwehrkampf nicht untätig bleibe! [...]

Denn die Massen könnten auf materiellem Gebiet, auf sozialem Gebiet noch mehr ertragen, wenn sie die Überzeugung haben dürften, daß die Reichsregierung mit ganzer Energie und mit ihrem ganzen Willen in dem Kampf gegen den Faschismus hinter ihr stände.

Leipart und Breitscheid über die Notverordnung, Berlin 1931, S. 16 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 48-49.

[92:]

59. Aus einem Artikel in der Gewerkschafts-Zeitung vom Januar 1931

Vor allem aber dient die Duldung der stillen Diktatur Brünings der Abwehr gegen das Umschlagen in die offene Diktatur, geschieht die Minderung des Rechts des Parlaments zum Schutze des

¹ vom 8. Dezember 1931.

Parlamentarismus. Ging es in den politischen Kämpfen zu Beginn des Jahres noch um Einzelforderungen der Arbeiterschaft, so gilt unsere Sorge jetzt dem Gesamtbestande des staatlichen Lebens, der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung des von vielen Punkten her bedrohten politischen und sozialen Lebensraumes der Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse.

Gewerkschafts-Zeitung, Jg. 41.(1931) S. 3, zit. nach: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16, Berlin 1965, S. 113.

60. Auszug aus dem „Veltenbrief“ vom 6. Mai 1932 über Verhandlungen verschiedener Parteien mit der NSDAP und über die geplante Ablösung der Regierung Brüning

Es ist möglich, daß die nächste Reichstagssitzung nicht so glatt und so gefahrlos für das Kabinett Brüning verläuft, wie meist angenommen wird. Nach unseren Informationen haben Angehörige der Fraktionen der „Wirtschaftspartei“ und des Landvolks Verhandlungen geführt mit den Nationalsozialisten wegen einer etwaigen Abstimmung gegen die derzeitige Reichsregierung. [...]

Angeblich sollten [...] die Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum zum Stillstand gekommen sein. [...] Der Kanzler hat noch Anfang der Woche im kleinen Kreise erklärt, er könne, wenn es auch in Preußen zu einer schwarzbraunen Regierung käme, im Reich nicht ohne die indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie arbeiten. Mit dieser Stellungnahme, in der aus persönlichen Gründen schwerlich eine Änderung abzusehen ist, ist der Standpunkt der Reichskanzlei klar umrissen. Aber es kommt letzten Endes auf das Reichspräsidentenpalais an. Hier sind ohne Zweifel die nächsten Berater des alten Herrn, nämlich Oberstleutnant von Hindenburg und Staatssekretär Meißner, heute übereinstimmend der Ansicht, daß eine auf die SPD gestützte Reichsregierung einfach nicht mehr zu halten ist [...]

[93:] Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers [...] sollte der erste Akt sein, als zweiter sollte die Demission des General Groener folgen.¹ Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts wäre eine vorläufige Regierung gefolgt, die in der Hauptsache die Auflösung des Reichstages, gewisse finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen und die Reparationsverhandlungen in Lausanne durchzuführen gehabt hätte.

ZStA Potsdam, Deutsche Reichsbank, Handaktensammlung, Bd. 80/1, zit. nach: Müller/Stockfisch, „Veltenbriefe“, S. 1582-1583.

b) Die Regierung Papen: Preußenstaatsstreich und Septembernotverordnungen

„Die Regierung wird unabhängig von Parteien den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.“

Franz von Papen am 4.6.1932

„Alles rollt programmgemäß ab. Bracht wird als Reichskommissar eingesetzt ... Die SA steht in Bereitschaft ... Eben rückt die Reichswehr in die Reichshauptstadt ein. Mit Panzerwagen und Maschinengewehren. Ein wundervoller, beglückender Anblick.“

Joseph Goebbels zum Staatsstreich in Preußen am 20.7.1932

61. Aus der Regierungserklärung Franz von Papens vom 4. Juni 1932

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller auf-[94:]bauwilligen und staats-erhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden. [...]

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsstaat zu machen versucht und damit die moralischen

¹ Tatsächlich verlief der Rücktritt des Kabinetts Brüning in den angekündigten Etappen: zunächst demissionierte der Reichswirtschaftsminister Warmboldt, dann der Reichswehrminister Groener.

Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die sittlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. [...]

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird unabhängig von Parteien den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.

Hohlfeld, Bd. III, S. 435-437.

62. Aus dem Aide-mémoire des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur deutschen Wirtschaftspolitik (Grundlage für eine Besprechung mit dem Reichskanzler am 24. Juni 1932)

IV. [...] 1. Besonders verhängnisvoll hat sich die Gestaltung der Lohnpolitik in der Nachkriegszeit erwiesen. Es ist daher die vordringlichste Forderung, daß sich der Staat zukünftig von Eingriffen in die Lohngestaltung freihalten muß. [...]

2. Es würde ferner für Unternehmer und Arbeiter befreiend wirken und zu einer wirksamen Entlastung des Arbeitsmarktes führen, wenn den Arbeitswilligen die Möglichkeit gegeben würde, [95:] ihre Arbeitskraft zu solchen Bedingungen anzubieten, die sie selbst für richtig halten. Das Prinzip der Tarifverträge soll damit nicht abgelehnt werden.

V. Jede Subvention in dem Sinne von Staatseingriffen zur Stützung einzelner Unternehmen ist grundsätzlich abzulehnen.¹ Die deutsche Industrie hat sich in ihrer Gesamtheit immer gegen jede Subventionspolitik gewandt. Die Ablehnung der Subventionspolitik ist die adäquate Forderung zu dem Grundsatz der Wiederherstellung der Wirtschaftsfreiheit. Auf der anderen Seite hat jedoch die Regierung selbstverständlich die Pflicht, mit *allgemeinen* staatlichen Maßnahmen die Wirtschaft zu fördern, und zwar insbesondere

1. mit den Mitteln der staatlichen Steuer- und Zollpolitik [...]

2. mit der Verkehrspolitik. [...]

3. Bei der gegenwärtigen Zerrüttung des Kredites ist es unbedingt notwendig, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeden berechtigten Kredit zur Erzeugung von Waren aufrechtzuerhalten. Hierbei muß auf die Exportbedürfnisse der Wirtschaft besondere Rücksicht genommen werden. [...]

VIII. Die deutsche Wirtschaft kann nicht eher gesunden, als bis die Produktionskosten auf ein erträgliches Maß herabgedrückt sind. [...]

1. Oberste Forderung ist die schleunigste Wiederherstellung einer wirklich sparsamen Wirtschaft in allen Teilen der öffentlichen Hand. Dies gilt nicht nur für die Staatsverwaltung als solche, sondern insbesondere auch für alle Einrichtungen der sozialen Fürsorge. [...]

2. Die bisherige Höhe der steuerlichen und sozialen Lasten ist völlig unerträglich geworden. Sie bedroht in gleicher Weise sowohl den Bestand der Wirtschaft wie die Ordnung der Finanzen des Reiches und der Länder und den Bestand der sozialen Einrichtungen überhaupt. Es kann nur noch durch eine Einschränkung der Ausgaben und durch grundlegende organisatorische Reformen das schlimmste verhütet werden. [...]

¹ Unter „Subventionen“ werden hier staatliche Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmen verstanden. Konkret richtete sich diese Forderung gegen die Teilverstaatlichungen der Dresdner Bank und Danatbank sowie der Vereinigten Stahlwerke.

IX. Zu dem weittragenden Problem der Ordnung der Finanzen des Reiches und der Länder [...] ist vor allem folgendes zu bemerken:

1. Diese Ordnung ist ohne eine Reform der Arbeitslosenfürsorge [...] nicht denkbar. [...]

3. Unabhängig von der Frage, ob dadurch sofort oder erst später erhebliche Ersparnisse zu erzielen sind, muß das Problem der Verwaltungsreform mit größter Beschleunigung angepackt werden. Die [96:] Durchführung dieser Verwaltungsreform¹ ist – von den etwaigen materiellen Auswirkungen ganz abgesehen – heute mehr denn je von größter psychologischer Bedeutung. Die Wirtschaft und das Volk müssen an schnell aufeinanderfolgenden einzelnen Schritten erkennen, daß die Regierung hier zu ernsthaftem Handeln entschlossen ist.

BA Koblenz, Nachlaß Kastl/5.

63. Aus den Erinnerungen des preußischen Innenministers Carl Severing an die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 16. Juli 1932

In einer Besprechung am Morgen dieses Tages, an der neben Otto Wels Breitscheid, Hilferding, Vogel, Crispian und Stampfer teilnahmen, habe ich dem Parteivorstand dargelegt, daß die Indizien sich mehrten, die auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen noch vor den Wahlen hindeuteten. [...] Für die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung und der sie stützenden Parteien komme es maßgebend darauf an, in welchen Formen die Einsetzung erfolgen würde, ob die verfassungsmäßigen Bestimmungen gewahrt blieben oder ob sich Schleicher² stark genug fühlen würde, sich über Verfassungsbestimmungen hinwegzusetzen. Dabei stelle sich die Frage, ob gegen ein ungesetzliches, von der Reichswehr gedecktes Vorgehen ein Einsatz der Polizei, gestützt von den Massen der Eisernen Front³, möglich und geboten sei. Trotz aller Zersetzungsversuche sei die Berliner Polizei in ihrer Mehrheit der republikanischen Regierung treu geblieben. Im Hinblick auf die Gefechtsstärke der Reichswehr und der Polizei sei der Einsatz der Polizei aber nur dann zu vertreten, wenn man ihn auf eine Demonstration von kurzer Dauer beschränken würde. In diesem Augenblick unterbrach mich Friedrich Stampfer mit der Bemerkung, daß ich kein Recht habe, auf Kosten meiner Polizeibeamten tapfer zu sein.

[97:] Das war auch meine Meinung. [...] Die Besprechung kam einmütig zu dem Ergebnis, bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen.

Severing, Mein Lebensweg, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 347.

64. Aus der Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen, vom 20. Juli 1932

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

Reichsgesetzblatt, 1932, T. I, Nr. 48, S. 377.

¹ Vgl. Dok. 34, 44, 51, 63, 64.

² Reichswehrminister

³ Antifaschistische Kampforganisation der SPD

65. *Aufruf gewerkschaftlicher Spitzenkörperschaften vom 20. Juli 1932*

An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, [98:] Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.¹

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben.²

Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet.

Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.³

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Deutscher Beamtenbund.

Vorwärts v. 21.7.1932 (Morgenausgabe), zit. nach: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, Berlin 1966, S. 591.

66. *Aus der Tagebucheintragung von Joseph Goebbels vom 20./21. Juli 1932*

20. Juli 1932.

Alles rollt programmäßig ab. Bracht wird als Reichskommissar eingesetzt. Severing erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Ein [99:] leiser Druck mit dem Handgelenk genügt. Ausnahmezustand über Berlin-Brandenburg. Grzesinski, Weiß und Heimannsberg verhaftet. Sie danken feige ab und werden dann wieder freigelassen. In der Reichshauptstadt bleibt alles ruhig. Man muß den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie. SPD und Gewerkschaften rühren nicht einen Finger. Die Reichswehr steht bereit, aber braucht nicht unmittelbar einzugreifen. [...]

Auf dem Gau gebe ich Anweisungen für alle Eventualitäten. Die SA steht in Bereitschaft. [...]

Um 5 Uhr nachts sind wir in Berlin. Eben rückt die Reichswehr in die Reichshauptstadt ein. Mit Panzerwagen und Maschinengewehren. Ein wundervoller, beglückender Anblick.

Die Lage ist gut. Ruhe und Ordnung gesichert. Eine unmittelbare Gefahr besteht nicht mehr.

21. Juli 1932.

Alles rollt wie am Schnürchen ab. Die Roten sind beseitigt. Ihre Organisationen leisten keinen Widerstand. Das „8-Uhr-Abendblatt“ verboten. Einige Polizei- und Oberpräsidenten abgesetzt. Der Generalstreik unterbunden. Es laufen zwar Gerüchte von einem bevorstehenden Reichsbanneraufstand um, aber das ist ja alles Kinderei.

¹ Die preußischen Minister hatten nach ihrer Amtsenthebung den Staatsgerichtshof angerufen. Dieser entschied am 25. Oktober 1932, das Vorgehen Papens sei mit der Reichsverfassung vereinbar.

² Tag der Reichstagswahlen

³ Mit diesem Appell richteten sich die Gewerkschaften gegen den Generalstreikappell und das Einheitsfrontangebot der KPD vom 20.7.1932.

Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder.

J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934, S. 131-132.

67. Aus einem Artikel der „Internationalen Gewerkschafts-Presse Korrespondenz“ über die Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932

Die Notverordnung setzt sich aus folgenden vier Teilen zusammen:

„Entlastung der Wirtschaft“, „Sozialpolitische Maßnahmen“, „Kreditpolitische Maßnahmen“ und „Sonstige finanzpolitische Maßnahmen“.

Der erste Teil enthält als wichtigsten Punkt die Bestimmungen über die Steuergutscheine, durch welche die Unternehmer eine beträchtliche Steuerermäßigung erhalten. [...] Diese Steuergeschenke an die Kapitalisten machen über 1½ Milliarden Mark aus. [...]

[100:] Der zweite Teil der Notverordnung, „Sozialpolitische Maßnahmen“, stellt den bisher ungeheuerlichsten Angriff auf die werktätigen Massen dar. [...]

Die Regierung kann [...] durch den Erlaß von einfachen Vorschriften sowohl die Unterstützungs- bzw. Rentenleistungen der Sozialversicherung herabsetzen und gleichzeitig die Sozialbeiträge für die Versicherten erhöhen. Sie kann die Wartezeiten verlängern und die Unterstützungsdauer willkürlich begrenzen. [...]

Die Reichsregierung hat [...] am 5. September [...] die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ erlassen. Was bedeutet diese Verordnung? Sie bringt den Kapitalisten ungeheure Geschenke in Form einer „Beschäftigtenprämie“ und den Arbeitern einen unerhört brutalen Lohnabbau. Die Regelung erfolgt in den industriellen Unternehmungen auf folgende Weise:

Bei einer Mehreinstellung von 5 Prozent der Belegschaft beträgt die Lohnkürzung für die 30. bis 40. Stunde 10 Prozent, d. h. für den Wochenlohn des Arbeiters bei 40-stündiger Arbeitszeit 2½ Prozent, bei einer Mehreinstellung von 10 Prozent beträgt der Lohnabbau für die 30. bis 40. Stunde 20 Prozent, d. h. für den Wochenlohn des Arbeiters 5 Prozent; [...]

bei einer Mehreinstellung von 20 Prozent macht der Lohnabbau 40 Prozent, d. h. für den Wochenlohn des Arbeiters 10 Prozent;

bei einer Mehreinstellung von 25 Prozent beträgt der Lohnabbau für die 30. bis 40. Stunde 50 Prozent, d. h. für den Wochenlohn 12½ Prozent [...]

Und da kommt noch eine besondere „Beschäftigungsprämie“ hinzu. Denn ein Unternehmer, der in dem Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeiter beschäftigt, als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeiter, den er über den früheren Bestand hinaus einstellt, und ein Vierteljahr lang beschäftigt, die Entschädigung von 100 Mark, für ein Jahr also 400 Mark [...]

Die Tarife werden also faktisch zum Zweck der Durchführung eines gewaltigen Lohnabbaues außer Kraft gesetzt. Die Unternehmer brauchen nur an einem schwarzen Brett anzugeben, daß sie soundso viele neue Arbeiter eingestellt haben und daß der Tariflohn um so und so viel gesenkt wird, dann tritt der Lohnabbau in Kraft [...]

[101:] Ein zweiter wichtiger Punkt der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ betrifft die „Erhaltung gefährdeter Betriebe“ [...]

Hier handelt es sich also um die zweite Methode der Zerschlagung der Tarife und des unerhörtesten Lohnabbaus [...] Den Arbeitern und Angestellten solcher Betriebe droht eine Lohn- und Gehaltssenkung, die nach der Verfügung bis zu 20 Prozent gehen kann [...]

Fassen wir kurz zusammen, welche Vorteile die Kapitalisten aus Papen-Programm zu erwarten haben, so ergibt sich:

1. durch den Lohnabbau rund	3000 Mill. Mark
2. aus Steuererlaß	1500 Mill. Mark
3. an „Beschäftigungs“prämien	700 Mill. Mark
4. für das Hausbesitzerkapital	50 Mill. Mark

zusammen 5250 Mill. Mark

Internationale Gewerkschafts-Presse-Korrespondenz, 73/1932, S. 893 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 75-77.

[102:]

III. Großkapital und NSDAP 1929-1933

1. Kontakte zwischen Großindustriellen, Bankiers und NSDAP nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

„Hitlerismus, oder – wie wir es nennen – Nationalsozialismus ist ... gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus gerichtet, wie sie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist. Das deutsche Volk ... ist für diese Form der Demokratie nicht reif.“

Carl Friedrich von Siemens am 27.10.1931

68. Aus dem Bericht von George A. Gordon, Botschaftsattaché der USA in Berlin, an Henry L. Stimson, Außenminister der USA, vom 23. September 1930

Wie ich in meinem Bericht No. 489 darstellte, gibt es keinen Zweifel, daß Hitler von bestimmten großen Industriellen wesentliche finanzielle Unterstützung erhielt. [...] Tatsächlich gewinnt man in den letzten Tagen den Eindruck, daß wichtige finanzielle Kreise – wenn auch nicht in dem wie oben gekennzeichneten Umfang – auf den Kanzler und andere Mitglieder der Regierung einen Druck ausgeübt haben und ausüben, um das Experiment zu unternehmen, die Nazis an der Regierung zu beteiligen (mutmaßlich auf Grund der Annahme, daß die Sozialdemokraten für eine aktive Zusammenarbeit mit der Regierung als Preis auf für die Finanziere unliebsamen Bedingungen bestehen würden).

Gerade heute erreichte mich ein Gerücht aus gewöhnlich sehr gut informierter Quelle, daß verschiedene amerikanische Finanzkreise, die hier vertreten sind, in gleicher Richtung sehr aktiv sind.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930, Bd. 3, Washington 1954, S. 84, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 88-89.

[103:]

Aus den Antworten des Generals Hans v. Seeckt, Hjalmar Schachts¹ und Elard v. Oldenburg-Januschau² auf die Weihnachtsumfrage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ 1930 „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?“

[Seeckt:]

Die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei wünschenswert ist, beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie ist mehr als das; sie ist notwendig [...] das, was in dieser Bewegung den echten Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestreben Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft.

Diese Regierung muß die Form eines Keils haben, dessen stählerne Spitze die Vernunft ist, die von der Macht vorwärts getrieben wird gegen die Wand wirtschaftlicher Hemmnisse und äußerer Feindschaft [...] Zur Entfaltung der vollen Stoßkraft bedürfen wir ebenso der Masse der im Grunde ihres Herzens deutschen, gegen russisches Gift gefeierten Arbeiterschaft wie der national begeisterten Jugend aller Stände aus Stadt und Land [...]

Bei dem Stoß dies Keils werden Späne fliegen, das ist unvermeidlich.

[Schacht:]

Meine Auffassung [...] habe ich bereits in meiner Rede in München niedergelegt [...]: Wenn es unmöglich ist, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, dann ist es auch nicht möglich, gegen die ebenso starke extreme Rechte zu regieren, die am 14. September durchaus nicht für Hitlers Wirtschaftsprogramm gestimmt, sondern nur ihrem Lebenswillen Ausdruck gegeben und so dem Ausland hat bekunden wollen, daß sie nicht eine zugrunde gehende Nation werden wollte.

¹ ehemaliger Reichsbankpräsident

² ostpreußischer Großgrundbesitzer

[Oldenburg-Januschau:]

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat nach meiner Überzeugung das unstreitige Recht, an den Regierungsbildungen der Zukunft beteiligt zu werden [...] ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der nationale Gedanke in ihr stark genug sein und bleiben wird, um die Unklarheiten zu überwinden, welche in ihrem Programm als Hindernisse für die Deutschnationale Volkspartei enthalten sind [...] Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat den Ausspruch getan: „Der Feind steht rechts!“ Da ich den Vorzug habe, auf der rechten Seite des Reichstages meinen Platz in unmittelbarer Nähe des Dr. Frick zu haben, wird niemand es mir verargen können, wenn der Dr. Frick als Reichsminister mir näher stehen würde, als der Dr. Wirth.

DAZ v. 25. Dezember 1930, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 28-29.

70. Aus den Erinnerungen des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht über seine erste Begegnung mit Göring im Dezember 1930 und seine erste Begegnung mit Hitler am 5. Januar 1931

Im Dezember 1930 lud mich mein langjähriger Freund v. Stauss, der seit 1915 dem Vorstand der Deutschen Bank angehörte, zu einem Abendessen ein, zu dem er auch Hermann Göring bat. Selbstverständlich nahm ich die Gelegenheit, einen der ersten Führer der nationalsozialistischen Bewegung kennenzulernen, gerne wahr. Dieses Abendessen zu dritt verlief mit den damals überall brennenden Gesprächen über die Wirtschaftslage, über das Steigen der Arbeitslosenziffern, über die Zaghaftigkeit der deutschen Außenpolitik und alle damit zusammenhängenden Fragen. Göring erwies sich als ein urbaner, angenehmer Gesellschafter [...]

Als ich nicht lange danach eine Einladung zum Abendessen bei Hermann Göring und Frau erhielt, trug ich infolgedessen keine Bedenken, anzunehmen, zumal die Einladung von der Mitteilung begleitet war, daß Adolf Hitler teilnehmen würde.

Das Abendessen bei Göring fand am 5. Januar 1931 statt. Außer meiner Frau und mir waren noch anwesend Fritz Thyssen, der Sohn von Frau Karin Göring aus ihrer ersten Ehe, und Dr. Goebbels. [...] Hitler erschien nach dem Essen. [...]

Unser Gespräch wandte sich sehr rasch den politischen und wirtschaftlichen Problemen zu. [...]

Ich nahm aus dem Erlebnis dieses Abends Veranlassung, in den folgenden Wochen beim deutschen Kanzler und bei anderen Politikern, mit denen ich Verbindung besaß, darauf zu drängen, daß die Nationalsozialisten baldmöglichst in eine Regierungskoalition hineingenommen würden. Nur auf diesem Weg schien mir ein totaler Übergang der Macht in die Hände dieser radikalen Rechtsbewegung [105:] vermeidbar. In einer solchen Koalition wäre der Nationalsozialismus durch die Mitübernahme der Regierungsverantwortung voraussichtlich noch in geordnete Bahnen zu lenken gewesen. Als man ein Jahr später diesen Gedanken endlich aufgriff, war die Gelegenheit schon verpaßt.

H. Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 350-352.

71. Aus der Eingabe der „Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt am Main“¹ vom 27. Juli 1931 an den Reichspräsidenten Paul Hindenburg

Im Anschluß an den Mahnruf der Wirtschaftstagung der DNVP in Stettin an Ew. Excellenz gestattet sich unterzeichnete Vereinigung, der zahlreiche namhafte Führer der hessen-nassauischen und rheinischen Wirtschaft angehören, Ew. Excellenz folgendes dringendst vorzustellen:

Seit 13 Jahren herrscht in Deutschland ein System, das sowohl im Reich als auch in Preußen ausschlaggebend von der Sozialdemokratie beeinflusst ist. Seit 13 Jahren wird das deutsche Volk einen Leidensweg geführt, dessen jede Station die vorhergehende an Not überbietet [...]

¹ Unterzeichnende Mitglieder der Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt a. M. waren u. a.: Walter Dyckerhoff von der Baufirma Dyckerhoff & Söhne; Emil Gutbrod, Inhaber eines Chemieunternehmens; Dr. Geisow von der IG Farbenindustrie AG; Dr. Traupel von den Kruppwerken. Die Eingabe wurde dem Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg vom Präsidenten der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, Rüdiger Gral v. d. Goltz, zugeleitet.

Im Namen des deutschen Schicksals, das sich heute vollzieht: Greifen Sie in das Rad der Geschichte ein! [...] Unvereinbar mit der Verfassung wird die heute weitaus stärkste Partei, die NSDAP, von jedem Einfluß ausgeschaltet, ebenso wie die hinter ihr stehende DNVP und die Frontkämpfer des Stahlhelm. [...]

Ew. Excellenz! Die nationale Opposition ist Deutschlands letzte Reserve. [...]

Und wir deutschen Wirtschaftsführer, die wir politisch sehend geworden sind, stehen hinter ihr. Wir sehen unser Lebenswerk zusammenbrechen. In dem bevorstehenden Chaos drohen Arbeiter und Unternehmer gemeinsam unterzugehen. Wir erkennen, daß es sich nicht um das Schicksal eines Standes, sondern um das Schicksal der gesamten Nation handelt.

L. Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin 1956, S. 188 f., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 40-41.

[106:]

72. Aus dem Vortrag von Carl Friedrich v. Siemens, gehalten auf dem Essen der General Electric Company am 27. Oktober 1931 in New York

Wir halten den Sozialismus in erheblichem Maße für verantwortlich für den augenblicklichen Stand der deutschen Finanzen. Sie finden sozialistische Tendenzen sowohl in einer großen Anzahl von Gesetzen, als auch in den vielen Notverordnungen der augenblicklichen Regierung, und mehr noch, Sie finden sie in der Übertragung von wichtigen Regierungsstellen an die Mitglieder der sozialistischen Parteien und dadurch in der täglichen Arbeit der Verwaltung [...]

In Zeiten großer Depression, wenn die Verzweiflung um sich greift und die Hoffnung schwindet, nehmen die Menschen immer Zuflucht zu extremen Anschauungen [...]

Kommunismus und Hitler-Bewegung wachsen stark, aber zwischen beiden ist folgender grundsätzlicher Unterschied: der erste will seine Ziele durch revolutionäre Maßnahmen, das heißt Barrikaden und Bürgerkrieg, erreichen; wenn es dazu kommt, wird die Entscheidung auf der Straße fallen. Der andere will sein Ziel durch gesetzliche Maßnahmen, das heißt durch den Stimmzettel, verwirklichen. Doch will er sich dagegen sichern, daß die Ereignisse der November-Tage 1918, wo die Revolutionäre keinen Widerstand auf der Straße fanden, nicht wiederkehren. Die militärische Macht des Staates ist zu schwach, um die Feuer zu löschen, wenn sie an vielen Stellen in Deutschland gleichzeitig ausbrechen sollten. [...]

Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus, das heißt gegen den Marxismus. [...]

Hitlerismus, oder – wie wir es nennen – Nationalsozialismus, ist in keiner Beziehung eine monarchistische Bewegung. [...] Aber er ist gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus gerichtet, wie sie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist. Das deutsche Volk [...] ist für diese Form der Demokratie nicht reif.

ZStA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 296, Bl. 147 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 44-45.

[107:]

73. Aus dem Schreiben von Otto Steinbrinck, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke (Flick-Konzern), vom 11. Dezember 1931 an Hitlers Wirtschaftsberater Funk

Herr Baron Kurt von Schröder, der Mitinhaber des Bankhauses I. H. Stein in Köln und Vetter des bekannten Londoner Bankiers, ist heute und morgen in Berlin und hätte sehr gerne Sie kurz gesprochen. Er steht seit mehreren Jahren der ganzen Bewegung nahe und hat infolgedessen besonderes Verständnis dafür gehabt, als ich ihm von Ihren neuen Ideen über die Auslandsaufklärung berichtete. Da Herr Baron von Schröder selber über sehr weitgehende Auslandsverbindungen verfügt und durch die engen freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen mit dem Londoner Welthaus häufig auch mit fremden Bankiers zusammenkommt, beschäftigt ihn naturgemäß die Stellungnahme

der Partei zur Frage der Auslandsverschuldung. Er würde sehr dankbar sein, wenn Sie trotz Ihrer starken Inanspruchnahme in diesen Tagen (v. I. morgen) einige Minuten für ihn Zeit hätten, damit er ein Bild von der maßgebenden Auffassung zu dieser Frage durch Sie bekommen kann.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3218 (F), zit. nach: Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, hrsg. v. K. H. Thieleke u. K. Drobisch, Berlin 1965, S. 294-295.

[108:]



[109:]

2. Der Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei

a) Zur ökonomischen Lage der Bevölkerung in der Weltwirtschaftskrise

74. Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung (umgerechnet in Preise von 1928)

1913	1505	Mark	=	100% von 1913
1925	1285	RM	=	84% von 1913
1926	1318	RM	=	86% von 1913
1927	1413	RM	=	92% von 1913
1928	1453	RM	=	94% von 1913
1929	1436	RM	=	92% von 1913
1930	1372	RM	=	89% von 1913
1931	1201	RM	=	78% von 1913
1932	1094	RM	=	72% von 1913

Zeitgeschichte in Text und Quellen. Die Weimarer Republik, hrsg. v. W. Tormin, Hannover 1962, S. 278.

75. Senkung der Tariflöhne vom 1. Dezember 1931 bis 1. Januar 1932 (in Prozent)

Industrie	Facharbeiter	Hilfsarbeiter
Steinkohlenbergbau	9,7	9,6
Braunkohlenbergbau	13,7	13,0
Metallverarbeitende Industrie	10,2	11,6
Chemische Industrie	14,4	14,5
Baugewerbe	9,0	9,0
Papierzeugende Industrie	8,3	8,8
Papierverarbeitende Industrie	14,1	14,6
Buchdruckgewerbe	12,9	12,3
Holzgewerbe	4,2	3,9
Feinkeramische Industrie	10,3	9,9
Textilindustrie	7,7	7,9
Bekleidungsgewerbe	9,4	–
Schuhindustrie	15,0	–
Braugewerbe	12,3	11,4
Stöß-, Back- und Teigwarenindustrie	10,1	10,0
Reichsbahn	10,0	10,2
Reichspost	9,9	10,0

Kuczynski, Bd. 16, S. 119.

[110:]

76. Nettolöhne und Existenzminimum (in RM)

Jahr	Wochenlohn	Wöchentliches Existenzminimum für Familie mit 2 Kindern
1928	42,70	49,00
1929	42,20	49,65
1930	36,95	47,55
1931	30,10	43,85
1932	21,75	39,05

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 105.

77. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (in Prozent)

Jahr	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1928	9,7	5,7
1929	14,6	7,5
1930	22,7	13,8
1931	34,7	19,7
1932	44,4	22,6

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 104.

78. Durchschnittliche Unterstützungssätze für Arbeitslose 1932 (in RM)

Großstädte	16,44
Mittlere Städte	13,36
Kleine Gemeinden	13,14

14 Prozent der Arbeitslosen, vor allem Frauen und Jugendliche, blieben ohne jede staatliche Unterstützung.

79. Mieten und Preise während der Weltwirtschaftskrise (in RM)

Monatsmiete für Zweizimmerwohnung	etwa 25,50
1 Zentner Kartoffeln	3,30 bis 4,60
1 Vierpfundbrot	0,64 bis 0,08
1 Anzug	30,00 bis 75,00
1 Kleid	8,00 bis 20,00

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, S. 821.

[111:]

80. Konkurse in Deutschland

Jahr	Konkurse insgesamt	Davon mangels Masse abgewiesene Konkursanträge
1928	10.595	2475
1929	13.180	3179
1930	15.468	3980
1931	19.254	5518
1932	14.138	5604

81. Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Betriebe nach Betriebsgrößen 1931 und 1932

Größe des Betriebes (in ha)	Zahl der zwangsversteigerten Betriebe	
	1931	1932
unter 2	2164	2530
2-5	943	1320
5-20	1470	1980
20-50	589	689
50-100	249	239
100-200	175	157
200 und mehr	208	145
Insgesamt	5798	7060

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933. S. 105.

[112:]

b) Die Parole vom „Deutschen Sozialismus“ und ihre politische Funktion

„Der marxistische Sozialismus hat die Klassen gegeneinander gehetzt und damit das organische Gefüge des Volkes aufgeweicht. Der nationalistische Sozialismus dagegen schließt die Klassen zusammen und schmiedet damit das Volk zu einer unlösbaren Blutseinheit aneinander.“

Joseph Goebbels am 22.4.1931

„Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führt. Da ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft ... man kann Gift nur durch Gegengift brechen.“
Adolf Hitler am 28.2.1926

82. Aus der Rede Adolf Hitlers vor dem „Hamburger Nationalklub von 1919“ am 28. Februar 1926

Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Da ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus

selbst kämpft. Eine solche Bewegung kann sich nur an die Mannesfaust wenden, die weiß, man kann Gift nur durch Gegengift brechen. [...]

So muß eine Bewegung, die Gutes erreichen will, die zum Kampf ausholen will, sich selbst der Masse bedienen, die Träger sein kann, und das ist nur die breite Masse. Diese breite sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. Mit nichts anderem würden wir dieser Weltpest Herr werden. Sie allein ist in der Lage, das politische Glaubensbekenntnis in sich aufzunehmen und zu verarbeiten, daß aus rein dogmatischer Handhabung ein fanatischer Glaube wird, wie er heute auf der anderen Seite da ist.

Jochmann, S. 105-106.

[113:]

83. Aus dem Artikel „Nationaler Sozialismus?“ von Alfred Rosenberg vom 1. Februar 1927

Ein ähnliches Symbol bedeutet heute bereits für viele Tausende das Wort „Nationalsozialismus“. In ihm, in diesem einen Wort, liegt jene Zusammenschau der großen Probleme unserer Zeit beschlossen, die das Wesen unserer Bewegung ausmacht: des Nationalismus und des Sozialismus. Der Nationalismus gereinigt von formalen und wirtschaftlichen Zufälligkeiten; der Sozialismus, befreit vom Wahn des Internationalismus in jeder Form. [...] Wir sollten diesen Namen als ein Wort, als ein Hauptwort, deshalb möglichst unzerteilt, als Ganzes gebrauchen.

Es wird nun aber in unseren Kreisen oft vom „Nationalen Sozialismus“ gesprochen. [...] Und doch liegt in dem Gebrauch dieser zwei Worte eine Gefahr. Die Gefahr nämlich, daß bei den noch zuwerbenden Deutschen ein anderer Eindruck entstehen kann, als er beabsichtigt worden ist.

Denn im Gebrauch der Fassung „nationaler Sozialismus“ an Stelle von „Nationalsozialismus“ könnte leicht die Anschauung Ausdruck gewinnen, als sei der Sozialismus Hauptsache, das Nationale nur Beiwort, sozusagen Erläuterung des Hauptwortes. Wobei es sich doch in Wirklichkeit genau umgekehrt verhält: Das Ewige, welches wir durch alle wandelbaren Formen erhalten möchten, ist das Volk. Alles, aber auch alles hat der Stärkung jener rassistischen Grundlagen zu dienen, welche die Blüte der Nation gewährleisten. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der Sozialismus – gereinigt vom Marxismus – als ein staatliches Mittel, im Dienste des einzelnen und des ganzen die Volksheit vor privaten, hemmungslosen Gelüsten zu schützen. Dies nicht, um eine abstrakte Idee, die sich „Sozialismus“ nennt, zu verwirklichen, sondern um dem Konkretesten, der Nation, zu dienen. Deshalb muß das Wort „Nation“ auch als Hauptwort, und zwar mit dem „Sozialismus“ verbunden, dastehen, nicht als kleingeschriebene Beigabe.

Wir sind deshalb, genau gesprochen, nicht „nationale Sozialisten“, sondern Nationalsozialisten.

Völkischer Beobachter v. 1.2.1927, zit. nach Tyrell, S. 278-279.

[114:]

84. Aus der Stellungnahme Gregor Strassers zu Alfred Rosenbergs Artikel vom 15. Februar 1927

Und noch eins möchte ich richtigstellen, damit nicht „bei den noch zuwerbenden Deutschen ein anderer Eindruck entstehen kann, als er beabsichtigt ist“: Wir sind keineswegs deshalb Sozialisten, „um eine abstrakte Idee, die sich Sozialismus nennt, zu verwirklichen“, sondern wir sind „Sozialisten“ aus Gerechtigkeitsliebe und aus Liebe zur Nation. Und hier kommen wir zum tiefsten Unterschied zwischen „Sozialismus“ und „Marxismus“ [...] Unser Sozialismus, der wahre Sozialismus, stellt gerade die Nation, die Not- und Brotgemeinschaft in den Mittelpunkt; er lehnt die liberale Doktrin von der individuellen Freiheit, auf der Kapitalismus und als sein Pendant Marxismus ruhen, restlos ab und setzt an deren Stelle die Gebundenheit des Blutes und den Zusammenhang des Volkes. Gerade daraus aber resultiert, daß Sozialist sein muß, glühender, leidenschaftlicher, vor keinem liberalen „Rechtsanspruch“ zurückschreckender Sozialist, wer sein Volk wahrhaft liebt!! Dieser Sozialismus erkennt gar wohl das Wort an, daß „Eigentum die Grundlage aller Kultur ist“, aber gerade deshalb will er den von einem unsittlichen System, das zwangsläufig die Rücksichtslosesten und Gemeinsten nach oben bringt, enterbten und beraubten Massen Eigentum geben, und es ist selbstverständlich, daß dies nicht ohne Rückgabe des vom kapitalistischen System geraubten Volksgutes möglich ist.

Neben dem Eigentum der Nation aber, an dem jeder schaffende Volksgenosse teilhaben soll – und noch viel wichtiger als dies ist die lebendige Anteilnahme an der Leitung und am Gewinn, wodurch allein auch jene „Eingliederung in den Produktionsprozeß“, jene „Beseelung der Arbeit“ ermöglicht werden wird, von der alle volksliebenden Deutschen heute reden und schreiben, ohne daß sie allerdings immer gewillt wären, diese letzte Konsequenz zu ziehen. Das alles ist Sozialismus. [...]

Ich halte es darum nicht nur für nicht gefährlich, sondern im Gegenteil erklärend und: damit „richtig“, vom „nationalen Sozialismus“ zu sprechen [...] Dabei ist allerdings zuzugeben, daß sich beide Begriffe nicht restlos decken, daß aber der „nationale Sozialismus“ so völlig im „Nationalsozialismus“ enthalten ist wie der gesamte antisemitische bzw. völkische Komplex. Und gerade weil in unserer Literatur, in unseren Reden und unseren Veröffentlichungen diese antisemitischen und völkischen Komplexe so stark hervortreten, darum erscheint es mir gerade günstig für die Gesamtbewertung, wenn an anderer Stelle die sozialistischen Komplexe mehr betont werden! Beide, ich halte das für notwendig nochmals zu betonen, sind unter sich weder gegensätzlich, noch decken sie einzeln den Begriff „Nationalsozialismus“, den ich im Gegenteil als den alle diese Komplexe umfassenden und einschließenden empfinde.

„Wir sind deshalb, genau gesprochen, nicht nur ‚nationale Sozialisten‘, sondern auch ‚Antisemiten‘ – mit einem Wort: ‚Nationalsozialisten‘!“

Nationalsozialistische Briefe Nr. 34 v. 15.2.1927, zit. nach: R. Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke 1925-1930*, Meisenheim am Glan 1966, S. 370-377.

85. Aus einem Artikel von Joseph Goebbels vom 22. April 1931

Unser Sozialismus

Die *sozialistische* Seite unserer Programmatik ist seit dem Augenblick, daß die NSDAP ihre *partei-mäßigen* Schranken gesprengt und *allgemeinpolitische* Bedeutung erlangt hat, von den verschiedensten Gruppen vielfachen *Anfeindungen* ausgesetzt worden. [...]

Sozialismus bedeutet nicht *Gleichmacherei*. Er hat weder mit *Pazifismus* noch mit *Internationalität* das geringste zu tun. [...] Der *marxistische* Sozialismus hat die Klassen gegeneinander gehetzt und damit das organische Gefüge des Volkes aufgeweicht. Der *nationalistische* Sozialismus dagegen schließt die Klassen zusammen und schmiedet damit das Volk zu einer *unlösaren Blutseinheit* aneinander.

Das kann er aber nur, wenn er fernab von aller Phraseologie und doktrinären Theorie sich auf die *naturgemäßen Gegebenheiten des Volksdaseins* stützt und auf ihrer Grundlage die *organische Gemeinschaft der Klassen* aufbaut. [...]

Das *Arbeitertum* hat sich in Marsch gesetzt [...] Es gilt heute nur, dem arbeitenden Volk klarzumachen, daß seine Forderungen durch den *Marxismus* nicht nur nicht erreicht, sondern am Ende endgültig unterbunden werden. Wir bekämpfen nicht den *Marxismus*, weil er die Rechte des Arbeitertums *vertritt*, sondern weil wir die Überzeugung gewonnen haben, daß *das Gegenteil der Fall* ist. Die marxistischen Parteien haben dem Sozialismus nicht die Wege geebnet, ihn aber in eine *ausweglose Sackgasse* hineingeführt. [...]

[116:] Dagegen steht der *deutsche Sozialismus* auf. Er verwahrt sich auf das Entschiedenste dagegen, daß die berechtigten Forderungen des deutschen Arbeitertums am Ende in einer öden und ideallosen *Lohntütenromantik* ausmünden. *Es geht um mehr*, und wir erklären feierlich, daß wir nicht gekommen sind, um den Arbeiter mit kleinen *Behelfsmitteln* abzuspeisen, sondern im Gegenteil, um die *Frage der Befreiung des schaffenden Menschen von Grund auf* zu lösen.

Die *kapitalistische Weltanschauung*, die auf dem *Liberalismus* beruht und darauf hinausläuft, dem *Einzelindividuum* auf Kosten der Volksgesamtheit *Freizügigkeit* zu gewähren, ist *geistig* tot und wird eben *machtpolitisch* niedergedrückt. Die *deutsche Zukunft* wird sich nicht mit einem Zustand abfinden dürfen, in dem es möglich ist, daß die *Inhaber der Produktionsmittel* ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Wohlergehen des ganzen Volkstums ihre profitable Wirtschaftspolitik fortsetzen

können. Wenn wir die *Forderung* aufstellen, daß der *gemein e Nutzen dem Eigennutz voranzustehen habe*, so ist das im tiefsten Grunde der Ausdruck einer *deutschen sozialistischen Gesinnung*, die hier zwar *nur eine Parole* aufstellt, aber gewillt ist, dieser Parole *auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens* Geltung zu verschaffen.

Wir deutschen Sozialisten haben es nicht nötig, uns gegen den Anwurf zu verwahren, wir seien Knechte des Kapitals und Hörige des Geldes. *Nicht dem Kapital*, aber dem *Kapitalismus* haben wir den Kampf geschworen. Daß es Bergwerke, daß es Fabriken, Eisenbahnen, daß es Geld und andere Werte gibt, das ist nicht Ursache unseres sozialen Verfalls, vielmehr die Tatsache, daß es, ohne daß der Staat oder die verantwortlichen Parteien dagegen einschreiten, in Deutschland möglich ist, *die Schätze, die Produktionsmittel, das Geld – kurz gesagt, das Kapital zum Schaden und Verhängnis des Volkes zu mißbrauchen*.

Diesen *Mißbrauch* nennen wir *Kapitalismus*, und ihn wollen wir als Idee mit allen ihren macht- und wirtschaftspolitischen Folgen *beseitigen*.

„Der Angriff“ v. 22.4.1931, zit. nach: D. Stegmann, *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XIII, 1973, S. 442-443. (Hervorh. im Original].

[117:]

86. Aus dem Artikel „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“ in den „Deutschen Führerbefehlen“, September 1932

Die Aufgabe, um die es seit den letzten Monaten und auch über die augenblickliche Zuspitzung hinaus geht, ist die Rekonsolidierung des bürgerlichen Regimes in Deutschland. Die jetzige Regierung von Papen bedeutet diese Rekonsolidierung noch nicht [...]

Das Problem der Konsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher oder letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder „Grenzträger“ der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie. [...]

Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, die in Deutschland seit dem Kriege möglich ist, ist die Spaltung der Arbeiterschaft. Jede geschlossene, von unten hervorwachsende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militärischen Gewalt. Auf der gemeinsamen Basis dieser notwendigen Bedingung unterscheiden sich die verschiedenen Systeme der bürgerlichen Konsolidierung nach den zureichenden Bedingungen, die hinzukommen müssen, um den Staat und das Bürgertum bis in breite Schichten der gespaltenen Arbeiterschaft hinein zu verankern.

In der ersten Rekonsolidierungsära des bürgerlichen Nachkriegsregimes, in der Ära von 1923/24 bis 1929/30 war die Spaltung der Arbeiterschaft fundiert durch die lohn- und sozialpolitischen Errungenschaften in die die Sozialdemokratie den revolutionären Ansturm umgemünzt hatte. Diese nämlich funktionierten als eine Art Schleusenmechanismus, durch den der beschäftigte und fest organisierte Teil der Arbeiterschaft im Arbeitsmarktgefälle einen zwar abgestuften, aber dennoch in sich geschlossenen erheblichen Niveauvorteil gegenüber der arbeitslosen und fluktuierenden Masse der unteren Kategorien genoß [...]

[118:] Der Prozeß dieses Übergangs, in dem wir uns augenblicklich befinden, weil die Wirtschaftskrise jene Errungenschaften zwangsläufig zermalmt hat, durchläuft das akute Gefahrenstadium, daß mit dem Fortfall jener Errungenschaften auch der auf ihnen beruhende Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft zu wirken aufhört, mithin die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät und die bürgerliche Herrschaft sich der Grenze des Notstands einer Militärdiktatur

nähert. Der Eintritt in diesen Notstand aber wäre der Eintritt aus einer Phase notleidender Konsolidierung in die der Unheilbarkeit der bürgerlichen Herrschaft. Die Rettung vor diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft, da jener Schleusenmechanismus in ausreichendem Maße nicht wieder aufzurichten geht, auf andere, und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus.

„Deutsche Führerbriefe“ v. 16. u. 20. September 1932, vollständig abgedruckt in: Kursbuch 21, Berlin-West 1970, S. 17-23. (Alfred Sohn-Rethel)

87. Aus dem Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. März 1932¹

Offen gesagt: Uns imponiert am Nationalsozialismus viel eher sein Nationalismus als sein Sozialismus. Hitlers großes Verdienst besteht darin, die nationale Idee in die Köpfe gehämmert zu haben; wäre ihm das nicht gerade bei den Massen gelungen, so hätte seine Bewegung das Ziel verfehlt. Diese Massen aber hat in der Tat vor ihm im Zeichen des nationalen Gedankens niemand auf die Beine gebracht, weil kein politischer Führer die Vorurteilslosigkeit besaß, der marxistischen Verseuchung einen „deutschen“ Sozialismus entgegenzusetzen, der eine überraschende magnetische Wirkung ausübte. Mit keinem anderen Zaubermittel war dieser Erfolg zu erzielen.

DAZ v. 7. März 1932, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 59-60.

[119:] c) Antikapitalistische, antisemitische und antimarxistische Massenagitation

„Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen ... Daher muß eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefaßt werden, so daß in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird.“ Adolf Hitler in „Mein Kampf“

88. Plakat der NSDAP von 1928

Arbeiter und Bauer, in ihrer großen Masse heute noch verführt, und verleitet von volksfremden Hetzern, sind in ihrem tiefsten Kern gesund. Noch werden sie mißbraucht, noch kennen sie ihre wahren Feinde nicht, aber haben sie die einmal erkannt, wird einmal diese ungeheure Summe von Energie und Lebenswillen zusammengeballt und eingesetzt gegen den einzigen und allen gemeinsamen Feind, das internationale Judentum, dann ist der Tag der Freiheit des deutschen Volkes gekommen.

Das Wort Mittelstand hatte einmal Klang und Farbe, das bezeichnete einmal einen Stand, der das Rückgrat des Staates bildete, da war einmal der Inbegriff aller staatsbürgerlichen Tugenden, da bedeutete einst Fleiß, Tüchtigkeit, Rechtlichkeit, Wohlstand, Kraft, ja Lebenskraft, das bedeutet heute Elend, Niedergang, Armut, Feigheit!

[120:] Es kam der Jude und setzte dem deutschen Kaufmann die Warenhäuser vor die Nase, er vernichtete ihm mit der marktschreierischsten Reklame die Existenz, er nahm dem Handwerker das Brot, er zog jedem Gewerbetreibenden den Hals zu [...]

Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 303.

89. Aus einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 3. November 1932

Mittelständler in Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel!

Erinnert euch an die Ereignisse der Revolution von 1918! Vergeßt es nie, wie galizische Juden und ihre Helfershelfer aus dem roten Verbrechen in Deutschland hausten!

Erinnert euch, wie Bäcker- und Metzgerläden u d Lebensmittelgeschäfte geplündert und ausgeraubt wurden!

¹ Die Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ) gehörte einem Besitzerkonsortium aus Vertretern der Eisenindustrie (Albert Vögler/Vereinigte Stahlwerke, Fritz Springorum/Hoesch, Paul Silverberg/Rheinische Braunkohlenwerke, Ernst Brandt/ Bergbaulicher Verein u. Vereinigte Stahlwerke), der Schiffahrt (Wilhelm Cuno/ Hapag) und [119:] einiger Banken (W. Bernhard/Darmstädter- und Nationalbank, später Dresdner Bank). Die Aktien der DAZ waren aufgeteilt im Verhältnis 70:12:18; den Aufsichtsratsvorsitz führte Wilhelm Cuno. – Vgl. zu diesem Abschnitt auch die Dokumente 8, 28, 29, 35, 117.

Erinnert euch, wie die rote bolschewistische Schutzgarde der Juden die Warenhäuser, jüdischen Großfilialbetriebe und schwarz-rot-goldenen Konsumvereine durch Aufstellung von Doppelposten bewachte, während man euch schutzlos ausraubte!

Erinnert euch, wie euch im Jahre 1923 in der Inflation zur Zeit des jüdischen Finanzministers Hilferding die Früchte eures Sparsinns, ja euer ganzes, durch fleißige und unermüdliche Arbeit erworbenes Vermögen geraubt wurden, während Bankjuden und Finanzkapitalisten ihre Gelder im Ausland sicherstellten! [...]

So sehen sie aus, die Errungenschaften des Novembersystems! [...]

Anstatt im Sinne der Reichsverfassung den gewerbetreibenden Mittelstand zu schützen, wurden seine schlimmsten Feinde Warenhaus-Konzerne und Konsum-Vereine mit Reichsmitteln unterstützt und gefördert. [...]

Für die Sanierung der Großbanken, die dem Reich einen Verlust von nahezu 450 Millionen RM einbrachte, wurden immer neue Riesenbeträge verwendet, während der gewerbliche Mittelstand an den Zinsen für die ihm vom Finanzkapital gewährten geringen Kredite verblutet.

Völkischer Beobachter v. 3.11.1932, zit. nach: H. A. Wink/er, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, Anhang.

[121:]

90. Adolf Hitler über die Funktion des Antisemitismus

„Die Propaganda des Antisemitismus ist in allen Ländern das geradezu unentbehrliche Hilfsmittel für die Verbreitung unseres politischen Kampfes. Sie werden sehen, in wie kurzer Zeit wir die Begriffe und Maßstäbe der ganzen Welt einzig und allein mit dem Kampf gegen das Judentum umstürzen werden. Übrigens unterstützen uns die Juden am meisten dabei. Sie mischen sich trotz der für sie gefährlichen Lage immer in die Reihen der Ordnungsfeinde und Aufwiegler, sofern sie arm sind, und sie sind die weithin sichtbaren Inhaber der Riesenvermögen, die man beneidet. So ist es ein leichtes, dem Kampf gegen das Judentum überall durch populäre und sinnfällige Beispiele aus der nächsten Umgebung seine handgreifliche Berechtigung nachzuweisen. Ist aber erst einmal dem Grundsatz der Rasse durch die besondere Bloßstellung der Juden Einlaß verschafft, dann folgt alles andere sehr schnell. Schritt für Schritt ist man dann gezwungen, die politische und wirtschaftliche Ordnung abzutragen und sich den neuen Ideen der biologischen Politik zu nähern.“ [...]

Das sei alles erst der Anfang eines erbarmungslosen Kampfes um die Weltherrschaft. „Denn nur zwischen uns beiden wird der Kampf um die Weltherrschaft ausgefochten, zwischen Deutschen und Juden. Alles andere ist trügerischer Schein. Hinter England steckt Israel, hinter Frankreich, und hinter USA. Auch wenn wir den Juden aus Deutschland vertrieben haben, bleibt er immer noch unser Weltfeind.“

Ich fragte, ob das etwa bedeute, daß der Jude überhaupt vernichtet werden solle.

„Nein“, erwiderte Hitler. „Dann müßten wir ihn erfinden. Man braucht einen sichtbaren Feind, nicht bloß einen unsichtbaren.“

Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Wien 1973, S. 222-223.

91. Aus einem Aufruf Adolf Hitlers vom 16. Februar 1932 „Die deutsche Ernte 1932 in Gefahr“

Voraussetzung für die Unabhängigkeit des deutschen Staates ist die Möglichkeit, das deutsche Volk aus der deutschen Scholle ernähren zu können. Eine intakte deutsche Landwirtschaft und Gärtnerei sind [122:] in der Lage, die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten.

Das herrschende System hat die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Gartenbau rettungslos dem Verfall preisgegeben. Überschuldet und seelisch verzweifelt, weiß der deutsche Landwirt und Gärtner heute nicht mehr, woher er die Mittel zur Durchführung der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung nehmen soll; weitgehende Einschränkung bei der Aussaat wird bereits erwogen. So entsteht

die Gefahr, daß wir 1932 eine unzureichende Ernte haben werden, und daß damit die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln unterbunden sein wird. [...]

Deutsche Volksgenossen, deutsche Landwirte und Gärtner! [...] es ist eure vaterländische Pflicht, eine Erntekatastrophe zu verhindern.

Daher rufe ich alle Deutschen auf, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. [...]

Ich erkläre für die nationalsozialistische Bewegung, daß eine kommende nationalsozialistische Regierung alle Maßnahmen auch nach der Ernte ganz besonders schützen wird, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen werden um die Frühjahrsbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung wird außerdem eine Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem Tage der Bankenkatastrophe vom 13. Juli 1931 vorgenommen worden sind. [...] Der Nationalsozialismus stellt die Lebensgesetze des Volkes höher als die Interessen des internationalen Finanzkapitals, welche zur Vernichtung aller naturgemäßen Grundlagen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geführt haben.

Ich erwarte von jedem Parteigenossen und Deutschbewußten, insbesondere aber von jedem deutschen Bauern und Gärtner, daß er im Hinblick auf die Sicherung der gefährdeten Ernte jetzt seine Pflicht tut.

M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Bd. 1, Würzburg 1962, S. 93-94.

[123:]

92. Aus einer Rede Adolf Hitlers im Juli 1932¹

Die große Zeit der Entscheidung ist nunmehr gekommen. Über 13 Jahre hat das Schicksal den heutigen Machthabern zu ihrer Erprobung und Bewährung zugemessen. [...]

Sie wollten einst Deutschland für die Zukunft besser regieren als in der Vergangenheit [...] Der deutsche Bauer verelendet, der Mittelstand ruiniert, die sozialen Hoffnungen vieler Millionen Menschen vernichtet, ein Drittel aller im Erwerbsleben stehenden deutschen Männer und Frauen ohne Arbeit und damit ohne Verdienst, das Reich, die Kommunen und Länder überschuldet, sämtliche Finanzen in Unordnung und alle Kassen leer!

Was hätten sie überhaupt noch mehr zerstören können? Das Schlimmste aber ist die Vernichtung des Vertrauens in unser Volk, die Beseitigung aller Hoffnungen und aller Zuversicht. [...]

Nun, nach 13 Jahren, da sie alles in Deutschland vernichteten, ist endlich die Zeit ihrer eigenen Beseitigung gekommen. Ob die heutigen parlamentarischen Parteien leben, ist nicht wichtig, aber notwendig ist es, daß verhindert wird, daß die deutsche Nation vollkommen zugrunde geht.

Die Überwindung dieser Parteien aber ist deshalb Pflicht, weil sie, um selber zu leben, die Nation immer wieder zerreißen müssen.

Jahrelang haben sie dem deutschen Arbeiter eingeredet, daß *er allein* sich retten könnte. Jahrelang dem Bauer vorgemacht, daß nur *seine* Organisation ihm helfen würde.

Der Mittelstand sollte durch Mittelstandsparteien und die Wirtschaft durch Wirtschaftsparteien dem Verderben entrissen werden. [...] Diese Versuche aber, die Nation in Klassen, Stände, Berufe und Konfessionen zu zerfegen [...] sind heute endgültig gescheitert. [...]

Am Tage der Begründung unserer nationalsozialistischen Bewegung beherrschte uns schon die Überzeugung, daß das Schicksal des deutschen Menschen unzertrennlich verbunden ist mit dem Schicksal der gesamten Nation. [...]

Am Tage der Begründung der nationalsozialistischen Bewegung waren wir uns längst darüber klar, daß nicht das Proletariat der Sieger über das Bürgertum sein wird, und nicht das Bürgertum der Sieger

¹ Diese für das Jahr 1932 typische Rede wurde mit dem Titel „Appell an die Nation“ auf Schallplatte gepreßt.

über das Proletariat, sondern daß dann die internationale Hochfinanz am Ende ausschließlicher Sieger über beide werden muß. [...]

[124:] Vor 13 Jahren wurden wir Nationalsozialisten verspottet und verhöhnt – heute ist unseren Gegnern das Lachen vergangen.

Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen ist entstanden, die langsam die Vorurteile des Klassenwahnsinns und des Standesdünkels überwinden wird. Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen, die entschlossen ist, den Kampf für die Erhaltung unserer Rasse aufzunehmen [...]

In diesem Gefühl unzertrennlicher Verbundenheit ist die gegenseitige Achtung gewachsen [...]

Domarus, S. 115-117.

93. *Aus dem Schreiben Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 29. August 1932 mit dem Rat, kein detailliertes Wirtschaftsprogramm aufzustellen*

Sie wissen, daß ich Ihnen keinerlei taktische Ratschläge geben will, nachdem ich Ihre Überlegenheit darin restlos anerkenne. Aber vielleicht darf ich als Wirtschaftler eines sagen: Bringen Sie möglichst kein detailliertes Wirtschaftsprogramm. Es gibt kein solches, worüber sich 14 Millionen einigen könnten. Wirtschaftspolitik ist keine Partei bildende Kraft sondern sammelt bestenfalls Interessenten. Überdies schwanken Wirtschaftsmaßnahmen nach Zeit und Umständen. Es kommt allein darauf an, aus welchem Geiste sie geboren werden. Diesen Geist lassen Sie maßgebend sein.

Dok. EC-457, IMG, Bd. XXXVI, S. 536-537.

94. *Aus dem Brief eines unbekannten Verfassers, wahrscheinlich des Syndikus der Hannoverschen Industrie, an den Geschäftsführer des Langnamvereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Max Schlenker (Anlage eines Briefes Schlenkers an Paul Reusch vom 7. Januar 1932)*

[...] immerhin geht davon so viel Faszinierendes aus, daß selbst unsereiner im gereiften Alter sich nicht ganz dem Eindruck entziehen kann. Soviel konnte ich aus der gestrigen Rede herauslesen, daß [125:] unter dem „Sozialismus“ der Nationalsozialisten ein anderer gemeint ist als der, den wir gemeinhin als solchen bezeichnen. Aber ausgesprochen hat Dr. Haupt¹ dies natürlich nicht; denn es ist wohl oberstes Gesetz bei den Nationalsozialisten, den Begriff „Sozialismus“ je stehen zu lassen und ihn nicht mit irgendwelchen anderen Inhalten auszufüllen, um die Einwirkung auf die Arbeitermassen nicht zu vermindern. Theoretisch ließe es sich schon unter den Nationalsozialisten leben, vorausgesetzt, daß sie, was ich nicht glaube, ausschließlich einmal Deutschland beherrschen werden. Jedenfalls kann ich Ihnen Herrn Dr. Haupt sehr empfehlen, falls Sie wieder einmal die Absicht haben sollten, sich mit Nationalsozialisten auszusprechen.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 221/11, zit. nach: Stegmann, Großindustrie, S. 449.

95. *Aus dem Schreiben des Aufsichtsratsmitglieds der Fried. Krupp AG, Tilo Frhr. von Wilmowsky an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, vom 27. Juni 1932*

Wir haben dort Herrn Walter Funk, früher bei der Börsen-Zeitung, jetzt, wie er angab, erster wirtschaftlicher Berater des Herrn Hitler [...] sprechen lassen. Es war das alte Lied: soweit er überhaupt positive Ziele irgendwie formulierte, konnte man sich nur in jeder Hinsicht mit ihm einverstanden erklären; ich habe betont, daß diese Ziele sich ja völlig mit den von der gesamten Wirtschaft seit Jahren geforderten Maßnahmen deckten. In der Praxis entfernte sich indes die Haltung der NSDAP immer mehr von diesen Bestrebungen [...] Herr Funk gab dies in vollem Umfange zu, entschuldigte es mit der Notwendigkeit der Agitation und stellte sich für die Wirtschaft als Mittelsmann zur Verfügung. Ich persönlich habe nicht den geringsten Anstand, diese Vermittlung zu benutzen, worüber übrigens bei den maßgebenden Leuten des Wirtschaftsverbandes völlige Einigkeit herrscht.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 290/39, zit. nach: Stegmann, Großindustrie, S. 445-446.

Vgl. hierzu auch die Dokumente 101-103.

¹ Dr. Joachim Haupt, seit 1931 Leiter der Organisationsabteilung II in der Gauleitung Hannover.

[126:]

96. Menschenverachtung als oberstes Gebot faschistischer Propaganda

Die Psyche der breiten Masse ist nicht empfänglich für alles Halbe und Schwache. Gleich dem Weibe, dessen seelisches Empfinden weniger durch Gründe abstrakter Vernunft bestimmt wird als durch solche einer undefinierbaren, gefühlsmäßigen Sehnsucht nach ergänzender Kraft, und das sich deshalb lieber dem Starken beugt als den Schwächling beherrscht, liebt auch die Masse mehr den Herrscher als den Bittenden und fühlt sich im Innern mehr befriedigt durch eine Lehre, die keine andere neben sich duldet, als durch die Genehmigung liberaler Freiheit [...] Die Unverschämtheit ihrer geistigen Terrorisierung kommt ihr ebensowenig zum Bewußtsein wie die empörende Mißhandlung ihrer menschlichen Freiheit, ahnt sie doch den inneren Irrsinn der ganzen Lehre in keiner Weise. So sieht sie nur die rücksichtslose Kraft und Brutalität ihrer zielbewußten Äußerungen, der sie sich endlich immer beugt ...

Nicht minder verständlich wurde mir die Bedeutung des körperlichen Terrors dem einzelnen, der Masse gegenüber [...] Der Terror auf der Arbeitsstätte, in der Fabrik, im Versammlungslokal und anlässlich der Massenkundgebung wird immer von Erfolg begleitet sein [...]

Hitler, S. 44-46.

Propaganda ist jedoch nicht dazu da, blasierten Herrchen laufend interessante Abwechslung zu verschaffen, sondern zu überzeugen, und zwar die Masse zu überzeugen. Diese aber braucht in ihrer Schwerfälligkeit immer eine bestimmte Zeit, ehe sie auch nur von einer Sache Kenntnis zu nehmen bereit ist, und nur einer tausendfachen Wiederholung einfachster Begriffe wird sie endlich ihr Gedächtnis schenken. Jede Abwechslung darf nie den Inhalt des durch die Propaganda zu Bringenden verändern, sondern muß stets zum Schlusse das gleiche besagen. So muß das Schlagwort wohl von verschiedenen Seiten aus beleuchtet werden, allein das Ende jeder Betrachtung hat immer von neuem beim Schlagwort selber zu liegen. Nur so kann und wird die Propaganda einheitlich und geschlossen wirken.

ebd., S. 200 u. 203.

[127:] Was für ein Glück für die Regierenden, daß die Menschen nicht denken! Denken gibt es nur in der Erteilung oder im Vollzug eines Befehls. Wäre es anders, so könnte die menschliche Gesellschaft nicht bestehen.

H. Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Bann 1951, S. 198.

Der Mensch ist von Geburt aus schlecht. Man bändigt ihn nur mit Gewalt. Um ihn zu leiten, sind alle Mittel zulässig. Man muß auch lügen, verraten, ja sogar morden können, wenn es die Politik erfordert.

O. Strasser, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 101.

Überhaupt besteht die Kunst aller wahrhaft großen Volksverführer zu allen Zeiten in erster Linie mit darin, die Aufmerksamkeit eines Volkes nicht zu zersplittern, sondern immer auf einen einzigen Gegner zu konzentrieren. Je einheitlicher dieser Einsatz des Kampfwillens eines Volkes stattfindet, um so größer wird die magnetische Anziehungskraft einer Bewegung sein, und um so gewaltiger die Wucht des Stoßes. Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schwächlichen und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Rechte führt. [...]

Daher muß eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefaßt werden, so daß in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird. Dies stärkt den Glauben an das eigene Recht und steigert die Erbitterung gegen den Angreifer auf dasselbe.

Hitler, S. 129.

[128:]

d. Soziale Zusammensetzung der NSDAP

97. Berufliche Gliederung der 73 Gauleiter der NSDAP 1925-1932/33

abgeschlossenes Hochschulstudium	18	
davon in freien Berufen		9
Schul- und Hochschuldienst		4
Beamte (höhere)		1
Angestellte		4
Lehrer (Volks-, Handelsschulen)	13	
Studenten	3	
ehemalige Berufsoffiziere	3	
ehern. Berufssoldat (ohne näh. Ang.)	1	
Beamte (ohne höhere)	7	
Kaufleute (selbständig u. ohne näh. Ang.)	11	
Angestellte (kaufm. u. Verw.)	10	
Journalisten	3	
Gutsbesitzer	1	
Matrose/Schlossler	1	
Arbeiter	2	
		73

Nach: Tyrell, S. 371-372.

98. Aufschlüsselung der Reichstagsmandate der NSDAP von 1930 nach Berufsgruppen

Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Kaufleute	33
höhere und mittlere Beamte	31
Rechtsanwälte, Ärzte, freie Berufe	19
pensionierte Offiziere	9
Angestellte	8
Arbeiter	7

Nach: Faschismus. Renzo Vespignani, hrsg. v. der neuen Gesellschaft für bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg, Berlin (West) 1976, S. 60.

[129:]

99. Vergleich der Sozialgliederung der NSDAP und der Gesellschaft 1930

Berufsgruppe	NSDAP	Gesellschaft	Gesellschaft = 100
Arbeiter	28,1	45,9	61,2
Angestellte	25,6	12,0	213,5
Selbständige	20,7	9,0	230,0
Beamte	8,3	5,1	162,7
Beamte	6,6	4,2	157,1
Lehrer	1,7	0,9	188,8
Bauern	14,0	10,6	132,0
Sonstige (m-Personen)	3,3	17,4	18,9
	100,0	100,0	

100. Sozialstruktur der NSDAP 1930 und 1933

Berufsgruppe	1930	1933	1930 = 100
Arbeiter	26,3	32,5	123,6
Angestellte	24,4	20,6	84,4
Selbständige	18,9	17,3	91,5
Beamte	7,7	6,5	84,4
Bauern	13,2	12,5	94,7
Sonstige	3,4	3,7	108,9
Rentner	1,9	1,6	84,3
Hausfrauen	3,6	4,1	114,0
Studenten	1,0	1,2	120,0

Nach: W. Hofer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957, S. 23.

[130:]

3. Wirtschaftspolitische Programmatik der NSDAP und Abstimmung mit den Interessen des Großkapitals

„Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt ...“
Hjalmar Schacht am 12.4.1932

101. Aus dem Schreiben des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke, Albert Vögler, an den Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Jacob Herle, von Ende Juni 1930 über die Broschüre Hans Reupkes: „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“

Man hat mir nach hier „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ nachgesandt. Ich muß sagen, daß ich selten ein Buch mit solchem Interesse gelesen habe, wie dieses. Die Arbeit, die Herr Dr. Reupke geleistet hat, ist ganz ausgezeichnet. Wir sollten im Präsidium [des Reichsverbandes der Deutschen Industrie] einmal eine Sitzung ansetzen und uns von Reupke noch einmal kurz die wesentlichsten Sachen vortragen lassen, denn ich fürchte, die wenigsten der Herren nehmen sich die Zeit die Abhandlung durchzulesen. Ich möchte vor allem die Schlußfolgerungen durchaus unterstreichen.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 2024/7, zit. nach: D. Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt/M. 1976, S. 76.

102. Aus der Denkschrift des Leiters der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Gutehoffnungshütte Oberhausen, Scherer, für Generaldirektor Paul Reusch, vom 12. Juli 1930 über Reupkes Broschüre

Vor allem hebt Reupke das Gefährliche hervor, das *an sich*, d. h. wenn nicht – wie heute in Italien – eine überlegene und feste Hand derartige Tendenzen dauernd scharf am Zaum behält, in den starken Eingriffen der Staatsleitung in die Wirtschaft liegt. Aber wie sich in Italien das System bis heute praktisch präsentiert, ist es im ganzen [131:] so, daß der Faschismus sich bemüht, dem Privatkapitalismus eine festere Grundlage zu geben, als sie im vorfaschistischen Italien bestand. Auf dieses Ziel wirkt der Faschismus vor allem dadurch hin, daß er den Klassenkampf scharf bekämpft, die Gemeinwirtschaft im Sinne eigener und unmittelbarer wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand ablehnt und die Leitung des eigentlichen Produktionsprozesses unbedingt dem privaten Unternehmer zuerkennt. Und diesem Versuch, die Privatwirtschaft unter vorsichtiger Benutzung „korporativ- und planwirtschaftlicher Ideen“ noch auf „einige Jahrhunderte“ ... zu sichern, muß auch die deutsche Wirtschaft höchste Bedeutung zugestehen.

[...] Ertragen ließe sich ein derartiges System *vielleicht*, wenn eine starke und geschlossene politische Gewalt über allem stände, die – wie Mussolini – in allen ihren Anordnungen [...] die Stärke der nationalen Erzeugung erstrebte, die gleichzeitig als wichtigste Voraussetzung für das Gedeihen der ganzen nationalen Wirtschaft [...] die private Initiative des Unternehmers ansähe und schließlich und vor allem auch mächtig genug wäre, diese Unternehmer-Initiative gegen alle Angriffe des Sozialismus wirksam zu schützen. [...] Für Deutschland würde man daher bei der Vorstellung einer „organischen“ Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems nicht an ein ausgebautes System des „Staatsinterventionismus“, sondern mehr an eine Entwicklung denken müssen, die [...] auf eine fortschreitende *Selbstverwaltung der Wirtschaft* besonders auf dem Gebiet der gesamten Sozialpolitik einschließlich Arbeitsgesetzgebung und Lohn-Schiedsgerichtsbarkeit hinausliefe.

Im ganzen kann man also auch den „Schlußfolgerungen“ des Verfassers durchaus zustimmen.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 127/2. zit. nach: Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 76-77. (Hervorh. im Original)

103. Auszug aus einem Sonderabdruck in der „Wirtschafts-Zeitung“ vom 13. Februar 1931 zu Reupkes Schrift: „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“

Es ist ein langer Weg von dem ersten nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm des Jahres 1920 bis zu dem Programm, das der Berliner Rechtsanwalt Hans Reupke in seiner Schrift „Der National- [132:]sozialismus und die Wirtschaft“ darstellt und kritisch würdigt. [...]

Einzelne Punkte des alten Programms von 1920 werden von Reupke auf Grund von späteren Erklärungen und Reden der berufenen Vertreter der Partei stark umgeformt. Zu nennen ist die Anerkennung des *Privateigentums*, die auch ausdrücklich von Hitler und von der Partei bestätigt worden sei. Auch hier soll der allgemeine Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ Geltung haben. Anerkannt wird ferner die *Privatinitiative*, wobei die Unternehmerpersönlichkeit als Treuhänder der Gesamtheit, als Ausdruck des „aristokratischen Prinzips“ in der Wirtschaft hervorgehoben wird. Ausdrücklich abgelehnt wird an einer Stelle des Buches die *Sozialisierung* in der ursprünglich gedachten Form, während allerdings an anderer Stelle bei den Trägern des Leihkapitals, also bei den Banken, ein solcher Schritt von der Partei selbst noch in Betracht gezogen wird. Abgelehnt werden ferner *Kollektivwirtschaft* und *zentral geleitete Planwirtschaft*.

Mit der „*Brechung der Zinsknechtschaft*“ in dieser extremen Form braucht man sich nach der Auffassung von Reupke nicht mehr zu befassen. Die antikapitalistische Parole des Nationalsozialismus habe sich heute in eine antimaterialistische verwandelt. [...] Die ursprüngliche „*Gewinnbeteiligung an Großbetrieben*“ ist dahin geändert, daß an einer ertragreichen Wirtschaft die Allgemeinheit durch Preissenkung teilnehmen müsse. Die „*Verstaatlichung aller bisher vergesellschafteten Betriebe (Trusts)*“ wird von Reupke selbst offenbar verworfen, denn er warnt vor Zwangsverwaltungen, die ebenso wie öffentliche Betriebe keineswegs vorbildliche Geschäftsführungen seien. Die Forderung verträgt sich auch schlecht mit der sonst so stark betonten Hervorhebung der Unternehmerpersönlichkeit. Gegen einen weiteren Punkt des Programms, nämlich die allgemeine *Altersversicherung*, macht Reupke die Warnung des Faschismus vor einer Überspannung des Fürsorgeprinzips geltend. [...]

Nach Reupke wird die große tragende Idee sich nach und nach in geläuterter Form durchsetzen. Dabei schwebt der wesentliche Gedankengang vor, der den Klassenkampf verwirft und Arbeitnehmer wie Unternehmer als Träger der Produktion in Schicksalsverbundenheit darstellt.

Wirtschafts-Zeitung (Sonderabdruck) vom 13.2.1931, 3. Beiblatt, Nr. 74, Berliner Lokalanzeiger. (Hervorh. im Original)
[133:]

104. Aus einem Artikel in den „*Deutschen Führerbriefen*“ vom 6. Februar 1931

Die Vorträge Hitlers vor maßgebenden Industrie- und Landwirtschaftskreisen sowie Fricks¹ Vortrag in Düsseldorf haben der Bewegung mancherlei Sympathien, wenn auch noch lange nicht allgemein, verschafft, ohne daß man jedoch im klaren darüber ist, wie die Partei ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele zu verwirklichen gedenkt.

Wirtschaftspolitisch befindet man sich im Stadium der Klärung und Präzisierung der Grundanschauungen. Eine kleine Kommission unter dem Vorsitz von Adolf Hitler, der auch der zwar sachte in den Hintergrund geschobene, keineswegs aber mit Schimpf und Schande davongejagte Feder angehört, ist gerade dabei, die wirtschaftlichen Grundsätze der Partei durchzuarbeiten. Nach unseren Informationen werden diese Arbeiten in einem Manifest² von Hitler ihren Niederschlag finden. [...] Der wirtschaftspolitische Reichsleiter der NSDAP, Major a. D. Dr. h. c. Wagener,³ (München) [...] war übrigens nach Quittierung des Militärdienstes Direktionsassistent und Vorstand einer großen Fabrik der Metallindustrie, ferner Vorstand eines metallindustriellen und eines anderen Industrieverbandes, endlich zeitweise Vorstand einer Sektion in der Berufsgenossenschaft und eines Krankenkassenschutzverbandes. [...]

Außenpolitisch ist in führenden nationalsozialistischen Kreisen in mancher Beziehung eine gewisse Ernüchterung festzustellen. Man will in erster Linie mitteleuropäische Raumpolitik treiben, scheut eine Katastrophenpolitik im Osten und starrt durchaus nicht mehr gebannt nach Italien, dessen Freundschaft unter realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet wird.

Deutsche Führerbriefe v. 6.2.1931, zit. nach: Stegmann, Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 446-448.

¹ Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, nach 1933 Innenminister.

² Dieses Manifest erschien auf Druck der Industrie nie.

³ Otto Wilhelm Wagener, ehemaliger Stabschef der Deutschen Legion im Baltikum, 1929/30 Stabschef der SA, 1931 wirtschaftspolitischer Reichsleiter in der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP.

[134:]

105. Aus dem Schreiben des Vorstandsvorsitzenden des AEG-Konzerns, Hermann Bücher, an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, vom 24. Juni 1931

Die Unterhaltung, die ich mit Ihnen und Herrn Springorum hatte, habe ich mir noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich bin von Ihrer beider Stellungnahme zu der berührten Frage nicht überzeugt worden. Diese Partei muß, da sie aus den mit den gegenwärtigen Zeitumständen unzufriedenen Elementen zusammengesetzt ist, sobald sie zum praktischen Handeln kommt, sich zwangsläufig nach der kommunistischen Seite hin entwickeln, denn nur durch eine Homogenisierung der Lebensbedingungen aller kann die Unzufriedenheit dieser Volkskreise aus sich heraus behoben werden, d. h. aber Kommunismus. Ich bin also ein Gegner des Abwartens und bin auch heute noch der Überzeugung, daß man nur über die Leitung dieser Partei einen Einfluß auf die Gestaltung der Politik gewinnen könnte.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 290/5, zit. nach: Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 79-80.

106. Aus dem Schreiben des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte. Paul Reusch, vom 18. März 1932

Das Wahlresultat vom 13. März¹ wird Sie nicht darüber täuschen, daß die politische Rechtsentwicklung in Deutschland unaufhaltsam fortschreitet und daß die nationalsozialistische Partei bei einer solchen Rechtsentwicklung nicht zu umgehen sein wird. Unser aller Sorge ist dabei die Frage der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Ich habe mich bisher diesem Problem nicht besonders zugewandt, halte es aber doch für notwendig, daß von ernster wirtschaftlicher Seite etwas geschieht, um Unfug zu verhüten. Die Hoffnung, daß Herr Hugenberg einen entsprechenden Einfluß bei den Nazis gewinnt, ist nach der neueren Entwicklung wohl sehr zweifelhaft geworden.

Mir ist deshalb die Idee gekommen, ob nicht von anderer Seite der Versuch unternommen werden sollte, die nationalsozialistischen Wirtschaftsideen im vernünftigen Sinne zu beeinflussen. Kurz gesagt geht mein Vorschlag dahin: Ich möchte auf zunächst etwa [135:] zwei Jahre einen finanz- und wirtschaftspolitisch außerordentlich versierten und von mir erprobten Herrn² einspannen, um durch ihn die Verbindung mit den wirtschaftspolitischen Organisationen Hitlers aufzunehmen und die Probleme mit den Herren so durchzuarbeiten und zu formen, daß daraus sich ein wirtschaftspolitisches Programm für die Nationalsozialistische Partei ergeben kann, welches Industrie und Handel mitmachen können³.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 290/33 a. zit. nach: Stegmann, Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 450-451.

107. Aus dem Schreiben Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 12. April 1932 mit der Ankündigung der Einrichtung einer „Arbeitsstelle“ der Wirtschaft zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus

Nachdem Sie die zweite Schlacht⁴ ruhmvoll geschlagen, erlaube ich mir auf unsere letzte Unterredung zurückzukommen. Wenn es mir auch diesmal noch nicht gelungen ist, die großmächtigen Herren im Westen zum offenen Eintreten für Sie zu veranlassen, so konnte ich doch sehr viel Sympathie konstatieren. Zwei Bedenken finde ich immer wieder vorherrschend: Das eine ist die Furcht, sich mit der Regierung anzulegen, auf deren Wohlwollen man unter Umständen angewiesen ist, und das zweite ist die Unklarheit über das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus. Bezüglich des letzteren Punktes nun habe ich insofern Erfolg gehabt, als eine Reihe von Herren sich bereit erklärt haben, gemeinsam mit mir eine Stelle zu finanzieren, die die wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus auf die Möglichkeit hin studieren sollen, sie mit dem Gedeihen privater Wirtschaft in Einklang zu bringen. Der bloße Kampf gegen das Wort Sozialismus, wie ihn Herr Hugenberg

¹ 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl

² Diese Aufgabe übernahm Dr. Karl Krämer, Mitarbeiter des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes

³ Reusch stimmte ebenso wie andere Großindustrielle dem Vorschlag Schachts zu und beteiligte sich an der Finanzierung dieser Arbeitsstelle.

⁴ 2. Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl.

neuerdings betreibt, ist ja reichlich einfältig. Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus [136:] und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt, da der Gegensatz nicht Sozialismus und Kapitalismus lauten kann, sondern nur Individualismus und Kollektivismus. Der angebliche Gegensatz zwischen Individualismus und Sozialismus muß durch die höhere Forderung des Gesamtwohls, an dem jeder nach Kräften mitzuarbeiten hat, überbrückt werden.

Ich habe mich im Einverständnis mit meinen westlichen Freunden bereit erklärt, die geistige Aufsicht über die Arbeiten der geplanten Stelle zu übernehmen.

F. Klein, Neue Dokumente zur Rolle Schachts bei der Vorbereitung der Hitlerdiktatur, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5 (1957) S. 821.

108. Aus der eidesstattlichen Erklärung von Wilhelm Keppler, wirtschaftspolitischer Berater Hitlers, vom 24. September 1946 über Gründung, Zweck und Mitglieder des „Keppler-Kreises“

1. Der Freundeskreis, zunächst „Freundeskreis Keppler“ und später „Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler“ genannt, war ein Kreis leitender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, die ich selbst auf Veranlassung des Führers zusammengebracht hatte.

2. Während einer Unterhaltung, die ich mit dem Führer im Dezember 1931 hatte, brachte der Führer diesen Wunsch zum Ausdruck. Der Führer sagte: „Schauen Sie, daß Sie ein paar Wirtschaftsführer bekommen – es brauchen keine Parteigenossen zu sein – die uns zur Verfügung stehen, wenn wir an die Macht kommen.“ Der Führer wollte Experten haben, die sich in der praktischen Wirtschaft bewährt hatten.

3. Soweit ich mich erinnere, nannte der Führer keine Namen außer Schacht und vielleicht Vögler und überließ mir die Auswahl. Ich selbst sprach die Mitglieder des Freundeskreises meist in Zusammenhang mit den Reisen an, die ich unternahm. Durch Kranefuß¹, der einen großen Bekanntenkreis hatte, bekam ich Kontakt zu seinen Bekannten. [...]

[137:]

5. Der Zweck des Freundeskreises war, über die Pläne der nationalsozialistischen Führung für die deutsche Volkswirtschaft zu beraten.

6. Im Mai 1932, nachdem ich mich mit den Herren des Freundeskreises mehrmals getroffen hatte, fragte ich den Führer, ob er die Herren nicht einmal empfangen könne. Daraufhin empfing der Führer die Herren am 18. Mai 1932 im kleinen Saal des Hotels Kaiserhof. Soweit ich mich erinnere, waren alle Herren, die zu dieser Zeit Mitglieder des Freundeskreises waren, anwesend.

7. Der Führer hielt eine kurze Rede und enthüllte darin unter anderem als Punkte seines Programms die Abschaffung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Keiner erhob irgendeinen Einwand.

8. Diese Punkte des Programms des Führers fanden die vollste Übereinstimmung der Mitglieder des Freundeskreises, aber sie drückten ihre Besorgnis aus, daß es ihm nicht gelingen werde, diese hervorragenden Ideen in die Tat umzusetzen.

9. 1932 und 1933 traf ich häufig mit den Herren des Freundeskreises zusammen. Wir berieten über die Finanzen, Wirtschaftsfragen und die Währung [...] Die Mitglieder des Freundeskreises waren immer sehr froh, zu den Treffen kommen zu können².

¹ Fritz Kranefuß, ehemaliger Mitarbeiter Keplers in den chemischen Odin-Werken/Eberbach, Mitglied der SS, fungierte als Sekretär des Freundeskreises.

² 1932 gehörten dem Keppler-Kreis an: die Bankiers Kurt. von Schröder (Kölner Bankhaus Stein), Emil Meyer (Dresdner Bank), Fritz Reinhart (Commerzbank); die Schwerindustriellen Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Otto Steinbrinck (Flick) und Ewald Hecker (Ilseder Hütte/Verband Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Deutscher Industrie- und Handelstag); von der Kali-Industrie August Rosterg (Wintershall) und Heinrich Schmidt (Rechtsberater beim Kalisyndikat); von der Landwirtschaft Graf von Bismarck; von der Elektroindustrie Rudolf

Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946-April 1949 (zit.: NMT). Bd. VI, Washington 1952, S. 285-287, Dok. NI-903. (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

[138:]

109. Aus dem Schreiben des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, an den Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Jacob Herle, vom 22. September 1932 zum „Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP“¹

Sie haben in Ihrer Kritik an dem Sofortprogramm der NSDAP wohl fast alles berührt, was grundsätzlich zu diesem verschrobenen Programm zu sagen ist. [...]

Ich habe, nachdem ich das Programm in die Hände bekam, mich durch einen Mittelsmann an Herrn Hitler gewendet. Dieser Mittelsmann schrieb mir vor kurzem wie folgt²:

„Hitler teilte mir mit, daß er das berüchtigte Heft 16 habe einstampfen lassen. Es wird also gar nicht mehr verbreitet. Ich habe wiederum den beruhigenden Eindruck aus der Unterhaltung mitgenommen, daß er seine Bewegung nach wie vor in der Hand hat, und zweitens, daß er keinen wirtschaftlichen Unsinn machen wird.“

Den Namen dieses Mittelsmannes werde ich Ihnen gelegentlich mündlich bekanntgeben. Ich bitte um Mitteilung, ob Sie unter den vorliegenden Umständen den angeregten Gedankenaustausch zwischen Industrie und NSDAP noch weiter verfolgen wollen. Soweit ich unterrichtet bin, ist übrigens Herr Dr. v. Renteln von der NSDAP kaltgestellt worden.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 127/3, zit. nach: Stegmann, Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 466-467.

110. Aus der Broschüre der IG-Farben „25 Jahre bei den Leuna-Werken“ (1943) über die Entwicklung von synthetischem Benzin und das Treffen zwischen den Konzernmanagern Bütetisch und Gattineau mit Adolf Hitler im Sommer 1932

Die Männer, die Leuna-Benzin zwischen 1926 und 1932 entwickelt hatten, handelten, als ob jemand hinter ihnen stände und sie zu größter Eile antriebe. [...] Geheimrat Bosch und Direktor Krauch [139:] schienen wie von einer inneren Ruhelosigkeit besessen. [...] Wir wissen nun, daß diese Hast unter historischen Gesichtspunkten notwendig war. [...]

Ökonomische Überlegungen jedoch waren nicht die allein entscheidenden Faktoren zu dieser Zeit. Im Sommer 1932 herrschte eine große politische Spannung. [...] Daher schien die Zukunft des deutschen Benzins immer noch sehr ungewiß. [...]

In dieser schwierigen Situation entschloß sich Direktor Dr. Bütetisch, die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung zur Frage des deutschen Benzins zu klären [...] Durch Dr. Gattineau bat er beim persönlichen Stab des Führers um einen Termin für eine Diskussion, die ihm bewilligt wurde. [...] Er [Bütetisch] berichtet darüber: „[...] Dann beschrieb der Führer die ökonomischen Ziele klar und überzeugend. Er sagte: ‚Heutzutage ist eine Wirtschaft ohne Öl in einem Deutschland, das politisch unabhängig sein will, unvorstellbar. Deshalb muß das deutsche Motoröl Realität werden, auch wenn es Opfer erfordert. Daher ist es dringend notwendig, daß die Hydrierung von Kohle fortgesetzt wird.‘

Als der Führer seine Stellungnahme beendet hatte, konnte ich nur sagen, daß seinen Worten nichts hinzuzufügen sei. [...] Schließlich verabschiedete uns der Führer mit den Worten: ‚Ich muß die

Bingel (Siemens); für Großschiffahrt und Überseehandel Emil Helfferich (Hapag) sowie Hjalmar Schacht. Nach 1933 erweiterte sich der Kreis auf etwa 40 Mitglieder, unter ihnen Heinrich Bütetisch (IG-Farben), Karl Blessing (Deutsche Bank), Friedrich Flick.

¹ Programmentwurf der NSDAP zur Arbeitsbeschaffung und zur Neuorganisation der Wirtschaft, verfaßt von dem Mitarbeiter in der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsorganisationsleitung, Dr. v. Rente In, offensichtlich in Zusammenarbeit mit Gregor Strasser. Die Broschüre wurde aufgrund der massiven Kritik aus großindustriellen Kreisen eingestampft, von Renteln seines Postens enthoben.

² Dieser Mittelsmann ist Hjalmar Schacht.

technische Ausführung Ihnen überlassen. Das ist Ihr Beruf. Aber unser Weg ist der gleiche, und ich hoffe, daß dieser Weg bald zu einer gewaltigen Stärkung unseres Deutschland führt!‘ [...]

Dieses Resultat der Besprechung mit dem Führer stellte eine große Unterstützung für Leuna zu dieser Zeit dar. Nun konnte das Kohlehydrierverfahren ohne Verzug fortgesetzt werden.“

NMT, Bd. VII, S. 536-540. (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

[140:]

4. Vergleich großkapitalistischer und faschistischer Zielsetzungen

111. Der Reichsverband der Deutschen Industrie zu „Marxismus“, „Bolschewismus“, „Parteiwirtschaft“

Die Widerstandsfähigkeit Deutschlands als Bollwerk gegen den Bolschewismus steht und fällt mit der Sicherung seiner politischen Freiheit und seines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs.

Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie „Revision des Youngplans!“ von Januar 1931. in: Veröffentlichungen des RDI, 1931, Nr. 56. S. 62.

Der Marxismus ist unser Unglück geworden, und an dem Marxismus kranken wir bis auf den heutigen Tag, der Marxismus ist in Wirklichkeit auch heute noch die regierende Kraft, nicht offenkundig, aber wohl im Hintergrunde, und alles was im Reichswirtschaftsrat und Reichstag beraten und beschlossen wird, wird immer zweideutig und unzweideutig zugunsten der Parteiwirtschaft und des Marxismus sein.

Veröffentlichungen des RDI, 1930, Nr. 55, S. 27.

Die Privatwirtschaft, die individualistische, kapitalistische Wirtschaft, kann nicht mit Erfolg betrieben werden, wenn der Staat eine sozialistische, kollektivistische Wirtschaft [...] betreibt. An diesem inneren Widerspruch leidet aber die deutsche Wirtschaftsführung, und dieser Widerspruch hat zu der heutigen Lage geführt, und an diesem Widerspruch gehen Staat und Privatwirtschaft zugrunde, wenn nicht eine grundlegende Änderung eintritt.

P. Silverberg: Steuer- und Finanzpolitik, in: Veröffentlichungen des RDI, 1930, Nr. 50, S. 22.

112. Carl Duisberg zur „Parteiherrschaft“, gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderungen der „unsachverständigen Massen“ und gegen die „Monopolmachtstellung“ der Gewerkschaften

Durch die Revolution wurde an die Stelle der konstitutionellen Regierungsform mit ständigem Vertretercharakter, in der ein gutge-[141:]schulter und sachverständiger Beamtenapparat vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls aus die Staatsaufgaben zu lösen versuchte, der durch eine ausgeprägte Parteiherrschaft charakterisierte Volksstaat gesetzt.

Während vorher, im großen und ganzen, die Wirtschaft eine streng sachliche Behandlung ihrer Angelegenheiten erfuhr und so keinen Anlaß zu eigenem aktiven Eingreifen in die Politik hatte, änderte sich dieser Zustand nach dem Umsturz wesentlich. Die letzte Entscheidung in wirtschaftlichen Dingen wurde, wie bei allen modernen Demokratien der Welt, in die Hände der Masse gelegt, die in Wirtschaftsfragen weder sachverständig war, noch dies sein konnte [...] Der überragende und maßgebliche Einfluß gewerkschaftlich organisierter Arbeitermassen, überwiegend mit sozialistischen Weltanschauungen und absoluter Klassenkampfeinstellung, verschob die wirtschaftlichen Entscheidungen, die vom Staat oder seinen Organen zu vertreten sind, von einer rein sachlichen Beurteilung aus auf die politische Plattform. Die zielbewußt angestrebte und dauernd ausgebaute Monopolmachtstellung der Gegenspieler des wirtschaftlichen Unternehmertums wirkte sich in einer Forcierung des staatlichen Eingreifens in das Wirtschaftsleben auf allen Gebieten, in einer Überspannung des staatlichen Aufgabenkreises und in einer, ohne krisenhafte Erschütterung nicht mehr tragbaren Übersteigerung der steuerlichen und sozialen Pflichtleistung für die einzelnen Unternehmungen aus. Ebenso wurde in der Lohnpolitik [...] an die Stelle wirtschaftlicher Überlegungen das staatliche Lohndiktat gesetzt.

Rede Carl Duisbergs am 23. Mai 1930 „Wirtschaft und Politik“, ZStA Potsdam, IG-Farben, A 1058, Bl. 290.

113. Großindustrielle zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung

Eugen Schnaas 1929:

Wer Gelegenheit gehabt hat, im Laufe der letzten Jahre sich an den Lohnverhandlungen und Manteltarifverhandlungen mit den Gewerkschaften an einen Tisch setzen zu müssen, wird erkannt haben, daß alle Worte von der Gegenseite weit fern vom Gebiet wirtschaftlichen Denkens lagen. [...] Ich bin überzeugt, wenn jede Persönlichkeit häufiger an den Verhandlungen der Funktionäre [142:] teilnehmen würde, dann würde sie wahrscheinlich sich jenen Worten des verstorbenen Herrn Reichspräsidenten Ebert anschließen, die ich kürzlich gelegentlich einer anderen Versammlung hörte, der gesagt haben soll: In Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis 100.000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind. („Bravo!“ und Zuruf: „Mussolini!“)

Protokoll der a. o. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12.12.1929, in: Veröffentlichungen des RDI. 1930. Nr. 50, S. 37.

114. Der Reichsverband der Deutschen Industrie zum Führerprinzip und zur „Autorität der Persönlichkeit“

Der wirkliche Führer eines Volkes ebenso wie der eines Unternehmens geht plan- und zielvoll den schmalen Weg seiner Pflicht und Verantwortung. [...] Es darf von mir [...] einmal offen ausgesprochen werden, daß die bei uns in Deutschland sich vollziehende soziale Neubildung dringend einer großen Anzahl auserlesener Führer bedarf. [...] Solange man in der Geschichte zurückblicken kann, vermag man festzustellen, daß die Schicksale der Völker von großen Persönlichkeiten geformt sind. [...] Diese schöpferische Kraft der Persönlichkeit, die uns leider heute auch im Staate fehlt, können wir in keinem Wirtschaftsbetrieb entbehren. [...] Es geht ein tiefes Sehnen durch ganz Deutschland nach Führerwillen und rettenden Ideen. Die große Bewährungsstunde der deutschen Demokratie ist gekommen. [...] Kehren wir uns ab von dem Glauben, daß Staatshilfe, Demokratie oder Sozialisierung uns in der Wirtschaft helfen können und besinnen wir uns auf unsere eigene Kraft.

A. Weber: Unternehmertum und Kapitalismus, in: Veröffentlichungen des RDI. 1929. Nr. 48, S. 69-70, 72.

Der Mann, in dessen Händen die Leitung der Unternehmung liegt, muß nicht ein Autokrat, sondern ein Aristokrat sein. Aristokrat nicht im Sinne des Mannes mit dem Monokel, sondern Aristokrat im Sinne des griechischen ‚aristos‘, des Besten, des Mannes mit dem Gehirn und menschlichen Tugenden¹. [...] Den Sinn wirklicher Demokratie versteht man nach meinen Erfahrungen vielfach in der Leitung besser, wie in den unteren und untersten Regionen.

[143:]

H. Bücher (AEG): Die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Arbeiterschaft und Unternehmertum, in: Veröffentlichungen des RDI. 1927, Nr. 37, S. 65.

115. Großindustrielle gegen Parlamentarismus und Demokratie, für den „Starken Staat“

Carl Duisberg 1933

Meine auf der ersten großen Tagung des Reichsverbandes [der Deutschen Industrie] unter meinem Vorsitz dargelegte Meinung hat sich heute noch nicht geändert: Das wichtigste für die Industrie ist ein starker Staat, eine machtvolle und energische Regierung. Die Verfassung, über deren Formen zu streiten anderen überlassen sein soll, soll sich den Zeitverhältnissen entwicklungsgemäß anpassen.

C. Duisberg, Meine Lebenserinnerungen, hrsg. auf Grund von Aufzeichnungen, Briefen und Dokumenten v. J. von Puttkamer. Leipzig 1933. S. 138.

Ernst Brandt 1931

Wir werden mit diesen demokratischen Methoden, d. h. Methoden, in denen grundsätzlich alle mitreden und die sogenannte Parität herrscht, immer weiter ins Unglück kommen. Es wird nicht eher

¹ Vgl. die fast wortgetreue Übernahme dieser Terminologie in die NSDAP-Broschüre „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“ vier Jahre später. (Dok. 103)

besser, als bis endlich ein Kerl kommt, der mit rücksichtsloser Energie das als richtig Erkannte durchführt.

Zit. nach F. Klein. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (1953) S. 901.

116. Aus dem Vortrag " Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik " von Max Hahn, Geschäftsführer der deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, am 23. Oktober 1931

Betrachten wir den Kampf um unsere Existenz in den letzten 12 Jahren, so müssen wir feststellen, daß [...] die Plattform unserer physischen Lebensgrundlage sich immer mehr verengert hat. [...] Im gleichen Zeitraum aber erleben wir die Zusammenballung größter Wirtschaftsräume mit riesigen Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven, denen gegenüber das zersplitterte Europa heute nur noch das [144:] Gewicht eines Sandkorns besitzt. [...] Es ist die Aufgabe der deutschen Politik schlechthin, die Zeit der großen Entbehrungen und der Selbstbescheidung (in der Weltwirtschaftskrise-U. H.-P.) auszunutzen, um die Gestaltung neuer, erträglicher Lebensbedingungen vorzubereiten. [...] Wir haben in Mitteleuropa Staaten, in denen mehr als die Hälfte des gesamten Güterverkehrs auf den Absatz in einem Nachbarlande entfällt. Wir sehen auf diesem Teil des europäischen Kontinents, der gebietsmäßig nicht etwa mit Südosteuropa gleichzusetzen ist, sondern als Wirtschaftsbegriff den gesamten Raum zwischen Ostsee und Schwarzen Meer umfassen muß, sich die einzigen Lösungsmöglichkeiten der europäischen Agrarkrise und besonders der deutschen abzeichnen.

Zit. nach: Weltherrschaft im Visier, Berlin 1975, S. 226-228.

Vgl. auch Dok. 212.

117. Aus Hitlers geheimer Broschüre für Industrielle, angefertigt für Emil Kirdorf im August 1927, mit dem Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“

Das deutsche Volk zerfällt immer stärker in zwei sich todfeindlich gegenüberstehende Lager. Diese schließen sich in steigendem Maße gegenseitig ab und verwandeln sich in geschlossene, sich selbst genügende Körper, von denen der eine, der marxistische, als Fremdkörper innerhalb des eigenen Volkes alle Beziehungen zur Nation leugnet, um statt dessen die Verbindung zu analogen Gebilden anderer Nationen aufzunehmen. [...]

Angesichts eines solchen tatsächlichen Zustandes ist aber jede Hoffnung auf politischen Wiederaufstieg reinste Utopie. Denn die Voraussetzung zu einer wirklichen Wiedererhebung der deutschen Nation ist nicht die Erfüllung und Befriedigung von so und soviel Forderungen des Tages, als vielmehr die Wiedergewinnung der inneren Kraft der Nation, die in einer allgemeinen solidarischen Erkenntnis über die Notwendigkeit ihres Bestandes und der daraus sich ergebenden Verbundenheit liegt. Diese aber fehlt. [...]

Jedes Volk braucht zur Entfaltung seines eigenen Ichs den nötigen Raum auf dieser Welt. Die Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, daß einer veränderlichen Zahl der starre Raum stets angepaßt und angeglichen wird. Da ein Volk nur dann als gesund [145:] bezeichnet werden darf, wenn es am allgemeinen Lebenskampf teilnimmt, dieser aber als Voraussetzung die Vermehrung eines Volkes hat, muß die Politik es als ihre höchste Aufgabe betrachten, diesem natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben. Damit ist in höchstem Sinne genommen die Politik die Aufgabe, den Lebenskampf einer Nation zu ermöglichen durch die laufende Anpassung der Ernährungsgrundlage an die Volkszahl. [...]

Um diese Mission zu erfüllen, braucht man aber neben der Größe der Einzelperson die zu einer gemeinsamen Interessengemeinschaft eng zusammengeschlossene Nation. [...]

Die Bewegung geht dabei von der Erkenntnis aus, daß die Zukunft eines Volkes nicht garantiert wird durch die Wirtschaft an sich. Sie sieht in ihr nur eine notwendige Dienerin im Leben eines Volkskörpers und Volkstums. Sie empfindet eine unabhängige nationale Wirtschaft als eine Notwendigkeit, jedoch sie sieht in ihr nicht das Primäre, nicht die Bildnerin eines starken Staates, sondern umgekehrt: Der starke nationalistische Staat allein kann einer solchen Wirtschaft Schutz und die Freiheit des Bestehens und der Entwicklung geben.

Die nationalsozialistische Bewegung erkennt weiter – als wesentlichste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe und für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft. Sie sieht darin nicht ein theoretisches Problem, sondern die Lebensvoraussetzung für unser Volk. Sie wünscht, daß diese Millionenmasse unseres Volksgutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates findet. [...]

Sie formuliert aus den beiden bisher mißverständlich aufgefaßten und daher trennenden Begriffen „Nationalismus“ und „Sozialismus“ einen neuen verbundenen, indem sie feststellt, daß höchster Nationalismus wesensgleich ist mit höchster Volkssorge und höchster Sozialismus gleich ist mit höchster Volks- und Vaterlandsliebe und mithin beides die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht darstellt.

Sie schafft damit jenen Begriff, auf den es möglich wird, die Besten unseres Volkes aus allen Lagern zu vereinigen.

Die nationalsozialistische Bewegung ist keine parlamentarische Partei. Sie erwartet nicht, daß die Schicksalsfragen der deutschen [146:] Nation auf dem Wege der Majoritätsbestimmung gelöst werden könnten. Allein sie ist überzeugt, daß der Geist, den sie predigt, eines Tages auch der Geist jener Institution sein wird, die als letzter Rest und zugleich als Schule für die Zukunft vom alten Heere übrig blieb. Die Organisation der Wehrkraft eines Volkes, mag sie groß oder klein sein, steht immer in innerer Beziehung zu einer Lehre des Wertes der Persönlichkeit, des Kampfes und der Vaterlandsliebe. Ungewollt und unbewußt werden sich Bewegung und Heer einst in demselben Maße nähern, in dem der offizielle Staat völkisch korrupter, persönlich entwertet und pazifistisch feiger wird.

Vollständiger Wortlaut der Denkschrift bei: H. A. Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 47-59.

118. Aus Adolf Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 27. Januar 1932¹

Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrecht erhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen. [...] Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen, die aufrecht erhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistungen der Menschen verschieden sind. Erst dann kann ich feststellen: weil die Leistungen der Menschen verschieden sind, sind auch die Ergebnisse der Leistungen verschieden. Wenn aber die Ergebnisse der Leistungen der Menschen verschieden sind, ist es zweckmäßig, auch die Verwaltung dieser Ergebnisse ungefähr im entsprechenden Verhältnis den Menschen zu überlassen. [...]

Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben. Es muß damit langsam [147:] ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen [...]

Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus. [...]

Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind. [...]

¹ Zahlreiche Industrielle aus dem Ruhrgebiet, unter ihnen mit Sicherheit Fritz Thyssen und Karl Haniel, waren bei der Rede anwesend.

Wir stehen heute vor einer Weltlage, die für die weiße Rasse überhaupt nur dann verständlich ist, wenn man die Vermählung von Herrensinn im politischen Wollen und Herrensinn in der wirtschaftlichen Betätigung als unbedingt anerkennt, eine wunderbare Übereinstimmung, die dem ganzen vergangenen Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt hat und unter deren Folgen die weißen Völker zum Teil eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben. [...] Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrechterhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann. [...]

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß parallel der langsamen Verwirrung des europäischen weißen Denkens eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszuberechnen [...] Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriff steht, sich den ganzen asiatischen Kontinent zu unterwerfen, und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht? [...]

[...] eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und [148:]



Adolf Hitler und Hermann Göring im Düsseldorfer Industrieclub, 27. Januar 1932.
Am Mikrofon Fritz Thyssen.

[149:] zum Einsturz bringen. [...] Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen. [...]

Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr – ja, wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten. [...]

Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muß unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden. [...]

[...] Soll eines Tages der Weg wieder gefunden werden, der aufwärts führt, dann muß zuerst das deutsche Volk wieder zurechtgebogen werden. [...]

Ich höre so manches Mal von unseren Gegnern: „Der heutigen Not werden Sie auch nicht Herr.“ Angenommen, meine Herren, das würde zutreffen. Was aber hieße das dann? Es hieße, daß wir einer entsetzlichen Zeit entgegengingen, der wir gar nichts entgegenzusetzen hätten als eine rein materialistische Auffassung auf beiden Seiten. Die Not aber würde als rein materielle – ohne daß man dem Volk irgendein Ideal wiedergegeben hat – tausendfach stärker empfunden. (Lebhafter Beifall.)

Vollständiger Wortlaut der Rede in: Domarus. Bd. I, S. 68-90.

[150:]

5. „Machtergreifung“ oder „Machtübertragung“? Die Zeit von November 1932 bis März 1933

„Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? ... Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Abfließen des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der „Systemzeit“ wird ... Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies System ... los zu werden.“

„Deutsche Führerbriefe“ vom 4.11.1932

„Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend.“

Kurt von Schröder, Bankier, im Nürnberger Prozeß

119. Wahlen zum Reichstag 1930-1932

Parteien	14.9.1930		1.7.1932		6.11.1932	
	Stimmen (in 1000)	Mandate	Stimmen (in 1000)	Mandate	Stimmen (in 1000)	Mandate
NSDAP	6410	107	13.746	230	11.737	196
DNVP	2458	41	2177	37	2959	52
DVP	1578	30	436	7	662	11
Z	4128	68	4589	75	4231	70
BVP	1059	19	1193	22	1095	20
DStP	1322	20	372	4	336	2
WP	1362	23	147	2	110	1
Landvolkpartei und Volkskonser- vative	1108	22	91	1	—	—
Christlichsozialer Volksdienst	870	14	365	3	412	5
KPD	4592	77	5283	89	5980	100
SPD	8575	143	7960	133	7248	121

Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 97.

[151:]

120. Aus dem Artikel „Jena oder Sedan“ der „Deutschen Führerbriefe“ vom 4. November 1932

Nicht minder mahnend drängt sich die Frage „Jena oder Sedan“ im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. Es besteht jetzt die Chance, das tatsächliche „System“, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, zu ändern. Aber es fehlt an Einheit und Willen in der Wirtschaft. Wir sind heute endlich soweit, ohne Sozialdemokraten zu regieren. [...]

Aber dazu muß man fragen: Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? Und hat man in der Wirtschaft wirklich den Willen zu dieser Änderung, zu einer neuen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit? Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Abfließen des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der „Systemzeit“ wird; denn Apparat und Einstellung sind ja geblieben. Sobald wieder die Konjunktur einsetzt, werden Bürokratie

und Parteien jenen Apparat wieder bedienen. Nur ein Beispiel: Die Lohnsenkungsverordnung bringt keinen Umbruch des sozialpolitischen Systems, sondern im Gegenteil seine Befestigung. Für das Linsengericht einer Lohnsenkung durch Staatsinitiative tauscht die Wirtschaft eine Stärkung des Schlichtereinflusses bis ins Betriebsleben ein. Ein Systemwandel wäre es gewesen, wenn die Regierung die Tarifauflockerung und Lohnsenkung freigegeben und die Wirtschaft dann beides im freien Spiel durchgepaukt und ein der Wirtschaft gemäßes System ausbalanciert hätte. [...]

Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies System, auch mit vorübergehenden Unbequemlichkeiten, los zu werden. [...] In der Konjunkturzeit wird man es nie mehr los werden. Auch die jüngste Heraufsetzung der Sozialleistungen [...] deutet als Vorwegnahme konjunktureller Entwicklung schon an, wie der Apparat in der Konjunktur wieder funktionieren wird.

Sedan oder Jena? [...] Ausschöpfen der Krise und ihrer Kraft zur Reinigung und Neuorientierung oder Fortwursteln von einem Tag zum andern mit der sicheren Gewißheit, daß nach Jahr und Tag wieder das alte Theater losgeht? Das ist auch die epochale Frage an die Wirtschaft.

Deutsche Führerbriefe v. 4. November 1932, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 81-82.

[152:]

121. Aus dem Schreiben von Fritz Thyssen, Aufsichtsratsvorsitzer der Vereinigte Stahlwerke, an Max Schlenker, Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnamverein), vom 11. November 1932

Täuschen wir uns darüber nicht, die Ereignisse sind zu weit vorangeschritten, als ob es noch Möglichkeiten für Kompromisse grundsätzlicher Art gäbe. Das wahre Gedankengut des Nationalsozialismus in die Tat umzusetzen, vermag nur Adolf Hitler. Der letzte Wahlkampf hat bewiesen, welchen Gefahren eine von so hochidealen Motiven getragene Bewegung ausgesetzt ist, wenn die Erörterung der Ziele Gemeingut einer großen Masse wird. Es ist meiner Ansicht nach ganz unverantwortlich, daß man eine solche Bewegung solchen Gefährnissen aussetzt, die dadurch nur, wie es bei der Reformation geschah, aus ihrem geraden, eindeutigen Wege herausgedrängt werden kann.

ZStA Potsdam, Nachlaß Bracht. 2. Nr. 51, Bl. 130, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 92.

122. Aus dem Schreiben Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 12. November 1932

[...] erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zu der festen Haltung, die Sie unmittelbar nach den Wahlen eingenommen haben, meine besonderen Glückwünsche ausspreche. Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann und das ist Ihre Kanzlerschaft. [...]

Ich hoffe, daß in den nächsten Tagen und Wochen die kleinen Unebenheiten, die bei der Propaganda notwendigerweise mit unterlaufen, nicht so stark sein werden, daß sie den Gegnern berechnete Gelegenheit zur Entrüstung geben. Je stärker Ihre Position innerlich ist, um so vornehmer kann die Form des Kampfes sein. Je mehr die Sache in Ihrem Sinne entscheidet, um so mehr können Sie persönliche Kampfweise entbehren.

Ich bin von Zuversicht erfüllt, weil das ganze gegenwärtige System sich mit Sicherheit tot läuft.

Dok. EC-456, IMG, Bd. XXXVI, S. 535.

[153:]

123. Aus dem Schreiben von Wilhelm Keppler, wirtschaftspolitischer Berater Adolf Hitlers, an Kurt von Schröder, Mitinhaber des Bankhauses Stein, vom 13. November 1932

Herr Hecker konnte von seinem Urlaub bei Herrn von P[apen] uns berichten, daß dort der gute Wille vorliege, sich auf eine Regierung unter der Kanzlerschaft Hi[tlers] zu einigen. Herr H[ecker] machte dem Kanzler auch Mitteilung von dem beabsichtigten Brief¹, und er gab Ratschläge, wie man hierbei

¹ Dok. 124.

am besten vorgehe. Andererseits wurde wiederum darauf aufmerksam gemacht, wie schwer es sein werde, dem bestehenden Widerstand an der bekannten Stelle¹ zu begegnen.

Freitag [11. November 1932] fand alsdann eine eingehende Aussprache statt, wobei Hecker, Dr. Schacht und Herr Himmler aus München, der auch bei den früheren Verhandlungen wegen Regierungsbildung beteiligt war, teilnahmen. Herr Hecker legte Herrn v[on] P[apen] nahe, im Kabinett zu bleiben, um dadurch eine gewisse Beruhigung für den alten Herrn zu schaffen. [...].

Es herrschte die Anschauung, daß die beste Wirkung bei dem alten Herrn zu erwarten sei, wenn sich Herr v[on] P[apen] selbst möglichst ernst für eine derartige Lösung einsetze.

Mit den anderen Parteien soll vorerst nicht verhandelt werden. Sollten sie nicht bereit sein mitzumachen, um eine Lösung auf verfassungsmäßigem Wege zu ermöglichen, so denkt man an Neuwahlen unter der Parole: Hindenburg und Hitler; an dem Erfolg einer derartigen Wahl ist nicht zu zweifeln. [...]

Bei dieser Sachlage müssen wir besonderen Wert darauf legen, den bewußten Brief möglichst wirkungsvoll zu gestalten. Da Herr von P[apen] über diesen Schritt orientiert ist (es soll ihm vor Übersendung noch in offizieller Form Mitteilung gemacht werden) und ihn zur Verwirklichung der Absichten begrüßt, werden die Bedenken gegen Unterzeichnung in vielen Kreisen fortfallen.

BA Koblenz, All. Proz. 1, Rep. 501, LVI B, Nr. 220, Bl. 4-6; veröffentlicht auch in: Anatomie des Krieges, S. 93-95.

[154:]

124. Aus der Eingabe führender Großindustrieller, Bankiers und Großlandwirte an Reichspräsident Hindenburg vom 19. November 1932 mit der Forderung nach sofortiger Übertragung der Kanzlerschaft an Adolf Hitler

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn man – wie es geschehen muß – von der staatsverneinenden kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine, des öfteren wiederholte, Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer weiter zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

[155:] Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch

¹ Reichspräsident Hindenburg

Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

Dr. Hjalmar Schacht, Berlin, Kurt Freiherr von Schroeder, Köln, Fritz Thyssen, Mülheim, Eberhard Graf von Kalckreuth, Berlin, Friedrich Reinhart, Berlin, Kurt Woermann, Hamburg, Fritz Beindorff, Hamburg, Kurt von Eichhorn, Breslau, Emil Helfferich, Hamburg, Ewald Hecker, Hannover, Carl Vincent Krogmann, Dr. Erwin Lübbert, Berlin, Erwin Merck, Hamburg, Joachim von Oppen, Dannenwalde, Rudolf Ventzky, Esslingen (Württemberg), Franz Heinrich Witthoefft, Hamburg, August Rosterg, Berlin, Robert Graf von Keyserlingk, Cammerau, von Rohr-Manze, Engelbert Beckmann, Hengstey¹

Original veröffentlicht bei: A. Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (Nov. 1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1956) S. 366-369; s. auch Dok. NI-3901, IMG, Bd. XXXIII, S. 531-533.

125. Aus der Information von Dr. Scholz an Franz Bracht vom 26. November 1932

Vertraulich!

Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung [156:] vorgesehen war, ergab anlässlich der zwanglosen Unterhaltung die überraschende Tatsache, daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht. Während man noch vor wenigen Wochen Papen zugejubelt hat, ist man heute der Auffassung, daß es der größte Fehler sei, wenn Hitler, auch unter Vorbringung ernsthafter Gründe, nicht mit der Regierungsbildung beauftragt würde.

ZStA Potsdam, Nachlaß Bracht 2, Bl. 169, zit. nach: E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, S. 73.

126. Aus der Aufzeichnung des Botschafters a. D. Ott² über die Studie der Reichswehrführung von Ende November 1932

Angesichts der ständigen Verschärfung der innenpolitischen Lage im Reiche hatte die Führung der Wehrmacht zu prüfen, ob die Wehrmacht einem zukünftigen Ausnahmezustand gewachsen sein würde, der gegen den Terror von recht~ und links durchzuführen wäre.

Ich erhielt als Leiter der politischen Abteilung des Reichswehrministeriums die Genehmigung, diese Frage in einer kriegsspielartigen Studie zu klären. [...] In dreitägiger Studie wurde der militärische Ausnahmezustand im gesamten Reichsgebiet untersucht, für jeden Teil des Reiches nach der besonderen Lage, die dort voraussichtlich entstehen würde. [...]

So trat für Ostpreußen die Sicherung der Landesgrenze in den Vordergrund. [...] Die ostpreußische Division – im Konfliktsfalle vom Reichsgebiet abgeschnitten und nur auf die eigenen Kräfte gestellt – war gezwungen, sich auf möglichst große wehrbereite Teile der Bevölkerung zu stützen, um auch nur einen schwachen Grenzschutz aufzustellen. Die überwiegende Mehrzahl solcher Verstärkungen mußte aus den Reihen der NSDAP kommen, denn sie hatte in Ostpreußen die Führung besonders der Jugend beherrschend an sich gebracht. Bei einem Ausnahmezustand gegen den Nationalsozialismus fielen diese Kräfte aus. [...] Es ergab sich also, daß die Truppe nach zwei Fronten mit ganz unzulänglichen

¹ Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Paul Reusch (Gutehoffnungshütte) und Fritz Springorum (Hoesch) erklärten ihr Einverständnis mit der Eingabe, unterschrieben aber nicht das Original, um sich politisch nicht zu exponieren.

² Ott war einer der engsten Mitarbeiter des Generals Kurt von Schleicher.

Kräften einzusetzen wäre und die Disziplin einer gefährlichen Belastung unterworfen würde. Eine Verstärkung aus dem Reiche war undenkbar.

Im Gebiet von Hamburg war mit dem Generalstreik der Hafenarbeiter zu rechnen. Dieser würde lebenswichtige Funktionen des [157:] Hafens stilllegen. [...] Die verfügbaren Kräfte an Polizei, Reichswehr und Reichsmarine waren gering; die Hauptlast in der Bekämpfung dieses Streiks fiel auf die Technische Nothilfe. Deren Leiter erklärte sich außerstande dazu. [...]

Für das Rhein-Ruhrgebiet waren drei Hauptfolgen zu prüfen: die Lahmlegung des Bergbaues und der Schwerindustrie, die Einstellung der Rheinschifffahrt, das Wiederaufleben separatistischer Umtriebe. Die Lage war hier besonders kritisch, weil in der entmilitarisierten Zone jeder Einsatz der Wehrmacht auch bei einem Notstand verboten war. [...] So war auch im Zentrum des deutschen Wirtschaftslebens die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht zu gewährleisten. [...]

Als Ergebnis unserer Studie habe ich dem Reichswehrminister gemeldet, daß alle Vorbereitungen getroffen seien, um einen etwa befohlenen Ausnahmezustand unverzüglich in Gang zu setzen. Es habe sich aber bei sorgfältiger Abwägung gezeigt, daß die Ordnungskräfte des Reiches und der Länder in keiner Weise ausreichen, um die verfassungsmäßige Ordnung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten aufrechtzuerhalten und die Grenzen zu schützen. Es sei daher die Pflicht des Reichswehrministers, die Zuflucht der Reichsregierung zum militärischen Ausnahmezustand zu verhindern.

E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 561-563.

127. Aus dem Schreiben von Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, an Dr. Rudolf Kötter, Hauptschriftleiter des Fränkischen Kurier, vom 8. Januar 1933, mit der Information, Reichskanzler Schleicher wolle Gregor Strasser die Vizekanzlerschaft übertragen

In Ergänzung der Ihnen telephonisch gemachten Mitteilungen gebe ich Ihnen im nachstehenden noch einige Einzelheiten über die gegenwärtig sich in Berlin abspielenden Vorgänge bekannt:

Wie ich Ihnen schon sagte, arbeitet Schleicher darauf hinaus, die Nationalsozialistische Partei zu sprengen und hat infolgedessen [158:] Strasser nicht nur die Vizekanzlerschaft, sondern auch das Reichskommissariat für Preußen und die Preußische Ministerpräsidentschaft angeboten. Strasser hat vorläufig zu dem Anerbieten keine Stellung genommen und scheint nach wie vor doch noch das Bestreben zu haben, sich wenn irgend möglich wieder mit Hitler zu verständigen, was auch wohl möglich wäre, wenn die Herren Goering (sie) und Göbbels (sie) dies nicht immer wieder zu verhindern suchten.

In Beziehung auf die Umwandlung seines Kabinetts hat Schleicher folgende Absichten:

Äußeres: Brüning, der bereits zugesagt haben soll,

Inneres: Frick,

Wirtschaft: Bracht.

Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 400 101 2007/16, zit. nach: Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 89-90.

128. Aus der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über das Treffen Adolf Hitlers mit Franz v. Papen am 4. Januar 1933

Am 4. Januar 1933 trafen Hitler, von Papen, Heß, Himmler und Keppler in meinem Hause in Köln ein. [...]

Weiterhin führte Papen aus, daß er es für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente, die ihn unterstützt hätten, zusammen mit den Nazis vertreten seien. [...] Daraufhin hielt Hitler eine lange Rede, in der er sagte, daß wenn er zum Kanzler ernannt werden würde, Anhänger von Papen als Minister in seiner Regierung teilnehmen könnten, sofern sie gewillt wären, seine Politik [...] zu unterstützen. Er skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung. [...]

Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, [159:] wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov[ember]1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme.

Zur praktischen Durchführung dieses Programmpunktes erwartete man, wie es ja später auch geschah, daß die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert werden würde, und zwar in Verbänden, denen sämtliche wirtschaftliche Unternehmungen, in Gegensatz zu den damals bestehenden Verbänden, beitreten mußten, deren Führung durch Wirtschaftler und Kaufleute selbst erfolgen würde, [...] so daß notgedrungen diese neuen Verbände mehr Einfluß ausüben könnten als früher. Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde.

In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht von 100.000 auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen [...] Aufträge zur Verbesserung des Verkehrswesens, insbesondere der Reichsbahn, und Förderung solcher Industrien wie Automobil- und Flugzeugbau und der damit verbundenen Industrien.

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. [...]

Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.

Abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 604-606.

[160:]

129. Aus dem Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdiktator – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse! Die Betrugsmanöver des „sozialen Generals“ sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvollen revolutionären Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampeln der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus – die KPD will man verbieten! [...]

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik! Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen

Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 441-442.

130. Aus dem Aufruf des Parteivorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933

Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder auferstanden.

[161:] Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrарischen Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten.

Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.

Darum her zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!

Vorwärts v. 31.1.1933, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 442.

131. Aus der Rede Adolf Hitlers vor führenden Industriellen am 20. Februar 1933

Privatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie ist nicht aufrecht zu erhalten; sie ist nur denkbar, wenn das Volk eine tragende Idee von Autorität und Persönlichkeit besitzt. Alles, was in der Welt an Positivem, an Gutem und Wertvollem auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur geschaffen worden ist, beruht ganz allein auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Wird die Verteidigung des Geschaffenen, seine politische Verwaltung, aber einer Majorität überantwortet, so geht es rettungslos unter. Alle Lebensgüter, die wir besitzen, verdanken wir dem Kampfe von Auserlesenen. [...]

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugnet. Solch ein Kampf zerreißt das Volk. Man ringt so [162:] lange gegeneinander, bis ein Teil Sieger bleibt. [...]

Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite zu Boden werfen wollen. So lange man an Kraft zunimmt, soll man den Kampf gegen den Gegner nicht aufnehmen. Erst wenn man weiß, daß man auf dem Höhepunkt der Macht angelangt ist, daß es keine weitere Aufwärtsentwicklung gibt, soll man losschlagen. [...]

Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen. [...]

Für die Wirtschaft habe ich nur den einen Wunsch, daß sie parallel mit dem inneren Aufbau einer ruhigen Zukunft entgegengeht. Die Frage der Herstellung der Wehrmacht wird nicht in Genf, sondern in Deutschland entschieden werden, wenn wir durch innere Ruhe zur inneren Kraft gekommen sind. [...]

Göring ging ziemlich eingehend auf die großen mit diesem Wahlkampf verbundenen Gefahren ein. Er leitete dann sehr geschickt über zu der Notwendigkeit, daß andere nicht im politischen Kampf stehende Kreise wenigstens die nun mal erforderlichen finanziellen Opfer bringen müßten. [...] Das erbetene Opfer würde der Industrie sicherlich um so leichter fallen, wenn sie wüßte, daß die Wahl am 5. März die letzte sicherlich innerhalb 10 Jahren, voraussichtlich aber in 100 Jahren sei.

Dok. D-203, IMG, Bd. XXXV, S. 42-48.

132. Aus dem Schreiben von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Adolf Hitler vom 24. März 1933

Wir beehren uns, davon Kenntnis zu geben, daß das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24. März 1933 unter dem Vorsitz des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Sitzung zusammentrat, in der zu der politischen Entwicklung Stellung genommen wurde. Das Präsidium vertrat einmütig folgenden Standpunkt:

Durch die Wahlen ist die Grundlage für ein stabiles Regierungs-Fundament geschaffen und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit [163:] ergeben, und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie – als die wirtschaftspolitische Vertretung – wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen¹.

Dok. NI-6522. zit. nach: Czichon, S. 83.

¹ Wenige Tage später, am 29. März 1933, gab Krupp die Sammlung der sogenannten „Hitlerspende“ bekannt. Von 1933-1945 spendeten Großindustrie, Banken und Großlandwirtschaft etwa 700 Millionen Reichsmark für die NSDAP.

[165:]

Zweiter Teil: Der Faschismus an der Macht 1933-1938

Einführung

Der unverhüllte, brutale Terror gegen alle oppositionellen Strömungen ist ein Wesensmerkmal des Faschismus, ohne das die Durchsetzung seiner Ziele und die Absicherung seiner Herrschaft nicht gelingen kann. Hitler war zum Kanzler gemacht worden, um die aggressivsten und weitgehendsten Pläne der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militärs zu verwirklichen; was er diesen Kräften in zahlreichen Reden vor 1933 versichert hatte, wurde sein Regierungsprogramm: die krieglerische Eroberung neuen „Lebensraums“ und die Zerschlagung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, denn „wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden“. (Dok. 134)

Die Ausschaltung der parlamentarischen Institutionen und der politischen Hauptgegner stand bereits im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Kabinetts Hitler. Ein Ermächtigungsgesetz sollte den Reichstag und alle parlamentarischen Rechte aufheben und der Regierung uneingeschränkte gesetzgeberische Vollmachten geben, auch wenn die erlassenen Gesetze der Weimarer Reichsverfassung widersprachen. Die Ausschaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, von der man ebenso wie von der Sozialdemokratischen Partei ein Veto gegen das Ermächtigungsgesetz erwartete, war der erste Schritt zur Sicherung der faschistischen Herrschaft, denn noch verfügten die Nazis nicht über eine Mehrheit im Reichstag, mit der sie das Ermächtigungsgesetz hätten durchbringen können. (Dok. 133)

Hitler wagte es allerdings nicht, die KPD – die immerhin bei den letzten Wahlen sechs Millionen Stimmen auf sich vereinigt hatte – ohne jeden Anlaß zu verbieten. Er mußte das Verbot vor der Bevölkerung rechtfertigen und brauchte dazu eine Provokation, die er propagandistisch ausschalten konnte.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar steckte ein gedungener holländischer Provokateur namens van der Lubbe, unterstützt von Sonderkommandos der SA, den Reichstag in Brand; noch in der gleichen Nacht verhafteten Polizei- und SS-Einheiten nach einem lange vorbereiteten und detailliert ausgearbeiteten Plan 4000 Funk- und Funktionäre der KPD. Am darauffolgenden Tag stellte die NSDAP in einer groß angelegten Hetzkampagne die Behauptung auf, die Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt; selbst die absurde Behauptung, sie habe bei der KPD „hundert Zentner Zersetzungsmaterial“ gefunden, scheute sie nicht. (Dok. 135) Mit der Reichstagsbrandlüge rechtfertigte das Kabinett Hitler den ersten Verfassungsbruch, die Außerkraftsetzung sämtlicher demokratischer Grundrechte, die noch am 28. Februar gesetzlich fixiert wurde. (Dok. 136) Die der Brandstiftung bezichtigten und angeklagten Kommunisten mußten freigesprochen werden (Dok. 137); die Abschaffung der Grundrechte blieb bestehen.

Eine Woche nach der Reichstagsbrandprovokation, am 5. März, verfügte Hitler die Verhaftung sämtlicher gewählter Reichstags- und Landtagsabgeordneter der KPD unmittelbar nach den Wahlen, um den Weg für die Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes endgültig freizumachen. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dem Ermächtigungsgesetz zu, mit dem das parlamentarische System endgültig zerstört und die faschistische Diktatur „legalisiert“ wurde. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte als einzige Partei die SPD. (Dok. 139)

Das Verbot der KPD sollte sich schon bald als der allererste Schritt einer ganzen Kette von Maßnahmen erweisen, die die endgültige Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen zum Ziel hatte. Auch hierbei sollte ein mit riesigem Aufwand inszeniertes Täuschungsmanöver die Masse der Bevölkerung in die Irre führen. Der 1. Mai 1933 wurde von der NSDAP zum „Tag der nationalen Arbeit“ proklamiert, die Bevölkerung wurde für die Maifeierlichkeiten mobilisiert. (Dok. 141, 143) Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt und zerstört, die Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet, das Vermögen der Gewerkschaften eingezogen und die Gewerkschaften verboten. (Dok. 142)

Der Weg zu einer „Neugestaltung“ der Gewerkschaften, wie sie später mit der „Deutschen Arbeitsfront“ verwirklicht wurde und wie sie Roland Brauweiler, geschäftsführendes Präsidialmitglied der deutschen Arbeitgeberverbände, am 31. März 1933 von der Reichsregierung gefordert hatte, war mit der Zerschlagung der „alten Gewerkschaften“ frei. (Dok. 140)

Der Terror gegen alle oppositionellen Strömungen wurde im Verlauf der faschistischen Herrschaft zum System ausgebaut. Der Auflösung der Gewerkschaften folgte die Verhaftung führender Sozialdemokraten und aller aktiven demokratischen, pazifistischen [167:] und antifaschistischen Kräfte. (Dok. 144-148) Unter menschenunwürdigen Bedingungen, Hunger, Mißhandlungen und Folter ausgesetzt, vegetierten Hitlers Gegner in Konzentrationslagern, von denen das erste bereits 1933 gebaut wurde. (Dok. 149-152) Die Juden wurden von den Faschisten als „Volksfeind Nr. 1“ verteufelt. Sie nahmen ihnen den materiellen Besitz, beraubten sie aller Rechte und verschleppten sie in Konzentrationslager. (Dok. 153) Der „Antikapitalismus“ zeigte sein wahres Gesicht.

Die Führungskräfte des Großkapitals gingen nach 1933 unverzüglich daran, ihre eigenen Organisationen zu einer wirksamen Stütze des faschistischen Staatsapparats umzuformen. Der erste Schritt war die Neuorganisation ihres Dachverbandes, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, für dessen Umstrukturierung sie Hitler im April 1933 die ersten Pläne vorlegten. (Dok. 154) Grundlage der Neuorganisation sollte die „industrielle Selbstverwaltung“ sein, die den Konzernen und Banken die Regelung aller innerwirtschaftlichen Angelegenheiten ohne staatliche Eingriffe garantierte; sie wurde mit der Umwandlung des Reichsverbandes in den „Reichsstand der Deutschen Industrie“ von Hitler anerkannt.

Innerkapitalistische Kontroversen gab es über die Frage, wie der Reichsverband zu untergliedern sei. Gegen die Vorstellungen einer korporativ-ständischen Gliederung, wie sie vor allem kleine und mittlere Unternehmen vertraten, siegte das Großkapital auf der ganzen Linie. Der Reichsverband wurde in Reichsgruppen und Wirtschaftsgruppen aufgeteilt, die jeweils von den Managern oder Besitzern der größten Konzerne und Banken geleitet wurden, eben von jenen, die Hitler als „Führer“ ihrer Gruppe geeignet erschienen. Die Reichs- und Wirtschaftsgruppen waren Zwangsorganisationen, denen jeder Betrieb beitreten mußte und ihre Führer verfügten über disziplinarische Maßnahmen gegen die ihnen zwangsunterstellten Betriebe. (Dok. 155-158)

Ebenso wie in den inneren Organisationsstrukturen der Wirtschaft das Großkapital dominierte, profitierte es auch ökonomisch am meisten vom Faschismus. Die größten Rüstungskonzerne, Krupp, Flick und die IG-Farben, nahmen sofort 1933 die Rüstungsproduktion auf (Dok. 160-164); sie konnten ihre Profite in den Jahren 1933 bis 1938/39 um ein Vielfaches steigern, so Krupp um 300, die IG-Farben um 500 Prozent. (Dok. 168-170)

Das Geld für die gigantische Rüstungsproduktion, deren Umfang von 1,5 Milliarden Reichsmark 1933 auf 16 Milliarden Reichsmark 1938 und damit von 2 auf 32 Prozent am Volkseinkommen empor-[168:]schnellte (Dok. S. 165-166), konnte nur durch rigide Einsparungen im Bereich der öffentlichen Hand (Wohnungsbau, Versorgungsbetriebe), Abbau von Sozialleistungen und durch das Einfrieren der Löhne aufgebracht werden. (Dok. 167, 187-188, 190)

Eine solche Politik erforderte nicht nur die Ausschaltung aller aktiven politischen Kräfte, sondern umfassende Maßnahmen zur Entrechtung aller Lohnabhängigen. Als Hauptinstrumentarien hierzu dienten die gesetzliche Sicherung der uneingeschränkten Herrschaft des Unternehmers im Betrieb nach dem „Führerprinzip“ (Dok. 171-174) und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF). Hitler und seine politische Führung propagierten die DAF als „Gewerkschaft“. In Wirklichkeit jedoch war die DAF eine Gliederung der NSDAP und eine Zwangsorganisation, in der Lohnabhängige und Unternehmer zusammengefaßt waren, den Lohnabhängigen also jede Möglichkeit einer eigenständigen Interessenvertretung genommen war. (Dok. 175)

Die DAF stieß bei den Arbeitern auf erheblichen Widerstand. 1935 stellte sie „Vertrauensmänner“ aus ihren Reihen zur Wahl. Einem illegalen Aufruf einer antifaschistischen Gruppe folgend, boykottierten je nach Betrieb zwischen 25 und 75 Prozent der Arbeiter die Wahlen. Die „Vertrauensmänner“-

Wahlen von 1935 waren der letzte Versuch, dem faschistischen Regime in der Arbeiterklasse einen legitimatorischen Schein zu verschaffen; die DAF wagte nie wieder ein ähnliches Manöver. (Dok. 176-178)

Während vor allem in der Arbeiterbewegung vielfältige Formen des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur entwickelt wurden, blieb ein großer Teil der deutschen Bevölkerung politisch passiv oder begeisterte sich für das faschistische System. Nicht allein durch den Terror gegen alle antifaschistischen Kräfte und die politische Entrechtung der Bevölkerung vermochten Hitler und die nationalsozialistische Führung ihre Herrschaft abzusichern. Sie beherrschten meisterhaft die Methode der Versprechungen, Verdrehungen und Lügen, mit der die Bevölkerung über die wahren Ziele der faschistischen Regierung getäuscht wurde, und sie verstanden es, mit propagandistisch wirksamen Mitteln die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrem Staat zu verschleiern.

Die Integration breiter Bevölkerungsschichten zu erreichen, oder, wie Goebbels es formulierte, die „Rückendeckung im Volke selbst“ zu finden (Dok. 195), war das oberste Gebot faschistischer Propagandatätigkeit. Führerkult und Führerprinzip sollten die Bevölkerung zu absolutem Gehorsam und Elitedenken erziehen, dabei möglichst [169:] dumm halten und ihre Identifikation mit dem „Führer“ fördern. (Dok. 195-197) Die spezifische Rolle der Propaganda war es, durch Anwendung aller massenwirksamen und erfolgversprechenden Mittel (Dok. 199-200) die Bevölkerung so zu manipulieren, daß sie gegen ihre eigenen Interessen handelte und der faschistischen Regierungsführung zustimmte; diese Propaganda machte notwendig das Verschweigen der wahren Ziele zum Prinzip. (Dok. 198)

Ein Paradebeispiel für die Verlogenheit der Propaganda war die Friedensdemagogie der NSDAP. Während der zweite Weltkrieg mit größter Intensität vorbereitet wurde, sollte das Volk mit Friedensbeteuerungen beruhigt und die Losung der antifaschistischen Kräfte, Hitler bedeute den Krieg, aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit ausgemerzt werden. (Dok. 201-202) Parolen und Versprechungen allein jedoch reichten nicht aus, um auf Dauer die Integration breiter Bevölkerungsschichten sicherzustellen. Es mußten, für jeden einzelnen sichtbar und propagandistisch verwertbar, auch konkrete „Verbesserungen“ vorgewiesen werden, die zu belegen schienen, daß mit der nationalsozialistischen Herrschaft ein „neues Zeitalter“ begonnen habe. Diese Funktion erfüllte die der DAF angeschlossene NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Mit ihren betrieblichen Verschönerungsaktionen, Festen, Wanderungen und Ferienfahrten – die allesamt als angeblicher Beweis des „Sozialismus“ ausgegeben wurden – sollte sie die Wirklichkeit des betrieblichen Alltags, in dem allein der Betriebs„führer“ bestimmte, und den Betrug an den antikapitalistischen Hoffnungen und Forderungen der Bevölkerung vergessen machen. Um den Schein für die Wirklichkeit auszugeben, um die „Volksgemeinschaft“, in der alle Klassengegensätze überwunden seien; glaubhaft zu machen, wurde ein riesiger Apparat aufgebaut und wurden erhebliche finanzielle Aufwendungen getätigt. (Dok. 203-207)

Zur Integration breiter Bevölkerungsschichten trugen neben den zahlreichen KdF-Propagandaaktionen noch zwei weitere Faktoren bei: die außenpolitischen „Erfolge“ der Hitlerregierung (Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland 1935, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935, Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone 1936 und Annexion Österreichs 1938), die von den Nationalsozialisten als Brechung des Versailler Diktats propagandistisch ausgenutzt werden konnten, sowie der „wirtschaftliche Aufschwung“, den die NSDAP als ihr Werk rühmte.

In Wirklichkeit war der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise bereits 1932 überwunden, die NSDAP profitierte also von der wie-[170:]derauflebenden Konjunktur. Zum zweiten setzte die faschistische Regierung die Politik der Staatsverschuldung verstärkt fort; sie finanzierte den gigantischen Rüstungsboom, der nach 1933 einsetzte, mit Geldmitteln, für die kein faktischer Gegenwert vorhanden war (Mefo-Wechsel).

Für die breite Masse der Bevölkerung allerdings bedeutete die Rüstungskonjunktur, wieder Arbeit zu bekommen, und die Friedensdemagogie Hitlers verschleierte das wahre Ziel der „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, die fast ausschließlich im Dienst der direkten oder indirekten Aufrüstung standen, wie die Produktion militärischen Geräts, der Autobahnbau oder landwirtschaftliche Verbesserungen besonders zur angeblichen Grenzsicherung östlich der Elbe.

Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung war trotz dieser Maßnahmen sehr widersprüchlich. Zwar sank die Arbeitslosenzahl; dennoch verzeichnete die Statistik noch 1936 eine Arbeitslosenquote von eineinhalb Millionen (Dok. 189), obwohl der Arbeitskräftemangel auch in amtlichen Verlautbarungen immer wieder beklagt wurde. Die Tariflöhne wurden 1933 auf das Niveau der Vorkrisenzeit eingefroren, die Reallöhne sanken aufgrund der erheblichen Steigerung der Lebenshaltungskosten (Dok. 185) in der Zeit von 1936-1938 weiter. (Dok. 188). Zahlreiche Klagen und Beschwerden aus allen Teilen des Reiches wandten sich gegen die Lohnpolitik der Regierung. (Dok. 179-183) Der Durchschnittsbürger mußte sich einschränken, die Gesamtaufwendungen, die für den Lebensbedarf ausgegeben werden konnten, sanken. (Dok. 186) Die Textilarbeiter im Regierungsbezirk Münster z. B. verarmten dermaßen, daß sie sich – nach amtlichen Angaben! – nicht einmal Wintervorräte an Kartoffeln und Kohlen leisten konnten. (Dok. 181)

Selbst in der faschistischen Führung wurden angesichts dieser Entwicklung besorgte Stimmen laut, die eine Lockerung der Lohnfestsetzung forderten (Dok. 179-180), sie setzten sich jedoch nicht durch. (Dok. 184)

Ein Zehnstunden-Arbeitstag, gesteigerte Arbeitshetze und ein erhöhtes Unfallrisiko kennzeichnete die wirtschaftliche und soziale Lage der Mehrheit der Lohnabhängigen. (Dok. 182, 191) Überdurchschnittlich gut hingegen ging es den Facharbeitern, die in der Rüstungsindustrie arbeiteten; sie wurden weit über Tarif bezahlt, die Rüstungskonzerne warben sich gegenseitig durch Lohnüberbietungen die qualifiziertesten Fachkräfte ab. (Dok. 182)

Auch die wirtschaftliche Lage der Mittelschichten, deren Interessen Hitler vor 1933 zu vertreten vorgegeben hatte, verbesserte sich [171:] nicht unter der faschistischen Herrschaft. Großbanken, Großkonzerne und Kaufhäuser, die ihre ökonomische Existenzgrundlage bedrohten, wurden nicht enteignet; an die Stelle der jüdischen Besitzer traten allenfalls deutsche Eigentümer. In den Jahren von 1933-1939 gingen mehr als 36.000 kleine und mittlere Unternehmen in Konkurs, 392.000 Handwerksbetriebe mußten schließen, und fast 12.000 Bauernhöfe, die meisten unter 20 Hektar – fast ebensoviel wie in den Krisenjahren 1931/32 – fielen der Zwangsversteigerung zum Opfer. (Dok. 192-194)

Der soziale Inhalt der faschistischen Diktatur tritt angesichts solchen Faktenmaterials offen zutage. Die Nutznießer des Hitlerfaschismus waren die Großkonzerne und Großbanken, die von der Aufrüstung und von den sinkenden Lohn- und Sozialkosten profitierten, und die Großgrundbesitzer, die im Zuge der Kriegsvorbereitung und der „Grenzsicherung im Osten“ erhebliche Subventionen zur Entschuldung ihrer Ländereien erhielten. Der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung brachte der Faschismus eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation, politische Verfolgung und Entrechtung.

[172:]

I. Terror als Grundelement des Faschismus

1. Vom Reichstagsbrand zum Ermächtigungsgesetz

*„Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol(itischen) Macht.
Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt(igen) innenpol(itischen) Zustände in D(eutschland). Keine Duldung der
Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt
werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel ... Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebs-
schadens der Demokratie.*

Nach außen. Kampf gegen Versailles ...

Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol(itischen) Macht ...

Wie soll pol(itische) Macht ... gebraucht werden? ...

*Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmögl(ichkeiten), vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im
Osten u(nd) dessen rücksichtslose Germanisierung ...““*

Adolf Hitler am 3.2.1933

133. Aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Kabinetts Adolf Hitler am 30. Januar 1933

Der Reichskanzler wies darauf hin, daß eine Vertagung des Reichstags ohne Mithilfe des Zentrums nicht möglich sei. Nun könne man vielleicht daran denken, die kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Nach seiner Erfahrung seien jedoch Verbote von Parteien zwecklos. Er befürchte als Folgen eines eventuellen Verbots der KPD schwere innenpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik. Sicherlich gebrauche die Wirtschaft Ruhe. Wenn man jedoch die Frage aufwerfe, was für die Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute, die mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung oder ein Generalstreik, so müsse man nach seiner Ansicht zu dem Ergebnis kommen, daß ein Generalstreik für die Wirtschaft weit gefährlicher sei.

[173:] Es sei schlechterdings unmöglich, die 6 Millionen Menschen zu verbieten, die hinter der KPD ständen. Vielleicht könne man nach Auflösung des Reichstags bei den dann bald vorzunehmenden Neuwahlen doch eine Mehrheit für die jetzige Reichsregierung gewinnen. Am allerbesten werde es sein, wenn der Reichstag sich freiwillig vertage.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft¹ führte aus, daß er gewiß keine Sehnsucht nach einem Generalstreik habe. Nach seiner Überzeugung werde es jedoch nicht möglich sein, um die Unterdrückung der KPD herumzukommen. Anderenfalls werde man keine Mehrheit im Reichstag erreichen, jedenfalls keine Zweidrittelmehrheit.

Nach der Unterdrückung der KPD sei die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag möglich. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob im Falle der Unterdrückung der KPD ein Generalstreik ausbrechen werde. Er ziehe die Unterdrückung der KPD den Neuwahlen vor.

Reichsminister Göring teilte mit, daß die Kommunisten für heute abend [30.1.] eine Demonstration geplant hätten, die er verboten habe. Nach seinen Feststellungen würde die SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen. Die Sozialdemokratie dränge zur Zeit auf eine Aussprache im Reichstag.

Nach seiner Auffassung sei es am besten, möglichst bald den Reichstag aufzulösen und zu Neuwahlen zu kommen. Der Reichskanzler habe sein Wort dahin verpfändet, daß auch nach den Neuwahlen die jetzige Zusammensetzung des Reichskabinetts nicht geändert werde.

Dok. PS – 351. IMG, Bd. XXV, S. 374-376.

134. Aus der Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3. Februar 1933

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!)

¹ Alfred Hugenberg

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesin-[174:]nung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Bewegung. Sie wird wachsen). Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.

3. Wirtschaft! Der Bauer muß gerettet werden! Siedlungspolitik! Künfft. Steigerung d. Ausfuhr zwecklos. Aufnahmefähigkeit d. Welt ist begrenzt u. Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Mögl. Arbeitslosenheer z. T. wieder einzuspannen. Aber braucht Zeit u. radikale Änderung nicht zu erwarten, da Lebensraum für d(utsches) Volk zu klein.

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gifte verfallen.

Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel.

Wehrmacht wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d. Staates. Sie soll unpol. u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen.

G. Förster, H. Helmert, H. Otto, H. Schnitter, Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 260-261.

[175:]

135. Aus der Meldung des amtlichen „Preußischen Pressedienstes“ vom 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand

Am Montag abendbrannte der Deutsche Reichstag [...]

Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Unter den hundert Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster [...]

Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringendem Tatverdacht Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der Kommunistischen Partei werden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen für ganz Preußen verboten. Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen der sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstag in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbar Tatsache geworden. Sie verlangt von dem verantwortlichen Hüter der Sicherheit Preußens ein Durchgreifen, das von seiner Pflicht bestimmt wird, die Staatsautorität in diesem Augenblick der Gefahr aufrechtzuerhalten.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Basel 1933, (Nachdr. 1978), S. 65-66.

136. Aus der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1: Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie [176:] Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. [...]

§ 5: Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbie- tet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. Wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und ge- wolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. Wer eine Freiheitsberaubung (§ 239 des Strafgesetzbuchs) in der Absicht begeht, sich des der Frei- heit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

Reichsgesetzblatt, 1933, Teil 1, Nr. 17, S. 83.

137. Aus der Schlußrede Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß am 16. Dezember 1933¹

Dimitroff: Der Polizeibeamte Heller hat hier ein kommunistisches Gedicht aus einem 1925 erschie- nenen Buch zitiert, um zu beweisen, daß die Kommunisten 1933 den Reichstag in Brand gesetzt haben. Ich erlaube mir, hier auch ein Gedicht, aber von dem größten deutschen Dichter, Goethe, zu zitieren:

Lerne zeitig klüger sein.
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.

[177:] Ja, wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein! Diese Wahrheit hat die deutsche Arbei- terschaft in ihrer Gesamtheit weder 1918 noch 1923, noch am 20. Juli 1932, noch im Januar 1933 verstanden. Die sozialdemokratischen Führer, die Wels, Severing, Braun, Leipart und Graßmann, sind schuld daran. Jetzt werden die deutschen Arbeiter das wohl verstehen können! [...]

Der Herr Oberreichsanwalt hat beantragt, die bulgarischen Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freizusprechen. Damit aber bin ich gar nicht zufrieden. So einfach ist die Sache nicht. Das würde den Verdacht nicht beseitigen. Nein, während des Prozesses wurde bewiesen, daß wir mit der Reichstags- brandstiftung nichts gemein haben, und deshalb gibt es keinen Platz für irgendeinen Verdacht. Wir Bulgaren sowie Torgler müssen freigesprochen werden nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern weil wir als Kommunisten mit dieser antikommunistischen Tat nichts zu tun haben und nichts zu tun haben konnten.

¹ Die drei bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff und der deutsche Kommunist Torgler mußten freigesprochen werden; der holländische Provokateur van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt.

Ich beantrage folgenden Beschluß:

1. daß das Reichsgericht unsere Unschuld an dieser Tat und die Anklage als unberechtigte Anklage anerkennt; das bezieht sich auf alle, auch auf Torgler, Popoff und Taneff;
2. van der Lubbe als mißbrauchtes Werkzeug der Feinde der Arbeiterklasse zu betrachten;
3. die Schuldigen an der unberechtigten Anklage gegen uns zur Verantwortung zu ziehen;
4. uns auf Rechnung dieser Schuldigen die entsprechende Entschädigung für die verlorene Zeit, für die geschädigte Gesundheit und für die ertragenen Leiden zuzuerkennen. [...]

Im 17. Jahrhundert stand der Begründer der Physik, Galileo Galilei, vor dem strengen Inquisitionsgericht und sollte als Ketzer zum Tode verurteilt werden. Er hat mit tiefster Überzeugung und Entschlossenheit ausgerufen:

„Trotzdem, sie, die Erde – dreht sich doch!“ Und diese wissenschaftliche These wurde später zum Gemeingut der ganzen Menschheit. [...]

Wir Kommunisten können heute nicht weniger entschlossen als der alte Galilei sagen:

Und dennoch dreht sie sich! Das Rad der Geschichte dreht sich vorwärts. – Nach einem Sowjeteuropa, nach einem Weltbund der Sowjetrepubliken!

Und dieses Rad, getrieben durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale, wird durch keine Ausrottungs-[178:]maßnahmen, durch keine Zuchthausstrafen und Todesurteile aufgehalten werden. Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!

G. Dimitroff, Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, Berlin 1960, S. 177-179.

138. Aus der Verordnung vom 21. März 1933 „Zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

[...] § 3 (1) Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter diesen Regierungen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

(2) Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder ein Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden.

(3) Wer die Tat grob fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Reichsgesetzblatt, 1933, T. I, Nr. 24, S. 135.

139. Aus dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) beschlossen im Reichstag im 23. März 1933

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

[179:] Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichtags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Reichsgesetzblatt, 1933, Teil I, Nr. 25, S. 141.

[180:]



SA besetzt das Gewerkschaftshaus in Berlin

[81:]

2. Zerschlagung der Gewerkschaften, Verbot der SPD und Verfolgung demokratischer Kräfte

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Martin Niemöller, ehem. Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, 1938-1945 im Konzentrationslager

140. Aus dem Schreiben von Roland Brauweiler, geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, an Vizekanzler Franz v. Papen vom 31. März 1933 und aus der beiliegenden Denkschrift über die Liquidierung der Gewerkschaften

Anliegend überreiche ich ihnen eine kurze Aufzeichnung meiner Auffassung zur Gewerkschaftsfrage. Ich würde sehr dankbar sein; wenn ich in den nächsten Tagen einmal Gelegenheit haben könnte, mit Ihnen – wie Sie es mir neulich im Herrenklub in Aussicht stellten – über diese Frage und damit zusammenhängende Dinge zu sprechen. Es muß hier schnell und durchgreifend gehandelt werden, nicht zuletzt auch im Interesse der Einheitlichkeit der nationalen Front.

Zur Gewerkschaftsfrage

1. Schnelle Klärung notwendig [...]

2. Als Wege der Lösung kommen in Frage:

a) Beseitigung lediglich der privilegierten Stellung der alten

Gewerkschaften und Herstellung der vollen rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung der hinter der Regierung stehenden Gruppen [...]

b) Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaft unter Verschmelzung aller bisherigen Gewerkschaften [...] Entscheidend ist, daß die neue Arbeitnehmerorganisation innerlich homogen und zuverlässig ist.

Daher scheint m. E. am stärksten erwägenswert

[182:] c) Die Schaffung einer innerlich zuverlässigen Gewerkschaft nur aus den hinter der Regierung stehenden Gruppen und deren Privilegierung für den Abschluß von Kollektivvereinbarungen usw. Im Sinn der carta del lavoro¹ also nicht nur Gleichstellung, sondern eindeutige Bevorzugung vor den alten Gewerkschaften [...] Bei solcher Schaltung ist mehr oder minder schnelle Auflösung der alten Gewerkschaften mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten. [...]

3. Für die notwendigerweise bis zu einer Neugestaltung vergehende Übergangszeit empfiehlt sich die Einsetzung von Regierungskommissaren, die nicht zuletzt auch als Treuhänder für die Vermögensbestände und Institute der alten Gewerkschaften zu fungieren hätten.

BA Koblenz, R 53, Nr. 80, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 38.

141. Beschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. April 1933

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschränkung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

¹ Arbeitsgesetzgebung im faschistischen Italien.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Gewerkschafts-Zeitung v. 22.4.1933, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 5, S. 449-450.

[183:]

142. Aus dem Rundschreiben Robert Leys über die Zerschlagung der Gewerkschaften vom 21. April 1933

Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften.

Die Leitung der gesamten Aktion liegt in den Händen des Aktionskomitees. Das Aktionskomitee setzt sich folgendermaßen zusammen:

Dr. Roben Ley, Vorsitzender

Rudolf Schmeer, Stellvertreter,

Schuhmann, Kommissar für den ADGB

Peppler, Kommissar für den AFA-Bund

Muchow, Organisation

Bankdirektor Müller, Komm. Leiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten

Brinckmann, Komm. Hauptkassierer

Biallas, Propaganda und Presse.

Zum erweiterten Aktionskomitee gehören sämtliche kommissarischen Leiter der Verbände.

Im wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AFA-Bund). Was darüber hinaus von den Freien Gewerkschaften abhängig ist, ist dem Ermessen der Gauleiter anheimgestellt.

Verantwortlich für die Durchführung der Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter. Träger der Aktion soll die NSBO sein.

SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.

Der Gauleiter trifft seine Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit dem zuständigen Gaubetriebszellenleiter.

Die Aktion in Berlin wird durch den Aktionsausschuß selbst geleitet.

Im Reich werden besetzt:

Die Leitung der Verbände;

die Gewerkschaftshäuser und Büros der freien Gewerkschaften, die Parteihäuser der SPD, soweit Gewerkschaften dort untergebracht sind; die Filialen und Zahlungsstellen der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.“;

die Bezirksausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes;

[184:] die Ortsausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes.

In Schutzhaft werden genommen:

Alle Verbandsvorsitzenden;

die Bezirkssekretäre und

die Filialleiter der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.“.

Die Ortsausschußvorsitzenden sowie die Angestellten der Verbände sind nicht in Schutzhaft zu nehmen, sondern zur Weiterarbeit zu veranlassen.

Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Gauleiters zulässig.

Dok. PS – 392, IMG, Bd. XX V, S. 534-536.

143. Aus der Rede Adolf Hitlers am 1. Mai 1933

Unseres Volkes Erwachen ist nun gekommen. Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und Haders, es wird sich nunmehr verwandeln zum Symbol der Erhebung, zum Symbol der großen Einigung unseres Volkes. Und deshalb haben wir diesen Tag der erwachenden Natur gewählt für alle kommenden Zeiten als Tag der Wiedergewinnung der Kraft und der Stärke unseres Volkes, Tag im Zeichen der schaffenden Arbeit [...]

Wir haben eines als erste Aufgabe zur Wiedergenesung unseres Volkes erkannt: Das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen. Die Millionen Menschen, die in Berufen zerrissen, in Klassen auseinandergehalten worden sind, die von Ständesdünkel und Klassenwahnsinn befallen einander nicht mehr verstehen lernten, die müssen den Weg wieder zueinander finden.

Das ist der Sinn des 1. Mai [...]

Deutsches Volk! Du bist stark, wenn du eins wirst, du bist gewaltig, wenn du den Geist deines Klassenkampfes und deiner Zwietracht aus dem Herzen reißt, du kannst hinter deine Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn du die Arbeit verbindest mit dem Gefühl deines gesamten Volkstums.

Vollständiger Wortlaut in: W. M. Espe, *Das Buch der N.S.D.A.P. Werden, Kampf und Ziel der N.S.D.A.P.*, Berlin 1934, S. 322-323.

[185:]



[186:]



SA verhöhnt Bernhard Kuhnt, den ehemaligen oldenburgischen Ministerpräsidenten und Reichstagsabgeordneten der SPD, Chemnitz, März 1933.

[187:]

144. Aus dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 17. Mai 1933 über die Einlieferung führender badischer Sozialdemokraten in ein Konzentrationslager

Vor dem Gefängnis hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die die Verhafteten mit Pfeifen, Pfui- und Niederrufen empfangen. Vor dem ersten Polizeikraftwagen, auf dem die Verhafteten unter starker Bedeckung entblößten Hauptes saßen, schritt eine zweireihige SS-Kolonnie untergefaßt zur Freimachung der Straße. Hinter dem ersten Polizeiwagen folgte ein zweiter mit SA-Besetzung. Außerdem war der Zug zu beiden Seiten und am Schlusse von SA-Leuten begleitet. Die Polizeiwagen fuhren ganz langsam im Schritt durch eine dichte, oft acht Glieder tiefe Menschenmauer. Ununterbrochen auf dem ganzen Weg ertönten Pfui- und Niederrufe. Auch wurde überall das Müllerlied gesungen als Anspielung auf Remmele¹ der früher Müllerknecht war. [...] Der Zug ging u. a. am Landtagsgebäude und am Staatsministerium sowie am ehemaligen Gewerkschaftshause vorbei, wo jedesmal kurz Halt gemacht wurde. Auch spielten unterwegs Kapellen das Müllerlied. Der Andrang des Publikums war so stark, daß der gesamte Straßenbahn- und Autoverkehr vollkommen lahmgelegt war. Unterwegs wurden verschiedene Rot-Front-Rufer sofort auf der Stelle verhaftet und auf dem zweiten Polizeiwagen mittransportiert.

Völkischer Beobachter v. 17. Mai 1933 (Ausgabe A/Münchener Ausgabe), zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 46-47.

¹ Adam Remmele (SPD) war ehem. badischer Staatspräsident und Minister und zuletzt Präsident der Deutschen Konsum-Einkaufsgenossenschaft in Hamburg.

145. Aus den Erinnerungen von Max Seydewitz¹ über die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann im Juni 1933

Bald nach unserer Ankunft in Prag hatte ich viele Begegnungen mit Genossen aus der Heimat [...] Rabold² berichtete: Als er an einem sonnigen Tag Anfang Juni 1933 im Garten des Cafés Josty am Potsdamer Platz saß, kam Ernst Heilmann, und da er Rabold kannte, nahm er an dessen Tisch Platz. Diesen Mann, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, nannte man [188:] den ungekrönten König von Preußen, weil nach seiner Pfeife die Minister Preußens tanzen mußten. Heilmann fühlte sich sehr sicher. Überheblich sagte er Rabold, die ganze Aufregung über die Hitlerregierung und die von ihr drohende Gefahr sei maßlos übertrieben. Der böhmische Gefreite werde von Hindenburg und der Reichswehrführung in Schach gehalten. Und überdies habe die Hitlerregierung bald abgewirtschaftet; spätestens in sechs Monaten sei es mit ihrer Herrschaft zu Ende. Heilmann prahlte damit, daß er, der hier im Café Josty in Ruhe und Frieden seinen Mokka trinke, doch ein überzeugender Beweis dafür sei, daß einem bekannten Politiker der Weimarer Republik, der sich gegenüber dem neuen Regime loyal verhalte, nichts geschehe. Kaum hatte er den letzten Satz zu Ende gesprochen, da traten ein paar SA-Männer an ihren Tisch und forderten Heilmann ziemlich unsanft auf, ihnen zu folgen.

Von diesem Augenblick an war Heilmann verschwunden. Er wurde zuerst in die Folterkeller des Columbia-Hauses geschleppt und furchtbar mißhandelt. Dann mußte er eine Höllenfahrt durch die Konzentrationslager Oranienburg, Esterwegen und Dachau machen, bis man ihn schließlich nach Buchenwald brachte. Auf allen seinen Leidensstationen behandelten ihn die SS-Schergen als ein besonderes Schau- und Belustigungsobjekt. Dazu gehörte, daß sie ihn vor versammelter Mannschaft zwangen, wie ein geprügeltes Tier auf allen Vieren zu laufen und seinen eigenen Kot zu essen. In Buchenwald wurde Ernst Heilmann schließlich im Jahre 1940 zu Tode mißhandelt. Die Verhaftung Ernst Heilmanns war wenige Tage vor dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei am 22. Juni 1933 erfolgt.

M. Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976, S. 311-313.

146. Aus dem Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933

§ 1 (1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maß-[189:]gabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen [...]

§ 2 (1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienst zu entlassen. [...]

§ 3 (1) Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen [...]

§ 4 Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden [...]

Hohlfeld, Bd. IV. S. 53-54.

147. Erlaß des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 9. August 1933 über die Relegation fortschrittlicher Studenten

Im Nachgang zu meinem Erlaß vom 29. Juni 1933 [...] bestimme ich, daß auch alle Studierenden an preußischen Hochschulen, die sich in den letzten Jahren nachweislich in marxistischem (kommunistischem oder sozialdemokratischem) oder sonst antinationalem Sinne aktiv betätigt haben, mit sofortiger Wirkung von dem Universitätsstudium auszuschließen sind [...] Die Zugehörigkeit eines Studierenden zu einer politischen Partei, ausgenommen die Kommunistische Partei, rechtfertigt allein

¹ Max Seydewitz gehörte 1923 als SPD-Mitglied der aus einer Koalition von SPD und KPD gebildeten Regierung in Sachsen an. 1931 zählte er zu den Mitbegründern der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP). Nach der faschistischen Machtübernahme emigrierte er zunächst nach Prag. 1934 schloß er sich der Kommunistischen Partei an.

² Landtagsabgeordneter der KPD in Preußen.

noch nicht die Annahme einer marxistischen oder sonstigen antinationalen Betätigung. Dies gilt auch dann, wenn der Studierende eingeschriebenes Mitglied einer der in Frage kommenden Parteien gewesen ist, an sie Beiträge bezahlt und ihre Versammlungen besucht hat.

Die Voraussetzungen für die Annahme einer marxistischen oder sonstigen antinationalen Betätigung sind aber insbesondere dann erfüllt, wenn ein Studierender in Wort, Schrift oder durch sein sonstiges Verhalten gehässig gegen die nationale Bewegung aufgetreten ist, ihre Führer beschimpft oder national gesinnte Studierende zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen versucht hat. Als besonders belastend ist dabei die Zugehörigkeit zu pazifistischen, [190:] landesverräterischen oder ähnlichen Organisationen (z. B. der „Deutschen Friedensgesellschaft“) anzusehen.

ZStA Merseburg, Rep. 76 Va, Sekt. J, Tit. XII, Nr. 42, Bd. 1, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 56.

148. Aus dem Bericht der Preußischen Geheimen Staatspolizei vom 22. Juni 1936 über die Verhaftung Carl von Ossietzkys 1933

1. von Ossietzky ist am 28. 2. 1933 in Berlin in Schutzhaft genommen worden. Die Gründe für die Schutzhaftverhängung waren folgende:

Von Ossietzky gehörte seit 1912 der Deutschen Friedensgesellschaft an. Er hat sich seit Beendigung des Weltkrieges jahrelang als Schriftsteller in den verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften als übler Hetzer in zersetzender Weise betätigt [...]

Ferner war er maßgebend an der Organisation der „Nie-wieder-Krieg“-Bewegung beteiligt, die alljährlich die berüchtigten „Nie-wieder-Krieg“-Demonstrationen Anfang August jeden Jahres veranstaltete. Seit Ende 1926 leitete er als verantwortlicher Redakteur die pazifistische Zeitschrift die „Weltbühne“. Die Mitarbeiter an dieser Zeitschrift stammten ausschließlich aus Kreisen, die sich an volksfeindlicher Einstellung und grenzenlosem Haß gegenseitig zu überbieten versuchten, wenn es darum ging, lebenswichtige Belange des Reiches zu verraten und die Ehre des deutschen Volkes in den Schmutz zu ziehen. Namen von Leitartiklern der „Weltbühne“ wie Tucholsky, von Gerlach, Förster, Hiller, Sternberg kennzeichnen den Mitarbeiterkreis von Ossietzkys zur Genüge.

Wenn von Ossietzky schon in der Zeit der Weimarer Republik mit dem Gesetz in Konflikt kam, so reicht das hin, um zu erkennen, wie groß und wie übel die Hetze gewesen sein muß, die dieser Mann getrieben hat.

Neben Verurteilungen wegen Vergehens gegen das Pressegesetz und wegen Beleidigung schwebten gegen ihn mehrere Verfahren beim Reichsgericht wegen Landesverrats, von denen ein Verfahren mit einer Verurteilung wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis endete. Auf Grund der Amnestie vom 23.11.1932 wurde er aus dem Strafgefängnis entlassen.

2. Seit Beginn der Schutzhaft ist von ausländischer Seite wiederholt versucht worden, auf alle erdenkliche Weise die Entlassung des [191:] von Ossietzky zu betreiben. Vor allem interessierten sich für von Ossietzky pazifistische Kreise des Auslandes und insbesondere die „Gesellschaft der Freunde (Quäker)“.

Der Schutzhaftfall von Ossietzky hat vor allem anderen von Anbeginn an ein außerordentliches Interesse im Auslande gefunden, das entgegen der in ähnlichen Fällen gemachten Erfahrung im Laufe der Zeit keine Abschwächung, sondern eher eine Verstärkung erfahren hat. So ist von Ossietzky insbesondere von französischen, tschechoslowakischen und schwedischen Friedensvereinigungen für den Friedensnobelpreis mehrfach vorgeschlagen worden. Aber nicht nur in Europa, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht ein großes Interesse.

Vollständiger Wortlaut in: K. R. Grossmann. Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1963, S. 381-383.

149. Aus dem Bericht des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes, Carl Burckhardt, über seine letzte Begegnung mit Carl von Ossietzky im KZ Esterwegen

Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute, die einen kleinen Mann mehr schleppten und trugen als heranzuführten.

Ein zitterndes, totenbleiches Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht geheiltes Bein. Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er nicht ergriff. „Melden!“ schrie Loritz [der Lagerkommandant – d. V.). Ein unartikulierter, leiser Laut kam aus der Kehle des Gemarterten. [...] „Herr von Ossietzky“, sprach ich ihn an, „ich bringe Ihnen Grüße Ihrer Freunde, ich bin der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns das möglich ist, zu helfen.“

Nichts. Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äußersten Grenze des tragbaren angelangt war. Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch sehende Auge mit Tränen, lispelnd unter Schluchzen sagte er: „Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorüber, bald aus, das ist gut.“ Und dann noch ganz leise: „Danke, ich habe einmal Nachrichten erhalten, meine Frau war einmal hier; ich wollte den Frieden.“ Dann kam [192:]



Nobelpreisträger Carl V; Ossietzky als Häftling, 1933.

wieder das Zittern. Ossietzky verneigte sich leicht in der Mitte des weiten, leeren Lagerplatzes und machte eine Bewegung, als wolle er militärische Stellung annehmen, um sich abzumelden. Dann ging er, das eine Bein nachschleppend, mühsam Schritt vor Schritt zu seiner Baracke zurück.

C. J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, zit. nach: Großmann, S. 285-286.

[193:]

3. Der Aufbau des KZ-Systems

150. Aus der Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 21. März 1933 über die Einrichtung des Konzentrationslagers Dachau

Am Mittwoch¹ wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen für 5000 Menschen errichtet werden. Hier werden die gesamten kommunistischen und, soweit dies notwendig ist, Reichsbanner- und sozialdemokratischen Funktionäre, die die Sicherheit des

¹ 22. März 1933.

Staates gefährden, zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist und den Staatsapparat zu sehr belastet, diese Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen unterzubringen. Es hat sich gezeigt, daß es nicht angängig ist, diese Leute in die Freiheit zu lassen, da sie weiter hetzen und Unruhe stiften. Im Interesse der Sicherheit des Staates müssen wir diese Maßnahme treffen ohne Rücksicht auf kleinliche Bedenken. Polizei und Innenministerium sind überzeugt, daß sie damit zur Beruhigung der gesamten nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinne handeln.

Völkischer Beobachter v. 21. März 1933 (Münchener Ausgabe), zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 34.

151. Aus einem Bericht der Zentralstaatsanwaltschaft im Reichs- und Preussischen Justizministerium an den Staatssekretär im gleichen Ministerium vom 21. Juni 1934 über die Mißhandlung von Häftlingen im Konzentrationslager „Vulkanwerft“¹

Das Lager erhielt keine staatlichen Zuschüsse, sondern wurde aus Spenden unterhalten, die zunächst in großem Umfange von größeren Firmen usw. später auch von Häftlingen gefordert und gewährt wurden. [...]

In dem Lager, das etwa 25-40 Häftlinge führte, wurden von Anfang an erhebliche Mißhandlungen an Gefangenen vorgenommen. Diese Mißhandlungen erfolgten durch Austeilung von sogenannten Windstärken, wobei unter „Windstärke 1“ 50, unter „Windstärke 2“ 100 Hiebe mit Fahrerpeitschen auf das entblößte [194:] Gesäß verstanden wurden. Die Anordnungen auf Erteilung der Windstärken wurden aus dem Polizeipräsidium², und zwar in der Regel durch Dr. Hoffmann an das Lager schriftlich oder fernmündlich gegeben und dann im Lager in einem im Keller befindlichen Bunker vollstreckt, wobei der Lagerführer die Aufsicht führte und die Schläge auszählte.

Daneben kamen namentlich in den letzten Monaten auch noch zahlreiche Mißhandlungen vor, die die immer mehr verrohten Wachmannschaften, insbesondere Fink, über die erhaltenen Befehle hinaus vornahmen. Während die Anordnungen von Windstärken in der ersten Zeit im wesentlichen bei Staatsfeinden und gemeingefährlichen Verbrechern erfolgten, um diese zu wahrheitsgemäßen Aussagen zu veranlassen, wurden später auch sonstige Häftlinge, darunter auch Parteigenossen und SA-Männer, wegen irgendwelcher Beschuldigungen, die sich zum Teil später als haltlos erwiesen oder von vornherein unbegründet waren, mißhandelt. Ebenso wie die Zahl der Mißhandlungen steigerte sich auch allmählich deren Schwere, so daß sich, als das Lager aufgelöst wurde, insgesamt vier Personen, darunter eine Frau, mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus befanden.

ZStA Merseburg. 251. Nr. 14028, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 83-84.

152. Aus einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht für Adolf Hitler vom 3. Mai 1935 über Fragen der Innenpolitik

Kein ernsthafter Politiker wird die Tätigkeit der Gestapo bei der Abwehr kommunistischer und anderer staatsfeindlicher Bestrebungen entbehren wollen. Die Tätigkeit der Gestapo greift aber weit über dieses Gebiet hinaus und es finden zahlreiche Verhaftungen, Überführungen ins Konzentrationslager etc. statt, oftmals ohne daß der Betreffende überhaupt erfährt, warum er verhaftet ist, und leider auch oft, ohne daß überhaupt irgend eine Schuld, sondern vielmehr nur ein Verdacht vorliegt. Der Innenminister erläßt zwar Verordnungen, nach denen solche Verhaftungen nicht vorgenommen werden dürfen, aber er setzt sich damit nur d.er Lächerlichkeit aus, denn die Gestapo macht sich aus solchen Verordnungen nichts. [...]

Das gegenteilige Verfahren der Gestapo trägt uns in der ganzen Welt Verachtung ein. Diese Verachtung steigert sich zur offenen Feindschaft, wenn die Gestapo, wie es geschehen ist, ihren Arm unter Verletzung des internationalen Rechtes nach anderen Ländern ausstreckt.

Bei allen drei vorstehend aufgeführten Punkten erhebt sich immer wieder die Frage: Muß das alles so gemacht werden? Im Kern ist das, was das Dritte Reich wünscht und braucht, unanfechtbar.

¹ Das Lager befand sich in Bredow bei Stettin.

² In Stettin.

Warum muß man also die Durchführung in Formen und Methoden vornehmen, die uns die Feindseligkeit der von uns so dringend benötigten Auslandsmärkte einträgt!

1.) Man fördere, wenn man dies will, die Deutsche Glaubensbewegung. Man stelle Angriffe gegen dieselbe unter gesetzliche Strafe. Aber man erlaube kein gewalttätiges Vorgehen Einzelner gegen Bekenntnisüberzeugungen. Das Christentum brauchte 350 Jahre, um sich durchzusetzen. Die Deutsche Glaubensbewegung oder irgendeine andere religiöse Bewegung, die gewünscht wird, kann gestrost 3 bis 4 Jahre ihren Eifer dämpfen, bis unsere Rüstung durchgeführt ist.

2.) Man stempole die Juden in jedem gewünschten Maße zu Einwohnern minderen Rechtes durch entsprechende Gesetze, aber für die Rechte, die man ihnen lassen will, gewähre man ihnen staatlichen Schutz gegen Fanatiker und Ungebildete.

3.) Man beschränke die Gestapo auf bestimmte, im Interesse des Staatswohles erforderliche Überwachungsarbeiten und räume jedem Verhafteten das Recht ein, binnen 24 Stunden vor einem gesetzlich legitimierten Gericht den Verhaftungsgrund zu hören und die Verteidigungsmöglichkeit zu haben.

Mit allem Vorstehenden würden die Staatsnotwendigkeiten sich ohne weiteres erfüllen lassen und die unserem Export heute so stark entgegenstehende Auslandsstimmung würde sich erheblich bessern.

BA Koblenz, NS 10, Nr. 30, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S. 108-109.

[196:]

4. Die Judenverfolgung bis zum Beginn der Massenmorde

153. Aus den Tagebuchaufzeichnungen des Dichters Jochen Klepper¹

27.III.33 Das stille Pogrom hat heut in der Legalisierung des Boykotts gegen jüdische Geschäfte, Richter, Anwälte, Ärzte, Künstler einen Höhepunkt erreicht. (S. 45)

21.VIII.33 Juden, die Dissidenten sind, gelten als „des aktiven Marxismus und Kommunismus verdächtig“. Dann ist man mit einem Bein im Konzentrationslager. –

Den Juden ist das Benutzen der Badeanstalt Wannsee verboten worden. Man ist nahe am Ghetto [...] (S. 100)

6.IX.33 Die neuen Kirchengesetze sind heut heraus. Der Arierparagraph in schärfster Form, auch auf mit Nicht-Ariern schon geschlossene Ehen ausgedehnt. Nun fehlt nur noch das Gesetz für Schriftsteller und Journalisten (S. 104)

18./19.VII.35 Antisemitische Ausschreitungen am Kurfürstendamm. Verschärfte Arierparagraphen. In Sachsen und Breslau 21 arische Mädchen in Schutzhaft, die Verhältnisse mit Juden hatten. Die Männer in Konzentrationslagern. – Die Säuberung Berlins von Juden drohend angekündigt. (S. 269)

21.VII.35 Hans Nowak [Freund Kleppers] hat die antisemitischen Exzesse am Kurfürstendamm miterlebt. Sie haben Jüdinnen ins Gesicht geschlagen; die jüdischen Männer haben sich sehr tapfer gewehrt; zu Hilfe kam ihnen niemand, weil jeder die Verhaftung fürchtet. (S. 270).

23.VII.35 Drohungen aber, die sonst oft theoretisch bleiben, werden an den Juden sofort praktisch ausgeführt. Und daß keiner mehr sein eigenes Geld frei bekommt, um nach Palästina gehen zu können! [...]. Existenzverlust und körperliche Mißhandlungen sind den Juden tagtägliche Beängstigung geworden. (S. 271)

5.VIII.35 Die Plakate an den Litfaßsäulen und die Schlagzeilen, denen sich zu entziehen unmöglich ist! Die kurze Sommerpause der Politik [...] ist um – der offen angesagte Kampf gegen die „Außenstehenden“ hat wieder begonnen mit einem „Deutsches Volk, horch auf!“ Darunter: „Eheschließung zwischen Deutschen und Juden werden in Zukunft nicht mehr geduldet“. (S. 273)

¹ Jochen Klepper war mit einer jüdischen Frau verheiratet. Ende 1942 ging er mit seiner Frau und seiner Stieftochter in den Freitod.

[197:] 11.IX.35 Nach einem heut herausgekommenen Erlaß wird es von nun an für Juden nur Judenschulen geben. (S. 285)

24.XI.37 Was aber soll man sagen, wenn der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten in seiner gestrigen programmatischen Rede äußert: Christus habe auch nicht gelehrt, gegen die nationalsozialistische Rassenlehre zu kämpfen. Er habe vielmehr einen unerhörten Kampf gegen das Judentum geführt, das ihn deshalb auch ans Kreuz geschlagen habe. (S. 520)

21.II.38 Nun sind die Juden auch aus Bankwesen und Mode fast alle ausgeschaltet. [...] Wer emigriert, darf nicht zurück. Wer im Lande bleibt, bekommt keinen Paß. So furchtbar werden die jüdischen Familien in Deutschland zerrissen! (S. 560)

27.IV.38 Das neue Gesetz: Bestandsaufnahme jüdischen Vermögens, auch in arisch-nichtarischen Mischehen. Ausnahmen sind nur die persönlichen Gebrauchsgegenstände und der Hausrat. – Dann § 7: Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. (S. 584).

13.VII.38 Die Juden in Deutschland aus den letzten, ihnen belassenen Berufen ausgeschieden: Makler, Reisende [...] (S. 617)

29.VII.38 Nach Holland hat nun auch Griechenland seine Grenzen für alle jüdischen Emigranten gesperrt. (S. 619)

3.VIII.38 Die jüdischen Ärzte müssen ihre Praxis auflösen – mit Frist bis zum 1.10.! Nur für die Behandlung von Juden soll es noch Sondergenehmigung geben. (S. 620)

17.VIII.38 Die Juden werden bei der wachsenden Wohnungsnot [...] durch lauter Einkreisungsmaßnahmen gar die Wohnungen genommen. [...] Land um Land sperrt seine Grenzen für die Emigranten. (S. 627)

19.VIII.38 Und immer erschreckender taucht in den Gesprächen das jüdische Konzentrationslager [Buchenwald] in einem Steinbruch bei Weimar auf [...] (S. 629)

15.X.38 Was nach dem Ärztesgesetz zu erwarten war: nun sind auch die jüdischen Anwälte um ihre Existenz gebracht [...] (S. 65).

J. Klepper, Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, hrsg. v. H. Klepper, Stuttgart 1956.

[198:]

II. Großkapital und faschistische Führung

1. Monopolisierung der Wirtschaftsstruktur

„Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium (des Reichsverbandes der Deutschen Industrie) seit langem gehegt habe.“

Hjalmar Schacht am 25.4.1933

„Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichsminister, an die hier vereinten Vertreter der deutschen gewerblichen Wirtschaft gerichtet haben, weisen der Organisation der deutschen Wirtschaft neue, verheißungsvolle Wege ... Der Weg, den Sie ... uns nun für die weitere Entwicklung weisen, schafft die Synthese zwischen der Autorität unseres neuen Staates und der Schaffensfreudigkeit einer ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen wohl bewußten Selbstverwaltung der Wirtschaft.“

Gustav Krupp am 13.3. 1934

154. Aus dem Schreiben Gustav Krupps an Adolf Hitler vom 25. April 1933 und aus der beigegeführten Aufzeichnung Krupps über die Reorganisation des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Die Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu der Frage der Reorganisation der wirtschaftlichen Verbände wird auf der einen Seite vorgezeichnet durch die schon bisher von weitesten Kreisen des Reichsverbandes und nicht zuletzt von mir erstrebte Vereinfachung und Rationalisierung des gesamten industriellen Verbandswesens, auf der anderen Seite durch den Wunsch, unter Übernahme des Führergedankens des neuen deutschen Staates die durch das Gesamtinteresse der Nation bedingten wirtschaftlichen Maßnahmen mit dem politisch Notwendigen abzustimmen. Die wirtschaftlichen industriellen Organisationen sollen unter engster Anknüpfung an das Bestehende und unter Aufrechterhaltung des wertvollen Gutes der freien industriellen Selbstverwaltung so einfach und schlagkräftig wie möglich gestaltet werden. Diese Stellungnahme ist für mich eine staats- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. [...]

[199:] Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt habe. Überzeugt davon, daß unter dem Drucke der Verarmung unseres Volkes der Staatsapparats unbedingt auf das äußerste vereinfacht werden muß, habe ich bereits seit längerem mich nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß auch die Selbstverwaltung der Wirtschaft der Rationalisierung bedarf.

In der Überzeugung, daß die gegenwärtige Stunde nicht versäumt werden darf. um das für die Wirtschaft Beste zu erreichen, bin ich entschlossen, die mir von dem Präsidium übertragene Vollmacht zur Lösung-einer doppelten Aufgabe auszunutzen:

1. In den Verhandlungen mit dem Herrn Reichskanzler und seinem Beauftragten werde ich es mir zum Ziele setzen, auf dem Gebiet der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Vernünftige mit dem politisch Notwendigen abzustimmen.

2. Bei der Reorganisation des Reichsverbandes der deutschen Industrie werde ich mich von dem Gedanken leiten lassen, die neue Organisation in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen und sie zugleich so rationell und schlagkräftig zu machen, daß sie, der Bedeutung der Industrie entsprechend, ein wirksames Instrument des industriellen Unternehmertums sein kann [...]

Dok. D – 157, IMG. Bd. XXXV, S. 23-26.

155. Aus dem Entwurf der Denkschrift des Reichsstandes der deutschen Industrie (Wirtschaftspolitische Abteilung) vom 13. Februar 1934

Das Reorganisationswerk des Jahres 1933:

Der Sieg der nationalen Revolution stellte den Reichsverband der deutschen Industrie (der am 19. Juni 1933 die Bezeichnung „Reichsstand der deutschen Industrie“ annahm) vor die Aufgabe seiner Eingliederung in den neuen Staat. Die Arbeiten auf diesem Gebiete erfolgten bisher in folgenden Etappen:

Die erste Maßnahme im April des letzten Jahres bezweckte die sogenannte Gleichschaltung. Diese Gleichschaltung vollzog sich innerhalb der wirtschaftspolitischen Verbände der Industrie dadurch,

daß die Aktion der Partei bei der Spitze der industriellen Organisa-[200:]tion sich überleitete in die Einrichtung der Reichskommissare. Mit diesen zusammen führte der Präsident des Reichsstandes der deutschen Industrie, Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, diejenigen Maßnahmen durch, die erforderlich waren, um die Gesamtorganisation den staatspolitischen Notwendigkeiten anzupassen. Hand in Hand mit dieser Aufgabe ging die Inangriffnahme zweier weiterer Aufgaben, und zwar 1.) der Vorbereitung des ständischen Aufbaues und 2.) der Durchführung eines internen Reorganisationswerkes. Die Vorarbeiten für den späteren ständischen Aufbau der Industrie wurden auf Aufforderung des Reichswirtschaftsministeriums am 7. Juli 1933 im Zusammenhang mit der Abberufung der Wirtschaftskommissare eingestellt. Die weiteren Arbeiten konzentrierten sich damit auf das innere Reorganisationswerk, dessen Ziel es war, den großen Apparat der industriellen Organisation zu vereinfachen und klarer zu gliedern. Seit langem schon hatte es sich gezeigt, daß auf der einen Seite Doppelarbeit und Überschneidungen vorlagen, in anderen Fällen wieder auch erhebliche Lücken in der Gesamtorganisation bestanden. Die von dem Präsidenten des Reichsstandes der deutschen Industrie bereits seit längerer Zeit gehegten Pläne einer Reorganisation konnten mit Erfolg erst in dem Augenblick in die Tat umgesetzt werden, als dem Reichsstand der deutschen Industrie im Frühjahr 1933 in gewissem Umfange die notwendigen Vollmachten gegeben wurden.

Für die Reorganisation wurden im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium am 24. Juli 1933 Richtlinien herausgegeben. Für die Gleichschaltung der Verbände waren folgende Gesichtspunkte maßgebend:

- 1.) Durchführung des Führerprinzips bei der Neuorganisation der Verbände.
- 2.) Die Zusammensetzung des Vorstandes und der anderen Gremien, vor allem aber die Auswahl der Vorsitzenden, hat den politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.
- 3.) Die Führer und stellvertretenden Führer sollen aktive Industrielle, d. h. selbständige Unternehmer oder Vorstandsmitglieder von industriellen Firmen sein.
- 4.) Weiterhin soll stärker als bisher auf die Heranziehung mittlerer und kleinerer Industrieller in die maßgebenden Gremien Bedacht genommen werden.
- 5.) Eine Verkleinerung und Verjüngung aller Gremien ist anzustreben ebenso wie eine Vereinfachung und Verbilligung des Verbandswesens.

[201:] 6.) Für den Vorstand und die ausschlaggebenden Gremien gilt grundsätzlich das Arierprinzip. [...].

2. Industrielle Zwangsorganisation oder Beibehaltung des freiwilligen Zusammenschlusses Gewisse Entwicklungstendenzen steuern auf die öffentliche Zwangsorganisation im wirtschaftlichen Verbandsleben hin, um zu einer totalen verbandsmäßigen Erfassung aller Angehörigen eines Wirtschaftszweiges zu gelangen und den Gefahren einer möglichen einseitigen Interessenpolitik zu begegnen. Dies ist auch unser Ziel, das wir jedoch unter Vermeidung der mit jedem Zwang verbundenen Nachteile zu erreichen suchen. [...]

Die Übertragung von staatlichen Aufgaben fällt in das Gebiet der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Bei einem gesunden Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaftsvertretung und bei einer möglichst engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den zuständigen Zentralbehörden wird die Entwicklung von selbst ergeben, welche Aufgabengebiete den Verbänden in eigene Verwaltung übergeben werden können. Gerade in dieser Hinsicht bieten die Besonderheiten des freien Verbandswesens eine um so wertvollere Ergänzung der Tätigkeit der Behörden, als für die Zukunft in steigendem Maße die experimentelle Einrichtung und Erprobung neuartiger Aufgaben in Frage kommen wird. [...]

5. Der Reichsstand der deutschen Industrie würde es begrüßen, wenn auf dem Wege eines Gesetzes oder einer Verordnung dem Reichswirtschaftsminister und im Wege der Delegation dem Führer der deutschen Industrie die Ermächtigung zur Umgestaltung des industriellen Verbandswesens im Sinne unserer Vorschläge erteilt würde.

Krupp-Prozeß. Dok. NIK – 12366, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 123-128.

156. Aus dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“ vom 27. Februar 1934

§ 1 Der Reichswirtschaftsminister wird zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft ermächtigt,

1. Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen;

2. Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen;

[202:] 3. Satzungen und Gesellschaftsverträge von Wirtschaftsverbänden zu ändern und zu ergänzen, insbesondere den Führergrundsatz einzuführen;

4. Die Führer von Wirtschaftsverbänden zu bestellen und abzuberaufen;

5. Unternehmer und Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anzuschließen.

Wirtschaftsverbände sind solche Verbände und Vereinigungen von Verbänden, denen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange von Unternehmern und Unternehmungen obliegt.

Reichsgesetzblatt, 1934, Teil I. Nr. 185, S. 185.

157. Aus dem Entwurf Gustav Krupps für seine Ansprache am 13. März 1934 vor Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt und Vertretern der Industrie anlässlich der Annahme des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft

Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichsminister, an die hier vereinten Vertreter der deutschen gewerblichen Wirtschaft gerichtet haben, weisen der Organisation der deutschen Wirtschaft neue, verheißungsvolle Wege. Sie stellen einen Abschluß der vorläufigen Arbeiten der Reorganisation des wirtschaftlichen Verbandswesens in Deutschland dar und umreißen den Rahmen für die endgültige Form. So wird der heutige Tag zum Markstein in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

Ihnen, Herr Reichsminister, gebührt in dieser Stunde unser Dank dafür, daß Sie heute den Bund der Einheit der gewerblichen Wirtschaft besiegelt haben. [...] Ich selbst habe für das Gebiet des Reichsstandes der deutschen Industrie mir immer zwei Notwendigkeiten vor Augen gehalten: erstens, auf dem Gesamtgebiet der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Gegebene mit dem politisch Notwendigen abzustimmen und zweitens, unsere Organisation in voller Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung so klar zu gliedern, daß sie ein wirksames Instrument der Wirtschaft wie auch der Reichsregierung im Rahmen des nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands sein kann.

Der Weg, den Sie, Herr Reichsminister, uns nun für die weitere Entwicklung weisen, schafft die Synthese zwischen der Autorität [203:] unseres neuen Staates und der Schaffensfreudigkeit einer ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen wohl bewußten Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft.

Krupp-Prozeß, Dok., NIK – 12206, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 128-129.

158. Aus der „Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. November 1934

§ 1 Die gewerbliche Wirtschaft wird fachlich und bezirklich zusammen gefaßt und gegliedert. Die Organisation und die öffentlich-rechtlichen Vertretungen der gewerblichen Wirtschaft werden organisch verbunden.

§ 2 Fachlich wird die gewerbliche Wirtschaft in einer Reichsgruppe Industrie in Hauptgruppen und in den Reichsgruppen Handwerk. Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft zusammengefaßt.

In den Hauptgruppen der Industrie und in den Reichsgruppen der übrigen gewerblichen Wirtschaft werden Wirtschaftsgruppen gebildet, die sich nach Bedarf in Fachgruppen und Fachuntergruppen gliedern.

§ 3 Bezirklich wird die gewerbliche Wirtschaft in Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt.

Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Fachuntergruppen können sich bezirklich untergliedern, wenn ein zwingendes wirtschaftliches Bedürfnis besteht, einen bestimmten Wirtschaftszweig für einen Wirtschaftsbezirk oder innerhalb eines solchen zusammenzufassen. Wenn die Erfassung der Mitglieder es erfordert, kann eine Bezirksorganisation in der Weise gebildet werden, daß Bezirksgruppen für Wirtschaftsbezirke und Bezirksuntergruppen für die Bezirke der Industrie- und Handelskammern errichtet werden. [...].

§ 6 Die bestehenden Wirtschaftsverbände sind soweit tunlich in die fachliche oder bezirkliche Gliederung zu überführen und erhalten damit die neue Rechtsform (§ 5). Die Überführung wird durch den Reichswirtschaftsminister angeordnet, soweit sie nicht von den Verbänden durchgeführt wird. [...]

§ 16 Die Gruppe der gewerblichen Wirtschaft hat ihre Mitglieder auf dem Fachgebiet zu beraten und zu betreuen.

[204:]



Hitler mit den Industriellen Generaldirektor Vögler, Fritz Thyssen, Dr. Borbat, Schaule.

[205:] Der Leiter hat die Gruppe im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen und die Angelegenheiten der Gruppe und ihrer Mitglieder unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung des Staatsinteresses zu fördern. Der Leiter ist der Gruppe und den Leitern der übergeordneten Gruppen für die ordnungsmäßige Führung der Gruppe verantwortlich.

Weisungen des Leiters, die durch den Zweck der Gruppe oder durch den Zusammenschluß der gewerblichen Wirtschaft bedingt sind, haben die Mitglieder zu folgen.

Reichsgesetzblatt, 1934, Teil I, Nr. 131, S. 1194-1196.

159. Alls den Memoiren Hjalmar Schachts über seine Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister

Hitler ließ mir in meiner Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister die gleiche Freiheit und Selbständigkeit, die ich als Reichsbankpräsident besaß. Er verstand von Wirtschaft gar nichts. Solange ich ihm die Handelsbilanz in Ordnung hielt und die nötigen Devisen verschaffte, kümmerte er sich nicht

darum, wie ich das zustande brachte. Hitler hat bis zum Herbst 1936 keinerlei Maßnahmen geduldet, die in meine Tätigkeit eingriffen.

Schacht, 76 Jahre, S. 414.

[206:]

2. Aufrüstung und Konzernprofite

„Kriegsmaterial ist lebenssparend für das eigene Volk, und stolz darf sein, wer auch immer in dieser Sphäre werkt und wirkt: das Unternehmertum zumal findet hier seine höchste Bewährung.“

Gustav Krupp, Ende 1943

160. Aus dem Entwurf einer Rede Krupps, die er Ende 1943 oder Anfang 1944 vor der Deutschen Akademie in Berlin halten wollte

Ich sehe also nicht ein – dieser Gedanke spukt noch gelegentlich in einigen Köpfen – wieso die Fabrikation von Kriegsmaterial ein finsternes Gewerbe sein soll! Nein: Kriegsmaterial ist lebenssparend für das eigene Volk und stolz darf sein, wer auch immer in dieser Sphäre werkt und wirkt; das Unternehmertum zumal findet hier seine höchste Bewährung. Diese Bewährung – ich darf das hier einflechten – erhartete sich besonders auch in jener Zeit des „Interregnums“, in den Jahren zwischen 1919 und 1933, als Deutschland entwaffnet darniederlag. [...] Es ist ein einmaliges Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen bösen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte ihre Wirksamkeit auch aus erklärlichen Gründen dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für des Reiches Wehrmacht bereitzustehen. [...] So wie damals ein 100.000-Mann-Heer die Tradition der alten ruhmreichen Armee wahrte, so gab es, bildlich gesprochen, auch ein 100.000-Mann-Heer der Wirtschaft, das die Überlieferung der Rüstungsindustrie aufrechterhielt. [...] Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums, aber auch auf Grund der mit dem Friedensmaterial inzwischen gewonnenen Erfahrungen, konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht [...] werden[...] Da galt es, neue Rohstoffe zu erschließen, zu forschen und zu experimentieren, Kapitalien zu investieren, um die deutsche Wirtschaft unabhängig und stark, kurz gesagt: kriegsstark zu machen. Und das darf ich auf Grund vielfacher Äußerungen von Außenstehenden, die von hoher Warte aus die [207:] Gesamtlage zu übersehen vermögen, wohl hier sagen, wiederum bewährte sich hier deutsches Unternehmertum, das die neuen Probleme mit jenem Schwung, jener – ich möchte sagen: Begeisterung aufgriff und bewältigte, mit der es je und je an geschichtliche Aufgaben herangetreten war.

Dok. D – 317, IMG, Bd. XXXV, S. 67-69.

161. Aus der eidesstattlichen Erklärung Georg von Schnitzlers über die Zusammenarbeit zwischen IG-Farben und Wehrmacht und die Rüstungsgewinne der IG-Farben

[...] die IG zog daraus sehr bald Nutzen, und während 1933 die Gesamtausgaben der IG für neue Betriebe und Maschinerien, glaube ich, nur 10 bis 12 Millionen Mark betrugen, erhöhten sie sich in den Jahren 1934 bis 1936 sprunghaft und stiegen von da ab stürmisch. [...] Die ganze Entwicklung der IG in den Jahren von 1934 an und im verstärkten Maße seit Ende 1936 ist voll und ganz auf die enge Zusammenarbeit mit Regierung und Wehrmacht zurückzuführen [...].

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI – 5196, zit. nach: Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, hrsg. u. eingel. H. Radandt, Berlin 1970, S. 82-84.

162. Eidesstattliche Erklärung von Ernst Struss vom 29.5.1947

a) Buna

Die IG Farben war die einzige Firma in Deutschland, welche die Erzeugung von synthetischem Kautschuk entwickeln konnte und welche half, die Schwierigkeiten in der Herstellung zu überwinden. Im Jahre 1936, dem Beginn des ersten Vierjahresplanes, hatte die technische Entwicklung einen Punkt

erreicht, der die Erzeugung von Buna S im größeren Maßstabe gewährleistete. „Ohne IGs Buna wäre es nicht möglich gewesen, den Krieg mehrere Jahre fortzuführen.“

b) Synthetisches Benzin

Nach sechsjähriger Bemühung löste die IG im Frühling des Jahres 1933 das Problem der Großproduktion von synthetischem Benzin aus Braunkohle im großen Maßstabe. Zwei oder drei Jahre später wurde das Problem der Erzeugung von synthetischem Benzin aus [208:] Anthrazit ebenfalls gelöst. Da es kaum natürliches Petroleum in Deutschland gibt und das Fischer-Tropsch-Verfahren nur ein minderwertiges Benzin lieferte, waren die Erfahrungen, die die IG auf diesem Gebiet gesammelt hatte, unbedingt notwendig für die Führung eines Krieges von längerer Dauer. Dasselbe bezieht sich auf die hochklopfesten Treibstoffe, worin die IG-Farben die einzige Firma war, die bei Kriegsbeginn genügend Erfahrung hatte.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI – 8318, zit. nach: Fall 6, S. 102.

163. Aus der streng vertraulichen Aktennotiz von Otto Steinbrinck für Friedrich Flick vom 20. August 1934 über die Vergabe von Rüstungsaufträgen an die Mitteldeutsche Stahlwerke AG

General Liese teilte mir bei einer heutigen Besprechung mit, daß die Mitteldeutschen Stahlwerke sich unbedenklich für eine Reihe von Jahren für laufende erhebliche Aufträge einstellen könnten. Er fragte, ob wir seit Juli größere Aufträge erhalten hätten. Ich erwiderte, daß m. W. wohl 50-60.000 Stück Hohlkörper neu vergeben seien und weitere gebohrte Röhren in Aussicht gestellt worden wären. Unser Gesamtauftragsbestand einschließlich der in Aussicht gestellten Aufträge beliefe sich schätzungsweise auf 3 bis höchstens 3,5 Millionen, während für die Schaffung von Einrichtungen investiert seien oder investiert werden sollten 7 Millionen. Der Auftragsbestand von 3,5 Millionen – abzuwickeln bis zum Frühjahr nächsten Jahres – sei also nicht besonders hoch.

General Liese stimmte dieser Auffassung zu und wies den anwesenden Major Warlimont an, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Mittelstahl noch mehr berücksichtigt werde. [...]

Er betonte schließlich nochmals, wir könnten also bestimmt mit größeren Aufträgen bis 1938 rechnen und empfahl uns, auch aus eigenen Mitteln uns darauf einzurichten, daß die Lieferungen möglichst schnell ausgeführt werden können.

Flick-Prozeß, Dok. NI – 3466, zit. nach: Fall 5, S. 112.

[209:]

164. Aus der geheimen Aktennotiz über die Besprechung zwischen Oberst Kühn, Vertreter des Reichswehrministeriums, und Vertretern der Daimler-Benz AG, Henschel & Sohn GmbH, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG und Rheinmetall Borsig AG am 7. Juli 1933 über den Bau von Panzern

Oberst Kühn machte eingangs darauf aufmerksam, daß die Besprechung streng geheim gehalten werden muß und nur ein ganz enger Kreis über die Absichten des R[eichs]w[ehr]m[inisteriums] Aufschluß erhalten darf. Er führte aus: Das R[eichs]w[ehr]m[inisterium] schreitet jetzt zur Beschaffung von Kampfwagen. Es hat seit einigen Jahren Versuche mit einem Carden-Lloyd (Fabrikat Vickers-Armstrong) laufen und auf Grund der Erfahrungen gemeinsam mit Krupp eine eigene Konstruktion entwickelt. Diese ist in einem Exemplar von Krupp gebaut und vom R[eichs]w[ehr]m[inisterium] erprobt worden. 5 weitere Exemplare liefert Krupp z. Zt. und 100 Stück bis Ende März 1934. Darüber hinaus sollen große laufende Bestellungen im April 1934 erteilt werden und es sei beabsichtigt, diese auf Daimler-Benz, Henschel und MAN zu verteilen. Die 3 Firmen sollen zunächst einen Probeauftrag auf 3-5 Stück erhalten, von deren Prüfung die spätere Bestellung abhängt. Der Probeauftrag muß bis 31.1.1934 erledigt werden. Das Aggregat läuft unter der Bezeichnung: Landwirtschaftlicher Schlepper (LaS).

Krupp-Prozeß, Dok. NI – 1476, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 115.

165. Rüstungsausgaben des Reiches 1933-1939 (in Mrd. RM)

Jahr	Mrd. RM
1933 (Febr.-Dez.)	1,5
1934	2,8
1935	5,5
1936	11,0
1937	14,1
1938	16,6
1939 (Jan.-Aug.)	16,3
Rüstungsausgaben der zivilen Ressorts	4,0
Gesamt	71,8

Nach: D. Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941*, Berlin 1969, S. 31.

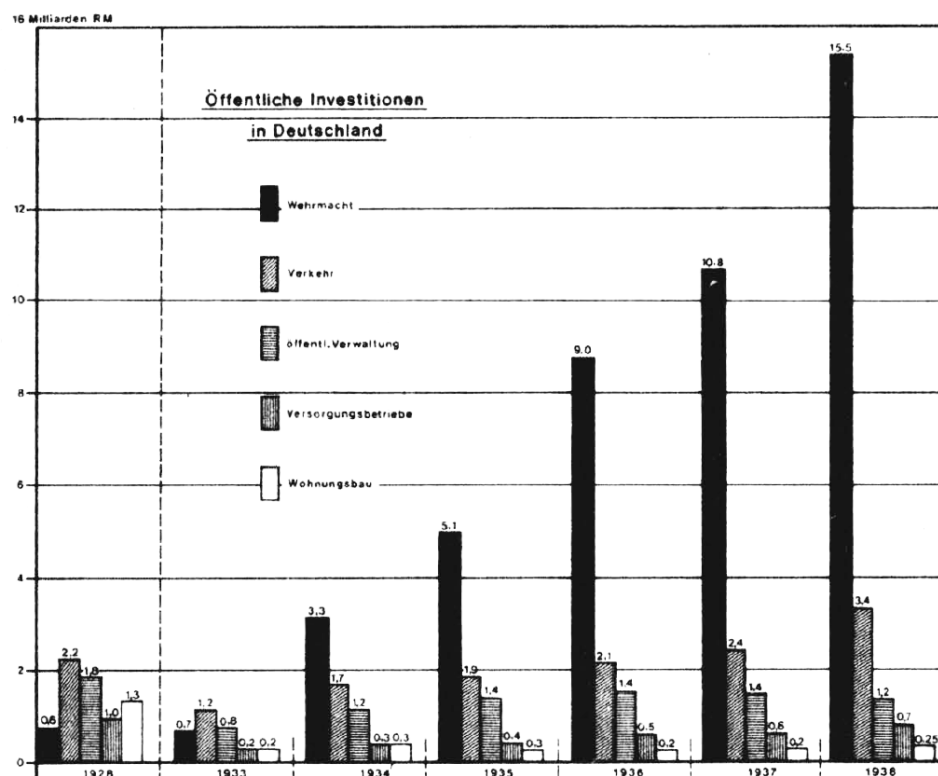
[210:]

166. Rüstungsausgaben im Vergleich zum Volkseinkommen 1932-1938

	Volkseinkommen	Rüstungs- und Wehr- machtsausgaben	Anteil am Volkseinkommen
Jahr	in Mrd. RM		in Prozent
1932	45,2	1	2
1933	46,5	3,5	7
1934	52,8	5,5	10
1935	59,1	9,5	16
1936	65,8	13,5	21
1937	73,8	16,5	22
1938	82,1	26	32

Nach: Kuczynski, Bd. 16, S. 135.

167. Schaubild: Rüstungsausgaben im Verhältnis zu anderen wichtigen öffentlichen Ausgaben 1928-1938



Wiedergegeben nach: *Faschismus/Vespignani*, S. 13.

[211:]



Gesang der Ewig-Gestrigen: Wir beten an die Macht der Bomben

[212:]

168. Bruttogewinne deutscher Rüstungskonzerne 1936-1941 (in Mill. RM)

Jahr	Klöckner	Hoesch	Gutehoffnungshütte
1936/37	107	120	123
1938/39	136	140	148
1940/41	164	164	156

Nach: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, Köln 1974, S. 93.

169. Nettoprofit und Umsatz deutscher Rüstungskonzerne 1933-1939 (in Mill. RM)

Geschäftsjahr	Nettoprofit des Krupp-Konzerns	Umsatz des Sie- mens-Konzerns	Geschäftsjahr	Nettoprofit des IG-Farben-Kon- zerns	Umsatz des Zeiss-Konzerns
1933/34	7	411	1932	47	20
1934/35	10		1933	74	29
1935/36	14		1934	68	45
1936/37	17	854	1935	71	68
1937/38		907	1936	140	85
1938/39	21	1092	1937	188	98
			1938	191	115
			1939	240	142

Nach: Ebd. u. Kuczynski, Bd. 16, S. 137.

170. Bruttogewinne der IG Farbenindustrie AG und der Vereinigten Stahlwerke AG 1932-1939 (in Mill. RM)

Jahr	IG Farbenindustrie AG -	Vereinigte Stahlwerke AG
1932	71,5	
1933	122,1	
1934	125,6	120,5
1935	153,4	225,8
1936	250,8	248,6
1937	295,7	257,1
1938	274,2	
1939	376,7	

Nach: Kuczynski, Bd. 16, S. 139.

[213:]

III. Die politische und ökonomische Lage der Bevölkerung

1. Politische Entrechtung und Widerstand in den Betrieben

„Was kann zur Förderung des Umsatzes weiter geschehen? Nichts, als daß besonders die Wirtschaft von den Fesseln sinnloser Tarifverträge ... frei gemacht wird ... Ich schlage also vor, die Verordnung über das Tarifvertragswesen ... zu ändern. Der einzelne Unternehmer erhält freie Hand, mit seiner Belegschaft die Arbeitsbedingungen festzusetzen ...“
Carl Goerdeler. Reichskommissar für die Preisüberwachung, am 7. September 1933

„Die nationalsozialistische Umwälzung stellte kaum einen anderen Berufsstand vor eine so vielfach neue, mitunter glückhaft bestürzend neue Lage, wie den Unternehmer. Er wurde nun der Führer seiner Gefolgschaft.“
Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1944)

171. Aus dem Memorandum von Carl Goerdeler, Reichskommissar für die Preisüberwachung und Oberbürgermeister von Leipzig, für das Reichswirtschaftsministerium vom 7. September 1933

Was kann zur Förderung des Umsatzes weiter geschehen?

Nichts, als daß besonders die Wirtschaft von den Fesseln sinnloser Tarifverträge ebenso frei gemacht wird wie von den Einbildungen aller möglichen Stellen, man könne die Wirtschaft gängeln. Das kann man nicht, man kann ihr nur einen großen Wirkungsraum und gesunde Rechtsgrundlagen verschaffen. Dann muß jeder einzelne nach seinen Fähigkeiten in diesem Raume arbeiten. Die schwerste Fessel für eine natürliche Wiederbelebung der Wirtschaft sehe ich in der Wahnsinnsvorstellung, daß zu allen Zeiten unter allen Umständen mehr als 8 Stunden nicht gearbeitet zu werden braucht, um existieren zu können. Die notwendige Arbeitsleistung des einzelnen und des Volkes richtet sich nach den natürlichen Verhältnissen, in denen es lebt. Diese sind augenblicklich für Deutschland, was [214:] Absatzmöglichkeit nach dem Ausland und was erarbeitetes Kapital betrifft, außerordentlich schmal, also muß viel gearbeitet werden [...]

Man kann auch gleich zupacken, indem man an das Tarifvertragswesen grundsätzlich herangeht. [...]

Aus psychologischen und wirtschaftsorganischen Gründen erscheint mir eine vollkommene Abkehr von dem Bisherigen erforderlich. Je rücksichtsloser und je entschlossener die Abkehr erfolgt, um so wunderbarer wird die Wirkung sein. So ist es nicht, daß im Volk dafür kein Verständnis ist, im Gegenteil, das einfache Volksempfinden ist viel stärker als alle Überlegung, und der einzelne empfindet sehr wohl, daß letzten Endes das Arbeiten und die Leistung in der Arbeit entscheidend ist und nichts anderes. Ich schlage also vor, die Verordnung über das Tarifvertragswesen laut Anlage zu ändern. Der einzelne Unternehmer erhält freie Hand, mit seiner Belegschaft die Arbeitsbedingungen festzusetzen. Schon dadurch wird er gezwungen, den nationalsozialistischen Gedanken zu verwirklichen und seiner Belegschaft vollkommenen Einblick in Zweck, Stand und Möglichkeiten des Unternehmens zu gewähren. Hier beginnt die gleichzeitige Erziehungsarbeit der Deutschen Arbeitsfront. Der einzelne Mensch soll sich wieder als lebendiges Glied seines Unternehmens fühlen.

ZStA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 9931, Bl. 127 ff., zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 118-120.

172. Aus dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934

§ 1 Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2 (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. [...]

§ 6 (1) Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.

[215:] (2) Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere

der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bußen. auf Grund der Betriebsordnung zu hören [...]

§ 9 (1) Der Führer des Betriebes stellt im Einvernehmen mit dem Obmann der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation im März jeden Jahres eine Liste der Vertrauensmänner und deren Stellvertreter auf. Die Gefolgschaft hat zu der Liste alsbald durch geheime Abstimmung Stellung zu nehmen [...]¹

§ 26 In jedem Betriebe, in dem in der Regel mindestens zwanzig Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, ist vom Führer des Betriebes eine Betriebsordnung für die Gefolgschaft des Betriebes (§ 1) schriftlich zu erlassen.

§ 27 (1) In die Betriebsordnung sind folgende Arbeitsbedingungen aufzunehmen:

1. Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Pausen;
2. Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts;
3. die Grundsätze für die Berechnung der Akkord- oder Gedingearbeit, soweit im Betriebe im Akkord oder Gedinge gearbeitet wird;
4. Bestimmungen über die Art, Höhe und Einziehung von Bußen, wenn solche vorgesehen werden;
5. die Gründe, aus denen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgen darf, soweit es nicht bei den gesetzlichen Gründen bewenden soll.

Reichsgesetzblatt, 1934, Teil I, Nr. 7, S. 45-48.

[216:]

173. Aus den „Geschäftlichen Mitteilungen“ des Reichsstandes der Deutschen Industrie für seine Mitglieder vom 26. Januar 1934 über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“

Der 1. Abschnitt des Gesetzes enthält die Vorschriften über „Führer des Betriebes und Vertrauensrat“. Der § 1 enthält die für die Grundidee der neuen Sozialordnung programmatische Bestimmung: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.“

Damit ist im Gegensatz zu der Grundidee des bisherigen deutschen Sozialrechts und im Gegensatz zu den einleitenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (Interessenwahrnehmungen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber, § 1 BRG) die Idee der Betriebsgemeinschaft an Stelle des wirtschaftlichen und sozialen Interessengegensatzes zum Ausdruck gebracht.

Ebenso programmatisch ist der § 2 des Gesetzes:

- (1) „Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetzes geregelt werden.
- (2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.“

Das hierdurch auch für den Betrieb gesetzlich festgelegte Führerprinzip findet durch den Absatz 2 seine notwendige Ergänzung in der Verpflichtung des Führers, „für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen“, und in der Treuepflicht der Gefolgschaft, die durch die Betriebsgemeinschaft begründet ist.

Mit diesen beiden Programmsätzen mußte das bisherige Betriebsrätegesetz vom 4.2.1920 gegenstandslos werden. [...] An Stelle des bisherigen Betriebsrates tritt gemäß § 5 des neuen Gesetzes der Vertrauensrat und zwar in allen Betrieben mit in der Regel 20 Beschäftigten. Der Vertrauensrat besteht aus dem Führer des Betriebes und aus den Vertrauensmännern. Leiter des Vertrauensrates ist der Führer des Betriebes. [...] Gemäß der grundsätzlichen Bestimmungen der §§ 1 und 2 hat der

¹ Diese Vertrauensmännerwahlen fanden nur 1934 und 1935 statt; vgl. Dok. 176-178.

Vertrauensrat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen, und die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebs-[217:]schutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken (§ 6).

Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsstandes der Deutschen Industrie, Sondernummer vom 26. Januar 1934, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 121-122.

174. Aus dem Entwurf einer Rede Krupps, die er Ende 1943 oder im Januar 1944 vor der Deutschen Akademie in Berlin halten wollte

Solche historischen Aufgaben größten Umfangs und größter Bedeutung hatte der deutsche Unternehmer nach 1933 aber nicht nur in organisatorischer, technischer und kaufmännischer Beziehung übernommen. Die nationalsozialistische Umwälzung stellte kaum einen anderen Berufsstand vor eine so vielfach neue, mitunter glücklich bestürzend neue Lage, wie den Unternehmer. Er wurde nun der Führer seiner Gefolgschaft.

Es wäre natürlich höchst ungerecht zu behaupten, vor 1933 hätten die Unternehmer keinen Sinn gehabt auch für diese Seite ihres Berufs, die Menschenführung und-Betreuung – wie hätten sie denn sonst auch überhaupt wirtschaftliche Erfolge auf die Dauer erzielen können? Ist es doch gerade der Stolz vieler großer Unternehmungen, daß sie auf eine reiche und alte sozialpolitische Tradition zurückblicken können. Aber man hat es weiß Gott doch manches Mal vor 1933 dem Unternehmer recht schwer gemacht, sich als tief innerlich verantwortlich bewußten Leiter seines Betriebs zu zeigen und zu geben. Diese seit 1933 geradezu mit elementarer Plötzlichkeit eingetretene Wandlung in der Auffassung über die innerlich begründete Gemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – ich benutze hier noch einmal bewußt diese alte Formel – ist nur dem einzigartigen Genie des Führers und seiner revolutionären Bewegung zu danken [...] Es ist klar, daß durch sie, daß durch die gesetzliche Bestellung des Unternehmers zum Gefolgschaftsführer, diesem ein viel breiteres und schöneres wirklich vollen Erfolg verheißenderes Wirkungsfeld, gerade auch nach der menschlichen Seite hin, abgesteckt wurde als bisher, und ich darf wohl feststellen, daß die deutschen Unternehmer aus vollem Herzen die neuen Wege gingen, daß sie in edlem Wettstreit und in bewußter Dankbarkeit [218:] sich die großen Intentionen des Führers zu eigen machten und seine treuen Gefolgsmänner wurden.

Dok. D – 317, IMG. Bd. XXXV, S. 69-70.

175. Aus der Verordnung über die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) vom 24. Oktober 1934

§ 1 Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und Faust.

In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmervereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen. [...]

§ 2 Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen.

Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.

§ 3 Die Deutsche Arbeitsfront ist eine Gliederung der NSDAP im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933.

§ 4 Die Führung der Deutschen Arbeitsfront hat die NSDAP. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP führt die Deutsche Arbeitshont.

Er wird vom Führer und Reichskanzler ernannt.

Er ernennt und enthebt die übrigen Führer der Deutschen Arbeitsfront. [...]

§ 6 Die Kassenführung der Deutschen Arbeitsfront untersteht im Sinne der ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz der Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 23. März 1934 der Kontrolle des Schatzmeisters der NSDAP.

§ 7 Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird. [...]

Die für diesen Ausgleich notwendige Vertretung aller Beteiligten ist ausschließlich Sache der Deutschen Arbeitsfront. Die Bildung [219:] anderer Organisationen oder ihrer Betätigung auf diesem Gebiet ist unzulässig.

§ 9 Das Vermögen der im § 1 dieser Verordnung genannten früheren Organisationen einschließlich ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen Vermögensverwaltungen und Unternehmungen bildet das Vermögen der Deutschen Arbeitsfront. Dieses Vermögen ist der Grundstock für die Selbsthilfe-Einrichtung der Deutschen Arbeitsfront.

Hohlfeld, Rd. IV, S. 187-199.

176. Illegaler Aufruf zu „Mißtrauenswahlen“ für die Vertrauensmänner-Wahlen am 3. und 4. April 1935 mit der Aufforderung, die Kandidaten der DAF nicht zu wählen

Die Vertrauensmänner, die am 3. und 4. April „gewählt“ werden sollen, sind nicht unsere Vertrauensleute. Der „Herr Betriebsführer“ stellt nur die Kandidaten auf, die ihm und dem Pg. Treuhänder passen! Deshalb müssen wir streichen!

Laßt Euch nicht übers Ohr hauen. Laßt Euch nicht durch falsche Parolen verwirren, ganz gleich, woher sie kommen. Auch wenn der „Herr Betriebsführer“ einen guten Kollegen auf die Liste setzt, streicht die Liste durch. Selbst der beste Kollege kann im „Vertrauensrat“ nichts durchsetzen. Er wird nur als Lockvogel mißbraucht, damit möglichst viele „Ja-Stimmen“ zusammenkommen. Jeder „Ja-Zettel“ gilt als Zustimmung zu den niedrigen Löhnen, zur braunen Antreiberei, zu den steigenden Preisen, zum braunen Hunger und zum Giftgaskrieg.

Ihr sollt für „Erz“ gegen „Fett“ stimmen, für Giftgastod und Hungersnot. Die Autobonzen der D.A.F. möchten melden: Die Betriebe wollen hungern, die Betriebe wollen Krieg! Deshalb sagt Nein!

Streicht die ganze Liste durch!

Auf jeden Fall aber den Repräsentanten des Systems, den Mann der N.S.B.O. und den Walter der D.A.F.

Sie sollen wissen: wir wollen höhere Löhne, wir wollen Teuerungsausgleich. Wir wollen keine Vertrauensmänner der Unternehmer! Für dieses System der Entrechtung, der Unterdrückung und Ausbeutung nimmt keiner freiwillig die Knarre in die Hand! Wir wollen Freiheit, Frieden und Brot!

[220:] Gebt als Flüsterparole weiter, schreibt an die Mauern und Zäune, schreibt in die Waschräume und die Toiletten: Mißtrauenswahlen! Streichen!!

Abgedruckt bei: P. Altmann u. a.. Der deutsche antifaschistische Widerstandskampf 1933-1945 in Bildern und Dokumenten, Frankfurt/M. 1975, S. 75.

177. Aus einem geheimen Bericht der DAF über die Vertrauensmänner-Wahlen vom 24. April 1935 (Oexle-Bericht)

Es haben von 3125 Angestellten und Arbeitern ca. 2900 abgestimmt. Von diesen 2900 waren 1700 Stimmen ungültig, so daß nur 1200 gültige Stimmen herauskamen. Die 1200 gültigen Stimmen erscheinen nun in der Presse als 84,5 Prozent Ja-Stimmen. Damit wird das wahre Bild der Abstimmung verfälscht und wirkt in der ganzen Arbeiterschaft geradezu lächerlich.

ebd.

[221:]

178. Aus illegalen antifaschistischen Arbeiter-Zeitungen: Ergebnisse der Vertrauensmänner-Wahlen

	Belegschaft	Opposition
Elektrizitätswerk Zschornowitz	1200	41%
Daimler-Benz (Berlin, Auto- und Flugzeugbau)	1470	40%
AEG-Turbinenwerk (Berlin)	2013	28%
Deutscher Versicherungskonzern (Berlin)	360	41%
Ufa, Berlin	1951	33%
Scherl, Berlin	3505	27%
„Germania“-Verlag, Berlin		48%
Branntwein-Monopolverwaltung, Berlin		49%
Büssing NAG, Braunschweig	588	30%
Vogtländer, Braunschweig	2879	42%
Donnerwerke, Eisenach	346	35%
Metallwerk Schwarz, Eisenach	500	68%
Schott, Jena	2000	49%
Woolworth, Jena		50%
Papierfabrik, Porstendorf	200	über 50%
Oranienburger Chem. Fabr., Berlin	100	40%
Henschel u. Sohn, Kassel.	5300	35%
Städtische Straßenbahn, Frankfurt		75%
Monus A. G., Frankfurt	599	25%
Friedr.-Wilhelm-Hütte, Troisdorf	2000	25%
Berninghaus, Köln	151	25%
Allianzkonzern, Berlin	4100	55%
Klöcknerkonzern	21000	41%
Hapag	5100	59%
Ullstein	8000	48%
Aschinger, Berlin	3500	60%
Dernag, Duisburg	12000	51%
Deutsche Werft	8150	43%
Standard Oil	2200	54%
Hell u. Stammer, Hamburg	2500	49%
Erzgeb. Steinkohlen Akt. Verein	4435	61%

Ebd., S. 76.

[222:]

2. Wirtschaftliche Lage der Lohnabhängigen und der „Mittelschichten“

179. Aus der Niederschrift über eine Chefbesprechung unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Franz Seldte am 2. Mai 1935 über Lohnpolitik

Der Reichsarbeitsminister erläutert die Notwendigkeit einer Aussprache über die künftig zu verfolgende Lohnpolitik.

Er habe die Lohnpolitik bisher nach dem Grundsatz geführt, den Lohnstand des Jahres 1933 zu halten. Die Aufrechterhaltung dieses von der Reichsregierung gebilligten Grundsatzes begegne aber steigenden Schwierigkeiten, zumal nun auch von der Leitung der Deutschen Arbeitsfront die Lohnfrage aufgerollt und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt worden sei. Seit 1933 habe sich die wirtschaftliche Lage mancher Industriezweige günstiger gestaltet. [...]

Der Reichswirtschaftsminister¹ hält den Zeitpunkt für eine Aufrollung der Lohnfrage für denkbar ungeeignet. Jede Lohnerhöhung sei untragbar, da sie eine Verteuerung der Produktion bewirken müsse. Die Sicherheit der Nation erfordere die alsbaldige Vollendung der Aufrüstung, die ohne ausländische Rohstoffe nicht durchgeführt werden könne. Auf die deshalb entscheidende Devisenfrage müsse auch die Lohnpolitik eingestellt sein. [...] Selbst eine elastische Lohnpolitik, d. h. ein Ausgleich

¹ Hjalmar Schacht

unter Aufrechterhaltung des allgemeinen Lohnstandes sei bedenklich, da sie zu schwer absehbaren Rückwirkungen auf das Rüstungsprogramm führe und stets die Richtung der Löhne nach oben stärke. Auch der Reichswehrminister erhebt starke Bedenken gegen jede Veränderung der geltenden Löhne. Die Aufrüstung werde sonst ernstlich gefährdet.

Der Reichsarbeitsminister hält, nachdem sich alle Ressortchefs gegen jede Änderung des Lohnstandes (einschl. der sonstigen Arbeitsbedingungen) ausgesprochen haben, zum mindesten eine gewisse Elastizität bei der amtlichen Lohnregelung für geboten [...] In der Aussprache darüber, in der sich der Stellvertreter des Führers¹ und der Reichskommissar für Preisüberwachung² für ein ganz starres Festhalten an den z. Zt. geltenden Lohnsätzen einsetzten, wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß der bisherige Lohnstand mit der größtmöglichen Starrheit aufrechterhalten werden müsse. Den Erfordernissen der Preisgestaltung, der Aufrüstung und des Exports müsse alles andere untergeordnet werden.

[223:] Koblenz, R 41, Nr. 24, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 107.

180. Schreiben Robert Leys, Reichsleiter der DAF, an Adolf Hitler vom 15. August 1935 über die inflationäre Preisentwicklung

Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die stärkste Unruhe hervorgerufen hat. Von allen Seiten und aus allen Teilen des Reichs häufen sich die Klagen gerade über ein Emporschnellen der Lebensmittelpreise zu einer für den Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe [...]

Zwingt schon die Preispolitik des Reichsnährstands mit ihrer nivellierenden Tendenz und der dadurch bedingten Verschiebung der Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land ohnedies in absehbarer Zeit zu Folgerungen in der Lohngestaltung, so ist eine unmittelbare Auswirkung auf die Löhne unvermeidbar, wenn der hier kurz angedeuteten Preisentwicklung nicht schnellstens Einhalt geboten wird.

BA Koblenz, NS 10, Nr. 59, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 115.

181. Aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten in Münster i. W. an den Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister vom 21. Oktober 1935 über die soziale Lage der Textilarbeiter

Allgemein herrscht jedoch in der Textilarbeiterschaft des Regierungsbezirks eine äußerst gedrückte Stimmung, die auf das ganz unzureichende Einkommen eines großen Teils der Arbeiterschaft zurückzuführen ist [...]

In den Webereien ist durch die Faserstoffverordnung die Arbeitsstundenzahl der Arbeiter an Hauptproduktionsmaschinen beschränkt. Ausnahmen gibt es fast nur für den sehr schwierigen und in manchen Fällen unmöglichen Export und für die Verarbeitung von nicht öffentlich bewirtschafteten Rohstoffen. Die Verarbeitung [224:] von nicht öffentlich bewirtschafteten Rohstoffen kommt für die hiesigen Betriebe zum Teil nur in nicht erheblichem Umfange in Betracht, da die hier hergestellten billigen Gewebe die Verteuerung des Garns durch die teure Kunstspinnfaser nicht tragen. Der Arbeiter ist also in der Regel auf die 36stündige Wochenarbeitszeit, jedenfalls in zahlreichen Betrieben des Bezirks, angewiesen.³ Sein Akkordüberverdienst ist in fast allen Fällen durch die schlechtere Garnqualität gesunken, so daß dadurch eine weitere Einkommensverminderung eintrat. Einen gewissen Ausgleich schaffte sich der Arbeiter durch die größere Arbeitsintensität bei der 36-Stundenwoche gegenüber der bei der 48-Stundenwoche. Es wird nach übereinstimmenden Angaben der Betriebsleiter heute von den Arbeitern in 36 Wochenstunden mehr herausgeholt als früher in der gleichen Zeit. Der Arbeiter macht heute keine Pausen, er kürzt nach Möglichkeit die Benutzung der Aborte ab und „hält sich mehr dran“, wie man sagt. Immerhin sind das nur Minuten, die er aufholen kann. Man kann nach Berücksichtigung dieser Faktoren sagen, daß der Arbeiter heute höchstens noch den Verdienst erreicht, der der gekürzten Stundenzahl im Vergleich zu der Arbeitszeit vor der Faserstoffverordnung

¹ Rudolf Heß

² Carl Goerdeler

³ Ausreichende, Verdienstmöglichkeiten ließen sich nur erzielen, wenn die 40-Stunden-Woche weit überschritten und zusätzliche Überstunden und Sonderschichten abgeleistet wurden.

entspricht. Die Regel ist jedoch, daß heute nur noch der niedriger liegende tarifliche Mindestlohn erreicht wird. Das wird auch dadurch bewiesen, daß es eine ganze Reihe von Betrieben gibt, die wegen Nichterreichens des tariflichen Mindestsatzes die Differenzen nachzahlen mußten [...]

Die Arbeiterschaft sieht vor allen Dingen dem kommenden Winter sorgenvoll entgegen. Im vorigen Jahre hatte man noch Vorräte aus der Zeit vor der Faserstoffverordnung. Vor allen Dingen war die Ausstattung mit Kleidung und Wäsche in Ordnung. Heute ist eine Ersatzbeschaffung für die Arbeiterschaft in Wäsche und Kleidung zum Teil unmöglich. Außerdem ist die Arbeiterschaft nicht in der Lage, sich Wintervorräte an Kartoffeln und Kohlen hinzulegen.

ZStA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 27079/34, zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 123-124.

[225:]

182. Aus den Monatsberichten des Reichstreuhanders der Arbeit für die Monate April und Mai 1937

[April] *1. Bergbau*

a) *Westfalen*: In der Ausgabe vom 1. Mai 1937 S. 2 Folge 18, im „SA-Mann“ ist ein Artikel mit der Überschrift „So ist das nicht gemeint“ erschienen. Hier wird festgestellt, daß „mit dem Aufschwung der Produktion seit Verkündung des neuen Planes¹ in den Kohlenbergwerken eine Antreiberei begann, die man als unnational-sozialistisch und menschenunwürdig bezeichnen müsse.“ In dem gleichen Artikel wird behauptet, daß durch die starke Antreiberei der Kumpel nicht mehr dazu komme, die Stempel richtig zu setzen und die Kohlengänge richtig auszubauen, wodurch viele Unfälle verursacht würden.² Es ist erforderlich, die Presse zu veranlassen, Stimmungsberichte zunächst den zuständigen staatlichen Behörden, insbesondere dem Reichstreuhand der Arbeit, zuzuleiten [...]

b) *Sachsen*: Die Stimmung der Bergarbeiter ist eine gleichgültige resignierende und deshalb nicht erwünschte. Bei erhöhtem Arbeitstempo und trotz Mehrarbeitsstunden sei die Lebenshaltung der Bergarbeiter nicht besser geworden. Die Löhne seien ungenügend. Die hohen sozialen Abzüge führten zu einer kargen Ernährungsweise. [...]

3. Landwirtschaft

Sachsen: Die Stimmung unter den Landarbeitern ist schlecht. Geklagt wird über zu niedrige Löhne bei erheblich längerer Arbeitszeit und anstrengenderer Tätigkeit. Die durch gesetzlichen Zwang der Landwirtschaft zugeführten Arbeiter, die in der Industrie mehr zu verdienen hofften, tragen nicht zur Besserung der Stimmung bei.

[Mai] *Sozialpolitisches Geschehen, sozialpolitische Lage ...*

3. Bau, Steine und Erden.

a) *Niedersachsen*: Facharbeitermangel. Lohnüberbietungen. Die Reichsbahndirektion Hannover teilt mit, daß ihre Überbauarbeiten dadurch gefährdet würden, daß Arbeiter, die der Unternehmer auf seine Kosten von weit her habe kommen lassen, nach kurzer Beschäftigung ihren Arbeitsplatz verließen, um bei besser zahlenden Firmen zu arbeiten. – Bei dem außerordentlichen Arbeitermangel ist eine Beseitigung der aufgetretenen Schwierigkeiten allein durch eine umgehende Verminderung der öffentlichen Bauten zu erreichen.

b) *Mitteldeutschland*: Die Lohnbewegung nach oben ist noch in vollem Gange. Viele Klagen über Wegengagieren und Lohnüberbietungen. Steinsetzer sind nur noch zu übertariflichen Löhnen zu [226:] haben. Lohnerhöhungen. verteuern Bauvorhaben erheblich. [...]

5. Landwirtschaft. [...]

f) *Mitteldeutschland*: Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften gibt insbesondere im Gebiet der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt zu ernster Besorgnis Anlaß. Vorhandene Arbeitskräfte reichen

¹ Gemeint ist der Vierjahresplan

² Vgl. hierzu Dok. 191.

nicht aus, ordnungsmäßige Pflege der Rüben zu gewährleisten. Einsatz des Arbeitsdienstes hat sich bisher nicht ermöglichen lassen. Arbeitsdienst wird nur bei dem Spitzenbedarf in der Erntezeit gewisse Entlastung bringen. Die bisherige Form des ausschließlich gruppenweisen Einsatzes des Arbeitsdienstes führt zu einer Benachteiligung der kleinen Bauern. Auswärtige Wanderarbeiter haben sich offenbar häufig nur deshalb nach Mitteldeutschland vermitteln lassen, um auf billige Weise dort hinzukommen und in die Industrie überzuwechseln. Die Anordnung über den Arbeitseinsatz von Arbeitern der chemischen Industrie und des Baugewerbes in den Bezirken der Arbeitsämter Bitterfeld, Halle und Wittenberg, wonach jede Einstellung in diesen Gewerbebranchen der Zustimmung des Arbeitsamts bedarf, hat sich günstig ausgewirkt. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft und der Klein-Industrie erfolgt bisher überwiegend in die chemische Industrie und das Baugewerbe. Bei der allgemeinen Unzufriedenheit unter den Landarbeitern kommt es wegen Kleinigkeiten zu ernsthaften Streitigkeiten. Mehrfach konnte nur durch das Eingreifen des Reichstreuhänders der Arbeit Arbeitsniederlegung verhindert werden. In den Kreisen der Industrie herrscht eine erstaunliche Unkenntnis über die Lage in der Landwirtschaft. Man ist der Meinung, daß es der Landwirtschaft recht gut gehe. Es erscheint notwendig, daß in Zukunft bei Presseberichten über Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft eine stärkere Zurückhaltung geübt wird.

BA Koblenz, R 43 II, Bd. 528, zit. noch: T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939. Opladen 1975, S. 326, 335-338.

[227:]

183. Aus den Monatsberichten des Reichstreuhänders der Arbeit die Monate November und Dezember 1937

b) Ostpreußen: Bei Unterhaltungen mit einzelnen Gefolgschaftsmitgliedern, besonders mit ungelernten Arbeitern, die Familienväter sind, wird immer wieder gefragt, warum der sehr niedrige *Stundenlohn* nicht aufge bessert werden könne.¹ Wenn auch anerkannt wird, daß durch die Tarifordnungen die allgemeine Lage des Gefolgschaftsmitgliedes sich gebessert hat, so müßten doch in erster Linie die Stundenlöhne unter 0,50 RM gesteigert werden, da der Wochenverdienst von 20 bis 25 RM nicht ausreichend sei. Das Existenzminimum könne nur durch Mitarbeit der Ehefrauen erreicht werden. Angesichts der Verteuerung von Nahrungsmitteln und Textilsachen sind diese Wünsche besonders dringend.

ebd., S. 435.

184. Aus der Anordnung des Stellvertreters des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, vom 1. Oktober 1937 mit dem Verbot, Lohnerhöhungen zu fordern

Der Führer hat verschiedentlich geäußert, daß Lohnerhöhungen unter den vorläufig gegebenen Verhältnissen nur zu Preiserhöhungen, damit zu der dem deutschen Volk aus der Inflationszeit sattsam bekannten Schraube ohne Ende führen müßten, der Allgemeinheit und damit dem Einzelnen nur Schaden statt Nutzen bringen könnten und deshalb unbedingt vermieden werden müßten.

Eine allgemeine Hebung des Lebensstandards könne erst dann schrittweise erfolgen, wenn der Teil der nationalen Produktion, der noch auf Jahre durch die Behebung früher entstandener Schäden und durch die im Interesse der Sicherung des deutschen Lebensraumes erforderlichen Maßnahmen gebunden sei und zu einem bestimmten Teil immer gebunden bleiben werde, kleiner als zur Zeit geworden wäre und wenn dann der Teil der Produktion, der direkt oder indirekt zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards ausgewertet werden könnte, entsprechend vergrößert worden wäre.

[228:] Daraus ergibt sich für alle Stellen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände die bindende Verpflichtung, unter Verzicht auf billige Popularitätshascherei auf jede Propagierung und öffentliche Vertretung von Lohnforderungen und auf jeden irgendwie gearteten Versuch, derartige Forderungen mit mehr oder weniger Gewalt durchzusetzen, zu verzichten.

ZStA Potsdam. RWM, Bd. 10322, Bl. 178 f., zit. nach: Mason, S. 463.

¹ Die *Stundenlöhne*, vor allem für ungelernte Arbeiter, lagen größtenteils unter dem Existenzminimum; die *Wochenlöhne* stiegen vor allem aufgrund der verlängerten Arbeitszeit und aufgrund von Überstunden.

185. Index der Lebenshaltungskosten 1932-1938 (1913/14 = 100)

Jahr	Index
1932	120,6
1933	118,0
1934	121,1
1935	123,0
1936	124,5
1937	125,0
1938	125,6

Nach: Ch. Bettelheim, *Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus*, München 1974, S. 246.

186. Gesamtaufwendungen in Deutschland für den Lebensbedarf in Mrd. RM (Auswahl)

Lebensaufwendungen	1929	1932	1935	1936
Nahrungs- und Genußmittel	32,3	21,4	24,7	26,0
Wohnung	7,5	6,6	7,1	7,3
Bekleidung	11,2	6,5	7,6	8,3
Hausrat	11,8	6,7	7,4	8,5
Dienstleistungen	11,1	7,6	8,8	9,5
insgesamt	73,9	48,8	55,6	59,6

[229:]

187. Nettoeinkommen der werktätigen Bevölkerung in Deutschland in Mrd. RM

Werkstätige	1929	1932	1935	1936
Arbeiter	17,6	10,9	15,6	17,2
Angestellte	8,1	6,9	7,8	8,7
Beamte	5,1	5,0	5,1	5,3
sonstige unselbständige Werkstätige	1,4	1,6	1,5	1,6
insgesamt	73,9	48,8	55,6	59,6

Koblenz, R 43 II/310; *Einkommen, Verbrauch und Sparung in Deutschland 1932-1936. Untersuchungen der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung bei der Reichswirtschaftskammer. Berlin, Mai 1937, S. 14 u. 17; zit. nach: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 94.*

188. Index der Reallöhne 1933-1938 (1936 = 100)

Jahr	Index
1933	105,1
1937	100,1
1938	99,3

Nach: E. Henning, *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933-1938*, Frankfurt/M. 1973, S. 210.

189. Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Grenzen von 1937 (Jahresdurchschnitt),

Jahr	Index
1933	4.804.428
1934	2.718.309
1935	2.151.039
1936	1.592.655
1937	912.312
1938	429.461
1939	118.900

Nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 140.

[230:]

190. Übersicht über die Sozialausgaben 1932-1937 (in Mrd.RM)

Jahr	Mrd. RM
1932	2,8
1933	2,3
1934	1,4
1935	1,3
1936	0,9
1937	0,4

191. Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen 1933-1939

Jahr	Index
1933	929.592
1934	1.173.594
1935	1.354.315
1936	1.527.344
1937	1.799.512
1938	2.006.574
1939	2.253.749

Nach: H. Laschitz, S. Vietzke, *Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945*, Berlin 1964, S. 228.

192. Konkursbewegung 1932-1939

Jahr	insgesamt mangels	Masse abgewiesene Konkursanträge
1932	14.138	5604
1933	7954	4073
1934	6219	3472
1935	5955	3019
1936	5266	2686
1937	4514	2266
1938	3740	1798
1939	2440	1235

Nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 140.

[231:]

193. Neueröffnete und ausgeschiedene Handwerksbetriebe 1936-1938

Jahr	Zuwachs	Abgang	Rückgang (netto)
1936	104.234	132.109	27.875
1937	75.153	137.726	62.573
1938	59.700	122.642	62.942
	239.087	392.477	153.390

Nach: A. Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970, S. 130.

194. Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke 1933-1939

Jahr	Versteigerungen insgesamt	bis 2	2-5	5-20	20-50	50-100	100-200	200 u. mehr
1932	7060	2530	1320	1980	689	239	157	145
1933	1662	622	321	433	143	46 33	24	
1934	1518	834	346	214	46	17	14	47
1935	2270	1261	457	407	68	24	15	38
1936	1972	1075	395	377	71	12	12	27
1937	1882	1033	388	379	53	7		10
1938	1711	968	283	367	60		ab 50 ha insges. 33	
1939	827	428	160	190	32		ab 50 ha insges. 17	

Nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 140.

[232:]

IV. Integrationsfaktoren faschistischer Herrschaft

1. Führerkult und Führerprinzip

195. Joseph Goebbels zur Funktion des Führerprinzips

Nur dann wird ein Regime von Bestand sein, wenn es seine Rückendeckung im Volke selbst findet. Und nur dann wird es dies können, wenn es eben die Politik des Volkes betreibt. Das bedeutet: der Faschismus ist, wie der Nationalsozialismus, das stolze Vorrecht einer Minderheit. Diese Minderheit aber stellt nicht eine dünne Oberschicht dar, die, in der Hauptstadt sitzend, das Geschick des Staates bestimmt, sondern diese Minderheit ist hierarchisch in das ganze Volk hineingebaut. Der erste bildet die Spitze.

J. Goebbels, Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse, Berlin 1934, S. 19-20.

196. Die Führer als „politische Elite“

Die „Partei“ im nationalsozialistischen Staate hat eine einheitsbildende Aufgabe. Sie ist *die* politische „Bewegung“, der unter dem Führer die Verantwortung für den Aufbau, Bestand und die Sicherung der politischen Gestaltung des deutschen Volkes obliegt. [...] Sie hat den Anspruch darauf, als politische Elite zu gelten, weil ihre Träger schon im liberalen Staate die neue politische Weltanschauung des Führers in ihrer Größe erkannt, mit ihm erkämpft und sie dem Volk aufgeprägt haben. In der Bewegung entstand so zuerst der neue Typus des „politischen“ Menschen, der vor allem in der jungen Generation den deutschen Führerstaat tragen muß.

Otto Koellreutter, Der Deutsche Führerstaat, Tübingen 1934, S. 13-15, zit. nach: Hofer, S. 83.

197. Adolf Hitler zum Führerprinzip

Es ist dabei nicht nötig, daß jeder einzelne, der für diese Weltanschauung kämpft, vollen Einblick und genaue Kenntnis in die letzten [233:] Ideen und Gedankengänge der Führer der Bewegung erhält. Notwendig ist vielmehr, daß ihm einige wenige, ganz große Gesichtspunkte klargemacht werden und die wesentlichen Grundlinien sich ihm unauslöschlich einbrennen, so daß er von der Notwendigkeit des Sieges seiner Bewegung und ihrer Lehre restlos durchdrungen ist. Es wird auch der einzelne Soldat nicht in die Gedankengänge höherer Strategie eingeweiht. So wie er vielmehr in straffer Disziplin und zur fanatischen Überzeugung von dem Recht und der Kraft seiner Sache und zu restloser Einstellung auf sie erzogen wird, so muß dies auch beim einzelnen Anhänger einer Bewegung von großem Ausmaß und großer Zukunft und größtem Willen geschehen. [...] Es liegt im Wesen einer Organisation, daß sie nur bestehen kann, wenn einer höchsten geistigen Führung eine breite, mehr gefühlsmäßig eingestellte Masse dient.

Hitler, S. 508-509.

[234:]

2. Faschistische Propagandamethoden

198. Aus dem Protokoll der Goebbels-Konferenz vom 21. Januar 1943 über die Propagandamethoden vor 1933

Der Minister Goebbels verweist auf das Beispiel der nationalsozialistischen Kampfzeit und sagt, daß, wenn wir vor der Machtübernahme von dem Wotanglauben oder der Auflösung der Deutschnationalen Partei, der Kassierung der Sozialdemokraten und der Einsperrung der Kommunisten gesprochen hätten und von dem Kampf gegen die Kirchen, sicherlich uns niemand gewählt hätte.

„Wollt Ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943, hrsg. v. W. A. Boelcke, München 1969, S. 424.

199. Joseph Goebbels zur Funktion der Propaganda¹

Die Idee bleibt unveränderlich. Propaganda aber ist immer labil, anpassungsfähig an die jeweiligen Verhältnisse und Erfordernisse. Sie wendet sich an die breiten Millionenmassen des schaffenden Volkes und muß darum vor allem volkstümlich sein. Sie darf es nicht verschmähen, sich jener Mittel zu bedienen, die zwar den Intellekt enttäuschen, doch um so mehr das Herz des Volkes packen. Ein guter Propagandist redet immer in der Sprache der Menschen, an die er sich wendet. [...] Der Propagandist muß sich deshalb dem anpassen, dem er Erkenntnisse vermitteln will. Er wird in seinen Reden, seinen Plakaten zu den Bauern anders sprechen als zu Arbeitern. [...]

Die Zeitung soll ein Straßenagitator sein. Unsere Presse ist fast ausschließlich von dieser Tendenz bestimmt. Ihr Ziel ist nicht, zu informieren, klare objektive Tatbestände zu vermitteln, sondern anzu-spornen, anzufeuern, anzutreiben. Für uns ist die Presse Propaganda mit den Mitteln der Publizistik. Für uns hat die Presse die Aufgabe, die breiten Volksmassen für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Sie zieht aus ihren Informationen politische Konsequenzen, aber sie überläßt es nicht dem Leser, sich diese nach eigenem Geschmack zu bilden. Sie betreibt vorsätzlich und bewußt seine politische Beeinflussung. Sein ganzes Denken und Empfinden soll mit ihren Mitteln in eine bestimmte weltanschauliche Richtung hineingezwungen werden. [...]

[235:] Es ist nicht der Sinn einer Propaganda, geistreich zu sein. Ihre Aufgabe ist, zum Erfolge zu führen. Ob eine Propaganda gut gewesen ist, das zeigt sich, wenn sie geraume Zeit auf die Menschen einwirken konnte, die sie erobern will. Ob sie schlecht war, erweist sich dann auch. Hat ihre Wesensart den Menschenkreis erfaßt, den sie gewinnen wollte, dann war sie vermutlich gut; wenn nicht, so ist sie schlecht gewesen. Keiner kann deshalb von ihr sagen, daß sie zu roh, zu gemein sei, oder nicht anständig genug wäre. Sie soll dies auch gar nicht. Sie soll nichts, als zum Erfolge führen.

J. Goebbels, Der Kampf und seine Mittel (1934), zit. nach: Faschismus/Vespignani, S. 90.

200. Aus einer zeitgenössischen Kritik an den Propagandamethoden der NSDAP von Willi Münzenberg, ehem. Reichstagsabgeordneter der KPD

Als Goebbels den „Angriff“ gründete, verlangte er eine Zeitung, die „für das Volk geschrieben war und sich seiner Sprache bedienen“ sollte. Czech-Jochberg gesteht, daß man nach dem Vorbild der sozialistischen Parteien „die Parole des Kampfes um die Straße“ ausgegeben habe und die Aufmärsche, Demonstrationen, Fahrten bewußt nach sozialistischem Vorbild organisierte. Später kopierte man skrupellos Einrichtungen der Sowjetunion und Werbemethoden wie organisatorische Einrichtungen der KPD, sobald man sah, daß sie eine große Anziehungskraft für die Massen besaßen, dabei handelte es sich für die Hitlerpropaganda immer nur um die bloße Übernahme der Form, während man den Inhalt frech fälschte. [...]

Es gibt kaum eine Bewegung, die so viele Methoden und Mittel vom Gegner übernahm wie die Hitlerpartei. Diese Taktik beschränkte sich keineswegs nur auf die Übernahme von Einrichtungen verschiedenster Art, sondern die Hitlerpropaganda entsandte zahlreiche Agenten und Spitzel in die Reihen des Gegners. Die Form des organisatorischen Aufbaus der Partei, abgesehen von den militärischen Gliederungen der SA und SS, übernahm Hitler zum größten Teil von den Arbeiterparteien, wie die Gliederung in Zentrale, Bezirks- und Ortsleitungen; nach ihrem Muster schuf man besondere Abteilungen, wie die Betriebszellen. Der „Roten Hilfe“ wurde [236:] die nationalsozialistische Gefangenenhilfe nachgebildet, die „Winterhilfe“ ist eine Kopie der „Internationalen Arbeiterhilfe“, die im Jahre 1923 in mehreren hundert deutschen Städten und Gemeinden ihre Küchen, Lebensmittelausgaben und Hilfsstellen eingerichtet hatte [...] Nachgeahmt wurden kulturelle Organisationen verschiedenster Art, wiederholt machte man immer kläglich scheiternde Versuche, Piscator zu kopieren, nach der Machtüberlassung organisierte man den Besuch von Theatervorstellungen nach dem Vorbild der Sowjetunion. Die Welt lehnte die Filmproduktion des Dritten Reiches ab, und Goebbels erlitt Bankerott, als er einen „Panzerkreuzer Potemkin“ im nationalsozialistischen Sinne zu schaffen suchte.

¹ Vgl. hierzu auch Dok. 96.

Die vielgepriesene Organisation „Kraft durch Freude“ nahm sich die Arbeiterfeierstunden zum Vorbild, die von den Arbeiterorganisationen geschaffen waren.

W. Münzenberg, *Propaganda als Waffe*, Paris 1937, S. 172-173, zit. nach: *Faschismus/Vespignani*, S. 99.

[237:]

3. Die Friedensbewegung als bewußtes Täuschungsmanöver

201. Aus der Rede Adolf Hitlers vor dem Deutschen Reichstag am 21. Mai 1935

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche, noch aus Feigheit. Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. [...]

Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen [...]

Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht! Deutschland braucht den Frieden und es will den Frieden! [...]

Unsere Friedensliebe ist vielleicht größer als die anderer Völker, denn wir haben am meisten unter diesem unseligen Krieg gelitten. Niemand von uns hat die Absicht, jemanden zu bedrohen. Allein jeder ist entschlossen, dem deutschen Volk die Gleichheit zu sichern und zu erhalten. [...]

Wir wollen von unserer Seite aus alles tun, um mit dem französischen Volk zu einem wahren Frieden, zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen. Wir anerkennen den polnischen Staat als die Heimstätte eines großen, national fühlenden Volkes, mit dem Verständnis und der herzlichen Freundschaft aufrichtiger Nationalisten. [...]

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. [...]

Ich kann die heutige Rede vor ihnen, meine Mitkämpfer und Vertrauensmänner der Nation, nicht besser schließen als durch die Wiederholung unseres Bekenntnisses zum Frieden. Die Art unserer neuen Verfassung gibt uns die Möglichkeit, in Deutschland den Kriegshetzern das Handwerk zu legen. Möge es auch den anderen Völkern gelingen, der wahren Sehnsucht ihres Inneren mutigen Ausdruck zu verleihen! Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen.

Völkischer Beobachter v. 22. Mai 1935 (Berliner Ausgabe), zit. nach: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935*, S. 109-110.

[238:]

202. Aus der Rede Adolf Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938

Wir haben uns dabei einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda – und hier darf ich die gegenwärtige Presse mit an die Spitze der Instrumente stellen – erreichen wollen. Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen: daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich

umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten [239:] Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.

Wortlaut der Rede nach einem Tonbandprotokoll in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 1958, Heft 2, S. 182-183.

[240:]

4. Freizeitgestaltung und sozialpolitische Maßnahmen als Integrationsmittel: die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

203. Aufgabenstellung der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

Es ist schon des öfteren die große Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront umrissen worden: Ausmerzung der verbliebenen Reste des Klassenhasses und Standesdünkels. Überall, wo die Menschen der Arbeit, seien es Arbeiter, Angestellte, Mittelständler oder Unternehmer, noch nicht begriffen haben, daß es die vornehmste Aufgabe des neuen Deutschland ist, den Beweis zu erbringen, daß Klassenhaß und Standesdünkel nur noch die kümmerlichen Reste einer machtpolitisch längst überwundenen Zeit sind, hat die Deutsche Arbeitsfront propagandistisch einzuwirken. [...]

Wo die schaffenden Menschen, mögen sie am Schraubstock arbeiten, am Zeichenpult stehen oder am Schreibtisch sitzen, noch nicht glauben wollen, daß sie im neuen Deutschland eine Heimstätte gefunden haben, müssen die Männer der Deutschen Arbeitsfront den Beweis erbringen, daß die Volksgemeinschaft nicht nur in den Spalten der Zeitungen zu finden ist, sondern im nationalsozialistischen Deutschland zum ersten Male in der Geschichte Tatsache geworden ist.

Darum ging und geht auch weiterhin der Führer der Deutschen, Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, selbst unter das schaffende Volk, hinein in die Betriebe, um den Arbeitsmenschen an ihren Arbeitsstätten die Hand zu reichen und innerhalb der Reichsgrenzen jene Gleichberechtigung aller aufbauwilligen Kräfte zur Tat werden zu lassen, die wir auch nach außen im Zusammenarbeiten mit den anderen Völkern als ehrliebendes Volk als eine Selbstverständlichkeit voraussetzen müssen.

Dieses Aufleben der Volksgemeinschaft dem gesamten schaffenden Volke klarzumachen, die Botschaft des Evangeliums des deutschen Sozialismus auch allen denen zu predigen, die marxistischer Haß oder bürgerlicher Unverstand bisher dafür unempfänglich bleiben ließen, hat sich der Führer der Deutschen Arbeitsfront auf seinen Fahrten durch Deutschlands Betriebe zur Aufgabe gestellt.

Ein herrliches Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, das war das Gefühl, das jeder hatte, der Dr. Ley auf einer seiner Reisen begleitete. [...]

[241:] Es war überall das gleiche Bild. Ob Dr. Ley in Königsberg davon sprach, daß das Schicksal des Arbeiters und Angestellten ebenso abhängig ist vom Schicksal der Nation wie das des Unternehmers, und daß schon deswegen alle einmütig zusammenstehen müßten, oder in Jena den Satz in die Massen schleuderte, „der deutsche Arbeiter, ganz gleich welcher Partei er angehört hat, war zu neunundneunzig Prozent ein anständiger Kerl“ – immer die gleiche Zustimmung und Begeisterung. [...]

Es war eben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten das Schicksal unseres Volkes, daß wir uns gegenseitig als Menschen überhaupt nicht kannten. Wir sahen immer nur den kleinen Kreis um uns, kannten vielleicht noch nicht einmal den, der unsere Arbeit vollendete, der das, was der geistige Arbeiter z. B. am Zeichenbrett ersonnen, in die Tat umsetzte. So begrenzt war unser aller Blick.

Das alles ist nun für immer anders geworden.

Ein neuer Glaube hat die deutschen Arbeitsmenschen erfaßt. Der Angestellte weiß, daß er nicht mehr schief angesehen wird, wenn er sich in die Gesellschaft von Akademikern „verirrt“, der Arbeiter hat erkannt, daß er wieder mit Recht von einem Vaterlande sprechen kann, in dem er ein gleichberechtigter Volksgenosse ist, und der Unternehmer hat aus den vergangenen Jahren der Zwietracht gelernt, daß eine knechtselige Arbeiter- und Angestelltenschaft nichts leistet, und er also das größte Interesse hat, eine stolze Angestellten- und Arbeiterschaft in seinem Betriebe zu haben, die sich ihres Wertes bewußt ist, von der er aber auch etwas an Leistung verlangen kann.

„Wir gehen in die Betriebe“, das war die Parole, unter der die bewährte NSBO¹ den Kampf gegen die marxistischen und reaktionären Arbeiterfeinde aufgenommen hatte. Heute setzt die Deutsche Arbeitsfront die bewährte kämpferische Tradition der nationalsozialistischen Bewegung fort und wird ihrerseits alles daransetzen, das schaffende Deutschland in die Nation zurückzuführen gemäß dem Willen des Führers, der da sagte:

„Und wir haben uns vor allem eine Riesenaufgabe gestellt, den deutschen Arbeiter in die deutsche Nation zurückzuführen. Wenn in Zukunft die Frage an uns gestellt wird: Was schätzt ihr denn als eure größte Leistung ein?, kann ich nur sagen, daß es uns gelungen ist, den deutschen Arbeiter wieder in die Nation hineinzustellen und ihm klarzumachen: Die Nation ist nicht ein Begriff, an dem du keinen Anteil hast, sondern du selbst bist Träger der Nation, du gehörst zu ihr, du kannst dich nicht von ihr trennen.“

[242:] Dieses Wort des Führers wahr zu machen, ist auch eine der Aufgaben, die die Deutsche Arbeitsfront und die NSBO gerade durch das gewaltige Werk der nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ lösen werden.

G. Starcke. NSBO und Deutsche Arbeitsfront, 2. veränderte Aufl., Berlin 1934, S. 259-264.

204. Das Amt „Schönheit der Arbeit“

Es war vor fünf Jahren [1933] nicht leicht, aus der politisch erkämpften Machtstellung heraus, aus der Erkenntnis des allein gültigen Adels der Arbeit die sozialpolitische Forderung nach der Schönheit der Arbeit in die Tat umzusetzen. [...]

Über eines muß man sich bei einem Rückblick klar sein: Im Mittelpunkt der Arbeit steht der Mensch – nicht die Produktion, der Gewinn, die Dividende, der Preis. Der Mensch muß sich mit eigener Arbeit sein Leben besser gestalten, schöner machen. Er muß, um dies zu erreichen, die Leistung steigern. Die Mitarbeit der Schaffenden an der Steigerung des Arbeitserfolges kann aber nur im Betrieb geschehen. So wird der Betrieb zu einer Kampfstätte der Arbeit. Hier setzte deshalb vor fünf Jahren zuerst die Arbeit des Amtes „Schönheit der Arbeit“ ein: Der erste Kampfabschnitt hieß: Schöne Arbeitsplätze. Aber es blieb nicht bei den Arbeitsplätzen. Grünflächen sollten in den Betrieben entstehen, Lärm als fachliches Hemmnis zur Arbeitshöchstleistung bekämpft werden, diesen Zielen galt 1935 die Arbeit. Den Arbeitsverhältnissen in den Gerbereien, in den Hotels galt 1936 das Augenmerk.

Mit dem Sprung auf das Land wurde die Dorfverschönerungsaktion eingeleitet Ostbevern als erstes Musterdorf des Gaues galt den Dörfern als Vorbild, die sich in diesem Jahr an dem Leistungskampf „Das schöne Dorf“ beteiligen.² 1936 wurden fast sämtliche Schuhfabriken durchgekämmt und eine große Presseaktion in Gelsenkirchen warb für eine systematische Aufklärung. Diese Linie wurde im Februar des nächsten Jahres durch eine Großveranstaltung „Schönheit der Arbeit im Rahmen des Vierjahresplanes“ [...] und im März mit der Reichsausstellung „Schönheit der Arbeit im Bergbau“³ fortgesetzt. [...]

[243:] Schlagartig setzte im Anfang des Jahres 1938 die Aktion „Warmes im Betrieb“ ein. Der Schaffende soll in schön gestalteten Küchen-, Eß- oder Kantinenräumen sein warmes Mittagessen haben.

¹ Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation

² Vgl. Dok. 203.

³ Vgl. Dok. 182.

Wie weit die Arbeit des Amtes „Schönheit der Arbeit“ geht, sieht man z. B. daran, daß diese Kanti-
nenräume mit Geschirr ausgerüstet werden, das nach Modellen des Amtes hergestellt wurde.

1938 trat auch die Aktion „Gutes Licht – gute Arbeit“ in ein besonderes Stadium ein. Während seit
vier Jahren in den Betriebskontrollen lediglich gemahnt und Vorschläge zur Änderung getroffen wer-
den konnten, sind jetzt Beratungsstellen „Gutes Licht“ eingerichtet worden, die jedem kostenlos Rat
und Auskunft geben. Drei konnten in Münster, Bielefeld und Minden bisher eröffnet werden.

Als neues Aufgabengebiet trat die Schaffung von Freizeitstätten hinzu. Feierabendhäuser in den In-
dustriegebieten, die betriebseigen sind und Dorfgemeinschaftshäuser auf dem Lande sollen betriebl-
iche und dörfliche Kulturzentren werden. Ihre bauliche Gestaltung überwacht das Amt „Schönheit
der Arbeit“ durch seine Vertrauensarchitekten. [...]

Es wurden seitens der Betriebe für Verbesserungen und Verschönerungen im Sinne „Schönheit der
Arbeit“ im Gau Westfalen-Nord aufgewandt: 1934: RM 3.500.000, 1938: RM 8.200.000, seit 1934
insgesamt: RM 31.200.000.

[...] Von der Arbeit früh am Morgen bis zum Feierabend sorgt „Schönheit der Arbeit“ für den Schaf-
fenden in Deutschland, und diese Arbeit findet ihren sichtbaren, symbolhaften Ausdruck in hellen
und sauberen Arbeitsplätzen, den aufrechten Bauten der Arbeit und den frohen Gesichtern der Ar-
beitskameraden. Freude der Arbeit – Adel der Arbeit – Schönheit der Arbeit – das ist der Dreiklang
unserer Zeit!

*Fünf Jahre „Kraft durch Freude“, hrsg. vom Gauamt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Westfalen-Nord,
Münster 1938, S. 10-11.*

[244:]

205. Förderung von „Volkstum und Brauchtum“

Unser Volk ist heute in schönstem Sinne lebendig geworden, es besinnt sich auf seine überkommene
Kultur und schafft aus wachsender Kraft an neuen Werten und Dingen. Die NS-Gemeinschaft „Kraft
durch Freude“, die volkstümlichste Gemeinschaft aller Zeiten und Völker, ist in Erkenntnis dieser
Entwicklung die Betreuerin des überlieferten Volksgutes und die Erweckerin der Kräfte des Volkes
geworden. [...]

47 Dorfgemeinschaftsabende wurden von 12.500 Volksgenossen besucht; hierzu kommen 27 Hei-
mat- und Dichterabende mit 6800 Besuchern; an 49 Märchen- und Marionettenspielen erfreuten sich
20.700 Junge und Alte; Volkssingen und Volksmusik kamen in 114 volkstümlichen Konzerten und
Musikabenden vor 68.000 Menschen zu Gehör; während die Volkstanzgruppen an 17 Abenden 5500
Besucher erfreuten; unsere Volksspielscharen spielten 139 Stücke, meist in mehreren Aufführungen
vor 33.000 Zuschauern [...] Die Zahl der Gemeinschaftsabende und Feierstunden in den Betrieben
beträgt etwa 800 mit fast 200.000 Besuchern.

All diese Feste und Feiern wurden aus eigenen Kräften gestaltet, die in 25 Singgemeinschaften, 42
Musikgemeinschaften, 49 Volkstanzgruppen und 121 Laienspielscharen mit insgesamt 5000 Mitglie-
dern zusammengefaßt sind und einheitlich geführt werden.

In der Gründung und Schulung dieser Volkstumsgemeinschaften sieht die NS-Gemeinschaft „Kraft
durch Freude“ eine ihrer wichtigsten Aufgaben, insbesondere erwächst ihr aus der großen Aktion
„Das schöne Dorf“ die Verpflichtung, in allen Dörfern die gestaltenden Kräfte in Gruppen zusam-
menzufassen; damit diese die Feste und Feiern der Dorfgemeinschaft gestalten können. [...] Die NS-
Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ wird auf diesem Wege eine verständnisvolle und zielsichere Füh-
rerin sein.

ebd., S. 8.

206. Reisen und Wandern mit „Kraft durch Freude“

Wir dürfen mit Stolz darauf hinweisen, daß unser Amt heute für jeden deutschen Volksgenossen in
unserem Gau nicht nur zu einem besonderen Begriff geworden ist, sondern darüber hinaus auch fast

jeder Volksgenosse bereits durch unser Amt ein oder mehrere Male [245:] worden ist. Reisen, Wandern, Urlaub hat ihm in einer in der einzig dastehenden Art nicht nur die Schönheiten seiner erschlossen, [...] es zeigt auch dem schaffenden Menschen große Teile des Auslandes.¹ [...]

Wenn in diesem Sommer und Herbst für viele Kameraden aus unserem Gau die langersehnte Urlaubsfahrt nicht stattfinden konnte oder wenn mancher ein anderes Gebiet aufsuchen mußte – wir alle wissen, daß diese Einschränkung nötig wurde für unsere unterdrückten Brüder in der Ostmark und in den Sudetenländern.² Sie kehrten heim ins Reich und es ist nun unsere schönste Aufgabe, diesen herrlichsten Kranz deutscher Lande, der sich von den schroffen Gipfeln der Alpenländer bis zu den romantischen Laubwäldern der Sudeten erstreckt, einzufügen in unsere Fahrten.

ebd., S. 12.

207. Der „Volkswagen“-Schwindel

Der Wille des Führers gibt dem deutschen Volk den KdF.-Wagen. Erprobt bei stärkstem Frost und glühendster Hitze, auf den steilsten Pässen der Alpen und auf den Reichsautobahnen, hat der KdF-Wagen seine Widerstandsfähigkeit und Unempfindlichkeit ebenso bewiesen wie seine Sparsamkeit.

Der in seiner Linienführung wie in seiner Innenausstattung formvollendete Wagen ist nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftspolitisch eine Großtat des Nationalsozialismus. [...]

Mit der Einführung des KdF.-Wagens wird sich auf verkehrspolitischem Gebiet eine beispiellose Umwälzung vollziehen. Stellt dieser Wagen allein als Verkehrsmittel bereits eine wertvolle Hilfe dar, so wird er darüber hinaus abertausenden Volksgenossen die Möglichkeit geben, nach der Tagesarbeit auf ein paar Stunden fern der Großstadt schönste Stunden der Erholung und Ausspannung erleben zu können.

[246:] Bekanntlich ist ab 1. August 1938 bei der Gaudienststelle der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ die Abteilung „Volkswagen“ eingerichtet worden. Vom ersten Tage an setzten die Bestellungen in gewaltiger Zahl ein. Aus allen Berufskreisen wurden die Anträge gestellt. Das ist der Beweis für das große Vertrauen, das in dieses neue Werk des Führers gesetzt wird.³

ebd., S. 10.

¹ Längere Urlaubsfahrten konnten sich allerdings nur die gutbezahlten Facharbeiter, Angestellten und Beamten in gehobenen Positionen leisten. Der Preis für eine 14tägige, Urlaubsfahrt nach Salzburg lag Anfang 1939 bei 65,- RM (*ebd.*, S. 28); die Masse der nichtqualifizierten Arbeitskräfte in den Betrieben verfügte aber nur über einen Wochenlohn von 25,- RM. (Vgl. Dok. 179-184) Durch Wanderungen und Tagesausflüge wurden allerdings von der KdF Millionen erfaßt.

² Gemeint ist die Annexion der Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen 1938.

³ Die Volkswagen-Aktion begann 1938, also zu einem Zeitpunkt, als die faschistische Führung zielbewußt den zweiten Weltkrieg vorbereitete. (Vgl. Dok. 214-219) Um einen Volkswagen zu erwerben, sollten wöchentlich mindestens 5 RM gespart werden; nach 3 Jahren, also mit einem Sparguthaben von 780 RM, sollten die Sparer den Wagen (der insgesamt 990 RM kosten sollte) erhalten. 336.668 Sparer zahlten bis zum Ausbruch des Krieges 236 Millionen RM ein. [Zahlen nach: Faschismus/Vespignani, S. 105]. Kein einziger Volkswagen wurde an die Sparer ausgeliefert. Das VW-Werk stellte fast ausschließlich Militärfahrzeuge her. Die Sparguthaben der Bevölkerung wurden für die Rüstung mißbraucht. Auch nach 1940 warb die DAF für den Volkswagen: „Gerade der KdF-Wagen wird auch die letzten Zweifler [...] davon überzeugen, daß der Nationalsozialismus nicht nur zu predigen versteht, sondern seinen Worten immer die Tat folgen läßt. [...] Schaffender Deutscher! Der Führer hat deinem Fahrzeug den verpflichtenden Namen KdF-Fahrzeug gegeben. Hilf mit! Werde KdF-Wagen-Sparer!“

[247:]

Dritter Teil: Kriegsvorbereitung und Krieg 1936-1945

Einführung

Mit der Machtübertragung an Hitler waren die Weichen für die Vorbereitung eines Eroberungskrieges gestellt. Die Rüstungsproduktion, die 1933 unverzüglich angekurbelt wurde, diente einem einzigen Ziel: Rückeroberung der im ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete, Sicherung der Vormachtstellung Deutschlands in Europa durch Annexionen vor allem im Osten, und schließlich der Errichtung der Weltherrschaft. (Dok. 220, 223, 225)

Die Kriegsziele der Nazis entsprangen den Interessen des deutschen Großkapitals, das sich aufgrund der in Deutschland verspätet einsetzenden Industrialisierung bei der „Aufteilung der Welt“ zu kurz gekommen sah und bereits im ersten Weltkrieg eine „Neuaufteilung“ gewaltsam erzwingen wollte. (Dok. 208-209) Auch im Verlauf der Weimarer Republik wurde dieses Ziel nicht aufgegeben. (Dok. 210-212) Eine stufenweise Ausweitung des deutschen Außenhandels und eine wirtschaftliche Verflechtung vor allem mit den Ländern Südosteuropas waren die ersten Schritte, die eine Veränderung der Machtverhältnisse in Europa bewirken sollten. (Dok. 211)

Um längerfristig einen „europäischen Großwirtschaftsraum“ unter deutscher Führung schaffen zu können, wie es der „Mitteleuropäische Wirtschaftstag“ – die zu diesem Zweck 1929 neugegründete zentrale Institution – sich zum Ziel gesetzt hatte, bedurfte es jedoch einer mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Regierung, die alle innenpolitischen Widerstände gegen eine solche Politik niederhalten und kriegserische Mittel zur Realisierung dieses Plans einsetzen konnte. So begrüßte denn auch die deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 1933 ausdrücklich die Machtübertragung an Hitler, weil sie in seiner Politik eine „gewisse Gewähr“ für die „Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes“ erkannte. (Dok. 213)

Mit der Verkündung des Vierjahresplans 1936 (Dok. 215) wurde die Kriegsvorbereitung auf eine neue Stufe gehoben, der Kriegsbeginn für 1940 vorgesehen. Nicht Hitler selbst oder seine Führungskader hatten diesen Plan entwickelt, sondern der Chemiekonzern IG-[248:]Farben. (Dok. 216) 1935 hatten die IG-Farben dem Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums eine Denkschrift vorgelegt, in der zum Zwecke der Kriegsvorbereitung eine zentral gelenkte Wehrwirtschaftsorganisation gefordert wurde. (Dok. 214) Diese Organisation wurde mit der Göring unterstellten Vierjahresplanbehörde geschaffen, in der die IG-Farben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Machtposition und ihres politischen Einflusses die wichtigsten Positionen besetzten. (Dok. 216) Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG-Farben, wurde zum Leiter des „Amtes für Roh- und Werkstoffe“ im Vierjahresplanamt ernannt; ihm unterstand die gesamte Planung der Erzeugung synthetischer Rohstoffe. Solchermaßen mit staatlichen Vollmachten ausgestattet und institutionell verwachsen mit dem Staatsapparat, wirkten die IG-Farben-Vertreter unmittelbar an der Kriegsplanung mit. Die Produktionssteigerung synthetischer Rohstoffe, über die sich die IG-Farben 1932 mit Hitler verständigt hatten, wurde als eine der wesentlichsten Hauptaufgaben zur Kriegsvorbereitung angesehen und brachte den IG-Farben immense Gewinne. (Dok. 161-162, 169-170)

Das Drängen der IG-Farben auf eine forcierte Rüstung und ihre Vormachtstellung im Vierjahresplanamt stießen auf den Widerstand der Schwerindustrie, die, repräsentiert durch den Reichswirtschaftsminister Schacht, ein langsames Rüstungstempo und eine konventionelle, von synthetischen Rohstoffen weitgehend unabhängige „Tiefenrüstung“ durchsetzen wollte. (Dok. 216) Die IG-Farben konnten diese innerkapitalistische Kontroverse für sich entscheiden und ihre Position im Vierjahresplanamt weiter festigen: 1938 wurde der von Krauch entwickelte „Schnellplan“, der eine noch größere Forcierung der Rüstung vorsah, von Göring verkündet. (Dok. 218-219) Im System der faschistischen Kriegswirtschaft nahmen von staatlicher Seite Göring, von großindustrieller Seite Krauch Schlüsselpositionen ein. Göring als Beauftragter des Vierjahresplanes konzentrierte die größte Machtfülle in seiner Hand, denn er stand an der Spitze der wehrwirtschaftlich bedeutsamsten Institution, die sämtliche Kriegsvorbereitungen auf wirtschaftlichem Gebiet steuerte. Krauch, der schon als

Leiter des „Amtes für Roh- und Werkstoffe“ und der aus ihm hervorgegangenen „Reichsstelle für Wirtschaftsausbau“ mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet war, wurde 1939 von Göring zum „Generalbevollmächtigten für Fragen der chemischen Erzeugung“ („Gebechem“) ernannt und damit zum wichtigsten Mann für die Kriegsproduktion, nämlich für die Herstellung chemischer Waffen und Ersatzstoffe (Benzin, Gummi).

[249:] Nicht Hitlers maßlose Eroberungspläne waren folglich die Ursache des zweiten Weltkrieges. An den Schalthebeln der Macht saßen die führenden Vertreter der deutschen Großkonzerne und Banken. Sie wollten ihre Pläne eines europäischen Großwirtschaftsraumes verwirklichen, sie selbst entwickelten konkrete Planungen zur wirtschaftlichen Vorbereitung auf den Krieg wie den Vierjahresplan und den Schnellplan, sie lenkten, personell und institutionell mit den wichtigsten wehrwirtschaftlichen Institutionen des Staatsapparates verknüpft, die gesamte Rüstungsproduktion.

Ähnlich wie bei vielen anderen „Aktionen“ der Nazis brauchte man zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges jedoch einen propagandistischen Anlaß; diesen Anlaß gab Hitler. Deutsche SS-Angehörige wurden in polnische Uniformen gesteckt und fingierten einen angeblich polnischen Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz. Mit dieser Lüge gab Hitler am 1. September 1939 dem deutschen Volk den Beginn des Krieges bekannt. (Dok. 221-222)

Der Prozeß des Zusammenwachsens der wichtigsten wehrwirtschaftlichen Behörden des Staatsapparates mit den größten Rüstungskonzernen beschleunigte und intensivte sich im Verlauf des zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig mit der Ernennung Krauchs zum „Gebechem“ wurde 1939 die „Reichsstelle“ in das „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“ umgewandelt, dessen Präsident wiederum Carl Krauch wurde (Dok. 226); damit hatten die IG-Farben die Auseinandersetzung mit der Schwerindustrie endgültig für sich entschieden. (Dok. 232)

Ein Jahr später wurde das Reichsamt – den erneuten Forderungen der Großkonzerne nach einer weiteren Zentralisierung der staatlichen Entscheidungsbefugnisse folgend (Dok. 227) – in das „Reichsministerium für Bewaffnung und Munition“ umgewandelt, in dem Krauch die Leitung der gesamten chemischen Erzeugung übernahm.

Auch unterhalb der ministeriellen Ebene kam es zu weiteren Zusammenschlüssen großkapitalistischer Organe mit Teilen des Staatsapparates. Die Reichsvereinigung Kohle, entstanden auf Initiative der Kohleproduzenten und geleitet von den Vertretern der größten Konzerne, übernahm im Rahmen des Vierjahresplanes wirtschaftslenkende Aufgaben wie u. a. die Steigerung der Kohleförderung und die Regulierung des Absatzes und beteiligte sich direkt an der Präzisierung der Kriegsziele: sie plante zentral die Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende. (Dok. 228-229)

Die sich auf die immensen Rüstungsgewinne gründende wirtschaftliche Vormachtstellung der Großkonzerne und das immer [250:] enger geknüpfte Netz großkapitalistischer und staatlicher Verflechtung bedrohte zunehmend die ökonomische und soziale Existenzgrundlage der kleinen und mittleren Betriebe. Selbst Göring sah sich Anfang 1943 mehrmals zu beschwichtigenden Äußerungen veranlaßt, diese Entwicklung beabsichtige nicht eine „Stillegung des Mittelstandes“, der Mittelstand werde vielmehr nach dem Krieg „sofort wieder in größtem Umfang wirtschaftlich und sozial hergestellt.“ (Dok. 230-231)

Schon vor Kriegsausbruch hatten führende Großkonzerne und Großbanken detaillierte Pläne darüber erarbeitet, welche Betriebe sie sich in den noch zu erobernden Gebieten einzuverleiben gedachten. (Dok. 233-234) Der „Blitzkrieg“ im Westen führte zu einer wahren Flut großkapitalistischer Planungen über die Verteilung der „Beute“ und über die Gestaltung Europas nach dem Kriege. Ein „großdeutscher Wirtschaftsraum“, gestützt auf ein Kolonialreich, schien in greifbare Nähe gerückt. (Dok. 235)

Auf welcher Grundlage und mit welchen Mitteln die „Neugestaltung Europas“ erfolgen sollte, veranschaulicht ein Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Konzerne, in denen diese aufgefordert wurden, konkrete „Wünsche“ nach Gruben, Fabriken, Verkehrsmitteln und Bodenschätzen anzumelden. (Dok. 236)

Zur Steuerung und längerfristigen Planung der Ausplünderung der besetzten Gebiete wurden von den Reichs- und Wirtschaftsgruppen sogenannte „Industrieanalysen“ angefertigt, in denen empirisches Material über die Volkswirtschaften der eroberten Länder zusammengetragen wurde. Insbesondere die IG-Farben entwickelten weitreichende und detaillierte Planungen über die Neuordnung Europas und der Welt, die ihr die beherrschende Weltstellung für alle chemischen Erzeugnisse sichern sollten. (Dok. 238)

Mit dem Raub von Produktionsmitteln in den besetzten Gebieten sollte nach großkapitalistischen Plänen die rücksichtslose Ausbeutung der unterjochten Völker einhergehen. Eine Denkschrift der Reichsgruppe Industrie bezeichnete sie als „Hilfsvölker“ die für die schwersten und primitivsten Arbeiten eingesetzt werden sollten. Doch auch das deutsche Volk sollte verstärkter Ausbeutung unterworfen werden; die gleiche Denkschrift forderte eine Erhöhung der Arbeitszeit und einen weiteren Ausbau der beherrschenden Stellung des Unternehmers im Betrieb. (Dok. 237)

Dem Krieg im Westen folgte 1941 der Überfall auf die Sowjetunion (Dok. 239), ein seit langem verfolgtes Ziel der reaktionärsten Kräfte in der Wirtschaft und im Militär. Schon bei der Planung des [251:] Überfalls wurden „Zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne“ hinzugezogen und dem „Wirtschaftsstab Ost“ eingegliedert, dessen Aufgabe in der Erfassung von Rohstoffen und Betrieben und später in der Verwaltung der besetzten Gebiete bestand. (Dok. 240, 242)

Die unvorstellbare Brutalität der Ausplünderungspolitik, die „zig Millionen“ verhungerte Menschen ins Kalkül zog (Dok. 241-243, 248), wurde mit der Gründung von „Monopolgesellschaften“ oder „Ostgesellschaften“ zum System erhoben. Diese zur Effektivierung der Ausplünderung geschaffenen Monopolgesellschaften planten und lenkten, mit allen staatlichen Vollmachten versehen und unter der Leitung von Großindustriellen und Bankiers, die gesamte Wirtschaft in den unterworfenen Territorien. (Dok. 244-245)

Eine Raub- und Eroberungspolitik solchen Ausmaßes hat die brutale Unterdrückung der Völker in den eroberten Gebieten und des eigenen Volkes zur Voraussetzung. Die Sicherung der Macht in den „Ostgebieten“ war – wie es die Reichsgruppe Industrie gefordert hatte – nur möglich durch die Behandlung der unterworfenen Völker als „Hilfsvölker“, deren Situation sich vom Sklavendasein nicht unterschied (Dok. 237, 249-251) und durch die physische Vernichtung von Millionen Menschen, wie sie der „Generalplan Ost“ vorsah. (Dok. 252) Die Niederschlagung des Widerstandes der um ihre Freiheit kämpfenden Menschen, Terror und Massenmord an der Zivilbevölkerung gehörten zu den grausamen Konsequenzen einer solchen Politik (Dok. 253-254), auf deren Hintergrund erst auch scheinbar sinnlose Massaker wie Lidice und Oradour begreiflich werden. (Dok. 255, 258)

Nach der Niederlage bei Stalingrad 1943 zeichnete sich ein Kurswechsel in der faschistischen Propaganda ab. Hatte Goebbels vor 1943 die Ostvölker noch als „Untermenschen“ verteufelt, stellte er nun seinen Propagandaapparat darauf ein, die unterjochten Völker für den Sieg Adolf Hitlers zu begeistern. (Dok. 256) An der Brutalität faschistischer Raub- und Plünderungspolitik änderte dies nichts. (Dok. 257)

Millionenfach wurden die Völker der besetzten Gebiete als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie eingesetzt und nach Deutschland verschleppt, um den sich ständig steigernden Arbeitskräftemangel zu beheben. Offensichtlich auf Initiative der Reichsvereinigung Kohle (Dok. 259-260) wurde mit der Ernennung Fritz Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Dok. 261) die Voraussetzung für ein umfassendes Zwangsarbeitssystem [252:] geschaffen. Selbst Frauen, Kinder und Greise wurden deportiert und mußten sich unter unmenschlichen Bedingungen in den deutschen Betrieben zu Tode arbeiten. (Dok. 263-264).

Verschärfte Terrormaßnahmen in Deutschland sollten jeden Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die Politik der Ausbeutung, der Ausplünderung und Massenvernichtung brechen. Allein im ersten Halbjahr 1944 wurden etwa 300.000 Personen verhaftet. (Dok. 273) Die Konzernführer hatten das Recht, jeden ihrer Angestellten oder Arbeiter bei der Gestapo zu denunzieren und Haftstrafen oder KZ zu beantragen; ihren Anträgen wurde uneingeschränkt entsprochen. (Dok. 271)

Der organisierte und planmäßig durchgeführte Massenmord an sechs Millionen Juden gehört zu den wohl grausamsten Verbrechen der Nazis. Eine von den Nazis organisierte „Volkswut“ leitete am 9. November 1938 den Pogrom gegen jüdische Bürger ein. (Dok. 275) Großkapital und Faschisten zogen aus der am 12. November erlassenen „Verordnung über die Sühneleistung der Juden“ (Dok. 276) zunächst den materiellen Vorteil: Göring gedachte durch die den Juden auferlegte Buße von einer Milliarde Reichsmark und durch die Reichsgewinne bei der Arierisierung jüdischer Unternehmen die durch die Rüstung in die roten Zahlen geratene Reichskasse aufzufüllen (Dok. 277-278), Großkonzerne und Großbanken waren – untereinander scharf konkurrierend – die Profiteure der Arierisierungen jüdischer Betriebe. (Dok. 274, 279).

Die sogenannte Wannsee-Konferenz leitete die Phase der Massenvernichtung ein. Elf Millionen Juden sollten nach den Plänen der faschistischen Machthaber im Zuge der „Endlösung der europäischen Judenfrage“ ermordet werden. (Dok. 280-281)

Hunderttausende Juden waren zu dieser Zeit bereits in die Konzentrationslager eingeliefert worden oder in ihnen umgekommen. Die Konzentrationslager, ursprünglich zur Ausschaltung und Vernichtung politischer Gegner eingerichtet, gewannen im zweiten Weltkrieg aufgrund des Arbeitskräftemangels wachsende Bedeutung. (Dok. 286-287) Komplette Fabriken wie das Buna-Werk der IG-Farben in Auschwitz wurden von Häftlingen erbaut. (Dok. 284-285)

Die „Rentabilität“ des Häftlingseinsatzes wurde von der SS, die die Häftlinge an die Betriebe „vermietete“, präzise berechnet: Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von neun Monaten betrug der Gewinn pro Häftling 1631 RM. (Dok. 288) Massenvernichtungslager für die „arbeitsunfähigen“ Häftlinge, für Frauen, Kinder, alte Menschen und Kranke gehören ebenso zum deutschen Faschismus wie [253:] der brutale Terror gegen alle politischen Gegner und die unterworfenen Völker. (Dok. 293)

Die Frage der Behandlung von Juden, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen weist eine Fülle von Widersprüchen auf, die in den Interessen, die Großkapital und faschistische Führung verfolgten, selbst begründet liegen. Die Durchsetzung ihrer maßlosen Eroberungs- und Weltherrschaftspläne erforderte einerseits die Terrorisierung ihrer Gegner und die physische Ausrottung der Völkerschaften in den besetzten Gebieten, die „germanisiert“, d. h. mit deutschen Siedlern bevölkert werden sollten. Andererseits zwang der empfindliche Arbeitskräftemangel dazu, zumindest die qualifizierten Fachkräfte unter den KZ-Häftlingen, Juden und unterjochten Völkern zu schonen, ließ sich doch ohne deren Arbeit in der Rüstungsindustrie der Krieg nicht weiterführen.

Um diese beiden Pole kreiste die gesamte Okkupations- und Arbeitskräftebeschaffungspolitik. Ständige Differenzen zwischen Konzernen und staatlichen Stellen und zwischen verschiedenen Behörden um die Frage, wie man den effektivsten Einsatz der „Arbeitssklaven“ gewährleisten und wieviel man physisch vernichten könne, ohne die Rüstungsproduktion zu gefährden, waren an der Tagesordnung. Staatlicherseits erwog man z. B., die arbeitsfähigen Juden von der Vermehrung – zumindest vorläufig – auszunehmen. (Dok. 282) Auch in den Großkonzernen gab es Kräfte, die sich Gedanken über eine mögliche Arbeitssteigerung der Häftlinge machten und zu diesem Zweck eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und eine bessere Behandlung forderten (Dok. 265, 290), aber ebenfalls auch solche, die verschärfte Strafbestimmungen und Mißhandlungen für besser geeignet hielten, um die Menschen zur Arbeit anzutreiben. (Dok. 266, 291)

Von den „Verbesserungsvorschlägen“ gelangten allerdings die wenigsten zur Ausführung. In den Arbeitslagern der Großkonzerne herrschten Zustände, die sich von denen der Konzentrationslager nicht unterschieden. (Dok. 263, 264, 285) Eine kritische Studie einer staatlichen Untersuchungskommission nennt den Grund: man betrachte den „Ostarbeiter“ (und Gleiches gilt für die KZ-Häftlinge) als „leicht zu ergänzendes Produktionsmittel“. (Dok. 267) Die weitreichenden „Neuordnungsplanungen“, die die Vernichtung von zig Millionen Menschen nicht nur einschlossen, sondern sogar zur Voraussetzung hatten, sind die Wurzel für die Perfektionierung eines Terrorsystems, in dem vernichtet wurde, wer nicht mehr arbeitsfähig war.

[254:] Nach der Schlacht bei Stalingrad begannen die realistischsten Kreise in der politischen Führung, im Militär und im Großkapital, sich auf die Möglichkeit einer Niederlage vorzubereiten. Der

„Europa-Ausschuß“ unter Leitung des Außenministers Ribbentrop widmete sich seit dem Frühjahr 1943 der Frage, wie eine europäische Neuordnung auch nach einem verlorenen Krieg verwirklicht werden könne. Zur Isolierung der UdSSR sollte im eigenen Volk und bei den Völkern der Anti-Hitler-Koalition die „Furcht vor dem Bolschewismus“ erzeugt und die Gründung eines antisozialistischen europäischen Staatenbundes in Angriff genommen werden. (Dok. 294-295)

Die deutschen Großkonzerne, die nach einer Niederlage ihre Enteignung befürchteten, knüpften Verbindungen zu industriellen Kreisen des westlichen Auslandes, vor allem zu den USA. (Dok. 297)

Ein letzter Zerstörungsbefehl Hitlers offenbarte noch einmal die ganze Brutalität der faschistischen Diktatur und ihre Mißachtung der Lebensinteressen des deutschen Volkes. (Dok. 299) Doch die Niederlage der Hitlerfaschisten ließ sich nicht mehr aufhalten. Am 30. März beging Hitler Selbstmord. Wenige Tage später, am 8. Mai 1945, kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus war Wirklichkeit geworden. Die Personen und Kräfte allerdings, die den Faschisten zur Macht verhalfen, die über Hitler und die faschistische Regierung ihre Ziele und Interessen durchsetzten, wurden nicht entmachtet. Sie bestimmen noch immer maßgeblich die politische Entwicklung der Bundesrepublik.

[255:]

I. Kriegsvorbereitung und Kriegsziele

1. Expansions- und Europastrategien des deutschen Kapitals seit dem ersten Weltkrieg

„Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.“

Carl Duisberg. Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24.3.1931

„Von der Geschäftsführung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages ... sind eine Reihe von Verhandlungen mit maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Funktionären der NSDAP durchgeführt worden ... Wir konnten feststellen, daß nunmehr die Richtung der offiziellen Handels- und Außenpolitik sich vollkommen deckt mit den allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zielen der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages.“

Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10.4.1933

208. Aus der Kriegszielenkunde des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 9. September 1914

Das allgemeine Ziel des Krieges:

Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.

Die Ziele des Krieges im einzelnen:

1. *Frankreich.* Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhangs der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß [256:] so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten 15-20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden. Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und uns ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten. [...]

2. *Belgien.* Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg an Luxemburg. Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist. Gleichviel, jedenfalls muß ganz Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken [...]

3. *Luxemburg* wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft. [...]

6. *Holland*. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reiche gebracht werden kann. Dies engere Verhältnis müßte bei der Eigenart der Holländer von jedem Gefühl des Zwanges für sie frei sein [...], Holland also äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen.

ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 2476, Bl. 54 ff., zit. nach: Weltherrschaft im Visier: S. 86-88.

209. *Aus der Kriegszieldenkschrift Emil Kirdorfs vom 15. Juni 1915*

Frankreich muß durch Wegnahme erobelter Gebiete, die uns eine gesicherte besser zu verteidigende Grenze schafft, politisch und [257:] wirtschaftlich so geschwächt werden, daß es sich nicht wieder zur Großmacht erholen kann. Deshalb müssen in diese Gebiete, welche naturgemäß schon für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie unentbehrliche Erz-Backen von Briey einschließen, auch die nördlichen Kohlenbecken eingeschlossen werden. [...]

Rußland müssen wir so weit als möglich nach Osten zurückdrängen, damit es dahin seine Machterweiterung sucht; wir müssen uns damit nach Osten zugleich gesicherte Grenzen schaffen und Besiedelungsland erwerben. Nur wenn wir gegenüber der zunehmenden industriellen Entwicklung Deutschlands, die leider die Volksvermehrung und Volkskraft ungünstig beeinflusst, eine gleichmäßige Entwicklung der Landwirtschaft und damit Vermehrung der bäuerlichen Bevölkerung schaffen, wofür solches Land unentbehrlich ist, können wir uns die erforderliche Wehrkraft erhalten und die Ernährung unserer Bevölkerung in neuen Kriegen sicherstellen.

Daß mit den eroberten und dadurch zu erwerbenden Gebieten die Eingliederung von Fremdvölkern möglichst zu vermeiden ist, keinesfalls diesen, wenn sie aufgenommen werden müssen, ein Mitbestimmungsrecht über das Geschick Deutschlands eingeräumt werden darf, soll hier nur kurz gestreift werden. [...]

Auch die Notwendigkeit der Wiedergewinnung von Kolonialland, 1 aber in geschlossenerer und verteidigungsfähigerer Gestalt, die Schaffung von Flottenstützpunkten und die Erstrebung hoher Kriegskosten soll hier nur kurz gestreift werden.

Nicht nur meine Ansicht habe ich hier niedergelegt, sondern aller der Kreise, die sich überhaupt mit diesen Fragen beschäftigen und mit denen ich seit Beginn des Krieges in Berührung gekommen bin.

ZStA Potsdam, Reichskanzlei 2442/12, Bl. 219, Anlage 17 u. 18, zit. nach: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, hrsg. v. R. Opitz, Köln 1977, S. 334-335. (Hervorh. im Original)

210. *Aus der Denkschrift des „Deutschen Schutzbundes“ vom 17. März 1928*

II. Die Deutsche Zielsetzung.

Sicherung der dem deutschen Volk mit Rücksicht auf dessen Zahl und dessen Bedeutung gebührenden Stellung und des ihm gebührenden Einflusses bei der zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas im Sinne seiner europäischen Zielsetzung.

[258:] Zur Erreichung dieses Zieles ist die weitgehendste inner- und außenpolitische Stärkung des Deutschen Reiches als Mutterland des deutschen Volkes anzustreben. [...]

III. Staats- und rechtspolitische Aufgaben.

1.) Ein russisches Vordringen nach Mitteleuropa liegt nicht im Interesse der deutschen Gesamtpolitik. Bei den baltischen Völkern ist die Erkenntnis zu fördern, daß ihre staatliche Selbständigkeit gegenüber

den russischen Expansionsbestrebungen in dem Maße gesichert werden kann, als es ihnen gelingt, das Deutsche Reich an ihrer Selbständigkeit zu interessieren. [...]

IV. Wirtschaftspolitische Aufgaben. [...]

1.) Es sind alle Bestrebungen zu fördern, welche den engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten unter Einschließung des gesamten Siedlungsgebietes der Deutschen von Nord- und Ostsee bis zum Adriatischen und Schwarzen Meer erstreben. *Die Beseitigung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Staaten und Völkern dieses Raumes ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die dauernde Befriedigung des Raumes und für das geordnete Zusammenleben der von der Geschichte in diesem Raum verteilten Völker.* [...]

2.) Im Rahmen der europäischen Wirtschaftsvereinheitlichung darf *das Hauptziel (Wiederzusammenschluß des Reiches mit Österreich) nicht in den Hintergrund rücken.* [...]

3.) Wie zwischen dem Deutschen Reich und Österreich ist die *Wirtschaftsverflechtung mit den übrigen Teilen des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes* schon heute so eng wie möglich zu halten, bzw. für alle ehemals Österreichischen Gebiete neu zu gestalten als Schrittmacher zur europäischen Wirtschaftsvereinheitlichung, dies gilt im besonderen für den sudetendeutschen Raum.

ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung 1143, vollständiger Wortlaut bei: Opitz, S. 544-554. (Hervorh. im Original)

[259:]

211. Aus dem Geschäftsbericht von Tilo von Wilmowsky, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT), auf der Mitgliederversammlung des MWT am 22. November 1938 über die Südosteuropa-Pläne des deutschen Großkapitals 1929-1931

In den Jahren 1929 und 1930 begannen weiterblickende Kreise der deutschen Industrie, insbesondere der Ruhrindustrie, der chemischen und der Elektroindustrie, ihre Aufmerksamkeit stärker auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu richten, die eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Südosteuropa unter Umständen ergeben könne. Man plante eine privatwirtschaftlich aufgezogene Zentralstelle, die, mit möglichster Selbständigkeit und Schlagkraft ausgestattet, Beziehungen persönlicher und wirtschaftlicher Natur zu den Ländern des Donaumaumes herstellen und neue Wege zur Erweiterung des bislang vernachlässigten Südost-Geschäfts weisen sollte. [...]

Verhandlungen mit der deutschen Gruppe [des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages] in Berlin führten 1930/31 zu dem Ergebnis, daß die Organisation völlig umgestellt und der deutschen Industrie ein ausschlaggebender Einfluß eingeräumt wurde. [...]

Die Gesellschaft wird heute im wesentlichen von den gleichen industriellen Kreisen getragen, die sich im Jahre 1931 für ihre Entwicklung eingesetzt haben, also die Ruhrindustrie, die chemische und die Elektroindustrie. Daneben hat sie 60 Firmen und Einzelpersonen als Mitglieder. [...]

Sehr frühzeitig hat der MWT die überragende Bedeutung des Rohstoff-Problems für die deutsche Wirtschaft erkannt. [...]

Aus dieser Reihe von Tatsachen ist zu ersehen, daß die Arbeit des MWT reiche Früchte getragen hat. In unzähligen Fällen konnten wir durch den persönlichen Einfluß, den wir in den Ländern des Südostens im Laufe der Jahre gewonnen haben, das Zustandekommen von ganz großen Lieferungsgeeschäften ermöglichen bzw. erleichtern. Das bezieht sich insbesondere auf Kriegsmaterialgeschäfte, deren Abschluß in Rumänien z. B. ohne sorgfältige, im Stillen geleistete Vorarbeit überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin. Deutsche Bank, Nr. 6443. Bd. I, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 86-87.

[260:]

212. *Aus der Rede Carl Duisbergs über „Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie“ auf der vom Bayerischen Industriellen-Verband veranstalteten Tagung „Wirtschaft in Not“ am 24. März 1931*

Auch in Europa scheint dieses Ziel des regionalen Wirtschaftsraumes allmählich festere Formen anzunehmen. Für die südosteuropäischen Staaten, wie Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, wird die Absatzfrage für ihre landwirtschaftlichen Produkte nachgerade zu einer Existenzangelegenheit. Den notwendigen Absatz finden sie zum überwiegenden Teil in Deutschland. Was liegt für diese Staaten näher, als mit Deutschland, dem kräftigsten Partner, eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen? Deutschland auf der anderen Seite hat mit Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes für industrielle Produkte. [...] Handelspolitisch wird letzten Endes eine Verständigung zwischen Deutschland, Österreich und den südosteuropäischen Staaten die Form einer Zollunion finden müssen, da durch Vereinbarungen auf diesem Gebiete der übrige deutsche Export nicht gefährdet werden darf. [...]

Durch diese regionale Wirtschaftskombination kann das europäische Problem von der Südostecke aus aufgerollt werden. Selbst wenn es gelingt, im Südosten zu einer tragbaren Regelung zu kommen, bleibt doch für eine endgültige Regelung des europäischen Problems die Frage einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich zu lösen. Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia¹ wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Denn während überall in der Welt neue Wirtschaftsräume zur Aktivierung schreiten, während sich ein panamerikanischer, ein indischer, ein chinesischer Wirtschaftsraum vorbereitet, droht Europa durch seinen inneren Zwist immer mehr an Bedeutung zu verlieren, zumal Rußland als mächtiger Wirtschaftsraum aus dem europäischen Gefüge ausgebrochen ist und England seine Interessen in seinem überseeischen Imperium gebunden sieht. Eine Konsolidierung und eine neue Blüte Europas kann nur von der gezeichneten Linie aus erfolgen.

Carl Duisberg, Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933, S. 172 f. zit. nach: Weltherrschaft im Visier. S. 219-220.

[261:]

213. *Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10. April 1933*

Von der Geschäftsführung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Deutsche Gruppe, sind eine Reihe von Verhandlungen mit maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Funktionären der NSDAP durchgeführt worden, deren Ergebnis für die Weiterentwicklung unserer Arbeit von größter Bedeutung sein dürfte. Wir konnten feststellen, daß nunmehr die Richtung der offiziellen Handels- und Außenpolitik sich vollkommen deckt mit den allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zielen der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. Bei sämtlichen Herren, auch den der Landwirtschaft nahestehenden Persönlichkeiten wurde anerkannt, daß die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraums, insbesondere aber die Beseitigung der handelspolitischen Isolierung, in der sich Deutschland befindet, auf dem von uns beschrittenen und empfohlenen Wege eine unbedingte Notwendigkeit ist. Unsererseits wurde in den Verhandlungen Wert darauf gelegt, daß seitens der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages wertvolle Vorarbeiten in dieser Richtung geleistet sind und insbesondere ein Instrument geschaffen worden ist, mit dem die erstrebten Ziele, erreicht bzw. vorbereitet werden können. Wir glauben, das mit besonderer Genugtuung deshalb feststellen zu sollen, weil jetzt eine gewisse Gewähr für eine einheitliche und langfristige Verfolgung großer politischer und handelspolitischer Gesichtspunkte gegeben sein dürfte.

ZStA Potsdam, Deutsche Bank AG, Nr. 21838. Bl. 23, zit. nach: Weltherrschaft im Visier, S. 232-233.

¹ Anm. der Hg. von Weltherrschaft im Visier: Hier handelt es sich um eine spätere Korrektur. Wie der unmittelbar nach der Tagung in der Presse (vgl. „Berliner Börsen-Zeitung“ und „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. März 1931) veröffentlichte Text ausweist, sprach Duisberg von einem „Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa“.

[262:]

2. Der Vierjahresplan 1936-1938

„Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. ... Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! ... Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

Adolf Hitler, Vierjahresplandenkschrift

„Tatsächlich war der Vierjahresplan ein IG-Plan.“

Max Kügler, Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, im Nürnberger Prozeß 1941

214. Aus der Denkschrift der IG Farbenindustrie AG für den Rüstungsbeirat¹ des Reichswehrministeriums vom März 1935 über die Militarisierung der Wirtschaft und zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg

Der Gedanke, die Außenorganisation des RWM unter Einschluß des RLM zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg zu erweitern, bedeutet letzten Endes, sich mit den Problemen über den Aufbau einer alle Kräfte des Volkes zusammenschließenden Wirtschaftsorganisation zu befassen.

Wenn man sich nicht nur an die im Kriege² unter dem Zwange der Not entstandene Organisationsform anlehnen will, sondern wenn man darauf ausgeht, die gesamten produktiven Kräfte auf weite Sicht vorbereitend einem einheitlichen Zweck unterzuordnen, so heißt dies – naturgemäß unter Benutzung der im Kriege gesammelten Erfahrungen – eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einem straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert. Die gesamte Erzeugung der Industrie, des Handwerks und des Gewerbes sowie der Landwirtschaft gilt in diesem Sinne als kriegswichtig und muß daher in den Rahmen einer umfassenden Wehrwirtschaft einbezogen werden. [...]

[263:] Die Planung der Wehrwirtschaft bzw. die Aufstellung der wehrwirtschaftlichen Mobilisierungspläne muß unter Berücksichtigung vorhandenen Friedenswirtschaft, d. h. unter Mitarbeit der bestehenden Fachorganisationen der Wirtschaft bzw. der Unternehmer selbst, erfolgen, um die Initiative, Anregung und Mitarbeit der freien Wirtschaft in den Dienst der Sache zu stellen. Diese gesamte Planung, sowohl was die Produktion kriegswichtiger Güter anlangt als auch die gesamte Planung über Rohstoff-Fragen, muß dabei unter einheitlicher zentraler wehrwirtschaftlicher Leitung stehen.

Archiv des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Nr. 1087, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 130-132.

215. Aus der gelleimen Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan

Deutschland wird wie immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber den bolschewistischen Angriffen anzusehen sein. Ich fasse dies nicht als eine erfreuliche Mission auf, sondern als eine leider durch unsere unglückliche Lage in Europa bedingte Erschwerung und Belastung unseres völkischen Lebens. Wir können uns aber diesem Schicksal nicht entziehen.

Unsere politische Lage ergibt sich aus folgendem:

Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. Die anderen Länder sind entweder durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen oder von autoritären Regierungen beherrscht, deren einzige Stärke die militärischen Machtmittel sind, d. h.

¹ In diesem Gremium zur Beratung des Reichswehrministeriums, das meistens unter dem Vorsitz des Reichswehrministers Werner von Blomberg tagte, saßen als ständige Vertreter der Reichswehr die Generale Walther von Reichenau und Wilhelm Keitel. Die wichtigsten Konzerne waren durch Robert Bosch, Konrad von Borsig, Wilhelm Keppler, Carl Krauch, Paul Reusch, Hermann Röchling, Carl Friedrich von Siemens, Fritz Springorum, Fritz Thyssen und Albert Vögler vertreten.

² Hier ist der erste Weltkrieg gemeint.

aber: sie sind infolge der Notwendigkeit, die Existenz ihrer Führung den eigenen Völkern gegenüber durch die Brachialmittel der Exekutive zu sichern, unfähig, diese Brachialgewalt zur Erhal-[264:]tung der Staaten nach außen anzusetzen. Alle diese Länder wären unfähig, jemals einen aussichtsvollen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen. [...]

Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! [...]

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist aber, in kürzesten Umrissen gekennzeichnet, folgende:

1) Wir sind übervölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren [...]

5) Es ist aber gänzlich belanglos, [...] immer wieder festzustellen, daß uns Lebensmittel oder Rohstoffe fehlen, sondern es ist entscheidend, jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung, für den Übergang eine vorübergehende Entlastung bringen können.

6) Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen. [...]

Und ich stelle daher zu einer endgültigen Lösung unserer Lebensnot folgendes Programm auf:

I. Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen, und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und, wenn nötig, auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit.

II. Zu diesem Zwecke sind auf all den Gebieten, auf denen eine eigene Befriedigung auf deutsche Produktionen zu erreichen ist, Devisen einzusparen, um sie jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung nur durch Import erfahren können. [...]

III. In diesem Sinne ist die deutsche Brennstoffherzeugung nunmehr im schnellsten Tempo vorwärtzutreiben und binnen 18 Monaten zum restlosen Abschluß zu bringen. [...]

IV. Es ist ebenso augenblicklich die Massenfabrikation von synthetischem Gummi zu organisieren und sicherzustellen. Die Behauptung, daß die Verfahren vielleicht noch nicht gänzlich geklärt wären, und ähnliche Ausflüchte haben von jetzt ab zu schweigen. [...] Es ist vor allem nicht die Aufgabe staatlich-wirtschaftlicher Einrichtungen, sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen. Dies geht das Wirtschaftsministerium gar nichts an. Entweder wir besitzen heute eine Privatwirtschaft, dann ist es deren [265:] Aufgabe, sich den Kopf über die Produktionsmethoden zu zerbrechen, oder wir glauben, daß die Klärung der Produktionsmethoden Aufgabe des Staates sei, dann benötigen wir keine Privatwirtschaft mehr. [...]

Es ist weiter notwendig, die deutsche Eisenproduktion auf das Außerordentlichste zu steigern. [...]

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.

Vollständiger Wortlaut in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1955, H. 2.

216. Aus der eidesstattlichen Erklärung von Dr. Max Kügler, 1934-1942 Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, über die Stellung der IG-Farben im Vierjahresplanamt (1947)

Bei der Struktur der deutschen Wirtschaft hätte ein Rohstoffplan, wie es der Vierjahresplan war, auf drei Wirtschaftszweigen aufgebaut sein müssen: Kohle, Eisen und Chemie.

Tatsächlich war der Vierjahresplan ein IG-Plan. Die Kohle- und Eisenindustrie sowie die Chemische Industrie außerhalb der IG beteiligten sich nicht am Vierjahresplan. [...]

Wie der Reichsbankpräsident Schacht mir im Jahre 1936 wiederholt erzählt hat, hat er die IG, und zwar Geheimrat Schmitz sowohl wie auch v. Schnitzler immer wieder gewarnt, an den Vierjahresplanvorhaben teilzunehmen. Die IG hat sich jedoch mit ganzer Einsatzkraft in den Dienst des

Vierjahresplanes gestellt. Sie hat darüber hinaus erreicht, daß das Amt des Vierjahresplanes fast ausschließlich mit IG-Leuten oder mit von der IG abhängigen Leuten besetzt wurde, und man erzählte sich, daß die IG diesen Leuten hohe Gehälter zahlte, um ihre IG-Treue zu sichern. Ob dies tatsächlich zutreffend war, ist mir nicht bekannt. Aus Gesprächen mit Schacht im Jahre 1936 ist mir bekannt, daß Schacht seinen ganzen Einfluß bei Göring geltend machte, um die absolute Vormachtstellung der IG im Amt des Vierjahresplanes einzuschränken, und daß Schacht, nachdem Göring keinerlei Konzessionen zu ungunsten der IG machen würde, sich schriftlich an Hitler zum Zwecke der Intervention wandte. Schachts Bemühungen bei Hitler blieben ebenfalls erfolglos.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-9945, zit. nach: Kuczynski, Bd. 16, S. 181-182.

[266:]

217. *Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 15. Dezember 1937 über „Aufgaben und Zweck des Wehrwirtschaftsführer-Korps“*

Der Führer und Reichskanzler hat im Jahre 1936 die Bildung eines Wehrwirtschaftsführer-Korps angeordnet. Der Reichskriegsminister und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile können deutsche Staatsbürger, die sich um den materiellen Aufbau der Wehrmacht besondere Verdienste erworben haben oder erwerben, zu Wehrwirtschaftsführern ernennen. In dieser Ernennung kommt gleichzeitig die freiwillige Mitarbeit der Wirtschaft an allen Aufgaben der Landesverteidigung zum Ausdruck, entsprungen aus der wehrwirtschaftlichen Gesinnung und aus der Verpflichtung jedes einzelnen an die Wehrmacht.

Mit der Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer verpflichten sich diese Persönlichkeiten im besonderen Maße zu einem Treueverhältnis zum Staat und zur Wehrmacht. [...]

Im Jahre 1937 sind durch den Reichskriegsminister und durch den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine bereits eine Anzahl von Wirtschaftsführern zu Wehrwirtschaftsführern ernannt worden.

Völkischer Beobachter v. 15.11.1937, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-1939, S. 66.

218. *Aus dem „Schnellplan“ der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau für Pulver, Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe vom 13. August 1938¹*

Mit dem Schnellplan ist nach Ansicht der beteiligten Stellen sowie der durchführenden Industrie die maximale Steigerungsmöglichkeit bis Herbst 1939 erschöpft.

Der Schnellplan ist im einzelnen abgeglichen und volle Übereinstimmung erzielt zwischen OKW (Wstb), OKH (WaA), Dr. Krauch.²

Der vorliegende Schnellplan ist ab jetzt die gemeinsame Grundlage des weiteren Vorgehens aller beteiligten Stellen.

Bis Ende 1939 wird nach dem Schnellplan die Kapazität so weit erhöht, daß auf allen Gebieten praktisch die größte im Weltkrieg noch erzielte deutsche Erzeugungsmöglichkeit erreicht wird. [...]

[267:]

Die Durchführung des Schnellplanes ist nur möglich, wenn ganz besondere (kriegsmäßige) Vollmachten der für die Durchführung verantwortlichen Stelle gegeben werden.

ZStA Potsdam, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413/600, Dok. NI-8797, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 188-189.

¹ Der Schnellplan wurde unter der Leitung von Carl Krauch (Leiter der Wirtschaftsstelle und Vorstandsmitglied der IG-Farben) ausgearbeitet. Gegenüber den Plänen vom 10. Juni und vom 30. Juni 1938 beinhaltete dieser Plan die äußerste Beschleunigung des Ausbauprogramms, das ursprünglich bis 1942/43 bzw. 1941 befristet war. Der Schnellplan war ein Hauptbestandteil des „Wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes“, auch „Krauchplan“ oder „Karinhallplan“ genannt.

² Oberkommando der Wehrmacht (Wehrwirtschaftsstab), Oberkommando des Heere (Heereswaffenamt).

219. Hermann Görings „Befehl zur Durchführung des wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes“ vom 22. August 1938¹

1) Die Gesamtleitung der Durchführung des für den Ausbau von Pulver-, Sprengstoff- und K-Stofffabriken sowie ihrer Vorprodukte befohlenen wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes wird Herrn Dr. Krauch übertragen. Er trägt somit die volle Verantwortung für die zeitgerechte Durchführung des Programms und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel (Geld, Stahl, Baustoffe, Arbeitskräfte usw.).

2) Die Durchführung des Erzeugungsplanes hat in engstem Einvernehmen mit der Wehrmacht [...] zu erfolgen.

ZStA Potsdam, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413/600, Dok. NI-8917, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, S. 189-190.

[268:]

3. Der zweite Weltkrieg: ein Eroberungskrieg

„Die Kämpfe sind anders geworden als vor 100 Jahren ... Heute kämpfen wir um Ölfelder, Gummi, Erdschätze usw.“
Adolf Hitler am 23.11.1939

„Ich habe den Eindruck, daß augenblicklich die Welt neu verteilt wird, und zwar in einer anderen Weise, in der sie bisher verteilt gewesen ist. Und da wir bei den bisherigen Verteilungen zu kurz gekommen sind, kann für uns die Parole nur lauten, anstellen und vordrängen ... Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann wollen wir die Herren über Europa sein ...“
Joseph Goebbels am 26.10.1940

220. Aus Berichten von Wilhelm Keppler, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Generaldirektor Vogl über die Rede Adolf Hitlers am 8. März 1939² vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität

Zuerst wurden gewisse wirtschaftliche und Arbeiter-Probleme besprochen. Dann sprach der Führer. Zunächst erklärte er, daß der Vierjahresplan der letzte Ausweg wäre. Das wahre Problem für das deutsche Volk wäre, sich der Quellen zu versichern, von denen die Rohmaterialien, so notwendig für seine Wohlfahrt, erlangt werden könnten. Außerdem, um diesen Zustand zu genießen, müssen die Feinde des deutschen Volkes radikal vernichtet werden: Juden, Demokratien und „internationale Mächte“.

Solange diese Feinde irgendwo in der Welt noch die geringste Spur einer Macht besäßen, würden sie eine Bedrohung des Friedens des deutschen Volkes bleiben.

In diesem Zusammenhang werde die Lage in Prag unertragbar. Außerdem werde Prag benötigt als Ausgangsort für den Gewinn dieser Rohmaterialien. Infolgedessen wären Befehle gegeben worden, dahingehend, daß innerhalb etlicher Tage, nicht später als am 15. März, die Tschechoslowakei militärisch zu besetzen sei. Polen wird folgen. Wir brauchen nicht auf einen starken Widerstand von dieser Seite zu rechnen. Deutsche Herrschaft über Polen ist notwendig, um polnische Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Kohle für Deutschland zu sichern.

[269:] Was Ungarn und Rumänien anbetrifft, so gehören sie ohne Frage in das lebenswichtige Gebiet Deutschlands. Der Fall Polens sowie auch angemessener Druck wird sie unzweifelhaft dazu bringen, klein beizugeben. Dann werden wir uneingeschränkte Kontrolle über ihre unermeßlichen landwirtschaftlichen Quellen und ihre Petroleum-Schätze haben. Dasselbe kann von Jugoslawien gesagt werden.

¹ Das gleiche Datum wie Görings Befehl trug sein Ernennungsschreiben für Carl Krauch zum „Bevollmächtigten für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schieß- und Sprengstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln“ (bald: „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“).

² Diese Berichte sind drei Telegrammen entnommen, die der amerikanische Botschafter in Frankreich, William Christian Bullitt, am 19. September 1939 aus Paris an das State Department in Washington für Präsident F. D. Roosevelt sandte. Die Berichte werden hier in der deutschen Übersetzung des Nürnberger Dokuments wiedergegeben.

Dies ist der Plan, der bis 1940 vollbracht werden soll. Selbst dann wird Deutschland unbesiegbar sein. Deutschland wird in 1940 und 1941 ein für allemal mit seinem Erbfeinde Frankreich abrechnen. Dieses Land wird von der Karte Europas verschwinden. England ist ein altes Land, geschwächt durch Demokratie, Deutschland wird England leicht beherrschen und wird über Englands Reichtümer und Gebiete in der ganzen Welt verfügen, wenn Frankreich einmal besiegt ist.

Nachdem in dieser Weise der europäische Kontinent zum erstenmal im Sinne einer neuen Auffassung vereinigt ist, wird Deutschland das größte Unternehmen der Geschichte beginnen: Mit englischen und französischen Besitzungen in Amerika als Grundlage werden wir dann mit den „Dollar-Juden“ der Vereinigten Staaten abrechnen. Wir werden diese jüdische Demokratie vernichten, und jüdisches Blut wird sich mit dem Dollar vermischen. Selbst heute noch können die Amerikaner unser Volk beleidigen, aber der Tag wird kommen, wenn sie bitterlich, aber zu spät, jedes Wort, das sie gegen uns sprachen, bereuen werden.

Einige der Anwesenden waren sehr enthusiastisch, während andere weniger interessiert schienen.

ZStA Potsdam, Wilhelmstraßenprozeß, Nr. 467, Bl. 5 f., Dok. NID-15673, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 204-205.

221. Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht vom 22. August 1939

Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht [270:] danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.

Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Mill. Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.

Schnelligkeit der Entscheidung notwendig. Festen Glauben an den deutschen Soldaten. Krisen sind nur auf Versagen der Nerven der Führer zurückzuführen.

Erste Forderung: Vordringen bis zur Weichsel und bis zum Narew. Unsere technische Überlegenheit wird die Nerven der Polen zerbrechen. Jede sich neu bildende lebendige polnische Kraft ist sofort wieder zu vernichten. Fortgesetzte Zermürbung.

Neue deutsche Grenzföhrung nach gesunden Gesichtspunkten evtl. Protektorat als Vorgelände. Mil. Operationen nehmen auf diese Überlegungen keine Rücksicht. Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel. Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung.

Überzeugung, daß die deutsche Wehrmacht den Anforderungen gewachsen ist. Auslösung wird noch befohlen, wahrscheinlich Samstag morgen.

Dok. PS-1014, IMG, Bd. XXVI, S. 523-524.

222. Aus Adolf Hitlers Weisung Nr. 1 für die Kriegführung vom 31. August 1939

1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu föhren mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.39

Angriffszeit: 4.45 Uhr

Diese Zeit gilt auch für die Unternehmungen Gdingen – Danziger Bucht und Brücke Dirschau.

[271:] 3. Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein

örtlich entgegenzutreten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten. Die deutsche Westgrenze ist zu Lande an keiner Stelle ohne meine ausdrückliche Genehmigung zu überschreiten. [...]

4. Eröffnen England und Frankreich die Feindseligkeiten gegen Deutschland, so ist es Aufgabe der im Westen operierenden Teile der Wehrmacht, unter möglicher Schonung der Kräfte die Voraussetzungen für den siegreichen Abschluß der Operationen gegen Polen zu erhalten.

Dok. C-126, IMG. Bd. XXXIV, S. 456-458.

223. Aus der geheimen Ansprache Adolf Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939

Zweck der Zusammenkunft ist es, Ihnen Einblick zu geben in die Gedankenwelt, die mich angesichts der bevorstehenden Ereignisse beherrscht, und Ihnen meine Entschlüsse zu sagen. [...]

Ein Jahr später kam Österreich [...] Der nächste Schritt war Böhmen, Mähren und Polen. Aber dieser Schritt war nicht in einem Zuge zu tun. Zunächst mußte im Westen der Westwall fertiggestellt werden. [...] Vom ersten Augenblick an war mir klar, daß ich mich mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen könnte. – Es war nur eine Teil-Lösung. Der Entschluß zum Einmarsch in Böhmen war gefaßt. Dann kam die Errichtung des Protektorats, und damit war die Grundlage für die Eroberung Polens gelegt, aber ich war mir zu dem Zeitpunkt noch nicht im klaren, ob ich erst gegen den Osten und dann gegen den Westen oder umgekehrt vorgehen sollte. [...] Es ist ein ewiges Problem, die Zahl der Deutschen in Verhältnis zu bringen zum Boden. Sicherung des notwendigen Raumes. Keine geklügelte Gescheitheit hilft hier, Lösung mit dem Schwert. Ein Volk, das die Kraft nicht aufbringt zum Kampf, muß abtreten.

Die Kämpfe sind anders geworden als vor 100 Jahren [...] Heute kämpfen wir um Ölfelder, Gummi, Erdschätze usw. [...]

Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluß zum Schlagen war immer in mir. Früher [272:] oder später wollte ich das Problem lösen. Zwangsläufig wurde entschieden, daß der Osten zunächst zum Ausfall gebracht wurde. [...]

Ich werde angreifen und nicht kapitulieren [...] Jede Hoffnung auf Kompromisse ist kindisch: Sieg oder Niederlage! Dabei geht es nicht um ein nationalsozialistisches Deutschland, sondern darum, wer künftig in Europa dominiert. Diese Frage ist des höchsten Einsatzes wert [...] Mein Entschluß ist unabänderlich. Ich werde Frankreich und England angreifen zum günstigsten und schnellsten Zeitpunkt. Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben.

Dok. PS-789, IMG, Bd. XXVI, S. 327-336.

224. Aus der geheimen Erklärung des Reichsministers Dr. Goebbels am 5. April 1940 vor geladenen Vertretern der deutschen Presse

Der Nationalsozialismus hat niemals eine Lehre gehabt in dem Sinne, daß er Einzelheiten oder Probleme erörterte. Er wollte an die Macht. Danach erst war ein Programm zu erfüllen oder auch aufzubauen. Wenn uns einer fragte, wie wir uns denn die Lösung dieser oder jener Frage dächten, so haben wir geantwortet, das wüßten wir noch nicht. Wir hatten schon unsere Pläne, aber wir unterbreiteten sie nicht der öffentlichen Kritik. Wenn heute einer fragt, wie denkt ihr euch das neue Europa, so müssen wir sagen, wir wissen es nicht. Gewiß haben wir eine Vorstellung. Aber wenn wir sie in Worte kleiden, bringt uns das sofort Feinde und vermehrt die Widerstände. Haben wir erst die Macht, so wird man schon sehen, und auch wir werden schon sehen, was wir daraus machen können. [...]

1914 glaubte man, dem Volke sagen zu können, daß die Kohlenbecken von Nordfrankreich erstrebenswerte Kriegsziele sind. Kein Mensch im einfachen Volk interessiert sich für diese Kohlenbecken. Heute sagen wir: „Lebensraum“. Jeder kann sich vorstellen, was er will. Was wir wollen, werden wir zur rechten Zeit schon wissen.

H.-A. Jacobsen, Der zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt/M. 1966, S. 180-181.

[273:]

225. *Aus der Rede von Joseph Goebbels vor Führern der NSDAP in Wien am 26. Oktober 1940*

Ich habe den Eindruck, daß augenblicklich die Welt neu verteilt wird, und zwar in einer anderen Weise, in der sie bisher verteilt gewesen ist. Und da wir bei den bisherigen Verteilungen zu kurz gekommen sind, kann für uns die Parole nur lauten, anstellen und vordrängen. Wenn einer mich fragt, was wollt Ihr denn nun eigentlich, so kann ich ihm darauf eine ganz präzise Antwort nicht geben. Das hängt von den Umständen ab. Je nachdem, wieviel wir wollen und können. Wir wollen Lebensraum. Ja, was bedeutet das denn? Die Definition geben wir nach dem Kriege [...] Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann wollen wir die Herren über Europa sein [...] Dann werden wir endlich wieder einmal zu den besitzenden Nationen gehören, dann werden wir Rohstoffe besitzen und Hilfsquellen, und dann wird ein großes Kolonialreich unser Eigen sein [...]

Wir Nationalsozialisten haben immer den Standpunkt vertreten, 1918 war der Krieg nicht aus. Das war nur ein Abschluß, und dann kam die große Pause. Der Schlußakt wird jetzt durchgespielt. Dieses Drama endet mit dem deutschen Sieg und wird kein Trauerspiel.

K. Scheel, Die Goebbels-Rede vom 26.10.1940 – ein Dokument zur faschistischen Kriegszielpropaganda, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1969, Nr. 3, S. 39 ff., zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942, S. 54-55.

[274:]

II. Großkonzerne und Staat im System der Kriegswirtschaft

„Wir haben auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Lehren aus dem verlorenen (ersten) Weltkrieg gezogen. Nicht nur in seiner politischen Ausrichtung und Einigkeit und in der Ausschöpfung seiner militärischen Machtquellen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht steht das deutsche Volk heute anders da als 1914. Heute haben wir den wirtschaftlichen Generalstab, der uns 1914 fehlte. Wir wissen, daß wir militärisch keinen Krieg gewinnen können, wenn wir ihn wirtschaftlich verlieren.“

Friedrich Landfried, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, am 5.9.1939 in der Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ Nr. 17 (1939), S. 1009.

226. Aus dem Erlaß von Hermann Göring vom 5.12.1939 über Bildung und Kompetenzen des Reichsamts für Wirtschaftsausbau

Die besonderen Verhältnisse des Krieges machen eine Neuordnung der bisherigen Reichsstelle für Wirtschaftsausbau erforderlich, über die inzwischen mehrfache Besprechungen stattgefunden haben. Das Ergebnis fasse ich unter Abänderung meines Erlasses vom 5. Februar 1938 [...] folgendermaßen zusammen:

1. Die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau erhält unter Beibehaltung ihres Charakters als eine dem Reichswirtschaftsminister nachgeordnete höhere Reichsbehörde die Bezeichnung „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“.¹

2. Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau hat folgende Aufgaben:

a) Förderung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Industriellen Rohstoffherzeugung und -Verarbeitung durch alle geeigneten Maßnahmen [...]

b) Beobachtung der Bedarfslage und Vorbereitung der vom Reichswirtschaftsministerium endgültig festzustellenden Planung auf dem Gebiet der industriellen Erzeugung.

c) Einleitung, Betreuung und Überwachung der auf Grund der Planung genehmigten Bauten, Rohstoffsteuerung hierfür, Führung der Finanzierungsverhandlungen. [...]

6. Ich bin damit einverstanden, daß die Leitung des Reichsamts meinem Generalbevollmächtigten für Sonderfragen, Professor Dr. Krauch, kommissarisch übertragen wird. Er wird sich auch für die Erledigung der ihm von mir gestellten Sonderaufgaben des Reichs-[275:]amts bedienen, so daß die Bestellung eines besonderen Apparates sich erübrigt.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-7132, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 234-235.

227. Aus der Aktennotiz des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW über die Besprechung am 18. Dezember 1939 mit führenden Vertretern des deutschen Großkapitals über die Schaffung einer zentralen Leitung in der Kriegswirtschaft

General Thomas²: Der Zweck der heutigen Besprechung ist, den Anwesenden ein Bild der wehrwirtschaftlichen Lage zu geben. Nach dem Vortrag soll darüber eine Aussprache stattfinden [...]

Aussprache: [...]

Geheimrat Bücher³: Notwendig ist vor allem eine einheitliche Führung der Wirtschaft und eine denkbar einfache Organisation. Dann wird sich aus der Industrie, die ein sehr williges Organ ist, eine optimale Leistung herausholen lassen. Eine Stelle muß den Gesamtbedarf der Wehrmacht kennen, die Übersicht über die gesamten vorhandenen Rohstoffe haben und endgültig über deren Verwendung entscheiden, eine Stelle muß nach einheitlichen Gesichtspunkten klar und unzweideutig die Größenordnung und Dringlichkeit des Bedarfes verfügen.

Notwendig ist ferner eine Stetigkeit in der Auftragserteilung. [...]

¹ Vgl. Dok. 218 u. 219.

² General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes

³ Hermann Bücher, AEG-Konzern

Dr. Binge¹: Die Elektro-Industrie nimmt in der Kriegsfertigung, eine Schlüsselstellung ein. Störungen und Verzögerungen in der Fertigung der Elektro-Industrie wirken sich deshalb auch in anderen Kriegsindustrien aus. Aus diesem Grunde ist Einheitlichkeit in der Führung und Stetigkeit der Auftragserteilung für die Elektro-Industrie besonders wichtig. [...]

General Thomas: Zusammenfassend ist festzustellen, daß im Verlauf der Aussprache in der Hauptsache der Wunsch nach einer einheitlichen und klaren Führung gestellt worden ist, weil sonst die Forderungen des Staates nicht oder zumindest nicht termingemäß erfüllbar sind. Diese Forderung ist von mir immer vertreten worden und wird auch in Zukunft stets vertreten werden.

ZStA Potsdam. Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW, Film Nr. 1758, zit. nach: Anatomie des Krieges. S. 235-239.

[276:]

228. Aus der Aktennotiz von Bernhard Weiß. Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick vom Februar 1941 über die Vorbereitungen zur Bildung der Reichsvereinigung Kohle (RVK)

Herr Brockhüs² berichtete heute über die Vorschläge, die er zusammen mit Herrn Wisselmann³ ausgearbeitet hat und die heute abend mit Herrn Delius⁴ besprochen werden sollen, wie folgt:

Gedacht ist an die Gründung eines Komitees in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes. [...]

Dieses Komitee solle nach dem Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Mineralöl gewisse Aufgaben im Rahmen des Vierjahresplanes übernehmen. Man denke hierbei in erster Linie an die Durchführung der Aufgabe der Leistungssteigerung im Bergbau. Dem Komitee sollen außerdem einige Funktionen der Wirtschaftsgruppe Bergbau übertragen werden. Zusammengefaßt würde sich das Arbeitsprogramm des Komitees auf folgende Fragen erstrecken:

1. Leistungssteigerung des Bergbaues.
2. Planung der Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende. (Herr Brockhüs wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Herr Walter⁵ hierfür bereits Vorschläge ausgearbeitet und dem OKW zugeleitet hat.)
3. Regelung des Absatzes in der Weise, daß der Reichskohlenkommissar den Bedarf feststellt und seine Wünsche an das Komitee weitergibt. Das Komitee prüft, inwieweit diese Wünsche erfüllbar sind, und erteilt entsprechende Weisungen an die Syndikate.
4. Arbeiter-, Transport-, Rohstoff-Fragen etc.
5. Ausbaupläne der Kohlenwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Bergbau-Abteilung des RWiM.
6. Bearbeitung großer neuer Projekte der Kohlenwirtschaft, z. B. Schwelung, Hydrierung etc.
7. Herr Wisselmann legt Wert darauf, daß das Komitee ein gewisses Ordnungsstrafrecht erhält, damit der Kohlenwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, in ihrem eigenen Kreis disziplinarisch gegen Verstöße gegen Bestimmungen der Syndikate und des Komitees vorzugehen. Das Ordnungsstrafrecht würde zweckmäßig durch [277:] die Syndikate ausgeübt, die entsprechende Anweisungen vom Komitee erhalten würden. [...] Herr Brockhüs [...] empfiehlt Ausarbeitung dieser Geschäftsordnung im kleinen Kreis⁶ und Präsentation des ganzen Programms gegenüber dem Reichsmarschall. Wenn der Reichsmarschall die Genehmigung gegeben hat, soll dann die Zustimmung der Syndikate eingeholt werden.

Flick-Prozeß, Dok. NI-4155, zit. nach: Fall 5, S. 130-132.

¹ Rudolf Bingel, Siemens-Konzern

² stellvertr. Vorstandsvors. der Niederlausitzer Kohlenbergwerke

³ Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Vorstandsvors. der Preuß. Bergwerks- und Hütten AG

⁴ stellvertr. Vorstandsmitgl. der staatlichen „Reichswerke AG Hermann Göring“

⁵ Paul Walter, Reichskohlenkommissar

⁶ „Kleiner Kreis“ oder „Siebener Kreis“: Gremium der größten Ruhr-Montankonzerne Mannesmann, Krupp, Flick, Vereinigte Stahlwerke, Klöckner, Hoesch, Gutehoffnungshütte.

229. *Genehmigung Görings für die Gründung der RVK vom 3.3.1941*

Ich genehmige die Gründung der „Reichsvereinigung Kohle“

mit den in der anliegenden Niederschrift festgelegten Aufgaben und bestätige als Mitglieder die Herren

Paul Pleiger	Vorsitzer
Heinrich Wisselmann	1. stellv. Vorsitz.,
Franz Hayler	2. stellv. Vorsitz.,
Otto Berve	
Alfried v. Bohlen-Halbach	(Vertreter Hermann Winkhaus)
Gustav Brecht	
Friedrich Flick	(Vertreter Ernst Buskühl)
Gustav Knepper	(Vertreter Otto Steinbrinck)
Rudolf Stahl	
Ernst Tengermann	(Vertreter Wilhelm Tengermann)
Edmund Tobies	
zwei Vertreter des Handels (ein Vertreter des Werkshandels, ein Vertreter des freien Handels)	

Die Reichsvereinigung Kohle und ihre Mitglieder sind mir für die Durchführung der kohlenwirtschaftlichen Aufgaben im Großdeutschen Reich verantwortlich. Ich beauftrage gleichzeitig den Herrn Reichswirtschaftsminister, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Flick-Prozeß, Dok. NI-4151, zit. nach: Fall 5, S. 135-136.

[278:]

230. *Aus der Rede von Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 über die Bedrohung des Mittelstandes durch die Monopolisierung der Wirtschaft und ihre Verflechtung mit staatlichen Organen*

Daneben vollziehen sich großzügige Zusammenlegungen in unserer allgemeinen Wirtschaft. [...] Ich wende mich in diesem Zusammenhang eindringlich gegen die Behauptung, daß mit unseren Maßnahmen eine Stilllegung des Mittelstandes oder eine Monopolisierung unserer Wirtschaft bezweckt würde. Nach dem Krieg wird der Mittelstand sofort wieder in größtem Umfange wirtschaftlich und sozial wiederhergestellt. Die augenblicklichen Maßnahmen sind ausschließlich Notmaßnahmen für die Kriegszwecke und Kriegsbedürfnisse.

J. Goebbels, Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1941/43, München 1944, S. 195. zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 419-420.

231. *Aus dem Protokoll der Abteilungsleiterkonferenz im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter der Leitung von Joseph Goebbels vom 27. März 1943 betr. Presseregulierung*

Der Minister bespricht sodann eingehend das von Reichswirtschaftsminister Funk in seiner letzten Rede in bezug auf die Schließung der Geschäfte gebrauchte Argument, daß der Krieg eine harte und erbarmungslose Auslese sei, und daß nur das, was widerstandsfähig ist und eine große innere Kraft besitzt, übrig bleiben werde. Dieses Argument, das heute in der „D[utschen] A[llgemeinen] Z[eitung]“ wieder auftauchte, sei psychologisch verfehlt. [...]

Die DAZ soll schon morgen zu diesem Thema Stellung nehmen. Der Minister beauftragt Dr. Gast, einen entsprechenden Artikel zu schreiben, der als Zwangsaufgabe von der gesamten Wirtschaftspresse übernommen werden soll. Schacht wird beauftragt, alle Geschäftsinhaber zusammenzubeordern und sie in dem vorgenannten Sinne über die Gründe unserer Maßnahmen und unseren Standpunkt in diesen Dingen zu unterrichten. Darüber hinaus soll eine entsprechende Propagandaparole an die Gauleiter herausgegeben werden, in der betont wird, daß wir keine strukturelle Veränderung der Wirtschaft anstreben, daß Ausdrücke wie „Flurbereinigung“ und „Branchenbereinigung“ durchaus unerwünscht und

dem Zweck der [279:] totalen Kriegführung absolut entgegengesetzt sind. Außerdem soll eine maßgebende Persönlichkeit aus der Wirtschaft im Rundfunk in der Zeit zwischen 19.45 und 20.00 Uhr ein Interview geben und darin in geeigneter Weise zu diesem ganzen Fragenkomplex Stellung nehmen.

ZStA Potsdam, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr. 1 g 2, Bl. 19 ff., zit. nach: *Anatomie des Krieges*, S. 413.

232. *Aus einem Schreiben des Chefs der Reichskanzlei an Reichswirtschaftsminister Funk vom 14. August 1942 über die Stellung der IG-Farben im Staatsapparat*

Ein anonym er Einsender behandelt in einer an den Führer gerichteten Eingabe die angeblich unumschränkte Machtposition, die sich die IG Farbenindustrie AG während des Krieges durch angeblich plutokratische Wirtschaftsmethoden auf dem Gebiete der Chemie geschaffen habe. Den amtlichen Rahmen bilde das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, dessen Leiter auch der Führer der Geschicke der IG sei, und dessen Stellen zu etwa 70 Prozent durch Angestellte der IG besetzt seien. Durch die pseudoamtliche Stellung des Reichsamtes habe die IG sich die Verbindung zu allen anderen Befehlstellen geschaffen und diese in ihrem Sinne besetzt. Alle noch unabhängigen Kreise der Chemie sollten in das Netz der Abhängigkeit in irgendeiner Form hineingezwungen werden. Eine weitverbreitete Verbitterung der betroffenen Wirtschaftsführer sei die Folge. Schon beginne man zu resignieren, da es ihrer Meinung nach niemand wagen könne, die Machtpositionen der IG anzugreifen. Das Schreiben schließt mit der Bitte an den Führer, eine verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit der Überprüfung der geschilderten Verhältnisse zu beauftragen und auch den Apparat der IG in den Dienst der Volksgesamtheit zu stellen, wie es bei der Rüstungsindustrie der Fall sei.

[handschriftlicher Zusatz]:

Der Einsender ist offenbar unterrichtet. Er übertreibt freilich, wenn er auch den Kern der Sache trifft. Auch sonst sind Stimmen in der Richtung bemerkbar gewesen.

IG-Farben-Prozeß. Dok. NI-10500, zit. nach: Kuczyński. Bd. 16. S. 178-179.

[280:]



Auszeichnung von Rüstungsindustriellen mit dem Kriegsverdienstkreuz am 5. Juni 1943. 1. Reihe links: Albin Sawatzki (leitender Ingenieur in den Henschelwerken), 2. Reihe 3. v. l.: Walter Roland (Leiter des Hauptausschusses Panzererzeugung für die Rüstungsproduktion, stellvertretender Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen und des Industrierates beim Oberkommando des Heeres, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG), 3. Reihe v. l. n. r.: Carl Krauch (Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farbenindustrie AG, Generalbevollmächtigter für Chemie und Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau), Wilhelm Werner (Direktor, stellvertretender Vorsitzender des Industrierates, Leiter des Industrierates für Luftwaffengeräte, Vorstandsmitglied der Auto-Union AG, Leiter des Hauptausschusses Triebwerke im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Mitglied im Rüstungsrat), Karl Otto Saur (Chef des technischen Amtes im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition).

III. Großkapital und Staat bei der faschistischen „Neuordnung“ Europas

1. „Neuordnungspläne“ der Großkonzerne und Banken

„Jetzt zeichnet sich für die Zukunft die Möglichkeit eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung ab. Diesem Raum gehören an: 1. Großdeutschland ... 2. Ihm sind einzugliedern Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen ... 3. Dem Großwirtschaftsraum sind bereits angegliedert ... die Länder im Donauraum ... 4. Die übrigen Staaten im nordischen Raum: Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland sind ... stärker anzugliedern ... Ein Kolonialreich ... kann ... den Bedarf an ... Rohstoffen und Genußmitteln weitgehend decken.“
Karl Ritter, Botschafter im Auswärtigen Amt, am 1.6.1940

233. Aus dem Protokoll der Österreich-Besprechung der IG Farbenindustrie AG vom 21. März 1938

Herr Dr. Ilgner berichtet zunächst kurz über die Bemerkung, die Herr Ministerpräsident Göring kürzlich Herrn Geheimrat Schmitz¹ gegenüber gemacht hat: er hoffe, daß die großen reichsdeutschen Konzerne nicht nach Vollzug des Anschlusses über Deutsch-Österreich herfallen und die dortige Industrie aufsaugen würden. Soweit Beteiligungspläne der I. G. in Österreich bestehen, ist dazu zu bemerken, daß die I. G. bereits seit Jahren bemüht ist, den Anschluß wirtschaftlich durch Zusammenarbeit und Einflußnahme auf Österreichs chemische Industrie zu untermauern. Insbesondere sind wegen der Skoda-Werke Wetzler A.G. (SWW) seit etwa 2 Jahren laufend Verhandlungen über eine Beteiligung der I. G. geführt worden [...]

Die Situation hat sich durch die letzten Ereignisse insofern verändert, als Generaldirektor Pollak von SWW in Schutzhaft genommen worden und von österreichischer Seite die Idee aufgekommen ist, die kommissarische Leitung der Gesellschaft der I. G. zu übertragen, um zu verhindern, daß das führerlos gewordene Unternehmen Rückschläge erleidet. [...] Herr Dr. Ilgner ist der Ansicht, daß es unlogisch wäre, wenn wir die seit 2 Jahren im Hinblick auf künftigen [282:] Anschluß geführten Verhandlungen jetzt, wo der Anschluß Wirklichkeit geworden ist, plötzlich aufgeben würden und ist der Meinung, daß auch die Bemerkung des Ministerpräsidenten kein Anlaß ist, die in Aussicht genommenen Pläne fallenzulassen. [...]

Die Aussprache wendet sich daraufhin der Frage zu, welches Ziel sich die I. G. für die weiteren Verhandlungen in Österreich stellen muß. Die Aussprache ergibt Übereinstimmung darüber, daß es das Ziel der I. G. sein müsse, die bisher schon in Aussicht genommene Fusion von SWW mit den österreichischen DAG-Firmen in der Weise durchzuführen, daß die I. G. dabei eine Majorität von 75% (gegebenenfalls von 51% mit einer Option auf die restlichen 24%) erhält.

ZStA Potsdam, IG NW 7, Aktennr. DAW 11, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 502-503.

234. Aktennotiz von Anton Kiesewetter, Direktor der Kreditanstalt der Deutschen, über die Besprechung im Handelsministerium in Prag am 21. März 1939 über die Aufteilung der tschechoslowakischen Banken unter die deutschen Interessenten²

Zur Beratung stand die Interessenabgrenzung der beiden deutschen Großbanken: Deutsche Bank, Dresdner Bank sowie der Kreditanstalt der Deutschen.

Dr. Köster führt kurz aus, daß die heutige Besprechung den Zweck hat, die interessierten Institute auf eine einheitliche Linie zu bringen, ferner einen Antrag auszuarbeiten, der geeignet ist, dem Präsidenten Kehr³ vorgelegt zu werden, damit er endgültig entscheiden kann.

¹ Hermann Schmitz, Finanzdirektor der IG-Farben, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank; Max Ilgner, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben, Neffe von Hermann Schmitz.

² Teilnehmer der Besprechung waren u. a. vom Reichswirtschaftsministerium: Regierungsrat Arnold Köster; vom Reichskommissariat Reichenberg: Rudolf Schicketanz; von der Dresdner Bank: Vorstandsmitglied Karl Rasche und Direktor Reinhold von Lüdinghausen; von der Deutschen Bank: Vorstandsmitglied Oswald Rösler; für die Kreditanstalt der Deutschen: Oberdirektor Anton Kiesewetter.

³ Hans Kehr. Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium.

Als Interessenten haben sich gemeldet: Die Deutsche Bank für die Union-Bank, die Dresdner Bank für die Becca.¹ Die Dresdner Bank zeigt auch Interesse für die Länderbank. Ferner bleiben noch im tschechischen Sektor: die Živno-Bank, die Česká banka, die Legiobank und die Anglobank sowie die Industrialbank und die Moravská banka sowie die Agrární banka. [...]

[283:] Herr Dr. Schicketanz faßt das Ergebnis der Unterredung dahin zusammen, daß sämtliche hier vertretenen Anstalten dahin übereingekommen sind:

1. die Böhmische Union-Bank wird von der Deutschen Bank übernommen, falls gegenüber der BUB so verfahren wird wie gegenüber der Becca.
2. die Dresdner Bank übernimmt die Becca,
3. die Kreditanstalt der Deutschen hat ihr besonderes Interesse für die Länderbank angemeldet.

Dieses Ergebnis wird Herrn Präsidenten Kehrl zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

ZStA Potsdam, Wilhelmstraßenprozeß, Nr. 432, Bl. 80 ff., Dok. NID-13394, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 208-209.

235. Aus der geheimen Aufzeichnung von Karl Ritter, Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt, vorn 1. Juni 1940 über die Schaffung eines „Großwirtschaftsraumes“

I. Großwirtschaftsraum.

Jetzt zeichnet sich für die Zukunft die Möglichkeit eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung ab.

Diesem Raum gehören an:

1. Großdeutschland (mit Böhmen und Mähren und Polen) als wirtschaftliches und politisches Zentrum.
2. Ihm sind einzugliedern Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen in einer wirtschaftspolitischen Form, die noch zu entscheiden ist. [...]
3. Dem Großwirtschaftsraum sind bereits angegliedert, wenn auch nicht in einer besonderen wirtschaftspolitischen Form, so doch tatsächlich, die Länder im Donaauraum. [...]

[284:] 4. Die übrigen Staaten im nordischen Raum: Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland sind in einer ähnlichen tatsächlichen Weise wie der Donaauraum stärker anzugliedern. [...]

Ein solcher Großwirtschaftsraum umfaßt rund 200 Millionen Menschen. Diese Menschen haben zum großen Teil eine überdurchschnittliche Konsum- und Produktionskraft.

Dieser Großwirtschaftsraum wird sich im großen und ganzen selbst ernähren [...]

III. Kolonialreich

Ein Kolonialreich, bestehend aus den deutschen Kolonien in Afrika, Belgisch-Kongo, Französisch-Äquatorialafrika (vielleicht auch Britisch-Nigeria), kann nach einer längeren Periode intensiver Entwicklung den Bedarf Großdeutschlands und des Großwirtschaftsraumes an tropischen und subtropischen pflanzlichen Rohstoffen und Genußmitteln weitgehend decken. Darüber hinaus auch zu einem großen Teil den Bedarf an Kupfer. Vielleicht werden auch noch andere mineralische Rohstoffe gefunden.

BA Koblenz, R 7 II/615, Bl. 16 ff., zit. nach: Jacobsen. Zweiter Weltkrieg, S. 73-7.1.

236. Aus dem Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppen vom 4. Juli 1940 über die Vorbereitungen für die faschistische „Neuordnung Europas“

1. Die Industrieanalyse kann zunächst auf folgende Länder beschränkt werden: Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich.
2. Es ist noch einmal ausdrücklich festgestellt worden, daß die Grundlage für die Arbeiten der Wirtschaftsgruppen die Berichte über die industriellen Verhältnisse in den einzelnen Ländern bilden

¹ Böhmische Escompte-Bank und Credit-Anstalt, Prag.

müssen. Genauso notwendig ist aber eine scharfe Herausstellung der Interessenwünsche der Industrie. Es ist nicht erforderlich, daß bei der Vorbringung dieser Wünsche irgendwelche Rücksicht genommen wird auf die politische Entwicklung, möglicherweise eintretende Grenzverschiebungen usw. Es genügt, wenn die bisherige Lage als Ausgangspunkt genommen und angegeben wird, in welcher Beziehung Änderungen angestrebt werden müssen. Bedeutungsvoller als die Schilderung des Status selbst sind also die Schlußfolgerungen, die die Wirtschaftsgruppen ziehen und die die jeweiligen Wünsche deutlich erkennen lassen. Die wichtigsten Punkte in der Industrie-[285:]analyse werden daher die Bewertung der ausländischen Industrie und die Konkurrenzverhältnisse sein [...], aus denen in erster Linie die Wünsche der deutschen Industrie abzuleiten sein werden. [...]

4. Soweit es im Augenblick noch nicht möglich ist, die vorgebrachten Wünsche ganz konkret zu äußern und zu begründen, genügt es, daß uns die Wünsche zunächst als Voranmeldungen unterbreitet werden und wir sie als solche dem Reichswirtschaftsministerium übermitteln. Das Reichswirtschaftsministerium kann später von sich aus direkt oder über die Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppen herantreten und die Wünsche gegebenenfalls im einzelnen überprüfen.

5. Neuer Termin für die Ablieferung der Industrieanalysen nebst ausdrücklichen Interessentenwünschen, die noch eine spätere Berichtigung bzw. Ergänzung erfahren können, an die Reichsgruppe Industrie: 20. Juli 1940.

Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss Jena, Nr. W 54, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 261-262.

237. Aus der streng vertraulichen Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1. August 1940 über Grundfragen der künftigen Stellung des deutschen Unternehmers und über die Lohnpolitik im Rahmen der faschistischen „Neuordnung Europas“

Die nach dem siegreichen Kriege zu erwartende europäische Großraumwirtschaft unter Führung des Großdeutschen Reiches in Zusammenhang mit der künftigen Orientierung der Weltwirtschaft wirft schwerwiegende Probleme politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art auf, deren Lösung alsbald in Angriff zu nehmen ist. [...]

A. Grundfragen

I. Künftige Stellung des Unternehmers

Bei der zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung, die zweifellos von der Politik bestimmt werden muß, wird die Stellung des Unternehmers von Bedeutung sein; auch für die Zukunft ist es unerlässlich, den großen Strom der Privatinitiative entscheidend in den Aufbau- und Ausbauwillen des Nationalsozialismus einzuspannen. Aufgabe des Unternehmers ist es, den Güterbedarf zu decken, d. h. den Konsum des Einzelnen im Volke wie auch den Gemeinschaftsbedarf des Volkes. Wie die Ergebnisse der Wehr-[286:]wirtschaft, des Vierjahresplanes und der Kriegswirtschaft beweisen, ist es dem deutschen Unternehmertum in gemeinschaftlicher Betriebsarbeit mit seinen Gefolgschaften gelungen, diesen gigantischen Produktionsaufgaben gerecht zu werden. [...]

Gerade für die Zukunft gilt es, die kommenden großen Aufgaben tatkräftig und zielklar als Dienst am Volke und am Staat, d. h. ohne jeden inneren Vorbehalt, im nationalsozialistischen Sinne in Angriff zu nehmen. Der Staat kann auf die Führung nicht verzichten. Er wird aber um so weniger in die Wirtschaft selbst eingreifen zu brauchen, je besser die Unternehmer wie auch die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Bedürfnisse der nationalsozialistischen Staatsführung erkennen und erfüllen. [...]

IV. Arbeitspolitische Grundfragen

Der Wirtschaft im kommenden europäischen Großraum wird, wie schon einleitend betont, von der politischen Führung eine große Fülle von Aufgaben gestellt werden, die u. E. nur durch eine entsprechend große Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen ist. Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, für die Vielzahl der einfachen, untergeordneten und primitiv erscheinenden Arbeiten nicht-volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, vielmehr sollen solche Arbeiten ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvölker (vorwiegend Slawen usw.) ausgeführt werden. Dem volksdeutschen Arbeiter soll eine gehobenere, qualitativ wertvollere Arbeitsleistung vorbehalten bleiben. [...]

V. Angestellter – Arbeiter

Bei Überprüfung der sozialen Neuordnung spielt auch die Frage der Beibehaltung der Zweiteilung der Gefolgschaftsmitglieder in Angestellte und Arbeiter eine Rolle. Bestrebungen, diese Zweiteilung aufzuheben und einen einheitlichen Typus des Gefolgschaftsmannes zu schaffen, sollte nicht Folge geleistet werden. Eine völlige rechtliche Gleichstellung ist unmöglich. Wir behalten uns vor, auf dieses Thema noch besonders zurückzukommen. [...]

C. Arbeitszeit

Die Dauer der künftigen Arbeitszeit wird gleichfalls abhängen von den Aufgaben, die der Führer in Zukunft stellen wird, und von der Zahl der hierfür benötigten und verfügbaren Arbeitskräfte. [...] Bei der Dauer der Arbeitszeit wird daher auf die unterschiedlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen sein, was für eine möglichst elastische Gestaltung der Arbeitszeitvorschriften, wie sie schon durch die Kriegserfordernisse angebahnt ist, spricht. Der Achtstundentag ist heute bei uns keine weltanschauliche Frage [287:] mehr. Arbeitstempo und Intensität haben sich in den letzten 20 Jahren geändert, aber auch Arbeitserleichterungen mit sich gebracht. [...] Die Tatsache, daß je nach seiner geistigen oder körperlichen Inanspruchnahme in dem einen Beruf eine Arbeitszeit von 9 Stunden keine größere Leistung bedeutet als im anderen Beruf eine solche von 8 Stunden, ist nicht wegzuwischen und bei der Arbeitszeitgestaltung zu berücksichtigen. Dies nicht zuletzt in Hinsicht auf die lange Arbeitszeit des Landarbeiters. Das bedeutet, daß der allgemeine Achtstundentag nicht unbedingt Berechtigung zu haben braucht.

Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss Jena. Nr. 9493, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 271-211.

238. Aus dem Schreiben von Georg von Schnitzler, Mitglied des Vorstands und des Zentralausschusses der IG Farbenindustrie AG, und von Kurt Krüger, Direktor der IG Farbenindustrie AG, an Ministerialdirigent Gustav Schlotterer, stellvertretenden Hauptabteilungsleiter und Leiter der Sonderabteilung „Vorbereitung und Ordnung“ im Reichswirtschaftsministerium, vom 3. August 1940 und aus der beigelegten Denkschrift des IG-Farben-Konzerns über die „Neuordnung Europas“ und der Welt („Allgemeiner Teil“)

1. Es wird davon ausgegangen, daß im Zuge der Gestaltung einer europäischen Großraumwirtschaft eine Planung auch für das Chemiegebiet notwendig ist. Ziel dieser Planung ist:

- a) die wirtschaftliche Eigenständigkeit dieses Raumes im Sinne weitgehender Sicherung seiner Versorgung zu gewährleisten,
- b) die Produktionskräfte dieses Raumes dementsprechend planvoll durch rationelle Ausnutzung der vorhandenen Produktionseinrichtungen zu ordnen.

2. Diesem kontinentalen Großraum wird nach Abschluß des Krieges die Aufgabe gestellt sein, den Gütertausch mit anderen Großräumen zu organisieren und mit den Produktionskräften anderer Großräume auf konkurrierenden Marktgebieten in Wettbewerb zu treten – eine Aufgabenstellung, die insbesondere auch die Rückgewinnung und Sicherung der Weltgeltung der deutschen Chemiewirtschaft in sich schließt. [...]

Die unter diesen Grundgedanken angestellten Arbeiten werden sich in einen „Allgemeinen Teil“ und einen nach Ländern geordneten Teil gliedern.

[288:] Der „Allgemeine Teil“ besteht in einer Betrachtung der Lage auf dem internationalen Chemiemarkt vor dem Weltkrieg, der Lage, wie sie sich unter den Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages in den Jahren nach dem Weltkrieg herausgebildet hat, und in einer kurzen Darstellung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse, mit denen bei der Neuordnung des internationalen Chemiemarktes zu rechnen sein dürfte.

Der nach Ländern geordnete Teil umfaßt zunächst diejenigen Länder, für die im Zuge der militärischen und politischen Ereignisse in absehbarer Zeit im Rahmen von Waffenstillstands- bzw. Friedensbestimmungen wirtschaftspolitische Verhandlungen über eine grundsätzliche Neuordnung zu erwarten sind, nämlich a) Frankreich, b) Holland, c) Belgien/Luxemburg, d) Norwegen, e) Dänemark, f) England und Empire. [...]

Allgemeiner Teil [...]

Zweifelloos wird man nicht an die Verhältnisse, wie sie beim Ausbruch des Weltkrieges bestanden, wieder anknüpfen und nicht die wirtschaftliche Entwicklung, die sich in den einzelnen Ländern bzw. Gebieten in den letzten 20 Jahren zu Lasten Deutschlands vollzogen hat, auf den ursprünglichen Zustand zurückführen können. In gewissem Umfang wird nun einmal die Verschlechterung der deutschen Positionen gegenüber 1914 als nicht mehr gutzumachen hingenommen werden müssen. Um so berechtigter mag es erscheinen, bei der Planung einer europäischen Großraumwirtschaft der deutschen Chemie wieder eine führende und eine Stellung zuzudenken, die ihrem technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rang entspricht. Von entscheidendem Einfluß auf alle Planungen für den europäischen Raum wird aber die Notwendigkeit sein, eine zielbewußte und schlagkräftige Führung der zwangsläufigen Auseinandersetzung mit den sich heute schon abzeichnenden außereuropäischen Großraumwirtschaften zu sichern.

Um eine erfolgreiche Behauptung der großdeutschen bzw. europäisch-kontinentalen Chemie in dieser Auseinandersetzung zu gewährleisten, ist es ein dringendes Erfordernis, die Kräfte klar zu erkennen, die auf dem Weltmarkt nach dem Krieg ausschlaggebend sein werden. Ihre Bedeutung ist im folgenden kurz skizziert:

1. Das Schwergewicht der Auseinandersetzung um eine Neuordnung des Weltmarktes wird im Verhältnis zu den nordamerikanischen Konzernen ruhen. [...] Im Vordergrund steht dabei der lateinamerikanische Markt, dessen Bedeutung nicht nur an dem Wertvolumen des Vorkriegsabsatzes gemessen, sondern unter [289:] Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und -tendenzen beurteilt werden muß, die dieser Teil des amerikanischen Kontinents für die Zukunft in sich birgt. [...]

2. Die Auseinandersetzung mit den Amerikanern im Fernen Osten wird ihre besondere Note dadurch erhalten, daß sich auf gleichem Raum die Entscheidung um die Frage abspielen wird, inwieweit sich die europäische Position im Fernen Osten gegenüber Japan aufrechterhalten läßt. [...]

Auf längere Sicht hin gesehen muß aber wohl damit gerechnet werden, daß der stärkere Druck auf die europäischen Wirtschaftsinteressen im Fernen Osten von Japan – vielleicht auch in Verbindung mit den Auswirkungen einer neuen Industrialisierungsepoche in China – und weniger von den USA herkommen wird. [...]

3. Zu dem Problem der italienischen Chemiewirtschaft kann im Augenblick noch nicht eingehender Stellung genommen werden. [...]

4. Eine ähnliche Sonderdarstellung ist auch für Rußland ins Auge gefaßt, welches in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß als ein Faktor, der unter gleichbleibenden politischen Verhältnissen die Auseinandersetzung der europäischen Chemie mit den übrigen Großräumen zu beeinflussen und zu stören geeignet ist.

Vollständiger Wortlaut der Denkschrift, einschließlich des Teils „Frankreich“ in: Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 248-293.

[290:]

2. Überfall auf die Sowjetunion und Ausplünderung der besetzten „Ostgebiete“

„Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“

Adolf Hitler am 16.7.1941

„Wir wollen uns endlich einmal als Volk an den Fettnapf der Welt setzen ... Diesmal geht es um ... Dinge, die uns alle angehen, um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen ... Wenn wir ... den Stoß in den Kaukasus fortsetzen, dann haben wir die reichsten Ölgebiete Europas in unserer Hand.“

Joseph Goebbels am 18.10.1942

239. Aus Adolf Hitlers „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa“ vom 18. Dezember 1940

Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben [...]

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres frei zu machen, daß mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.5.41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird.

Dok. PS-446, IMG, Bd. XXVI, S. 47-49.

[291:]

Antifaschistische Klebezettel



[292:]

240. Aus der Aktennotiz über die Besprechung bei General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts des OKW, am 28. Februar 1941 über wirtschaftsorganisatorische Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion und die Konstituierung des Wirtschaftsstabes Ost

Der General befahl, einen erweiterten Organisationsentwurf für den Reichsmarschall aufzustellen.

Wesentlicher Inhalt:

1. Unterstellung der gesamten Organisation unter dem Reichsmarschall. Zweck: Stützung und Erweiterung der Maßnahmen des Vierjahresplans.
2. Organisation muß alles umfassen, was Wehrwirtschaft betrifft. Ausgenommen nur Ernährung, auf deren Gebiet bereits Sonderauftrag an Staatssekretär Backe erteilt sein soll.
3. Eindeutige Feststellung, daß die Organisation unabhängig zu sein hat, von der Militär- bzw. Zivilverwaltung.

Wohl enge Zusammenarbeit, aber Weisungen direkt von der Zentralstelle in Berlin.

4. Teilung der Arbeitsgebiete in zwei Sektoren:

- a) Begleitung des Vormarsches unmittelbar hinter der vordersten Front, um die Zerstörung von Vorräten zu vermeiden und den Abtransport wichtiger Güter sicherzustellen.
- b) Verwaltung der besetzten Industriebezirke und Auswertung in sich zusammengehöriger Wirtschaftsbezirke.

5. Angesichts des erweiterten Aufgabenkreises Bezeichnung Wehrwirtschaftsinspektion statt Rüstungsinspektion vorzuziehen.

6. Angesichts des großen Aufgabenkreises großzügige Ausgestaltung der Organisation mit entsprechend zahlreichen Kräften erforderlich. Hauptaufgabe der Organisation werde in der Erfassung von Rohstoffen und in der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Für die letztere Aufgabe würden zweckmäßiger Weise von Anfang an zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne. (z. B. Braunkohle, Erz, Chemie, Erdöl.).

Nach Erörterung weiterer Einzelfragen wurde Oberstleutnant Luther beauftragt, innerhalb von acht Tagen einen ersten derartigen Organisationsentwurf aufzustellen.¹

Dok. PS-1317, Bd. XXVII, S. 160-171.

[293:]

241. Aus der Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre am 2. Mai 1941 über „Barbarossa“

1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird.
2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.
3. Am wichtigsten ist die Bergung und der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.
4. Die Beschäftigung der Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden, z. B. die Werke für Verkehrsmittel, die Werke für allgemeine Versorgungsanlagen (Eisen), die Werke für Textilien, von Rüstungsbetrieben nur solche, bei denen in Deutschland Engpässe bestehen.

Dok. PS-2718, IMG, Bd. XXXI, S. 84.

242. Aus den geheimen Richtlinien von Hermann Göring vom Juni 1941 über die wirtschaftliche Ausplünderung der zu besetzenden Gebiete der Sowjetunion („Grüne Mappe“)

Die wirtschaftlichen Hauptaufgaben

[...] I. Nach den vom Führer gegebenen Befehlen sind alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Dagegen sind alle Maßnahmen zu unterlassen oder zurückzustellen, die dieses Ziel gefährden könnten.

¹ Am 29. April 1941 bestätigte Hitler die Gründung des „Wirtschaftsstabes z. b. V. Oldenburg“ („Oldenburg“ als Tarnname für die Sowjetunion), auch genannt „Wirtschaftsstab Ost“ unter der Leitung von Generalleutnant Schubert; der Stab war Reichsmarschall Göring unterstellt.

[294:] II. Die Ausnutzung der neu zu besetzenden Gebiete hat sich in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion. Daneben müssen sonstige Rohstoffe aus den besetzten Gebieten der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt werden [...]

Völlig abwegig wäre die Auffassung, daß es darauf ankomme, in den besetzten Gebieten einheitlich die Linie zu verfolgen, daß sie baldigst wieder in Ordnung gebracht und tunlichst wieder aufgebaut werden müßten. Die Behandlung der einzelnen Landstriche wird im Gegenteil durchaus verschiedenartig sein müssen: Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert und vordringlich in Ordnung gehalten werden müssen, in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können. In anderen Landesteilen, die sich nicht selbst ernähren können – also in großen Teilen Nord- und Mittelrußlands – muß sich die Wirtschaftsführung auf die Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte beschränken.

Die Wirtschaftsorganisation

[...] Der Reichsmarschall hat zur einheitlichen Leitung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet und in den später einzurichtenden politischen Verwaltungsgebieten den „Wirtschaftsführungsstab Ost“ gebildet, der ihm unmittelbar untersteht und in seiner Vertretung von Staatssekretär Körner geleitet wird. Zur Vertretung der militärischen Belange hat für die Vorbereitung und für die Dauer der militärischen Operationen der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, General der Infanterie Thomas, die Federführung, die er als Mitglied des Wirtschaftsführungsstabes Ost ausübt. [...]

Die Anordnungen des „Wirtschaftsführungsstabes Ost“ werden durch Chef WiRü Amt dem ins besetzte Gebiet vorgeschobenen „Wirtschaftsstab Ost“ zur Durchführung übermittelt.

Dok. PS-1743, IMG, Bd. XXVIII, S. 3-10.

[295:]

243. Aus dem Protokoll der Besprechung bei Adolf Hitler am 16. Juli 1941 über die Okkupationsziele gegenüber der Sowjetunion¹

Wesentlich sei es nun, daß wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, daß wir selbst wüßten, was wir wollten. Keinesfalls solle durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun [...]

Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun.

Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen. Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. Uns muß aber dabei klar sein, daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.

Demgemäß handelt es sich darum: 1. Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten; 2. wir betonen, daß wir die Bringer der Freiheit wären. [...]

Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können. [...]

¹ Verfaßt von Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP. Weitere Teilnehmer waren: Hermann Göring, Wilhelm Keitel, Chef des OKW, Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, und Alfred Rosenberg, am nächsten Tag zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt.

Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: die Sicherheit des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural, kein fremdes Militär existiere; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutschland. Eiserner Grundsatz muß sein und bleiben: Nie darf erlaubt werden, daß ein anderer Waffen trägt, als der Deutsche! [...]

Aus den neugewonnenen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig; Kolonien spielen dagegen eine ganz untergeordnete Rolle.

Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941 bis 1944), Moskau 1963, S. 59-61.

[296:]

244. Aus einer Notiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick über Görings „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ vom 27. Juli 1941 und über die Gründung von „Ostgesellschaften“

Herr Tengelmänn¹ zeigte mir einen Erlaß des Reichsmarschalls, datiert vom 27.7.41, in dem die grundlegenden Richtlinien der wirtschaftlichen Organisation, in Rußland niedergelegt sind. In dem Erlaß sind zunächst als wichtigste Produktionen herausgestellt Getreide, Ölsaaten, Erdöl und Leichtmetall. Diese 4 Sparten haben in jeder Beziehung zunächst den Vorrang. Gleichzeitig wird angeordnet, daß die gesamte landwirtschaftliche Bewirtschaftung in Absatz und Bedarf der Landwirtschaft sowie die Bewirtschaftung des Erdöls ausschließlich durch besonders zu gründende Gesellschaften (Monopol-Gesellschaften) durchgeführt wird.

Ferner ist angeordnet, daß die russische Kohlen- und Eisenwirtschaft einer besonderen Verwaltungsgesellschaft übertragen wird, ebenso auch die gesamte Textilwirtschaft einer besonderen Verwaltungsgesellschaft.

Im übrigen wird Hinweis gegeben, daß in vielen Industrien, u. a. ist besonders hervorgehoben die chemische Industrie, eine zusammenfassende Bewirtschaftung nicht ohne weiteres möglich ist und deshalb die Übertragung von Einzelunternehmungen an Treuhänder empfohlen wird.

Besonders interessant an dem Erlaß ist der Hinweis, daß die Monopol-Verwaltung bzw. die einstweilen ausschließliche Übertragung an Verwaltungsgesellschaften nur aus dem Grunde geschieht, weil mangels am Ort bestehender Organisationen und mit Rücksicht auf die gewaltigen Aufgaben und gebotene Eile die Einschaltung von Monopol-Gesellschaften bzw. Gesamt-Verwaltungsgesellschaften erforderlich ist – daß es sich dabei aber in keiner Weise um ein Endstadium, sondern nur um eine vorübergehend notwendige Maßnahme handeln kann. Grundsatz ist, daß ein dauerhafter und durchgreifender positiver Erfolg nur von der staatlich gelenkten Privat-[297:]wirtschaft erwartet werden kann – und daß deshalb angestrebt werden muß, die Betriebe sukzessive später in die Privat-Initiative zu überführen.

Flick-Prozeß, Dok. NI-5284, zit. nach: Fall 5, S. 257-258.

245. Aus dem Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 21. August 1941 über die Gründung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost (BHO)

Am 20. d. Mts. ist im Reichswirtschaftsministerium die vom Herrn Reichsmarschall² für den Bereich des Kohlen- und Erzbergbaues sowie der Eisenschaffenden Industrie und Gießerei-Industrie in den besetzten Ostgebieten der Sowjetunion angeordnete Monopol-Gesellschaft gegründet worden. Diese Gesellschaft soll dem Ziel dienen, die dort vorhandenen und in den deutschen Machtbereich gebrachten Werksanlagen der genannten Industriezweige durch die Gesellschaft nutzen und betreiben zu lassen. Die Gesellschaft soll insbesondere berechtigt sein, von ihr verwaltete Betriebe oder Betriebsteile

¹ Walter Tengelmänn, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke AG.

² Hermann Göring

stillzulegen oder zu schließen, sie zu verpachten oder durch Weitergabe an andere Unternehmen zu verwerten.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt RM 60.000,-. Die Gesellschaft ist gegründet durch folgende Gesellschafter:

- 1.) Das Reich, vertreten durch den Herrn Reichswirtschaftsminister,
- 2.) Die Wirtschaftsgruppe Bergbau,
- 3.) Die Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie,
- 4.) Die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel.

Die Organe der Gesellschaft, nämlich die Geschäftsführer, der Verwaltungsrat und die Gesellschafterversammlung unterstehen der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Die Geschäftsführer werden vom Reichswirtschaftsministerium bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung ist Herrn Gen.-Dir. P. Pleiger¹ übertragen worden.

Die Gesellschaft hat nach den Weisungen des Beauftragten für den Vierjahresplan² zu arbeiten.

[298:] Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern, die vom Beauftragten für den Vierjahresplan auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Reichsbehörden, zur Hälfte auf Vorschlag der beteiligten Reichs- und Wirtschaftsgruppen aus Vertretern der privaten Wirtschaft bestellt werden³.

Flick-Prozeß, Dok. NI-5581, zit. nach: Fall 5, S. 272-273.

246. Aus dem Schreiben des Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin v. Krosigk an Hermann Göring vom 4. September 1942 über Probleme der Okkupationspolitik

Tatsächlich ist es nicht bei der ursprünglich gewollten Einheit der Verwaltung und Wirtschaft geblieben. Es ist mir wohl verständlich, daß die Zustände in einigen Gebieten von hervorragender Wichtigkeit eine noch straffere Lenkung und Zusammenfassung geboten sein ließen. Ernste Bedenken muß es aber hervorrufen, wenn nun seit einiger Zeit Organisationen, Gesellschaften und Gebilde aller Art wie Pilze aus dem Boden schießen [...]

Die notwendige Einheit der Befehlsgewalt ist jedenfalls in den östlichen Stellen schon weitgehend verloren. Es ist der alte, Menschen und Mittel verschwendende Fehler der Überorganisation, der gerade bei den Verhältnissen des Ostraumes hätte vermieden werden müssen. „Wir selbst wissen nicht mehr, was Behörde ist und was nicht, was zu einer Behörde gehört, zu einer behördenähnlichen Gesellschaft oder zu der großen Gruppe eigennütziger Hyänen des Schlachtfeldes“, so wird mir von berufener Stelle mitgeteilt [...]

Diese Erscheinungen sind um so unerfreulicher, als auf einigen wichtigen Gebieten, und zwar insbesondere auf solchen, deren Verwaltung von der Spitze bis zum letzten Angestellten einheitlich und geschlossen war, Großes für die Versorgung der Truppe erreicht worden ist. Auch dieses Große wird gefährdet durch das Auseinanderstreben der Teile, die Aufspaltung in zahllose Organisationsformen, die Versuche, sich der Finanz- und Verwaltungskontrolle zu entziehen, den Einbruch eines ungebundenen wirtschaftlichen Egoismus statt einer hoch zu stellenden, aber politisch und finanziell [299:] gebundenen Unternehmerinitiative, kurz das Auseinanderklaffen der politischen und wirtschaftlichen Faktoren.

ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 11, Bd. 455, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942, S. 123-124.

247. Aus der Rede von Joseph Goebbels am 18. Oktober 1942 über faschistische Kriegsziele

Es geht diesmal nicht um blasse Ideale, auch nicht um Thron und Altar, es geht heute um unser Lebensrecht, aber auch um unsere Lebensmöglichkeit.

¹ Paul Pleiger, Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke

² Bis Januar 1942 wurden insgesamt 17 Monopolgesellschaften gegründet.

³ Hermann Göring

Wir wollen uns endlich einmal als Volk an den Fettnapf der Welt setzen. Bisher haben wir nur um blasse Ideale gekämpft, um die Frage Proletariat oder Bürgertum oder Sozialismus oder Nationalsozialismus oder Preußen oder Bayern oder ob man das Abendmahl in einfacher oder in zweifacher Gestalt reichen solle. Diesmal geht es um wichtigere Dinge, und zwar um Dinge, die uns alle angehen, um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen, damit wir das tägliche Brot auf dem Tische haben.

Wenn wir über kurz oder lang den Stoß in den Kaukasus fortsetzen, dann haben wir die reichsten Ölgebiete Europas in unserer Hand. Wer das Öl, das Eisen und die Kohle besitzt, der wird den Krieg gewinnen¹.

Dokumentararchiv des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Nr. NM 40, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 407-408.

248. Aus dem Tätigkeitsbericht der Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf mbH vom 17. Oktober 1944 über die Ausplünderung der sowjetischen Landwirtschaft

Die tatsächliche Bedeutung der ZO und der Umfang ihrer Geschäfte ergibt sich aus folgendem:

1. Unter je einer Hauptgeschäftsstelle für das Ostland, das Gebiet Mitte und die Ukraine bestanden 30 Geschäftsstellen mit 200 Außenstellen.

[300:] 2. In der Ukraine waren 11 ernährungswirtschaftliche Tochtergesellschaften mit 130 Filialen gegründet worden.

3. Die ZO hat einschl. ihrer Tochtergesellschaften z. Zt. des größten Geschäftsanfalls-Sommer 1943 – rd. 7000 reichsdeutsche Gefolgschaftsmitglieder beschäftigt und darüber hinaus rd. 250 reichsdeutsche Firmen zum Einsatz gebracht.

4. Der Gesamtumsatz der ZO hat seit ihrer Gründung bis zum 31.3.1944 rd. 5,6 Milliarden Reichsmark betragen.

5. In dieser Zeit hat die ZO mit ihren Gliederungen erfaßt:

Getreide	9.200.000 to
Fleisch und Fleischwaren	622.000 to
Ölsaaten	950.000 to
Butter	208.000 to
Zucker	400.000 to
Rauhfutter	2.500.000 to
Kartoffeln	3.200.000 to
Saaten	141.000 to
sonst. landwirtsch. Erzeugnisse	1.200.000 to
Eier	1075 Mill. Stck.

Für den Transport wurden benötigt:

1.418.000 Eisenbahnwaggons und
472.000 to Schiffsraum.

6. An Räumungsgütern hat die ZO insgesamt 32 900 Waggons zurückgeführt, hiervon:

Getreide, Ölsaaten, sonstige Saaten usw.	22.400
Landmaschinen, sonstige Maschinen usw.	9000
Versorgungswaren und Bedarfsartikel	1500

Dok. PS-327, IMG, Bd. XXV, S. 536-537.

¹ Diese Stellen wurden in den gesammelten Reden und Aufsätzen Goebbels' nicht abgedruckt.

IV. Terror und Massenmord im Dienste der „Neuordnung“

1. Versklavung und Ausrottung von Völkerschaften in den besetzten Gebieten

„Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht.“

Aus dem Brief eines deutschen Offiziers vom 31.10.1939

„Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft.“

Generaloberst Halder am 30. 3. 1941

249. Notiz über eine Besprechung des Führers mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, über die künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse am 17. Oktober 1939

[...] 3. Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. Es muß verhindert werden, daß eine polnische Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht. In dem Lande soll ein niedriger Lebensstandard bleiben; wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen. [...]

4. Die Verwaltung muß mit eigenen klaren Befehlskompetenzen arbeiten und darf nicht von Berlin abhängig sein. Wir wollen dort nichts machen, was wir im Reiche tun. Die Verantwortung tragen nicht Berliner Ministerien, da es sich nicht um eine deutsche Verwaltungseinheit handelt. Die Durchführung bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Die Methoden werden mit unseren sonstigen Prinzipien unvereinbar sein. Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten. [...]

6. Unsere Interessen bestehen in Folgendem: Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet als vorge-schobenes Glacis für uns militärische [302:] Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. Dazu müssen die Bahnen, Straßen und Nachrichtenverbindungen für unsere Zwecke in Ordnung gehalten und ausgenutzt werden. Alle Ansätze einer Konsolidierung der Verhältnisse in Polen müssen beseitigt werden. Die „polnische Wirtschaft“ muß zur Blüte kommen: Die Führung des Gebietes muß es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. Zusammenarbeit mit neuen Reichsgauen (Posen und Westpreußen) nur für Umsiedlungen (vergl. Auftrag Himmler). Zweck: Klugheit und Härte in diesem Volkstumskampf müssen es uns ersparen, dieses Landes wegen noch einmal auf das Schlachtfeld zu müssen.

Dok. PS-864, IMG, Bd. XXVI, S. 378-379.

250. Aus dem Briefe eines deutschen Offiziers vom 31. Oktober 1939 aus Ost-Polen

Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit verschränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht. Da kann man nicht mehr von ‚berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangene Verbrechen‘ sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient.

Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen.

Jacobsen, S. 42-43.

251. Aus der Denkschrift von Heinrich Himmler „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremd-völkischen im Osten“ vom Mai 1940

Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrai-[303:]ner, die Weißrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch irgendwo

Volkssplitter zu finden sind, auch diese. Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern. [...]

Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, dem Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. [...]

Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig nach einer konsequenten Durchführung dieser Maßnahmen im Laufe der nächsten 10 Jahre aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des Deutschen Reiches, die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile, z. B. der Sorben und Wenden), zusammen. Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen¹.

Jacobsen, S. 182-184.

252. Aus der Niederschrift des Dezernenten im Ostministerium, Erhard Wetzel, vom 27. April 1942 zum Generalplan Ost

Bereits im November 1941 wurde mir bekannt, daß das Reichssicherheitshauptamt an einer Generalplanung für den Osten arbeitete. Der zuständige Sachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt, Standartenführer Ehlich, nannte mir damals schon die im Plan erwähnte Ziffer von 31 Mill. auszusiedelnder Fremdvölkischer [...]

In seiner Zielsetzung, nämlich der beabsichtigten Eindeutschung der in Betracht kommenden Ostgebiete, ist der Plan zu billigen [...]

Aus dem Plan ergibt sich, daß es sich nicht um ein Sofortprogramm handelt, daß vielmehr die Besiedlung des Raumes mit Deut-[304:]schen etwa 30 Jahre nach dem Kriege erreicht sein soll. Wie aus dem Plan hervorgeht, sollen 14 Mill. Fremdvölkische in dem Raum verbleiben. [...]

Der Plan sieht nun die Aussiedlung von 80 bis 85% Polen [vor], d. h., es kommen, je ob man von 20 oder 24 Millionen Polen ausgeht, 16 bis 20,4 Millionen Polen zur Aussiedlung, während 3 bis 4,8 Millionen Polen im deutschen Siedlungsraum verbleiben sollen. [...]

Es kommt darauf an, im russischen Raum eine Bevölkerung zu haben, die sich in ihrer großen Masse aus den oben beschriebenen, primitiv europäischen Typen zusammensetzt. Sie wird einer deutschen Führung die geringsten Schwierigkeiten machen. Diese rassenmäßig bedingte stumpfe Masse bedarf vielmehr, wie die jahrhundertealte Geschichte dieses Raumes ergeben hat, einer Führung. Wenn es den deutschen Führungsschichten gelingt, den erforderlichen Abstand von der Bevölkerung zu halten und wenn vermieden wird, durch außereheliche Verbindungen deutsches Blut in das Russentum aufgehen zu lassen, kann die Möglichkeit einer längeren deutschen Herrschaft in diesem Raum, durchaus bestehen; vorausgesetzt, daß wir mit der biologischen Gefahr, die nun einmal die ungeheure Vermehrungskraft dieser Primitiven darstellt, fertig werden. [...]

Das Ziel einer deutschen Bevölkerungspolitik im russischen Raum wird sein müssen, die Geburtenziffern auf ein Maß zu bringen, das unter der deutschen Geburtenziffer liegt. [...] Für uns Deutsche kommt es nur darauf an, das Russentum derart zu schwächen, daß es nicht mehr in der Lage ist, den deutschen Führungsanspruch im europäischen Raum zu gefährden. Diesem Ziel bringen uns die oben aufgezeigten Wege näher.

Vollständiger Wortlaut in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1958, H. 3, S. 297-324.

¹ Vgl. hierzu und zu den folgenden Dokumenten Dok. 237.

253. Fernschreiben des Höheren Kommandos LXV an die 718. Infanterie-Division vom 13. Oktober 1941¹

Künftig sind für jeden gefallenen oder ermordeten Soldaten hundert, für jeden verwundeten fünfzig Gefangene oder Geiseln zu erschießen. Hierzu aus jedem Standortbereich sofort so viele Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden festzunehmen, als ohne Gefährdung der Kampfkraft bewacht werden können. Bekanntgabe [305:] des Zwecks öffentlich sowie an Festgenommene und deren Angehörige. Als Meldung über Erschießungen und Festnahmen in den Tagesmeldungen.

Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 335, Fall 7 (Südostgeneralprozeß), Nr. 146, Bl. 41, Nürnberger Dokument NOKW-967, zit. nach: Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. W. Schumann, Berlin 1973, S. 148.

254. Aus dem Bericht der Einsatzgruppe A bis zum 15. Oktober 1941 über faschistischen Terror und Massenmord in den okkupierten sowjetischen Gebieten

Im Vordergrund der sicherheitspolizeilichen Arbeit in allen Teilen

des Einsatzraumes stand die Bekämpfung des Kommunismus und des Judentums. [...]

Anlage 8

Übersicht über die Zahl der bisher durchgeführten Exekutionen

	Juden	Kommunisten	zusammen
Litauen	80.311	860	81.171
Lettland 30.025	1843	31.868	
Estland	474	684	1158
Weißruthenien ²	7620	—	7620
	118,430	3387	121.817

Dazu kommen:

In Litauen u[nd] Lettl[an]d durch Pogrome beseitigte Juden	5500
Im altruss[ischen] Raum exekutierte Juden, Kommunisten u[nd] Partisanen	2000
Geisteskranke	748
	<u>130.065³</u>
Von Stapo u[nd] SO-Abschnitt Tilsit im · Grenzstreifen liquidierte Kommunisten und Juden	5502
	<u>135.567</u>

Dok. L-180, IMG, Bd. XXXVII, S. 683 u. 702.

[306:]

255. Aus der Meldung der Gestapoleitstelle Prag vom 24. Juni 1942 über die Ermordung der Einwohner und die Zerstörung von Lidice am 10. Juni 1942

Auf Befehl des Führers wurden gegen die Ortschaft Liditz in Böhmen Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt, weil flüchtige tschechische Fallschirmagenten nach ihrem Absprung aus englischen Flugzeugen in dieser Ortschaft angelaufen sind und von Verwandten ebenfalls bei der tschechischen Legion in England stehender Dorfeinwohner und einem großen Teil der Ortsbewohner unterstützt werden⁴.

Die Ortschaft, die aus 95 Häusern besteht, wurde vollständig niedergebrannt, 199 männliche Einwohner über 15 Jahren wurden an Ort und Stelle erschossen. 184 Frauen in das Konzentrationslager

¹ Das Fernschreiben gründete sich auf den am 16. September 1941 von Generalfeldmarschall Keitel erlassenen sogenannten „Geiselmordbefehl“.

² Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik.

³ Korrektur eines Rechenfehlers in der Vorlage.

⁴ Dies stimmt nicht; Anlaß für die Vergeltungsaktion war vielmehr die Ermordung von Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Reichsprotektor der annektierten tschechischen Länder.

Ravensbrück, 7 Frauen in das Polizeigefängnis Theresienstadt, 4 schwangere Frauen in das Krankenhaus in Prag, 88 Kinder nach Litzmannstadt¹ überführt, während 7 Kinder unter einem Jahr in ein Heim nach Prag gebracht wurden. 3 Kinder werden zur Eindeutschung in das Altreichsgebiet gebracht.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1960, S. 460.

[307:]

256. Aus der Anweisung von Joseph Goebbels an Reichsleiter, Gauleiter und Gaupropagandaleiter vom 15. Februar 1943 über die Haltung zu den Völkern in den okkupierten Gebieten Osteuropas nach der Niederlage bei Stalingrad

1. Es müssen für den Sieg nicht nur alle noch irgendwie vorhandenen und verfügbaren Kräfte des deutschen Volkes mobilisiert werden, sondern auch die jener Völker, welche die bisher im Verlauf des Krieges von uns besetzten und eroberten Länder bewohnen. Jede Kraft des europäischen Kontinents, also auch vor allem der Ostvölker, muß in den Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus eingesetzt werden.

2. Die gesamte Propagandaarbeit der NSDAP und des nationalsozialistischen Staates muß daher darauf ausgerichtet werden, nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch den übrigen europäischen Völkern einschließlich der Völker in den besetzten Ostgebieten und den noch bolschewistischer Herrschaft unterstehenden Ländern, den Sieg Adolf Hitlers und der deutschen Waffen als in ihrem ureigensten Interesse liegend klarzumachen.

3. Es verträgt sich hiermit nicht, diese Völker, insbesondere die Angehörigen der Ostvölker, direkt oder indirekt, vor allem in öffentlichen Reden oder Aufsätzen herabzusetzen und in ihrem inneren Wertbewußtsein zu kränken.

Man kann diese Menschen der Ostvölker, die von uns ihre Befreiung erhoffen, nicht als Bestien, Barbaren usw. bezeichnen und dann von ihnen Interesse am deutschen Sieg erwarten. [...]

4. Ebenso unangebracht ist eine Darstellung der künftigen Neuordnung Europas, aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige.

Äußerungen, daß Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik treiben werde, das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsobjekt betrachte, sind völlig verfehlt. [...]

5. Ebenso abwegig ist es, von neuen deutschen Siedlungen oder gar Großsiedlungen und Landenteignung zu sprechen oder theoretische Aufsätze über die Frage zu verfassen, ob man die Völker oder den Boden germanisieren müsse.

ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 2379, Bl. 478 ff., zit. nach: Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. G. Hass u. W. Schumann, Berlin 1972, S. 179-181.

[308:]

257. Aus dem Protokoll einer Beratung Hermann Görings mit Vertretern der Okkupationsbehörden vom 28. April 1943 über die verstärkte Ausplünderung der besetzten Gebiete

1.) Es ist ein fundamentaler Irrtum, anzunehmen, wir vermöchten die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch milde Behandlung für uns zu gewinnen. Für die Ziele der europäischen Neuordnung kann diese Bevölkerung erst nach Beendigung des Krieges gewonnen werden.

2.) Die „Optik des totalen Krieges“ verlangt eine Reihe von Maßnahmen, die einen Nutzeffekt für die Gewinnung von militärischen Einsatz- oder zivilen Arbeitskräften nicht oder nur ganz wenig haben, wie z. B. die Schließung von Luxusgeschäften, Schlemmerlokalen usw. In den besetzten

¹ Łódź

Gebieten liegt ein Anlaß hierfür nicht vor. Die dort zu treffenden Maßnahmen sind daher lediglich nach dem zu erwartenden Nutzeffekt zu treffen. [...]

7.) Der Beitrag der besetzten, besser gesagt „eroberten“, Gebiete für den totalen Krieg ist in anderer Weise, und zwar durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:

a) Arbeitskräfte sind durch jahrgangsweisen Aufruf der arbeitsfähigen Bevölkerung zum Zwecke der Dienst- und Arbeitsverpflichtung zu beschaffen.

b) Die Naturallieferungen aus den besetzten Gebieten müssen so hoch bemessen werden, daß der Lebensstandard in ihnen unter demjenigen im Reich liegt, womit zugleich ein Anreizen für die Arbeitsaufnahme im Reich geschaffen wird.

c) Die finanzielle Belastung der Bevölkerung der besetzten Gebiete für die Kriegsführung darf nicht wie bisher weit unter der Durchschnittsbelastung auf den Kopf der Bevölkerung im Reich liegen.

ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 11. Nr. 291, zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1942-1945, S. 33.

[309:]

258. Aus der Note von General Eugène Bridoux, Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Vichy-Regierung, an Generalmajor Alexander Frhr. v. Neubronn, Deutscher General des Oberbefehlshabers West in Vichy, vom 10. Juli 1944 über das Massaker in Oradour

Das Dorf Oradour-sur-Glane, 22 Kilometer von Ligomes, war am 10. und 11. Juni 1944 Schauplatz eines furchtbaren Dramas, das ich Ihnen vortragen muß auf der Grundlage der Zeugenaussagen der drei noch Überlebenden bzw. der Bewohner der benachbarten Dörfer. Am Samstag, dem 10. Juni, brach eine Abteilung der SS, die wahrscheinlich der in der Gegend anwesenden Division „Das Reich“ angehörte, in den vorher gänzlich umstellten Ort ein und befahl der Bevölkerung, sich auf dem Marktplatz zu sammeln. Es wurde ihr mitgeteilt, daß einer Denunziation gemäß Sprengstoffe im Ort versteckt sein sollten, und daß Haussuchungen sowie Identitätsfeststellungen vorgenommen würden.

Die Männer wurden aufgefordert, sich in vier oder fünf Gruppen aufzustellen, von denen alsdann jede in einer Scheune eingesperrt wurde. Die Frauen und Kinder wurden in die Kirche geführt und dort eingeschlossen. Es war ungefähr zwei Uhr nachmittags.

Bald darauf krachten MG-Salven und das ganze Dorf sowie die umliegenden Bauernhöfe wurden in Brand gesteckt. [...]

Um 17 Uhr drangen deutsche Soldaten in die Kirche ein und stellten auf der Kommunionbank ein Erstickungsgerät auf, das aus einer Art Kiste bestand, aus der brennende Zündschnüre hervorragten. In kurzer Zeit wurde die Luft nicht mehr atembar, jemandem gelang es jedoch, die Sakristeitür aufzureißen, wodurch es möglich wurde, die von der Erstickung betroffenen Frauen und Kinder wieder zu beleben.

Die deutschen Soldaten begannen dann durch die Kirchenfenster zu schießen, sie drangen daraufhin in die Kirche ein, um die letzten Überlebenden durch Maschinenpistolenschüsse zu erledigen, und schütteten dann einen leicht entzündbaren Stoff auf den Boden. Eine einzige Frau konnte sich retten. Sie war an einem Kirchenfenster emporgeklettert, um zu fliehen, als die Rufe einer Mutter, die dieser Frau ihr Kind anvertrauen wollte, die Aufmerksamkeit eines Postens auf sie lenkten. Er gab Feuer und verletzte sie schwer. Sie konnte ihr Leben nur dadurch retten, daß sie sich tot stellte und wurde nachher in einem Spital von Ligomes gepflegt. Gegen 18. Uhr hielten die deutschen Soldaten die in der Nähe vorbeifahrende Lokalbahn an [310:] und ließen die nach Oradour fahrenden Reisenden aussteigen. Sie streckten sie durch Maschinenpistolenschüsse nieder und warfen ihre Leichen in die Feuersbrunst. Am Ende des Tages sowie am folgenden Sonntagmorgen versuchten die Einwohner der umliegenden Weiler, die durch das Feuer und wegen der Abwesenheit ihrer Kinder, die nach Oradour in die Schule gegangen waren, verängstigt waren, sich zu nähern, wurden aber von den deutschen Posten, die alle Ausgänge des Dorfes bewachten, entweder mit Maschinenpistolen beschossen oder mit Gewalt zurückgedrängt.

Am Sonntagnachmittag jedoch konnten einige Personen in die Ruinen eindringen, und bezeugten, daß die Kirche mit zusammengekrümmten und verkohlten Frauen- und Kinderleichen angefüllt war. Ein absolut zuverlässiger Zeuge konnte am Eingang der Kirche den Leichnam einer Mutter sehen, die ihr Kind in den Armen hielt, sowie vor dem Altar die Leiche eines knieenden Kindleins und bei dem Beichtstuhl die zweier Kinder, die sich noch umschlungen hielten. In der Nacht vom Sonntag auf Montag kamen die deutschen Truppen zurück und versuchten, die Spuren dadurch zu verwischen, daß sie die Frauen und Kinder an der Außenseite der Chornische der Kirche oberflächlich begruben. [...]

Obschon es unmöglich ist, die genaue Anzahl der Opfer anzugeben, kann sie annähernd auf 800 bis 1000 Tote geschätzt werden, unter denen sich zahlreiche, aus luftgefährdeten Gebieten geflüchtete Kinder befanden. Von den zu Beginn des Nachmittags des 10. Juni anwesenden Personen scheinen nicht mehr als 10 noch am Leben zu sein. Das sind die Tatsachen.

Dok. F-673, IMG, Bd. XXXVII, S. 338-341. (Übersetzung aus dem Französischen)

[311:]

2. Zwangsarbeit und Deportationen

„... wird der Ostarbeiter seinem Schicksal überlassen, weil man ihn lediglich als aus dem werten Ostraum leicht zu ergänzendes Produktionsmittel betrachtet.“

Untersuchungskommissionsbericht, 10.3.1943

259. Aus der vertraulichen „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle vom 1. November 1941 über die Deportation sowjetischer Bergarbeiter

Auf Anregung der Reichsvereinigung Kohle befaßten sich in den letzten Wochen die verantwortlichen Stellen mit der Frage des Einsatzes von Bergarbeitern aus dem Erzgebiet von Kriwoj-Rog im Ruhrbergbau. Der Durchführung dieser Maßnahme standen nicht unerhebliche Bedenken in politischer Hinsicht und bezüglich der Überwachung dieser Arbeitskräfte entgegen.

Nunmehr hat der Reichsmarschall dem Antrag der Reichsvereinigung Kohle zum Einsatz von 10.000 bis 12.000 ukrainischen Bergarbeitern unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen zugestimmt. Er hat den Vorsitz der Reichsvereinigung Kohle beauftragt, im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, dem OKW, dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsarbeitsministerium umgehend das zum Einsatz dieser Arbeitskräfte Erforderliche in die Wege zu leiten. Da aus besonderen Gründen Eile geboten ist, kann mit der baldigen Überführung der ukrainischen Arbeiter gerechnet werden. Die näheren Einsatzbedingungen werden zur Zeit mit den vorerwähnten Stellen festgelegt [...]

Flick-Prozeß, Dok. NI-4140, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 359.

260. Aus der „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle vom 1. Dezember 1941 über die Zwangsverschleppung sowjetischer Bergarbeiter für den Ruhrbergbau

Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der interessierten Stellen des OKW, des RFSS¹, der Behörden, der Partei und der Reichs-[312:]vereinigung Kohle, weilte in der Zeit vom 8.11. bis 10.11.1941 in Kriwoj-Rog, um die zur Umsetzung von Bergarbeitern zum Ruhrbergbau erforderlichen Maßnahmen auf Grund des Erlasses des Reichsmarschalls vom 24.10.1941 zu treffen. Es kommen hierfür zunächst etwa 6000 von den vorgesehenen 10.000 bis 12.000 Bergarbeitern in Frage.

Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsvereinigung Kohle werden mit den zuständigen Wehrmachtsstellen gemeinsam die örtlicherseits erforderlichen Maßnahmen veranlassen. [...]

Sämtliche Arbeiter werden im Ruhrbergbau zunächst als Schlepper angelegt. Die Entlohnung richtet sich nach den vom Reichsmarschall angeordneten Bedingungen. Dasselbe gilt auch bzgl. der Unterhaltung der Angehörigen.

¹ Reichsführer SS

Arbeitskräfte mit völlig abgerissener Kleidung werden vorerst von der Umsetzung ausgeschlossen. Zwecks Versorgung mit Arbeitskleidung wird überdies den Arbeitern vom Lohn ein angemessener Betrag einbehalten.

Der Abtransport erfolgt in geschlossenen Transportzügen unter Bewachung: Überwachungspersonal wird voraussichtlich durch den RFSS gestellt. Die Transportverpflegung erfolgt durch Heeresverpflegungsstellen. [...]

Der Reichsmarschall hat durch Erlaß vom 14.11.1941 angeordnet, daß neben der Umsetzung von Bergarbeitern aus Kriwoj-Rog im weitgehenden Umfange Sowjet-Russen (Kriegsgefangene und Arbeiter) im Verkehr, in der Industrie und der Landwirtschaft einzusetzen sind.

Flick-Prozeß, Dok. NI-4102, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 364-365.

261. Aus dem Programm von Fritz Sauckel, Gauleiter der NSDAP in Thüringen und Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, vom 20. April 1942¹

Trotz der Tatsache, daß die meisten deutschen arbeitsfähigen Menschen in der anerkanntesten Weise ihre Kräfte für die Kriegs-[313:]wirtschaft bereits eingesetzt haben, müssen unter allen Umständen noch erhebliche Reserven gefunden und freigemacht werden.

Die entscheidende Maßnahme, dies zu verwirklichen, ist der einheitlich geregelte und gesteuerte Arbeitseinsatz der Nation im Kriege. [...]

Die Rüstungs- und Ernährungsaufgaben machen nun aber neben der totalen Erfassung aller deutschen Arbeitskräfte die Hereinnahme fremder Arbeitskräfte zur dringendsten Notwendigkeit. [...] Das größte Reservoir hierfür sind die besetzten Gebiete des Ostens.

Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden.

Neben den schon vorhandenen, noch in den besetzten Gebieten befindlichen Kriegsgefangenen gilt es also vor allem, Zivil- und Facharbeiter und -arbeiterinnen aus den Sowjetgebieten vom 15. Lebensjahr ab für den deutschen Arbeitseinsatz zu mobilisieren.

Nach den vorhandenen Möglichkeiten kann dagegen aus den im Westen von Deutschland besetzten Gebieten Europas ein Viertel des Gesamtbedarfs an fremdländischen Arbeitskräften hereingenommen werden. [...]

Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen. [...] Die Arbeitskraft dieser Leute muß in größtem Maße ausgenutzt werden. [...]

Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wieviel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen [...] Nur so wird es möglich sein, ohne alle falsche Sentimentalität auch aus diesem Einsatz den höchsten Nutzen für die Rüstung der kämpfenden Front und für die Kriegsernährungswirtschaft zu gewährleisten.

Staatsarchiv Weimar, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, Nr. 491, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 393-395.

¹ Sauckel wurde am 21. März 1942 zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ ernannt.

[314:]

262. *Aus dem Protokoll über die Führerbesprechung vom 10. bis 12. August 1942 über den Einsatz von „Ostarbeitern“ in der Rüstungsindustrie*¹

Die zur Erfüllung des Eisen- und Kohleprogrammes erforderliche Bereitstellung russischer Arbeitskräfte in der angeforderten Höhe sichert Gauleiter Sauckel zu und teilt mit, daß er – falls erforderlich – eine weitere Million russischer Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungswirtschaft bis einschl. Oktober 1942 zur Verfügung stellen will, nachdem jetzt mehr als 700.000 Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und 1 Million Arbeitskräfte für die Wirtschaft durch ihn bereitgestellt werden konnten.

Der Führer erklärt dabei, daß die Frage der Arbeitskräftebeschaffung in jedem Fall und in jedem Umfang gelöst werden könne, und daß er Gauleiter Sauckel ermächtige, die dazu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Er wäre mit jeder Zwangsmaßnahme einverstanden, falls diese Frage auf freiwilliger Basis nicht durchzuführen sei und zwar nicht nur für den Osten, sondern auch für die besetzten westlichen Gebiete.

Dok. R-124, IMG, Bd. XXXVIII, S. 359-360.

263. *Aus der eidesstattlichen Erklärung des Arztes Dr. Jäger vom 15. Oktober 1945 über die Zustände in den Lagern für ausländische Arbeitskräfte bei der Firma Krupp in Essen*

Sämtliche Lager waren von Stacheldraht umgeben und waren streng bewacht.

Die Zustände in allen diesen Lagern waren äußerst schlecht. Die Lager waren überfüllt. In einigen Lagern waren mehr als zweimal soviel Personen untergebracht, als gesunde Verhältnisse es erlauben. [...]

Das Essen für die Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Die Ostarbeiter erhielten 1000 Kalorien pro Tag weniger als das Minimum für deutsche. Während deutsche Arbeiter, die Schwerstarbeit [315:] leisteten, 5000 Kalorien pro Tag bekamen, erhielten die Ostarbeiter, die dieselben Arbeiten machten, nur 2000 Kalorien pro Tag. Die Ostarbeiter bekamen nur 2 Mahlzeiten pro Tag und ihre Brotration. Eine der zwei Mahlzeiten bestand nur aus einer dünnen, wäßrigen Suppe. Ich war mir nicht sicher, ob die Ostarbeiter das für sie vorgeschriebene Minimum auch tatsächlich erhielten. Später, 1943, als ich die Nahrung, die von den Küchen zubereitet wurde, prüfte, stellte sich in verschiedenen Fällen heraus, daß den Ostarbeitern Nahrungsmittel enthalten worden waren.

Der Versorgungsplan schrieb eine kleine Menge Fleisch pro Woche vor. Dafür durfte nur Freibankfleisch verwendet werden, welches entweder Pferde-, tuberkulöses oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch war. Gewöhnlich wurde dieses Fleisch in einer Suppe gekocht.

Die Bekleidung der Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Sie schliefen und arbeiteten in derselben Kleidung, mit der sie aus dem Osten gekommen waren. Fast alle von ihnen hatten keine Mäntel und waren daher gezwungen, ihre Decken als Mäntel in kaltem und regnerischem Wetter zu tragen.

Die Schuhknappheit zwang viele Arbeiter, auch im Winter barfuß zur Arbeit zu gehen. [...]

Das Kriegsgefangenenlager in der Nöggerathstraße befand sich in einem schauderhaften Zustand. Die Leute wohn[t]en in Aschenbehältern, Hundeställen, alten Backöfen und selbstgemachten Hütten. Die Verpflegung war nur gerade ausreichend. Für Unterbringung und Verpflegung zeichnet[e] Krupp verantwortlich. Die Belieferung mit Medikamenten und Verbandsstoffen war so außerordentlich schlecht, daß eine geordnete ärztliche Behandlung in vielen Fällen überhaupt nicht möglich war.

Dok. D-288, IMG, Bd. XXXV, S. 58-62.

¹ An den Besprechungen nahmen teil: Krupp, Pleiger, Röchling und Rohland als Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie, Hitler, Sauckel, Speer und Staatssekretär Milch.

264. *Aus der eidesstattlichen Erklärung eines polnischen Arztes vom 13. Oktober 1945 über die unmenschliche Behandlung der für Krupp arbeitenden russischen Kriegsgefangenen in dem Lager in der Raumastraße in Essen*

In diesem Lager waren in einem großen Saal, der normalerweise 200 Mann beherbergen konnte, etwa 300-400 Menschen zusammengewürfelt untergebracht, dazu in einer katastrophalen Art, so daß [316:] keine sanitäre Behandlung möglich war. Der Boden bestand aus Zement, die Strohsäcke, die zum Schlafen dienten, waren verwanzt und verlaust. Auch an kalten Tagen waren die Räume nie geheizt, und es erschien mir als Arzt menschenunwürdig, in welcher Lage die Leute sich befanden. Es war auch unmöglich, diese Räume sauber zu halten, weil bei dieser Überfüllung die Menschen kaum Platz fanden, sich in normaler Art zu bewegen. Täglich wurden mir bis zu 10 Personen vorgeführt, die den Körper mit blauen Flecken überdeckt hatten auf Grund des dauernden Schlagens mit Gummischläuchen, Stahlruten oder Stöcken. Die Leute wälzten sich oft vor Schmerzen, ohne daß ich die Möglichkeit hatte, auch nur eine kleine medizinische Hilfe den Leuten zuteil werden zu lassen. [...]

Die Kost bestand aus einer Wassersuppe, welche schmutzig und sandig war, und oft mußten die Kriegsgefangenen auch Kohl, welcher faul war und schon stank, zu sich nehmen. Ich konnte täglich Leute bemerken, die infolge Hunger oder Mißhandlungen dahinkrepierten. Oft lagen Tote zwei bis drei Tage auf ihren Strohsäcken, bis ihre Körper derart gestunken haben, daß Mitgefangene sie nach draußen brachten und irgendwo an einer Stelle verscharrten. Die Schüsseln, aus denen die Leute aßen, benutzten sie auch als Toilette, weil sie zu müde waren und vor Hunger zu ermattet, um überhaupt von ihren Pritschen aufstehen zu können und zu laufen. Um 3 Uhr morgens wurden sie geweckt. Die gleiche Schüssel wurde auch zum Waschen gebraucht und später wieder zum Essen. Die Art und Weise war allgemein bekannt. Trotzdem war es mir unmöglich, irgendwelche auch nur elementare Hilfe oder Erleichterung zu schaffen, um diese Epidemien, Krankheiten und Verhungertenfälle aus dem Wege zu räumen.

Dok. D-313. IMG. Bd. XXXV, S. 63-66.

265. *Aus dem Schreiben der Abteilung Maschinenbau der Firma Krupp vom 14. März 1942 an den Verantwortlicher der Firma für den „Russeneinsatz“*

Wir stellen in den letzten Tagen fest, daß die Beköstigung der hier eingesetzten Russen derart miserabel ist, daß die Leute von Tag zu Tag mehr geschwächt sind.

Feststellungen haben ergeben, daß die einzelnen Russen nicht in der Lage sind, beispielsweise einen Drehstuhl einwandfrei anzuziehen [317:] wegen fehlender körperlicher Kräfte. Genauso verhält es sich an allen anderen Arbeitsplätzen, an denen Russen beschäftigt sind.

Wenn nicht dafür Sorge getragen wird, daß die Verpflegung soweit geändert wird, daß von diesen Leuten eine normale Arbeitsleistung verlangt werden kann, so ist damit der Einsatz dieser Leute mit dem ganzen damit erforderlichen Aufwand umsonst gewesen. Ebenfalls lege ich gar keinen Wert darauf, weitere Russen hereinzunehmen, wenn sie mir als Produktiv-Arbeiter angerechnet werden, von denen ich aber keine Produktiv-Leistung erwarten kann.

Ich nehme an, daß innerhalb der übrigen Betriebe die gleichen Verhältnisse herrschen. Es dürfte demnach richtig sein, wenn von Ihnen aus über die Firma entsprechende Schritte unternommen werden, um diese Angelegenheit zu klären.

Dok. D-316, IMG, Bd. XXXV, S. 66-67.

266. *Aus einem Schreiben der Direktoren der zum Flick-Konzern gehörigen Maximilianshütte vom 26. Januar 1943 mit der Aufforderung nach verschärften Maßnahmen gegen ausländische Zivilarbeiter*

Über die Leistungen und Arbeitsdisziplin der ausländischen Zivilarbeiter ist bekanntlich gerade in den letzten Wochen sehr viel geklagt worden.

Hierzu ist festzustellen, daß außergewöhnlich wenig Anträge auf Erteilung von Verwarnungen, Verhängung von Bußen oder Anzeige bei den Staatspolizeistellen (für die ausländischen Zivilarbeiter

einschließlich der fremdvölkischen, innerhalb des Reiches beheimateten Arbeitskräfte, die nicht die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, z. B. Polen, Protektoratsangehörige, ist nicht der Reichstreuhänder, sondern die Staatspolizei zuständig) eingehen. Die gegebenen Möglichkeiten, die Leistungen der Ausländer zu steigern und pflichtwidriges Fernbleiben vom Arbeitsplatz, pflichtwidrige Arbeitsverweigerung und pflichtwidriges Zurückhalten von der Arbeit auszuschließen, müssen unter allen Umständen voll und ganz ausgeschöpft werden. Wir bitten daher, in Zukunft hiernach zu verfahren.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3150, zit. nach: Fall 5, S. 194-195.

[318:]

267. Aus dem kritischen Bericht einer Untersuchungskommission beim Wirtschaftsstab Ost über den Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter vom 10. März 1943

Daß die Betreuung der Ostarbeiter sich nicht allein auf das notwendigste Essen und Unterbringung, sondern z. B. auch vordringlich auf die Freizeitgestaltung u. a. erstrecken muß, ist bekannt. In den bereisten Gauen wird aber ganz im allgemeinen, abgesehen von wenigen Musterbetrieben, der Ostarbeiter seinem Schicksal überlassen, weil man ihn lediglich als aus dem weiten Ostraum leicht zu ergänzendes Produktionsmittel betrachtet. Die Betriebsführer haben fast durchgängig keinerlei Verständnis für das Wesen der Ostarbeiterfrage und wollen auch kein Interesse daran nehmen. Infolgedessen lassen selbst die notwendigsten Dinge wie Essen und Unterkunft oft außerordentlich zu wünschen übrig, sind ungenügend, lieblos hergerichtet, schmutzig und zum Teil sogar über jedes Maß hinausgehend schlecht. Bei den Unterkünften herrscht zum Teil sogar Dunkelheit und mangelnde Lüftung. Die Lagerführer sind im allgemeinen ihrer Aufgabe nicht gewachsen, es fehlt auch hier jede Ausrichtung auf die Erkenntnis der Bedeutung des Ostarbeiters für die Kriegswirtschaft. [...]

Bei der Frage der Strafen wurde der Auffassung begegnet, daß Prügel im Bergbau zwangsläufig dazugehören.

Ebenso wie bei den Fluchten werden hier beim Krankheitsstande Zahlen bewußt fortgelassen, denn die Abordnung mußte feststellen, daß bei den schlechtesten Betrieben teilweise der Krankenstand sehr gering war [...] Aufschlußreich war aber die Bemerkung: „Der Ostarbeiter sei sehr zäh. Er arbeite, bis er an dem Arbeitsplatz mit dem Gesicht in den Dreck falle und der Arzt nur noch den Totenschein ausstellen könne.“

Flick-Prozeß, Dok. NI-3013, zit. nach: Fall 5, S. 197-200.

[319:]

268. Aus der Zusammenstellung des Chefs der deutschen Militärverwaltung in Frankreich über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft vom Herbst 1943

Zahl in Tausend						
Männer					Frauen ¹	
aus	Zivilarbeiter	Kriegsgefangene	Zusammen			
			Zahl	vH	Zahl	vH
Frankreich	605	736	1341	26,3	44	2,6
Sowjetunion	817	496	1313	25,8	899	52,4
Polen	1094	29	1123	22,0	527	30,7
Belgien	195	53	248	4,9	33	1,9
Protektorat	244	—	244	4,8	42	2,5
Holland	236	—	236	4,6		20
Serbien	34	94	128	2,5	11	0,7
Italien	103	—	103	2,0	14	0,8
Sonstige	303	54	357	7,1	124	7,2
Zusammen	3631	1462	5093	100,0	1714	100,0

Dok. D-524, IMG, Bd. XXXV, S. 150.

¹ Einschließlich der in Zivilarbeiter umgewandelten Kriegsgefangenen, der Nichtbeschäftigten und der Personen ungeklärten Verbleibs.

[320:]

3. Politische Unterdrückung und faschistischer Terror in Deutschland

269. Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1939 bis 1941 (Grenzen von 1937 einseht. Ausländer in diesem Gebiet)

verurteilt wegen	1939	1940	1941	insgesamt
Hochverrat	1128	1112	1917	4157
Landesverrat	663	697	782	2142
Widerstand gegen die Staatsgewalt	4343	2674	2617	9634
Wehrmittelbeschädigung	20	14	27	61
Verrat militärischer Geheimnisse	46	71	116	233

ZStA Potsdam, Statistisches Reichsamt, *Die Entwicklung der Kriminalität im Deutschen Reich von Kriegsbeginn bis Mitte 1943 (vertraulich)*, Berlin 1944, Tabelle I, zit. nach: *Deutschland im zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, S. 375.

270. Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1941 (Grenzen von 1937)

Anklagepunkt der Nazi-Justiz	Verurteilte Personen	Im Verhältnis zu 1940 (in Prozent)
Hochverrat	1917	172
Landesverrat	782	112
Widerstand gegen die Staatsgewalt	2617	99
Wehrmittelbeschädigung	27	193
Verrat militärischer Geheimnisse	116	163
Verstoß gegen die Arbeitsdisziplin	3504	121
Verstoß gegen die KWVO	3063	412
Abhören ausländischer Sender	721	87
Wehrkraftzersetzung	4597	228
(davon Umgang mit Kriegsgefangenen)	(4345)	(228)
Insgesamt	17.344	158

ebd., zit. nach: ebd., S. 376.

[321:]

271. Aus der vertraulichen „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle vom 1. November 1941 über Strafmaßnahmen der Konzerne gegen deutsche Bergarbeiter

Im Anschluß an die Mitteilung der „Sozialpolitischen Information“ Nr. 2 bringen wir nachstehend die Zusammenstellung der in der Zeit vom Januar bis September 1941 durch den Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein gegen disziplinelose Bergmänner angeordnete Maßnahmen. (Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf alle Gewerbegruppen für das gesamte Wirtschaftsgebiet):

1. Im Bergbau wurden Verwarnungen ausgesprochen	2105	(18.689)
2. Schutzhaftanträge wurden gestellt	252	(1438)
3. Anträge auf Unterbringung im Arbeitserziehungslager wurden gestellt	423	(1193)
4. Anträge auf Unterbringung in einem Konzentrationslager wurden gestellt	13	(38)
5. Strafanträge bei der Staatsanwaltschaft wurden gestellt	116	(1193)

Vollstreckt wurden im Bergbau bisher in der obengenannten Zeit:

Schutzhaftanträge	248
Im Arbeitserziehungslager untergebracht	329
Anträge auf Überführung ins Konzentrationslager	13
Gerichtliche Strafen	61

Flick-Prozeß, Dok. NI-4104, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, S. 359-360.

272. *Aus der Anordnung von Fritz Sauckel vom 1. November 1943 über die Verschärfung der Strafbestimmungen in den Betrieben*

Um der kämpfenden Front das erforderliche Rüstungsmaterial zu schaffen, ist in den Betrieben die unbedingte Einhaltung der Arbeitsdisziplin erforderlich. Für diese zu sorgen und sie notfalls wiederherzustellen, ist in erster Linie Pflicht der Betriebsführer [...]

§ 2 Der Betriebsführer kann Verstöße der Gefolgschaftsmitglieder gegen die Ordnung (Arbeitsdisziplin) oder Sicherheit des Betriebes mit Verwarnungen oder Geldbußen nach Maßgabe der folgenden [322:] Bestimmungen ahnden, auch wenn eine solche Maßnahme bisher weder in gesetzlichen Vorschriften noch in Bestimmungen der Betriebsordnungen oder arbeitsvertraglichen Regelungen vorgesehen ist, und zwar:

1. leichte Verstöße, z. B. einmalige Unpünktlichkeit, mit mündlicher oder schriftlicher Verwarnung;
2. schwerere Verstöße, z. B. unentschuldigtes oder grundloses Fehlen, wiederholte Unpünktlichkeit oder eigenmächtiges oder vorzeitiges Verlassen der Arbeitsstelle sowie Wiederholung leichter Verstöße, mit einer Geldbuße bis zum Höchstbetrag eines durchschnittlichen Tagesverdienstes;
3. erhebliche Verstöße, z. B. wiederholte Verstöße nach Ziffer 2 oder bewußte Widerspenstigkeiten gegen Anordnungen des Betriebsführers oder seines Beauftragten, mit einer Geldbuße bis zum Höchstbetrage eines durchschnittlichen Wochenverdienstes.

§ 3 Die Erteilung der Verwarnung sowie die Verhängung der Geldbußen erfolgt durch den Betriebsführer oder durch eine von ihm beauftragte leitende Person; die Verhängung von Geldbußen nach Beratung im Vertrauensrat, wenn ein solcher besteht [...]

§ 5 Hält der Betriebsführer eine betriebliche oder nebenbetriebliche Maßnahme nicht für ausreichend oder sind diese erschöpft, so hat er unverzüglich – bei Inländern beim Leiter des zuständigen Arbeitsamts als Beauftragten des Reichstreuhanders der Arbeit, bei Ausländern (einschließlich Protektorsatsangehörigen und Schutzangehörigen des Deutschen Reichs) sowie bei Ostarbeitern bei der zuständigen Polizeistelle – Anzeige zu erstatten.

Handbuch des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Bd. 1. Berlin 1944, S. 167 f., zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 440-441.

[323:]

Verhaftungen im ersten Halbjahr 1944

	Januar	Februar	März
Kommunismus, Marxismus	1340	1877	1283
Reaktion, Opposition	2079	2154	2322
Widerstandsbewegung (Ausland)	2128	2470	2371
Katholische Kirchenbewegung	27	54	76
Evangelische Kirchenbewegung	7	12	9
Sekten	118	178	68
Juden	1711	436	402
Wirtschaftsangelegenheiten	549	568	582
Arbeitsniederlegungen:			
a) Deutsche	2060	2085	2294
b) Ausländer	27.048	27.966	30.221
Verbotener Umgang mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen	1796	2236	2207
Sonstige Verhaftungen	3717	5008	4467
	40.590	45.044	46.303
			Gesamt: 133.926

	April		Mai		Juni	
	Insg.	Ausl.	Insg.	Ausl.	Insg.	Ausl.
Kommunismus, Marxismus	1387	906	2188	1558	1478	865
Reaktion, Opposition	529	235	567	246	723	324
Kath. Kirchenbewegung	71	42	41	17	37	17
Ev. Kirchenbewegung	5	–	6	1	7	–
Sekten	147	49	63	9	78	27
Juden	453	137	331	92	533	148
Widerst.-Bew. (Ausl.)	1781	1781	3166	3166	3593	3593
Heimtück. Angel.	1665	628	1913	709	2498	913
Wirtschafts-Angel.	618	489	1218	956	826	566
Arbeitsniederlegungen:						
a) Deutsche	2047	–	2159	–	2280	–
b) Ausländer	–	34157	–	32407	–	41225
Kriminelle Delikte	8454	7767	10.593	9808	11.011	10.114
Verbotener Umgang m. ausl. Arbeitern u. Kriegsgefangenen	1169	924	1820	1373	2248	1768
Sonstige Delikte	456	254	354	207	454	269
	52.939	56.830	66991			
					Gesamt:	176.760
						310.686

Nach: G. Weisenborn, *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945*, 4. verb. Aufl. Frankfurt/M. 1974, S. 175-176.

[324:]

4. Judenverfolgung und „Arisierungen“

274. Aus der Aktennotiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick vom 24. März 1938 über seine Besprechung mit Regierungsrat Müller, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, über die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns

Herr Dr. Müller machte dann vertraulich noch folgende Bemerkungen:

Die außenpolitische Entwicklung in bezug auf Wien¹ habe einige Stellen ermutigt, in bezug auf die Lösung der Probleme, die mit Prag² zusammenhängen, die Dinge etwas anders zu betrachten, als es noch vor etlichen Wochen und Monaten notwendig gewesen wäre. Es bestünde der Eindruck, daß man vielleicht in einem halben Jahre schon eine andere Lösung der Probleme, insbesondere auch in bezug auf das P-Problem³, sehen würde. [...]

In den oberen Kreisen des RWM ist man der Meinung, daß, wenn man mit Veränderungen in der angedeuteten Art würde rechnen können, sich das Bild in bezug auf die devisenmäßige Behandlung des P-Problems wesentlich günstiger gestalten würde, da man die Besitzer dann doch praktisch als Inländer zu behandeln hätte. Es wäre dann lediglich noch ein Auswanderer-Problem bzw. ein Problem entsprechend der Arisierung anderer deutscher Unternehmungen [...]

Eins wäre unsererseits allerdings zu bedenken, und zwar ob man nicht in geschickter Weise der P-Gruppe zu verstehen geben kann, daß sie sich heute bei einer privatwirtschaftlichen Lösung besser stehen würde, als wenn sie weitergehende Ereignisse abwartet. Zweifellos würde der Druck auf die P-Gruppe (auch wenn sie amerikanisch getarnt sein sollte) ein wesentlich größerer sein, wenn Veränderungen der angedeuteten Art eintreten sollten. Vielleicht würde ein diesbezüglicher freundschaftlicher Rat die P-Gruppe und evtl. auch die Amerikaner⁴ veranlassen, heute nachgiebiger zu werden.

¹ „Anschluß“ Österreichs

² geplante Eingliederung der Tschechoslowakei

³ Petschek-Problem: Arisierung des Petschek-Braunkohlenkonzerns, für den sich Flick stark interessierte

⁴ Ein Teil der Aktien des Petschek-Konzerns gehörte zwei Brüdern der Petscheks mit amerikanischer Staatsbürgerschaft.

Andererseits müßten wir uns überlegen, ob wir im Vertrauen auf evtl. Veränderungen außenpolitischer Art vielleicht später etwas [325:] billiger an die Sache kommen könnten, als es heute unter den heute möglichen Druckmitteln der Fall ist.

Flick-Prozeß, Dok. NI-3238, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 169-170.

275. Aus dem Bericht Reinhard Heydrichs, Chef der Sicherheitspolizei, vom 11. November an Hermann Göring über die „Kristallnacht“ am 9. November 1938

In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. Es wurde, um weitere Plünderungen zu vermeiden, in allen Fällen scharf durchgegriffen. Wegen Plünderern wurden dabei 174 Personen festgenommen.

Der Umfang der Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Ziffern: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. Wegen der Dringlichkeit der Berichterstattung mußten sich die bisher eingegangenen Meldungen lediglich auf allgemeinere Angaben, wie „zahlreiche“ oder „die meisten Geschäfte zerstört“ beschränken. Die angegebenen Ziffern dürften daher um ein Vielfaches überstiegen werden.

An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört.

Festgenommen wurden rund 20.000 Juden, ferner 7 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen.

An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Verletzten sind Juden. Ein Jude wird noch vermißt. Unter den getöteten Juden befindet sich ein, unter den Verletzten 2 polnische Staatsangehörige.

Dok. PS-3058, IMG, Bd. XXXII, S. 1-2.

[326:]

276. Aus den antijüdischen Verordnungen Hermann Görings vom 12. November 1938

Aus der Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit:

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) das Folgende:

§ 1. Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1.000.000.000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

Aus der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben:

§ 1. (1) Juden [...] ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe [...], die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2. (1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 [...] sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle

Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3. (1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum

31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

[327:]

Aus der Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben:

§ 1. Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2. (1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

Reichsgesetzblatt, 1938, T. I. Nr. 189, S. 1579-1581.

277. Aus dem Vortrag Görings bei einer Sitzung des Reichsverteidigungsrats am 18. November 1938

II. 3. Finanzen

Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne bei Arisierung jüdischer Unternehmungen.

Dok. PS-3575, IMG, Bd. XXXII, S. 415.

278. Aus der geheimen Anordnung Görings vom 10. Dezember 1938 an die obersten Reichs- und Parteistellen und andere Behörden

III. Der Nutzen aus der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben kommt allein dem Reiche zu. Personen und Stellen, die aus der Überleitung jüdischer Betriebe oder sonstiger Vermögenswerte aus jüdischem Besitz einen ungerechtfertigten Vorteil gezogen haben, können daher zu einer Ausgleichsabgabe zu Gunsten des Reichs herangezogen werden.

Dok. PS-1208, IMG, Bd. XX VII, S. 71.

[328:]

279. Aus dem Entwurf eines vertraulichen Rundschreibens der Zentrale der Deutschen Bank, vermutlich an die Wirtschaftsgruppen, über die Beschleunigung der „Arisierung“, November oder Dezember 1938

Man sollte sich [...] in den einzelnen Wirtschaftsgruppen eine eigene Initiative überlegen, die in den Grenzen der gegebenen Möglichkeiten einerseits entsprechend den Wünschen der Regierung den Arisierungsprozeß wesentlich beschleunigt, andererseits zu den volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich günstigsten Ergebnissen führt.

Vielleicht kann das Vorgehen der Adefa sich für eine allgemeinere Anwendung empfehlen. Danach würde sich, wenn die Wirtschaftsgruppen oder Fachgruppen als solche – sich an der Übernahme der nichtarischen Betriebe nicht zu beteiligen wünschen, ein größerer Kreis von Firmen aus jeder von dem Arisierungsproblem berührten Branche zusammenschließen und Bewerbern, die für die Übernahme eines jüdischen Unternehmens für geeignet gehalten werden, aber nicht selbst über die hierzu erforderliche Kapitalkraft verfügen, den Erwerb durch Garantieleistungen ermöglichen. [...] Für die Wirtschaftsgruppen ergibt sich aus diesem Verfahren der große Vorteil, daß sie den Gang der Arisierung in der Hand behalten und insbesondere ein staatliches Eingreifen vermeiden [kann], das, der

Regierung an sich selbst unerwünscht, störende Einwirkungen von nicht absehbarer Tragweite haben kann. Es liegt ferner auf der Hand, daß auf diese Weise, indem anstelle brancheunkundiger Einflüsse eine fachkundige Leitung tritt, Verluste und auch Marktstörungen vermieden werden, mit denen sonst zu rechnen wäre. Dieser Erfolg darf um so mehr erwartet werden, als die an der Garantie beteiligten Firmen ein eigenes Interesse daran haben, ihr Risiko durch sachgemäße Entscheidung und Kontrolle auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, Deutsche Bank, Nr. A 11, Bd. 9, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 198.

[329:]

280. Aus einer Rede des Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank, auf einer Regierungssitzung am 16. Dezember 1941 in Krakau über den Plan der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung

Mit den Juden – das will ich Ihnen ganz offen sagen – muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europasein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird – das geht aus den Stimmungsberichten hervor – immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten, einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiter spreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volk haben; sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippenschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zweck angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen [...] Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat¹ auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber. Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die [330:] anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben nicht im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genauso judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.

Wortlaut in: Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, Frankfurt /M. 1960, S. 262-263.

¹ Gemeint ist die besetzte Ukraine.

281. *Aus den Äußerungen von Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, am 20. Januar 1942 auf der sogenannten Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“.*¹

An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht [...]

[331:] Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Vollständiger Wortlaut in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 323.

282. *Aus dem Schreiben von Viktor Brack, Oberdienstleiter in Hitlers Parteikanzlei, an Heinrich Himmler vom 23. Juni 1942 mit dem Vorschlag, 2 bis 3 Millionen arbeitsfähiger Juden im Interesse der Industrie nicht zu liquidieren.*

Bei ca. 10. Millionen europäischer Juden sind nach meinem Gefühl mindestens 2-3 Millionen sehr gut arbeitsfähiger Männer und Frauen enthalten. Ich stehe in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten, die uns die Arbeiterfrage bereitet, auf dem Standpunkt, diese 2-3 Millionen auf jeden Fall heranzuziehen und zu erhalten. Allerdings geht das nur, wenn man sie gleichzeitig fortpflanzungsfähig macht. Ich habe Ihnen vor ca. 1 Jahr bereits berichtet, daß Beauftragte von mir die notwendigen Versuche für diesen Zweck abschließend bearbeitet haben. Ich möchte diese Tatsachen nochmals in Erinnerung bringen. Eine Sterilisation, wie sie normalerweise bei Erbkranken durchgeführt wird, kommt in diesem Fall nicht in Frage, da sie zu zeitraubend und kostspielig ist. Eine Röntgenkastration jedoch ist nicht nur relativ billig, sondern läßt sich bei vielen Tausenden in kürzester Zeit durchführen. Ich glaube, daß es auch im Augenblick schon unerheblich geworden ist, ob die Betroffenen dann nach einigen Wochen bzw. Monaten an den Auswirkungen merken, daß sie kastriert sind.

Vollständiger Wortlaut in: Faschismus-Getto-Massenmord, S. 295.

[332:]

283. *Aus der Aussage des polnischen Schriftstellers J. Perle über die Deportation von 200 Kindern aus dem Janusz-Korczak-Waisenhaus im Warschauer Getto Ende 1942*²

Ich muß hier noch einmal die banalen Worte wiederholen, daß es keine Feder gibt, mit der dieses furchtbare Bild beschrieben werden könnte. Die faschistischen Kindermörder waren von einer wilden Wut erfaßt, sie schossen unaufhörlich. 200 Kinder standen zu Tode erschrocken da. Gleich würden sie bis auf das letzte erschossen werden. Und dann geschah etwas Außergewöhnliches: Diese 200 Kinder schrieten nicht, 200 unschuldige Wesen weinten nicht, keines von ihnen lief davon, keines verbarg sich. Sie schmiegt sich nur wie kranke Schwalben an ihren Lehrer und Erzieher, ihren Vater und Bruder, an Janusz Korczak, damit er sie behüte und beschütze.

Er stand in der ersten Reihe. Er deckte die Kinder mit seinem schwachen, ausgemergelten Körper. Die Hitlerbestien nahmen keine Rücksicht. Die Pistole in der einen, die Peitsche in der anderen Hand, bellten sie:

¹ Protokolliert von Adolf Eichmann

² Janusz Korczak war ein bedeutender polnischer Pädagoge und Schriftsteller, der im Warschauer Getto ein Waisenhaus für jüdische Kinder leitete.

„Marsch!“

Wehe den Augen, die dieses furchtbare Bild mit ansehen mußten.

Janusz Korczak, barhäuptig, mit einem Lederriemen um den Mantel, mit hohen Stiefeln, gebeugt, hielt das jüngste Kind an der Hand und ging voraus. Ihm folgten einige Schwestern in weißen Schürzen, und dann kamen die 200 frisch gekämmten Kinder.

Die Kinder waren von allen Seiten von deutschen, ukrainischen und jüdischen Polizisten umgeben.

Im Judenrat hatte man inzwischen erfahren, was auf der Siennastraße 16 vor sich ging. Man begann zu telefonieren, hin und her zu laufen, wollte retten.

Aber wen wollte der Judenrat retten? Nicht die 200 Kinder, er wollte nur Janusz Korczak retten.

Er dankte den Herren vom Judenrat, die alle Juden Warschaus geopfert hatten, und schritt an der Spitze seiner Kinder zum Verladeplatz.

Die Steine weinten, als sie diese Prozession sahen, doch die faschistischen Mörder trieben die Kinder mit Peitschen weiter und schossen immer wieder.

Bis zum heutigen Tage fehlt jede Spur, wo Janusz Korczak mit den 200 Kindern geblieben ist. Allen Anzeichen nach ist von ihnen nichts übriggeblieben.¹

[333:] Wortlaut in: *Faschismus-Getto-Massenmord*, S. 313-314.

[334:]

5. Das KZ-System: politische Funktion und wirtschaftlicher Nutzen

284. *Aus dem geheimen Schreiben von Carl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und Aufsichtsratsvorsitzer der IG-Farben, an Otto Ambros, Vorstandsmitglied der IG-Farben, vom 4. März 1941 über den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des Bunawerkes IV in Auschwitz*

Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet:

1. Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind frei zu machen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen.
2. Aus der Gegend von Auschwitz dürfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter für das Bunawerk in Frage kommende Polen ausgewiesen werden.
3. Der Inspekteur der Konzentrationslager und der Chef des V- und W-Hauptamtes ist angewiesen, an Ort und Stelle sofort mit dem Bauleiter des Bunawerkes in Verbindung zu treten und das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-11086, zit. nach: IG-Farben, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG-Farben, Berlin, o. J., S. 13.

285. *Aus der eidesstattlichen Erklärung des tschechischen Arztes Dr. Rudolf Vitek über die Behandlung der Häftlinge in Auschwitz-Monowitz*

2. In Monowitz wurde ich zum Block 2 eingeteilt. Ich leistete auf Außenkommandos schwerste körperliche Arbeit, z. B. den Transport von schweren Eisen-Weichen. Später arbeitete ich an verschiedenen anderen Außenkommandos, darunter das befürchtete Kommando 1, wo ich 50 kg schwere Zementsäcke von der Abladestelle der Kleinbahn ins Zementdepot ungefähr 300 Meter entfernt tragen mußte. Vier Vorarbeiter standen auf einem Stapel und der gerade tragende [335:] Häftling mußte sich den Zementsack auf die Schulter werfen lassen. Ein Ausrasten auf dem Rückweg ohne Last war

¹ Die Kinder kamen im Vernichtungslager Treblinka ums Leben.

unmöglich, da jede 5 bis 10 Schritte ein Vorarbeiter oder Kapo¹ stand, der durch Schlagen mit einem Knüttel die Häftlinge zum Laufschrift antrieb. Stets war ein Aufseher in Zivil, Vorarbeiter oder Werkführer, zuweilen auch ein Betriebsingenieur der IG-Farben anwesend.

Konnte einer der Häftlinge nicht mehr weiter und fiel zu Boden, so wurde er mit Fußtritten und Stiefelabsätzen so lange traktiert, bis er entweder doch weiterarbeitete oder starb.

Die Häftlinge wurden von den Kapos und von den Vorarbeitern und Meistern der IG in einer unmenschlichen Weise zur Arbeit getrieben. Es gab kein Pardon. Prügel, Mißhandlungen ärgster Art, ja sogar direkter Totschlag waren an der Tagesordnung. Das mörderische Arbeitstempo bewirkte, daß zahlreiche Häftlinge sich kurzerhand während der Arbeit hinstreckten, blau wurden, nach Luft schnappten und wie ein Stück Vieh verreckten.

Es war uns anderen Häftlingen, und unter uns waren zahlreiche Ärzte, verboten, irgendeinem anderen Häftling zu Hilfe zu kommen.

Es war durchaus keine Seltenheit, daß Kommandos von einer Stärke von 400 bis 500 Mann am Abend 5-20 Tote mit sich transportierten. Diese Toten wurden mit auf den Appellplatz geschleppt und wurden mit in den Stand gezählt.

Unter den uns mißhandelnden Zivilisten befand sich auch ein Ingenieur der IG-Farben (leider kenne ich seinen Namen nicht), der prinzipiell jeden jüdisch aussehenden oder den Judenstern tragenden Häftling mit Moses titulierte. Dieser Herr hat sich ebenfalls persönlich häufig an Häftlingen vergriffen, öfter jedoch hetzte er einen Kapo oder Vorarbeiter auf den Häftling, welcher nicht selten unter diesen Umständen den Heimweg nicht mehr lebend mitmachen konnte.

3. Die *hygienischen* Zustände in Monowitz waren vollkommen ungenügend. Es gab nur zwei Latrinen, die ca. in der Mitte des Lagers waren, so daß Menschen, die an Durchfall litten, während der Nacht unzähligemale durch den knöcheltiefen Schlamm zur Latrine waten mußten. Während der Nacht warestrotz des damals großen Frostes (Minimaltemperatur – 26°) nicht erlaubt, sich anzukleiden (Fluchtversuchs-Verhinderung). Man mußte in der Unterwäsche zur Latrine gehen.

[336:]



Himmler in Auschwitz mit Industriellen bei der Besprechung über den Aufbau des Buna-Werkes der IG-Farben.

¹ Nach italienisch „il capo“: das Haupt; Bezeichnung in den Konzentrationslagern für Vorarbeiter aus den Reihen der Häftlinge.

[337:] *Baden*. Dieses wurde zwangsweise alle 8-10 Tage durchgeführt. Die Häftlinge wurden mit kochendem Wasser geduscht und mußten meist splinternackt durch den Frost zurück in den Block. Handtücher gab es 1-2 pro 180 Mann. [...]

4. Wenn man Glück hatte, bekam man morgens einen Viertel Liter Kaffee oder besser gesagt eine schwarze ungesüßte Abkochung irgendeiner Ersatzmasse. Diese Portion war für zwei Leute gemeinsam (Mangel an Schüsseln). Mittags wurden auf die IG-Arbeitsstellen von einem Lastauto eine Anzahl Kochgefäße mit Buna-Suppe gebracht. Von dieser, meist aus Abkochung von Brennesseln oder anderem Grünzeug, manchmal mit einem einzelnen Stückchen Kartoffel gekochten Suppe erhielt jeder Häftling knapp einen Liter. Abends gab es als Zuteilung $\frac{1}{4}$ Laib Brot mit einem sehr beträchtlichen Zusatz von feinst gemahlenem Holzmehl, dazu gab es eine Scheibe Wurst oder einen Löffel Weißkäse oder 1 Kaffeelöffel Sirup. Das Wasser war ungenießbar und gesundheitsschädlich. Es enthielt nach Angaben der SS-Ärzte Stickstoffderivate (Zeichen von Verwesung). Auch auf der Arbeitsstelle war das Wasser ungenießbar und die Häftlinge tranken das Kondenswasser aus der Fernleitung. Wurden sie dabei ertappt, gab es fürchterliche Prügel.

Mein Normalgewicht betr.ug stets 96 bis 97 kg. Als ich aus Buna fortging, wog ich bei der Aufnahme in den Häftlingskrankenbau in Auschwitz 57 kg. [...]

5. Es war allgemein bekannt, daß der Krankenbau in Monowitz nur den Häftlingen die Arbeitsfähigkeit zurückzugeben habe. War ein Häftling ernstlich krank, und bestand nicht die Aussicht, daß er innerhalb 14 Tagen wieder arbeitsfähig sei (die Zeit, welche die IG-Farben als Maximai-Krankenzeit bezahlte), wurde der Häftling entweder in den Krankenbau nach dem Stammlager Auschwitz überwiesen oder direkt nach Birkenau abtransportiert.

6. Selektionen fanden etwa alle 14 Tage statt. Morgens beim Ausmarsch aus dem Lager mußten die Häftlinge langsam in Fünferreihen vor einer Selektionskommission vorbeimarschieren. Die Kommission bestand meistens aus dem Lagerkommandanten, Lagerführer, Lager-Arbeitsführer, Lagerarzt und immer mehreren Zivilisten, die dem Arbeitsstab der IG-Farben angehörten. Die Häftlinge rissen sich zusammen, wenn sie vorbeimarschierten, da sie alle wußten, daß das Herausholen aus der Fünferreihe der sichere Tod durch Vergasung in Birkenau bedeutete.

7. Die durchaus ungenügende und auch in ihrer Qualität und Zusammensetzung für körperliche Schwerarbeiter nicht ausrei-[338:]chende Ernährung, die furchtbare Behandlung, die elenden hygienischen Verhältnisse, die ungenügende Kleidung und mangelhafte Sauberkeit führten unweigerlich dazu, daß früher oder später jeder einzelne Häftling erkrankte und dann meistens an Durchfall. Dies bedeutete ein Todesurteil; da zahlreiche Häftlinge bereits im Krankenbau in Monowitz verstarben, andere nach dem Stammlager Auschwitz oder Birkenau abtransportiert wurden, wo sie entweder der Krankheit selbst oder der unmenschlichen Behandlung erlagen. Oder wo sie, wie mein eigener 19jähriger Sohn, der in Buna an Durchfall erkrankt war und nach dem Stammlager Auschwitz transportiert wurde, der mörderischen Selektion durch die SS-Ärzte (in diesem Falle SS-Obersturmführer Dr. Endres) zum Opfer fielen.

IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-4830, zit. nach: Fall 6, S. 153-155.

286. *Aus dem Bericht von Oswald Pohl, Chef des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes der SS, an Heinrich Himmler vom 30. April 1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen*

I. 1. Bei Kriegsausbruch waren folgende Konzentrationslager vorhanden:

a) Dachau	1939	4000	heute	8000 Häftlinge
b) Sachsenhausen	1939	6500	heute	10.000 Häftlinge
c) Buchenwald	1939	5300	heute	9000 Häftlinge
d) Mauthausen	1939	1500	heute	5500 Häftlinge
e) Flossenbürg	1939	1600	heute	4700 Häftlinge
f) Ravensbrück	1939	2500	heute	7500 Häftlinge

2. In den Jahren 1940-1942 wurden neun weitere Lager errichtet und zwar: a) Auschwitz, b) Neuengamme, c) Gusen, d) Natzweiler, e) Groß-Rosen, f) Lublin, g) Niederhagen, h) Stutthof, i) Arbeitsdorf.

[...]

II. 1. Der Krieg hat eine sichtbare Strukturveränderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend verändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.

2. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich die notwendigen Maßnahmen, welche eine allmähliche Überführung der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.

Dok. R-129, IMG, Bd. XXXVIII, S. 363-365.

287. Aus den eidesstattlichen Erklärungen von Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, im Nürnberger Pohl-Prozeß (1946, 1947) über die Massenmorde in Auschwitz und über den Einsatz von Häftlingen in der Industrie

Ich befahlte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2.500.000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden: mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3.000.000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80% aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden, die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien im und um das Konzentrationslager verwendet. [...]

Massenhinrichtungen durch Vergasung begannen im Laufe des Sommers 1941 und dauerten bis zum Herbst 1944. Ich beaufsichtigte persönlich die Hinrichtungen in Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943. Nachdem ich das Vernichtungsgebäude in Auschwitz errichtet hatte, verwandte ich Zyklon B, eine kristallisierte Blausäure, das durch eine kleine Öffnung in die Todeskammern eingeworfen wurde. [...]

Nach meiner Kenntnis begann die massenhafte Verwendung von KZ-Häftlingen in der deutschen Privatindustrie im Jahre 1940/41. Diese Verwendung steigerte sich fortlaufend bis zum Ende des Krieges. Gegen Ende 1944 waren ungefähr 400.000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie und rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt. Wie viele Häftlinge schon vorher oder nachher eingesetzt waren, kann ich nicht sagen. Nach meiner Schätzung sind in den Betrieben mit besonders schweren Arbeitsbedingungen, z. B. Bergwerken, jeden Monat ein Fünftel gestorben oder [340:] wurden wegen Arbeitsunfähigkeit zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt.

Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten. In den Anforderungsschreiben mußten die Unternehmungen auch genau angeben, welche Vorkehrungen für die Sicherung, Unterbringung usw. der angeforderten Häftlinge von den Betrieben getroffen worden waren, noch bevor die Häftlinge anlangten. Ich habe dienstlich viele solcher Betriebe besucht, um diese Angaben zu überprüfen, immer bevor die Häftlinge entsandt wurden.

Die Betriebe mußten keine Berichte über Todesursachen usw. abgeben. Auf Grund der Berichte, die wir in den Lagern von der SS-Wachmannschaft und den Arbeitskommandoführern über Verminderung der Zahl der in den betreffenden Betrieben arbeitenden Häftlinge erhielten, wurden die Zahlen der Todesfälle und der Arbeitsunfähigen mitgeteilt, und sodann wurden fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt.

Während meiner Dienstreisen wurde mir fortgesetzt von leitenden Persönlichkeiten der Betriebe gesagt, daß sie mehr Häftlinge haben wollen.

Anfangs des Krieges bezahlten die Unternehmungen wenig für diese Arbeitskräfte – etwa Mk. 1,–, Mk. 1,20. Später zahlten sie bis zu Mk. 5,00 für gelernte Arbeiter. Unter den zum Arbeitseinsatz gesandten Häftlingen befanden sich

1. nicht-jüdische Häftlinge, die auf Grund ihrer Berufsschulung ausgesucht wurden, und
2. Juden, die nur auf Grund ihrer Arbeitsfähigkeit ausgesucht wurden.

Das Alter der zum Arbeitseinsatz verwendeten Häftlinge war von ungefähr 13 Jahren aufwärts. Häftlinge über 50 Jahre wurden nur selten zum Arbeitseinsatz verwendet, wenn sie besonders kräftig oder besonders geschult waren; sonst wurden sie sofort vernichtet.

Pohl-Prozeß, Dok. NI-034 u. NI-4434, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 477-479.

[341:]

288. Rentabilitätsberechnung der SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an Industriebetriebe

Täglicher Verleihlohn durchschnittlich	RM6,–
abzüglich Bekl. Amort.	RM 0,10
abzüglich Ernährung	<u>RM 0,60</u> <u>RM 0,70</u>
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt.	= 270 × RM
	5,30 = RM 134,–
	1,–

Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen:

1. Zahngold	
2. Kleidung	
3. Wertsachen	
4. Geld	
abzüglich Verbrennungskosten	RM 2,–
durchschnittlicher Nettogewinn	<u>RM 200,–</u>
Gesamtgewinn nach 9 Monaten	<u>RM 1631,–</u>
zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung	

Abgedruckt in: E. Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1974, S. 357-358.

289. Aus dem Schreiben des Abwehrbeauftragten der Ammoniakwerk Merseburg GmbH an die Filmfabrik Wolfen vom 29. Juni 1942 über die Errichtung eines Arbeitserziehungslagers

Auf Anregung des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung¹ errichten wir zur Zeit im Einvernehmen mit der Staatspolizeistelle Halle ein Arbeitserziehungslager, in dem aus dem gesamten Regierungsbezirk Merseburg und darüber hinaus aus dem gesamten Wehrkreis IV arbeitsunwillige Elemente aus den verschiedenen kriegswichtigen Betrieben aufgenommen und zur Arbeit erzogen werden sollen. Das Arbeitserziehungslager, das zur Unterbringung von etwa 160 arbeitsunwilligen Elementen eingerichtet wird, wird in der Nähe unseres Werkes in Spergau zur Zeit gebaut und voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juli in Betrieb genommen.

¹ Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben

[342:]



Oberingenieur Max Faust von der IG Farbindustrie zeigt dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, Industrieanlagen seines Konzerns in Auschwitz-Monowitz.

[343:] *Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Nr. A 5168, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 403.*

290. *Aus dem Protokoll von Walter Dürrfeld, Direktor des Werkes Auschwitz der IG-Farbenindustrie AG, über die Besprechung mit SS-Sturmbannführer Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, am 14. Mai 1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen*¹

Der Kommandant betont seinen Auftrag, den er von dem Reichsführer SS bekommen hat, uns unter allen Umständen Häftlinge bis zur Zahl von 4500 Mann zur Verfügung zu stellen. [...]

In einer eingehenden Unterhaltung über die Qualität der Häftlinge entwickelte ich folgende Bedingungen:

1. Kräftige und arbeitsfähige Häftlinge.
2. Täglich die gleichen Häftlinge zum gleichen Arbeitsplatz.
3. Größere Freizügigkeit im Einsatz der Häftlinge.
4. Ansporn der Häftlinge zu größerer Leistung.

Zu 1. versprach der Kommandant, für eine gute Auswahl der Leute Sorge zu tragen. [...]

Zu 2. versprach er ebenfalls, sein Personal anzuweisen, bei der Einteilung darauf zu achten, daß durch Krankmeldungen, die oft bei schlechtem Wetter außerordentlich zahlreich seien, nicht allzu große Verschiebungen in der Einteilung der Häftlinge entstehen.

Zu 3. Unsere Vorschläge, den gesamten Zaun durch eine Postenkette zu besetzen und die Häftlinge innerhalb des Werkzaunes freizügig arbeiten zu lassen, hält er nur für durchführbar, wenn an den Toren eine scharfe Kontrolle durchgeführt wird. [...]

Zu 4. wurde dem Kommandanten ein Primitiv-Akkordsystem (das scherzhaft genannte FFF-System² vorgeschlagen und um Unterstützung in der Durchführung gebeten.

Archiv des VEB Chemische Werke Buna, Sonderakte Auschwitz, zit. nach: JG-Farben, Auschwitz, Massenmord, S. 42.

¹ Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben

² „Freiheit, Fressen, Frauen“. Das hieß: Bewegungsmöglichkeit innerhalb einer Postenkette auf der Arbeitsstelle und Vortäuschen von Entlassungsmöglichkeiten, geringfügige Verpflegungszulagen für hohe Arbeitsleistungen, Bordellbesuch für gute Antreiberdienste der Kapos.

[344:]

291. *Aus dem Wochenbericht von Max Faust, Oberingenieur des Werkes Auschwitz der IG-Farben-industrie.AG, für die Zeit vom 18. Oktober bis zum 31. Oktober 1943 über die Behandlung der KZ-Häftlinge und der anderen Arbeitskräfte*

Eine Sorge, die von Woche zu Woche brennender wird, bildet die ständig abnehmende Arbeitsmoral auf der Baustelle. [...]

Bedauerlich hierbei ist, daß die Gestapo bei der Behandlung von Fragen der Arbeitsbummelei nicht so prompt arbeitet, wie dies von uns gewünscht wird. So werden z. B. Reklamationen bei der Gestapo wegen Behandlung von uns gemeldeter Arbeitsbummelanten mit dem einfachen Hinweis beantwortet, daß sich die Gestapo nicht drängeln ließe. Diese Tatsache allein zeigt, daß man dort noch nicht erkannt hat, um was es geht.

Bezüglich der Behandlung der Häftlinge habe ich zwar stets dagegen opponiert, daß Häftlinge auf der Baustelle erschossen oder halbtot geschlagen werden. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Züchtigung in gemäßigten Formen unbedingt notwendig ist, um die nötige Disziplin unter den Häftlingen zu wahren. Es geht nicht an, daß ein Häftling einem Meister nachruft: „Dich werden wir auch noch von Deinem Fahrrad herunterholen.“

Dasselbe gilt auch für einen Teil Polen und Ukrainer. Es war von jeher üblich, daß ein energischer und tatkräftiger deutscher Polier auf der Baustelle auch einmal handgreiflich wurde, und es hat Zeiten gegeben, in denen es der jugendliche Geselle dem Meister durchaus nicht übelnahm, wenn er für eine Dummheit, die er gemacht hatte, eine Backpfeife bekam.

Archiv des VEB Chemische Werke Buna, Schkopau, Sonderakte Auschwitz, zit. nach: IG-Farben, Auschwitz, Massensmord, S. 30.

292. *Aus dem Bericht des ehemaligen KZ-Häftlings M. Moulis über die Solidarität der Häftlinge im KZ Buchenwald*

Schon in den Wochen und Monaten, als das Lager in einem höllischen Tempo aufgebaut wurde, empfangen wir die ersten Zeichen kameradschaftlicher Solidarität. Wenn ein Stärkerer beobachtete, daß ein Kamerad vor Erschöpfung zusammenzubrechen drohte, versuchte er sofort, zumindest für eine Weile, seine Arbeit zu übernehmen. Oft kam es vor, daß die Menschen an den Wagen der [345:] Feldbahn nicht den ununterbrochenen Laufschrift aushalten konnten. Zusammenbrechen bedeutete gewöhnlich Tod. Auf die niedersinkenden Häftlinge stürzten sich sofort die SS-Männer und schlugen sie zusammen. In solchen kritischen Augenblicken ließen die Kühnsten gewandt den Wagen entgleisen. Sie mußten ihn zwar unter Flügen und Schlägen wieder auf die Gleise bekommen und aufladen, jedoch der Transport war auf 10 Minuten unterbrochen und 50 oder 100 Häftlinge konnten aufatmen. Der SS-Aufseher konnte nicht überall sein, besonders nicht, wenn sich z. B. unendliche Karawanen mit Tragen, auf denen Steine oder Lehm transportiert wurden, auf kilometerlangen Entfernungen bewegten. Dort, wo sich Aufseher zeigten, herrschte „Tempo“. Sobald sie sich verzogen, wurde „mit den Augen“ gearbeitet. Die Kolonne oder einzelne Häftlinge richteten sich auf, standen und schauten aufmerksam in der Gegend herum. Erklang irgendwoher das Wort „Achtzehn“¹, entstand wieder „Bewegung“.

Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, Berlin 1961, S. 339.

293. *Aus der Aussage eines ehemaligen KZ-Häftlings im 2. Treblinka-Prozeß über seine Erlebnisse bei der Ankunft im Massenvernichtungslager Treblinka*

(Als der Zug) in Treblinka ankam, erinnere ich mich, große Haufen aufgestapelter Kleider gesehen zu haben. Nunmehr mußten wir befürchten, daß die Gerüchte wirklich wahr waren. [...]

Der Transport fand in Güterwagen statt. Die Güterwagen waren sehr überfüllt. Wir hatten etwas zum Essen mitnehmen können, aber wir bekamen nichts zu trinken und das war das Schlimme. Als der

¹ Tarnwort für „Achtung“

Zug in Treblinka ankam, waren eine ganze Reihe von Menschen bereits vor Erschöpfung gestorben., [...] Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Schlimme bei diesem Transport ja auch der Mangel an Luft war. Es gab nur ein kleines, vergittertes Fenster und es gab keine sanitären Einrichtungen. Jeder wird sich vorstellen können, was das bedeutete.

Ich erinnere mich dann an das schreckliche Durcheinander, als in Treblinka die Türen aufgerissen wurden. Von den Ukrainern und Deutschen wurde gerufen, „aussteigen, raus“. Auch die Angehörigen der sogenannten Roten Jüdischen Kommandos¹ riefen und schrien. Dann fingen auch die ankommenden Menschen an zu schreien und zu klagen. Ich erinnere mich dann noch, daß mit Peitschen auf uns eingeschlagen wurde. Dann hieß es „Männer rechts und Frauen links und ausziehen“. Meine kleine Tochter war bei mir und lief dann zu der Mutter, als wir getrennt wurden. Ich habe beide nicht wieder gesehen und konnte mich nicht einmal von ihnen verabschieden. [...]

Um bei den Angekommenen den Eindruck zu bestärken, daß es sich bei Treblinka lediglich um einen Umsteigebahnhof für den Weitertransport zur Arbeit im Osten handele, waren auf dem Bahnsteig oder in dessen unmittelbarer Nähe große Schilder in deutscher und polnischer Sprache aufgestellt, auf denen es sinngemäß hieß:

Achtung Warschauer Juden!

Ihr befindet Euch hier in einem Durchgangslager, von dem aus der Weitertransport in Arbeitslager erfolgen wird.

Zur Verhütung von Seuchen sind sowohl Kleider als auch Gepäckstücke zum Desinfizieren abzugeben.

Gold, Geld, Devisen und Schmuck sind gegen Quittung der Kasse zu übergeben. Sie werden später gegen Vorlage der Quittungen wieder ausgehändigt.

Zur Körperreinigung haben sich alle Ankommenden vor dem Weitertransport zu baden.

Außerdem hielt – zumindest in der ersten Zeit der Massentötungen – oftmals ein Angehöriger des deutschen Lagerpersonals eine Ansprache an die auf dem Bahnhofsvorplatz versammelten Menschen, in der er sinngemäß das gleiche ausführte, was auf den Schildern stand. Darüber hinaus forderte er alte, kranke, gebrechliche oder aus sonstigen Gründen nicht mehr gehfähige Personen auf, sich notfalls mit Hilfe von Angehörigen des jüdischen Arbeitskommandos zum Lazarett zu begeben, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil werden würde. Im Vertrauen auf diese Erklärung meldeten sich nach der Ankunft jeden Transportes zahlreiche Personen für eine Behandlung im Lazarett. Sobald diese Menschen jedoch dort angekommen waren, mußten sie sich nackt ausziehen. Sie wurden entweder nebeneinander auf den sich an der Längsseite der Grube entlang ziehenden Erdwall gesetzt oder aber an den Rand der Grube gelegt und dann durch die im Lazarett dienstuenden Wachmannschaften erschossen. [...] Die auf dem Erdwall nebeneinander sitzenden Opfer hatten ihr Gesicht der Grube zugewandt und mußten so noch [347:] vor ihrer Tötung mitansehen, wie die Leichen der vorangegangenen Opfer in der Grube brannten und schwelten. Die Erschießungen im Lazarett wurden durchweg von den deutschen Unterführern vorgenommen.

Abgedruckt in: NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo, hrsg. v. A. Rückert, München 1977, S. 218-219.

¹ Arbeitskommandos

[348:]

V. Nachkriegsplanungen des deutschen Großkapitals

„Ein sehr wirksames Mittel, die europäischen Völker auf die Notwendigkeiten der künftigen Neuordnung vorzubereiten, besteht jetzt schon in der entsprechenden Auswertung der Besorgnisse, die in allen Ländern der Gedanke an ein Vordringen des Bolschewismus nach Europa hinein auslöst.“

Außenminister Joachim Ribbentrop am 5.4.1943

„Von nun an müsse die deutsche Industrie erkennen, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne ... Jeder Industrielle müsse Kontakte und Verbindungen zu ausländischen Firmen aufnehmen ...“

Bericht über ein Industriellentreffen am 7.11.1944

294. Aus den Richtlinien des Außenministers Joachim von Ribbentrop vom 5. April 1943 für die Arbeit des „Europa-Ausschusses“

1. Hauptaufgabe des Ausschusses ist in der gegenwärtigen Phase des Krieges die Sammlung von Material und die Vorbereitung von Unterlagen für die bei Kriegsende zu treffenden Regelungen der europäischen Neuordnung. [...]

Es ist davon auszugehen, daß in Zukunft zwischen dem Großdeutschen Reich und den einzelnen europäischen Ländern Bindungen teils engerer, teils loserer Art herzustellen sein werden, die sich einer schematischen Formel entziehen. Für jedes einzelne Land und Volk wird hier zu gegebener Zeit eine besondere Entscheidung zu treffen sein. Feststehend ist jedoch schon heute, daß das künftige Europa nur bei einer voll durchgesetzter Vormachtstellung des Großdeutschen Reiches Bestand haben kann. Die Sicherung dieser Vormachtstellung ist demnach als der Kern der künftigen Neuordnung anzusehen. [...]

2. Für die propagandistische Behandlung der Europa-Frage muß es vorerst noch sein Bewenden dabei haben, daß wir in allgemeiner Formulierung bei sich bietenden Anlässen zum Ausdruck bringen, unser Ziel sei die Schaffung einer gerechten Neuordnung, die den europäischen Völkern eine gesicherte Existenz in enger wirtschaftlicher und kultureller Verbundenheit und unter Ausschaltung fremder Bevormundung ermöglichen werde. [...]

[349:] 3. Ein sehr wirksames Mittel, die europäischen Völker auf die Notwendigkeiten der künftigen Neuordnung vorzubereiten, besteht jetzt schon in der entsprechenden Auswertung der Besorgnisse, die in allen Ländern der Gedanke an ein Vordringen des Bolschewismus nach Europa hinein auslöst. Je deutlicher sich die sowjetrussische Absicht abzeichnet, im Falle eines Sieges der Alliierten in Europa nur noch Regierungen zuzulassen, die Moskau genehm und mithin bolschewistisch sind, und je mehr die Erkenntnis sich durchsetzt, daß nur die deutsche Wehrmacht diese Gefahr abwenden kann, um so rascher wird in allen Ländern das Verständnis für die Erfordernisse einer europäischen Neuordnung wachsen, die vor allem bestimmt sein muß, auch für die Zukunft, der Wiederkehr einer solchen Gefahrenlage vorzubeugen.

ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5842, Bl. 689 f. zit. nach: Anatomie der Aggression, S. 183-184.

295. Aus der Notiz des Gesandten Cecil von Renthe-Fink vom 16. November 1943

Am 25. November jährt sich zum siebenten Mal der Gründungstag des Antikominternpaktes, in dem sich die Mehrzahl der europäischen Nationen zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Bolschewismus zusammengeschlossen hat. [...]

Ich gestatte mir, einige Anregungen zu geben, die hierbei Verwendung finden könnten:

1. Anknüpfend an die Feststellung, daß Europa von den Angelsachsen nichts zu erwarten und von den Bolschewisten alles zu befürchten hat, könnte erklärt werden, daß Deutschland nicht nur die Beseitigung der bolschewistischen Gefahr, sondern auch die Einigung Europas, die den Völkern des Kontinents ihre freie Entfaltung, Sicherheit und Wohlfahrt gewährleistet, auf seine Fahnen geschrieben hat.

2. Es würde auszuführen sein, daß Europa inmitten einer Welt von Großreichen und kontinentalen Zusammenschlüssen in seiner Eigenart und Eigenkraft [sich] nicht behaupten könne, wenn es in

antagonistische und in sich abschließende Nationen zerspalten bliebe. [...] Deutschlands Gegner wollten Europa balkanisieren und schwach halten, um ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen, Deutschland wünsche ein befriedetes und starkes Europa. Wenn der [350:] Sieg errungen sei, müßten sich die europäischen Staaten zu einer festen Gemeinschaft zusammenschließen. [...]

3. Die von Deutschland angestrebte Gemeinschaft der europäischen Völker unterscheide sich wesentlich von der von England und Amerika geplanten Weltorganisation. In letzterer würden die kleineren europäischen Staaten der Willkür der außereuropäischen Großmächte schutzlos preisgegeben sein. Die Moskauer Konferenz zeige ja, wie England und Amerika sich anmaßen, die Geschicke des Kontinents über den Kopf der europäischen Nationen hinweg zusammen mit der Sowjetunion, dem Todfeind Europas, zu entscheiden. Deutschland stehe auf dem Standpunkt, daß die europäischen Angelegenheiten von den europäischen Völkern selbst zu regeln seien [...]

4. Es sei verfrüht, ein Programm in allen Einzelheiten zu entwerfen, aber man könne doch schon so viel sagen, daß die Zielsetzung der europäischen Staatengemeinschaft folgende Aufgaben umfassen müsse:

- a) Verteidigung Europas gegen Angriffe von außen,
- b) Kampf gegen den Kommunismus und Abwehr der Versuche raumfremder Mächte, sich in innereuropäische Angelegenheiten einzumischen,
- c) enger wirtschaftlicher Zusammenschluß.

5. Auf wirtschaftlichem Gebiet könnten die Völker Europas niemals auf eine uneigennützigte Hilfe Englands und Amerikas rechnen. In beiden Ländern würden in steigendem Maße Pläne und Resolutionen veröffentlicht, die sich mit der wirtschaftlichen Organisation der Welt nach dem Krieg befassen. Dabei werde ohne jede Mitwirkung der europäischen Völker stets insbesondere die wirtschaftliche Neuordnung Europas behandelt (Keynes-Plan, Morgenthau-White-Plan, Landwirtschaftskonferenz in Hot Springs, Hilfskomitee der Vereinten Nationen). [...] Europa müsse [sich] in Erkenntnis dieser Absicht von raumfremden wirtschaftlichen Einflüssen freimachen und alle seine Hilfsquellen durch gemeinschaftliche Wirtschafts- und Energieplanung pflegen und entwickeln. Eines der wichtigsten Ziele sei die Herstellung der wirtschaftlichen Freiheit, d. h. die Fähigkeit, sich aus eigenem Gebiet und mit allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Kriegsfall selbst zu versorgen.

ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5582, Bl. D 514424 ff., zit. nach: *Anatomie der Aggression*, S. 219-221.

[351:]

296. Aus dem Bericht eines amerikanischen Geheimagenten an das State Department vom 7. November 1944 über das Treffen deutscher Industrieller in Strasbourg

1. Ein Treffen der wichtigsten deutschen Industriellen, die in Frankreich Interessen haben, fand am 10. August 1944 im Hotel Rotes Haus in Strasbourg (Frankreich) statt. Anwesend waren unter anderem:

Dr. Scheid, der den Vorsitz führte, SS-Obergruppenführer und Direktor der Hese (Hermansdorff & Sehenburg Gesellschaft)

Dr. Kaspar, der Krupp vertrat,

Dr. Tolle, der Röchling vertrat,

Dr. Ellenmayer und Kandos, die die Volkswagenwerke vertraten,

Dr. Sinceren, der Messerschmitt vertrat,

Dr. Kopp, Vier und Berwanger, die Rheinmetall vertraten,

Hauptmann Haberkorn und Dr. Ruhe, die Büssing vertraten,

die Ingenieure Drose, Yanchew und Koppshiem, die verschiedene Fabriken in Posen (Polen) vertraten (Drose, Yanchew & Co, Brown-Boveri, Herkuleswerke, Boschwerke und Stadtwerke),

Hauptmann Dornbusch, Leiter der Rüstungsinspektion Posen,

Dr. Meyer, Vertreter der deutschen Seekriegsleitung in Paris,

Dr. Strassner, Vertreter des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion in Paris.

2. Dr. Scheid stellte fest, daß das gesamte Industriematerial sofort nach Deutschland verlagert werden müsse. Die Schlacht um Frankreich sei für Deutschland verloren gegangen. Die Verteidigung des Westwalls sei jetzt das Hauptproblem. Von nun an müsse die deutsche Industrie erkennen, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne und daß Schritte für die Vorbereitung einer Nachkriegskampagne unternommen werden müssen. Jeder Industrielle müsse Kontakte und Verbindungen zu ausländischen Firmen aufnehmen, doch müsse das individuell geschehen, ohne Verdacht zu erregen. Außerdem müsse der Boden finanziell vorbereitet werden, um nach dem Kriege beträchtliche Summen aus dem Ausland zu entleihen. Als Beispiele für die Art der Durchdringung, die sich in der Vergangenheit als sehr nützlich erwiesen hat, wertete Dr. Scheid die Tatsache, daß Patente für nicht-rostenden Stahl gemeinsam der Chemical Foundation Inc., New York, und dem deutschen Krupp-Konzern gehören, daß die United States Steel Corp., Carnegie Illinois, American Steel & Wire, National Tube usw. dadurch verpflichtet wären, mit dem Krupp-Konzern zusammenzuarbeiten. Er [352:] erwähnte auch Zeiss, Leica und die Harnburg-Amerika-Linie als Firmen, die besonders wirksam deutsche Interessen im Ausland vertreten hätten [...]

3. Nach dieser Sitzung fand eine zweite statt, die von Dr. Bosse vom Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion geleitet wurde und an der nur Vertreter von Heco, Krupp und Röchling teilnahmen. In der zweiten Sitzung wurde festgestellt, daß der Krieg praktisch verloren sei, aber daß er fortgesetzt werden solle, bis eine Garantie der Einheit Deutschlands erlangt werde, Deutschlands Industrielle, so wurde gesagt, müßten durch ihre Exporte die Stärke Deutschlands vergrößern.

Sie müßten sich ebenfalls darauf vorbereiten, die Naziartei zu finanzieren, wenn sie in Gebirgsverteidigungsstellungen gehen müsse. Von nun an werde die Regierung den Industriellen große Summen zuweisen, so daß jeder sich eine sichere Nachkriegsbasis im Ausland schaffen könne. Die bestehenden Finanzreserven im Ausland müßten zur Verfügung der Partei gehalten werden, so daß ein starkes deutsches Reich nach der Niederlage geschaffen werden könne. [...]

4. Die Sitzungen scheinen anzudeuten, daß das Verbot, Kapital zu exportieren, das bisher strikt befolgt worden war, nun völlig zurückgezogen worden ist und an seine Stelle eine neue Nazipolitik getreten ist, die die Industriellen mit Regierungsunterstützung so viel Kapital als möglich ins Ausland exportieren läßt. Bisher wurde Kapital deutscher Industrieller ins neutrale Ausland heimlich und durch besondere Beziehungen exportiert. Nun stellt sich die Naziartei hinter die Industriellen und drängt sie, damit sie sich selbst retten, ihr Kapital im Ausland anzulegen, womit die Partei gleichzeitig ihre Pläne für ihre Nachkriegsoperationen fördert. Die Freiheit, die den Industriellen gegeben worden ist, zementiert ihre Beziehungen zur Partei weiter, indem sie ihr eine Art Schutz gewährt.

Wiedergegeben nach: Der zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgew. u. eingel. v. G. Förster u. O. Groehler, Berlin 1972, S. 283-285.

297. Aus dem Bulletin des USA-Außenministeriums vom 30. März 1945 über Nachkriegspläne des deutschen Großkapitals

Zuverlässige Informationen, von den Alliierten Regierungen zusammengetragen, weisen deutlich darauf hin, daß die deutsche Nazi-[353:]Regierung wohldurchdachte Nachkriegspläne für das Weiterbestehen der nazistischen Ideologie und Herrschaft entwickelt hat. [...] Das Verbot, Kapital aus Deutschland zu exportieren, wurde vor einigen Monaten zurückgezogen und hat zu einem beträchtlichen Kapitalstrom ins Ausland geführt.

Mitglieder der Nazi-Partei, deutsche Industrielle und deutsche Militärs, die erkannt haben, daß ein Sieg unerreichbar geworden ist, entwickeln jetzt geschäftliche Pläne für die Nachkriegszeit, bemühen

sich, Freundschaften mit ausländischen Geschäftskreisen zu erneuern und zu festigen und arbeiten auf die Erneuerung der Vorkriegskartellvereinbarungen hin. Bald nach Kriegsende werden Stroh-
männer bei den Gerichtshöfen verschiedener Länder gegen die „ungesetzliche“ Beschlagnahme von
Industriebetrieben und anderem von den Alliierten Regierungen bei Ausbruch des Krieges übernom-
menen Eigentum Berufung einlegen. Wo diese Methode versagt, wird die deutsche Seite sich um
Rückkäufe über Tarnunternehmungen bemühen, die den notwendigen staatsbürgerlichen Anfor-
derungen genügen. Das Ziel wird in jedem einzelnen Fall die Wiederherstellung der deutschen Ober-
aufsicht zum frühestmöglichen Zeitpunkt sein. [...]

Deutsche Techniker, Kulturexperten und Geheimagenten besitzen gutausgearbeitete Pläne, in fremde
Länder einzudringen, um wirtschaftliche, kulturelle und politische Verbindungen zu entwickeln.
Deutsche Techniker und wissenschaftliche Forschungsexperten werden Industriefirmen und techni-
sche Schulen im Ausland preisgünstig zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Regierung befindet sich im Besitz mehrerer Bände, angefüllt mit deutschen Plänen zu diesem
Thema. Das deutsche Propagandaprogramm soll einen Bestandteil des umfassenden Nachkriegspro-
gramms bilden. Die unmittelbare Absicht des Propagandaprogramms wird in der Beseitigung allii-
ter Kontrollmaßnahmen bestehen, indem die Alliierten geschickt um eine „gerechte Behandlung“ der
Deutschen ersucht und so „aufgeweicht“ werden sollen; das Programm wird später erweitert und
verschärft werden mit dem Ziel, den Nazilehren zur Wiedergeburt zu verhelfen und das deutsche
Streben nach der Weltherrschaft zu fördern. Wenn diesen Plänen nicht Einhalt geboten wird, werden
sie eine dauernde Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Nachkriegswelt darstellen.

Bulletin des Departement of State, Washington D. C, 30. März 1945, zit. nach: Anatomie des Krieges, S. 490-491.

[354:]

298. Bilanz des 2. Weltkrieges

Kriegsausgaben und Kriegsschäden ca. 1350 Mrd. Dollar.

Die Kriegsausgaben in Deutschland betrugen fast so viel wie das gesamte Volkseinkommen in den
letzten 11 Jahren vor dem Krieg. Der ehemalige Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk be-
zifferte die deutschen Kriegsausgaben auf 683 Mrd. RM.

21.000.000 Menschen verloren durch Bombardements ihr Heim und ihr Gut

45.000.000 Menschen wurden evakuiert, eingesperrt, deportiert und aus ihrem Geburtsort entfernt

2.429.475 t Bomben wurden auf Europa abgeworfen

Menschenverluste insgesamt	54.800.000
davon Tote an den Fronten	27.000.000
d. h. 24 Prozent aller zum Kriegsdienst einberufenen Soldaten wurden getötet	

getötete Zivilpersonen	24.500.000

Verwundete	90.000.000

In den einzelnen Ländern sind an Toten zu beklagen:

Sowjetunion	20.300.000

Asiatische Staaten (insbesondere Japan)	13.600.000

Polen und Balkanländer	9.010.000

Deutschland	6.600.000

Westliche Länder	1.300.000

Italien und Österreich	750.000

USA	229.000

VermiBte	<u>3.000.000</u>

Menschenverluste insgesamt	54.789.000

Nach: Laschitza/Vietzke, S. 232.

299. Befehl Adolf Hitlers vom 19. März 1945 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes

Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern. Alle Möglichkeiten, der Schlagkraft des Feindes unmittelbar oder mittelbar den nachhaltigsten Schaden zuzufügen, müssen ausge-[355:]nutzt werden. Es ist ein Irrtum zu glauben, nicht zerstörte oder kurzfristig gelähmte Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen bei der Rückgewinnung verlorener Gebiete für eigene Zwecke wieder in Betrieb nehmen zu können. Der Feind wird bei seinem Rückzug uns nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen. Ich befehle daher:

1) Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.

2) Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörung sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte einschl[ießlich] der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen, die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstige Sachwerte; den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten.

3) Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben, entgegenstehende Weisungen sind ungültig.

Dok. Speer – 25, IMG, Bd. XLI, S. 430-431.

300. Ansprache und Schwur in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache auf der Trauerkundgebung des Lagers Buchenwald am 19. April 1945

Kameraden!

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazibestie und ihren Helfershelfern ermordeten

51.000 Gefangenen!

51.000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt –

51.000 Väter – Brüder – Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das antifaschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an!

Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialität, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.

[356:] Wenn uns einsam Leben hielt, dann war es der Gedanke:

Es kommt der Tag der Rache!

Heute sind wir frei!

Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpften.

Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiatoren des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt

F. D. Roosevelt.¹

Ehre seinem Andenken!,

¹ Präsident Roosevelt verstarb wenige Tage zuvor, am 14. April 1945.

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und · Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht –

Der Sieg muß unser sein!

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen!

Noch leben die Mörder unserer Kameraden!

Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: Wir schwören!

Abgedruckt in: Buchenwald, S. 587-588.

[357:]



[358:]

Verzeichnis der Dokumente (in Stichworten)

- 1 Hitlers erster Besuch bei der DAP am 12.9.1919
- 2 Richtlinien der DAP
- 3 Broschüre des Gründers ~er DAP, Drexler, von 1919
- 4 Programm der NSDAP
- 5 Brief von Hauptmann Mayr an Kapp vom 24. 9. 1920 über die NSDAP
- 6 Feders Erläuterungen zum Punkt 11 des NSDAP-Programms: Brechung der Zinsknechtschaft
- 7 Feders Erläuterungen zum NSDAP-Programm: Anerkennung des Privateigentums
- 8 Denkschrift Hitlers vom 22.10.1922 für Industrielle
- 9 Erinnerungen von Eduard Stadtler, Organisator der „Antibolschewistischen Liga“
- 10 Eduard Stadtler über die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
- 11 Zeugenbericht über die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts
- 12 Autobiographischer Bericht von Rudolf Höß über die Freikorps und die Fememorde
- 13 Denkschrift der Kriegsmarine über die Verbindung zwischen den „Vaterländischen Vereinen“, leitenden Reichswehroffizieren und Wirtschaftskreisen
- 14 Schreiben der Mitteldt. Creditbank an Kapp vom 8.1.1920
- 15 Brief von Hugo Stinnes an Otto Geßler vom 23.1.1920
- 16 Richtlinie Nr. 9 für die Führer der Einwohnerwehren und sonstigen nationalistischen Verbände zur Vorbereitung des Kapp-Putsches (Febr. 1920).
- 17 Besprechung im Reichswehrministerium 12./13.3.1920
- 18 Aufruf des ADGB und AfA-Bundes zum Generalstreik vom 13.3.1920
- 19 Aufruf der DVP vom 13.3.1920
- 20 Erinnerungen Buchruckers über die „Schwarze Reichswehr“
- 21 Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner (SPD) vom 17.10.1923 über die „Schwarze Reichswehr“

[359:]

- 22 Quidde-Denkschrift zur Finanzierung der „Schwarzen Reichswehr“ durch die Industrie
- 23 Hugo Stinnes über seine Vorstellungen zur Ausbeutung der Arbeiter (Okt. 1922)
- 24 Telegramm des amerikanischen Botschafters an seine Regierung über eine Unterredung mit Hugo Stinnes vom 21.9.1923
- 25 Regierungsprogramm des Reichswehrchefs General von Seeckt Mitte Okt. 1923
- 26 Erinnerungen von Fritz Thyssen über den Hitlerputsch 1923
- 27 Hitler 1924 über die Ziele des Putsches von 1923
- 28 Rede Hitlers vor den Mitgliedern des „Hamburger Nationalklubs von 1919“ am 28.2.1926
- 29 Schreiben von Rudolf Heß vom 30.3.1927 über Hitlers Vorträge vor Industriellen 1926
- 30 Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dez. 1925

- 31 Brief Stresemanns vom 7.9.1925 über die Ziele der deutschen Außenpolitik
- 32 Geheime Denkschrift des Truppenamtes vom März 1926
- 33 Aktennotiz über die Ministerbesprechung am 19.12.1924 betr. Verfassungsreform
- 34 Gründungsauf Ruf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ vom 6.1.1928
- 35 Vorträge von Albert Vögler und Karl Dunkmann am 24.5.1925 über die Notwendigkeit der Spaltung der Arbeiterbewegung
- 36 Rede des Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg am 4.9.1926
- 37 Ausführungen Silverbergs am 18.11.1927 zum Thema: „Unternehmer und Gewerkschaften“
- 38 Bruttosozialprodukt und Index der industriellen Produktion 1928-1932
- 39 Industrieproduktion 1929-1932
- 40 Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Güterproduktion in Industrie und Landwirtschaft
- 41 Export 1929-1932
- [360:]
- 42 Dividendenentwicklung großer Aktiengesellschaften 1924 bis 1933
- 43 Statistik zur wirtschaftlichen Lage der IG-Farben 1928-1933
- 44 Denkschrift. des RDI „Aufstieg oder Niedergang“ vom 7.12.1929
- 45 Diskussionsbeitrag des sächsischen Industriellen Willy Wittke auf der Mitgliederversammlung des RDI am 12.12.1929
- 46 Artikel in der Bergwerks-Zeitung vom 9.1.1930 über den Versuch Duisbergs zur Neubelebung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft
- 47 Jahresbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1929
- 48 Eingabe des Reichsverbandes der Automobilindustrie an Papen vom 16.8.1932 über die militärische Bedeutung der Kraftwagenindustrie
- 49 Regierungserklärung Brünings vom 1.4.1930
- 50 Memoiren Brünings über seine Verhandlungen mit Hitler am 6.10.1930
- 51 Rundfunkrede Duisbergs Ende Oktober 1930 zum Thema „Der Weg aus der Krise“
- 52 Rede Duisbergs am 23.6.1931
- 53 Vertrauliche Aktennotiz von Otto Steinbrinck für Friedrich Flick vom 5.10.1931 über die Bildung der Harzburger Front
- 54 Entschließung der Harzburger Front vom 11.10.1931
- 55 Rede Schachts in Harzburg
- 56 „Veltenbrief“ vom 2.12.1930 über die Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD
- 57 Niederschrift des Journalisten Karl Brammer über ein „Gespräch mit einer dem Reichskanzler nahestehenden Persönlichkeit“ vom 25.9.1931
- 58 Rede von Rudolf Breitscheid am 16.12.1931
- 59 Artikel in der Gewerkschafts-Zeitung vom Januar 1931 über die Tolerierungspolitik der SPD
- 60 „Veltenbrief“ vom 6.5.1932 über die geplante Auflösung der Regierung Brüning
- 61 Regierungserklärung Papens vom 4.6.1932

[361:]

- 62 Aide-memoire des RDI zur deutschen Wirtschaftspolitik für eine Besprechung mit dem Reichskanzler am 24.6.1932
- 63 Erinnerungen Carl Severings an die Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 16.7.1932 (vor dem Preußen-Staatsstreich)
- 64 Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20.7.1932
- 65 Aufruf gewerkschaftlicher Spitzenkörperschaften vom 20. Juli 1932
- 66 Tagebucheintragung von Goebbels vom 20./21.7.1932
- 67 Artikel in der „Internationalen Gewerkschafts-Presse-Korrespondenz“ über die Septembernotverordnungen Papens
- 68 Bericht George Gordons vom 23.9.1930 über die Finanzierung Hitlers durch Industrielle
- 69 Antworten von Seeckt, Schacht und Oldenburg-Januschau auf die Weihnachtsumfrage der DAZ 1930: „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?“
- 70 Erinnerungen Schachts an seine erste Begegnung mit Göring und Hitler 1930/31
- 71 Eingabe der „Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt am Main“ vom 27.7.1931 an den Reichspräsidenten
- 72 Vortrag von Karl Friedrich von Siemens in den USA am 27.10.1931 über Hitler und die NSDAP
- 73 Schreiben Otto Steinbrincks an Hitlers Wirtschaftsberater Funk vom 11.12.1931
- 74 Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung 1913-1932
- 75 Senkung der Tariflöhne vom 1.12.1931 bis 1.1.1932
- 76 Nettolöhne und Existenzminimum 1928-1932
- 77 Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 1928-1932
- 78 Durchschnittliche Unterstützungssätze für Arbeitslose 1932
- 79 Mieten und Preise während der Weltwirtschaftskrise
- 80 Konkurse in Deutschland 1928-1932
- 81 Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe 1931 und 1932
- 82 Rede Hitlers vor dem „Hamburger Nationalklub von 1919“ am 28. 2. 1926 (zum „Deutschen Sozialismus“)
- 83 Artikel Rosenbergs „Nationaler Sozialismus?“ vom 1.2.1927

[362:]

- 84 Stellungnahme Gregor Strassers zu Rosenbergs Artikel vom 15.2.1927
- 85 Artikel von Joseph Goebbels „Unser Sozialismus“ vom 22.4.1931
- 86 Artikel „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“ in den „Deutschen Führerbriefen“, September 1932
- 87 Leitartikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7.3.1932
- 88 Plakat der NSDAP von 1928 für den Mittelstand
- 89 Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 3.11.1932
- 90 Hitler über die Funktion des Antisemitismus

- 91 Aufruf Hitlers 1932 „Die deutsche Ernte in Gefahr“
- 92 Rede Hitlers vom Juli 1932
- 93 Schreiben Schachts an Hitler vom 29. 8. 1932 mit dem Rat, kein detailliertes Wirtschaftsprogramm zu bringen
- 94 Brief eines unbekannten Verfassers vom 7.1.1932 über die Funktion des Sozialismus-Begriffes für die NSDAP
- 95 Schreiben Tilo von Wilmowskys an Paul Reusch vom 27.6.1932
- 96 Menschenverachtung als oberstes Gebot faschistischer Propaganda
- 97 Berufliche Gliederung der 73 Gauleiter der NSDAP 1925-1932/33
- 98 Aufschlüsselung der Reichstagsmandate der NSDAP von 1930 nach Berufsgruppen
- 99 Vergleich der Sozialgliederung der NSDAP und der Gesellschaft 1930
- 100 Sozialstruktur der NSDAP 1930 u. 1933
- 101 Schreiben Albert Vöglers an Jacob Herle von Ende Juni 1930 über die Broschüre Hans Reupkes: „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“
- 102 Denkschrift für Paul Reusch vom 12.7.1930 über Reupkes Broschüre
- 103 Sonderabdruck in der „Wirtschaftszeitung“ vom 13.2.1931 über Reupkes Schrift „Nationalsozialismus und Wirtschaft“
- 104 Artikel in den „Deutschen Führerbriefen“ vom 6.2.1931
- 105 Schreiben Hermann Büchers an Paul Reusch vom 24.6.1931
- [363:]
- 106 Schreiben Schachts an Paul Reusch vom 18.3.1932 mit dem Vorschlag der Konstituierung einer „Arbeitsstelle“
- 107 Schreiben Schachts an Hitler vom 12.4.1932 mit der Ankündigung der Einrichtung einer „Arbeitsstelle“
- 108 Eidesstattliche Erklärung Wilhelm Kepplers über Gründung, Zweck und Mitglieder des „Keppeler-Kreises“
- 109 Schreiben von Paul Reusch an Jacob Herle vom 22.9.1932 zum „Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP“
- 110 Broschüre der IG-Farben „25 Jahre bei den Leuna-Werken“ über die Entwicklung von synthetischem Benzin und das Treffen zwischen den Konzernmanagern Bütetisch und Gattineau mit Hitler im Sommer 1932
- 111 Der Reichsverband der Deutschen Industrie zu „Marxismus“, „Bolschewismus“, „Parteiwirtschaft“
- 112 Carl Duisberg zur „Parteiherrschaft“, gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderungen und gegen die „Monopolmachtstellung“ der Gewerkschaften
- 113 Großindustrielle zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung
- 114 Der RDI zum Führerprinzip und zur „Autorität der Persönlichkeit“
- 115 Großindustrielle gegen Parlamentarismus und Demokratie, für den „Starken Staat“
- 116 Vortrag „Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik“ von Max Hahn vom 23.10.1931
- 117 Hitlers geheime Broschüre für Industrielle 1927

- 118 Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 27.1.1932
- 119 Wahlen zum Reichstag 1930-1932
- 120 Artikel „Jena oder Sedan“ in den „Deutschen Führerbriefen“ vom 4.11.1932
- 121 Schreiben von Fritz Thyssen an Max Schlenker vom 11.11.1932 über Hitlers Einsetzung als Reichskanzler
- 122 Schreiben Schachts an Hitler vom 12.11.1932
- 123 Schreiben Wilhelm Kepplers an Kurt von Schröder vom 13.11.1932
- 124 Eingabe führender Großindustrieller, Bankiers und Großlandwirte an den Reichspräsidenten vom 19.11.1932 mit der [364:] Forderung nach sofortiger Übertragung der Kanzlerschaft an Hitler
- 125 Information vom 26.11.1932 über die Tagung des Langnamvereins
- 126 Aufzeichnung des Botschafters a. D. Ott über die Studie der Reichswehrführung von Ende November 1932
- 127 Schreiben von Paul Reusch an Rudolf Körner vom 8.1.1933 mit der Information, Schleicher wolle Gregor Strasser die Vizekanzlerschaft übertragen
- 128 Eidesstattliche Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über das Treffen Hitlers mit Papen am 4.1.1933
- 129 Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30.1.1933
- 130 Aufruf des Parteivorstandes der SPD vom 31.1.1933
- 131 Rede Hitlers vor Industriellen am 20.2.1933
- 132 Schreiben Krupps an Hitler vom 24.3.1933
- 133 Protokoll der 1. Kabinettsitzung am 30.1.1933
- 134 Ansprache Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3.2.1933
- 135 Meldung des „Preußischen Pressedienstes“ vom 28.2.1933 über den Reichstagsbrand
- 136 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933
- 137 Schlußrede Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß am 16.12.1933
- 138 Verordnung vom 21.3.1933 „Zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“
- 139 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 23.3.1933
- 140 Schreiben von Roland Brauweiler vom 31.3.1933 über die Liquidierung der Gewerkschaften
- 141 Beschluß des Bundesausschusses des ADGB vom 19.4.1933
- 142 Rundschreiben Robert Leys über die Zerschlagung der Gewerkschaften vom 21.4.1933
- 143 Rede Hitlers am 1. Mai 1933
- 144 Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 17.5.1933 über die Einlieferung führender badischer Sozialdemokraten in ein Konzentrationslager
- [365:]
- 145 Erinnerungen von Max Seydewitz über die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann im Juni 1933
- 146 Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933

- 147 Erlaß des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 9.8.1933 über die Relegation fortschrittlicher Studenten
- 148 Bericht der Preußischen Gestapo vom 22.6.1936 über die Verhaftung Carl von Ossietzkys 1933
- 149 Bericht des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes über seine letzte Begegnung mit Carl von Ossietzky im KZ Esterwegen
- 150 Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 21.3.1933 über die Einrichtung des ersten Konzentrationslagers
- 151 Bericht der Zentralstaatsanwaltschaft vom 21.6.1934 über die Mißhandlung von Häftlingen im KZ „Vulkanwerft“
- 152 Denkschrift des Reichswirtschaftsministers Schacht für Hitler vom 3.5.1935 über Fragen der Innenpolitik
- 153 Tagebuchaufzeichnungen des Dichters Jochen Klepper über die Judenverfolgung 1933-1938
- 154 Schreiben Krupps an Hitler vom 25.4.1933 und Aufzeichnungen über die Reorganisation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie
- 155 Entwurf einer Denkschrift des Reichsstandes der Deutschen Industrie vom 13.2.1934
- 156 Gesetz zur Vorbereitung des organischen Neuaufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27.2.1934
- 157 Entwurf Krupps für eine Ansprache am 13.3.1934 über die Reorganisation des industriellen Dachverbandes
- 158 Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27.11.1934
- 159 Memoiren Schachts über seine Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister
- 160 Entwurf einer Rede Krupps über die Aufrüstung seit 1933
- [366:]
- 161 Eidesstattliche Erklärung Georg von Schnitzlers über die Zusammenarbeit zwischen IG-Farben und Wehrmacht und die Rüstungsgewinne der IG-Farben
- 162 Eidesstattliche Erklärung von Ernst Struss über die Synthese-Produktion der IG-Farben seit 1933
- 163 Vertrauliche Aktennotiz Otto Steinbrincks für Friedrich Flick vom 20.8.1934 über die Vergabe von Rüstungsaufträgen
- 164 Geheime Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichswehrministeriums und einigen Rüstungskonzernen über den Bau von Panzern am 7.7.1933
- 165 Rüstungsausgaben des Reiches 1933-1939
- 166 Rüstungsausgaben im Vergleich zum Volkseinkommen 1932-1938
- 167 Schaubild: Rüstungsausgaben im Verhältnis zu anderen wichtigen öffentlichen Ausgaben 1928-1938
- 168 Bruttoprofite deutscher Rüstungskonzerne 1936-1941
- 169 Nettoprofit und Umsatz deutscher Rüstungskonzerne 1933-1939
- 170 Bruttoprofite der IG-Farben und der Vereinigten Stahlwerke 1932-1939
- 171 Memorandum des Preiskommissars Carl Goerdeler vom 7.9.1933 über die Stellung des Unternehmers im Betrieb
- 172 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.1.1934

- 173 „Geschäftliche Mitteilungen“ des Reichsstandes der Deutschen Industrie vom 26.1.1934 über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
- 174 Entwurf einer Rede Krupps über die Stellung des Unternehmers im Betrieb
- 175 Verordnung über die „Deutsche Arbeitsfront“ vom 24.10.1934
- 176 Illegaler Aufruf zu „Mißtrauenswahlen“ für die Vertrauensmänner-Wahlen am 3. u. 4.4.1935
- 177 Geheimer Bericht der DAF über die Vertrauensmänner-Wahlen vom 24.4.1935
- 178 Illegale antifaschistische Arbeiterzeitungen über die Ergebnisse der Vertrauensmänner-Wahlen [367:]
- 179 Chefbesprechung im Reichsarbeitsministerium über die Lohnpolitik am 2.5.1935
- 180 Schreiben Leys an Hitler vom 15.8.1935 über die inflationäre Preisentwicklung
- 181 Schreiben des Regierungspräsidenten in Münster an den Wirtschaftsminister vom 21.10.1935 über die soziale Lage der Textilarbeiter
- 182 Monatsberichte des Reichstreuhänders der Arbeit für die Monate April und Mai 1937 mit Stimmungsberichten über die Situation der abhängig Beschäftigten in Industrie und Landwirtschaft
- 183 Monatsberichte des Reichstreuhänders der Arbeit für die Monate November und Dezember 1937
- 184 Anordnung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, vom 1.10.1937 mit dem Verbot, Lohn-erhöhungen zu fordern
- 185 Index der Lebenshaltungskosten 1932-1938
- 186 Gesamtaufwendungen in Deutschland für den Lebensbedarf 1929-1936
- 187 Nettoeinkommen der werktätigen Bevölkerung in Deutschland 1929-1936
- 188 Index der Reallöhne 1933-1938
- 189 Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1933-1939
- 190 Sozialausgaben 1932-1937
- 191 Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen 1933-1939
- 192 Konkursbewegung 1932-1939
- 193 Neueröffnete und ausgeschiedene. Handwerksbetriebe 1936-1938
- 194 Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke 1933-1939
- 195 Goebbels zu Funktion des Führerprinzips
- 196 Die Führer als „politische Elite“
- 197 Hitler zum Führerprinzip
- 198 Protokoll der Goebbels-Konferenz vom 21.1.1943 über die Propagandamethoden vor 1933
- 199 Goebbels zur Funktion der Propaganda
- 200 Zeitgenössische Kritik an den Propagandamethoden der NSDAP [368:]
- 201 Rede Hitlers vor dem Reichstag am 21.5.1935
- 202 Rede Hitlers vor der Presse am 10.11.1938
- 203 Aufgabenstellung der DAF und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“
- 204 Das Amt „Schönheit der Arbeit“

- 205 Förderung von „Volkstum und Brauchtum“
- 206 Reisen und Wandern mit „Kraft durch Freude“
- 207 Der „Volkswagen“-Schwindel
- 208 Kriegszielenkschrift des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 9.9.1914
- 209 Kriegszielenkschrift Emil Kirdorfs vom 15.6.1915
- 210 Denkschrift des „Deutschen Schutzbundes“ vom 17.3.1928
- 211 Tilo von Wilmowsky, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, am 22.11.1938 zu den Südosteuropa-Plänen des deutschen Großkapitals 1929-1931
- 212 Rede Duisbergs am 24.3.1931 über den europäischen Großwirtschaftsraum
- 213 Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10.4.1933 zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler
- 214 Denkschrift der IG-Farben für den Rüstungsbeirat vom März 1935 über die Militarisierung der Wirtschaft
- 215 Vierjahresplandenkschrift
- 216 Eidesstattliche Erklärung von Max Kügler über die Stellung der IG-Farben im Vierjahresplanamt
- 217 Meldung des „Völkischen Beobachters“ vom 15.12.1937 über „Aufgaben und Zweck des Wehrwirtschaftsführer-Korps“
- 218 1 „Schnellplan“ der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau
- 219 Görings Befehl zur Durchführung des Schnellplans
- 120 Bericht über eine Rede Hitlers vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität am 8.3.1939
- 221 Niederschrift der Ansprache Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht vom 22.8.1939
- 222 Hitlers Weisung Nr. 21 für die Kriegsführung vom 31.8.1939
- 223 Geheime Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 23.11.1939
- [369:]
- 224 Geheime Erklärung von Goebbels am 5.4.1940 vor Vertretern der deutschen Presse
- 225 Rede von Goebbels vor Führern der NSDAP in Wien am 26.10.1940 über die Weltherrschaftspläne der Faschisten
- 226 Erlaß Görings vom 5.12.1939 über Bildung und Kompetenzen des Reichsamts für Wirtschaftsausbau
- 227 Aktennotiz des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW über die. Besprechung am 18.12.1939 mit führenden Vertretern des deutschen Großkapitals über die Schaffung einer zentralen Leitung in der Kriegswirtschaft
- 228 Aktennotiz von Bernhard Weiß für Friedrich Flick vom Febr. 1941 über die Vorbereitungen zur Bildung der Reichsvereinigung Kohle (RVK)
- 229 Genehmigung Görings für die Gründung der RVK vom 3.3.1941
- 230 Rede von Goebbels am 18.2.1943 über die Bedrohung des Mittelstandes durch die Monopolisierung der Wirtschaft und ihre Verflechtung mit staatlichen Organen
- 231 Presseregulierung von Goebbels vom 27.3.1943 zu diesem Thema
- 232 Schreiben an Funk vom 14.8.1942 über die Stellung der IG-Farben im Staatsapparat

- 233 Protokoll der Österreich-Besprechung der IG-Farben vom 21.3.1938
- 234 Aktennotiz vom 21.3.1939 über die Aufteilung der tschechoslowakischen Banken unter die deutschen Interessenten
- 235 Geheime Aufzeichnung von Karl Ritter vom 1.6.1940 über die Schaffung eines europäischen „Großwirtschaftsraumes“
- 236 Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppen vom 4.7.1940 über die Vorbereitungen für die faschistische „Neuordnung Europas“
- 237 Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1.8.1940 über Grundfragen der künftigen Stellung des deutschen Unternehmers und über die Lohnpolitik im Rahmen der „Neuordnung“
- 238 Schreiben Georg von Schnitzlers an Gustav Schlotterer vom 3.8.1940 und Denkschrift der IG-Farben über die „Neuordnung Europas“ und der Welt
- 239 Hitlers „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa“ vom 18.12.1940
- [370:]
- 240 Aktennotiz über eine Besprechung bei General Thomas am 28.2.1941 über wirtschaftsorganisatorische Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion und die Konstituierung des Wirtschaftsstabes Ost
- 241 Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre am 2.5.1941 über „Barbarossa“
- 242 Geheime Richtlinien Görings vom Juni 1941 über die wirtschaftliche Ausplünderung der zu besetzenden Gebiete der UdSSR („Grüne Mappe“)
- 243 Protokoll der Besprechung bei Hitler am 16.7.1941 über die Okkupationsziele gegenüber der Sowjetunion
- 244 Notiz von Konrad Kaletsch für Friedrich Flick über Görings „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ vom 27.7.1941 und über die Gründung von „Ostgesellschaften“
- 245 Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 21.8.1941 über die Gründung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost (BHO)
- 246 Schreiben des Finanzministers an Göring vom 4.9.1942 über Probleme der Okkupationspolitik
- 247 Rede von Goebbels am 18.10.1942 über faschistische Kriegsziele
- 248 Tätigkeitsbericht der Zentralhandelsgesellschaft Ost vom 17.10.1944 über die Ausplünderung der sowjetischen Landwirtschaft
- 249 Besprechung Hitlers mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht über die künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse am 17.10.1939
- 250 Brief eines deutschen Offiziers vom 31.10.1939 aus Ost-Polen
- 251 Denkschrift von Himmler „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ vom Mai 1940
- 252 Niederschrift über den „Generalplan Ost“ vom 27.4.1942
- 253 Fernschreiben des Höheren Kommandos LXV an die 718. Infanterie-Division vom 13.10.1941
- 254 Bericht der Einsatzgruppe A bis zum 15.10.1941 über faschistischen Terror und Massenmord in den okkupierten sowjetischen Gebieten
- [371:]
- 255 Meldung der Gestapoleitstelle Prag vom 24.6.1942 über die Zerstörung von Lidice

- 256 Anweisung von Goebbels vom 15.2.1943 über die Haltung zu den Völkern in den okkupierten Gebieten Osteuropas nach der Niederlage bei Stalingrad
- 257 Beratung Görings mit Vertretern der Okkupationsbehörden am 28.4.1943 über die verstärkte Ausplünderung der besetzten Gebiete
- 258 Bericht über das Massaker von Oradour-sur-Glane
- 259 „Sozialpolitische Information“ der RVK vom 1.11.1941 über die Deportation sowjetischer Bergarbeiter
- 260 „Sozialpolitische Information“ der RVK vom 1.12.1941 über die Zwangsverschleppung sowjetischer Bergarbeiter für den Ruhrbergbau
- 261 Programm des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 20.4.1942
- 262 Protokoll über die Führerbesprechung vom 10.-12.8.1942 über den Einsatz von „Ostarbeitern“ in der Rüstungsindustrie
- 263 Eidesstattliche Erklärung von Dr. Jäger über die Zustände in den Lagern für ausländische Arbeitskräfte bei der Fa. Krupp in Essen
- 264 Eidesstattliche Erklärung eines polnischen Arztes über die Behandlung der für Krupp arbeitenden sowjetischen Kriegsgefangenen
- 265 Schreiben der Abteilung Maschinenbau der Fa. Krupp vom 14.3.1942 an den Verantwortlichen der Firma für den „Russeneinsatz“
- 266 Schreiben der Direktoren der zum Flick-Konzern gehörenden Maxhütte vom 26.1.1943 mit der Aufforderung nach verschärften Maßnahmen gegen ausländische Zivilarbeiter
- 267 Bericht einer Untersuchungskommission beim Wirtschaftsstab Ost über den Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter vom 10.3.1943
- 268 Zusammenstellung über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte vom Herbst 1943
- 269 Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1939-1941
- 270 Urteile in politischen Verfahren in Deutschland 1941
- [372:]
- 271 „Sozialpolitische Information“ der RVK vom 1.11.1941 über Strafmaßnahmen der Konzerne gegen deutsche Bergarbeiter
- 272 Anordnung von Fritz Sauckel vom 1.11.1943 über die Verschärfung der Strafbestimmungen in den Betrieben
- 273 Verhaftungen im ersten Halbjahr 1944
- 274 Aktennotiz von Konrad Kaletsch für Friedrich Flick vom 24.3.1938 über die geplante „Arisierung“ des Petschek-Konzerns
- 275 Bericht Reinhard Heydrichs über die „Kristallnacht“ am 9.11.1938
- 276 Antijüdische Verordnungen Görings vom 12.11.1938
- 277 Vortrag Görings bei einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 18.11.1938
- 278 Geheime Anordnung Görings vom 10.12.1938
- 279 Entwurf eines vertraulichen Rundschreibens der Zentrale der Deutschen Bank über die Beschleunigung der „Arisierung“, Nov. oder Dez. 1938
- 280 Rede des Generalgouverneurs für Polen am 16.12.1941 über den Plan der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung

- 281 Protokollauszug der Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942
- 282 Schreiben des Oberdienstleiters in Hitlers Parteikanzlei an Himmler vom 23.6.1942 mit dem Vorschlag, 2 bis 3 Millionen arbeitsfähige Juden im Interesse der Industrie nicht zu liquidieren
- 283 Aussage eines polnischen Schriftstellers über die Deportation 1 von 200 Kindern aus dem Warschauer Getto Ende 1942
- 284 Geheimes Schreiben von Carl Krauch vom 4. 3. 1941 über den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des Buna-Werkes IV in Auschwitz
- 285 Eidesstattliche Erklärung eines tschechischen Arztes über die Behandlung der Häftlinge in Auschwitz-Monowitz
- 286 Bericht von Oswald Pohl vom 30.4.1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen
- 287 Eidesstattliche Erklärungen von Rudolf Höß über die Massenmorde in Auschwitz und über den Einsatz von Häftlingen in der Industrie
- 288 Rentabilitätsberechnung der SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an Industriebetriebe
[373:]
- 289 Großindustrielle Vorschläge für Arbeitserziehungslager vom 29.6.1942
- 290 Protokoll einer Beratung am 14.5.1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen
- 291 Wochenbericht von Max Faust (IG-Werk Auschwitz) für die Zeit vom 18.10.-31.10.1943 über die Behandlung der KZ-Häftlinge
- 292 Bericht eines ehemaligen KZ-Häftlings über die Solidarität der Häftlinge im KZ Buchenwald
- 293 Aussage über das Massenvernichtungslager Treblinka
- 294 Richtlinien des Außenministers vom 5.4.1943 für die Arbeit des „Europa-Ausschusses“
- 295 Notiz des Gesandten Renthe-Fink vom 16.11.1943
- 296 Bericht eines amerikanischen Geheimagenten vom 7.11.1944 über ein Treffen deutscher Industrieller in Strasbourg
- 297 Bulletin des USA-Außenministeriums vom 30.3.1945 über Nachkriegspläne des deutschen Großkapitals
- 298 Bilanz des Zweiten Weltkrieges
- 299 Zerstörungsbefehl Hitlers vom 19.3.1945
- 300 Ansprache und Schwur von Buchenwald, 19.4.1945

[374:]

Literaturverzeichnis

I. Quellensammlungen

Altmann, P., Brüdigam, H., Mausbach-Bromberger, B., Oppenheimer, M., Der deutsche antifaschistische Widerstandskampf 1933-1945 in Bildern und Dokumenten, hrsg. im Auftrag des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M. 1975.

Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. G. Hass u. W. Schumann, Berlin 1972.

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. v. D. Eichholtz u. W. Schumann, Berlin 1969.

Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgew. und bearb. v. E. Könnemann, B. Berthold u. G. Schulze, Berlin 1971.

Boelcke, W. A. (Hrsg.), „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943, München 1969.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Nachdr. Frankfurt/M. 1978.

Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, 3. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1961.

Calic, E., Ohne Maske. Hitler-Breiting, Geheimgespräche 1931, Frankfurt/M. 1968.

Deuerlein, E., Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.

Dokumente der deutschen Politik. Bd. 1: Die nationalsozialistische Revolution, hrsg. v. P. Meier-Benneckenstein, Berlin 1935.

Dokumente zur deutschen Geschichte, hrsg. v. W. Ruge u. W. Schumann, 1917-1945, Frankfurt/M. 1975-1977.

Domarus, M. (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, 2 Bde., Würzburg 1962 u. 1963.

Das Dritte Reich im Kreuzverhör. Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers Roben M. W. Kempner, München-Esslingen 1969.

Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgew. u. eingel. v. E. Moritz, Berlin 1970.

Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, hrsg. v. Autor der Studie K.-H. Thieleke, eingel. v. K. Drobisch, Berlin 1965.

Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, hrsg. u. eingel. v. H. Radandt, Berlin 1970.

Fall 9. Das Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß, gefällt am 10. April 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof II der Vereinigten Staaten von Amerika, hrsg. v. K. Leszczynski, mit einer Einleitung v. S. Quilitzsch, Berlin 1963.

[375:]

Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hrsg. v. jüdischen Institut Warschau, Frankfurt/M. 1960.

Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, hrsg. v. Verlag des Ministeriums für nationale Verteidigung in Zusammenarbeit mit K. Haferkorn, G. Nitzsche u. H. Otto, 2. Aufl. Berlin 1958.

- Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. W. Schumann, Berlin 1973.
- Hofer, W. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957.
- Hohlfeld, J. (Hrsg.), Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken. Bd. III: Die Weimarer Republik 1919-1933, Nachdr. Amsterdam 1973. Bd. IV: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-1945, Berlin-München 1953.
- Hubatsch, W. (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, München 1962.
- ders., (Hrsg.), Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.
- Huber, E. R. (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966.
- I. G. Farben, Au schwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der I.G. Farben. Dokumentation zum Auschwitz-Prozeß, hrsg. v. der Arbeitsgruppe ehemaliger Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, o. O., o. J.
- Jacobsen, H.-A., Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1935, 2 Bde., Bielefeld 1961 u. 1967.
- ders., Der zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt/M. 1966.
- Jochmann, W., Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/ M. 1960.
- Kühnl, R., Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975.
- Langbein, H. (Hrsg.), Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt/M. 1965.
- Mason, T. W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
- NS.I. Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, hrsg. V. A. Rückerl, München 1977.
- Opitz, R. (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900}-1945, Köln 1977.
- Picker, H., Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, eingel., kommentiert u. hrsg. v. A. Hillgruber, München 1968.
- Poliakov, L., Wulf, J., Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente (zu: Auswärtiges Amt, Justiz, Wehrmacht), Berlin (West) 1956, Neuaufl. Berlin 1975.
- [376:]
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Amtlicher Text. 42 Bde., Nürnberg 1947-1949. (IMG)
- Rauschning, H., Gespräche mit Hitler, Wien 1973. (1. Aufl. Zürich 1940)
- Reichsführer! Briefe an und von Himmler, hrsg. v. H. Heiber, 2. Aufl. München 1970.
- Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, Berlin 1977.
- Schnabel, R., Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/M. 1957.

Schüddekopf, O. E., Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover-Frankfurt/ M. 1955.

Seeckt – Aus seinem Leben 1918-1936. Unter Verwendung des schriftlichen Nachlasses im Auftr. v. Frau Dorothee von Seeckt hrsg. v. F. von Rabenau, Leipzig 1940.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hrsg. v. Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, 8. verb. Aufl. Berlin 1967.

Stresemann, G., Vermächtnis. Der Nachlaß in 3 Bänden, Berlin 1932.

Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946-April 1949. Bd. VI: The Flick Case, Washington 1952, Bd. VII-VIII: The IG-Farben Case, Washington 1953 u. 1952, Bd. IX: The Krupp Case, Washington 1950. (NMT)

Tyrell, A., Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. v. H. Michaelis u. E. Schraepfer, Berlin 1958 ff.

Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschland auf dem Territorium der UdSSR (1941-1944), Moskau 1963.

Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Nazio-kkupanten in der Tschechoslowakei, hrsg. v. V. Král, Prag 1960.

Zeigeschichte in Text und Quellen. Die Weimarer Republik, hrsg. v. W. Tormin, Hannover 1962.

Der zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgew. u. eingel. v. G. Förster u. O. Groehler, 2. Aufl. Berlin 1974.

II. Memoiren, Reden, Selbstdarstellungen der NSDAP, zeitgenössische Veröffentlichungen

Braun, O., Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949.

Brüning, H., Memoiren 1918-1934, 2 Bde., München 1972.

Buchrucker, B. E., Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr“ von ihrem Führer Buchrucker, Kgl. Preuß. Major außer Dienst mit der Uniform des Generalstabes der Armee, Berlin 1928.

Burckhardt, C. J., Meine Danziger Mission 1937-1939, 2. durchges. Aufl. München 1960.

[377:]

Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, hrsg. u. eingel. v. W. Treue, Düsseldorf 1967.

Duisberg, C., Meine Lebenserinnerungen, hrsg. auf Grund von Aufzeichnungen, Briefen und Dokumenten v. J. von Puttkamer, Leipzig 1933.

ders., Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin-Leipzig 1933.

Espe, W. M., Das Buch der NSDAP. Werden, Kampf und Ziel der NSDAP, Berlin 1934.

Feder, G., Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1930.

Fünf Jahre „Kraft durch Freude“, hrsg. v. Gauamt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Westfalen-Nord, Münster/Westf. 1938.

Goebbels, J., Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934. (6. Aufl.)

Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, hrsg. v. H. Heiber, Stuttgart 1961.

Goebbels-Reden. Bd. I: 1932-1939, hrsg. v. H. Heiber, Düsseldorf 1971.

Hitler A., Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. Erster Band: Eine Abrechnung. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1933. (55. Aufl.)

Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss, hrsg. v. M. Broszat, 2. Aufl. München 1964.

Pünder, H., Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, hrsg. v. Th. Vogelsang, Stuttgart 1961.

Schacht, H., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

Starcke, G., NSBO und Deutsche Arbeitsfront, 2. veränd. Aufl. Berlin 1934.

ders., Die Deutsche Arbeitsfront. Eine Darstellung über Zweck, Leistungen und Ziele, Berlin 1940.

Thyssen, F., I paid Hitler, New York 1941.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 1-60, Berlin 1919-1932.

III. Darstellungen

Aleff, E. (Hrsg.), Das Dritte Reich. Mit Beiträgen von W. Tormin, E. Aleff, F. Zipfel, Hannover 1970.

Anatomie des SS-Staates. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., München 1967.

Besymenski, L., Sonderakte Barbarossa. Dokumentarbericht zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – aus sowjetischer Sicht, Reinbek 1973. (Mit Dokumenten)

Birkenfeld, W., Der synthetische Treibstoff 1933-1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen 1964.

Bleyer, W., Drechsler, K., Förster, G., Hass, G., Deutschland von 1939-1945 (Deutschland während des 2. Weltkrieges), Berlin 1969. (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 12)

[378:]

Böing, A., Auschwitz. Unterrichtseinheit für den Schulgebrauch, Frankfurt/M. 1976.

Bracher, K. D., Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Aufl. Villingen 1971.

ders., Die deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus, 4. Aufl. Köln 1972.

ders., Sauer, W., Schulz, G., Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln-Opladen 1960.

Carlebach, E., Von Brüning zu Hitler. Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung, Frankfurt/M. 1971.

Czichon, E., Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 3. Aufl. Köln 1972.

Czollek, R., Eichholtz, D., Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941. Dokumente zu Kriegszielen und Kriegsplanung führender Konzerne beim Überfall auf die Sowjetunion, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 15 (1967) S. 64-76.

Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Historiker der DDR und der UdSSR zum Thema „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ vom 14.-19. Dezember 1959 in Berlin, hrsg. v. der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, 5 Bde., Berlin 1960-1962.

Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann u. G. Hass, Bd. 1 u. 2, Köln 1974 u. 1975.

- Dimitroff, G., Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Frankfurt/M. 1975, S. 91-164.
- Döhn, L., Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970.
- Eichholtz, D., Die IG-Farben-„Friedensplanung“. Schlüsseldokumente der faschistischen „Neuordnung des europäischen Großraums“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, T. 3, S. 271-332.
- ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969.
- ders., Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, in: Jahrbuch für Geschichte 9, 1973, S. 339-383. (Mit Dokumenten) ders., Gossweiler, K., Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument 47, 10. Jg., Juli 1968, H. 3, S. 210-227.
- Faschismus. Renzo Vespignani. Hrsg. v. der neuen Gesellschaft für bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg, 4. Aufl. Berlin (West)-Hamburg 1977.
- Fest, J., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1973.
- Fischer, W., Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968.
- Gertzen, O., Antifaschistischer Widerstand. Unterrichtseinheit für zwölf Stunden, Frankfurt/M. 1977.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2-5, Berlin 1966. (Mit Dokumenten).
- Gossweiler, K., Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Diss. Berlin 1963. (Ms.).
- [379:]
- ders., Großbanken – Industriemonopole – Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971.
- ders., Faschismus und antifaschistischer Kampf. Mit einem Aufsatz v. H. Stuckmann: Rechtsentwicklung und Neofaschismus in der BRD, Frankfurt/M. 1978.
- ders., Fischer, W., Markus, P., Paterna, E., Deutschland von 1933 bis 1939 (Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969. (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 11)
- ders., Kühnl, R., Opitz, R., Faschismus: Entstehung und Verhinderung. Material zur Faschismus-Diskussion, Frankfurt/M. 1972.
- Grossmann, K., Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1973. (Mit Dokumenten)
- Gumbel, E. J., Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.
- ders., Vom Fememord zur Reichskanzlei. Mit einem Vorwort v. W. Fabian, Heidelberg 1962.
- Halfmann, D., Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik, Köln 1974.
- Hallgarten, G. F. W., Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt/M. 1955. (Mit Dokumenten)
- ders., Radkau, J., Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M. 1974.
- Hebel-Kunze, B., SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-1935, Frankfurt/M. 1977. (Mit Dokumenten)
- Hennig, E., Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt/ M. 1973.
- Hillgruber, A., Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940 bis 1941, Frankfurt/M. 1965.

ders., Probleme des zweiten Weltkrieges, Köln-Berlin 1967.

Hinrichs, P., Peter, L., Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1977.

Hitler und die Industrie. Eine Dokumentation aus Anlaß des 30. Jahrestages der „Machtergreifung“, hrsg. v. der Bundespressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bonn 1933. (Als Anhang zu: Für die Demokratie – Informationen, Kommentare, Presseschau IV [XII])

Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod, Düsseldorf 1974.

Jacobsen, H.-A., Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt/M. 1965.

Jahnke, K. H., Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus, Dortmund 1977.

Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945. Mit Beiträgen von K. Drobisch, R. Goguel, W. Müller, Frankfurt/M. 1973.

Kaul, F. K., Nazimordaktion T 4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin 1973.

Kogon, E., Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1965.

Kraus, O., Kulka, E., Massenmord und Profit. Die faschistische Ausrottungspolitik und ihre ökonomischen Hintergründe, Berlin 1963.

[380:]

Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963.

Kühnl, R., Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim 1966.

ders., Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918, München 1969.

ders., Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 1971.

ders., Hardach, G., Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977.

Laschitzka, H., Vietzke, S., Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin 1964. (Mit Dokumenten)

Mammach, K., Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, Berlin 1974.

Maser, W., Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973.

(Revidierte Neuausg. von: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M.-Bonn 1965)

Mason, T. W., Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 41, 8. Jg., 1966, H. 6, S. 473-494.

Mausbach-Bromberger, B., Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933-1945, Frankfurt/M. 1976.

Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966.

Nuß, K., Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977.

Opitz, R., Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument 87, 16. Jg., Nov. 1974, H. 7-9, S. 543-603.

- Ossietzky, C. von, Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913-1933, hrsg. v. B. Frei, Berlin-Weimar o. J.
- Peukert, D., Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt/M. 1976.
- Petzina, D., Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
- Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
- Radandt, H., Europa-Patent. Das IG-Farben-Projekt zur Neuordnung Europas, Welfen 1967.
- Ruge, W., Deutschland von 1917 bis 1933 (Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik), Berlin 1967. (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 10)
- Sasuly, R., IG-Farben, Berlin 1952.
- Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde., Berlin 1969-1970.
- Scheurig, B., Deutscher Widerstand 1938-1944. Fortschritt oder Reaktion? München 1969.
- Schmelzer, J., Europa-Patent. Das IG-Farben-Projekt zur Neuordnung Europas, Welfen 1967.
- Schmokol, W. W., Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus zwischen 1919 und 1945, Gütersloh 1967.
- [381:]
- Schumann, H.-G., Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Frankfurt/M.-Hannover 1958.
- Schweitzer, A., Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970.
- Sörgel, W., Metallindustrie und Nationalsozialismus. Eine Untersuchung über Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland 1929 bis 1939, Frankfurt/M. 1965.
- Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, hrsg. v. W. Conze u. H. Raupach, Stuttgart 1967.
- Stegmann, D., Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399-482. (Mit Dokumenten)
- ders., Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt 1976, S. 19-75. (Mit Dokumenten)
- Turner, H. A. jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.
- Varga, E., Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, hrsg. u. eingel. v. E. Altvater, 2. Aufl. Frankfurt/ M. 1974.
- Vietzke, S., Wohlgemuth, H., Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, Berlin 1966. (Mit Dokumenten)
- Vogelsang, R., Der Freundeskreis Himmler, Göttingen 1972.
- Vogelsang, Th., Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.
- „Was ich über Adolf Hitler gehört habe ...“ Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüleraufsätzen von heute, hrsg. v. D. Boßmann, Frankfurt/M. 1977.

Weber, A., Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen, Diss. Freiburg 1969.

Von Weimar zu Hitler 1930-1933, hrsg. v. G. Jasper, Köln-Berlin 1968.

Weisenborn, G., Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, 4. Aufl. Frankfurt/M. 1974.

Weißbecker, M., Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1919-1945, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II, Leipzig 1970, S. 384-437.

Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945, hrsg. v. Landesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes Nordrhein-Westfalen, verfaßt v. K. Schabrod, Herne 1969.

Winkler, H. A., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

[382:]

Personenregister

(Namen, die in den Dokumenten nur einmal auftauchen und von keinem besonderen Interesse sind, wurden in das Personenregister nicht aufgenommen. – Die Zahlen beziehen sich auf die Dokumentennummern.)

Ambros, Otto, Vorstandsmitglied der IG-Farben 284, 290

Bergmann, Carl, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 34

Bethmann Hollweg, Reichskanzler 1909-1917 208

Bingel, Rudolf, Siemens-Konzern 108, 227

Blessing, Carl, Deutsche Bank 108

Bormann, Martin, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP 243

Borsig, Ernst von, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 9

Bosch, Carl, Vorstandsvorsitzender der IG-Farben 110

Bosch, Robert, Siemens-Konzern 34

Bracht, Oberbürgermeister von Essen, 1932 Reichskommissar von Preußen 66, 125, 127

Brandi, Ernst, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, Vorsitzender der Gruppe Nordwest der Deutschen Arbeitgeberverbände 34, 115

Braun, Otto, preußischer Ministerpräsident (SPD) 56, 137

Brauweiler, Roland, geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 37, 140

Breitscheid, Rudolf, Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 58, 63

Brockhüs, Friedrich, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Niederlausitzer Kohlenbergwerke (Flick-Konzern) 228

Brüning, Heinrich, Reichskanzler 1930-1932 49, 50, 52, 53, 56, 57, 59, 60, 127

Buchrucker, Bruno Ernst, Major, Organisator der „Schwarzen Reichswehr“ 20

Bücher, Hermann, Vorstandsvorsitzender des AEG-Konzerns 105, 114, 227

Bütefisch, Heinrich, Vorstandsmitglied der IG-Farben 108, 110

Cuno, Wilhelm, 1922-1923 Reichskanzler, Vorstandsvorsitzender der Hapag 26, 34

Delius, Hans-Conrad, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Reichswerke „Hermann Göring“ 228

Dimitroff, Georgi, Angeklagter im Reichstagsbrandprozeß (KPD) 137

Dingeldey, Eduard, Vorsitzender der DVP 53

Drexler, Anton, Mitbegründer der DAP 3

Dürrfeld, Walter, Direktor des Bunawerkes der IG-Farben in Auschwitz 290

Duisberg, Carl, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1925-1933, Vorstandsmitglied der IG-Farben 46, 51, 52, 111, 115, 212

Erhardt, Hermann, General, Leiter des Freikorps Erhardt 13, 17

Faust, Max, Oberingenieur der IG-Farben im Werk Auschwitz 291

Feder, Gottfried, Wirtschaftsberater Hitlers 1, 6, 7, 104

Flick, Friedrich, Besitzer des Flick-Konzerns 53, 73, 108, 163, 228, 229, 244, 274

Frank, Hans, Generalgouverneur im besetzten Polen 280

Frick, Wilhelm, Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, nach 1933 Innenminister 104, 127, 129

Funk, Walter, Wirtschaftsberater Hitlers 73, 95, 231, 232

[383:]

Gattineau, Heinrich, IG-Farben 110

Gerlach,. Helmuth von, leitendes Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft 148

Geßler, Otto, Reichswehrminister 15, 33

Goebbels, Joseph, Reichspropagandaleiter und -minister der NSDAP 66, 85, 127, 195, 198-200, 224, 225, 230, 231, 247, 256

Goerdeler, Carl, Oberbürgermeister von Leipzig 1930, Preiskommissar seit 1934 171, 179

Göring, Hermann, erster SA-Führer der NSDAP, 1932 Präsident des Reichstages, Innenminister und Ministerpräsident von Preußen 1933-45, 1933 Luftfahrtminister, 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, 1941 Leiter des Wirtschaftsführungsstabes Ost 70, 127, 129, 131, 133, 216, 219, 226, 229, 233, 240, 242-246, 257, 259, 275-278

Goldschmidt, Jakob, Direktor der Darmstädter- und Nationalbank 14, 34

Goltz, Rüdiger Graf von der, Präsident der Vereinigten Vaterländischen Verbände 71

Gordon, George A., Attaché der amerikanischen Botschaft 68

Hahn, Max, Geschäftsführer der deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 116

Haniel, Kar), Aufsichtsratsvorsitzender des Haniel-Konzerns 118

Hecker, Ewald, Ilseder Hütte, Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 34, 108, 123, 124

Heilmann, Ernst, Reichstagsabgeordneter der SPD 145

Helfferrich, Emil, Vorstandsmitglied der Hapag 108, 124

Herle, Jacob, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 101, 109

Heß, Rudolf, Stellvertreter des Führers 29, 128, 179, 184

Heydrich, Reinhard, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reichsprotektor in den besetzten tschechischen Ländern 255, 275, 280, 281

Hilferding, Rudolf, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter 63

Himmler, Heinrich, Reichsführer der SS 123, 128, 249, 251, 282, 286

Hindenburg, Oskar von, Sohn des Reichspräsidenten 60

Hindenburg, Paul von, Reichspräsident 54, 71, 123, 124, 145

Hitler, Adolf I, 4-6, 8, 26-29, 50, 53, 68-70, 72, 82, 87, 90-93, 95, 96, 103, 104, 106-110, 117, 118, 121-123, 127-134, 143, 145, 152, 154, 159, 180, 197, 201, 202, 215, 216, 220-223, 239, 243, 299

Höß, Rudolf, Kommandant von Auschwitz 12, 287, 290

Houghton, Alanson B., amerikanischer Botschafter in Deutschland 24

Hugenberg, Alfred, Besitzer des größten Pressekonzerns in Deutschland, Vorsitzender der DNVP 106, 107, 129, 130, 133

Ilgner, Max, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben 233
Kahr, Gustav Ritter von, bayrischer Generalstaatskommissar 1923 26
Kalckreuth, Eberhard Graf von, Großgrundbesitzer 124
Kaletsch, Konrad, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns 244, 274
Kapp, Wolfgang, Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen 5, 14
Keitel, Wilhelm, Generalfeldmarschall, Chef des OKW 243, 249, 253
Keppler, Wilhelm, wirtschaftspolitischer Berater Hitlers 108, 123, 128, 220
Keyserlingk, Robert Graf von, Großgrundbesitzer 124
Kirdorf, Emil, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. 117, 209
Kranefuß, Fritz, Sekretär des Freundeskreises Keppler 108
 [384:]
Krauch, Carl, Vorstandsmitglied der IG-Farben, 1936 Leiter des Amtes für Roh- und Werkstoffe im Vierjahresplanamt, 1939 Generalbevollmächtigter für Fragen der chemischen Erzeugung 110, 218, 219, 226, 284, 289
Krüger, Kurt, Direktor der IG-Farben 238
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 34, 95, 132, 154, 157, 160, 164, 174, 229, 263-265, 296
Leipart, Theodor, Vorsitzender des ADGB 137
Ley, Robert, Führer der DAF 142, 180, 203
Liebknecht, Karl, Mitbegründer der KPD 10, 11
Lubbe, van der, Provokateur des Reichstagsbrandes 137
Ludendorff, Erich, General 17
Luxemburg, Rosa, Mitbegründerin der KPD 10, 11
Mayr, Hauptmann, Leiter der nachrichtendienstlichen Abteilung im bayrischen Reichswehrgruppenkommando 1, 5
Meißner, Otto, Staatssekretär und Leiter der Reichskanzlei unter Ebert, Hindenburg und Hitler 60
Meyer, Emil, Direktor der Dresdner Bank 108
Moldenhauer, Paul, Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben, Finanzminister der Regierung Hermann Müller und des 1. Kabinetts Brüning 34
Müller, Hermann, Reichskanzler 1928-1930 (SPD) 144
Münzenberg, Willi, Reichstagsabgeordneter der KPD 200
Mussolini 113
Noske, Gustav, Reichswehrminister der Regierungen Scheidemann und Noske 10, 17
Oldenburg-Januschau, Elard von, ostpreußischer Rittergutsbesitzer 69
Ossietzky, Carl von, Friedensnobelpreisträger 148, 149
Papen, Franz von, Reichskanzler 1932 48, 61, 62, 123, 125, 128-130, 140
Pleiger, Paul, Vorstandsvorsitzender der Reichswerke Hermann Göring 229, 245
Pohl, Oswald, Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der 55 286
Rasche Carl, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank 234

Reinhart, Fritz, Direktor der Commerz- und Privatbank 14, 108, 124

Renteln, Dr. von, Verfasser des „Wirtschaftlichen Sofortprogramms“ der NSDAP 109

Renthe-Fink, Cecil von, deutscher Gesandter 295

Reupke, Hans, Rechtsanwalt, Verfasser der NSDAP-Broschüre „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ 101-103

Reusch, Paul, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen 34, 94, 95, 102, 105, 106, 109, 124, 127

Ribbentrop, Joachim von, Außenminister 294

Ritter, Karl, Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt 235

Röchling, Hermann, Generaldirektor der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke 34, 296

Rosenberg, Alfred, 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete 83, 243

Rosterg, August, Vorstandsmitglied des Kalikonzerns Wintershall 108, 124

Sauckel, Fritz, NSDAP-Gauleiter von Thüringen, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz 261, 262, 272

[385:]

Schacht, Hjalmar, Reichsbankpräsident 1923-1930 und 1933-1939, Reichswirtschaftsminister 1934-1937, Generalbevollmächtigter für die Wehrwirtschaft 1935-1937 55, 69, 70, 93, 106-109, 122-124, 152, 159, 179, 216

Schleicher, Kurt von, General, Reichswehrminister Juni bis Dezember 1932, Reichskanzler Dezember 1932 bis Januar 1933 17, 63, 127

Schlenker, Max, Geschäftsführer des Langnamvereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 94, 121

Schlotterer, Gustav, stellvertretender Hauptabteilungsleiter und Leiter der Sonderabteilung „Vorbereitung und Ordnung“ im Reichswirtschaftsministerium 238

Schmitt, Kurt, Reichswirtschaftsminister 1933-1934 157

Schmitz, Hermann, Finanzdirektor der JG, Farben, Finanzberater Brünings 216, 233

Schnitzler, Georg von, Vorstandsmitglied der IG-Farben 161, 216, 238

Schröder, Baron Kurt von, Mitinhaber des Kölner Bankhauses Stein 73, 108, 123, 124, 128

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf, Reichsfinanzminister 246, 298

Seeckt, Hans von, General 17, 25, 69

Seldte, Franz, Reichsarbeitsminister 129, 179

Severing, Carl, preußischer Innenminister (SPD) 63, 66, 137

Siemens, Carl Friedrich von, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens und Halske AG und der Siemens-Schuckertwerke 9, 34, 72

Silverberg, Paul, Generaldirektor der Rheinbraun AG 36, 37, 111

Springorum, Fritz, Generaldirektor des Hoesch-Konzerns 34, 105, 124

Stadtler, Eduard, Gründer der „Antibolschewistischen Liga“ 9, 10

Stauß, Emil Georg von, Direktor der Deutschen Bank 70

Steinbrinck, Otto, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke AG und Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns 53, 73, 108, 163, 229

Stinnes, Hugo, Besitzer der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG 9, 15, 23, 24, 26

Strasser, Gregor, Leiter der Reichsorganisationsleitung der NSDAP 1932 84, 127

Stresemann, Gustav, 1923 Reichskanzler und Außenminister, 1924-1928 Reichsaußenminister 26, 31

Tengelmann, Walter, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke AG 244

Thomas, Georg, General, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW 227, 240, 242

Thyssen, Fritz, Besitzer des Thyssen-Konzerns 26, 34, 70, 118, 121, 124

Tucholsky, Kurt 148

Vögler, Albert, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke 9, 34, 35, 53, 101, 108, 124

Wagener, Otto Wilhelm, ehemaliger Stabschef der deutschen Legion im Baltikum, 1929/30 Stabschef der SA, 1931 wirtschaftspolitischer Reichsleiter in der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP 104

Wassermann, Jakob, Direktor der Deutschen Bank 34

Weiß, Bernhard, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns 228

Wels, Otto, Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 63, 137

Wilmowsky, Tilo Freiherr von, Aufsichtsratsmitglied der Friedrich-Krupp AG, Schwager Krupps, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 95, 211

[386:]

Wisselmann, Heinrich, Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Vorstandsvorsitzender der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG 228, 229

Wittke, Willy, Vorsitzender des Verbandes sächsischer Industrieller 45

Zeigner, Erich, Ministerpräsident von Sachsen 1923 (SPD) 21, 26

[387:]

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
BA Koblenz	Bundesarchiv Koblenz
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GHH	Gutehoffnungshütte Oberhausen
Hapag.	Harnburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft Hamburg-Amerika-Linie)
IG	Interessengemeinschaft
KdF	Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MWT	Mitteuropäischer Wirtschaftstag
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei
SS	Schutzstaffel
ZStA	Potsdam Zentrales Staatsarchiv Potsdam

[388:]

Verzeichnis der Abbildungen

Seite 38 aus: Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 26

Seite 108 Fotomontage von John Heartfield (1932) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 153

Seite 148 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, Seite 27

Seite 180 aus: ebd. S. 51

Seite 185 Fotomontage von John Heartfield (1933) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 158

Seite 186 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 47

Seite 192 aus: R. Schnabel, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt 1957, S. 62

Seite 204 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 117

Seite 211 Fotomontage von John Heartfield (1934) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 180

Seite 280 aus: Faschismus. Renzo Vespi gnani, Berlin-West/Hamburg 1977, S. 28

Seite 291 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 231

Seite 336 aus: R. Schnabel, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt 1957, S. 228

Seite 342 aus: P. Altmann u. a., Der deutsche antifaschistische Widerstand, Frankfurt 1975, S. 230

Seite 357 Fotomontage von John Heartfield (1960) aus: John Heartfield, Leben und Werk, Dresden 1971, S. 235.